

BETEILIGUNGSBERICHT 2017

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1
06108 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

Foto Titelseite:

Copyright: TGZ Halle GmbH/Foto: Marco Warmuth

Redaktionsschluss: 30. August 2018

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	15
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2017	16
	Beteiligungsliste	17
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	20
	Unternehmensorganisation	21
	Unternehmensführung	23
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	25
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	27
	Finanzbeziehungen 2017 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	28
	Geschäfts- und Ertragslage	
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017	37
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016	40
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015	43

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	46
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	52
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	57
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	58
	Stadtwerke Halle GmbH	59
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	79
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	80
	A/V/E GmbH	94
	Cives Dienste GmbH	100
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH	111
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	124
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	133
	EVH GmbH	141
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	158
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	163
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	174
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	200
	IT-Consult Halle GmbH	207
	RAB Halle GmbH	222
	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	233
	SHS Energiedienste GmbH	241
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH	247
	Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	257
	Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	265
	WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	270
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	281

3.3	VERKEHR	293
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	294
	Hallesche Verkehrs-AG	300
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	317
	Servicegesellschaft Saale mbH	327
3.4	WOHNUNGSWIRTSCHAFT	335
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	336
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	341
	Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	353
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	360
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	384
3.5	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	387
	Bio-Zentrum Halle GmbH	388
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	402
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	408
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	414
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	422
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	438

3.6	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	453
	Bäder Halle GmbH	454
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	466
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	475
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	484
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	500
	Maya mare GmbH & Co. KG	506
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	519
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	523
	Serva GmbH	534
	Stadion Halle Betriebs GmbH	537
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	542
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	546
3.7	KULTUR	550
	Stiftung Händel-Haus	551
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	560
	Zoologischer Garten Halle GmbH	578
3.8	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	586
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	587
	Saalesparkasse	596

1.0 EINLEITUNG

Vorwort des Oberbürgermeisters

Das vergangene Berichtsjahr 2017 war für die städtischen Beteiligungen, über die in dem vorliegenden Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) informiert wird, erneut sehr erfolgreich.

Die städtischen Beteiligungen leisten einen wesentlichen Beitrag für eine lebenswerte, moderne und umweltfreundliche Stadt.

Exemplarisch kann hier das Stadtbahnprogramm als gemeinsames Projekt der Stadt Halle (Saale), der Hallesche Verkehrs-AG und weiterer Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe genannt werden. Die Entstehung einer modernen Nahverkehrs-Infrastruktur ist nicht nur in den bereits vollendeten und aktuellen Bauprojekten sichtbar, sondern die fortgesetzte Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt spiegelt sich insbesondere in den steigenden Fahrgastzahlen wider.



Unsere Stadt beteiligt sich mit den Stadtwerken im Geschäftsfeld Energie aktiv an der Energiewende, durch umfangreiche Investitionen in Erneuerbare Energien. Hervorzuheben ist darüber hinaus der Bau eines Energie- und Zukunftsspeichers, als Teil eines Gesamtprojektes zur grundlegenden Modernisierung des Kraftwerkstandortes Dieselstraße.

Neue Investoren für den Star Park der Stadt Halle (Saale) konnten erneut im Jahr 2017 durch die städtische Wirtschaftsförderung gewonnen werden, wodurch ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen geleistet wird.

Im kommunalen Beteiligungsportfolio der Stadt Halle (Saale) werden eine Vielzahl von Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger angeboten. Der Beteiligungsbericht 2017 bietet dazu einen weitreichenden und detaillierten Einblick.

Ich danke den Beschäftigten, den Geschäftsleitungen sowie den Mitgliedern in den Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungen für ihren Einsatz und die hervorragende Arbeit im Jahr 2017. Der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) danke ich für die fachkundige und qualifizierte Unterstützung in Beteiligungsangelegenheiten.

Halle (Saale), im August 2018

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 130 Abs. 2 KVG LSA hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2017 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 2 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen und 44 Kapital- bzw. Personengesellschaften und ist (Gewähr-) Trägerin zweier Anstalten öffentlichen Rechts.

Diese 53 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen rund 6.800 Mitarbeitern und 220 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2017 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2016 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlichten „Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt“ ergeben sich zur Zeit keine Änderungsbedarfe für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) in seiner derzeitigen Form.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Aufgabenbereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Aufgabenbereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe
- d) Beteiligungen
- e) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- f) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

Alle im Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geforderten Informationen sind enthalten.

Hinweis zur Gewinn- und Verlustrechnung in den Einzelberichterstattungen der berichtspflichtigen Beteiligungen im Punkt e) Geschäftsentwicklung:

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt ab dem Jahr 2016 i. d. F. des BilRUG. Für das Jahr 2015 wird das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung nicht angepasst, sodass die durch das BilRUG entfallenen Posten weiterhin dargestellt und die im Jahr 2015 dort ausgewiesenen Beträge nicht umgegliedert werden.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2017

		STADT HALLE (SAALE)		
		PRIVATRECHTLICHE UNTERNEHMEN	EIGENBETRIEBE	KOMMUNALE STIFTUNGEN o. ä.
1. Unternehmenszusammenschluss		Stadwerke Halle GmbH 100,0% 30.000 TEUR		
2. Ver- und Entsorgung		Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100,0% 30 TEUR		
		AV/E GmbH 23,0% 550 TEUR		
		Container Terminal Halle (Saale) GmbH 100,0% 25 TEUR		
		Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geisetal mbH (EWAG) 20,0% 290 TEUR		
		EVH GmbH 100,0% 10.250 TEUR		
		Energieversorgung Halle Netz GmbH 100,0% 25 TEUR		
		Heizkraftwerk Halle-Frotha GmbH 100,0% 900 TEUR		
		Integral Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG 15,3% 5.468 TEUR		
		Integral Onshore Windkraftwerke Verwaltungs-GmbH 100,0% 25 TEUR		
		Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH 50,0% 25 TEUR		
		Fernwassererzeugung Elbaue-Ortholz GmbH 45,8% 127.623 TEUR		
		Halleische Wasser und Stadtwirtschaft GmbH 100,0% 10.000 TEUR		
		Civis Dienste GmbH 100,0% 25 TEUR		
		Mays mare GmbH & Co. KG 12,5% 10.226 TEUR		
		WER-Wertschöpfung und Recycling Halle GmbH 60,0% 256 TEUR		
		WH Wasser- und Haustechnik GmbH 100,0% 26 TEUR		
		IT-Consult Halle GmbH 100,0% 250 TEUR		
		RAB Halle GmbH 100,0% 300 TEUR		
		RES Recycling und Entsorgung-Service Sangerhausen GmbH 50,0% 620 TEUR		
		SHS Energiedienste GmbH 100,0% 25 TEUR		
		TELONON Abwasserbehandlung GmbH 100,0% 26 TEUR		
3. Verkehr		Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin 41,1% 1.000 TEUR		
		Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 12,5% 74 TEUR		
		Halleische Verkehrs-AG 100,0% 51.200 TEUR		
		Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 11,0% 74 TEUR		
		Servicegesellschaft Saale mbH 100,0% 50 TEUR		
4. Wohnwirtschaft		GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH 100,0% 12.792 TEUR		
		Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH 100,0% 256 TEUR		
		Halleische Wohnungsgesellschaft mbH 100,0% 102.259 TEUR		
		Halleische Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH 50,0% 100 TEUR		
		HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG 99,9% 10 TEUR		
5. Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung		Bio-Zentrum Halle GmbH 51,0% 26 TEUR		
		Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG 100,0% 25 TEUR		
		Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH 100,0% 25 TEUR		
		MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH 100,0% 25 TEUR		
		Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH 50,0% 25 TEUR		
		TQZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 60,0% 26 TEUR		
6. Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport		Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH 16,0% 30 TEUR	Bäder Halle GmbH 100,0% 300 TEUR	Dehale-Zeyssche-Stiftung 311 TEUR
		Stadion Halle Betriebs GmbH 100,0% 25 TEUR	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 100,0% 26 TEUR	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale 12.823 TEUR
			Mays mare GmbH & Co. KG 62,4% 10.226 TEUR	Berw GmbH 100,0% 26 TEUR
				Stiftung Hospital St. Cynact et Antone zu Halle (Saale) 12.362 TEUR
				Wilhelm-Herbert-Mary-Stiftung 344 TEUR
7. Kultur		Theater, Oper und Orchester GmbH Halle 100,0% 25 TEUR		Stiftung Händel-Haus 6.466 TEUR
		Zoologischer Garten Halle GmbH 100,0% 25 TEUR		
8. Anstalten des öffentlichen Rechts				BMA BeteiligungManagementAnstalt Halle (Saale) 100,0% 10 TEUR
				Saaleparkhaus 0 TEUR
				FTZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 20,0% 26 TEUR

Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS		
Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
2. VER- UND ENTSORGUNG		
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	260	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	22,88
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	620	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	5.468	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	18,37
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

BETEILIGUNG

gezeichnetes
Kapital in
TEUR

Anteil der
Stadt
in %

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	74	23,40
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	100	50,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	60,00

BETEILIGUNG		gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
6.	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT		
	Bäder Halle GmbH	300	100,00
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
	Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	311	
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.823	
	Serva GmbH	26	100,00
	Stadion Halle Betriebs GmbH	25	100,00
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.382	
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	
7.	KULTUR		
	Stiftung Händel-Haus	6.466	
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
	Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00
8.	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS		
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00
	Saalesparkasse	0	

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2016 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Hallesche Verkehrs-AG hat ihre Geschäftsanteile an der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH (51 %) an den Mitgesellschafter Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2017 veräußert. Eine Berichterstattung zur OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH im Beteiligungsbericht 2017 der Stadt Halle (Saale) erfolgt nicht mehr.

Die Hallesche Verkehrs-AG hat die Anteile der Leipziger Servicebetriebe GmbH an der Servicegesellschaft Saale mbH (49 %) im Berichtsjahr 2017 erworben. Die Hallesche Verkehrs-AG ist nunmehr alleinige Gesellschafterin der Servicegesellschaft Saale mbH.

Die Stadtwerke Halle GmbH hat den Geschäftsanteil an der Saalebus GmbH (100 %) von der Hallesche Verkehrs-AG im Dezember 2017 erworben. Die Saalebus GmbH hatte ihre operative Geschäftstätigkeit im Jahr 2014 eingestellt. Der Gesellschaftsvertrag wurde neu gefasst (Firma, Sitz und Gegenstand des Unternehmens). Die Gesellschaft firmiert nunmehr unter Container Terminal Halle (Saale) GmbH und wird im Beteiligungsbericht 2017 dargestellt.

Die Hafен Halle GmbH ist im Beteiligungsbericht 2017 nicht mehr aufgeführt. Die Vermögensgegenstände und Schulden der Hafен Halle GmbH, die dem Bereich Logistik zuzuordnen waren, sind rückwirkend zum 30. Juni 2017 auf die Container Terminal Halle (Saale) GmbH abgespalten worden. Die Hafен Halle GmbH wurde rückwirkend zum 1. Juli 2017 auf die Stadtwerke Halle GmbH verschmolzen.

Die Stadtwerke Halle GmbH hat ihre Aktien an der M-Exchange AG (Beteiligung von 7 %) verkauft. Zum Berichtszeitpunkt war die Stadtwerke Halle GmbH nicht mehr Aktionärin der M-Exchange AG, weshalb im Beteiligungsbericht 2017 nicht mehr über die M-Exchange AG berichtet wird.

Die mittelbare Beteiligung an der Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH wird im Beteiligungsbericht für das Jahr 2017 erstmals dargestellt. Die Baumaßnahme „Wohnpark im Paulusviertel“ wurde im Oktober 2017 mit der Übergabe des letzten Bauabschnittes beendet. Die Gesellschaft hat daraus im Geschäftsjahr 2017 erstmalig Umsätze aus Vermietung realisiert.

Die EVH GmbH hat im Wege der Abspaltung den Teilbetrieb Stadtbeleuchtung der SHS Energiedienste GmbH mit Wirkung zum im Berichtsjahr 2017 übernommen. Hinsichtlich der Beteiligungsverhältnisse ergeben sich hieraus keine Veränderungen.

Weitere wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation haben sich im Berichtsjahr 2017 nicht ergeben.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) unverändert an zwei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Die Stadt Halle (Saale) ist an zwei Anstalten öffentlichen Rechts, die BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) und die Saalesparkasse, beteiligt. Für die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist die Stadt Gewährträgerin. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 15 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Energie, (Ab-)Wasser, Entsorgung, Mobilität und Logistik sowie Services.

Das Organigramm der beteiligungsberichtspflichtigen städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2.2 (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 9 KVG LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Zweckänderung, Zusammenlegung, Zulegung und Aufhebung sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens von Stiftungen im Sinne von § 121 Abs. 1 Nr. 2 und § 122 Abs. 1 KVG LSA, soweit der Stifterwille nicht entgegensteht (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 11 KVG LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

Einen „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) – Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)“ hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 25. Juni 2014 beschlossen.

Diese Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich werden darin Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

Der Public Corporate Governance Kodex gilt grundsätzlich für alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Halle (Saale). Er gilt nicht für Eigenbetriebe und Stiftungen.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen erbracht werden.

Die Balance zwischen angemessenem Umgang mit den finanziellen Ressourcen und einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) im Umgang mit ihren Beteiligungen. Mit dem Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben rechtlich einwandfrei und in einer hohen Qualität erbringen sowie stets an den Bedürfnissen der Kunden/Bürger orientieren und ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft als **Werkzeug politischer Gestaltung** eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine funktionelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie Ausbildungsförderung und ist ein bedeutsames **Instrument der Arbeits- und Sozialpolitik**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** im Zusammenhang mit der Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Darauf aufbauend übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** geschaffen.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungspolitik.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2017 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2017 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

		Angaben in TEUR									
		Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.17)	Stand Bürg- schaften (31.12.17)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
1.	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	9.061					2.066	16.257			
	Stadtwerke Halle GmbH	9.061 ¹⁾					2.066 ²⁾	16.257			
2.	VER- UND ENTSORGUNG		214				12.830		8.447		
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau							(1.114 ³⁾)			
	A/V/E GmbH							(125 ³⁾)			
	Cives Dienste GmbH										
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH ⁴⁾										
	Energieversorgung Halle Netz GmbH							(283 ³⁾)			

¹⁾ Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG (1.730 TEUR) und städtische Zuschüsse im Rahmen des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages zur Finanzierung des ÖPNV (7.331 TEUR)

²⁾ Bürgschaft für die ehemalige Hafen Halle GmbH

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁴⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.17)	Stand Bürg- schaften (31.12.17)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft mbH (EWAG)	Geiseltal						(126 ³⁾)			
EVH GmbH		214 ⁵⁾					(23.219 ³⁾)		8.171 ⁶⁾	
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH										
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH							(739 ³⁾)			
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH						12.830	(10.097 ³⁾)		276 ⁷⁾	
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH							(4.382 ³⁾)			
IT-Consult Halle GmbH							(2.704 ³⁾)			
RAB Halle GmbH							(152 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁵⁾ für Umverlegungsmaßnahmen im Strom- und Gasnetz im Zusammenhang mit dem Ausbau der Haupterschließungsstraße (HES)

[Zahlung Stadt Halle (Saale) von 382 TEUR abzgl. Rückforderung von 168 TEUR]

⁶⁾ Im Ergebnis der Stadt auf Basis der Zahlungsflüsse werden 7.855 TEUR für Strom und Gas sowie 316 TEUR für Fernwärme ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH nach periodengerechter Zuordnung wird demgegenüber ein um 64 TEUR geringerer Aufwand von insgesamt 8.107 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (7.330 TEUR) und Gas (468 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegestattung (309 TEUR) gemäß Jahresabschluss 2017.

⁷⁾ Konzessionsabgabe Trinkwasser für 2016, die in 2017 an die Stadt gezahlt worden ist.

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.17)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.17)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

RES Recycling und Entsorgungs- Service Sangerhausen GmbH						(106 ³⁾)			
SHS Energiedienste GmbH						(50 ³⁾)			
TELONON Abwasserbehandlung GmbH						(17 ³⁾)			
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG						(89 ³⁾)			
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH						(1 ³⁾)			
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH						(15 ³⁾)			
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH						(314 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.17)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.17)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

3. VERKEHR	4.266					4.611	48			
-------------------	--------------	--	--	--	--	--------------	-----------	--	--	--

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin							48 ³⁾			
Hallesche Verkehrs-AG	3.000 ⁸⁾					4.611	(2.100 ³⁾)			
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.266									
Servicegesellschaft Saale mbH										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁸⁾ Zuschuss § 8 ÖPNVG LSA (3.000 TEUR; bis 2015 Zuschuss Rosengarten) und zusätzlich Zahlungen für Stadtbahnprogramm (2.128 TEUR), Straßenbahnankauf (300 TEUR) und Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR)

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.17)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.17)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT							22.080	7.000		
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH							(364 ³⁾)			
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH							1.941 ⁹⁾	2.000 ⁹⁾		
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH										
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH							20.139 ¹⁰⁾	5.000 ¹⁰⁾		
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁹⁾ Bilanzgewinn 2016 in Summe 3.941 TEUR, aus Jahresüberschuss 2016 (4.379 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 438 TEUR)

¹⁰⁾ Bilanzgewinn 2016 in Summe 25.139 TEUR, aus Jahresüberschuss 2016 (11.291 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 1.129 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 14.977 TEUR

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.17)	Stand Bürg- schaften (31.12.17)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

5.	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.161		800		500		1.237	2.802		
	Bio-Zentrum Halle GmbH							35 ³⁾			
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG							1.136 ³⁾	2.802 ¹¹⁾		
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH							38 ³⁾			
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH			800		500					
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.161									
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH							28 ³⁾			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹¹⁾ Entnahme aus der Kapitalrücklage

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.17)	Stand Bürg- schaften (31.12.17)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	44.398	1.488		500	608	9.584	56			81
Bäder Halle GmbH	4.083 ¹²⁾						(2 ³⁾)			
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) **	1.430									
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	38.015	1.488 ¹³⁾					56 ³⁾			
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Maya mare GmbH & Co. KG										
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					608	5.943				81

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2017 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹²⁾ Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) gemäß Bäderfinanzierungsvertrag von 3.816 TEUR (netto) zzgl. 267 TEUR USt. Eine Rückzahlung der Bäder Halle GmbH an die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2017 für das Jahr 2016 erfolgte in Höhe von 148 TEUR (brutto). Für die Sanierung der Dächer der Schwimmhalle Halle-Neustadt ist ein Betrag von 391 TEUR an die Bäder Halle GmbH überwiesen worden.

¹³⁾ davon für Kindertagesstätte „Schimmelstraße“ 927 TEUR und für Kindertagesstätte „Heide-Süd“ 561 TEUR

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.17)	Stand Bürg- schaften (31.12.17)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

**GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG
UND SPORT**

Serva GmbH										
Stadion Halle Betriebs GmbH **	870			500 ¹⁴⁾						
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)						3.641				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung										

7. KULTUR

37.928

256

1.242

Stiftung Händel-Haus	1.928									
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	32.945 ¹⁵⁾						9 ³⁾			
Zoologischer Garten Halle GmbH	3.055	256					1.233 ³⁾			

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2017 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁴⁾ Pacht Erdgas Sportpark

¹⁵⁾ davon Zuschuss Liquidität in Höhe von 1.696 TEUR und Dynamisierung in Höhe von 1.138 TEUR in Umsetzung des Sanierungs- und Strukturpassungskonzeptes als Bestandteil des Fördervertrages für die Halleschen Bühnen, Abfindungszahlungen von 360 TEUR

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.17)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.17)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS										
	978									
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	978									
Saalesparkasse										
SUMME	97.792	1.958	800	500	1.108	29.091	40.920	9.802	8.447	81

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	19.020	7.295	12.400	402.448	305.115	60.101	216.505	53,8	91	8
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	7.524	5.396	459	57.404	7.467	25	4.976	8,7	37	2
A/V/E GmbH	22.103	21.582	1.289	7.329	344	108	3.358	45,8	355	12
Cives Dienste GmbH	683	683	14	95	4	0	25	26,3	23	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH ¹⁾	6.578	6.481	-163	4.277	1.756	24	290	6,8	62	1
Energieversorgung Halle Netz GmbH	112.149	110.033	298	18.600	9.414	1.352	7.136	38,4	265	25
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.331	6.174	525	6.251	4.559	1.151	2.754	44,1	59	0
EVH GmbH	452.404	445.339	21.476	352.905	263.399	46.905	95.628	27,1	278	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-34	50	0	0	42	84,9	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.620	45.395	1.615	151.835	142.813	12.979	120.113	79,1	209	5
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	129.566	120.229	10.175	546.210	510.536	33.221	87.942	16,1	552	27
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	30.413	30.401	4.325	19.452	10.773	61	9.039	46,5	0	0
IT-Consult Halle GmbH	27.774	26.889	2.609	12.619	3.230	939	522	4,1	216	2
RAB Halle GmbH	6.708	6.682	202	3.312	2.715	895	1.708	51,6	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.931	4.877	355	3.847	1.720	501	3.458	89,9	49	0
SHS Energiedienste GmbH	93	93	-23	165	0	0	25	15,2	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.777	3.777	20	648	0	0	26	3,9	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.123	747	2.051	55.798	51.777	187	54.881	98,4	3	0

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	10	0	4	93	0	0	45	48,6	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH*	178	148	1	516	2	0	468	90,6	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.940	3.897	240	853	232	81	225	26,3	49	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	714	698	97	2.047	1.833	152	1.427	69,7	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	68.460	54.698	1.697	302.162	282.909	34.484	83.583	27,7	716	37
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***	1.713	915	0	2.024	808	39	461	22,8	36	0
Servicegesellschaft Saale mbH	3.126	3.012	2	487	129	36	134	27,5	93	2
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.410	3.221	285	1.194	114	50	526	44,0	30	1
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	53.664	49.523	4.804	331.489	301.506	29.645 ¹⁾	174.492	52,6	111	7
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	901	833	-128	27.569	27.155	6.254	7.581	27,5	0	0
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	104.804	89.213	20.595	618.483	558.941	22.226	280.659	45,4	227	5
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	4.602	4.602	0	68.080	68.067	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.832	1.789	43	9.547	7.903	2.519	6.856	71,8	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*	5.417	9.161	4.111	22.271	0	0	21.899	98,3	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*	961	930	16	359	69	7	125	34,9	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.474	612	-87	12.411	11.142	616	1.524	12,3	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.932	733	-17	284	25	4	137	48,3	25	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.126	4.020	29	28.792	23.678	1.609	14.573	50,6	10	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2017 erfolgt.

*** Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist eine Feststellung des Jahresabschlusses 2017 vorbehaltlich der Zustimmung zu beteiligender kommunaler Gremien erfolgt.

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	6.220	4.946	2	13.886	11.869	1.083	6.842	49,3	47	3
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.548	6.179	161	14.957	12.660	340	5.473	36,6	66	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**										
Eigenbetrieb Kindertagesstätten*	45.663	44.149	-120	40.451	36.992	3.766	20.290	50,2	894	1
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	64	0	0	54	84,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG*	7.567	5.668	0	9.109	8.130	305	3.517	38,6	130	6
Oelhäfe-Zeysesche-Stiftung	18	0	8	565	311	0	565	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	22.334	22.044	827	55.414	52.289	1.575	18.131	32,7	390	23
Serva GmbH	3.025	2.995	21	350	22	1	81	23,1	81	0
Stadion Halle Betriebs GmbH**										
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	8.504	8.329	164	30.878	29.086	87	18.460	59,8	95	7
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	15	0	2	529	344	0	529	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.650	107	-124	10.954	8.434	138	10.410	95,0	20	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	3.495	3.147	-1.111	25.739	24.350	333	21.604	83,9	478	5
Zoologischer Garten Halle GmbH	7.784	2.838	90	21.981	19.456	475	5.555	25,3	90	7
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	995	0	18	579	158	9	129	22,3	9	0
Saalesparkasse	135.762 ¹⁾	0	58.479 ²⁾	4.418.584	72.936	3.112	204.994	4,6	690	31

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2017 erfolgt.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2017 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	21.058	7.163	16.257	392.695	271.909	36.015	204.105	52,0	91	1
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	7.587	4.012	1.114	58.048	7.262	5.944	4.517	7,8	39	2
A/V/E GmbH	22.711	22.471	522	6.695	484	340	2.069	30,9	326	13
Cives Dienste GmbH	631	631	-1	90	6	0	25	27,9	24	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH ¹⁾	0	0	-9	97	0	0	90	93,0	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	124.971	123.313	283	17.352	9.487	1.200	7.136	41,1	269	24
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.750	5.619	630	5.518	4.046	452	2.529	45,8	61	0
EVH GmbH	410.475	403.541	23.219	343.583	237.465	39.564 ²⁾	89.878	26,2	282	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-44	34	0	0	27	78,0	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.109	44.571	3.231	149.100	138.935	10.511	118.498	79,5	209	6
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	127.753	118.374	10.097	539.600	497.400	24.019	85.907	15,9	565	33
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	25.549	22.232	4.382	20.194	14.419	159	4.713	23,3	0	0
IT-Consult Halle GmbH	26.290	26.202	2.704	12.396	2.733	817	522	4,2	198	4
RAB Halle GmbH	5.340	5.296	152	3.346	2.330	523	1.708	51,0	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.700	4.623	213	3.664	1.951	527	3.162	86,3	50	0
SHS Energiedienste GmbH	2.989	2.926	50	1.066	6	3	25	2,3	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.749	3.749	17	607	0	0	26	4,2	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	900	1.488	483	56.602	51.803	6.671	55.607	98,2	0	0

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

²⁾ inklusive Einlage der 100 %-Beteiligung an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH durch die Stadtwerke Halle GmbH zum Buchwert in Höhe von 8,5 Mio. €

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	82	82	4	63	0	0	41	65,2	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	209	191	25	522	5	0	466	89,2	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.630	3.574	314	1.076	227	65	225	20,9	48	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	710	689	116	1.958	1.771	69	1.330	67,9	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	67.044	51.394	2.100	304.557	280.257	27.263	83.583	27,4	722	34
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.348	781	0	2.170	863	248	461	21,3	33	0
Servicegesellschaft Saale mbH	2.683	2.600	0	431	149	57	132	30,6	82	3
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.308	3.252	364	1.359	115	27	526	38,7	30	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	51.289	49.055	4.379	324.068	291.344	17.797 ¹⁾	171.688	53,0	105	8
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	132	49	-108	21.450	21.183	14.299	7.709	35,9	0	0
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	96.248	87.389	11.291	597.523	544.197	16.702	265.064	44,4	232	5
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	4.723	4.723	0	69.441	69.429	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.794	1.775	68	9.984	6.978	1	6.814	68,2	3	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.485	3.616	1.136	21.315	0	0	20.590	96,6	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	787	759	38	273	84	60	109	39,9	4	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.017	631	-52	11.691	11.113	1.196	811	6,9	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.969	793	-22	296	29	7	154	52,2	24	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	3.747	3.896	46	30.321	25.435	536	14.544	48,0	6	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.800	1.334	2	13.690	12.497	1.334	6.841	50,0	46	2
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.383	6.053	96	15.556	13.084	177	5.312	34,1	66	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	4.923	595	0	5.888	30	10	37	0,6	289	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	44.004	41.921	56	39.586	35.007	2.283	20.073	50,7	793	1
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	60	0	0	53	88,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	7.066	5.255	0	9.579	9.050	777	3.517	36,7	131	7
Oelhäfe-Zeyessesche-Stiftung	18	0	5	556	311	0	556	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	20.910	20.702	129	56.290	52.558	2.029	17.304	30,7	372	11
Serva GmbH	2.938	2.923	-2	328	28	23	81	24,6	81	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.813	1.808	0	1.170	315	41	24	2,1	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	8.153	7.654	-189	31.197	29.912	210	18.296	58,6	89	8
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	-1	527	344	0	527	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	1.234	100	-204	13.481	8.535	194	12.972	96,2	21	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	4.123	3.571	-1.121	29.445	25.800	602	22.707	77,1	486	9
Zoologischer Garten Halle GmbH	8.548	3.164	1.233	23.091	20.996	454	5.465	23,7	99	9
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	929	0	-24	493	155	13	111	22,5	9	0
Saalesparkasse	132.530 ¹⁾	0	17.466 ²⁾	4.316.305	72.778	3.644	202.915	4,7	716	33

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	25.955	4.663	12.588	339.864	259.306	43.710	187.848	55,3	87	2
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	7.319	4.849	796	61.780	1.328	50	3.403	5,5	42	2
A/V/E GmbH	19.527	19.300	4	4.744	408	32	1.556	32,8	302	14
Cives Dienste GmbH	642	642	60	131	9	0	25	19,1	23	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH ¹⁾	0	0	-5	104	0	0	98	94,7	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	115.015	112.224	343	16.572	9.987	6.524	7.136	43,1	260	32
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.160	5.024	288	5.085	3.945	527	1.949	38,3	60	0
EVH GmbH	387.261	365.707	19.378	301.091	220.687	28.789	77.917	25,9	276	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-15	28	0	0	21	73,5	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.604	44.481	2.459	148.186	137.620	10.692	115.267	77,8	214	7
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	122.060	113.593	9.479	533.884	493.430	94.883	84.333	15,8	575	39
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	34.342	25.817	-1.860	18.266	13.793	213	331	1,8	0	0
IT-Consult Halle GmbH	25.291	24.131	2.189	11.462	2.248	2.027	522	4,6	189	3
RAB Halle GmbH	5.139	5.080	225	3.103	2.386	376	1.708	55,0	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.758	4.541	323	3.960	2.100	430	3.012	76,1	51	0
SHS Energiedienste GmbH	3.106	2.958	36	1.258	5	2	25	2,0	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.680	3.679	18	1.115	0	0	26	2,3	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	3.020	50	1.429	60.953	48.100	24.776	55.867	91,7	0	0

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	56	55	4	50	0	0	37	73,3	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	210	188	21	511	10	0	462	90,4	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.636	3.578	222	941	232	66	225	23,9	49	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	668	599	58	1.949	1.787	2	1.214	62,3	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	63.854	41.631	63	300.574	284.329	26.324	83.583	27,8	710	31
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.141	594	0	1.951	771	337	461	23,6	32	0
Servicegesellschaft Saale mbH	2.314	2.220	0	545	147	12	132	24,2	72	2
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	2.920	2.900	187	1.318	144	41	526	39,9	30	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	50.087	47.096	4.382	324.811	291.313	21.093 ¹⁾	169.309	52,1	100	8
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	0	0	-261	9.139	6.913	3.686	7.817	85,5	0	0
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	91.646	82.393	11.701	591.674	541.213	37.087	258.773	43,7	232	6
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.083	5.073	0	70.802	70.790	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.776	1.779	102	10.332	7.571	1.001	6.745	65,3	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.214	5.467	739	20.248	0	0	19.454	96,1	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	683	0	1	200	38	45	71	35,7	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	764	403	-221	11.117	10.284	4.208	863	7,8	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.071	890	51	342	45	9	176	51,5	21	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	3.851	3.822	51	31.185	26.812	41	14.498	46,5	4	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.154	1.021	2	13.529	11.893	959	6.838	50,5	48	1
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.022	5.627	-309	16.665	13.699	247	5.216	31,3	64	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	3.349	3.737	0	2.755	41	10	1.004	36,4	280	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	38.591	37.275	-786	36.455	34.137	1.337	19.987	54,8	799	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	61	0	0	52	85,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.569	4.943	0	9.972	9.314	293	3.517	35,3	125	8
Oelhäfe-Zeysesche-Stiftung	25	0	18	551	311	0	551	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	20.186	18.433	126	56.317	52.394	471	17.175	30,5	362	12
Serva GmbH	2.943	2.935	26	390	11	1	81	20,7	75	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.738	1.235	0	1.319	390	19	24	1,8	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	7.789	6.925	151	31.841	30.526	195	18.485	58,1	79	9
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	22	0	16	528	344	0	528	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	1.248	105	108	16.185	8.575	261	15.655	96,7	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	4.151	3.452	-1.935	30.446	26.634	804	23.828	78,3	492	7
Zoologischer Garten Halle GmbH	7.292	1.639	236	23.324	22.387	244	4.232	18,1	96	9
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	924	0	12	437	149	25	135	30,9	10	0
Saalesparkasse	142.448 ¹⁾	0	33.460 ²⁾	4.155.255	73.075	2.360	200.849	4,8	724	45

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Bilanz

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit Aktiva = Passiva.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Cashflow (Berechnung)

Die Grundlage für die Berechnung des Cashflows bildet das Jahresergebnis. Dieses wird um die nicht liquiditätswirksamen Aufwands- und Ertragspositionen bereinigt. In der Mehrzahl der Fälle wird der Cashflow hinreichend genau aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen ermittelt. Sofern von Relevanz, können zusätzlich die Veränderungen der Rückstellungen und die Auflösung des Sonderpostens zur Ermittlung des Cashflow herangezogen werden.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresergebnis/Bilanzergebnis

Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Das Jahresergebnis ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzergebnisses wird der Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresergebnisses zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, können in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Weiterhin ist seit dem Jahr 2004 der Verlustvortrag unbeschränkt mit 1 Mio. Euro (2 Mio. Euro bei Zusammenveranlagung) möglich. Der danach verbleibende Rest des Gesamtbetrags der Einkünfte darf durch den verbleibenden Verlustvortrag um 60 % gemindert werden (ein Rest von 40 % des Gesamtbetrags der Einkünfte, soweit er über 1 Mio. Euro - bzw. 2 Mio. Euro - reicht, bleibt steuerpflichtig). Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen.

(Quelle: Springer Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, 18., aktualisierte und erweiterte Auflage 2014, Springer Fachmedien Wiesbaden)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses und Steuern dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn/Bilanzverlust)}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Aktionären zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist (Leverage Effekt).

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

Cash-flow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cash-flow

Kennzahlen-Aussage

Der Cashflow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cashflow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cash-flow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge

Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) im Jahresdurchschnitt

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Beschäftigtem gibt den Anteil eines Beschäftigten an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

Personalaufwandsquote

$$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatzerlöse} \pm \text{Bestandsveränderungen} + \text{aktivierte Eigenleistungen} + \text{sonstige betriebliche Erträge}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben dem reinen Personalaufwand sind die Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen sowie die sozialen Abgaben. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

$$\frac{\text{Sachanlagen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und/oder Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag und Jahresüberschuss. Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Anstalten des öffentlichen Rechts

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	30.000	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 30.000 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafendienst, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias (bis 31.08.2017)
	Arbeitsdirektor	Walther, René
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzende	König, Simona
		Berend, Stephanie
		Doege, Eberhard
		Dr. Brock, Inés

Aufsichtsrat:

Dr. Meerheim, Bodo	
Gärtner, Steffen	(bis 31.08.2017)
Hilbig, Stefan	
Kocian, Burkhard	
Krause, Johannes	
Liedtke, Monika	(bis 31.08.2017)
Mischke, Brita	(seit 31.08.2017)
Nagel, Elisabeth	
Otto, Renate	
Richter, Ulrich	
Scholtyssek, Andreas	
Thielemann, Dirk	(seit 31.08.2017)
Wolter, Tom	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	735	610	601
Aufsichtsrat	32	31	30

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	310	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel GmbH	317	1,57

mittelbar

	T€	%
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,21
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka GmbH	2	0,63
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	29.250	22,88
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		41,36
GESY Green Energy Systems GmbH		0,39
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00
Trianel Energie B.V.	1	1,57
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,16
Trianel Finanzdienste GmbH	39	1,57
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kraftwerk Krefeld Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.005	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Service GmbH	8	1,57
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,16

mittelbar

	T€	%
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG		0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum II Verwaltungs GmbH	0	0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Windpark Altendiez GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Thalfang GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,16
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00
Windkraft Hessenweg GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,21
Windpark Doberschwitz GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,12
Windpark Großschirma GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Kleinschirma GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Königshain-Wiederau GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Kyffhäuserland GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Twerberg GmbH & Co. KG		9,37
Windpark Twerberg Verwaltungs GmbH	2	9,37
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,56
WMD Windenergie Mitteldeutschland GmbH	1	2,08

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	305.115	76	271.909	69	259.306	76	33.206	12
Umlaufvermögen	96.211	24	120.493	31	80.225	24	-24.282	-20
Rechnungsabgrenzungsposten	1.122	0	293	0	333	0	829	283

Bilanzsumme	402.448	100	392.695	100	339.864	100	9.753	2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	216.505	54	204.105	52	187.848	55	12.400	6
Sonderposten für Investitionszulagen	403	0	0	0	0	0	403	
Rückstellungen	11.871	3	14.859	4	8.682	3	-2.988	-20
Verbindlichkeiten	172.705	43	173.593	44	143.149	42	-888	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	964	0	138	0	185	0	826	599

Bilanzsumme	402.448	100	392.695	100	339.864	100	9.753	2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.295	7.163	4.663
sonstige betriebliche Erträge	11.725	13.895	21.292
Personalaufwand	6.974	7.580	6.999
Abschreibungen	10.000	1.306	152
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.630	7.844	11.907
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	36.178	38.340	31.388
Erträge aus Beteiligungen	89	44	2.696
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.226	1.209	1.186
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.838	1.898	1.907
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.205	754	766
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	16.188	17.332	19.264
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.672	3.620	4.890
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			19.154
außerordentliche Aufwendungen			951
außerordentliches Ergebnis			-951
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	240	7.817	5.615
Ergebnis nach Steuern	12.442	16.296	
sonstige Steuern	42	39	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12.400	16.257	12.588
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	12.400	16.257	12.588

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	169,98	226,97	269,96	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,08	8,65	7,18	%
Cash-Flow:	38.588	34.895	32.003	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	209	231	298	T€
Personalaufwandsquote:	36,67	36,00	26,97	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,67	5,68	6,88	%
Eigenkapitalquote:	53,80	51,98	55,27	%
Fremdkapitalquote:	46,20	48,02	44,73	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
 - 1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.1.1. Konsortialfinanzierung
 - 3.1.2. Unternehmenstransparenz
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.3.1. Entgelttransparenzgesetz in Kraft getreten
 - 3.3.2. Datenschutz-Grundverordnung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 4. Erklärung zur Unternehmensführung**
- 5. Lage der Gesellschaft**
 - 5.1. Ertragslage
 - 5.2. Finanzlage
 - 5.2.1. Finanzmanagement
 - 5.2.2. Kapitalstruktur
 - 5.2.3. Investitionen
 - 5.2.4. Liquidität
 - 5.3. Vermögenslage
 - 5.4. Gesamtaussage zur Lage
- 6. Nachtragsbericht**
- 7. Chancen- und Risikobericht**
 - 7.1. Risikomanagementsystem
 - 7.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
 - 7.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems
 - 7.1.3. Risikomanagementprozess und -organisation
 - 7.2. Gesamtbild
- 8. Prognosebericht**
 - 8.1. Ergebniserwartung
 - 8.2. Investitionen
 - 8.3. Finanzierung
 - 8.4. Risiken

Hinweis zu den Zahlenangaben in diesem Lagebericht:

Die Zahlen in den Tabellen dieses Lageberichtes wurden exakt gerechnet und summiert. Die Darstellung der Beträge erfolgt in der Einheit TEUR. Hierdurch können sich in der Summenbildung Rundungsdifferenzen ergeben.

1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

In der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) bündelt die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen der kommunalen Ver- und Versorgungswirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und diverse Serviceleistungen. Mit der Zusammenfassung der vorgenannten Aktivitäten unter dem Dach der Holding wird das Ziel einer einheitlichen Steuerung zueinander affiner Unternehmen und der Nutzung von Größen- und Synergievorteilen verfolgt.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Unter der vorgenannten Zielsetzung vereinen wir als Muttergesellschaft der SWH-Gruppe in unserem Beteiligungsportfolio unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 30 Unternehmen. Die wirtschaftlichen Betätigungen unserer Beteiligungen erstrecken sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, der Ableitung und Behandlung von Abwässern, der Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, öffentlicher Personennahverkehr, Hafen- und Containerterminalbetrieb sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe erbringt die Holding zentrale Dienstleistungen in den Bereichen Personalmanagement, Revision, Compliance, interne/externe Kommunikation und Image-Marketing, Beteiligungscontrolling, Finanz- und Cashpool-Management sowie Unternehmensbewertungen und Projektkoordination.

Unsere interne Organisation ist in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzerncompliance, Konzernrevision, Unternehmensentwicklung sowie Konzerncontrolling (Rechnungs-wesen, Controlling, Steuern, Konzern-Finanzmanagement und Risikomanagement) und Ansiedlungsmanagement gegliedert.

1.1.2. Geschäftsfelder

Unser Beteiligungsportfolio unterteilt sich in die strategischen Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität“ und „Services“ entsprechend nachfolgender Übersicht:

Energie	Wasser & Entsorgung	Mobilität	Services
EVH GmbH 100 % SWH	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH 100 % SWH	Hallesche Verkehrs AG 100 % SWH	
Energieversorgung Halle Netz GmbH 100 % EVH	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100 % SWH	Container Terminal Halle (Saale) GmbH 100 % SWH	IT-Consult Halle GmbH 100 % SWH
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH 100 % EVH	RAB Halle GmbH 100 % SWH	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 10,95 % HAVAG	SHS Energiedienste GmbH 100 % SWH
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 100 % EVH	TELONON Abwasserbehandlung GmbH 100 % SWH	Einkaufs- u. Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH 0,63 % HAVAG	Bäder Halle GmbH 100 % SWH
Meter1 Verwaltung GmbH 33,3 % EVH	Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH 60 % HWS		FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 100 % SWH
Meter1 GmbH & Co. KG Kommanditist 33,3% EVH	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH 50 % SWH		Maya mare GmbH & Co. KG Kommanditist 82,4 % SWH Kommanditist 12,5 % HWS
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) 20 % SWH	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH 50 % SWH		W+H Wasser und Haustechnik GmbH 100 % HWS
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co.KG Kommanditist 18,3 % EVH			Cives Dienste GmbH 100 % HWS
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co.KG Kommanditist 4,1 % EVH			Servicegesellschaft Saale mbH 100 % HAVAG
Trianel GmbH 1,57 % SWH	Geschäftsfeldführungsgesellschaft		A/V/E GmbH 23,9 % SWH

Abbildung 1: Konzernstruktur

1.2. Ziele und Strategien

Unsere Ziele sind auf den Ausbau der Ertragskraft, die dauerhafte Sicherung der Finanzierungsfähigkeit für Investitionen in der SWH-Gruppe sowie auf den nachhaltigen Substanzerhalt ausgerichtet. Wir verfolgen diese Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen und Standards.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogene Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Wir überprüfen die Strategien regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungsnotwendigkeit.

1.3. Steuerung

Wir steuern die SWH-Gruppe im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Prozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des konzernweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden. Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze sowie Verhaltenskodex) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Beteiligungsunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die Planung und Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Services.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen sind der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung).

Der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungserträgen ermittelt den Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschafts-/Gewerbesteuer und Kapitalertragssteuer. Der vorgenannte Netto-Cashflow bildet die Ausgangsgröße für die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der jeweiligen Folgejahre.

Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit der SWH-Gruppe erfolgt durch Verwendung eines eigenentwickelten Rating-Tools, mit dem quantitative Ratingelemente simuliert werden können. Mit dem Rating-Tool werden die Auswirkungen der jeweils aktuellen Planung bzw. der Jahresabschlüsse oder einzelner Investitionsvorhaben auf die Bonität anhand von 6 Finanzkennzahlen und 11 Bonitätsklassen abgebildet, um darauf aufbauend Handlungsbedarfe abzuleiten. Die finanzwirtschaftliche Zielstellung für die SWH-Gruppe besteht darin, die bisher erreichte Bonitätsklasse mindestens zu erhalten. Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit ergänzt die auf ertragswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Steuerung des Beteiligungsportfolios.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Prof. Dr. Matthias Krause beendete zum 31. August 2017 seine Tätigkeit als Geschäftsführer der SWH und trat in den Ruhestand. In Folge des Ausscheidens wurden vier dauerhafte Handlungsvollmachten an Führungskräfte erteilt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die Finanzierungsmodalitäten in der SWH-Gruppe grundlegend umgestellt. Die Finanzmittelbeschaffung für die Gruppen-Unternehmen erfolgt ausschließlich zentral, im Namen und auf Rechnung der Holding. Die Finanzmittelbedarfe der Einzelunternehmen werden durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen seitens der Holding gedeckt. Hierbei wurden die Altdarlehen bei den Einzelunternehmen belassen, deren Verwaltung allerdings zentral durch die Holding erfolgt.

Im Jahr 2017 wurde die Stelle der Compliance-Beauftragten durch eine Volljuristin besetzt. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit stellt die Prävention und Sensibilisierung der Mitarbeiter durch Schulungen und Kommunikationsmaßnahmen dar.

Vor dem Hintergrund der Anforderungen aus dem Gesetz zur Anpassung des Datenschutzrechts an die EU-Datenschutzgrundverordnung, welches am 25. Mai 2018 in Kraft tritt (vgl. Punkt 3.3.2.) wird ein konzernweites Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) eingerichtet und eine Konzernrichtlinie „Datenschutz“ in Kraft gesetzt. Die Herstellung der Funktionsfähigkeit des ISMS für die SWH-Gruppe soll im Jahr 2018 abgeschlossen sein.

1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios

Von der Hafen Halle GmbH wurde der Teilbetrieb Logistik abgespalten, welcher sämtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit Containerumschlagsleistungen im kombinierten Verkehr umfasst. Der Teilbetrieb wurde auf die zuvor durch die SWH von der HAVAG erworbene Saalebus GmbH übertragen. Vor der Übertragung erfolgte die Umfirmierung der Saalebus GmbH in die Container Terminal Halle (Saale) GmbH (CTHS) sowie der Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages zur SWH. Die Hafen Halle GmbH wurde auf die SWH verschmolzen, welche die Vermögensgegenstände des ehemaligen Hafens an die CTHS verpachtet. Die Umgestaltung erfolgte mit der Zielsetzung, die Wirtschaftlichkeit des Logistikbetriebs durch Herausnahme der hafenaffinen Assets isoliert sichtbar und steuerbar zu machen.

Die HAVAG wurde mit Erwerb der von der Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH gehaltenen Geschäftsanteile an der Servicegesellschaft Saale GmbH (49 %) Alleingesellschafterin. Mit dem Erwerb soll die Nutzung konzerninterner Gestaltungsspielräume ausgebaut und erleichtert werden.

Die HAVAG veräußerte ihre Geschäftsanteile an der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH (51 %) an den Mitgesellschafter. Hintergrund der Veräußerung ist die Fokussierung auf das Stadtgebiet Halle (Saale).

Von der SHS-Energiedienste GmbH wurde der Teilbetrieb Stadtbeleuchtung auf die EVH GmbH verschmolzen. Dieser Schritt erfolgte in Vorbereitung auf eine geplante Neuausrichtung der SHS.

Die SWH veräußerte sämtliche von ihr gehaltenen Aktien an der M-Exchange AG an die Hauptaktionärin WV Energie AG, von der die Offerte ausging.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner). Mit dieser Entwicklung konnte Halle (Saale) in etwa das Niveau des Jahres 2001 erreichen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.1.1. Konsortialfinanzierung

Im Rahmen der zentralen Konzernfinanzierung konnte im Geschäftsjahr der Finanzmittelbedarf der SWH-Gruppe für die nächsten 7 Jahre durch einen Konsortialkredit mit 9 Geschäftsbanken gesichert werden. Der Konsortialkredit hat ein Volumen von 275 Mio. EUR (davon 60 Mio. EUR als Betriebsmittellinie) und ist im Jahr 2024 endfällig. Zudem besteht eine Erhöhungsoption um 90 Mio. EUR für den Fall derzeit noch nicht absehbarer Investitionen. Der größte Fremdmittelbedarf resultierte aus der Entscheidung zur Modernisierung des Heizkraftwerks Dieselstraße der EVH. Dieser hätte in den Jahren bis 2020 die Bonität der Stadtwerke-Gruppe vorübergehend stark belastet, weshalb zur Sicherstellung der Finanzmittelversorgung die Kreditaufnahmen der folgenden 7 Jahre vorgezogen wurde.

3.1.2. Unternehmenstransparenz

Im Rahmen der Sicherstellung der Unternehmenstransparenz wurden die jährlichen Übersichten zu allen von der Stadtwerke Halle - Gruppe abgeschlossenen Werbevereinbarungen sowie Werbepartner und zu allen von der Stadtwerke Halle - Gruppe geleisteten Spenden für das Jahr 2017 erstellt und im Internet veröffentlicht. Ebenso wurden alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage veröffentlicht.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Maßgeblich für die Holding sind die Marktbeziehungen unserer Beteiligungen, die sich nach wie vor einem hohen Erlös- und Kostendruck auf ihren jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkten stellen müssen. Zugleich bestehen weiterhin hohe Anforderungen an die Qualität und Beschaffenheit der Produkte und Dienstleistungen.

Darüber hinaus haben die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten eine fortgesetzt hohe Relevanz für die Ergebnispotentiale unserer Beteiligungsunternehmen. Bezugsseitig haben die Preise für Gas, Kohle, erneuerbare Energien sowie für CO₂-Zertifikate und Wasserpreise den größten Einfluss auf die Kostenentwicklung unserer Beteiligungen, wobei absatzseitig weiterhin nur geringe Preisspielräume aufgrund der fortgesetzt hohen Wettbewerbsintensitäten bestehen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.3.1. Entgelttransparenzgesetz in Kraft getreten

Am 6. Juli 2017 trat das Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern (Entgelttransparenzgesetz) in Kraft. Das Entgelttransparenzgesetz betrifft alle tarifgebundenen und bestimmte tarifyanwendende Unternehmen mit in der Regel mehr als 500 Beschäftigten, die einen Lagebericht gem. §§ 264 und 289 HGB aufzustellen haben. Arbeitgeber, die tarifgebunden oder tarifyanwendend sind, erstellen den Bericht alle fünf Jahre. Der Berichtszeitraum umfasst die vergangenen fünf Jahre. Alle anderen Arbeitgeber im Sinne des § 21 Abs. 1 EntgTranspG erstellen diesen Bericht alle drei Jahre. Der Berichtszeitraum umfasst dann die vergangenen drei Jahre. Der Bericht ist dem Lagebericht beizufügen und im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Der Bericht unterliegt nicht der Prüfung im Rahmen der Jahresabschlussprüfung. Der Bericht ist erstmals im Jahr 2018 zu erstellen. Der Berichtszeitraum für den ersten Bericht umfasst nur das letzte abgeschlossene Kalenderjahr, das dem Jahr 2017 vorausgeht. In der SWH-Gruppe sind hiervon die HWS und die HAVAG betroffen, sowie der Personalbereich der SWH in seiner Dienstleistungsfunktion.

3.3.2. Datenschutz-Grundverordnung

Am 30.06.2017 wurde das Gesetz zur Anpassung des Datenschutzrechts an die EU-Datenschutzgrundverordnung veröffentlicht, welche am 25.05.2018 in Kraft tritt. Die dortigen Regelungen zur Sicherstellung datenschutzrechtlicher Anforderungen machen die Untersuchung bestehender Prozesse und Verhaltensweisen erforderlich. Die SWH-Gruppe wird hierfür ein zentrales Informationssicherheitsmanagementsystem etablieren (vgl. Punkt 1.4.).

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ausschlaggebend für den Erfolg der Holding ist der Saldo aus den Organschaftsverhältnissen mit unseren Tochterunternehmen.

Direkte Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsverträge bestehen zur CTHS GmbH (ab 01.01.2017), EVH GmbH; Hafen Halle GmbH (bis 30.06.2017), Hallesche Verkehrs AG, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, IT-Consult Halle GmbH, RAB Halle GmbH, SHS Energiedienste GmbH und zur TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

Der Saldo aus Organschaftsverhältnissen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um -2.612,7 TEUR bzw. -7%:

Saldo aus Organschafts- verhältnissen	Ist	Plan	Ist	Veränderung	
	2016	2017	2017	zu 2016	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	in %
CTHS ¹	-	-	-163,2	-163,2	-
EVH	23.218,8	21.075,1	21.476,2	-1.742,6	-7,5
Hafen ²	-753,8	-648,6	-1.018,4	-264,6	-35,1
HAVAG	2.100,3	0,0	1.696,7	-403,6	-19,2
HWS	10.097,5	10.071,8	10.174,7	77,2	0,8
ITC	2.704,0	1.691,8	2.608,9	-95,1	-3,5
RAB	152,4	301,5	201,6	49,2	32,3
SHS	49,7	99,5	-22,9	-72,6	<-100
TELONON	17,3	10,6	19,9	2,6	15,0
Saldo aus Organschaft	37.586,2	32.601,7	34.973,5	-2.612,7	-7,0

¹ Organschaft besteht seit 01.01.2017, ² Organschaft bestand bis 30.06.2017

Tabelle 1: Saldo aus Organschaftsverhältnissen

4. Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der SWH betrug und beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31.12.2017 bei 56,3 %. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31.12.2017 unverändert bei 100 %. Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat der SWH liegt per 31.12.2017 bei 37,5 %. Eine Zielstellung ist nicht festgelegt.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen ca. 22 % Frauenanteil bis Mitte 2017 und 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

5. Lage der Gesellschaft

5.1. Ertragslage

Wir konnten das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von +12.399,7 TEUR (Plan: 7.299 TEUR) abschließen. Dieses über unseren Erwartungen liegende Ergebnis wurde sowohl durch positive und negative Einmaleffekte, als auch durch operative Ertragszuwächse geprägt.

Der handelsrechtliche Erfolgsausweis wird durch die zwischen Stadt Halle (Saale) und SWH getroffenen Modalitäten zur Finanzierung des ÖPNV maßgeblich beeinflusst. Für die Analyse und Beurteilung der Ertragslage werden diese Modalitäten deshalb isoliert ausgewiesen:

Ertragslage (angepasst)		Vorjahr	2017	Veränderung	
		TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse		7.162,9	7.294,7	131,8	1,8
Übrige betriebliche Erträge	+	13.895,6	11.725,6	-2.170,0	-15,6
Personalaufwand	./.	7.580,3	6.973,9	-606,4	-8,0
Übrige betriebliche Aufwendungen	./.	25.175,6	24.818,9	-356,7	-1,4
Ergebnis aus Beteiligungen und Zinserträge aus Ausleihungen	+	38.838,9	36.288,9	-2.550,0	-6,6
EBITDA		27.141,5	23.516,4	-3.625,1	-13,4
Erträge ÖPNV		6.218,3	7.330,6	1.112,3	17,9
Aufwand ÖPNV		17.332,1	16.188,3	-1.143,8	-6,6
Saldo ÖPNV	+	11.113,8	8.857,7	-2.256,1	-20,3
EBITDA (vor ÖPNV)		38.255,3	32.374,1	-5.881,2	-15,4
Abschreibungen	./.	1.305,7	10.000,1	8.694,4	>100
EBIT		36.949,6	22.374,0	-14.575,6	-39,4
Zinsergebnis	+	-1.722,3	-834,5	887,8	-51,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)		35.227,3	21.539,5	-13.687,8	-38,9
Ertragssteuern	./.	7.817,1	240,0	-7.577,1	-97,0
Sonstige Steuern	./.	39,0	42,1	3,1	7,9
Jahresüberschuss (vor ÖPNV)		27.371,2	21.257,4	-6.113,8	-22,3
Saldo ÖPNV	./.	-11.113,8	-8.857,7	2.256,1	-20,3
Jahresüberschuss		16.257,4	12.399,7	-3.857,7	-23,7

Tabelle 2: SWH Erfolgsrechnung 2017

Während die **Umsatzerlöse** auf Vorjahresniveau lagen, verringerten sich die **übrigen betrieblichen Erträge** um -2.170 TEUR oder 15,6 % hauptsächlich in Folge von Einmaleffekten. Die Erträge im Vorjahr waren vor allem geprägt durch Rückstellungsaufhebungen aufgrund von Neubewertungen zurückliegender Risikovorsorgen in Verbindung mit der KWT sowie Zuschreibungen auf Finanzanlagen, insgesamt 6.223 TEUR. Im Geschäftsjahr 2017 verzeichnete die SWH einmalige Erträge in Zusammenhang mit der Übertragung und Neubewertung des Hafenermögens, darunter Erträge aus der außerplanmäßigen Auflösung des Sonderpostens (3.438 TEUR) sowie den Verschmelzungsgewinn (531 TEUR).

Der Rückgang des **Personalaufwandes** ist Folge der Abnahme der Aufwendungen für Altersversorgung.

Die **übrigen betrieblichen Aufwendungen** sind insgesamt geringfügig zurückgegangen (-1,4 %), wobei die Aufwendungen zur Finanzierung des ÖPNV um -1.143,8 TEUR (bzw. -6,6%) zurückgingen, stieg der sonstige Aufwand um 787,1 TEUR an.

Übriger betrieblicher Aufwand	Vorjahr	2017	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf WP des Umlaufvermögens	17.332,1	16.188,3	-1.143,8	-6,6
darunter ÖPNV-Zuschuss ¹	17.332,1	16.188,3	-1.143,8	-6,6
sonstiger betrieblicher Aufwand	7.843,5	8.630,6	787,1	10,0
Übriger betr. Aufwand (vor ÖPNV)	25.175,6	24.818,9	-356,7	-1,4

¹ Der ÖPNV Zuschuss wird als verdeckte Einlage direkt wieder abgeschrieben

Tabelle 3: Übriger betrieblicher Aufwand

Das **Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen** verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um -2.550,0 TEUR (-6,6 %) auf 36.288,9 TEUR, welches - wie bereits dargelegt - auf den Saldo aus Organschaftsverhältnissen beruhte.

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	Vorjahr	2017	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	38.340,0	36.178,1	-2.161,9	-5,6
Aufwendungen aus Verlustübernahme	753,8	1.204,6	450,8	59,8
Saldo aus Organschaftsverhältnissen	37.586,2	34.973,5	-2.612,7	-7,0
Beteiligungserträge	43,6	89,2	45,6	>100
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.209,1	1.226,2	17,1	1,4
Gesamt	38.838,9	36.288,9	-2.550,0	-6,6

Tabelle 4: Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen

Das **EBITDA** fiel mit 23.516,4 TEUR erwartungsgemäß geringer aus, als im Vorjahr (-3.625,1 TEUR oder -13,4 %). Das **EBITDA (vor ÖPNV)** gibt das operative Ergebnis der SWH vor Kapitaldienst und anderer Verpflichtungen (Co-Finanzierung des ÖPNV) wider.

Der Anstieg der **Abschreibungen** (+8.694,4 TEUR) ist einmaliger Natur. Nach der Übernahme des Anlagevermögens des Hafens erfolgte eine Wertberichtigung auf den Ertragswert.

Das **Zinsergebnis** verbesserte sich im Vorjahresvergleich auf -834,5 TEUR (+51,5 %), welches auf die Regeltilgungen der Altdarlehen (vor Konsortialfinanzierung) zurückzuführen ist.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)** umfasst alle wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio der SWH. In Folge der Wertberichtigungen des Anlagevermögens des Hafens verringerte es sich um -13.687,8 TEUR (-38,9 %) auf 21.539,5 TEUR. Unter Ausschaltung dieses Effektes läge das gewöhnliche Ergebnis (vor ÖPNV) bei 29.937,7 TEUR und damit über unseren Planerwartungen.

Die **Ertragssteuern** beliefen sich auf 240,0 TEUR. Sie enthalten 2017 auch Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen in Höhe von 1.516 TEUR. Der hohe Vorjahreswert war Folge der Bildung einer Steuerrückstellung.

Der **Jahresüberschuss** verringerte sich zum Vorjahr um -3.857,7 TEUR auf 12.399,7 TEUR und liegt weit über unseren Planerwartungen (7.299 TEUR).

5.2. Finanzlage

5.2.1. Finanzmanagement

Wir haben sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzerneinheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie geregelt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei einlagengesicherten deutschen Banken getätigt.

5.2.2. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr 2017 stieg das **Eigenkapital** um den Jahresüberschuss in Höhe von 12.399,7 TEUR (bzw. +6,1 %) auf 216.504,7 TEUR. Unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (aus der Übertragung des Hafens) erhöhte sich das wirtschaftliche Eigenkapital von 52 % auf 53,9 %. Dieser Zuwachs von 1,9 Prozentpunkten entspricht einem Anstieg von 3,7 %.

Zum Bilanzstichtag betragen die **Finanzverbindlichkeiten** 95.567,4 TEUR. Die Zunahme von 23.930,8 TEUR (+33,4 %) war durch die Aufnahme der ersten Tranche aus dem Konsortialdarlehen entstanden.

Die **liquiden Mittel** (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten) der Holding (ohne Cash-Pool-Salden der einbezogenen Tochter- und Beteiligungsunternehmen) betragen -19.054,7 TEUR und erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 6.321,5 TEUR (+24,9 %). In Folge der Regeltilgungen und des Liquiditätsaufbaues verringerten sich die Nettofinanzverbindlichkeiten um -7.390,7 TEUR (-7,1 %) auf 90.093,2 TEUR.

Der Nettoverschuldungsgrad erhöhte sich um 0,3 Punkte von 2,54 auf 2,77 (+9,2 %) – die Veränderung war zu erwarten, weil das Vorjahres-EBITDA außerordentlich hoch ausgefallen war.

Nettoverschuldungsgrad	2016	2017	Veränderung	
Finanzverbindlichkeiten ¹	71.636,6 TEUR	70.567,4 TEUR	-1.069,2 TEUR	-1,5%
Liquide Mittel	-25.376,2 TEUR	-19.054,7 TEUR	6.321,5 TEUR	-24,9%
Nettofinanzverbindlichkeiten	97.012,8 TEUR	89.622,1 TEUR	-7.390,7 TEUR	-7,6%
EBITDA (vor ÖPNV)	38.255,3 TEUR	32.374,1 TEUR	-5.881,2 TEUR	-15,4%
Nettoverschuldungsgrad (vor ÖPNV)	2,54 Jahre	2,77 Jahre	0,23 Jahre	9,2%

Tabelle 5: Nettoverschuldungsgrad

Die Finanzverbindlichkeiten umfassen Bankdarlehen in Höhe von 36.722,1 TEUR (ohne Konsortialdarlehen 11.722,1 TEUR) und Schuldscheindarlehen/Namensschuldverschreibungen in Höhe von 58.845,3 TEUR (jeweils inklusive Zinsabgrenzungen). Die Finanzverbindlichkeiten haben eine durchschnittliche Restlaufzeit von 5,34 Jahren. Die Restlaufzeit der Bankverbindlichkeiten beträgt 5,04 Jahre. Die Bankdarlehen werden auf Basis des 3-, bzw. 6-Monats-Euribor verzinst. Den Geschäftsbanken wurden Non-Financial-Covenants in Form von Negativ- und Gleichbehandlungserklärungen eingeräumt.

5.2.3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Investitionen in Höhe von 60.100,6 TEUR getätigt:

Investitionen	2017 TEUR
Kapitalrücklage EVH	5.750,0
Kapitalrücklage HWS	2.049,0
Erwerb Saalebus (CTHS)	88,4
Vermögen Hafen	10.837,0
Einlage FSA	25,0
Sonstige (BGA etc.)	455,0
Summe	19.204,4

Tabelle 6: Investitionen 2017

Mit den Investitionen konnten die Eigenkapitalausstattungen von EVH und HWS erneut ausgebaut werden. Bei der EVH diente die Kapitalzuführung der Finanzierung des Eigenanteils für die Modernisierung des Heizkraftwerkes Dieselstraße, bei der HWS der weiteren Entschuldung.

Daneben erfolgte eine verdeckte Einlage in die HAVAG zur Finanzierung des ÖPNV. (TEUR 16.188,3), die im Geschäftsjahr wieder abgeschrieben wurde. Darüber hinaus wurde an die EVH, HWS und RAB Gesellschafterdarlehen in Höhe von zusammen TEUR 24.707,9 ausgereicht und als Zugänge ausgewiesen.

5.2.4. Liquidität

Die Liquidität verringerte sich um insgesamt -10.037 TEUR auf 49.742 TEUR.

Kapitalflussrechnung (i.S.d. DRS 21)	2016 TEUR	2017 TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	5.371	-3.790
Cashflow aus Investitionstätigkeit	6.523	-9.526
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	21.079	3.279
Zahlungswirksame Veränderungen	32.973	-10.037
Finanzmittelfonds zum 01.01.	26.806	59.779
Finanzmittelfonds zum 31.12.	59.779	49.742

Tabelle 7: Kapitalflussrechnung

Hierzu trug ein negativer Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit bei, hauptsächlich als Folge geringerer Forderungen (die nicht dem Investitions- oder Finanzbereich zuzuordnen sind) sowie durch den Verbrauch von Rückstellungen.

Die Liquiditätsabflüsse für Investitionen (insbesondere für Kapitaleinlagen in EVH, HWS und Finanzierung des ÖPNV) überstiegen den Zufluss aus Dividenden und Einzahlungen aus EAV des Vorjahres sowie die Zinseinzahlungen, weshalb der Investitions-Cashflow mit -9.526 TEUR negativ ausfiel.

Der positive Cashflow aus Finanzierungstätigkeit war auf die Ziehung der ersten Tranche aus dem Konsortialdarlehen zurückzuführen.

5.3. Vermögenslage

Bilanz SWH (Kurzfassung)	2016	2017	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	271.908,7	305.115,4	33.206,7	12,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	70,3	285,7	215,4	>100
Sachanlagen	22.308,7	22.813,7	505,0	2,3
Finanzanlagen	249.529,7	282.016,0	32.486,3	13,0
Umlaufvermögen	120.786,6	97.332,2	-23.454,4	-19,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	60.628,2	46.344,4	-14.283,8	-23,6
Wertpapiere und liquide Mittel	59.864,6	49.865,8	-9.998,8	-16,7
Rechnungsabgrenzungsposten	293,8	1.122,0	828,2	>100
Bilanzsumme Aktiva	392.695,3	402.447,6	9.752,3	2,5
Eigenkapital	204.105,0	216.504,7	12.399,7	6,1
Investitionszuschüsse	-	403,4	403,4	-
Rückstellungen	14.859,1	11.871,2	-2.987,9	-20,1
Verbindlichkeiten	173.592,8	172.704,8	-888,0	-0,5
Rechnungsabgrenzungsposten	138,4	963,5	825,2	>100
Bilanzsumme Passiva	392.695,3	402.447,6	9.752,3	2,5

Tabelle 8: Bilanz

Die Bilanzsumme stieg im Vorjahresvergleich von 392.695,3 TEUR auf 402.447,6 TEUR (+9.752,3 TEUR bzw. +2,5 %). Hierbei erhöhten sich die **Aktiva** hauptsächlich durch die Zunahme des Finanzanlagevermögens um 13 % auf 282.016,0 TEUR. Dieses ist durch die Eigenkapitaleinlagen in die HWS und die EVH sowie in der Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die EVH, HWS und RAB begründet.

Das Umlaufvermögen verringerte sich im Vergleich zum Jahr 2016 um -23.454,4 TEUR auf 97.332,2 TEUR durch einen Forderungs- und Liquiditätsabbau im Berichtsjahr.

Auf der **Passivseite** stieg das Eigenkapital durch die Einstellung des Jahresüberschusses auf 216.504,7 TEUR an (+6,1 %). Die Gewinnthesaurierung konnte mit dem Zuwachs des Anlagevermögens nicht schritthalten, so dass eine Abnahme des Anlagendeckungsgrades auf 71,0 % resultierte:

Anlagendeckungsgrad	2016	2017	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital	204.105,0	216.504,7	12.399,7	6,1
Anlagevermögen	271.908,7	305.115,4	33.206,7	12,2
Deckungsgrad	75,1%	71,0%		-5,5

Tabelle 9: Anlagendeckungsgrad

Der erstmalige Bilanzausweis des **Sonderpostens für Investitionszuschüsse** war Folge der Verschmelzung des Besitzbetriebes des Hafens auf die SWH.

Die **Rückstellungen** gingen verbrauchsbedingt durch Steuerzahlungen zurück, während die **Verbindlichkeiten** trotz Neuverschuldung leicht unter Vorjahresniveau lagen.

5.4. Gesamtaussage zur Lage

Das Geschäftsjahr konnte mit einem Überschuss von 12.399,7 TEUR abgeschlossen werden. Dieses Ergebnis wurde durch die stabilen Ertragslagen der Tochterunternehmen erreicht. Zugleich konnten weitere bilanzielle Risikovorsorge getroffen und notwendige Wertberichtigungen (Hafen) vorgenommen werden.

Darüber hinaus wurde die Finanzmittelversorgung der Stadtwerke-Gruppe für die nächsten 7 Jahre durch den erfolgreichen Abschluss eines endfälligen Konsortialdarlehens gesichert. In dem uns entgegengebrachten Vertrauen sehen wir unseren Kurs und unsere Perspektiven bestätigt.

In Folge dessen sind wir mit dem erreichten Ergebnis, der erreichten finanziellen und bilanziellen Absicherung insgesamt sehr zufrieden und sehen uns für die kommenden Jahre gut aufgestellt.

6. Nachtragsbericht

Mit Handelsregistereintragung am 23.02.2018 wurde die Verschmelzung der Hafen Halle GmbH auf die Stadtwerke Halle GmbH rückwirkend zum 01.07.2017 wirksam.

7. Chancen- und Risikobericht

7.1. Risikomanagementsystem

7.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

7.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

7.1.3. Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

7.2. Gesamtbild

Unter den identifizierten Risiken der Unternehmen der Stadtwerke Gruppe lagen insgesamt 4 Einzelrisiken (Vorjahr: 8) über dem Schwellenwert und wurden demzufolge als Risiken in das Konzernrisikomanagement aufgenommen. Hierbei fanden Risiken mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit < 5 % keine Berücksichtigung.

Die konzernrelevanten Risiken (2017) verteilen sich auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Risikogruppe		
	1	2	Gesamt
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	1	0
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	0	1	1
Rechtliche Risiken	1	1	2
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	1	3	4

Tabelle 10: Risikogruppen

Das einzige Risiko der Gruppe 1 besteht in der drohenden Steuernachzahlung in Folge der steuerlichen Betriebsprüfung im Organkreis der Stadtwerke. Für das Risiko wurde ausreichende bilanzielle Vorsorge getroffen.

Der für das Jahr 2018 maßgebliche Schadenserwartungswert der dargestellten konzernrelevanten Risiken (Bruttoschadenshöhe x Eintrittswahrscheinlichkeit) in Summe beträgt 10,4 Mio. EUR (Vorjahr 15,2 Mio. EUR).

Die vorgenannten Risiken werden im Risikomanagement als Bruttoerisiken erfasst. In den Planungen und Jahresabschlüssen unserer Unternehmen sind die Risiken zu einem großen Teil bereits berücksichtigt bzw. Risikosteuerungsmaßnahmen eingeleitet. Allen Risiken wurden Maßnahmen zur wiederkehrenden Überwachung und Steuerung zugeordnet. Dieses ermöglicht uns eine frühzeitige Reaktion bei Änderungen der Eintrittswahrscheinlichkeiten oder der Schadenshöhen.

8. Prognosebericht

8.1. Ergebniserwartung

Wir gingen in unseren Planungen für das Geschäftsjahr 2017 von einem Jahresüberschuss von 7.298,8 TEUR aus. Das über unsere eigenen Erwartungen liegende tatsächliche Jahresergebnis in Höhe von 12.399,7 EUR wird im Folgejahr leicht geringer ausfallen (ca. 11.200 TEUR).

Unsere Erwartungen stützen sich auf die nachfolgenden Ergebnisbeiträge der Organgesellschaften:

Saldo aus Organ- schaftsverhältnissen	Ist	Plan	Veränderung	
	2017	2018	zu 2017	
	TEUR	TEUR	TEUR	in %
CTHS	-163,2	-42,9	120,3	73,7
EVH	21.476,2	21.240,2	-236,0	-1,1
Hafen	-1.018,4	0,0	+1.018,4	+100,0
HAVAG	1.696,7	0,0	-1.696,7	-100,0
HWS	10.174,7	9.942,5	-232,2	-2,3
ITC	2.608,9	1.703,4	-905,5	-34,7
RAB	201,6	206,5	4,9	2,4
SHS	-22,9	22,2	45,1	<-100
TELONON	19,9	11,0	-8,9	-44,7
Saldo aus Organschaft	34.973,5	33.082,9	-1.890,6	-5,4

Tabelle 11: Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen

8.2. Investitionen

In der Planung für das 2018 sind Investitionen für die Akquisition energieeffizienter Beteiligungen von 1.500 TEUR, Einlagen in die Kapitalrücklagen von EVH (2.600 TEUR), HWS (2.079 Mio. EUR) und SHS (2.000 TEUR) sowie in die Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 849,9 TEUR vorgesehen. Unter Einbeziehung der Einlage des ÖPNV-Zuschusses in die HAVAG werden sich die Gesamtinvestitionen auf 28.052,5 TEUR belaufen.

Investitionsplan	2018 TEUR
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	849,9
Anteile an verb. Unternehmen	6.679,3
Beteiligungen	1.500,0
Summe	9.029,2

Tabelle 12: Planinvestitionen 2018

Daneben ist als verdeckte Einlage in die HAVAG zur Finanzierung des ÖPNV ein Betrag von 19.023,3 TEUR vorgesehen.

8.3. Finanzierung

Für die zentrale Finanzierung der Stadtwerke-Gruppe ist die Ziehung einer zweiten Tranche aus dem abgeschlossenen Konsortialdarlehen in Höhe von 75.000 TEUR für das Geschäftsjahr 2018 vorgesehen. Regeltilgungen für Altdarlehen bzw. Schuldscheindarlehen belaufen sich auf -23.769,1 TEUR.

8.4. Risiken

Für das Jahr 2018 werden keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken erwartet.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	30					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">30</td> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	30	100,00
T€	%					
30	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Arndt, Michael	(bis 31.03.2017)
	Belger, Fredo	(seit 01.04.2017)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.467	13	7.262	13	1.328	2	205	3
Umlaufvermögen	49.924	87	50.774	87	60.443	98	-850	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	12	0	9	0	1	8

Bilanzsumme	57.404	100	58.048	100	61.780	100	-644	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.976	9	4.517	8	3.403	6	459	10
Rückstellungen	52.013	90	53.071	91	55.705	90	-1.058	-2
Verbindlichkeiten	415	1	460	1	2.672	4	-45	-10

Bilanzsumme	57.404	100	58.048	100	61.780	100	-644	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.396	4.012	4.849
sonstige betriebliche Erträge	2.128	3.575	2.470
Materialaufwand	868	887	963
Personalaufwand	2.345	2.937	2.284
Abschreibungen	22	11	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.661	3.679	3.833
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	4	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	381	1.779	1.068
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	204
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	139	128	89
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			1.007
außerordentliche Erträge			112
außerordentliche Aufwendungen			128
außerordentliches Ergebnis			-16
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	394	596	178
Ergebnis nach Steuern	476	1.132	
sonstige Steuern	17	18	17
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	459	1.114	796
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	459	1.114	796

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,51	27,77	16,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,16	32,74	30,56	%
Cash-Flow:	481	1.125	1.008	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	203	195	174	T€
Personalaufwandsquote:	31,16	38,71	31,20	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,65	2,27	2,15	%
Eigenkapitalquote:	8,67	7,78	5,51	%
Fremdkapitalquote:	91,33	92,22	94,49	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Abfallmenge	360.312,00	535.449,00	776.533,00	Mg
Durchschnittserlöse	8,22	2,61	2,92	EUR/Mg

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 2.5. Marktbezogene Entwicklung
- 2.6. Politische und rechtliche Entwicklung
- 2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 2.8. Forschung und Entwicklung
- 2.9. Personal und Personalentwicklung

3. Lage der Gesellschaft

- 3.1. Ertragslage
- 3.2. Finanzlage
 - 3.2.1. Kapitalstruktur
 - 3.2.2. Investitionen
 - 3.2.3. Liquidität
- 3.3. Vermögenslage
- 3.4. Gesamtaussage

4. Chancen- und Risikobericht

- 4.1. Risikomanagementsystem
- 4.2. Chancen und Risiken
- 4.3. Gesamtbild

5. Prognosebericht

- 5.1. Umsatzentwicklung
- 5.2. Investitionen
- 5.3. Finanzierung
- 5.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau umfasst die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Die Gesellschaft ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die AWH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Geschäftsbetrieb der AWH ist hauptsächlich auf die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgen noch Aktivitäten in der sonstigen Geschäftstätigkeit, welche die Vermietung/Verpachtung von Ansiedlungsflächen sowie Infrastruktur-dienstleistungen für bereits am Standort Halle-Lochau befindliche Unternehmen betreffen. Außerdem gehört der Betrieb einer Boden- und Bauschuttbörse zur sonstigen Geschäftstätigkeit des Unternehmens.

1.2. Ziele und Strategien

Das Hauptziel der AWH ist die konsequente Durchführung einer umweltgerechten, nachhaltigen und kostenoptimierten Sicherung des Standortes Halle-Lochau mit dem Ziel, zum Abschluss der Nachsorge aus der abfallrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen zu werden. Ein weiteres Ziel ist gemäß dem Gesellschaftszweck die Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums am Standort Halle-Lochau.

Auf Grund der Komplexität und der Alleinstellungsmerkmale des Stilllegungsprozesses unterliegt die AWH seit Beginn der Stilllegung zum 1. Juni 2005 unterschiedlichsten Herausforderungen, die sich sowohl aus den rechtlichen als auch aus den betrieblichen Rahmenbedingungen ergeben. Diese Herausforderungen wurden bis dato in intensiver Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin und dem Landesverwaltungsamt Halle als zuständige Überwachungsbehörde angegangen und überwiegend positiv gestaltet.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der AWH gliedert sich außer der Geschäftsführung in die drei Abteilungen Umwelt- und Sicherheitscontrolling (USiCo), Technik und Kaufmann auf.

Zur Steuerung der AWH wurde mit Beginn der Stilllegungsphase zum 1. Juni 2005 eine Profit Center-Rechnung in die kaufmännische Abrechnung integriert, mit deren Hilfe eine exakte Trennung zwischen den beiden Geschäftsfeldern ermöglicht wird. Die sich hieraus ergebenden Steuerungsgrößen sind neben dem Jahresüberschuss, das Betriebsergebnis zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der sonstigen Geschäftstätigkeit und der jährliche Verbrauch der während der Ablagerungsphase der Deponie bis Mai 2005 gebildeten Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der jeweilige verbleibende Umfang dieser Rückstellung gibt dabei Hinweise auf die Entwicklung des zu realisierenden Rekultivierungsvorhabens sowie auf dessen zukünftige Finanzierbarkeit.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die bereits zum 1. Juli 2013 vollzogene Änderung der Organisationsstrukturen auf Grund personeller Veränderungen hat sich bis dato bewährt und wurde im vorigen Geschäftsjahr operativ weiter optimiert.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2017 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit zur Verwertung von Abfällen im Deponie-stilllegungsbetrieb sowie für die Behandlung von Boden- und Bauschuttabfällen auf der Boden- und Bauschuttbörse von der Entsorgungsgemeinschaft EdDE erneut bestätigt. Im September 2017 wurde durch ZER-QMS das aller drei Jahre anstehende Qualitätsmanagement-Wiederholungsaudit durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung sowie den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse. Im Rahmen des externen Audits erfolgte zudem die Umstellung des QM-Systems der Abfallwirtschaft GmbH auf die Anforderungen der revidierten Norm DIN EN ISO 9001:2015. In deren Rahmen waren zahlreiche Neuerungen zu berücksichtigen, wie beispielsweise der Nachweis eines entsprechenden Systems zur Erkennung und Bewertung von Risiken und Chancen. Im Ergebnis der QM-Begutachtung wurde der AWH eine vorbildliche Organisation und Durchführung der entsprechenden abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten unter Erfüllung aller Anforderungen der neuen QM-Norm bescheinigt und das neue, bis 2020 gültige Zertifikat erteilt.

Auch 2017 war für die AWH durch ein verringertes Anliefervolumen bei den Einbaumaßnahmen gekennzeichnet, wobei der Rückgang insbesondere im Segment der geotechnischen Sicherung (Aschen, Schlacken u.ä. mineralische Abfälle mit geringer Wasserdurchlässigkeit) sehr deutlich ausfiel. Bereits im Jahr 2015 mussten alle Anlieferverträge gekündigt werden, da das genehmigte Einbauvolumen begrenzt war. Die notwendigen Projekte zur Aufstockung der genehmigten Mengen und zur Aktualisierung der Genehmigungen wurden zwar rechtzeitig durch die AWH beim Landesverwaltungsamt 2015/2016 eingereicht, konnten aber trotz intensiver Gespräche und Abstimmungen mit der Behörde erst Mitte 2017 mit den notwendigen Genehmigungserteilungen abgeschlossen werden. Damit war auch der letzte große Anliefervertrag mit der STRABAG AG Ende 2016 vorläufig ausgelaufen, was sich in nur noch sehr geringen Anliefermengen insbesondere im ersten Quartal 2017 manifestierte. Mit der Abzeichnung der Erteilung der angestrebten Genehmigung zum vorgezogenen Ausgleich der noch prognostizierten Setzungen erfolgten ab Anfang 2017 intensive Neuverhandlungen mit zahlreichen Anlieferern. Dabei wurde nicht nur die Anlieferung wieder größerer Mengen abgestimmt, sondern auch die geplante Erhöhung der Anlieferpreise unter Beachtung der aktuellen Marktbedingungen fixiert. Im Laufe des Jahres 2017 konnte so wieder ein solides Anliefervolumen mit verschiedenen großen und mittleren Anlieferern vereinbart und realisiert werden, wobei mit den monatlichen Anliefermengen im letzten Quartal 2017 wieder an die deutlich größeren Mengen in den Jahren 2014 und 2015 angeknüpft wurde. Hierbei ist insbesondere hervorzuheben, dass diese Trendumkehr bei der AWH gelang, obwohl die Annahme- und Einsatzbedingungen für die entsprechenden Abfälle mit der neuen Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt und dem QM-Plan wesentlich umfangreichere Anforderungen als früher umfassten.

2.5. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2017 musste die AWH abermals einen Rückgang bei den angelieferten Mengen an Verwertungsabfällen verzeichnen. Dieser Umstand ist auf die bereits erläuterte vorläufige Erschöpfung der genehmigten Einbauvolumina und die schwierige genehmigungsrechtliche Situation bei der Erteilung der beantragten neuen Genehmigungen zurückzuführen. Die sich bereits im Vorjahr abgezeichneten positiven Marktsignale wurden von der AWH GmbH bei den Vertragsverhandlungen konsequent eingepreist. Die hieraus erzielten Umsatzerlöse konnten so im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden. Damit wurden von der AWH die Weichen dafür gestellt, dass zukünftig nicht nur wieder vergleichbare Mengen, sondern damit verbunden auch deutlich höhere Umsatzerlöse erreicht werden.

Für die Zukunft hat weiterhin der Ausbau der Marktposition bei der Annahme von Böden und Recyclingmaterialien zur Herstellung der Wasserhaushaltschicht und der darunter aufzubauenden Drainage oberste Priorität. Hierfür ist ein regionaler und überregionaler Vertrieb zur Akquise der betrieblich notwendigen Mengen erforderlich, da es für diese Materialien eine große Anzahl an Wettbewerbern gibt. Im Geschäftsjahr 2017 hat die Geschäftsführung weiter an verschiedenen Projekten gearbeitet, mit deren erfolgreicher Umsetzung auch die Annahmemengen von Böden und Recyclingmaterialien auf einem moderaten Niveau gesichert werden konnten, obwohl die Anforderungen für die Annahme und den Einbau dieser Materialien seit Mitte 2016 mit den neuen Qualitätssicherungs-Anforderungen des Landesverwaltungsamtes wesentlich höher geworden sind.

2.6. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2017 waren keine signifikanten Änderungen im gesetzlichen Regelwerk der Deponieverordnung zu verzeichnen, so dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen weitgehend konstant blieben. Allerdings ergaben sich aus genehmigungsrechtlichen Änderungen und neuen Auflagen des Landes-verwaltungsamtes für den Stilllegungsbetrieb im Jahr 2017 entsprechende Notwendigkeiten für Anpassungen und Umstellungen in der Organisation und Logistik verschiedener Maßnahmen. Deutlich gestiegen sind die Anforderungen des Landesverwaltungsamtes an den zu führenden Nachweis der Materialeignung sowie die Qualitätssicherung im Einbau, die sich in deutlich höheren Kosten für die Planung und die Qualitätsüberwachung bei allen Maßnahmen zeigen.

Grundlage für die im Jahr 2017 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt weiterhin der im Juni 2008 durch das LVwA erlassene und inzwischen mit vier Ergänzungen und mehreren Bescheiden fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF – Forschungsvorhabens der AWH basiert. Durch die AWH wurden im vergangenen Jahr weitere Detail-Konzeptionen für Stilllegungsmaßnahmen bearbeitet, welche u.a. im Bereich der geotechnischen Sicherung und die im Drehpunkt vorgesehene Gestaltung als Gesamtmaßnahme beinhalteten.

Die bis Ende 2015 von AWH und Behörde gemeinsam verfolgte Linie einer abschnittswisen Bearbeitung der Drehpunktthematik mit dem Beginn an der Deponiewestböschung wurde Anfang 2016 von der Behörde verlassen und nun stattdessen eine europaweite Ausschreibung der Gesamtplanung für die Drehpunktgestaltung verlangt. Diese führt zu wesentlichen zeitlichen Verschiebungen bei der Stilllegung, so dass mit einem Ende der Stilllegungsmaßnahmen und einem Beginn der Flutung nun nicht vor 2023 zu rechnen ist. Die notwendigen Änderungen wurden mit der Behörde beraten und ein entsprechender Zeitplan für das Projekt verabredet. Für die Gesamtplanung des Drehpunktbereiches wurde von der AWH eine umfangreiche Aufgabenstellung fristgerecht bis Ende April 2016 erarbeitet und anschließend bis zum Oktober mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt. Danach begannen die Vorbereitungen für die europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen, wofür das Verfahren mit der Veröffentlichung des Teilnahmewettbewerbes Ende 2016 startete. Die Ausschreibung wurde mit dem notwendigen Verhandlungsverfahren im ersten Halbjahr 2017 abgeschlossen. Im Ergebnis wurden die Planungsleistungen für die Böschunggestaltungsmaßnahmen (Los 1) und die Standsicherheit (Los2) an das Ingenieurbüro CDM Smith (Niederlassung Leipzig) vergeben. Der Planungsauftrag für die naturschutzfachlichen Belange (Los 3) ging an eine Bietergemeinschaft unter Federführung der IHU GmbH. Insgesamt erfolgte der Beginn der Planungsarbeiten mit ca. 6 Monaten Verspätung in Bezug auf die vorgesehene Zeitschiene, was im Wesentlichen auf die Überziehung von Terminen im Rahmen der behördlichen Abstimmung zurückzuführen ist.

Bereits im Jahr 2016 ergaben sich im Segment der Errichtung von Drainage- und Wasserhaushaltsschicht wesentliche Änderungen mit dem von der Behörde geforderten neuen Qualitätsmanagementplan für diese Maßnahmen. Im Ergebnis dessen resultierten wesentlich aufwändigere Kontroll-, Überwachungs- und Nachweispflichten in diesem Teilbereich. Dies führte dazu, dass im Jahr 2017 fast keine neuen Flächen fertig gestellt werden konnten, da die Anforderungen sehr anspruchsvoll waren und sind. Gemeinsam mit dem Fremdprüfer laufen seither die Abstimmungen der AWH mit der Behörde, um die gestellten Anforderungen z.B. im Bereich der nachzuweisenden Wasserretention bei den Böden für die Wasserhaushaltsschicht oder hinsichtlich der Tragfähigkeit bei den Materialien des drainablen Horizontes praktikabel und erfüllbar zu gestalten. Bei beiden Themenkomplexen zeichnen sich mittlerweile Lösungen ab. Ebenfalls als Folge der mit dem neuen QM-Plan gestellten behördlichen Forderungen ist zu verzeichnen, dass die zur Bodenverbesserung der Wasserhaushaltsschicht geplanten Klärschlammengen wegen der Nährstoffgehalte drastisch reduziert werden mussten. Die weitere Klärschlammannahme wurde Anfang 2018 beendet und im weiteren Verlauf der Stilllegung wird nur noch die Zugabe bereits angenommener Mengen erfolgen.

Im Bereich der Bepflanzung fertig gestellter Flächen stagniert der weitere Projektfortschritt. Hierzu sind entsprechende Aufforstungsanträge bei der unteren Forstbehörde einzureichen. Diese hat die AWH zwar fristgerecht vorbereitet und vorgelegt, allerdings verweigerte die LMBV als Grundstückseigentümer ihre Zustimmung dazu. Bereits 2016 hatte deshalb das Landesverwaltungsamt angekündigt, diesbezüglich eine Duldungsverfügung gegenüber der LMBV zu erlassen. Allerdings kam es auch 2017 nicht dazu, obwohl seitens des Landesverwaltungsamtes mehrfach Gespräche mit anderen Behörden und der LMBV geführt wurden.

Im zweiten Halbjahr 2017 trat wie im Abschnitt 2.4 beschrieben die Genehmigung des Landesverwaltungsamtes zur Überhöhung der Einbaubereiche der geotechnischen Sicherung auf Grund des vorgezogenen Setzungsausgleiches in Kraft (vierte Ergänzung vom 18.05.2017 zur Rekultivierungsanordnung vom Juli 2008). Damit verbunden war die Erarbeitung eines neuen Qualitätsmanagementplanes für diese Maßnahmen, der wesentlich höhere und z.T. auch neue Anforderungen an die Annahme und den Einbau dieser Materialien enthielt. Diese Auflagen führen einerseits zu einem geringeren Portfolio einsetzbarer Materialien im Vergleich zu früheren Jahren als auch zu zeitlichen Verzögerungen und höheren Kosten bei Planung und Qualitätssicherung. Die AWH konnte durch intensive Vorbereitung der umfangreichen geforderten Nachweise und Dokumentationen sowie die Akquise neuer Kunden hier insofern erfolgreich gegensteuern, dass die Annahmemengen und Umsatzerlöse trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen im zweiten Halbjahr 2017 wieder kontinuierlich zunahmen.

Auch im Jahr 2017 fanden zahlreiche weitere Abstimmungen und Beratungen mit der Behörde statt und es erfolgte ein umfangreicher Schriftverkehr zu den verschiedenen Stilllegungs-Teilmaßnahmen. Die Lösungsfindung mit dem Landesverwaltungsamt gestaltete sich wie schon in den Vorjahren schwierig, was im Ergebnis zu einem nur sehr langsam vorankommenden Abstimmungsprozess bei den meisten wichtigen genehmigungsrechtlichen Fragen führte.

Auch bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse ergaben sich 2017 keine wesentlichen Änderungen. Die für diesen Bereich vom Bundesgesetzgeber geplante „Mantelverordnung“ zur Neuregelung des Einsatzes von Abfällen als mineralische Ersatzbaustoffe außerhalb von Deponien liegt weiterhin nur im Entwurf vor. Die darin geplanten Vorgaben würden sich bei einem Inkrafttreten merklich sowohl auf das Annahme- und Abgabeportfolio der Boden- und Bauschuttbörse als auch auf die Organisation und Logistik vor allem im Bereich der Abfallüberwachung im Sinne deutlich erhöhter Anforderungen auswirken. Im Bereich der genehmigungsrechtlichen Grundlagen für den Börsenbetrieb konnten bei der Umweltbehörde des Saalekreises als Genehmigungs- und Überwachungsbehörde auch 2017 einige Verbesserungen erreicht werden, so z.B. mit der flexibleren Gestaltung der Nutzungszeiten für die Materialzerkleinerung mittels eines mobilen Brechers.

2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wie in den Vorjahren waren auch im Geschäftsjahr 2017 die Umsatzerlöse aus der Annahme von Verwertungsabfällen ein wichtiger wirtschaftlicher Eckpfeiler. Hier konnte trotz der erneuten Verringerung der angenommenen Menge an Verwertungsabfällen auf 360 TMg im Vergleich zum Vorjahr mit 535 TMg ein deutlich höherer Umsatz für diesen Bereich mit 2.959 TEUR im Vergleich zum Vorjahr mit 1.399 TEUR generiert werden. Der sehr ambitionierte Planwert von 6.918 TEUR wurde so nur im Ansatz erreicht. Die deutliche Abweichung zum Planwert beruht im Wesentlichen darauf, dass die erwartete Genehmigung für die Überhöhung der Bereiche der geotechnischen Sicherung erst zum zweiten Halbjahr 2017 wirksam wurde und so insbesondere im ersten Halbjahr nur vergleichsweise geringe Annahmemengen realisiert werden konnten.

Neben den Erlösen aus der Annahme von Verwertungsabfällen stellen die Erlöse aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas einen weiteren wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Hier konnte auf Grund der durchgeführten technischen Ertüchtigungsmaßnahmen ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt werden. In Zahlen bedeutet dies ein Umsatz von 1.488 TEUR im Vergleich zum Vorjahr mit 1.599 TEUR sowie zum Planwert von 888 TEUR.

Auf der Aufwandseite haben wie im Vorjahr die Einsparungen bei der Sickerwasserreinigung sowie bei den Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen zu einer geringeren Inanspruchnahme der Rekultivierungsrückstellung beigetragen. Der Aufwand für die Entsorgung von Sickerwasser hatte im Geschäftsjahr 2017 einen Umfang von 1.308 TEUR. Die entsorgte Menge betrug 115 Tm³. Damit ist die Ist-Menge merklich niedriger als im Vorjahr mit 127 Tm³. Ebenso ist der damit verbundene Aufwand unterhalb des Vorjahreswertes von 1.393 TEUR. Die für 2017 angesetzten Planwerte in Höhe von 146 Tm³ und 1.688 TEUR konnten deutlich unterboten werden. Bei den Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sind im Berichtsjahr 797 TEUR angefallen. Hiermit wurde zwar der Vorjahreswert in Höhe von 730 TEUR übertroffen, aber der Planwert mit 1.134 TEUR deutlich unterboten.

Ein weiterer Erfolgsfaktor waren die Zinserträge aus den im Februar 2017 erworbenen Schuldscheindarlehen sowie der bereits im Dezember 2016 getätigten Geldanlage im Allianz Portfolio- Konzept. Mit dieser neuen Anlage- und Risikostruktur konnten trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase an den Kapitalmärkten beachtliche Erträge erzielt werden.

Abschließend soll darauf hingewiesen werden, dass die Leistungen der Belegschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 erneut ein wichtiger Erfolgsfaktor für das positive Jahresergebnis darstellen, vor allem unter Beachtung der sich permanent ändernden Rahmenbedingungen.

2.8. Forschung und Entwicklung

Die Maßnahmen im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau basieren auf einem im Jahr 2002 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt bestätigten Forschungsvorhaben „Untersuchungen für die nachhaltige Stilllegung von Deponien, die in Restlöchern des Braunkohlenbergbaus eingerichtet wurden, am Beispiel der Deponie Halle-Lochau“, welches im Jahr 2007 beendet wurde. Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognose-rechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. im Monitoringprogramm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen.

Auf dieser Grundlage wird dann im Wesentlichen eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, so dass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können. Gemäß Rekultivierungsanordnung aus dem Jahr 2008 wird das hieraus entwickelte Stilllegungskonzept regelmäßig alle 5 Jahre modellprognostisch überprüft, letztmals im Mai 2014, und mit Fortschreiten des Stilllegungsbetriebes kontinuierlich weiter untersetzt.

Im Rahmen des sonstigen Geschäftsbetriebes begleitet die AWH die HWS GmbH seit Mitte 2014 beim Probebetrieb der am Standort Halle-Lochau befindlichen Anlage zur Hydrothermalen Carbonisierung (HTC). Mit Wirkung zum 30. September 2017 endete die Teilnahme der AWH GmbH an dem entsprechenden Forschungsprojekt.

2.9. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 betrug der Personalbestand der AWH 36,6 VBE, was einer Abweichung von -2,0 VBE zum Plan bedeutet. Somit wurde die Personalplanung für das Jahr 2017 eingehalten. Grundsätzlich orientiert sich der Personalbestand der AWH an den aus dem Geschäftsbetrieb heraus resultierenden zu leistenden Aufgaben.

Für die nächsten Jahre wird von einer stetigen Absenkung des Personalbestandes ausgegangen, vor allem auf Grund des zunehmenden Projektfortschritts bei der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau. Für das Geschäftsjahr 2022 bedeutet das einen geplanten Personalbestand von 24,9 VBE. Zur Gewährleistung eines sozialverträglichen Personalabbaus wurden im Jahr 2017 vier neue ATZ-Verträge abgeschlossen, von denen 2 MA ihre Altersteilzeit erst im Jahr 2018 beginnen.

3. Lage der Gesellschaft

3.1. Ertragslage

Die Ertragslage der AWH hat sich im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr wieder erholt, was vor allem auf die gestiegenen Umsatzerlöse zurückzuführen ist. Demnach konnten die Umsatzerlöse des Vorjahres mit 4.012 TEUR im Geschäftsjahr 2017 mit 5.396 TEUR deutlich verbessert werden. Der Planwert für das Berichtsjahr lag bei 8.814 TEUR und wurde somit nicht erreicht. Die positive Entwicklung gegenüber dem Vorjahr basiert vor allem auf der bereits erläuterten Anhebung der Anlieferpreise für die Annahme von Verwertungsabfällen als Konsequenz aus dem aktuellen Marktpreisniveau. Für die hieraus resultierenden Umsatzerlöse bedeutete das eine Steigerung von 1.399 TEUR auf 2.959 TEUR. Der ambitionierte Planwert in Höhe von 6.918 TEUR konnte aber nur ansatzweise generiert werden.

Dagegen konnte die AWH bei den Erlösen aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas mit 1.488 TEUR ein durchaus beachtliches Ergebnis erzielen. Hiermit wurde zwar der Vorjahreswert von 1.599 TEUR nicht ganz erreicht, aber der Planwert von 888 TEUR wurde deutlich übertroffen. Dies wiederum ist auf die Stabilisierung der Gasmengen auf Grund der realisierten Ertüchtigungsmaßnahmen bei der Gasfassung und der turnusmäßigen Wartung der Deponiegasmotoren zurückzuführen.

Im Bereich der Erlöse aus Infrastrukturleistungen konnten sowohl die Planvorgabe von 437 TEUR als auch das Ergebnis des Vorjahres von 447 TEUR mit dem erzielten Ist-Wert in Höhe von 448 TEUR vollumfänglich erreicht werden.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge wird neben den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen auf die Erträge aus der Zuschreibung auf das Anlagevermögen verwiesen. Diese Erträge resultieren aus der Rücknahme der im Geschäftsjahr 2003 vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen auf die Grundstücke der AWH auf Grund des Wegfalls der wertmindernden Umstände.

Auf der Aufwandseite sind zum einen die Personalaufwendungen und zum anderen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als wesentlich anzusehen. Der Personalaufwand hat sich im Geschäftsjahr 2017 um 592 TEUR auf 2.344 TEUR im Vergleich zum Vorjahr vermindert. Ausschlaggebend für diese Verminderung sind die geringeren Zuführungen zu den Personalrückstellungen (ATZ, Sozialplan).

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem der Aufwand aus der Entsorgung von Sickerwasser, die Aufwendungen für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen, Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen sowie beim Materialaufwand der Bezug von Dieselmotorkraftstoff und Strom als wesentlich anzusehen. Die Entwicklung des Aufwandes für die Entsorgung von Sickerwasser wurde bereits unter Punkt 3.4. näher ausgeführt. Die Höhe der Aufwendungen für Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen ist abhängig vom erreichten Projektfortschritt bei der Stilllegung der Deponie Halle-Lochau. Wesentliche Kostenpositionen waren im Geschäftsjahr die Errichtung von zwei neuen Sickerwasserpegeln, das Brechen von Bauschuttmaterialien sowie die ersten Planungskosten im Rahmen der Neuplanung zum Projekt Böschungsgestaltung Drehpunktbereich. Beim Bezug von Dieselmotorkraftstoff und Strom sind im Berichtsjahr Aufwendungen in einer Höhe von 676 TEUR angefallen. Die Ist-Aufwendungen lagen damit leicht über dem Vorjahreswert von 653 TEUR, aber unter dem geplanten Aufwand mit 988 TEUR.

3.2. Finanzlage

3.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der AWH hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert.

Bei den Rückstellungen ist der Gesamtumfang gesunken und hat zum 31. Dezember 2017 einen Wert von 52.013 TEUR, was eine Abweichung von -1.059 TEUR zum Vorjahr bedeutet. Schwerpunkt bei den Rückstellungen bildet nach wie vor die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d.h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurden in Höhe des sich ergebenden Saldos 1.380 TEUR als Verbrauch gebucht.

Der Bestand der Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2017 mit 416 TEUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit 460 TEUR nochmals verringert.

3.2.2. Investitionen

Die im Rahmen der Stilllegung durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen werden gemäß dem BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005 direkt als Aufwand verbucht und nicht als Investitionen erfasst. Im Geschäftsfeld „Sonstige Geschäftstätigkeit“ hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 keine Investitionen vorgenommen.

3.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgehend gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash-Pool ist unterjährig bei Notwendigkeit erfolgt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 bestand gegenüber dem SWH-Konzern ein positiver Cash-Pool-Saldo in Höhe von 451 TEUR.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

3.3. Vermögenslage

In der folgenden Darstellung sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2017 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten des Vorjahres gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2017 in TEUR	31.12.2016 in TEUR	Veränderung in TEUR
Sachanlagen	1.523,0	1.317,6	+205,4
Sonstige Ausleihungen/Wertpapiere	5.944,2	5.944,2	+0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	7.467,2	7.261,8	+205,4
Vorräte (RHB)	44,4	41,6	+2,8
Forderungen aus LuL	580,0	249,2	+330,8
Forderung verb. Untern. (LuL)	70,4	115,3	-44,9
Forderung verb. Untern. (CP)	451,2	444,7	+6,5
sonstige Vermögensgegenstände	45.425,2	167,4	+45.257,8
Flüssige Mittel	3.353,2	49.756,0	-46.402,8
Aktiver RAP	12,6	11,9	+0,7
Kurzfristig gebundenes Vermögen	49.936,9	50.786,1	-849,2
Gesamtvermögen	57.404,1	58.047,9	-643,8
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	4.975,7	4.516,7	+459,0
langfristige Rückstellungen	51.221,0	51.550,5	-329,5
Langfristiges Kapital	56.196,7	56.067,2	+129,5
kurzfristige Rückstellungen	791,8	1.520,8	-729,0
Verbindlichkeiten aus LuL	91,4	187,6	-96,2
Verbindlichkeiten verb. Untern.	222,1	211,7	+10,4
sonstige Verbindlichkeiten	102,1	60,6	+41,5
Kurzfristiges Kapital	1.207,4	1.980,7	-773,3
Gesamtkapital	57.404,1	58.047,9	-643,8

Aus der Darstellung der Vermögensstruktur wird ersichtlich, dass sich die Vermögenslage der AWH zum Vorjahr im Wesentlichen nicht verändert hat. Im Bereich des kurzfristig gebundenen Vermögens kam es zu einer Umgliederung von liquiden Mitteln zu den sonstigen Vermögensgegenständen.

3.4. Gesamtaussage

Unter Beachtung der dargestellten Fakten schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem niedrigeren wirtschaftlichem Erfolg im Vergleich zum Vorjahr ab. Der Jahresüberschuss in Höhe von 459,0 TEUR liegt deutlich unter dem des Vorjahres mit 1.114,0 TEUR. Zu beachten ist, dass im Vorjahresergebnis die Erträge aus dem Verkauf der Fondsanteile der beiden Spezialfonds enthalten waren. Im Vergleich zum Planergebnis mit 366,8 TEUR wurde dagegen eine erhebliche Steigerung erreicht.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

4.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2017 wurden bei der AWH insgesamt 16 Risiken ermittelt (Vorjahr 15 Risiken). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 7 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	0	0
Beschaffungsmarkt	6	1	3
Konkurrenzunternehmen	1	0	1
Recht und Politik	1	0	0
Technologische Entwicklungen	3	0	1
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	1	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	3	0	1
Gesamt	16	1	6

In Auswertung der aktuellen Risikoeinschätzung der Gesellschaft weist die Risikokategorie Beschaffungsmarkt die meisten Einzelrisiken der Gruppen 1 und 2 aus. Die Risiken betreffen dabei sowohl den Umfang der noch zu beschaffenden Mengen als auch die damit in Zusammenhang stehenden Annahme- oder Einkaufspreise. Ein weiteres Risiko der Gruppe 2 betrifft die Risikokategorie Konkurrenzunternehmen und steht in direktem Zusammenhang zu den Risiken beim Beschaffungsmarkt. Auf Grund unterschiedlicher Rahmenbedingungen ist es für bestimmte Konkurrenzunternehmen einfacher die notwendigen Mengen an Verwertungsabfällen zu akquirieren, was die Beschaffung für die AWH weiter erschwert. Die weiteren Risiken der Gruppe 2 sind der Risikokategorie Technologische Entwicklungen und Sonstige zugeordnet. Hierbei wird zum einen das Risiko auf Grund von Störungen in den Bereichen Deponiegasfassung und –Verwertung, welche zu Unterschreitungen der geplanten Erlöse aus der Verstromung von Deponiegas führen können, beschrieben und zum anderen das Risiko von Steuernachzahlungen als Folge der Betriebsprüfung für die Jahre 2011-2014 abgebildet.

4.3. Gesamtbild

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder stellt die benötigte Menge an Boden, zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2018 bis 2024 unter Beachtung der vom LVvA festgelegten Annahmeparameter, ein Risiko dar, wenn die Materialien nicht wie geplant auch über den Markt erlösbringend akquiriert werden können, sondern überwiegend aufwandswirksam beschafft werden müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich dieses Risiko auf mehrere Geschäftsjahre verteilt und nicht als Einmaleffekt eintritt. Somit hat die Gesellschaft die Möglichkeit mit geeigneten Gegenmaßnahmen das Risiko stetig zu minimieren.

5. Prognosebericht

5.1. Umsatzentwicklung

Für den geplanten Mittelfristzeitraum wird von steigenden Umsätzen ausgegangen, welche durch steigende Annahmemengen an Verwertungsabfällen und den vereinbarten höheren Annahmepreisen entsprechend der Marktentwicklung begründet sind. Einerseits resultieren die Mehrmengen aus der für 2018 bis 2020 geplanten Überhöhung der Deponie als Vorwegnahme zukünftig prognostizierter Setzungen und andererseits aus der Teilmaßnahme Gestaltung der Westböschung der Deponie als Bestandteil der Gesamtmaßnahme Drehpunktgestaltung. Für die Erlöse aus der Verstromung bzw. Bereitstellung von Deponiegas wird von einer stetigen Reduzierung ausgegangen. Hintergrund ist die zu erwartende Abnahme der Deponiegasmengen unter Beachtung der vorliegenden Gasprognosen.

Die weiteren Umsatzerlöse werden für die kommenden Jahre als nahezu konstant angenommen.

5.2. Investitionen

Die Geschäftsführung der AWH weist darauf hin, dass im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge der Deponie keine Investitionstätigkeit erfolgt, da die durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen direkt als Aufwand verbucht werden müssen (BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005). Diese Regelungen finden aber keine Anwendungen auf Neuinvestitionen außerhalb der Stilllegungstätigkeit.

Investitionen im Rahmen der Sonstigen Geschäftstätigkeit sind für das Jahr 2018 nicht geplant.

5.3. Finanzierung

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 hat die Geschäftsführung der AWH die geplante Neuanlage der vorhandenen liquiden Mittel, welche aus der vollständigen Rückgabe der Anteile an den beiden Spezialfonds heraus resultierten, realisiert. Unter Beachtung der neuen Verpfändungsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt sowie der zugrundeliegenden Anlagerichtlinie wurden die Finanzmittel in diversen Schuldscheindarlehen angelegt. Damit soll auch wie schon im Geschäftsjahr 2017 in den kommenden Jahren eine Ertragsoptimierung unter Berücksichtigung von Marktrisiken erreicht werden.

Die Aufnahme von Darlehen ist für die kommenden Geschäftsjahre weiterhin nicht vorgesehen, so dass sich die AWH auch zukünftig über die vorhandenen Sicherheitsleistungen, die laufenden Einnahmen sowie über den Cash-Pool des Stadtwerke-Konzerns finanziert.

5.4. Ergebniserwartung

Unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen und Erkenntnisse bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 geht die Geschäftsführung davon aus, dass auch in den Folgejahren jeweils ein positives Jahresergebnis erzielt wird. Hierfür muss zum einen die ständige Finanzierbarkeit des Rekultivierungsvorhabens gewährleistet sein und zum anderen müssen die Finanzanlagen eine positive Rendite aufweisen, um somit einen Ergebnisbeitrag zu leisten.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	142,5	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138,0	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138,0	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131,5	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Abrechnung von Leistungen der Ver- und Entsorgung, die damit verbundene Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesem Zweck dienen.
- (2) Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
- (3) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 128 KVG LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arnold, Andrea

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	344	5	484	7	408	9	-140	-29
Umlaufvermögen	6.884	94	6.151	92	4.275	90	733	12
Rechnungsabgrenzungsposten	101	1	60	1	61	1	41	68

Bilanzsumme	7.329	100	6.695	100	4.744	100	634	9
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.358	46	2.069	31	1.556	33	1.289	62
Rückstellungen	3.118	42	3.552	53	2.372	50	-434	-12
Verbindlichkeiten	853	12	1.074	16	816	17	-221	-21

Bilanzsumme	7.329	100	6.695	100	4.744	100	634	9
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	21.582	22.471	19.300
sonstige betriebliche Erträge	521	240	227
Materialaufwand	3.085	3.716	3.222
Personalaufwand	14.738	15.491	13.573
Abschreibungen	248	263	221
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.122	2.399	2.217
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	89	44	210
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			84
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	570	276	80
Ergebnis nach Steuern	1.289	522	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.289	522	4
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.289	522	4

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,97	2,32	0,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	62,33	33,71	0,29	%
Cash-Flow:	1.537	785	225	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	62	70	65	T€
Personalaufwandsquote:	66,68	68,21	69,51	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,08	6,47	6,31	%
Eigenkapitalquote:	45,82	30,90	32,80	%
Fremdkapitalquote:	54,18	69,10	67,20	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Unternehmen

Mit dem Anspruch, Unternehmen des Energiemarktes durch passgenaue Dienstleistungen zu entlasten, hat sich die A/V/E GmbH aus Halle (Saale) zu einem spezialisierten Prozessdienstleister in der Branche entwickelt. Für über 50 Kunden aller Sparten, Marktrollen, Strukturen und Systeme erbringt A/V/E individuelle Dienstleistungen – ganz gleich ob kommunal, regional oder deutschlandweit. Kundenservice, Energieabrechnung, Energiedaten-, System- sowie Zähler- und Servicemanagement zählen 2017 zum Kerngeschäft. Seit fast 25 Jahren entwickelt und realisiert A/V/E maßgeschneiderte Lösungen. Das gilt vor allem im Zeitalter der Digitalisierung, denn diese Anforderungen müssen kundengerecht und flexibel erfüllt werden.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach wie vor unterliegt der Energiemarkt einem schnellen und stetigen Wandel. Die damit verbundenen Veränderungen ermöglichen neuen bzw. branchenfremden Marktteilnehmern den Zugang. In Form von Kooperationen arbeiten Energieversorgungsunternehmen eng mit Wohnungswirtschaften zusammen (Mieterstromprojekte, Quartierskonzepte), kooperieren im Bereich der Elektromobilität mit IT- und Technologie-Unternehmen und Automobilkonzernen (Ladetechnik, Netzausbau, Speicherthematik).

Neben der Energiewende verändert die Digitalisierung die Grundlage der bisherigen Wertschöpfung der Energieunternehmen immens und steigert damit den Druck auf deren Gewinne. Die Auswirkungen der Digitalisierung revolutionieren dabei nicht nur das Zähl- und Messwesen oder die Rechnungsabwicklung, sondern vielmehr die Geschwindigkeit, Flexibilität und Innovationskraft in der täglichen operativen Arbeit. Dafür gibt es im Unternehmen eine Verantwortlichkeit (Abteilung Digital Service), die sich den neuen Themen zuwendet, digitale Trends aufnimmt, analysiert und in das bestehende A/V/E-Umfeld eingliedert. In integrierter Zusammenarbeit mit den operativen Einheiten wird die Digitalisierung so nutzenorientiert für A/V/E und Kunden gestaltet.

Der Markt, in dem sich A/V/E bewegt, ist nach wie vor hart umkämpft und wird es auch bleiben, vor allem preislich. Die Preise im Dienstleistungsgeschäft werden perspektivisch nicht steigen, demgegenüber stehen die sich verändernden Kundenansprüche – schneller, innovativer, individueller. Um weiterhin allen Ansprüchen gerecht zu werden ist in Zukunft Flexibilität und Kreativität in der Dienstleistungserbringung gefragt. Deshalb entwickelt A/V/E, neben der direkten Zusammenarbeit mit den Kunden, für den Markt neue Produkte und Leistungen, die die Versorger bei den Chancen der Digitalisierung unterstützen, beispielsweise die Öffnung weiterer digitaler Kommunikationskanäle, wie nach Chat auch WhatsApp und Social-Media-Kanäle.

Besonderes Augenmerk legt A/V/E im Bereich Kundenservice auf die vertrieblichen Chancen, die ein Versorger mit jedem Endkundenkontakt nutzen kann. Den Kundenservice als günstigsten Vertriebskanal zu vermarkten wird auch künftig den Marktauftritt der A/V/E bestimmen, in dem die individuellen Prozessdienstleistungen entlang der Customer Journey weiter ausgebaut werden.

Geschäftsentwicklung

Die A/V/E blickt auf ein wechselhaftes Jahr 2017 zurück. Auf Grund gesunkener Mengen sank der Umsatz gegenüber dem Vorjahr. Trotz dessen konnte auf Grund von Kosteneinsparungen ein höheres Ergebnis als 2016 erzielt werden. Die Kundenakquise konnte erfolgreich fortgesetzt werden. So konnte A/V/E elf Kunden hinzugewinnen, sei es im Bereich von einzelnen Kampagnen aber teilweise auch mit langfristigen Verträgen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage der A/V/E zeichnet sich auch 2017 durch Stabilität aus. Die Bilanzsumme der A/V/E erhöhte sich 2017 gegenüber dem 31. Dezember 2016 um 9 % auf 7.329 T€.

Die Gesamtinvestitionen in das Anlagevermögen betragen 2017 insgesamt 108 T€ (im Vorjahr: 340 T€), wobei die größten Positionen Ersatzinvestitionen in IT und Büroausstattung darstellen.

Das Umlaufvermögen stieg stichtagsbezogen um 733 T€ auf 6.884 T€ (31. Dezember 2016: 6.151 T€). Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die Zunahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen auf 6.499 T€ (31. Dezember 2016: 5.862 T€). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen stichtagsbezogen um 108 T€ auf 384 T€ (31. Dezember 2016: 276 T€). Forderungsausfälle waren erneut keine zu verzeichnen.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 1.289 T€ auf 3.358 T€ (31. Dezember 2016: 2.069 T€). Die Eigenkapitalquote stieg infolge dessen auf 46 % (31. Dezember 2016: 31 %). Die Eigenkapitalausstattung der A/V/E GmbH kann weiterhin als solide bezeichnet werden.

Die Rückstellungen sanken stichtagsbezogen auf 3.118 T€ (31. Dezember 2016: 3.552 T€). Der Rückgang basiert im Wesentlichen auf personalgebundene Rückstellungen. So gingen die Rückstellungen für dem Geschäftsjahr 2017 zuzurechnende erfolgsabhängige Sonderzahlungen um 792 T€ gegenüber 1.243 T€ per 31. Dezember 2016 zurück. Die Gesellschaft verzichtet für das Geschäftsjahr 2017 teilweise auf die Gewährung variabler Zahlungen. Dem gegenüber steht die größte Steigerung im Bereich der Steuerrückstellungen in Höhe von 463 T€ aufgrund des deutlich höheren Jahresergebnisses.

In 2017 hat A/V/E die Rückstellungen für drohende Verluste in Höhe von 111 T€ am 31. Dezember 2016 vollständig in Anspruch genommen bzw. aufgelöst. Eine erneute Einstellung im Jahr 2017 war auf Grund von positiven Entwicklungen im entsprechenden Kundenkreis nicht notwendig.

Zum 31. Dezember 2017 lagen die Verbindlichkeiten mit 853 T€ um 222 T€ unter dem Vorjahreswert von 1.075 T€. Dieser Rückgang entstammt im Wesentlichen den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, als auch den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Gesellschaft finanzierte sich auch im Jahr 2017 vollständig aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Gleichwohl verfügt die A/V/E weiterhin über einen Cash-Managementvertrag mit der envia Mitteldeutsche Energie AG.

Der Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 522 T€ wurde vollständig dem Gewinnvortrag zugeführt. Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2017 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2017 gewährleistet.

Der Umsatz ging im Jahr 2017 um 4 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Dieser Rückgang resultiert vorrangig aus geringeren Mengen im Bereich der Gesellschafter und verbundenen Unternehmen im Vergleich zum Jahr 2016.

Vom Gesamtumsatz entfallen auf die Marktrolle Lieferant 63 % und auf die übrigen Markttrollen 37 %. Im Bereich der betrieblichen Erträge ist eine Steigerung von 280 T€ gegenüber 2016 (240 T€) auf 520 T€ zu verzeichnen. Der Anstieg resultiert nahezu vollständig aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Personalaufwendungen sanken um 753 T€ auf 14.738 T€ (Vorjahr: 15.491 T€). Diese Kostenverringerung resultiert im Wesentlichen aus dem teilweisen Verzicht auf variable Zahlungen für das Jahr 2017.

In Korrelation zum Umsatzrückgang sank der Materialaufwand im Bereich von Leiharbeits- und IT-Kosten. Der Rückgang betrug insgesamt 631 T€ was 17 % entspricht. Der Materialaufwand belief sich nach 3.716 T€ im Vorjahr nunmehr im Jahr 2017 auf 3.085 T€.

Auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten in 2017 reduziert werden. Diese sanken um 277 T€ auf 2.122 T€, was einem prozentualen Rückgang von 12 % gegenüber 2.399 T€ im Vorjahr entspricht.

Den gesunkenen Umsätzen (- 4 %) stehen insgesamt überproportionale Kosteneinsparungen (- 8 %) und gestiegene betriebliche Erträge (+ 117 %) gegenüber, was zu einem deutlich besseren Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern und Zinsen) von 1.910 T€ (im Vorjahr: 841 T€) führt.

Das Finanzergebnis verschlechterte sich leicht um 7 T€ auf - 51 T€ (im Vorjahr: - 44 T€).

Der Steueraufwand für das Jahr 2017 beläuft sich auf 570 T€. Dies bedeutet eine Erhöhung um 294 T€ gegenüber dem Vorjahr mit 276 T€. A/V/E schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 1.289 T€ (im Vorjahr: 522 T€) ab.

Leistungsindikatoren

Die wesentlichen Leistungsindikatoren sind für die A/V/E das Betriebsergebnis (im Geschäftsjahr 1.910 T€) und der Effizienzgrad (Auslastungsgrad).

Das Betriebsergebnis entspricht dem Jahresergebnis vor Steuern und Zinsen. Die Zielsetzung im Geschäftsjahr 2017, ein Betriebsergebnis von 524 T€ zu erreichen, wurde übertroffen. Wesentliche Grundlage hierfür bilden die Senkungen der Personal- und Materialkosten.

Der Effizienzgrad ist eine wesentliche Kennzahl, mit der eine Aussage zum Personaleinsatz und zur Prozesseffizienz getroffen wird. Sie gibt dem Grunde nach das Verhältnis verschiedener gemessener und kalkulatorischer Zeiten an. Diese Kennzahl entspricht 2017 dem Wert des Jahres 2016. Demzufolge wurde das Ziel, den Effizienzgrad auf Vorjahresniveau zu halten, erreicht.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Für A/V/E gelten die Bestimmungen des rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt.

Die Dienstleistungen des Unternehmens wurden im Rahmen der Kontentrennung den Bereichen der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors und der anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors sowie dem Bereich der Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors zugeordnet. Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden der Bundesnetzagentur vorgelegt.

Prognose-, Chancen und Risikobericht

Chancen und Risiken

Chancen und Risiken bestehen auch zukünftig in der Neukundengewinnung und in der Bestandskundenbetreuung. Diese werden bei A/V/E über ein gesondertes Chancen- und Risikomanagementsystem quartalsweise erfasst und verfolgt.

Bereits in der Angebotskalkulation wird jedes Angebot hinsichtlich Chancen und Risiken analysiert und bewertet. Besonderes Augenmerk liegt hier auf den zu vereinbarenden anspruchsvollen Service Level Agreements und dem Datenschutz.

Mögliche Risiken fließen bereits in den Planungsprozess ein, so dass diese keinen wesentlichen Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung haben. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken für die Gesellschaft sind derzeit nicht erkennbar.

Als Chance sieht A/V/E auch zukünftig die Weiter- und Neuentwicklung von etablierten Prozessprodukten zu maßgeschneiderten Lösungen sowie in der erfahrungsbasierten Know-How-Sicherung für und bei unseren Kunden. So konnte im Jahr 2017 auch der Umsatz mit weiter- und neuentwickelten Produkten ausgebaut werden.

Strategie

Die strategische Zielsetzung ist nach wie vor klar definiert: Kundenzufriedenheit, die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und sichere Arbeitsplätze für die Mitarbeiter. Die Flexibilität und Kreativität in der Dienstleistungserbringung nicht mehr wegzudenken sind, hat A/V/E erkannt und konzentriert all ihre Kraft nicht auf die Themen der Vergangenheit und des Absehbaren, sondern formuliert und gestaltet ihre Leistungsschwerpunkte für die Zukunft.

2018 wird A/V/E nicht nur das 25. Firmenjubiläum begehen, sondern sich auch dem Markt mit einem neuen Auftritt präsentieren. Es geht nicht allein das Outfit zu ändern, viel mehr sich für die Zukunft aufzustellen. Dazu zählt auch die Entscheidung, dass ohne eine konventionelle Zählwertbeschaffung das Geschäftsfeld Zählermanagement in den kommenden Jahren nicht mehr zum Leistungsspektrum der A/V/E gehören soll. Zurzeit erarbeitet die Gesellschaft notwendige Maßnahmen zum Austritt aus diesem Geschäftsfeld zum 31. Dezember 2019. Die Bestätigung der Maßnahmen steht unter dem abschließenden Vorbehalt der Gesellschafter. Dem entgegen wird A/V/E die individuellen Prozessdienstleistungen entlang der Customer Journey weiter ausbauen und sich neuergebenden Geschäftsbereichen nicht verschließen.

Aussichten

Für das Geschäftsjahr 2018 weist die Mittelfristplanung ein Betriebsergebnis von 329 T€ aus. Der Effizienzgrad soll mindestens auf dem Niveau von 2017 gehalten werden.

In den Jahren 2019 und 2020 wird die Umsatzentwicklung von der Entscheidung zur Einstellung der konventionellen Zählwertbeschaffung geprägt. Es wird angestrebt, die daraus entstehenden Umsatzverluste langfristig auszugleichen.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)	Postanschrift: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltsreinigung in Gebäuden der Stadt Halle (Saale) und Entsorgung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Arndt, Michael	(bis 31.03.2017)
	Muric, Antje	(seit 01.04.2017)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	4	4	6	7	9	7	-2	-33
Umlaufvermögen	91	96	84	93	122	93	7	8
Bilanzsumme	95	100	90	100	131	100	5	6
Passiva								
Eigenkapital	25	26	25	28	25	19	0	0
Rückstellungen	28	29	25	28	21	16	3	12
Verbindlichkeiten	42	45	40	44	85	65	2	5
Bilanzsumme	95	100	90	100	131	100	5	6

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	683	631	642
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	16	16	20
Personalaufwand	590	554	502
Abschreibungen	2	2	2
sonstige betriebliche Aufwendungen	61	60	58
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			60
Ergebnis nach Steuern	14	-1	
sonstige Steuern	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahmen	0	1	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	14	0	60
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,06	-0,14	9,35	%
Eigenkapitalrentabilität:	56,41	-3,64	240,16	%
Cash-Flow:	16	1	62	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	30	26	28	T€
Personalaufwandsquote:	86,32	87,76	78,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,93	6,78	6,46	%
Eigenkapitalquote:	26,34	27,88	19,15	%
Fremdkapitalquote:	73,66	72,12	80,85	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Cives Dienste GmbH fungiert am Markt als Dienstleister in den Bereichen der Gebäude-reinigung sowie im Bereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen innerhalb der Stadt Halle (Saale).

Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Beide Unternehmen werden in den Konzernabschluss der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die Cives Dienste GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Auch im Geschäftsjahr 2017 waren die beiden Geschäftsfelder Gebäudereinigung und Entsorgung unternehmensbestimmend.

Hauptaugenmerk im Bereich der Gebäudereinigung ist die fach- und fristgerechte sowie zuverlässige und hygienische Unterhaltsreinigung in diversen Gebäuden der Stadt Halle (Saale).

Im Bereich der Entsorgungstätigkeit wurde die Gesellschaft mit der Behälterentsorgung für Leichtverpackungen (LVP) beauftragt. Die Gesellschaft strebt eine langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Beide Dienstleistungen werden ausschließlich gegenüber der Muttergesellschaft erbracht.

1.2. Ziele und Strategien

Im Geschäftsjahr 2017 galt das Hauptaugenmerk der Gesellschaft, ihre Kerngeschäfte der Gebäudereinigung und Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen auf einem weiterhin hohen Qualitätsniveau anzubieten. Um dem Anspruchsniveau gerecht zu werden und dem Auftraggeber ein verlässlicher Partner zu sein, hat die Gesellschaft bereits in den Vorjahren ihre eigene Linienstruktur implementiert und kontinuierlich ausgebaut.

Neben der eigenverantwortlichen Steuerung der operativen Leistungsebene setzt die Gesellschaft auf die vertragliche Vergabe kaufmännischer Dienstleistungen im Konzernverbund.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Cives Dienste GmbH ist in die Struktureinheiten Gebäudereinigung, Entsorgung und Geschäftsführung gegliedert.

Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen und verwaltungstechnischen Leistungen an die Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer monatlichen Überprüfung unterzogen, um somit zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Mit Wirkung zum 1. April des Geschäftsjahres gab es eine Änderung in der Geschäftsführung der Gesellschaft. Der Aufsichtsrat der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH hat in seiner Sitzung am 9. März die Entscheidung der Gesellschafterin bestätigt und Herrn Arndt auf eigenen Wunsch als Geschäftsführer der Gesellschaft abberufen sowie Frau Antje Murić als neue Geschäftsführerin berufen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Leistungskapazität der Gesellschaft ist durch die vorhandenen Verträge mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zur Erbringung von Reinigungsleistungen und Entsorgungsleistungen für Leichtverpackungen fixiert. Eine Akquise von zusätzlichen Aufträgen ist auf operativer Leistungsebene mit den derzeitigen Leistungskapazitäten nicht realisierbar.

Auf der administrativen Leistungsebene konnte die Gesellschaft im dritten Quartal des Geschäftsjahres Beratungsleistungen für Drittunternehmen erbringen und somit einen positiven Beitrag für das Jahresergebnis des Geschäftsjahres erzielen.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Durch die in der Vergangenheit erfolgreiche Teilnahme der Muttergesellschaft an der Leistungsvergabe der Dienstleistungen Gebäudereinigung und Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen im Auftrag der Stadt Halle (Saale) sieht sich die Gesellschaft in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt. Die Vergabeergebnisse zeigen die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Die Marktbedingungen der Cives Dienste GmbH sind auf Grund des geringen Verlustrisikos im Rahmen der operativen Leistungserbringung stabil. Dennoch kann nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang sichern. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen. Dieses ist dem Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr in jedem Fall gelungen und kann anhand der kurzfristigen Reaktion auf die geänderten Leistungseinheiten dokumentiert werden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Nach der 6. Verhandlungsrunde sind die Tarifverhandlungen im Gebäudereiniger-Handwerk für die gewerblich Beschäftigten erfolgreich beendet worden. Die Sechste Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen in der Gebäudereinigung wurde im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie trat am 01. Januar 2016 in Kraft und löste somit die Fünfte Gebäudereinigungs-arbeitsbedingungen-Verordnung ab. Der ausgehandelte Tarifvertrag hatte eine Vertragslaufzeit bis zum 31. Dezember 2017. Die Gesellschaft war daher verpflichtet ab dem 01.01.2017 ihren Mitarbeitern, welche unter diese Regelungen fallen, mindestens einen Stundenlohn von 9,05 € pro Arbeitsstunde zu zahlen. Dies wurde bereits im Rahmen der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2017 berücksichtigt und stellt somit keine außerplanmäßige Belastung dar.

Im Geschäftsjahr 2017 fanden erneute Tarifverhandlungen im Gebäudereiniger-Handwerk statt. Ende des Geschäftsjahres wurden die Tarifverhandlungen im Gebäudereiniger-Handwerk für die gewerblich Beschäftigten mit einem Ergebnis beendet.

Der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks (BIV) und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) einigten sich im Rahmen eines 3-jährigen Tarifvertrages, die Löhne für die Beschäftigten zum Ende des Jahres 2020 in allen 8 Lohngruppen anzugleichen.

In der 1. Stufe ab dem 1. Januar 2018 werden die Löhne der Lohngruppe 1, in der rund 75 Prozent der Beschäftigten tätig sind, in Westdeutschland von 10 Euro auf 10,30 Euro (3 Prozent) angehoben und in Ostdeutschland von 9,05 Euro auf 9,55 Euro (5,52 Prozent).

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Die Gesellschaft strebt die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Im Bereich der Gebäudereinigung blickt die Gesellschaft auf ein konstantes Geschäftsjahr zurück. Der vertraglich vereinbarte Reinigungsumfang konnte nahezu ausschließlich durch Arbeitnehmer der Cives Dienste GmbH realisiert werden. Somit konnte im Vergleich zum Vorjahr die notwendige Fremdvergabe von Reinigungsleistungen zur Abdeckung von Kapazitätsengpässen signifikant reduziert werden.

Gegenüber ihrem Auftraggeber ist die Gesellschaft stets bemüht Kostenoptimierungen sowie -einsparungen zu generieren um auf lange Sicht wettbewerbsfähig zu sein. Im Geschäftsjahr 2017 konnte die Gesellschaft ihre Aufwendungen im Bereich der Verbrauchsmaterialien unter-planmäßig gestalten.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden somit nicht getätigt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 hat die Cives Dienste GmbH einen Personalstand von 22 Beschäftigten zu verzeichnen. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freiwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen. Zum Stichtag 31.12.2017 waren in der Cives Dienste GmbH 20,1 Vollbeschäftigteneinheiten beschäftigt. Dabei befinden sich zehn Krafffahrer und Lader sowie ein Einsatzleiter in einem Arbeitsverhältnis von vierzig Stunden pro Woche.

Im Bereich der Gebäudereinigung gilt für die zehn Reinigerinnen und Reiniger eine wöchentliche Beschäftigung von dreißig Stunden sowie für den Objektleiter eine wöchentliche Beschäftigung von 40 Stunden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wurden im Geschäftsjahr 2017 Objekte beauftragt, die eine Mehrleistung in Bezug auf die Flächenleistung (2016: 281.432 m²; 2017: 292.997 m²; Abw. +11.565 m²) beinhalten, jedoch ein geringeres Anforderungspotenzial im Bereich der Arbeitsleistung (2016: 12.386 h; 2017: 11.365 h; Abw. -1.021 h) ausweisen und damit zu einer Reduzierung im Rahmen der Leistungszeit führen. Monetär bewertet konnte die Gesellschaft im Bereich der Gebäudereinigung Umsatzerlöse von 272,3 TEUR generieren. Hierbei wurden 243,5 TEUR aus der Erbringung von Reinigungsdienstleistungen und 28,8 TEUR im Rahmen der Erbringung von Objektleiter- und Beratungstätigkeiten realisiert (2016: 250,3 TEUR; Abw. 22,0 TEUR).

Im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen für Leichtverpackungen konnte eine Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von 32,1 TEUR (2016: 379,2 TEUR; 2017: 411,3 TEUR) verzeichnet werden. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Arbeitsleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen auf eine Gesamtleistung von 17.230 Arbeitsstunden gesteigert werden. Dies entspricht einer Steigerung von 1.415 Arbeitsstunden. Begründet ist dies durch eine um 0,6 VBE (2016: 11,1 VBE; 2017: 11,7 VBE) erhöhte Mitarbeiterzahl sowie durch eine gesunkene krankheitsbedingte Fehlzeitenquote von -3,4 % (2016: 9,9 %; 2017: 6,5 %).

Der Materialaufwand verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Anstieg auf 16,2 TEUR (2016: 16,0 TEUR). Hier stehen den geringeren Aufwendungen aus der notwendigen Fremdvergabe von Reinigungsleistungen zur Abdeckung von Kapazitätsengpässen höhere Aufwendungen für Reinigungsmaterial gegenüber.

Der Personalaufwand stieg von 554,1 TEUR im Geschäftsjahr 2016 auf 590,1 TEUR im Geschäftsjahr 2017. Dies entspricht einer Steigerung von 36,0 TEUR. Begründet ist dies zum einen durch den Anstieg des tariflichen Mindestlohn im Bereich der Gebäudereinigung sowie durch geringere Rückerstattungen der Arbeitgeberaufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen auf Grund geringerer Ausfallzeiten der Arbeitnehmer (2016: 25,2 TEUR; 2017: 18,1 TEUR; Abw. -7,1 TEUR).

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein Kostenanstieg von 1,1 TEUR auf einen Wert im Geschäftsjahr 2017 in Höhe von 60,6 TEUR zu verzeichnen. Die Hauptkostenfaktoren im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen aus Aufwendungen für Shared-Service-Leistungen sowie für den Versicherungsschutz der Gesellschaft.

Eine gute Kapitalauslastung der Gesellschaft kann auf Grund der niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt keine Ergebnisimpulse durch das Finanzergebnis bewirken. Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in einem Ergebnis vor Gewinnabführung 14,1 TEUR. Damit wird das geplante Jahresergebnis in Höhe von 10,2 TEUR um 3,9 TEUR überschritten.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 25,0 TEUR.

Unter den Rückstellungen in Höhe von 27,7 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (10,7 TEUR; Vorjahr 11,0 TEUR), Personalarückstellungen (12,1 TEUR, Vorjahr 9,8 TEUR), Rückstellungen für die Schwerbehindertenabgabe (1,5 TEUR; Vorjahr 1,5 TEUR), Rückstellungen für die Anwartschaft auf Dienstjubiläen (2,8 TEUR, Vorjahr 2,3 TEUR) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe (0,6 TEUR; Vorjahr 0,0 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (0,5 TEUR, Vorjahr 0,6 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (38,3 TEUR, Vorjahr 30,5 TEUR) und sonstigen Verbindlichkeiten (3,4 TEUR, Vorjahr 8,9 TEUR) zusammen.

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2017 wurden keine Investitionen vorgenommen.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr unter Einhaltung der internen Cash-Pool-Kreditlinie gegeben.

Zum Bilanzstichtag steht den kurzfristigen Mitteln in Höhe von 91,2 TEUR ein kurzfristiger Mittelbedarf in Höhe von 69,9 TEUR gegenüber.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2017 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2017 in TEUR	31.12.2016 in TEUR	Veränderung in TEUR
Anlagevermögen	3,7	6,1	-2,4
Langfristig gebundenes Vermögen	3,7	6,1	-2,4
Forderungen aus LuL	3,7	0,0	+3,7
Forderung verb. Unternehmen (LuL)	87,4	41,4	+46,0
Forderung verb. Unternehmen (CP)	0,0	41,1	-41,1
sonstige Vermögensgegenstände	0,1	1,1	-1,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	91,2	83,6	+7,6
Gesamtvermögen	94,9	89,7	+5,2
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
Langfristiges Kapital	25,0	25,0	0,0
Rückstellungen	27,7	24,6	+3,1
Verbindlichkeiten aus LuL	0,5	0,6	-0,1
Verbindlichk. verb. Unternehmen (LuL)	8,5	30,5	-22,0
Verbindlichk. verb. Unternehmen (EAV)	14,1	0,0	+14,1
Verbindlichk. verb. Unternehmen (CP)	15,7	0,0	+15,7
übrige Verbindlichkeiten	3,4	9,0	-5,6
Kurzfristiges Kapital	69,9	64,7	+5,2
Gesamtkapital	94,9	89,7	+5,2

Bei der Analyse der Bilanz verzeichnet die Gesellschaft auf der Aktivseite eine Erhöhung der Bilanzsumme um 5,2 TEUR. Im Bereich des Anlagevermögens führten die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen zu einer Minderung des langfristig gebundenen Vermögens in Höhe von -2,4 TEUR. Das Umlaufvermögen ist stark durch die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen geprägt. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung des Bilanzwertes um 46,0 TEUR zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu sind die Forderungen gegenüber verbundener Unternehmen im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung von 41,1 TEUR auf 0,0 TEUR gesunken, das sich zum 31. Dezember 2017 eine Verbindlichkeit ergab. Eine weitere Reduzierung ist im Bereich der Sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von -1,0 TEUR zu verzeichnen. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 94,9 TEUR (Vorjahr: 89,7 TEUR).

Auf der Passivseite der Bilanz ist zunächst von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage (25,0 TEUR) zu berichten. Die Rückstellungen zum Bilanzstichtag 31.12.2017 zeigen eine Mehrung von 3,0 TEUR zum Vorjahreswert in Höhe von 24,6 TEUR. Offene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Verbundbereich resultieren aus dem Leistungsausgleich mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH sowie der Personalbetreuung durch die Stadtwerke Halle GmbH. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 8,5 TEUR aus. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung in Höhe von 22,0 TEUR dar. Auf Grund der ausgewiesenen offenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, insbesondere gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten aus der Cash-Pool-Vereinbarung in Höhe von 15,7 TEUR (Vorjahr: 0,0 TEUR).

Des Weiteren weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten in Höhe von 14,1 TEUR (Vorjahr 0,0 TEUR) im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft, der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, aus.

Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr von 89,7 TEUR auf 94,9 TEUR in dieser Berichtsperiode gestiegen.

4.4. Gesamtaussage

Die Gesellschaft konnte im Vergleich zum Vorjahr ihr Ergebnis vor Gewinnabführung an ihre Gesellschafterin verbessern. Die Cives Dienste GmbH sieht sich in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt und zeigt die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau in den Segmenten der Gebäudereinigung sowie der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutbericht-erstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.12.2017 wurden bei der Cives Dienste GmbH insgesamt 6 Risiken ermittelt (Vorjahr 6). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 2 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	-	-	-
Finanzrisiken	1	-	1
Führung/Organisation	3	-	-
Marktrisiken	2	1	-
Rechtliche Risiken	-	-	-
Technische Risiken	-	-	-
Gesamt	6	1	1

Die Abhängigkeit vom Gesellschafter in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen muss generell als Risiko angesehen werden. Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente, insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten, ausgesetzt.

Der wirtschaftliche Markt auf dem sich die Gesellschaft bewegt unterliegt einer enormen Konkurrenz. Ein Ausbau der Leistungsfähigkeit über die Beauftragung der Muttergesellschaft, der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, hinaus ist nicht realisierbar. Aus diesem Grund bestehen aus derzeitiger Sicht keine kurz- und mittelfristigen Chancen zur Verbesserung des Betriebsergebnisses.

5.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2018 sind Umsatzerlöse in Höhe von 705,5 TEUR geplant. Auf Grund der gegebenen Dienstleistungsverträge im Rahmen der betrieblichen Leistungserbringung können 274,8 TEUR dem Bereich der Gebäudereinigung und 430,6 TEUR dem Bereich der Entsorgungsdienstleistung zugeordnet werden. Die Entwicklung der Umsatzerlöse bleibt unter der Prämisse eines gleichbleibenden Leistungsumfanges für den Mittelfristzeitraum nahezu konstant.

6.2. Investitionen

Für das Geschäftsjahr 2018 sind Ersatzinvestitionen in Reinigungsgeräte in Höhe von 2,0 TEUR geplant.

6.3. Finanzierung

Etwas notwendige Investitionen können auf Grund der guten Liquidität aus eigenen Mitteln abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2018 soll der Cives Dienste GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von 10,3 TEUR vor Gewinnabführung bringen. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

Das im Vorjahr für 2017 geplante Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 10,2 TEUR wurde um 3,9 TEUR überschritten.

Container Terminal Halle (Saale) GmbH¹⁾

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Saalehafen 1
06118 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben des Containerterminals und der Hafenanlagen in Halle-Trotha einschließlich aller damit zusammenhängenden Nebenleistungen, die Organisation von Zugverkehren sowie die Durchführung von Gütertransporten im Vor- und Nachlauf des kombinierten Verkehrs im Einzugsbereich der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist in der Standortsicherung und der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Zurverfügungstellung von Infrastruktureinrichtungen zu sehen. Eingebunden in den Betrieb der Hafenanlagen und an die Straße stellt der Betrieb des Containerterminals die trimodale Schnittstelle der Transportwege Wasserstraße, Schiene und Straße dar.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Haschke, Andreas	(seit 12.12.2017)
	Schwarz, Vinzenz	(bis 12.12.2017)
	Winkler, Torsten	(seit 12.12.2017)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.756	41	0	0	0	0	1.756	
Umlaufvermögen	2.507	59	97	100	104	100	2.410	2.485
Rechnungsabgrenzungsposten	14	0	0	0	0	0	14	

Bilanzsumme	4.277	100	97	100	104	100	4.180	4.309
--------------------	--------------	------------	-----------	------------	------------	------------	--------------	--------------

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	290	7	90	93	98	95	200	222
Sonderposten für Investitionszulagen	68	1	0	0	0	0	68	
Rückstellungen	168	4	7	7	6	5	161	2.300
Verbindlichkeiten	3.751	88	0	0	0	0	3.751	

Bilanzsumme	4.277	100	97	100	104	100	4.180	4.309
--------------------	--------------	------------	-----------	------------	------------	------------	--------------	--------------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.481	0	0
sonstige betriebliche Erträge	97	0	0
Materialaufwand	4.420	0	0
Personalaufwand	1.037	0	0
Abschreibungen	114	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.141	9	5
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-5
Ergebnis nach Steuern	-153	-9	
sonstige Steuern	10	0	0
Erträge aus Verlustübernahmen	163	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	-9	-5
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	-9	-5

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,52			%
Eigenkapitalrentabilität:	-56,32	-8,70	-4,57	%
Cash-Flow:	-49	-9	-5	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	106			T€
Personalaufwandsquote:	15,76			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	39,50			%
Eigenkapitalquote:	6,78	92,97	94,73	%
Fremdkapitalquote:	93,22	7,03	5,27	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Containerumschlag	37.230	---	---	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	702.860	---	---	t
Hafenbahn	273.427	---	---	t
Straßengüterverkehr	492.433	---	---	t

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Entwicklung des Aufwands
- 7.3. Investitionen
- 7.4. Finanzierung
- 7.5. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat in der Sitzung vom 18.12.2015 beschlossen, dass die Hafen Halle GmbH (HFH) umgestaltet wird.

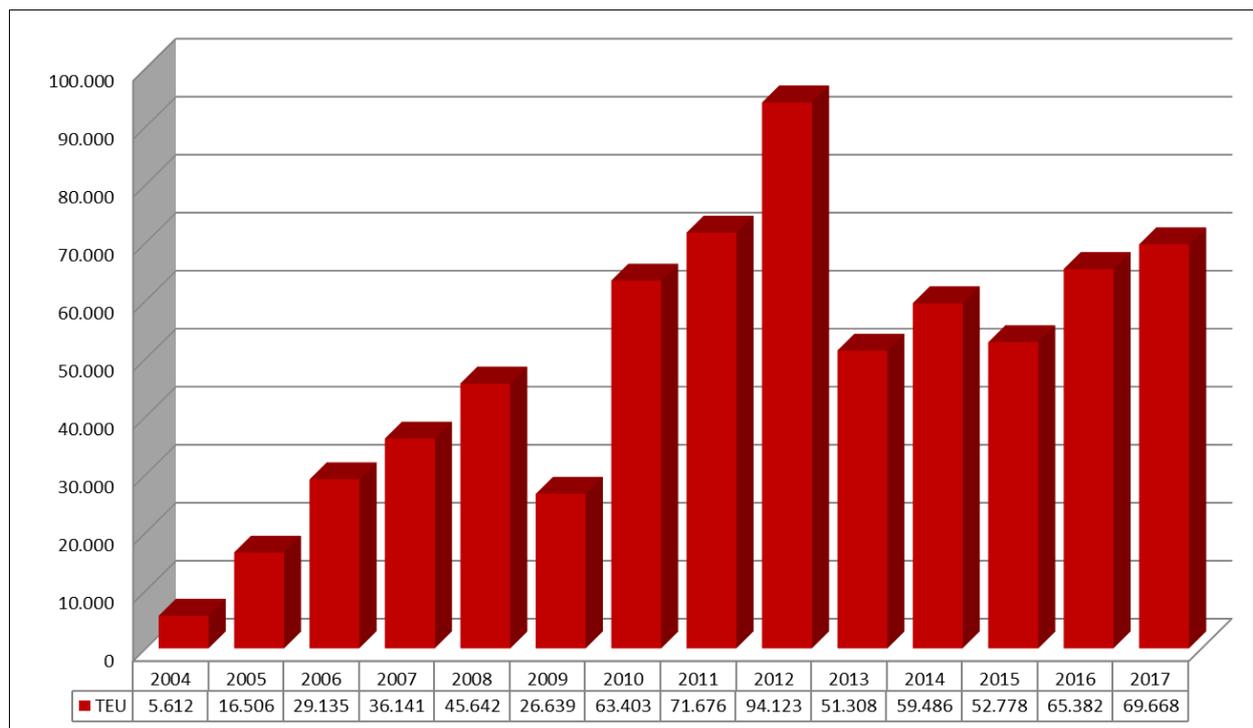
Die Stadtwerke Halle GmbH (SWH) hat die Geschäftsanteile der Saalebus GmbH von der HAVAG gekauft und die Gesellschaft in Container Terminal Halle (Saale) GmbH umbenannt. Das immobile Anlagevermögen der Hafen Halle GmbH wurde durch Verschmelzung der Hafen Halle GmbH auf die Stadtwerke Halle GmbH übertragen. Der Betrieb, die Mitarbeiter der Hafen Halle GmbH sowie das mobile Anlagevermögen wurden auf die Container Terminal Halle Saale GmbH abgespalten.

Mit Datum vom 25. Oktober 2017 wurde diese Vorgehensweise durch den Stadtrat beschlossen.

Mit Wirkung zum 19. Dezember 2017 erfolgte der Anteilskauf an der Saalebus GmbH als aufnehmende Gesellschaft, die Umbenennung in die CTHS GmbH sowie die Änderung des Gesellschaftsvertrages. Mit Wirkung zum 30. Januar 2018 erfolgte die Abspaltung des Teilbetriebs Logistik von der HFH auf die CTHS. Die Abspaltung erfolgte rückwirkend auf den 01. Juli 2017.

Ebenso rückwirkend auf den 01. Juli 2017 erfolgte mit handelsrechtlicher Eintragung am 23. Februar 2018 die Verschmelzung des immobilien Anlagevermögens der HFH auf die SWH.

Die CTHS ist als Infrastrukturbetreiber und Dienstleister in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr tätig. Der Fokus unseres Leistungsangebotes liegt auf den landseitigen Verkehrsträgern Schiene und Straße. Neben dem Umschlag von Schütt-, Stück- und Flüssiggütern liegt der Tätigkeitsschwerpunkt auf der Abwicklung Kombierter Verkehre (KV) im Seehafen-Hinterland-Verkehr. Im Jahr 2014 wurden erstmals kontinentale KV-Verkehre am Standort abgewickelt. Seit den ersten regelmäßigen Containerzügen im Jahr 2004 zwischen den deutschen Überseehäfen Hamburg und Bremerhaven und Halle ist das Aufkommen fast stetig gewachsen. Heute ist die CTHS das größte öffentliche Container-Terminal im Land Sachsen-Anhalt und nimmt bei den deutschen Binnenhäfen mit einem Umschlagsvolumen von bis zu 100.000 TEU (Twenty-foot Equivalent unit) einen vorderen Platz ein.



Grafik 1: Container-Umschlag am Standort Trotha 2004 bis 2017 in TEU (Twenty Feet Equivalent Unit)

Neben den genannten Leistungsbereichen vermietet und verpachtet die Gesellschaft auch Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen und erbringt damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen. Für erschlossene Ansiedlungsflächen im Hafengebiet werden im Verbund mit der SWH-Gruppe Unternehmen akquiriert und bis zur Betriebsaufnahme begleitet.

Mit ihrem über 9 km langen Gleisnetz ist die CTHS gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz (AEG) auch Serviceeinrichtung. Damit bieten wir – in Verbindung mit unserem direkten Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn AG – für jeden Zugangsberechtigten einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen an.

Die CTHS GmbH ist seit ihrer Umfirmierung im Jahr 2017 eine 100-prozentige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich intern in die fünf Bereiche

- Containerumschlag,
- Dispositive Leistungen,
- Bahnleistungen,
- Infrastruktur und Ansiedlungen sowie
- Schiffsverkehr.

Das Leistungsbild Containerumschlag umfasst das Handling und die Depotverwaltung von standardisierten See-Containern über das CTHS im Kombinierten Verkehr Schiene-Straße und umgekehrt.

Der wesentliche Leistungsinhalt der Dispositiven Leistungen ist die Organisation von komplexen Transportketten im Kombinierten Verkehr zwischen Überseehafen und Kunde. Hierbei werden Leistungen Dritter im Zug- und Lkw-Verkehr in Anspruch genommen. Im Lkw-Nach- und -Vorlauf zwischen CTHS und Kunden kommen partiell eigene Lkw zum Einsatz.

Unter den Bahnleistungen werden der Betrieb der Gleisinfrastruktur einschließlich Nebenanlagen und die Erbringung sämtlicher bahnseitiger Dienstleistungen abgebildet. Hierzu zählen u.a. die Erbringung von Zugleistungen/Traktionen, Rangierleistungen, Vermietung von Triebfahrzeugen und Personalen. Hierbei kann die Gesellschaft auf eigene, auch zum Verkehr auf dem Netz der Bahn AG zugelassene Dieselloks sowie bedarfsgerechte Rangiertechnik im Hafengebäude zurückgreifen.

Die Leistungsbilder im Bereich Infrastruktur und Ansiedlungen umfassen – neben der Unterhaltung der Infrastrukturen – die Vermietung und Verpachtung von Flächen und Büros, den Verkauf von Dieselmotoren an gewerbliche Dritte (Straßen- und Bahn-Fahrzeuge) sowie Umschlagsleistungen (z.B. Umschlag und Verwiegung Düngemittel Bahn-Lkw, Verwiegung von Übersee-Containern gem. SOLAS-Richtlinie (International Convention for the Safety of Life at Sea) der Vereinten Nationen).

Der Schiffsverkehr umfasst sämtliche schiffsbezogene Infrastruktur. Das Leistungsbild beinhaltet im Wesentlichen die Unterhaltung der vorgenannten Strukturen sowie den Umschlag von Schiffsgütern. Aufgrund der unwirtschaftlichen Schifffahrtsbedingungen auf der Saale sind in den letzten Jahren hier kaum Leistungen erbracht worden.

1.2. Ziele und Strategien

Ab dem 2. Halbjahr 2017 waren 3 regelmäßige Rundläufe (Hamburg-CTHS-Hamburg) je Woche vorgesehen. Im Berichtszeitraum war es aufgrund der vorwiegend im Export steigenden Nachfrage erforderlich, mit durchschnittlich 4 Rundläufen je Woche zu fahren.

In dem am 03. August 2016 durch das Bundeskabinett beschlossenen Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) wurde die Vollendung des Saaleausbaus mit dem „Bau eines Saalekanals bei Tornitz“ als Maßnahme des „Weiteren Bedarfs“ eingeordnet. Ungeachtet der späteren möglichen Umsetzbarkeit dieses Infrastrukturprojektes ist der wichtigste Punkt, die Saale als Bundeswasserstraße zu erhalten, untermauert worden. In den Folgejahren muss deshalb versucht werden den Beweis zu erbringen, dass die Saale als Transportträger in der Lage ist, Güter-Schiffsverkehre aufzunehmen. Die praktische Erprobung und die Unterstützung der Wiederherstellung des Zustandes des Transportträgers Saale vor den Hochwassern der vergangenen Jahre werden dabei im Vordergrund stehen.

1.3. Steuerung

Die Organisationsstruktur des Unternehmens ist vergleichsweise flach gehalten. Neben der Geschäftsführung und der direkt angebundenen Hafenleitung ist das Unternehmen in die Bereiche Logistik und kaufmännische Verwaltung unterteilt. Der Bereich Logistik, dem etwa 90 % der Mitarbeiter zuzuordnen sind, umfasst die gesamten Tätigkeiten für Containerumschlag, Dispositive Leistungen (einschließlich Lkw-Verkehr) sowie Bahnleistungen. Wesentliche Zielstellung bleibt es, die Prozesse weiter zu beschleunigen und bei höherer Auslastung Effizienzpotentiale zu heben. Die Planungen zur Unternehmensentwicklung (jährlicher Wirtschaftsplan, Mittelfristplanung für vier Folgejahre), die adäquate Berichterstattung sowie das Controlling erfolgen nach den vom Gesellschafter vorgegebenen Parametern und werden im Wesentlichen durch die Hafenleitung und den kaufmännischen Bereich realisiert. Die Buchhaltung erfolgt vertraglich gebunden im verbundenen Unternehmen Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Das deutlich höhere Abrechnungsvolumen konnte mit einer konstant gehaltenen Zahl von Mitarbeitern bislang noch bewältigt werden. Effizienzeffekte sollen zukünftig beispielsweise durch die Automatisierung der Prozesse der Rechnungsbearbeitung angestrebt werden. Dazu soll insbesondere auf Erfahrungen laufender Projekte der Konzernschwestern zurückgegriffen werden.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Bezüglich der Umstrukturierung der Gesellschaft wird auf Kapitel 1.1.1. verwiesen.

Das Geschäftsjahr 2017 war durch zahlreiche personelle Veränderungen innerhalb der Gesellschaft geprägt. Diese waren zum einen durch Beendigung von Arbeitsverhältnissen durch Mitarbeiter und deren notwendigen Ersatz, zum anderen durch Neueinstellungen entsprechend des erhöhten Leistungsumfangs in den operativen Betriebsparten erforderlich.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Mit der Positionierung der Gesellschaft als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs (KV) in Mitteldeutschland ist es gelungen, international agierende Logistiker für eine Abwicklung ihrer Leistungen über das CTHS zu interessieren.

Anfang Dezember 2017 erfolgte die Aufnahme von regelmäßigen Zugverkehren zwischen Rostock und dem CTHS mit zwei Halb-Zügen je Woche und Richtung.

Im Dezember 2017 hat ein seit mehr als 10 Jahren am Standort tätiger Zugbetreiber seine Verkehre eingestellt. Mit je drei ein- und ausgehenden wöchentlichen Container-Zügen hatte dieser einen signifikanten Anteil am Umschlagvolumen am Standort.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die Wettbewerbssituation im kombinierten Verkehr war im Berichtszeitraum sowohl in Mitteldeutschland als auch global weiterhin angespannt. Überkapazitäten in der Containerschifffahrt haben zu anhaltenden Konsolidierungsbestrebungen, verbunden mit Transportverteuerungen seitens der Reeder, geführt. Die Fusionsaktivitäten der global agierenden Reeder führten auch im Logistikbereich der Seehafenhinterland-Terminals zu Marktverwerfungen und Neuausrichtungsprozessen im Containergeschäft. Erschwerend kam hinzu, dass durch die dauerhaft geringen Treibstoffkosten der Straßentransport weiterhin intensiv in den Markt des Kombinierten Verkehrs drängte.

Mit der Marke CTHS und der Qualität unserer Leistungen konnte die Gesellschaft auch im Berichtszeitraum ihre Marktposition im Kombinierten Verkehr (KV) weiter behaupten und ausbauen. Neben vertraglich gebundenen Großkunden haben wir zwischenzeitlich stabile geschäftliche Kontakte zu auch international tätigen Kunden des produzierenden Gewerbes, der Logistikbranche und auch Überseereedereien. Daneben sichert die Umschlagmöglichkeit von Containern über das öffentliche Terminal zahlreichen kleineren und mittleren Lkw-Transportunternehmen aus der Region ein kontinuierliches Arbeitsaufkommen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben im Geschäftsjahr 2017 keine für die Leistungserbringung durch die Gesellschaft relevanten Änderungen erfahren.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs und Dienstleister im Logistikbereich ist die Gesellschaft in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Daraus ergibt sich das Erfordernis, die von uns angebotenen Leistungen in einem besonders hohen Maß an Qualität und Zuverlässigkeit zu erbringen. Neben der Akquisition von Neukunden und deren langfristige Bindung ist auch ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik für die Steigerung des Unternehmenserfolgs von großer Bedeutung.

So übernimmt die Gesellschaft neben den Umschlagleistungen im Terminal auch die Organisation komplexer Transportketten Überseehafen-Kunde und umgekehrt (Dispositive Leistungen). In den Bereichen Containerumschlag und Dispositive Leistungen erreichte die CTHS im 2. Halbjahr 2017 einen Umsatz von 6.086 T€.

Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandspositionen betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen (Erbringung von Zug- und Lkw-Verkehren durch Dritte). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Miet-, Beratungs- und Versicherungskosten zu nennen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Das originäre Hafengeschäft ist ebenso wie der Logistikbereich hinsichtlich der Leistungserbringung eher konservativer Ausprägung. Insofern ist das Veränderungspotential aus Forschung und Entwicklung als gering einzuschätzen. Dennoch gibt es aus den Einflüssen anhaltender Digitalisierung von Prozessen auch in unserer Gesellschaft Ansätze, Innovationen einzusetzen und damit wirtschaftliche Potentiale zu heben.

Aufgrund der Unternehmensgröße und unseres Leistungsprofils betreiben wir derzeit noch keine eigene Forschung und Entwicklung. Gleichwohl haben wir, gemeinsam mit unseren Marktpartnern, innovative Ansätze im Bereich temperaturgeführter Transportketten entwickelt. Daneben werden Neuerungen in der Umschlagtechnik beobachtet und auf Einsatzmöglichkeiten im Sinne einer Effizienzsteigerung geprüft. Darüber hinaus arbeitet die Gesellschaft an der Optimierung der Fahrwege der Umschlagtechnik im Terminal und der optimierten Lagerung von Seecontainern.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Wie bereits unter 1.4. beschrieben, waren zahlreiche personelle Veränderung zu bewältigen. Trotz dieser immer mit temporären Leistungseinschränkungen einhergehenden Prozesse konnten die anstehenden Arbeitsaufgaben durch den überdurchschnittlichen Einsatz der Mitarbeiter umfänglich erfüllt werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft ist stärker als bei anderen Konzernunternehmen von der Weltwirtschaft abhängig. Im- und Exportaktivitäten der mitteldeutschen Wirtschaft, die über das CTHS zu den deutschen Überseehäfen gelangen, beeinflussen das nachgefragte Umschlags- und Verkehrsvolumen der Gesellschaft ebenso wie temporäre Schwankungen der weltweiten Handelsgeschäfte. Die CTHS GmbH erzielte im 2. Halbjahr 2017 Umsatzerlöse in Höhe von 6.481 T€. Mit 5.914 T€ hatten die Dispositiven Leistungen einen Anteil von fast 82 % am Gesamtumsatz der Gesellschaft.

Die Gesellschaft erzielte sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 97,3 T€. Neben Erträgen aus der Auflösung von Fördermitteln (18,3 T€) wurden Versicherungserträge in Höhe von 17,1 T€ und 61,9 T€ sonstige Erträge erzielt.

Der Materialaufwand belief sich im Berichtszeitraum auf 4.420,3 T€.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 566,0 T€ wurden durch den Aufwand an Kraft- und Hilfsstoffen (469,1 T€) sowie den Energiebezug Außenbetrieb (88,2 T€) geprägt. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen im 2. Halbjahr 2017 bei 3.854,4 T€. Bestimmende Größe waren mit 3.791,6 T€ die Fremdleistungen (für Zug- und Lkw-Verkehre durch Dritte).

Aufgrund des gestiegenen Leistungsumfangs waren im 2. Halbjahr 2017 personelle Veränderungen erforderlich und führten zu einem Personalaufwand in Höhe von 1.036,9 T€. Die Abschreibungen beliefen sich auf 114,6 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im 2. Halbjahr 2017 bei 1.141,2 T€. Als signifikante Positionen sind die Aufwendungen für Mieten/Leasing von Maschinen (575,9 T€), Reparaturen und Instandhaltung von Maschinen und Anlagen (139,8 T€) sowie Versicherungen (97,3 T€) zu nennen.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das Zinsergebnis (-19,1 T€) der Gesellschaft wurde durch den Zinsaufwand für die Investitions-Darlehen der Diesellokomotiven, Aval-Zinsen für die Sicherheitsleistungen gem. BlmSchG-Genehmigung und die Zinsen für die Inanspruchnahme der Kreditlinie beim Gesellschafter geprägt.

4.2.2. Investitionen

Die CTHS GmbH investierte im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 24,1 T€. Hiervon entfielen 9,4 T€ als 1. Rate auf die Herstellung und Lieferung einer Gefahrgut-Leckagewanne sowie 5,9 T€ auf die Anschaffung eines (gebrauchten) Winterdienstfahrzeuges.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft (SWH) in Höhe von 3.000 T€ im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag gesichert.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31.12.2017 betrug das Anlagevermögen der Gesellschaft 1.755,8 T€.

Das Umlaufvermögen in Höhe von 2.506,9 T€ und wurde maßgeblich durch Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2.051,6 T€ bestimmt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft belief sich zum Bilanzstichtag auf 289,9 T€. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse lag bei 68,1 T€. Die Rückstellungen über 167,9 T€ wurde maßgeblich durch Rückstellungen Personalaufwand (77,5 T€) sowie für ausstehende Rechnungen (63,2 T€) geprägt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich zum 31.12.2017 auf 526,2 T€. Mit den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (889,3 T€), gegenüber verbundenen Unternehmen (2.259,5 T€, darunter 2.160,0 T€ aus Cash-Pool) und sonstigen Posten (76,0 T€) belief sich die Summe der Verbindlichkeiten per 31.12.2017 auf insgesamt 3.751,1 T€.

Zum 31.12.2017 ergab sich eine Bilanzsumme der Gesellschaft in Höhe von 4.277,0 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die Container Terminal Halle (Saale) GmbH hat im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Verlustausgleich in Höhe von - 163,1 T€ erzielt.

Mit einer qualitativ hochwertigen Leistungspalette haben wir uns in einem wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich behaupten können. Neben dem hervorzuhebenden Einsatzwillen aller Mitarbeiter hat sich damit die Fokussierung der Geschäftstätigkeit auf den containergestützten Logistikbereich als richtig erwiesen.

Für den Erfolg unserer Geschäftstätigkeit als komplexer Dienstleister haben externe Rahmenbedingungen – wie z.B. die Abhängigkeiten von Geschäftsverläufen Dritter – unverändert große Bedeutung. Nur mit der stärkeren Bindung bestehender und der Akquisition neuer Verkehre, einem hohen qualitativen Anspruch an unsere Leistungserbringung und einer marktgerechten Diversifizierung unseres Leistungsportfolios haben wir die Möglichkeit, auf dem volatilen Logistikmarkt zu bestehen.

5. Nachtragsbericht

Für Vorgänge von besonderer Bedeutung verweisen wir auf den Anhang.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2017 wurden bei der CTHS GmbH insgesamt 27 Risiken ermittelt. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 4 Einzelrisiken der Gruppe 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	2	0	2
Rechtliche Risiken	2	0	2
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	4	0	4

In der Risikokategorie „Marktrisiken“ besteht das Risiko der Ersatzbeschaffung Zugleistungen unverändert fort. Bei Ausfall des per Vertrag gebundenen Zugdienstleisters für die eigenen Zugverkehre kann es zu hohen Ersatzkosten kommen. Es müssten kurzfristig neue Partner gefunden werden, die das gleiche Leistungsspektrum abbilden können.

Ebenso unverändert ist das Risiko des Ausfalls/der Reduzierung von Geschäften aufgrund wirtschaftlicher Belange der Geschäftspartner. So kann es z.B. durch Regulierungen Dritter (z.B. Importstopp in Empfängerländern) dazu kommen, dass Geschäfte des Geschäftspartners ohne dessen Möglichkeiten zur Gegensteuerung kurzfristig nicht mehr realisierbar sind.

In die Risikogruppe „Rechtliche Risiken“ wurde ein Risiko mit der Risikogruppe 2 erfasst. Im Verlauf der politischen Diskussionen über Fahrverbote von Dieselmotorkraftfahrzeugen besteht das Risiko, dass für das Stadtgebiet von Halle (Saale) ein Fahrverbot für solche Fahrzeuge erlassen wird. Damit könnten sich für die straßenseitigen Vor- und Nachläufe im Kombinierten Verkehr des CTHS erhebliche quantitative, qualitative (organisatorische) und wettbewerbliche Nachteile ergeben.

Das Risiko der (längerfristigen) Verzögerung bzw. des Scheiterns des Ausbauprojekts "Nordring mit Abstellanlage und KV-Terminal II" ist in seiner Bewertung unverändert. Das Teilprojekt „Nordring mit Abstellanlage“ beinhaltet eine neue zweigleisige Hafenbahnanbindung (mit Abstellanlage) mit niveaufreien Querungen verschiedener Straßen. Diese Anbindung soll die vorhandene eingleisige Trasse, die sogenannte „Saalebahn“, die durch Wohngebiete führt und mehrere Straßen quert, ersetzen. Neben den technologischen Schwächen dieser Trasse (Richtungswechsel zur Ein-/Ausfahrt Hafen, Bahnübergänge, Eingleisigkeit) werden für diese Trasse aufgrund ihres Alters (Baujahr 1920) auch in den Folgejahren regelmäßige Sanierungsinvestitionen erforderlich sein.

Die beschriebenen Risiken werden auch im Jahr 2018 und den Folgejahren fortbestehen.

Die größten Chancen für eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft sehen wir im Ausbau der Geschäftstätigkeiten im Kombinierten Verkehr.

Bei den Dispositiven Leistungen ergeben sich Chancen aus der weiteren Akquisition von global agierenden Logistik-Dienstleistern, welche das Terminal für die Abwicklung weltweiter Verkehre nutzen. Neben der Organisation der Transportketten ergeben sich Ansätze zum weiteren Ausbau terminalspezifischer Dienstleistungen. Der Containerumschlag partizipiert durch den bedarfsgerechten Ausbau der Terminalinfrastruktur insbesondere für unterbrechungsfreie Kühlketten und Nebenleistungen des Umschlags.

Aufgrund der vorhandenen BlmSchG-Genehmigung zur zeitlich begrenzten Zwischenlagerung von Abfällen besteht die Möglichkeit, Stoffströme in der Transportkette Erzeuger – Transporteure – Verwerter/Entsorger bedarfsgerecht zu steuern und die Attraktivität des Terminals deutlich zu erhöhen.

Für die Bahnleistungen können sich durch bahnseitige Verkehre für das Biodieselwerk im Hafen und den Gewerbepark an der A 14 weiterhin deutliche Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

Aufgrund der Schifffahrtsbedingungen auf der Saale wird in den kommenden Jahren kaum nennenswerter Schiffsverkehr erfolgen. Allerdings hält die Gesellschaft daran fest, mit geeigneten Partnern die prinzipielle Durchführbarkeit von Schiffstransporten darzustellen.

Die größten kurzfristigen Risiken für das Jahr 2018 sehen wir derzeit in der aktuellen geopolitisch instabilen Situation. Diese kann sehr kurzfristig zu Veränderungen sowohl der Relationen als auch der Mengenströme der derzeitigen Verkehrsabwicklung führen.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Ausweitung von Terminal-Kapazitäten des Kombinierten Verkehrs in der mitteldeutschen Region sowie ein endgültiges Scheitern der Vollendung des Saaleausbaus ein. Daneben wird ein nachhaltig geringer Dieselpreis zu weiterem Preisdruck auf die Zugbetreiber und damit auch auf die Hinterland-Terminals führen. Bezüglich der Vollendung des Saaleausbaus gehen wir von einer Realisierung nach dem Jahr 2030 aus.

6.3. Gesamtbild

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht ermittelt.

7. Prognosebericht

Wie bereits unter Kapitel 1.1.1. dargestellt, führt die CTHS GmbH den Logistikbetrieb der ehemaligen Hafen Halle GmbH fort. Insofern beziehen sich die nachfolgenden Aussagen auf die aus der Planung der Hafen Halle GmbH abgeleiteten Zahlen für den operativen Betrieb der CTHS.

7.1. Umsatzentwicklung

Für das Jahr 2018 gehen wir von Umsatzsteigerungen der Sparten Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen aus, die sich im Wesentlichen aus den Mehrumsätzen durch Fortführung der Beauftragung eigener Züge ergeben. Im Jahr 2018 haben wir im Containerumschlag Umsätze über etwa 1.456 T€ geplant. Bei den Umsätzen der Dispositiven Leistungen gehen wir für das Jahr 2018 von Umsätzen in Höhe von etwa 12.036 T€ und von jährlichen Zuwächsen um 129 T€ bis 263 T€ aus. Auch bei den Bahnleistungen erwarten wir wieder höhere Umsätze von jährlich über 800 T€.

7.2. Entwicklung des Aufwands

Der geplanten Leistungssteigerung folgend, erwarten wir im Jahr 2018 einen sprunghaften Anstieg des Aufwands für Kraft- und Schmierstoffe, Energiebezug sowie Material. In den Folgejahren verharrt er auf annähernd gleichem Niveau.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen werden auch in den Folgejahren zu etwa 90 % durch die Fremdleistungen in den Dispositiven Leistungen bestimmt, die sich entsprechend der Umsatzerwartungen einstellen. Im Jahr 2018 wird ein einmaliger Instandhaltungsaufwand an Bahnübergängen und die Ladestraße Südkai (KV-Terminal) geplant. Im Jahr 2022 wurde ein einmaliger Reparaturaufwand für die erforderliche Hauptuntersuchung nach § 32 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) unserer Diesellok BR 265 (Poseidon) in die Planungen eingestellt.

Der Personalaufwand wird sich in den Folgejahren bei annähernd gleichbleibendem Personalstand nur entsprechend der einzuplanenden Lohn- und Gehaltssteigerungen erhöhen. Korrespondierend mit vergleichsweise geringen Investitionen der CTHS gehen die Abschreibungen kontinuierlich zurück. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, zu über 70 % durch den Aufwand an Mieten und für Versicherungen geprägt, nehmen in den Folgejahren entsprechend der einzurechnenden Preisentwicklungen nur geringfügig zu und liegen zwischen etwa 2.069 T€ im Jahr 2018 und 2.093 T€ im Jahr 2022.

Bei einem Deckungsbeitrag zwischen 4.740 T€ im Jahr 2018 und 5.144 T€ in 2022 erwarten wir ein EBIT zwischen 324,7 T€ im Jahr 2018 und 252 T€ im Jahr 2022.

Der Zinsaufwand wird sich zwischen -70,2 T€ in 2018 und -63,5 T€ (2022) erwartet. Für Kraftfahrzeugsteuern wurden jährlich 25 T€ in die Planungen eingestellt.

7.3. Investitionen

Unsere Investitionstätigkeit wird sich auch in den Folgejahren auf betriebsnotwendige Maßnahmen konzentrieren. Zur Absicherung eines nachfragekonformen Wachstums im Kombinierten Verkehr (Dispositive Leistungen) sind für das Jahr 2018 Investitionen über 2.000 T€ für Flächenerweiterungen vorgesehen. Die Gesellschaft wird weiterhin versuchen, für anstehende Investitionen über entsprechende Landes- und Bundesprogramme eine angemessene anteilige Finanzierung zu erhalten.

7.4. Finanzierung

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingeschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

7.5. Ergebniserwartung

Für das Jahr 2018 planen wir ein Ergebnis von -42,9 T€. Bis zum Jahr 2022 wird sich dieses auf 163,6 T€ verbessern. Unsere positiven Erwartungen basieren dabei auf weiteren Leistungssteigerungen. Das Geschäftsjahr 2017 hat gezeigt, dass mit annähernd gleichem Bestand an technischer Ausstattung und Personalen noch erhebliche Umsatzsteigerungen erreichbar und bei annähernd gleichbleibendem fixem Aufwand damit auch positive Ergebnisentwicklungen erzielbar sind.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Zum Heizkraftwerk 12
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	9.414	51	9.487	55	9.987	60	-73	-1
Umlaufvermögen	8.931	48	7.603	44	6.279	38	1.328	17
Rechnungsabgrenzungsposten	255	1	262	1	306	2	-7	-3

Bilanzsumme	18.600	100	17.352	100	16.572	100	1.248	7
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.136	38	7.136	41	7.136	43	0	0
Rückstellungen	6.754	36	6.103	35	5.549	34	651	11
Verbindlichkeiten	4.710	26	4.113	24	3.887	23	597	15

Bilanzsumme	18.600	100	17.352	100	16.572	100	1.248	7
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	110.033	123.313	112.224
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	83	291	16
sonstige betriebliche Erträge	2.033	1.367	2.775
Materialaufwand	84.957	97.065	71.292
Personalaufwand	18.771	19.150	20.091
Abschreibungen	1.424	1.693	1.539
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.483	6.581	21.534
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	11	14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	142	168	194
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			379
Ergebnis nach Steuern	383	325	
sonstige Steuern	85	42	36
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	298	283	343
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,27	0,23	0,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,17	3,96	4,81	%
Cash-Flow:	1.722	1.976	1.882	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	423	465	442	T€
Personalaufwandsquote:	16,74	15,32	17,47	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	44,34	45,27	47,70	%
Eigenkapitalquote:	38,36	41,12	43,06	%
Fremdkapitalquote:	61,64	58,88	56,94	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Netznutzung Fernwärme	0	613	585	GWh
Netznutzung Gas	1.183	1.183	1.098	GWh
Netznutzung Strom	799	807	806	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Energieversorgung Halle Netz GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) ist Strom- und Gasnetzbetreiber im Sinne des § 11 EnWG im Konzessionsgebiet Halle (Saale). Die Verteilernetze wurden durch die Netzgesellschaft Halle von der EVH GmbH (EVH) gepachtet. Darüber hinaus ist sie für die technische Betriebsführung des Fernwärmenetzes der EVH verantwortlich.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung von Dienstleistungen, hauptsächlich für die EVH. In deren Auftrag übernimmt sie kundennahe Energiedienstleistungen, den Betrieb von Fernwärme- und Nahwärmanlagen sowie die Planung und den Bau für Instandhaltungs-, Abrüstungs- sowie Investitionsmaßnahmen für die Medien Strom, Gas und Fernwärme.

Alleinige Gesellschafterin der Netzgesellschaft Halle ist die EVH. Eigene Beteiligungen besitzt die Gesellschaft nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung des Strom-, Gas- und Fernwärmeverteilnetzes im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die optimale Anwendung und Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Eine weitere Zielstellung der Netzgesellschaft Halle ist die Bereitstellung von den bereits genannten Dienstleistungen für die Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns.

1.3. Steuerung

Die Geschäftsführung der Netzgesellschaft Halle obliegt Frau Heike Göpfert. Die interne Organisation der Gesellschaft gliedert sich in die Struktureinheiten Netzbetrieb (Transportnetze und Stationen, Endverteilnetze, Lager), Netzstrategie (Strategie/Planung, Dokumentation, Liegenschaften), Netzvertrieb (Wechselprozesse, Vertragsmanagement) und Marktgebietsmanagement (Energiedaten-, Regulierungsmanagement, Netzcontrolling).

Die Planungs- und Berichtsstruktur stellt auf das Gesamtunternehmen ab. Als Steuerungsgröße dient jeweils das Betriebsergebnis. Mit Hilfe dieser Kennzahl werden unternehmerische Entscheidungen getroffen.

Weitere wesentliche Steuerungsgrößen als Netzbetreiber sind die Höhen der zulässigen Erlöse aus Netznutzung Strom und Gas (Erlösobergrenzen), welche durch die Anreizregulierung reglementiert sind.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Durch die Beendigung des Pachtmodells hat die Gesellschafterin EVH zum 01. Januar 2017 die Netzbetreiberfunktion für das Fernwärmenetz übernommen. Das diesbezügliche technische Personal verbleibt in der Netzgesellschaft Halle. Technische Dienstleistungen für Instandhaltungs- und Abrüstungsmaßnahmen im Fernwärmenetz werden über den bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrag realisiert.

Im Zusammenhang mit der Abspaltung des Teilbetriebs Stadtbeleuchtung der SHS Energiedienste GmbH (SHS) und der Übertragung als Gesamtheit mit allen Rechten und Pflichten auf die übernehmende EVH sind insgesamt sieben Mitarbeiter im Wege eines Betriebsübergangs am 01. August 2017 auf die Netzgesellschaft Halle übergegangen. Diese erbringen für die EVH die betreffenden Dienstleistungen, welche über den Geschäftsbesorgungsvertrag vergütet werden.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Politische und rechtliche Entwicklung

Das Änderungsgesetz zum Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) sowie zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde am 15. und 16. Dezember 2016 von Bundestag und Bundesrat beschlossen und trat am 01. Januar 2017 in Kraft. Durch dieses Gesetz werden wesentliche Änderungen vorgenommen, insbesondere zur Ausschreibungspflicht für KWK-Anlagen, zu den neuen KWKG-Umlagen und zu den Regelungen zur Eigenversorgung im EEG.

Am 10. März 2017 wurde die Kooperationsvereinbarung Gas (KOV IX) auf Grund regulatorischer und gesetzlicher Anpassungen überarbeitet. Diese Änderungen traten am 01. April 2017 in Kraft.

Am 05. April 2017 ist das Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung in Kraft getreten. Im Rahmen der Novellierung wurden zahlreiche Änderungen vorgenommen u. a. die Verkürzung des Anfechtungszeitraumes, die Stärkung des Bargeschäftes sowie die Änderung der Verzinsung.

Am 30. Juni 2017 wurden die Unterlagen zur Kostenprüfung für die Bestimmung der Erlösobergrenze in der dritten Regulierungsperiode für Strom (2019 bis 2023) fristgerecht an die BNetzA übermittelt.

Am 22. Juli 2017 trat das Netzentgeltmodernisierungsgesetzes (NEMoG) in Kraft. Das NEMoG soll die schrittweise Abschaffung der vermiedenen Netzentgelte regeln und führt zu einer dauerhaften Preisobergrenze für vermiedene Netzentgelte. Für die Berechnung der vermiedenen Netzentgelte gilt ab 2018 eine netzbetreiber- und netzebenenindividuelle Obergrenze. Diese Obergrenze basiert auf dem Entgeltniveau des Jahres 2016 nach Herausrechnung der Offshore-Anbindungskosten und Erdkabel-Mehrkosten der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) und führt zu einem neu zu ermittelnden „Referenzpreisblatt 2016“ je Netzbetreiber. Bei Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen (Anlagen mit volatiler Erzeugung) werden ab 2018 die vermiedenen Netzentgelte schrittweise abgebaut, so dass ab 2020 keine vermiedenen Netzentgelte mehr gewährt werden.

Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende hat die Netzgesellschaft Halle die Rolle des grundzuständigen Messtellenbetreibers im Jahr 2017 bei der Bundesnetzagentur angezeigt. Seit 01. Oktober 2017 sind die Vorgaben der BNetzA zur elektronischen Marktkommunikation an die Erfordernisse des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende umzusetzen. Sie regeln die markteinheitlichen Massenprozesse für den Einsatz von intelligenten Messsystemen und modernen Messeinrichtungen bis 2020 und sind als Übergangslösung (Interimsmodell) für den Einstieg in den Rolloutprozess notwendig.

3.2. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) wird den Netzbetreibern eine Erlösobergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

Ein effizientes Kostenmanagement bildet unter Sicherstellung von Netzqualität und -stabilität einen wesentlichen Faktor für den Erfolg der Netzgesellschaft Halle.

Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen in der zweiten Regulierungsperiode Strom (2014 bis 2018) erfolgte mit dem Beschluss der Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur vom 18. Dezember 2014 und für die zweite Regulierungsperiode Gas (2013 bis 2017) mit dem Bescheid der Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt vom 14. Dezember 2012.

3.3. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2017 beschäftigte die Netzgesellschaft Halle 289 Mitarbeiter und 31 Auszubildende. Die Mitarbeiterzahl stieg zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr (285 Mitarbeiter) um 4 Mitarbeiter, was sich im Wesentlichen durch den Übergang der SHS-Mitarbeiter begründet. Demgegenüber stehen Freisetzungen bedingt durch personelle Einzelmaßnahmen.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 44 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 21 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB).

Die Netzgesellschaft Halle stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung sowie die kooperative Ingenieurausbildung bzw. duale Studiengänge. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demografischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken.

Einen weiteren Beitrag leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut. Er bietet den Teilnehmern eine große Bandbreite an Trainings, Talentwerkstätten und Projektarbeiten als Bausteine, welche jedes einzelne Talent fördern.

Darüber hinaus wird das Angebot an Diplomanden-, Praktikanten- und Traineeestellen kontinuierlich ausgebaut.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2017 erzielte die Netzgesellschaft Halle ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss, der im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages an die EVH abgeführt wird, betrug 0,3 Mio. € und lag damit auf Vorjahresniveau. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2017	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	110,0	123,3	-13,3	-10,8
Übrige Erträge	2,1	1,7	0,4	27,6
Materialaufwand	84,9	97,1	-12,2	-12,5
Deckungsbeitrag	27,2	27,9	-0,7	-2,6
Personalaufwand	18,8	19,1	-0,3	-2,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6,5	6,6	-0,1	-1,5
EBITDA	1,9	2,2	-0,3	-10,9
Abschreibungen	1,4	1,7	-0,3	-15,9
EBIT	0,5	0,5	0,0	0,0
Finanzergebnis	-0,1	-0,2	0,1	16,7
Sonstige Steuern	0,1	0,0	0,1	101,8
Ergebnis vor Ergebnisabführung	0,3	0,3	0,0	5,3

Die Umsatzerlöse des abgelaufenen Geschäftsjahr sind im Vergleich zum Vorjahr um 13,3 Mio. € gesunken. Grund hierfür ist im Wesentlichen der Wegfall der Umsatzerlöse aus Netznutzung Fernwärme bedingt durch die Auflösung des Pachtmodells. Konträr wirkten höhere Umsatzerlöse aus Netznutzung Strom bedingt durch Preiserhöhungen. Auch der Materialaufwand ist mit einem Rückgang um 12,2 Mio. € im Wesentlichen durch die Auflösung des Pachtmodells Fernwärme geprägt. Hier wirken die entfallenen Aufwendungen für Netzpacht sowie für den Bezug von Netzverlusten. Im Ergebnis sank der Deckungsbeitrag um 0,7 Mio. €.

Die Position Personalaufwand wies im Vergleich zum Vorjahr trotz steigender Mitarbeiterzahlen eine Verringerung um 0,3 Mio. € aus. Dies beruht im Wesentlichen auf im Vorjahr erfolgten Zuführungen zu Rückstellungen für variable Vergütung, Mehrarbeit und Urlaub sowie auf Aufwendungen für Altersversorgung.

Während die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 6,5 Mio. € etwa auf Vorjahresniveau lagen, war ein leichter Rückgang bei den Aufwendungen für Abschreibungen zu verzeichnen. Im Ergebnis erreichte die Netzgesellschaft Halle wie im Vorjahr ein EBIT in Höhe von 0,5 Mio. €.

4.2. Finanzlage

Die Netzgesellschaft Halle wies zum 31. Dezember 2017 ein Eigenkapital in Höhe von 7,1 Mio. € aus. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 38,4 Prozent (Vorjahr: 41,1 Prozent).

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Investitionen in Höhe von 1,4 Mio. € getätigt. Dabei entfiel der Großteil der Investitionen auf Software, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Fahrzeuge.

Die Kapitalflussrechnung wies im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Finanzmittelzufluss in Höhe von 1,1 Mio. € (Vorjahr: Zufluss 0,2 Mio. €) aus.

Liquiditätsentwicklung	2017	2016
	Mio. €	Mio. €
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	2,7	1,7
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-1,4	-1,2
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-0,3	-0,3
Zahlungswirksame Veränderungen	1,1	0,2
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	0,3	0,1
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	1,4	0,3

Der Anstieg des Cash Flows aus laufender Geschäftstätigkeit ist im Wesentlichen auf die Zunahme von Verbindlichkeiten und Rückstellungen zurückzuführen.

Insgesamt ergab sich zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand in Höhe von 1,4 Mio. €, der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Pools mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht. Der bestehende Cash-Pool-Vertrag integriert die Netzgesellschaft Halle in das Cash-Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtheitlichen finanziellen Risikos dient.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Die Netzgesellschaft Halle hat mit der EVH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 18,6 Mio. € und lag somit 1,2 Mio. € über dem Vorjahr.

Auf der Aktivseite blieb das Anlagevermögen mit 9,4 Mio. € etwa auf Vorjahresniveau, während das Umlaufvermögen um 1,3 Mio. € auf 8,9 Mio. € anstieg. Wesentlicher Grund für den Anstieg des Umlaufvermögens sind höhere Liquiditätsbestände im Rahmen des Cash-Poolings.

Die Passivseite war im Vergleich zum Vorjahr vor allem durch höhere Rückstellungen (+0,7 Mio. €) sowie gestiegene Verbindlichkeiten (+0,6 Mio. €) geprägt.

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Netzgesellschaft Halle für das Geschäftsjahr 2017 entsprach den Erwartungen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährig signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Entsprechend der Anforderungen des konzerneinheitlichen Risikofrüherkennungssystems betreibt die Netzgesellschaft Halle gemeinsam mit der EVH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschlüsse vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld. Vor allem die Änderungen des regulatorischen Rahmens haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Netzgesellschaft Halle.

Durch Festlegung der Bundesnetzagentur (BNetzA) vom 12. Oktober 2016 wurden mit Wirkung ab der dritten Regulierungsperiode die Eigenkapitalzinssätze für Strom- und Gasnetze gesenkt. Hierdurch wird sich das Renditeniveau für bestehende und geplante Netzinvestitionen deutlich vermindern.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

Die dargestellten Chancen und Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikoversorgung einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Gesellschaft entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Netzgesellschaft Halle verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Sparten Strom und Gas.

Die technischen Dienstleistungen für die Sparte Fernwärme werden im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages an die EVH erbracht.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Sparten Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Für die 3. Regulierungsperiode im Gas (2018 – 2022) erwartet die Netzgesellschaft im Geschäftsjahr 2018 die Festlegung des Ausgangsniveaus zur Bestimmung der Erlösobergrenze und den Effizienzwert. Des Weiteren wird die BNetzA die eingereichten Kostendaten Strom für die Ausgangsbasis der Erlösobergrenzen für die dritte Regulierungsperiode (2019 bis 2023) sowie der Strukturdatenerhebung für den Effizienzvergleich Strom prüfen.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr von einem gleichbleibenden Niveau des Strommengenauflommens im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 0,3 Mio. €.

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Grubenweg 3
06242 Braunsbedra

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 260

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Peter Binder	26	10,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Energieversorgung, Abwasserent- und Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Binder, Peter
Schiller, Hartmut

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	4.559	73	4.046	73	3.945	78	513	13
Umlaufvermögen	1.609	26	1.451	27	1.114	22	158	11
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0	8	0	13	0	-2	-25
Aktive latente Steuern	77	1	13	0	13	0	64	492

Bilanzsumme	6.251	100	5.518	100	5.085	100	733	13
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.754	44	2.529	46	1.949	38	225	9
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	315	5	241	4	184	4	74	31
Rückstellungen	457	7	503	9	363	7	-46	-9
Verbindlichkeiten	2.725	44	2.245	41	2.589	51	480	21

Bilanzsumme	6.251	100	5.518	100	5.085	100	733	13
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.174	5.619	5.024
andere aktivierte Eigenleistungen	47	42	50
sonstige betriebliche Erträge	110	89	86
Materialaufwand	1.205	1.130	1.125
Personalaufwand	2.032	1.944	1.941
Abschreibungen	633	352	317
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.676	1.396	1.286
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	47	62	92
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			403
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	199	227	105
Ergebnis nach Steuern	539	639	
sonstige Steuern	14	9	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	525	630	288
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	525	630	288

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,51	11,21	5,74	%
Eigenkapitalrentabilität:	23,56	33,17	17,37	%
Cash-Flow:	1.158	981	605	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	107	94	86	T€
Personalaufwandsquote:	32,10	33,81	37,62	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	72,70	72,99	77,12	%
Eigenkapitalquote:	44,06	45,84	38,33	%
Fremdkapitalquote:	55,94	54,16	61,67	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Absatz Fernwärme	19,5	19,1	18,3	GWh
Absatz Strom	16,8	15,8	16,7	GWh

f) Lagebericht

1. Geschäftsmodell und allgemeiner Geschäftsverlauf

Auch im Geschäftsjahr 2017 waren die Geschäftsfelder der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) unverändert in den Bereichen Energieerzeugung und -verteilung, Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) und im Bereich Trinkwasserversorgung. Das betrifft ebenso die in gleicher Weise zur Verfügung stehende Anlagenkonfiguration.

Die in den Energieerzeugungsanlagen der EWAG erzeugte Wärme wird über eigene Fernwärmenetze in Braunsbedra (einschl. OT Großkayna) und Mücheln den Kunden zur Verfügung gestellt. Die Energieerzeugung im Heizkraftwerk Braunsbedra, Grubenweg erfolgt im Prozess einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS). Die in den zwei weiteren Wärmeerzeugungsanlagen Großkayna und Mücheln produzierte Energie wird auf der Basis von Altholz (Reserve Heizöl leicht) bzw. Holzhackschnitzel (hier Reserve Erdgas) erzeugt.

Die im Heizkraftwerk Grubenweg und im Kraftwerk Geiseltalstraße (ehemals VKH) erzeugte Elektroenergie wird in das Netz der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM) eingespeist. Der von der EWAG eingespeiste Strom wird nach Abzug des Eigenverbrauches der beiden Erzeugeranlagen sowie der übrigen EWAG-Betriebsanlagen vermarktet. Auf der Basis des bis zum 31. Juli 2017 gültigen Vertrages erfolgte die Lieferung des zur Verfügung stehenden Stromes im Wesentlichen an die Berliner Verkehrsbetriebe AöR (BVG). Ein geringer Anteil wurde an gewerbliche und private Kunden geliefert.

Für die Vermarktung des bisher an die BVG gelieferten Stromes entsteht ab 01. August 2017 eine andere Ausgangslage. Zur optimalen wirtschaftlichen Vermarktung dieses Anteils (ca. 15.000 MWh/a) wurde ein Leitfaden zum Energieverkauf entwickelt, der eine verbindliche Arbeitsgrundlage für die an der Vermarktung beteiligten Partner (GETEC Weimar GmbH und EWAG) darstellt.

Der Leitfaden regelt die Ziele der Verkaufsstrategie und die Verkaufsmethoden als solche. Hauptziele der Verkaufsstrategie sind:

1. Absicherung eines geplanten Mengenabsatzes und der geplanten Erträge.
2. Erzielung eines durchschnittlichen Verkaufspreises, der möglichst oberhalb der allgemeinen Marktentwicklung liegt.

Grundlage der Verkaufsmethode ist der Verkauf elektrischer Energie durch Ausschreibung fester 1-h- bzw. ¼-h-Verkaufspläne (Prognose). Grundlage der Verkaufspläne bilden historische Lastdaten sowie die Produktionsplanung der EWAG, die jeweils im Juni für die Folgejahre als Prognosen abgestimmt werden.

Ebenfalls Bestandteil des Energieverkaufs sind Regelungen bezüglich des Ausgleiches zwischen Mehr- und Mindermengen zwischen der GETEC und der EWAG. Die Strategie gemäß Leitfaden zum Energieverkauf wurde für die Reststrommenge (ab 01. August 2017) und für das Geschäftsjahr 2018 erfolgreich angewandt.

Grundsätzlich ist der Verlauf des Geschäftsjahres als sehr positiv einzuschätzen. Alle wesentlichen Planansätze im Bereich Umsatzerlöse wurden erfüllt und zum Teil wesentlich übererfüllt.

Das spiegelt sich in der Gesamtleistung wieder, die mit mehr als TEUR 479 überboten wurde. Das betrifft in ähnlicher Weise die Aufwandsposition Materialaufwand, die im Vergleich zum geplanten Wert um ca. TEUR 30 unterschritten wurde. Trotz einer zusätzlichen Prämie für alle Mitarbeiter (in Höhe von durchschnittlich TEUR 1) wurde das Budget im Bereich Personalkosten noch um ca. TEUR 79 unterschritten. Die Überschreitung der Kostenposition Betriebliche Aufwendungen resultiert im Wesentlichen aus der Überschreitung der Instandhaltungskosten, in der zusätzliche Maßnahmen beinhaltet sind, die auf der Grundlage des prognostizierten Jahresergebnisses zusätzlich realisiert wurden.

Tendenziell ist der technische Zustand der Energieerzeugungsanlagen an den Standorten Grubenweg und Geiseltalstraße als normal einzuschätzen. Der im August 2017 in Betrieb genommene Zellenkühlturm (2 Stück Ventilator-Nasskühlturmzellen) läuft nach Korrekturen an der Einstellung der Ventilatoren zufriedenstellend.

Nicht zufriedenstellend ist nach wie vor die Verfügbarkeit des Kraftwerkes Geiseltalstraße (ehemals VKH). Das betrifft sowohl die Reisezeiten der Kesselanlage als auch die durchgeführten Abschaltmaßnahmen im Rahmen des Netzsicherheitsmanagements der MITNETZ STROM (ca. 60 Abschaltungen im Geschäftsjahr 2017).

Der Betrieb der Wärmeerzeugungs- und -verteilungsanlagen in Mücheln, Großkayna und Braunsbedra (Atlantis-Center) ist auch für das Geschäftsjahr 2017 aus der Sicht des Instandhaltungs- und Störgeschehens als normal einzuschätzen.

Das gilt in gleicher Weise für den Bereich Trinkwassergewinnung und -verteilung. Wie in den vergangenen Geschäftsjahren wurden neben den notwendigen Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten weitere Absperrvorrichtungen mit dem Ziel einer weiteren Erhöhung der Netzstabilität verbaut. Im Wasserwerk Wunsch wurden weiterhin zwei Filteranlagen durch die Ertüchtigung des Innenausbaus und die Erneuerung des Filterkieses rekonstruiert. Ziel der Maßnahmen ist auch hier die Stabilisierung der Trinkwasserversorgung.

Im Jahre 2017 erfolgte der weitere Ausbau des Fernwärmenetzes im Bereich Thomas-Müntzer-Straße und Weingarten in Braunsbedra. Insgesamt wurde das Fernwärmenetz in Braunsbedra um 26 Neuanschlüsse (ca. 400 kW) erweitert. Grundhafte Sanierungen erfolgten an 14 Fernwärme-Hausanschlussstationen im Bereich Großkayna. Der für das IV. Quartal geplante Neuanschluss von vier neuen Kunden in Großkayna (Bereich Karl-Marx-Straße) musste wegen nicht vorausschaubarer Straßensperrungen durch das Landesstraßenamt Sachsen-Anhalt bzw. den Landkreis Saalekreis in das Geschäftsjahr 2018 verschoben werden.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 525 erwirtschaftet (Vorjahr: TEUR 630).

Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 555 erhöht. Erlössteigerungen konnten bei den Erlösen aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen um TEUR 680 sowie bei den sonstigen Erlösen um TEUR 4 erwirtschaftet werden. Geringere Erlöse sind im Vergleich zum Vorjahr bei den Erlösen aus Stromverkauf und -lieferung um TEUR 117 sowie bei den Erlösen aus Fernwärme um TEUR 11 zu verzeichnen. Die Erlöse Trinkwasser sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben.

Die höheren Erlöse aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen sind auf die gegenwärtige stabile Situation des Brennstoffmarktes, stabile Brennstoffmengen und Brennstoffpreise, aber auch auf einen höheren Brennstoffdurchsatz zurückzuführen. Durch veränderte Marktpreise bei der Entsorgung von metallischen Reststoffen erhöhten sich die Sonstigen Erlöse im Vergleich zum Vorjahr.

Die verminderten Erlöse aus Stromverkauf und -lieferung erfolgten planmäßig und sind im Wesentlichen auf die Beendigung eines Stromlieferungsvertrages mit langjähriger Strompreisbindung zum 31. Juli 2017 zurückzuführen. Seit August 2017 erfolgt die Stromlieferung nach Teilnahmen an Ausschreibungen zu marktüblichen Strompreisen.

Die Erlösminderungen aus der Fernwärme sind witterungsbedingt. Trotz einer stetigen Erweiterung der Anschlusskapazität des Fernwärmenetzes Braunsbedra seit 2014, ist ein geringerer Absatz der Wärmemenge im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.

Die aktivierten Eigenleistungen, bestehend aus erbrachten Herstellungskosten für den Bau bzw. die Umrüstung von Fernwärme-Hausanschlussstationen sowie Herstellungskosten im Rahmen der Erweiterung des Fernwärmenetzes Braunsbedra haben sich um ca. TEUR 5 erhöht. Mangels erforderlichen Eigenpersonalkapazitäten wurden beim Bau, bei der Montage sowie auch beim Einbau der Fernwärme-Hausanschlussstationen auf Leistungen von Fremdfirmen zurückgegriffen.

Die um TEUR 20 erhöhten sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich vergleichsweise zum Vorjahr aus höheren periodenfremden Erträgen aus der Abrechnung des Strombezuges 2016 sowie aus der Abrechnung der vermiedenen Stromnetzentgelte 2016 des Stromnetzbetreibers.

Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 75 erhöht. Dabei haben sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 23 und die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 52 erhöht.

Witterungsbedingt, aber auch auf Grund neuer Lieferanten mit geringeren Einkaufspreisen, haben sich die Aufwendungen für Holzbrennstoffe um TEUR 14 und Erdgas um TEUR 7 verringert. Die um TEUR 41 erhöhten Aufwendungen sind im Wesentlichen mit dem Neubau des Kühlturms verbunden. Seit 01. August 2017 gibt es neue gesetzliche Richtlinien hinsichtlich offener Wasserkreisläufe. Zur Einhaltung dieser gesetzlichen Regelungen ist der Einsatz zusätzlicher Wasserchemikalien erforderlich.

Die Erhöhung des Materialaufwandes für bezogene Leistungen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2016 ist auf höhere Aufwendungen für die Entsorgung von Rost- und Filteraschen infolge Anfall größerer Aschemengen, aber auch auf zusätzliche Aufwendungen für die Kalibrierung und Funktionskontrolle eines neuen Quecksilbermessgerätes zurückzuführen. Dem stehen geringere Aufwendungen für die Entsorgung sonstiger Abfälle und für sonstige Fremdleistungen gegenüber.

Die Bruttomarge als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen hat sich von TEUR 4.620 um TEUR 506 auf TEUR 5.126 T€ erhöht.

Die Personalkosten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 88 durch Anpassung der Löhne und Gehälter sowie Zahlung von Leistungsprämien unter Berücksichtigung des zu erwartenden Betriebsergebnisse 2017 erhöht.

Infolge der durchgeführten Investitionen haben sich die Aufwendungen für Abschreibungen planmäßig um TEUR 49 erhöht. Daneben wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund einer dauerhaften Wertminderung der Anlagen des Kraftwerkes Geiseltalstraße (ehemals VKH) von TEUR 233 erfasst.

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 279 begründen sich hauptsächlich durch die Erhöhung der Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 203, die Erhöhung der Fahrzeugaufwendungen in Höhe von TEUR 26, die Erhöhung der Aufwendungen für Beiträge, Gebühren und Versicherungen in Höhe von TEUR 17 sowie die Erhöhung der Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen in Höhe von TEUR 54. Demgegenüber stehen Aufwandsminderungen bei den sonstigen Aufwendungen in Höhe von TEUR 21.

Neben den jährlich durchzuführenden Reparatur-, Wartungs- und Revisionsaufwendungen für die Bereiche Dampf- und Stromerzeugung fielen Aufwendungen für den Abbruch des Holzkühlturms in Höhe von TEUR 46, für die Reparatur der Wärmeübertragungsstationen (WÜST) in Höhe von TEUR 63, für die Sanierung des Holzplatzes Großkayna in Höhe von TEUR 29 sowie für Dachreparaturen an Verwaltungsgebäuden in Höhe von TEUR 26 an. Weiterhin sind Zuführungen zu den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von TEUR 116 enthalten. Die höheren Fahrzeugaufwendungen sind durch höhere Reparaturaufwendungen für den Radlader im Kraftwerk Grubenweg begründet. Die Erhöhung der Aufwendungen für Beiträge, Gebühren und Versicherungen sind auf die Anpassung der Maschinen-, der Inventar- sowie der Feuerversicherung zurückzuführen. Zusätzliche Mietaufwendungen für einen Katalysator zur Kühlwasserbehandlung in Höhe von TEUR 11, für einen Gabelstapler im Betriebsteil VKH in Höhe von TEUR 8 sowie zusätzliche Aufwendungen zur Erarbeitung von Gutachten und Konzeptionen in Höhe von TEUR 12 beinhalten weitestgehend die Erhöhungen der Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen.

Durch ein stetiges Finanzmanagement aber auch durch die Entwicklung der Finanzmärkte, konnten die Zinsen um TEUR 15 gesenkt werden.

Die Steuern von Einkommen und Ertrag haben sich proportional zum Vorsteuerergebnis erhöht. Die Steuerquote ist mit 27,5 % über dem Niveau des Vorjahres. Dies ist auf die Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes der Stadt Braunsbedra zurückzuführen.

Infolge der Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes sind die Aufwendungen für Sonstige Steuern um TEUR 5 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

2.2 Finanzlage

Die Finanzlage hat sich im Geschäftsjahr weiter stabilisiert. Es wurden Auszahlungen für Investitionen abzüglich erhaltener Anschlusskostenzuschüsse in Höhe von TEUR 1.052 sowie die Tilgung von Finanzkrediten in Höhe von TEUR 538 vorgenommen. Die Investitionen wurden durch die Aufnahme von langfristigen Finanzkrediten in Höhe von TEUR 842 sowie durch Eigenkapital finanziert. Die Kredittilgungen konnten im Wesentlichen durch den positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Verbindlichkeiten aus Kontokorrentkrediten gegenüber Kreditinstituten. Zur Verfügung stehende, offene Kontokorrentlinien bestanden am Abschlussstichtag in Höhe von TEUR 800.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2017 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 5.518 um TEUR 733 auf TEUR 6.251 erhöht.

Die Sachanlagen erhöhten sich bedingt durch die getätigten Investitionen von TEUR 4.028 um TEUR 516 auf TEUR 4.544. Die Zugänge berücksichtigen im Wesentlichen den Neubau des Kühlturms mit TEUR 493, Fernwärmehausanschlüsse mit TEUR 192 sowie die Erweiterung des Fernwärmenetzes Braunsbedra, Thomas-Müntzer-Straße, mit TEUR 153 sowie den Neukauf eines Radladers für TEUR 158. Für Neuanschlüsse an das Fernwärmenetz wurden private Hausanschlusskostenzuschüsse erhoben. Diese werden in einem Sonderposten passiviert und über die Nutzungsdauer für Hausanschlüsse aufgelöst.

Auf Grund einer dauerhaften Wertminderung der Anlagen des Kraftwerkes Geiseltalstraße (ehemals VKH) wurden außerplanmäßige Abschreibungen der Sachanlagen von TEUR 233 erfasst.

Das Umlaufvermögen hat sich um TEUR 158 erhöht. Wesentliche Erhöhungen sind bei den Guthaben bei Kreditinstituten um TEUR 312, bei den Vorräten um TEUR 12 sowie bei den sonstigen Vermögensgegenständen um TEUR 26 zu verzeichnen. Demgegenüber hat sich der Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 193 verringert.

Der Anstieg der liquiden Mittel ist im Wesentlichen auf den positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zurückzuführen. Die Erhöhung der Vorräte ist auf die Erhöhung des Heizölbestandes zum Bilanzstichtag zurückzuführen. Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Forderungen aus der Abrechnung der vermiedenen Netznutzungsentgelte gegenüber dem Stromnetzbetreiber in Höhe von TEUR 89. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich nach erfolgter Abrechnung zum Bilanzstichtag die Forderungen aus der Stromlieferung um TEUR 127 sowie die Forderung aus der Wärmeabrechnung um TEUR 84 verringert.

Die gebildeten aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für Dienstleistungen, Versicherungen und Finanzierungskosten haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 1 reduziert.

Die zum 31. Dezember 2017 bilanzierten aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 77 begründen sich aus dem Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen und dem handelsrechtlichen Wertansatz für Sachanlagen und langfristige Rückstellungen bzw. für steuerrechtliche Aktivierungen.

Durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss 2017, abzüglich einer Gewinnausschüttung auf den Jahresüberschuss 2016, erhöhte sich das Eigenkapital um TEUR 225.

Der Bestand des Sonderpostens hat sich um TEUR 75 erhöht. Sonderposten werden für erhobene Hausanschlusskostenzuschüsse (private Zuschüsse) für Trinkwasser- und Fernwärme-Hausanschlüsse bilanziert. Seit 2015 wird für erhaltene öffentliche Fördermittel (Förderung der Erweiterung des Fernwärmenetzes) in Höhe von TEUR 17 ein weiterer Sonderposten passiviert. Die Sonderposten werden jährlich über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände abgegrenzt.

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 47, hauptsächlich durch die Verminderung der Steuerrückstellungen um TEUR 45, verringert. Die sonstigen Rückstellungen reduzierten sich um TEUR 2. Wesentliche sonstige Rückstellungen sind Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsleistungen mit TEUR 116 und Rückstellungen für Personalverpflichtungen mit TEUR 162. Weitere Rückstellungen wurden für ausstehende Beiträge, offene Eingangsrechnungen, Jahresabschlusskosten sowie gesetzliche Abgaben eingestellt.

Die Verbindlichkeiten haben sich um TEUR 480 erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf die um TEUR 303 erhöhten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zurückzuführen. Den Kreditaufnahmen im Geschäftsjahr 2017 in Höhe von TEUR 842 stehen Kredittilgungen in Höhe von TEUR 538 gegenüber. Weiterhin haben sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 58 erhöht. Die um TEUR 118 erhöhten sonstigen Verbindlichkeiten sind hauptsächlich auf höhere Verbindlichkeiten aus Körperschaftssteuer und Solidaritätszuschlag sowie Gewerbesteuer zurückzuführen.

3. Investitionen

Der Schwerpunkt der durchgeführten Investitionen im Jahr 2017 lag im Bereich Energieanlagen mit TEUR 853.

Der Kühlturm mit einer Investitionssumme von TEUR 493 wurde im August 2017 in Betrieb genommen.

Die Erweiterung des Fernwärmenetzes wurde mit dem Abschluss des II. Bauabschnittes zur Erschließung der Thomas-Müntzer-Straße fortgesetzt. Für die Fernwärmeleitung wurden TEUR 153 und für Fernwärme-Hausanschlussstationen TEUR 66 verwendet. Weiterhin wurden TEUR 38 für Fernwärme-Neuanlüsse in den Bereichen Heinrich-Heine-Straße, Nordstraße, Häuerstraße und Steigerstraße investiert. Im Versorgungsbereich Großkayna, Haupt- und Seestraße, wurden Hausanschlussstationen in von TEUR 74 saniert.

Weitere Investitionen wurden bei Maschinen und maschinellen Anlagen (Katalysator zur Kühlwasseraufbereitung, Quecksilber-Messgerät) in Höhe von TEUR 74 sowie im Fuhrpark (Kauf eines Radladers als Ersatz für ein Leasingfahrzeug) in Höhe von TEUR 158 getätigt.

4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2017

Durch eine langfristige Vorbereitung bezüglich mengen- und terminmäßiger Anlieferung der notwendigen EBS in der im Allgemeinen kritischen Jahreswechselperiode kam es zu keinerlei Engpässen. Die Versorgung war jederzeit stabil abgesichert. Das betrifft in gleicher Weise alle notwendigen Entsorgungsaufgaben (Rost- und Filteraschen).

Nach erfolgter Reparatur des Generators konnte die Kraftwerksanlage Geiseltalstraße in der ersten Kalenderwoche 2018 wieder in Betrieb gehen und die Stromerzeugung fortgesetzt werden.

Mit der im Jahr 2017 auf das Jahr 2018 verschobenen Verlegung einer Fernwärmeleitung zum Neuanschluss von 4 Fernwärmekunden in Großkayna wurde im März 2018 begonnen. Entsprechende Absprachen zum Baubeginn bzw. zur Straßensperrung mit den entsprechenden Straßenbauämtern bzw. der beteiligten Unternehmen sind bereits getätigt.

5. Risikobericht

Die Ver- und Entsorgungsbedingungen sind für das Geschäftsjahr 2018 als stabil einzuschätzen. Die Entgelte für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) befinden sich auf einem ähnlichen Preisniveau wie im 2. Halbjahr des Geschäftsjahres 2017. Gleiches gilt auch für die Aufwendungen zur Entsorgung von Reststoffen (speziell Rost- und Filteraschen).

Durch die Anwendung der neuen Stromvermarktungsstrategie wurde der im Geschäftsjahr 2018 zu erzeugende Strom bereits im Jahr 2017 vertraglich vermarktet und somit die monatlich zu erzielende Stromerlöse für das Geschäftsjahr 2018 gebunden. Dadurch wird eine relative Planbarkeit der Stromproduktion erreicht. Dem entgegen steht das Risiko, die bereits verkauften Strommengen beider Anlagen auch zu produzieren. Fehlende Strommenge müssten durch Stromzukaufe zu den aktuell gültigen Strommarktpreisen ausgeglichen werden. Die damit verbundenen zusätzlichen Aufwendungen aus dem Strombezug könnten das geplante Betriebsergebnis aus der Stromsparte wesentlich beeinflussen.

Erhöhte Anforderungen an die Vorbereitung, Organisation sowie Durchführung der täglichen Produktionsprozesse in beiden Anlagen sollen dazu beitragen, unvorhergesehene Produktionsausfälle zu minimieren. Durch eine gezielte, planmäßige und vorbeugende Instandsetzung der Schwerpunktanlagen (Bandanlage, Dampferzeuger, Turbine, Generator) soll die geplanten Verfügbarkeiten der Stromproduktion gewährleistet werden.

Weiterhin werden in Zusammenarbeit mit dem Strombilanzkreisverantwortlichen, der GETEC Weimar GmbH, die Entwicklungen am Strommarkt kontinuierlich ausgewertet, um rechtzeitig auf unvorhergesehene Marktveränderungen reagieren zu können.

Ein stetiger Zuwachs der Kosten ist seit einigen Jahren bei der Inanspruchnahme von Fremdleistungen zu verzeichnen. Vor allem durch abgerechnete Nebenkosten (Fahrt- und Reisekosten, Auslösen, Zuschläge usw.) sind die Stundensätze enorm gestiegen.

Die für das Unternehmen bestehenden Risiken werden umfassend im betrieblichen Risikomanagement bewertet.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2018 wird eine weitere Stabilisierung der Finanz- und Ertragslage erwartet. Es ist ein Jahresergebnis vor erfolgsabhängigen Steuern von ca. TEUR 426 geplant.

Schwerpunkte der zu realisierenden Investitionen in Höhe von TEUR 731 sind der weitere Fernwärmeausbau in Braunsbedra und Großkayna sowie die weitere Sanierung der Fernwärme-Hausanschlussstationen in den Versorgungsgebieten Braunsbedra und Großkayna.

Die ab dem 25. Mai 2018 geltende EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) erfordert neue Regelungen beim Erfassen, Verarbeiten und Löschen personenbezogener Daten. Die dazu notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen werden in einem diesbezüglichen Konzept dargelegt. Unter anderem wird im Rahmen einer Verbesserung der Datensicherheit ein spezieller Serverraum geschaffen.

Mit Stadtratsbeschluss der Stadt Braunsbedra vom 08. November 2017 wurde Herr Bürgermeister Schmitz beauftragt, Gesprächsverhandlungen mit der EWAG für eine Konzessionsabgabe für Fernwärme zu führen. In diesem Zusammenhang erarbeitete die EWAG eine Stellungnahme zur allgemeinen Rechtmäßigkeit, zur eventuellen Höhe des Gestattungsentgeltes sowie zur gesellschafts- und steuerrechtlichen Bewertung. Grundsätzlich vertritt die EWAG den Standpunkt, dass die Festlegung der Höhe dieses Gestattungsentgeltes unabhängig von den Interessen der Stadt Braunsbedra auch die Ausgewogenheit der Kundenbeziehungen berücksichtigen sollte. Es wird auf den Erhalt eines moderaten Fernwärmepreises im Rahmen attraktiver Mietkosten hingewiesen. Die notwendigen Gespräche zu dieser Thematik stehen noch aus.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme; die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen; die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schneider, Olaf	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzender	Kocian, Burkhard	
		Cierpinski, André	
		Eigendorf, Eric	
		Feigl, Christian	
		Gabrysch, Hubert	
		Gärtner, Steffen	
		Hajek, Andreas	
		Heinemann, Sarah	(bis 10.02.2017)
		Hilbig, Stefan	
		Koppitz, Erhard	
		Krause, Johannes	
		Krimmling, Renate	(seit 10.02.2017)
		Luppe, Ulrich	

Aufsichtsrat:

Mischke, Brita
Schramm, Rudenz

(seit 18.01.2017)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	28	28	26

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0	4,09
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.000	18,29

mittelbar

	T€	%
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,15
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,09
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Altendiez GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,09

mittelbar

	T€	%
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Thalfang GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,09
Windkraft Hessenweg GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,16
Windpark Doberschwitz GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,06
Windpark Großschirma GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Kleinschirma GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Königshain-Wiederau GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Kyffhäuserland GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Twerberg GmbH & Co. KG		9,33
Windpark Twerberg Verwaltungs GmbH	2	9,33
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,53
WMD Windenergie Mitteldeutschland GmbH	1	2,04

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	263.399	75	237.465	69	220.687	73	25.934	11
Umlaufvermögen	86.837	24	104.442	31	79.159	27	-17.605	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	2.669	1	1.676	0	1.245	0	993	59

Bilanzsumme	352.905	100	343.583	100	301.091	100	9.322	3
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	95.628	27	89.878	26	77.917	26	5.750	6
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.337	1	4.014	1	4.686	2	-677	-17
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	24.870	7	23.984	7	24.890	8	886	4
Rückstellungen	38.680	11	45.942	14	46.580	15	-7.262	-16
Verbindlichkeiten	190.390	54	179.761	52	146.981	49	10.629	6
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	4	0	37	0	-4	-100

Bilanzsumme	352.905	100	343.583	100	301.091	100	9.322	3
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	445.339	403.541	388.026
Stromsteuer/Erdgassteuer			-22.319
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-63	-286	867
andere aktivierte Eigenleistungen	553	506	535
sonstige betriebliche Erträge	6.575	6.714	20.152
Materialaufwand	369.260	323.690	285.710
Personalaufwand	21.133	19.939	20.143
Abschreibungen	20.371	22.251	23.043
sonstige betriebliche Aufwendungen	16.416	17.381	34.976
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	298	283	343
Erträge aus Beteiligungen	117	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	227	294	728
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.392	3.682	4.013
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			20.447
außerordentliche Erträge			63
außerordentliche Aufwendungen			220
außerordentliches Ergebnis			-157
Ergebnis nach Steuern	22.474	24.109	
sonstige Steuern	998	890	912
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	21.476	23.219	19.378
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,82	5,75	5,30	%
Eigenkapitalrentabilität:	22,46	25,83	24,87	%
Cash-Flow:	41.847	45.470	42.421	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.627	1.456	1.403	T€
Personalaufwandsquote:	4,67	4,86	5,20	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	66,47	60,86	67,35	%
Eigenkapitalquote:	27,10	26,16	25,88	%
Fremdkapitalquote:	72,90	73,84	74,12	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Absatz Erdgas	4.065,00	2.267,00	1.139,00	GWh
Absatz Strom	2.460,00	1.934,00	1.927,00	GWh
Absatz Wärme	686,00	800,00	752,00	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die EVH GmbH (EVH) beliefert Privat- und Gewerbe- sowie Großkunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas. Der Strombedarf wird durch Eigenerzeugung im Heizkraftwerk Dieselstraße sowie durch Fremdbezug gedeckt. Auf Grundlage eines Bilanzkreismanagements besteht die Möglichkeit des strukturierten Einkaufs, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird. Die Wärmeversorgung erfolgt zum überwiegenden Teil durch Eigenerzeugung im Heizkraftwerk Dieselstraße sowie über einen Wärmebezugsvertrag mit dem Tochterunternehmen Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT).

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, in der Verpachtung von Anlagevermögen sowie in der Erzeugung erneuerbarer Energien.

Die EVH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

Das Unternehmen ist alleiniger Anteilseigner an der Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle), welche als Strom-, Gasnetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich ist. Für den technischen Betrieb des Fernwärmenetzes in Halle (Saale) ist sie als Dienstleister tätig. Darüber hinaus ist die EVH alleiniger Anteilseigner an der KWT sowie der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH.

An der Meter1 GmbH & Co. KG sowie an der Meter1 Verwaltung GmbH hält die EVH jeweils 33,3 Prozent der Anteile. Der operative Geschäftsbetrieb der Gesellschaft wurde bereits zum 31. Dezember 2015 eingestellt. Eine Reaktivierung der Geschäftstätigkeit ist derzeit nicht geplant.

Die EVH hält an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) Anteile in Höhe von 18,3 Prozent. Ziel der Gesellschaft ist es, mittels der Beteiligung an Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften ein Onshore-Windparkportfolio aufzubauen und zu betreiben.

Weiterhin ist die EVH in Höhe von 4,1 Prozent an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) beteiligt. Deren Unternehmensgegenstand umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie und Photovoltaik in Deutschland. Vor allem mittels der Beteiligung an Unternehmen mit Sitz in Deutschland soll ein Anlagenportfolio aufgebaut und betrieben werden.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Kern-Handlungsfelder der EVH werden strategisch mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur abgebildet. Strategische Geschäftsfelder sind Energievertrieb, Kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, Regenerative Erzeugung, Zentrale Erzeugung und Netzgeschäft.

Um die Chancen der Digitalisierung nutzen zu können und die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Veränderungen zu organisieren, wurde zum 1. März 2017 ein neuer Geschäftsbereich „Digitalisierung / Neue Geschäftsfelder“ etabliert.

Mit der damit verbundenen Ausrichtung des organisatorischen und personellen Umfeldes will die Gesellschaft innovativer, flexibler und schneller werden, den Kundenfokus schärfen und Effizienz- und Ertragspotenziale systematisch identifizieren sowie Kernprozesse stetig optimieren.

1.2. Ziele und Strategien

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen (EVU) haben sich mittlerweile fundamental verändert und unterliegen auch weiterhin kontinuierlich Veränderungsprozessen. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren immer komplexeren Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte, welche immer höhere Anforderungen an die Flexibilität der Erzeugungsanlagen stellen sowie die Tendenz zur verstärkten Digitalisierung der gesamten Branche. Dieser Entwicklung muss sich die EVH stellen. Der immer intensivere Wettbewerb in den Kundensegmenten der Gesellschaft führt gleichermaßen zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen.

Um Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Fernwärme beliefern zu können und die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal zu vermarkten, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen.

Mit dem strategischen Geschäftsfeld Portfoliomanagement und Beschaffung sind sämtliche diesbezügliche Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und CO₂ zentral und koordiniert erfolgen. Damit können sich die Geschäftsfelder Erzeugung und Energievertrieb auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren.

Darüber hinaus betreibt die EVH im strategischen Geschäftsfeld Erzeugung mit dem Projekt „KWK 35“ die zukunftsfähige Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße. Das Projekt beinhaltet unter Nutzung der Möglichkeiten des KWKG 2016 die vom Markt geforderte Erhöhung der Flexibilität für die Strom- und Fernwärmeerzeugung und soll diese auch langfristig sicherstellen.

Im Zusammenhang mit dem strategischen Geschäftsfeld „regenerative Erzeugung“ erwarb die EVH Anteile an den Beteiligungsgesellschaften TOW und TEE. Diese Beteiligungen tragen durch ihre wachsenden Erneuerbare-Portfolien in erheblichem Maße zu einer nachhaltigen, ökologischen Stromproduktion der EVH bei. Darüber hinaus realisiert die EVH im Rahmen der Unternehmensstrategie eigenverantwortlich Projekte zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Durch den kontinuierlichen Ausbau des Portfolios bekennt sich die EVH zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und leistet einen wertvollen Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Mittelbar und unmittelbar verfügt die EVH zum 31. Dezember 2017 über eine regenerative Erzeugungskapazität von ca. 38 Megawatt (MW).

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der EVH ist vertikal in die Struktureinheiten Grundsatzfragen/Infrastruktur/ Sicherheit, Digitalisierung/Neue Geschäftsfelder, Unternehmenssteuerung/kaufmännischer Service, Portfoliomanagement/Beschaffung, Energievertrieb sowie Zentrale Erzeugung gegliedert. Darüber hinaus werden Themen von strategischer Relevanz durch horizontal übergreifende Teams aus Fachexperten bearbeitet.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder. Diese beinhalten jeweils eigenständige Geschäftsmodelle, Verantwortliche, Erfolgsfaktoren und Kennzahlen. Im Sinne eines effizienten und messbaren Kosten- und Erlös-Managements wird jedes Geschäftsfeld separat geplant und verfügt über eine eigenständige Berichterstattung. Als kritische Steuerungsgrößen dienen Deckungsbeiträge sowie Geschäftsfelderergebnisse.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozent. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 Prozent im Vorjahr auf 5,7 Prozent im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 Prozent (Vorjahr 9,6 Prozent) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die zum 1. Januar 2017 gestiegene EEG-Umlage (2017: 6,880 Cent je kWh; Vorjahr: 6,354 Cent je kWh) führte bei der EVH zu einem leichten Anstieg der Strompreise gegenüber dem 1. Januar 2016. Durch permanente Optimierung der Beschaffung und durch weitere Effizienzsteigerungen konnten die beim Strom entstandenen Mehrkosten, auch durch zeitgleich gestiegene andere Umlagen, teilweise kompensiert werden.

Gleichzeitig wurden die Preise für Erdgas im Netzgebiet Halle (Saale) für variable Produkte und in der Grundversorgung im Vergleich zu 2016 gesenkt.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 ist die Abspaltung des Teilbetriebes Stadtbeleuchtung von der SHS Energiedienste GmbH (SHS) auf die EVH erfolgt. Die betreffenden Mitarbeiter sind im Wege eines Betriebsübergangs mit Wirkung zum 1. August 2017 von der EVH auf die Netzgesellschaft Halle übergegangen. Die Netzgesellschaft Halle erbringt künftig Dienstleistungen für die Stadtbeleuchtung an die EVH.

Im September 2017 feierte die von der EVH initiierte Energiegemeinschaft Halle (Saale) e. V. ihr 25-jähriges Jubiläum. Diese versteht sich als Kommunikationsplattform im Bereich der energienahen Anwendungen. Dabei soll der Erfahrungsaustausch zwischen Handwerk, Fachhandel, Herstellern von Anlagen bzw. Bauteilen und anderen Anwendern, wie Wohnungsunternehmen und Planungsbüros sowie dem örtlichen Energieversorger gefördert werden. Die Energiegemeinschaft vereint in ihren drei Fachgruppen Elektro, Fernwärme und Gas aktuell etwa 500 Mitglieder.

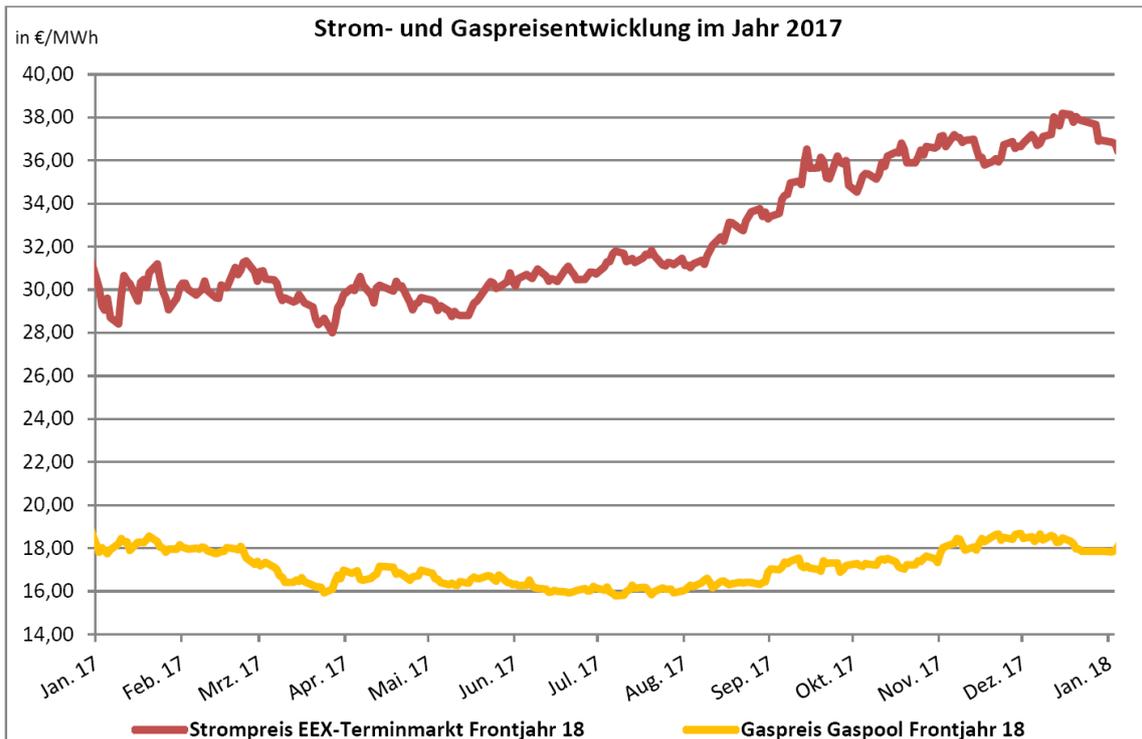
Auf Einladung der EVH gastierte am 25. Oktober 2017 das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalts im Kraftwerkspark Dieselstraße. Mit etwa 80 Vertretern der Energiebranche diskutierte Energiestaatssekretär Klaus Rehda in Vertretung für Umweltministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert in einem Abschlussworkshop die Ergebnisse der Studie „Potentiale der Sektorkopplung und Nutzung von Strom aus Erneuerbaren Energien im Wärmebereich in Sachsen-Anhalt“. Die Workshop-Teilnehmer nutzten vor Ort die Möglichkeit, den neuen Energie- und Zukunftsspeicher der EVH zu besichtigen. Über diesen Speicher mit einem Volumen von 50.000 Kubikmetern will die EVH in Kombination mit „Power to Heat“ und Großwärmepumpen den Anteil Erneuerbarer Energien in der Fernwärme weiter erhöhen und den Strom- und Wärmemarkt noch besser koppeln. Der Speicher stellt das Herzstück der „Energie -Initiative Halle (Saale)“ dar, welche die 21 größten Energieabnehmer aus Wohnungswirtschaft, Industrie und Forschung der Stadt Halle (Saale) umfasst und gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale), der SWH und der EVH ins Leben gerufen wurde. Ihr Ziel ist es, Verbraucher auch künftig sicher, zuverlässig, umweltschonend und bezahlbar mit Energie zu versorgen. Deshalb verpflichtet sich die EVH, ihre Kraftwerke zu modernisieren, die Fernwärme weiter auszubauen und den Primärenergiefaktor stabil zu halten. Die Partner der Initiative setzen im Gegenzug dort weiter auf Fernwärme, wo es technologisch und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Am 9. November 2017 haben die Aufsichtsräte der EVH und SWH in einer gemeinsamen Sitzung die Investitionen für das geplante „KWK 35-Projekt zur flexiblen Wärme- und Stromerzeugung 2035“ sowie dessen Finanzierung final beschlossen. Bis 2020 sollen 110 Millionen Euro investiert werden. Die EVH hat mit dem Projekt „KWK 35“ die Weichen zur Nutzung der Fördermöglichkeiten des novellierten Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWKG) gestellt. Das Projekt dient der zukunftsfähigen Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße, um die vom Markt geforderte Flexibilität für die Strom- und Fernwärmeerzeugung sicherzustellen. Dabei kann die EVH sowohl von der Bestands- als auch von der Modernisierungsförderung profitieren. Weiterhin können infolge einer geänderten Instandhaltungsstrategie positive wirtschaftliche Effekte erzielt werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt herrscht weiterhin ein scharfer Wettbewerb. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Kundenangebote mit verkürzten Wechselfristen sowie der verbesserte Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben Einfluss auf den Wettbewerb. Dabei ist bei insgesamt steigenden staatlichen Preisbestandteilen ein immer kleinerer Anteil im Wettbewerb gestaltbar.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für konventionelle Kraftwerke sind nach wie vor ambitioniert. Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien führt seit Jahren zu wachsenden Überkapazitäten und Volatilität am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2017 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom und Gas bedingen den für die EVH erfolgsrelevanten Spark Spread für die Stromerzeugung. Der Spark Spread stieg durch steigende Strompreise bis auf ca. 15 € pro MWh im Dezember an. Diese positive Entwicklung stellt eine Verbesserung der Rahmenbedingung dar. Aufgrund einer langfristigen Preissicherungsstrategie profitiert die EVH mittelfristig von den Auswirkungen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Bundestag hat am 30. Juni 2017 das Gesetz zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (NEMoG) beschlossen. Das NEMoG soll die schrittweise Abschaffung der vermiedenen Netzentgelte regeln. Zum 1. Januar 2018 wird die Berechnungsgrundlage für vermiedene Netzentgelte auf das Niveau des Jahres 2016 begrenzt und die Vergütung für neu in Betrieb gehende volatile Einspeiser (Wind- und Photovoltaik) entfällt. Die Umsetzung führt zu geringeren Erträgen aus vermiedener Netznutzung für die Erzeugungsanlage Dieselstraße, jedoch ist positiv zu beurteilen, dass die diskutierte Abschmelzung der Entgelte für konventionelle Bestandsanlagen verworfen wurde.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat das Förderprogramm „Modellvorhaben Wärmenetzsysteme 4.0“ aufgelegt. Diese Systeme sollen sich durch hohe Anteile erneuerbarer Energien (mindestens 50 Prozent), die effiziente Nutzung von Abwärme sowie ein deutlich niedrigeres Temperaturniveau auszeichnen. Das Förderprogramm bezuschusst sowohl Machbarkeitsstudien als auch die Projektrealisierung.

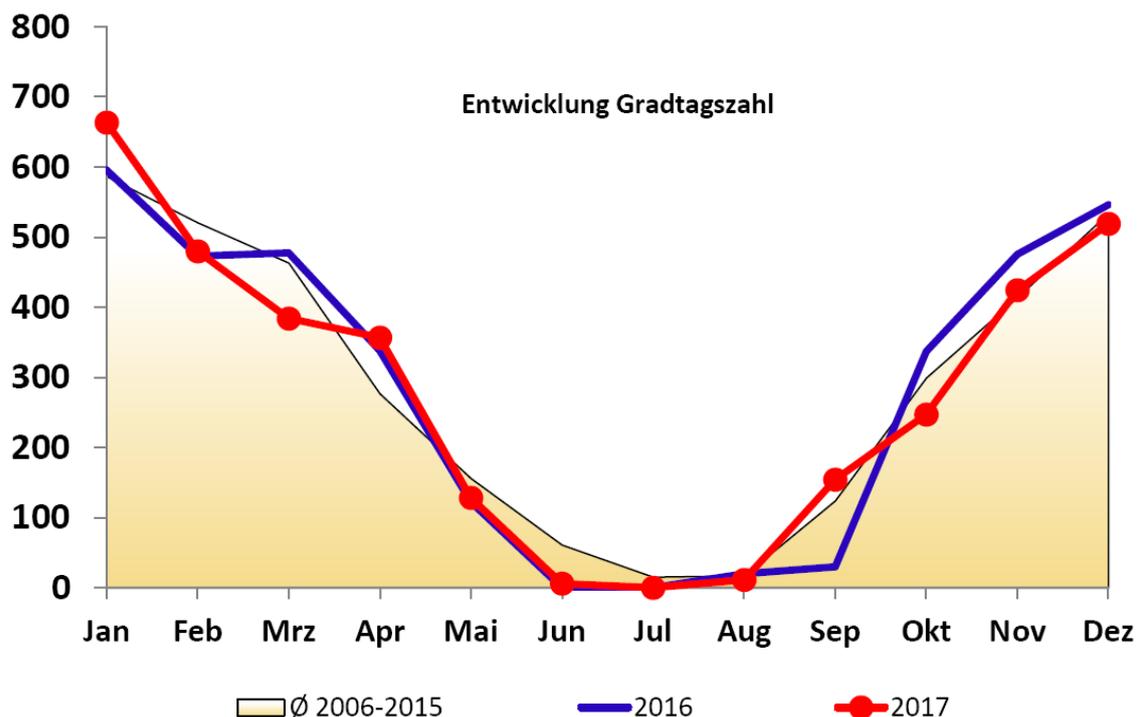
Weiterhin hat das BMWi im Rahmen des Monitoring zur Angemessenheit der KWK-Fördersätze eine Überförderung festgestellt. Daher steht eine mögliche Kürzung der Bestandsförderung gemäß KWKG für die Jahre 2018 und 2019 in der politischen Diskussion. In diesem Zusammenhang wird für die Anlagen Dieselstraße und Trotha eine Risikoposition gesehen.

Mit Beschluss vom 13. Dezember 2018 hat die Bundesnetzagentur den generellen sektoralen Produktivitätsfaktor (GSP) Gas im Wege einer vorläufigen Anordnung festgelegt. Danach soll der GSP Gas für die dritte Regulierungsperiode 0,49 Prozent betragen. Dieser Wert ist bundesweit von allen der Anreizregulierung unterliegenden Gasnetzbetreibern zu beachten und in der Erlösobergrenze umzusetzen. Da Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Anordnung bestehen und die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sind – die Branche hatte sich einen geringeren Wert erhofft – wird mit Einsprüchen sowie einer gerichtlichen Überprüfung gerechnet. Die Auswirkungen würden die EVH mittelbar über ihr Tochterunternehmen Netzgesellschaft Halle beeinflussen.

Die Europäische Kommission hat am 19. Dezember 2017 eine Pressemitteilung zur beihilferechtlichen Genehmigung von Regelungen über die Eigenversorgung gemäß EEG veröffentlicht. Die Genehmigung umfasst u. a. die vollständig von der EEG-Umlage befreiten Bestandsanlagen, die Rechtsnachfolgeregelung und den vielfach als „Amnestieregelung“ bezeichneten § 104 Abs. 4 EEG. Ausgenommen von der beihilferechtlichen Genehmigung sind allerdings ab dem 1. Januar 2018 sogenannte KWK-Neuanlagen. Unter diesen Begriff fällt möglicherweise auch das im Rahmen des KWK 35-Projektes zu modernisierende Kraftwerk Dieselstraße. Diesbezügliche Auswirkungen werden aktuell einer rechtlichen und wirtschaftlichen Bewertung unterzogen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EVH für den Verkauf von Strom, Gas und Fernwärme ist das Verbrauchsverhalten in Folge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die vergleichsweise warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2017 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.373 und zeigte im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2015 (Grundlage der Planung) eine Unterschreitung (-2,7 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine um 1,2 Prozent niedrigere Gradtagszahl.



Neben den Witterungseinflüssen wirkt der sich weiter verschärfende Wettbewerb erfolgsbestimmend auf die Absatzentwicklung im Endkundensegment.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Stromerlös und den für die Produktion notwendigen Aufwendungen für den Gaseinsatz. Die in Gliederungspunkt 3.2 dargestellte Preisentwicklung verdeutlicht die nach wie vor volatile Marktsituation für konventionelle Kraftwerke, wenngleich sich der Gesamtmarkt im Jahresverlauf positiv entwickelt hat.

3.5. Forschung und Entwicklung

Forschungs- und Entwicklungsthemen, wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen, werden in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

Das Unternehmen prüft kontinuierlich die Übernahme bzw. den Bau von Solarparks, um den Anteil an erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung weiter auszubauen.

Das Investitionsportfolio beinhaltet den Neubau eines großen Energie- und Zukunftsspeichers am Kraftwerksstandort Dieselstraße. Mit diesem besteht die Möglichkeit, den Wärmebedarf von der Erzeugung zu entkoppeln, um positive Preiseffekte in der Stromvermarktung zu nutzen. Das Speicherprojekt ist Bestandteil des Gesamtprojektes „KWK 35“, welches die grundlegende Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße zum Inhalt hat und der zukunftsfähigen Flexibilisierung der Strom- und Wärmeerzeugung unter Nutzung der neuen Fördermöglichkeiten des novellierten KWKG dient. Die Inbetriebnahme des Energie- und Zukunftsspeichers soll im September 2018 erfolgen.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2017 beschäftigte die EVH gemeinsam mit der Netzgesellschaft Halle 586 Mitarbeiter und 31 Auszubildende. 297 Mitarbeiter waren unmittelbar bei der EVH beschäftigt. Die Anzahl der Mitarbeiter der EVH ist im Vergleich zum Vorjahr um 4 Mitarbeiter gestiegen.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum Geschäftsjahresende 45 Jahre. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit lag bei 20 Jahren.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin Herausforderungen für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist ein wichtiges Instrument, um diese Herausforderungen zu meistern. Mit dieser werden frühzeitig Mitarbeiterpotentiale entdeckt und entwickelt, um dem aktuellen und zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Einen weiteren Beitrag leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine lauffahrunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut.

Eine weitere Möglichkeit, Nachwuchskräfte für die Stadtwerke und somit auch für die EVH zu gewinnen, bietet die Initiative „Perspektive. Ausbildung. Zukunft.“, welche bereits im Februar 2016 begann. Das Ziel dieser Initiative ist es, Jugendlichen zwischen 15 und 26 Jahren eine Ausbildung bei den Stadtwerken zu ermöglichen. Das Angebot richtet sich an die jungen Menschen, die aufgrund von Vermittlungshemmnissen (abgebrochene Ausbildung, fehlender/schlechter Schulabschluss, junge Eltern, Migranten/Flüchtlinge) den Übergang in den Beruf nicht aus eigenen Kräften bewältigen können.

Darüber hinaus ist die EVH weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der EVH beträgt die Quote 0 Prozent. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2017 bei 0 Prozent. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2017 unverändert bei 20,0 Prozent. Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen ca. 22,22 Prozent Frauenanteil bis Mitte 2017 und 25,0 Prozent bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31,44 Prozent gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der EVH liegt per 31. Dezember 2017 bei 13,3 Prozent.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2017 erzielte die EVH ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 21,5 Mio. € und lag damit 1,7 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2017	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	445,3	403,5	41,8	10,4
Übrige Erträge	7,1	6,9	0,1	1,9
Materialaufwand	369,3	323,7	45,6	14,1
Deckungsbeitrag	83,1	86,8	-3,6	-4,2
Personalaufwand	21,1	19,9	1,2	6,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16,4	17,4	-1,0	-5,6
Beteiligungsergebnis	0,4	0,3	0,1	46,7
EBITDA	46,0	49,7	-3,7	-7,5
Abschreibungen	20,4	22,3	-1,9	-8,5
EBIT	25,6	27,5	-1,9	-6,8
Finanzergebnis	-3,2	-3,4	0,2	6,6
Sonstige Steuern	1,0	0,9	0,1	12,1
Ergebnis vor Ergebnisabführung	21,5	23,2	-1,7	-7,5

Dabei fielen die Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich um 41,8 Mio. € (+10,4 %) höher aus. Dies war vor allem durch höhere Handelsaktivitäten innerhalb der kurzfristigen Portfoliobewirtschaftung im Bereich Gas bedingt. Weiterhin wirkten sich im Segment Strom eine Absatzsteigerung im Endkundengeschäft, ein Preiseffekt infolge höherer Netznutzungsentgelte sowie eine Tarifierpassung umsatzsteigernd aus. Insgesamt resultierte aus diesen Effekten sowie einem höheren Wärmebezug, infolge einer Produktionsverlagerung zur KWT, ein um 45,6 Mio. € (+14,1 %) erhöhter Materialaufwand. Der Deckungsbeitrag sank infolgedessen gegenüber dem Vorjahr um 3,6 Mio. € (-4,2 %).

Einem höheren Personalaufwand, welcher auf eine tarifliche Einmalzahlung sowie die Integration des Teilbetriebes Stadtbeleuchtung zurückzuführen war, standen Einsparungen im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber, welche sich insgesamt kompensierten. Das EBITDA entwickelte sich daher analog zum Deckungsbeitrag und sank um 3,7 Mio. € auf 46,0 Mio. €. Das Abschreibungsvolumen war rückläufig, was hauptsächlich auf die geänderte Fahrweise der Erzeugungsanlage Dieselstraße infolge einer Produktionsverlagerung zur KWT zurückzuführen war. Somit ergab sich zum 31. Dezember 2017 ein EBIT in Höhe von 25,6 Mio. €, welches 1,9 Mio. € unter dem des Vorjahres lag.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die EVH wies zum 31. Dezember 2017 ein Stammkapital in Höhe von 10,3 Mio. € aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 123,8 Mio. €, was einer Steigerung von 5,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entsprach. Dies war hauptsächlich durch eine Kapitaleinlage der SWH in Höhe von 5,8 Mio. € bedingt.

Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten von 35,1 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich diese um 0,8 Prozentpunkte.

Entwicklung des Eigenkapitals	2017	2016	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	27,1	26,2	0,9	3,6
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	35,1	34,3	0,8	2,3

Die Kennzahlen zur Nettoverschuldung stellen sich folgendermaßen dar:

Nettoschulden	2017	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	123,9	117,3	6,6	5,6
Liquide Mittel	31,5	58,3	-26,8	-46,0
Nettoschulden	92,4	59,0	33,4	56,7
EBITDA	46,0	49,7	-3,7	-7,5
Nettoschulden / EBITDA	2,0	1,2	0,8	69,4

Bei einer Abnahme liquider Mittel um 26,8 Mio. € erhöhte sich die Nettoverschuldung um 33,4 Mio. € auf 92,4 Mio. €. Zugleich erhöhte sich ebenfalls der Verschuldungsfaktor (Nettoschulden/EBITDA) auf einen Wert von 2,0. Die Finanzverbindlichkeiten betrafen Bankdarlehen sowie Gesellschafterdarlehen der SWH.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtsjahr 2017 tätigte die EVH Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 46,4 Mio. €. Schwerpunkte im Fernwärmenetz waren die Sanierung, der Ersatz sowie die Anpassung und Erweiterung der Leitungen im Fernwärmeprimär- und –sekundärnetz innerhalb des Stadtgebietes Halle (Saale). Ebenso investierte das Unternehmen in den Ersatz von Stationen inklusive der Erneuerung von Leitungsabschnitten im Mittelspannungs- und Niederspannungskabelbereich. Des Weiteren wurden Investitionen für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, Ersatzmaßnahmen im Strom- und Gasbereich, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software getätigt. Ebenfalls wurden Investitionen im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz im Rahmen des Stadtbahnprogramms durchgeführt. Weiterhin investierte die Gesellschaft in den Bau eines Ausbildungszentrums am Standort Dieselstraße sowie eines Schalthauses.

Darüber hinaus führte die Gesellschaft auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionen in eigene Photovoltaikanlagen fort. Hierbei wurde eine Aufdach-Anlage am Betriebshof Rosengarten der Halleschen Verkehrs AG realisiert sowie ein Projekt in Form einer Freiflächenanlage im brandenburgischen Wiesenburg errichtet, dessen EEG-konforme Inbetriebnahme am 15. Dezember 2017 erfolgte.

Ein wesentlicher Anteil der Investitionen betrifft Planungs- und Vorbereitungsleistungen für das Projekt „KWK 35“ sowie die Errichtung des hinzugehörigen Energie- und Zukunftsspeichers.

In Höhe von 0,5 Mio. € erwarb die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr Finanzanlagen an der TEE, während 0,4 Mio. € im Rahmen der planmäßigen Kapitalrückführung von der TOW zuflossen und sich der Buchwert der TOW entsprechend verringerte.

4.2.3. Liquidität

Im Geschäftsjahr 2017 war bei der EVH ein Finanzmittelabfluss in Höhe von 26,8 Mio. € (Vorjahr: Zufluss 28,0 Mio. €) zu verzeichnen.

Liquiditätsentwicklung	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	30,0	54,2
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-42,8	-29,2
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-14,0	+3,0
Zahlungswirksame Veränderungen	-26,8	28,0
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	58,3	30,3
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	31,5	58,3

Die Verringerung des Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 24,2 Mio. € war neben dem leichten Rückgang des erwirtschafteten Jahresergebnisses hauptsächlich auf stichtagsbedingte Effekte (höhere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Abnahme von Rückstellungen) zurückzuführen.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 16,2 Mio. €, Tilgungen in Höhe von 9,5 Mio. € sowie die Ausschüttung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 23,2 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH belief sich am 31. Dezember 2017 auf insgesamt 31,5 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Pools mit den Stadtwerken Halle. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2017 betrug die Bilanzsumme der EVH 352,9 Mio. € und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Mio. €.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um 25,9 Mio. € auf 263,4 Mio. €, was auf Anlagen im Bau beruhte, während das übrige Anlagevermögen abschreibungsbedingt gegenläufig wirkte. Das Umlaufvermögen in Höhe von 86,8 Mio. € (Vorjahr: 104,4 Mio. €) war von einem geringeren Cash-Pool-Guthaben geprägt, während ein höherer Forderungsbestand gegenläufig wirkte.

Auf der Passivseite wirkten höhere Verbindlichkeiten sowie ein gestiegenes Eigenkapital infolge von Kapitalzuführungen durch den Gesellschafter, während sich der Bestand der Rückstellungen rückläufig entwickelte.

4.4. Gesamtaussage

Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen und politischen Umfeldes schloss die EVH das Geschäftsjahr 2017 mit einem Ergebnis deutlich über Plan ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2017 wurden bei der EVH insgesamt 18 Risiken ermittelt (Vorjahr 11). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt neun Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	2	0	1
Absatzmarkt/Vertrieb	4	0	1
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	2	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Technologie	0	0	0
Naturereignisse/Umwelt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	10	0	7
Gesamt	18	0	9

Risiken der höchsten Risikogruppe 1 lagen nicht vor.

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Preisfixierungen für Ein- und -verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Strom- und Gashandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limits fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner.

Die geltenden Limits für Energiebeschaffung und Vermarktung innerhalb der EVH wurden im Berichtszeitraum beachtet. Limitüberschreitungen wurden durch entsprechende Gegenmaßnahmen aufgehoben.

Aus der Bewirtschaftung der Energieportfolien ergeben sich systemimmanent das Risiko von Verlusten sowie die Chance auf Gewinne.

Es ergibt sich das Risiko aus der Verminderung der Erlösobergrenze ab der dritten Regulierungsperiode für die Strom- und Gasnetze, welche durch das Tochterunternehmen Netzgesellschaft Halle betrieben werden, infolge der weiteren Anwendung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors sowie der Entwicklung des Verbraucherpreisindex sowie einen potentiell höheren vorgegebenen Abbau von Ineffizienzen infolge des zugewiesenen Effizienzwertes.

Infolge der aktuellen markt- und sicherheitspolitischen Entwicklungen überwacht und bewertet die Gesellschaft Risiken bezüglich des Ausfalls von DV-Systemen, potentiell Datenverlust und -raub und deren mögliche Folgen für den gewöhnlichen Betriebsablauf. Entsprechende Sicherheitsmaßnahmen sind etabliert und werden regelmäßig an veränderte Gegebenheiten und technische Standards angepasst. Es bestehen Vereinbarungen mit dem Betreiber der IT-Systeme zur Sicherstellung der Verfügbarkeit. Eine entsprechende unternehmensinterne Weisung bezüglich Datenschutz und Datensicherheit besteht ebenfalls.

Durch die erneute Modernisierung der Erzeugungsanlagen an den Kraftwerksstandorten Dieselstraße und Halle-Trotha eröffnet das neue KWKG weitere Chancen die im Rahmen des Projektes „KWK 35“ gehoben werden sollen. Noch nicht abschließend bewertbare gesetzliche Rahmenbedingungen oder Gesetzesänderungen können das Projekt in Teilbereichen bedingt beeinflussen.

Zur Vermeidung negativer Auswirkungen eines möglichen Bauzeitverzuges innerhalb des Projektes „KWK 35“ auf die Förderung nach KWKG für die Anlagen am Standort Dieselstraße werden der Projektfortschritt fortlaufend überwacht und Maßnahmen zur Einhaltung des Zeitplans abgeleitet.

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2018 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland um 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Energie- und Rohstoffmärkte reagieren sehr sensibel auf den weltweiten Konjunkturverlauf und die politisch-rechtlichen Veränderungen. Vor diesem Hintergrund ist weiterhin mit volatilen Preisentwicklungen zu rechnen, was eine verlässliche Prognose des zukünftigen Geschäftsverlaufes erschwert.

6.1. Umsatzentwicklung

Die demographischen Rahmenbedingungen in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom und Gas innerhalb des Netzgebietes von Halle. In der Sparte Strom ist dabei von einer steigenden Anzahl von Zählern mit einem gleichzeitig leicht sinkenden spezifischen Verbrauch im Privat- und Gewerbekundenbereich auszugehen. Ursächlich hierfür sind sowohl gesellschaftliche Prozesse wie die Zunahme von Ein-Personen-Haushalten als auch Energieeinspareffekte bspw. durch LED-Beleuchtung. Mit der strategischen Entscheidung, den weiteren Ausbau des überregionalen Großkundensegments voranzutreiben, wirkt die EVH den stagnierenden bzw. rückläufigen Absatzerwartungen im Netzgebiet von Halle (Saale) entgegen. Um dem sinkenden Fernwärmebedarf zu begegnen, setzt das Unternehmen auf das Projekt „Verdichtung des Fernwärmenetzes“. Hierzu haben die EVH und die SWH zusammen mit der Stadt Halle (Saale), lokalen Wohnungsunternehmen und großen Fernwärmekunden die „Energie-Initiative-Halle (Saale)“ gegründet.

Positive Effekte auf die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld „Zentrale Erzeugung“ erwartet die EVH infolge des novellierten KWKG. Das beschlossene NEMoG wird die Entwicklung der Umsatzerlöse in selbigem Geschäftsfeld voraussichtlich negativ beeinflussen.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) veröffentlichten am 16. Oktober 2017 die Prognose der 2017 zu erwartenden Einspeisung aus regenerativen Stromerzeugungsanlagen nach EEG sowie die daraus resultierende Umlage für das Jahr 2018. Die EEG-Umlage ist von allen Letztverbrauchern für jede bezogene Kilowattstunde zu entrichten. Sie sinkt im Jahr 2018 leicht um ca. 1,3 Prozent gegenüber dem Niveau des Jahres 2017 auf 6,792 Cent je kWh. Neben der EEG-Umlage sinkt auch der Aufschlag nach dem KWKG sowie die Umlage zur Netzentgeltreduzierung stromintensiver Betriebe (§ 19 StromNEV) leicht. Dem entgegen wirkt die Umlage für abschaltbare Lasten, welche ab dem Jahr 2018 ansteigt. Die im Vorjahr noch negative Offshore-Haftungsumlage steigt ab 2018 wieder in den positiven Bereich.

6.2. Investitionen

Die EVH baut mittelfristig regenerative Erzeugungskapazitäten weiter auf, um ihrer klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Dazu werden verschiedene Projekte wie der eigenständige Bau von Photovoltaikanlagen sowie die Übernahme von Solarparks geprüft.

Ziel ist es, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“, alternative Technik (BHKW, Nahwärmeanlagen, Kältepumpen) auch in komplexer Kombination mit konventioneller Technik anzubieten. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung soll langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen. Diesbezügliche Akquisitionen sollen vorwiegend innerhalb von Halle zu Investitionen führen.

Darüber hinaus werden Investitionen in Finanzanlagen u. a. für den Erwerb von weiteren Anteilen an der Beteiligungsgesellschaft TEE getätigt.

Um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten, wird es in den Folgejahren bei den Verteilnetzen weitere Investitionen geben. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Fernwärmenetz.

Durch das bereits erwähnte Projekt „KWK 35“ werden darüber hinaus umfassende Investitionen in die Kraftwerksstandorte geplant. Ein Bestandteil des Projektes ist der Bau eines Energie- und Zukunftsspeichers, welcher eine stärkere Entkoppelung der Kraftwerkserzeugung vom Wärmeverbrauch ermöglicht und so wesentlich zur Flexibilisierung und Marktanpassung der Erzeugungsstrukturen beiträgt.

6.3. Finanzierung

Die EVH geht davon aus, dass die geplanten Investitionen zum größten Teil zentral über Gesellschafterdarlehen im Rahmen der neuen Konzernfinanzstrategie finanziert werden.

Die Liquidität wird auch im Geschäftsjahr 2018 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von 21,2 Mio. €.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:		T€	%
	MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	12,5	50,00
	Stadtwerke Halle GmbH	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Lauda, Winfried
Störzner, Uwe

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführer haben im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH erhalten.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	50,00	50,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)	82,72	82,72

mittelbar

	T€	%
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	58.500	45,77

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	50	100	34	100	28	100	16	47

Bilanzsumme

50	100	34	100	28	100	16	47
-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	42	85	27	79	21	73	15	56
Rückstellungen	8	15	7	21	7	27	1	14

Bilanzsumme

50	100	34	100	28	100	16	47
-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Aufwendungen	34	44	15
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	/	/	-15
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-34	-44	/
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-34	-44	-15
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-34	-44	-15

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-44,88	-62,34	-42,44	%
Cash-Flow:	-34	-44	-15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	84,89	78,01	73,48	%
Fremdkapitalquote:	15,11	21,99	26,52	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Rohwasserlieferung gesamt	0,00	0,00	0,00	m ³

f) Lagebericht

Grundlagen

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. der Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH, Merseburg und die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale).

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Uwe Störzner und Herr Dr. Winfried Lauda.

Die FSA hält über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht, eine Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau in Höhe von 25,5 %, sowie über eine „Kleine GbR“ mit der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (TWM) an der FWV eine Beteiligung von 20,2664 %. Die Auflösung der „Kleinen GbR“ wurde bisher, aufgrund der seit Jahren laufenden Entwicklung nicht vollzogen.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 34,4 aus.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität, welche durch erbrachte Gesellschaftereinlagen von je T€ 25,0 im Jahresverlauf zusätzlich abgesichert wurde. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit erfolgt unentgeltlich.

Der Jahresfehlbetrag 2017 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Da die Geschäftstätigkeit der FSA seit Ende 2007 ausschließlich im Halten der mittelbaren Beteiligung an der FWV besteht und das Halten von Beteiligungen keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG darstellt, ist die FSA seit 2008 nicht mehr zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Beteiligungen

An der „Großen GbR“, die über einen Geschäftsanteil von 51 % an der FWV verfügt, sind die FSA und die KWL je zur Hälfte beteiligt. Die „Kleine GbR“ hält einen Geschäftsanteil von 24,5 % an der FWV. Gemessen an der Höhe des Auskehrungsanspruchs laut Geschäftsanteils-, Kauf- und Abtretungsvertrag steht der FSA über die „Kleine GbR“ eine weitere Beteiligung von 20,2664 % an der FWV zu.

Die indirekten Gesellschafteraufgaben gegenüber der FWV wurden für das Geschäftsjahr mit der KWL in mehreren GbR-Sitzungen, in drei Aufsichtsratssitzungen der FWV am 19. April 2017, 16. August 2017 und am 14. Dezember 2017 und einer Gesellschafterversammlung am 19. April 2017 wahrgenommen.

Die Aufgaben und Pflichten der FSA werden in der "Großen GbR" durch die Geschäftsführer der FSA, Herrn Uwe Störzner und Herrn Dr. Winfried Lauda wahrgenommen. Im Aufsichtsrat der FWV wirken seitens der FSA Herr Matthias Lux, Herr Uwe Störzner und Herr Thiebould Mittelberger in diesem Gremium mit. Herr Matthias Lux ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der FWV.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Januar 2005 sind die gesamten Anteile der FWV zu kommunalisieren und den Gemeinden unentgeltlich zuzuordnen. Ein Vollzug dieser Entscheidung führt zu einem vollständigen oder teilweisen entschädigungslosen Verlust von Anteilen „Große GbR“ und „Kleine GbR“ an der FWV.

Am 30. Juli 2010 erließ das Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) einen Quotierungsbescheid, in dem festgelegt wird, in welchem Umfang eine anspruchsberechtigte Gemeinde im Fall der Kommunalisierung Anteile an der FWV erhalten soll. Der Quotierungsbescheid ist mittlerweile bestandskräftig. Das Verwaltungsgericht Berlin hat auf die gemeinsame mündliche Verhandlung vom 23. Januar 2014 bezüglich des Quotierungsbescheides in den Verfahren der FSA ./.. Bundesrepublik und BvS ./.. Bundesrepublik Deutschland die Klagen als unzulässig abgewiesen und die Revision nicht zugelassen.

Nachdem in weiteren Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen die vom BADV gewählte Trennung von Quotierung und Zuordnung ebenfalls Erledigung eingetreten ist, ist die Quotierung als solche rechtskräftig festgestellt.

Mit Datum vom 25. Januar 2016 hat das BADV den Übertragungsbescheid zum Quotierungsbescheid vom 30. Juli 2010 erlassen. Der Übertragungsbescheid ordnet eine unmittelbare dingliche Zuordnung der unter anderem von der „Großen GbR“ und der „Kleinen GbR“ gehaltenen Geschäftsanteile an der FWV an. Gegen diesen Übertragungsbescheid erhoben die FSA, die KWL und die „Große GbR“ Klage beim Verwaltungsgericht Berlin gegen die Bundesrepublik Deutschland und beantragten die Aufhebung des Übertragungsbescheides. Die mündliche Verhandlung fand am 26. Januar 2017 statt. Im Anschluss erging die Entscheidung, dass der Übertragungsbescheid aufgehoben wird, weil eine Rechtsgrundlage für eine unmittelbare dingliche Zuordnung der Geschäftsanteile der Klägerinnen an der FWV auf die anspruchsberechtigten Gemeinden nicht bestehe. Die Revision gegen die Entscheidung wurde nicht zugelassen.

Der von einigen Beteiligten im März 2017 gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin erhobene Nichtzulassungsbeschwerde wurde vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig mit Beschluss vom 29. November 2017 stattgegeben. Das Beschwerdeverfahren wird nun als Revisionsverfahren am Bundesverwaltungsgericht fortgeführt. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes ist abzuwarten.

Ausblick

Die Aufgabe der FSA bis zu einer abschließenden Neuordnung der Geschäftsanteile an der FWV ist es, die Beteiligungen zu halten und über die „Große GbR“ Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der FWV zu nehmen. Besonders im Fokus steht weiter die konstruktive Begleitung der Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes. Die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH als Gesellschafter der FSA schließen nicht aus, sich auch zukünftig mit einer den Rahmenbedingungen angepassten Organisationsstruktur mit einer Beteiligung an der FWV zu engagieren. Diesbezüglich wird Kontakt mit dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt und dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt gehalten. Weitergehende konkrete Schritte sind aufgrund der offenen Übertragung der Geschäftsanteile auf die einzelnen anspruchsberechtigten Gemeinden noch nicht erfolgt.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	65.190	51,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	31.317	24,50
Stadt Leipzig (als Treuhänder der Anteile der sächsischen Kommunen)	31.317	24,50

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitung in Versorgungsgebiete.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

**Kaufmännische
Geschäftsführung:** Wollenberg, Jan

Technische Geschäftsführung: Dr. Michalik, Peter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Lux, Matthias
stellv. Vorsitzender	Müller, Volkmar
	Dallhammer, Wolf-Dieter
	Dr. Meyer, Ulrich
	Gründler, Cornelia
	Henning, Burkhard
	Hörning, Ulrich
	Mittelberger, Thiébauld
	Müller, Annerose

Aufsichtsrat:

Schlicke, Friedhelm
Störzner, Uwe
Wenzel, Christian

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	26	26

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	142.813	94	138.935	93	137.620	93	3.878	3
Umlaufvermögen	8.966	6	10.094	7	10.477	7	-1.128	-11
Rechnungsabgrenzungsposten	56	0	71	0	89	0	-15	-21
Bilanzsumme	151.835	100	149.100	100	148.186	100	2.735	2

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	120.113	79	118.498	79	115.267	78	1.615	1
Sonderposten für Investitionszulagen	72	0	85	0	104	0	-13	-15
Empfangene Ertragszuschüsse	361	0	384	0	408	0	-23	-6
Rückstellungen	7.730	5	7.085	5	7.474	5	645	9
Verbindlichkeiten	23.559	16	23.048	16	24.933	17	511	2
Bilanzsumme	151.835	100	149.100	100	148.186	100	2.735	2

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	45.395	44.571	44.481
andere aktivierte Eigenleistungen	2.390	2.668	2.728
sonstige betriebliche Erträge	835	870	1.395
Materialaufwand	19.151	16.808	18.057
Personalaufwand	13.080	12.747	12.758
Abschreibungen	9.006	9.136	9.376
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.002	5.159	5.117
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	22
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	630	746	720
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			2.598
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	148	0
Ergebnis nach Steuern	1.751	3.367	
sonstige Steuern	136	136	139
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.615	3.231	2.459
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.615	3.231	2.459

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,56	7,25	5,53	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,36	2,80	2,18	%
Cash-Flow:	10.621	12.367	11.835	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	233	230	227	T€
Personalaufwandsquote:	26,90	26,50	26,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,02	93,13	92,79	%
Eigenkapitalquote:	79,11	79,48	77,79	%
Fremdkapitalquote:	20,89	20,52	22,21	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	201.250,00	201.250,00	202.500,00	m³
Fernleitungsnetz	775,00	770,00	765,00	km
Trinkwasserverkauf	76,00	76,30	74,90	Mio. m³

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) ist ein fundamentaler Bestandteil der Trinkwasserversorgung im mitteldeutschen Raum.

Als Vorlieferant für zahlreiche Zweckverbände bzw. Wasserversorgungsunternehmen mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser wird die Wahrnehmung der diesbezüglichen Aufgaben der Daseinsvorsorge durch diese ermöglicht bzw. unterstützt.

Diese Kernaufgabe war die Veranlassung für die Gründung des Unternehmens, seine Weiterentwicklung und ist in der Satzung (Gesellschaftsvertrag) fixiert.

Zur Wahrnehmung der Versorgungsfunktion verfügt die FWV über Rechte zur Wassergewinnung in der Elbaue im Raum Torgau und eine wasserrechtliche Nutzungsgenehmigung für die Rohwassernutzung aus der Rappbodetalssperre im Ostharz, für welche darüber hinaus die Rohwasserbereitstellung vertraglich mit dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (AÖR) geregelt ist.

Die Lieferung des in den 3 Wasserwerken des Unternehmens aufbereiteten Trinkwassers an die o. g. Zweckverbände und Wasserversorgungsunternehmen erfolgt auf der Basis privatrechtlicher Verträge, die in der Regel für sehr lange Zeiträume abgeschlossen wurden, über ein großdimensioniertes Verbundleitungsnetz, welches eine Länge von ca. 775 km aufweist.

Im Geschäftsjahr 2017 betrug die Netzabgabe der 3 Wasserwerke 76,28 Mio. m³, davon 44,49 Mio. m³ aus dem Wasserwerk Wienrode im Ostharz und 31,79 Mio. m³ aus den beiden Wasserwerken in der Elbaue.

Die durchschnittliche Tagesfördermenge der Wasserwerke betrug mithin 208,4 Tm³/d. Die maximale Tagesabgabe wurde am 29.05.2017 mit 269,6 Tm³/d registriert.

An die Kunden des Unternehmens wurde 2017 eine Liefermenge von 76,0 Mio. m³ abgerechnet, die Differenz von 120 Tm³ (entspricht 0,15 % der Fördermenge) ist technisch bedingt und vernachlässigbar gering.

Auch 2017 war die Verfügbarkeit der Anlagen und Netze zu jeder Zeit gegeben, sodass die Versorgungsaufgabe ohne Einschränkungen sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht wahrgenommen wurde.

Durch die Anlagen zur Erzeugung regenerativer elektrischer Energie (Turbinen im Ableitungssystem des Ostharzes und Photovoltaik-Anlagen in der Elbaue) wurden 2017 9,53 GWh produziert und in das Stromnetz eingespeist.

Zur Erfüllung aller Aufgaben waren im Unternehmen zum Stichtag 31.12.2017 213 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem aktiven Beschäftigungsverhältnis. Auf der Grundlage des im Jahr 2016 verabschiedeten Personalentwicklungskonzeptes konnten für altersbedingt ausgeschiedene Mitarbeiter in verschiedenen Unternehmensbereichen neue motivierte Mitarbeiter gewonnen werden. In den jeweiligen Verfahren zur Nachbesetzung dieser frei werdenden Stellen bestätigte sich, dass die FWV an den jeweiligen Unternehmensstandorten ein attraktiver Arbeitgeber ist.

Ziele und Strategien

Die Unternehmensziele orientieren sich zwangsläufig an der oben beschriebenen Kernaufgabe. Die Wasserbereitstellung im mitteldeutschen Raum in hoher Qualität, die Versorgungssicherheit und damit die Unterstützung der auch zukünftig erfolgreichen Entwicklung der Region, bleibt der Schwerpunkt der unternehmerischen Tätigkeit. Verpflichtender integraler Bestandteil sind dabei die Aspekte der Nachhaltigkeit mit den Komponenten

- Ökonomische
- Soziale und
- Ökologische Nachhaltigkeit.

Die Strategie und dementsprechende Konzepte sind mithin daran auszurichten, dass die Leistungsfähigkeit und der wirtschaftliche Betrieb des Fernwasserversorgungssystems langfristig gesichert, das erforderliche Know-how der Belegschaft erhalten und die verfügbaren Ressourcen der Wassergewinnung geschützt und bedarfsgerecht genutzt werden.

Mit dem im Jahr 2016 verabschiedeten, fortgeschriebenen Personalentwicklungskonzept wurde die Basis geschaffen, eine dem Bedarf angepasste Personalplanung und damit den Knowhow-Erhalt in den Folgejahren zielgerichtet umzusetzen.

Mit der Sicherung und der Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit des Fernwassersystems befasst sich das Fernwasserentwicklungskonzept (FEK), das 2017 bis zum Planungshorizont 2030 ff. fortgeschrieben und in wesentlichen Teilen verabschiedet wurde. Grundlage der Bearbeitung bildete eine umfassende Analyse der künftigen Anforderungen – insbesondere der bereitzustellenden Trinkwassermengen und der daraus abzuleitenden Leistungsparameter der Wassergewinnungs-, -aufbereitungs- und -verteilungsanlagen bei Berücksichtigung ihrer Zustandsbewertung. Eingeflossen sind mithin vorliegende Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung, Anforderungen der Kunden und Anfragen zur Wasserlieferung an potenzielle Kunden, mögliche Auswirkungen des Klimawandels sowie Erkenntnisse zur Verfügbarkeit (Menge und Qualität) des gewinnbaren bzw. bezogenen Rohwassers zur Trinkwasseraufbereitung.

Deutlich wurde bei Auswertung der vorliegenden Daten, dass nach vielen Jahren rückläufiger Liefermengen ab ca. 2014 eine Trendumkehr zu verzeichnen war und wieder mit steigenden Absatzwerten zu rechnen ist. Dieser Trend wird sich bis ca. Mitte der 2020er Jahre auch unter Beachtung der demografischen Entwicklung fortsetzen. Schlussfolgerungen ergeben sich daraus unmittelbar für die vorzuhaltenden Wasserwerkskapazitäten. Erkennbar ist, dass die Aufrechterhaltung eines Mindeststandards für die Versorgungssicherheit Entscheidungen zu einer Kapazitätserweiterung erfordern. Diese sind nach Abklärung aktuell noch bestehender Unsicherheiten in der Prognoserechnung im Wirtschaftsjahr 2018 abschließend zu treffen.

Eine weitere wichtige Aussage des fortgeschriebenen FEK betrifft den Umfang der Investitionstätigkeit im langfristigen Betrachtungszeitraum zur Gewährleistung der nachhaltigen, bedarfsgerechten Leistungsfähigkeit des Fernwassersystems. Dieser wird sich in den nächsten Jahren auf einem Niveau von 9-12 Mio. € bewegen und damit etwas über dem im Konzept des Jahres 2008 ausgewiesenen liegen. Nicht berücksichtigt sind dabei ggf. erforderliche Systemerweiterungen (z. B. genannte Wasserwerkskapazitäten oder der Fernleitungsbau zur Belieferung bisher nicht versorgter Gebiete).

Die Arbeiten zur langfristigen Sicherung der Rohwasserressourcen lassen sich direkt den Aktivitäten der ökologischen Nachhaltigkeit zuordnen. Neben den unmittelbar mit den Monitoringprogrammen zur Überwachung der jeweiligen Einzugsgebiete verbundenen Tätigkeiten gibt es eine Vielzahl begleitender Maßnahmen, auf die später eingegangen wird.

Hervorzuheben ist, dass im Jahr 2017 in Abstimmung mit dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt und der unteren Wasserbehörde des LK Harz begonnen wurde, an der Überarbeitung der Schutzzonenverordnung für die Rappbode-Talsperre zu arbeiten.

Dafür wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, die den Handlungsbedarf analysiert und Vorschläge für eine Neufassung der Schutzzonen-Verordnung aus dem Jahr 1975 formuliert.

Dem nachhaltigen Wirtschaften verpflichtet sind auch die Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Energie-Managementssystem erledigt werden. Im Jahr 2017 stand das erste Re-Akkreditierungsverfahren an, das erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Eine wachsende Bedeutung nehmen die Fragen der Sicherheit des Anlagenbetriebs ein, dies sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in Form von gesetzlichen Vorgaben der Politik. Diese reichen von Maßnahmen zur Überwachung und Sicherung der Objekte an sich (physische Sicherheit) bis hin zur IT-Sicherheit des Wasserversorgungsprozesses. Berücksichtigt werden diese Anforderungen bei der derzeit in Realisierung befindlichen Migration des Prozessleitsystems und bei der für 2018 anstehenden Überprüfung der IT-Sicherheit nach der BSI KRITIS-Verordnung.

Forschung und Entwicklung

Im Zusammenhang mit der Arbeit am FEK wurden in einer separaten Studie die Optionen für eine mögliche Erweiterung der Aufbereitungskapazitäten untersucht. Im Bereich der Elbaue kommen dafür die Wasserwerke Mockritz und das 2011 in Reserve gestellte Wasserwerk Sachau in Frage. Bewertet wurden die technische Realisierbarkeit und die dafür erforderlichen Aufwendungen in mehreren Varianten. Damit kann nach Abklärung der o.g. Unsicherheiten zur Absatzprognose und vertiefender verfahrenstechnischer Untersuchungen im Verlaufe des Jahres 2018 eine sachlich fundierte Entscheidung getroffen werden.

Der Sicherung der Rohwassergewinnungskapazitäten für das Wasserwerk Mockritz dienen auch Untersuchungen zur Erneuerung der Fassung III (Döbern).

Dieser Teil der Rohwasserfassung des Wasserwerkes Mockritz ist der älteste, als Hebergalerie ausgebildet und aufgrund des altersbedingten Verschleißes in seiner Ergiebigkeit stark limitiert. Zudem ist der Betrieb der Heberfassung sehr instandhaltungsintensiv. Bewertet wurden drei Varianten für die Erneuerung der Fassung:

- Umrüstung auf einzelbewirtschaftete Brunnen mittels U-Pumpen
- Errichtung eines Horizontalfilterbrunnens
- Ersatz der Hebergalerie

Realisiert wird die erstgenannte Variante. Mit der Errichtung der ersten Brunnen soll in diesem Jahr begonnen werden.

Weitere konzeptionelle Arbeiten zur Vorbereitung der in den nächsten Jahren zu realisierenden Investitionen betrafen die Entsorgung der im Filtrationsprozess der Elbaue-Wasserwerke anfallenden eisenhaltigen Schlämme und die Erneuerung der Rohwasserleitungen. Für letztere wurde die vorliegende Schadensstatistik ausgewertet und vorzusehende Möglichkeiten der turnusmäßigen Reinigung der Leitungen berücksichtigt.

Fortgesetzt wurden in Zusammenarbeit mit dem Technologiezentrum Wasser des DVGW die Untersuchungen zur Aufbereitung des Talsperrenwassers im Wasserwerk Wienrode.

Schwerpunkt war die Optimierung des Flockungsprozesses des huminstoffhaltigen Rohwassers, speziell der Einsatz von Flockungshilfsmitteln.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen konnten Ende 2017, nachdem bedingt durch intensive Niederschläge in der Harzregion ein starker Anstieg der Huminstoffbelastung im Rohwasser zu verzeichnen war, erfolgreich in der Praxis angewendet werden.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wirken sich in mehrfacher Hinsicht auf die unternehmerische Tätigkeit aus. Positiv ist, dass die anhaltend gute konjunkturelle Lage der Wirtschaft sich in stabilen, tendenziell steigenden Absatzzahlen des gelieferten Trinkwassers niederschlägt. So wurde, wie eingangs erwähnt, die geplante Absatzmenge deutlich überschritten (+ 1,35 Mio. m³) und der gute Wert des Vorjahres fast erreicht.

Andererseits führt die gute wirtschaftliche Lage, verbunden mit dem anhaltend niedrigen Zinsniveau an den Kapitalmärkten, zu einem starken Anstieg der Investitionstätigkeit.

Dieser hat Auswirkungen auf die Bau- und Ausrüstungskapazitäten, die am Markt verfügbar sind sowie auf deutlich angestiegene Preise für ausgeschriebene Bauleistungen. Zu beachten ist diese Entwicklung bei der Investitionsplanung der kommenden Jahre.

In der Versorgungsbranche dominierte auch 2017, wie schon in den Vorjahren, das Thema Energiewende und deren Auswirkungen die öffentlichen Debatten.

Die Betroffenheit für die FWV ist unmittelbar durch weiter steigende Energiepreise, die sich 2017 vornehmlich über die Erhöhung der Netzentgelte dokumentierten, gegeben.

Nicht zuletzt daraus kommt der Kontrolle und die Beeinflussung des Energieeinsatzes für die Prozesse der Trinkwasserproduktion und -verteilung stetig wachsende Bedeutung zu. Das erfolgreich etablierte Energiemanagementsystem ist dafür eine sehr gute Grundlage, die es in den nächsten Jahren weiter auszuformen gilt.

Für die Wasserbranche an sich lassen sich die Schwerpunkte der Arbeit wie folgt benennen:

- weitergehende Fragen der Trinkwasserqualität und ihre Sicherung in der Zukunft,
- Anforderungen an die IT-Sicherheit,
- Auswirkungen der Digitalisierung und
- Fragen der Informationspolitik der Versorgungsunternehmen.

Breiten Raum nahm bei der Diskussion zur Qualitätssicherung des Trinkwassers die in einigen Regionen der BRD alarmierend zunehmende Belastung des Grundwassers mit Nitraten infolge der Überdüngung durch die Landwirtschaft ein. Die Forderungen der Branchenverbände im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens (Düngegesetz und Düngemittel-VO) konnten nicht in Gänze umgesetzt werden – aus Sicht der Wasserwirtschaft bestehen nach wie vor zu viele Möglichkeiten, den kontrollierten Stickstoff-Dünger-Einsatz zu umgehen. Als vorteilhaft hat sich aus Sicht der FWV in jedem Fall eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Landwirten in den Einzugsgebieten der Wasserfassungen im Sinne des vorbeugenden Grundwasserschutzes bestätigt.

Gleiches trifft auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu. Dieser berührt einen weiteren Aspekt der aktuellen Debatte zur Trinkwasserqualität – die Spurenstoffbelastung des Rohwassers und z. T. auch des Trinkwassers.

Die Politik hat sich dieses Themas in 2017 angenommen. So wurde seitens des Bundesumweltministeriums der sogenannte Stakeholder Prozess, der die Belastung des Wassers mit Mikroschadstoffen oder Spurenstoffen zum Inhalt hat, ins Leben gerufen. Dieser wurde mit einem Policy-Paper abgeschlossen, in welchem drei Handlungsfelder aufgezeigt werden, für die in der Folgezeit konkrete Maßnahmen zur Verringerung der Spurenstoffbelastung des Wassers herausgearbeitet werden sollen.

Diese Handlungsfelder betreffen:

- Beachtung der Auswirkungen bei den Herstellern von Produkten, von denen spätere Belastungen ausgehen (Arzneimittel, Haushaltschemikalien, Baustoffe etc.)
- Aufklärung der Anwender/Konsumenten zu den möglichen negativen Auswirkungen nach der Verwendung und
- Maßnahmen bei der Wasserbehandlung (Abwasseranlagen mit weitergehender Reinigung bzw. technologischen Nachrüstungen in den Wasserwerken).

Aus Sicht der Wasserwirtschaft ist die Argumentation eindeutig auf das Verursacherprinzip ausgerichtet, danach dürfen Maßnahmen auf Kläranlagen oder in Wasserwerken bestenfalls ein Ultima Ratio darstellen.

Aber auch in der Informationspolitik spielt der Umgang mit den Ergebnissen der Spurenstoff-Analytik eine zunehmende Rolle. Die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit ist natürlich weitestgehende Transparenz in der Berichterstattung. Seitens der FWV wurde dieser Rechnung getragen, indem die vorliegenden Messdaten auf der Homepage veröffentlicht werden. Das Problem, welches dabei auftritt und zu beachten ist, betrifft die Interpretation der Messwerte. Für viele Spurenstoffe gibt es hinsichtlich des von ihnen ausgehenden Gesundheitsrisikos keine Bewertung, zumal die gemessenen Konzentrationen sich im Mikro- bzw. Nanogramm-Bereich bewegen, die der „Normalverbraucher“ nur schwer einordnen kann. Diesbezüglich weist die damit verbundene Schwierigkeit in der Argumentation bereits heute auf einen wachsenden Anspruch für die Öffentlichkeitsarbeit hin: einerseits soll die Öffentlichkeit über die Spurenstoffproblematik informiert werden, um auch die Auswirkungen des eigenen Handelns zu verdeutlichen, andererseits muss eine Verunsicherung der Verbraucher vermieden werden.

Ende 2017 erlangte die 4. Novellierung der Trinkwasserverordnung (TVO) Gesetzeskraft. In ihr werden EU-Vorgaben umgesetzt, wobei der Schwerpunkt auf der risikobasierten Beprobung und damit Überwachung des Trinkwassers liegt.

Welche Konsequenzen für die mögliche Arbeit der Qualitätsüberwachung sich daraus ableiten lassen, wird gegenwärtig noch innerhalb der Branche bzw. mit den Gesundheitsbehörden erörtert.

Unschwer festzuhalten ist allerdings, dass die Risikoanalyse für den Prozess der Trinkwasserversorgung im Sinne der water-safety-plans der WHO in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen sein wird. Beleg dafür ist der seit einigen Tagen vorliegende 1. Entwurf der Neufassung der EU-Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch.

Für die Anforderungen, die an die Wasserversorgung als kritische Infrastruktur bzgl. der IT-Sicherheit gestellt werden, wurde im II. Halbjahr 2017 der mit dem BSI abgestimmte Branchenstandard einschl. der Leitlinien für seine Umsetzung veröffentlicht. Diese Unterlagen wurden im Unternehmen durch eine Projektgruppe analysiert und Regelungen vorbereitet, auf deren Basis im Jahr 2018 ein Überprüfungsverfahren durch externe Experten erfolgen wird.

Die gesellschaftliche Diskussion ist zunehmend geprägt von der Durchdringung unseres Lebens durch die Digitalisierungsprozesse.

Keine Branche kann sich von diesem Einfluss ausnehmen. So wurde durch die Branchenverbände – hier vornehmlich dem fachtechnischen Verband DVGW – ein Forschungsthema initiiert, das ein Reifegradmodell zur Nutzung von Digitalisierungsmöglichkeiten im Wasserversorgungsprozess aufzeigen soll.

In diesem Projekt arbeitet die FWV neben zahlreichen weiteren Praxispartnern mit.

Das letztgenannte konkrete Beispiel verdeutlicht die Mitwirkung der FWV in der Arbeit der Fachverbände. Sie findet durch eine Vielzahl von Mitarbeitern des Unternehmens in den Gremien, Projektgruppen, Technischen Komitees etc. der Fachverbände DVGW und BDEW statt. Damit ist zum einen ein sehr aktueller, vorausschauender Informationsstand zu den wichtigen Themen der Branche gesichert und zum anderen können wichtige praktische Erkenntnisse bzw. Schlussfolgerungen in die jeweiligen Fachdiskussionen eingespeist werden.

Geschäftsverlauf

Der Trinkwasserabsatz des Jahres 2017 erreichte mit 75,98 Mio. m³ fast das Vorjahresniveau von 76,29 Mio. m³ und konnte somit den positiven Absatztrend der letzten Jahre bestätigen. Die Planungen für das Wirtschaftsjahr 2017 wurden um ca. 1,35 Mio. m³ übertroffen. Mehrabsätze konnten sowohl im Bereich der Weiterverteiler und der industriellen Abnehmer erreicht werden. Neben den stärker witterungsbedingten Absätzen bei den Weiterverteilern haben sich die Absatzmengen bei den Industriekunden auf dem aktuellen Niveau etabliert.

Die sonstigen Umsätze von 6,32 Mio. € liegen ca. 1 Mio. € über denen des Vorjahres und resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf von regenerativ erzeugtem Strom, durchgeführten Trinkwasseranalysen für Kunden und von Dritten veranlassten Umverlegungen an unseren Rohrleitungssystemen. Im Mehrjahresvergleich sind die Umverlegungen die Hauptursache für die Schwankungen zwischen den einzelnen Wirtschaftsjahren. Wirtschaftliche Auswirkungen hieraus für das Unternehmen entstehen nicht, da den Umsatzerlösen entsprechende Materialaufwendungen gegenüber stehen.

Die Schwerpunkte der Investitions- und Sanierungstätigkeit der letzten Jahre wurden auch in 2017 weiter bearbeitet. Im Rohrleitungsbau wurde wie in den Vorjahren der Ersatzbau der Ostharzableitung zwischen Bernburg und dem Hochbehälter Hammelberge vorangetrieben. Dabei konnte ein Abschnitt von 2,9 km in 2017 realisiert werden. Ein weiterer wesentlicher Investitionsschwerpunkt in 2017 waren die Ertüchtigungsarbeiten am Hochbehälter Hohe Gieck. Wie auch in den Vorjahren wurden im Bereich der Elbaue wiederum 3 Brunnen zur Rohwasserförderung neu errichtet. Die Arbeiten zur komplexen Erneuerung des Wasserwerkes Mockritz wurden fortgeführt. Die im Vorjahr vorbereitete Migration des neuen Prozessleitsystems wurde in 2017 beginnend mit dem Standort Wasserwerk Torgau-Ost gestartet und soll in den nächsten Jahren schrittweise in den weiteren Wasserwerks- und Netzbereichen umgesetzt werden.

2017 wurde ein Jahresergebnis von 1,62 Mio. € realisiert und damit das geplante Jahresergebnis von 1,56 Mio. € erreicht.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Aus dem Verkauf von Trinkwasser ergaben sich Umsatzerlöse von 39,08 Mio. €. Diese lagen damit geringfügig unter den Erlösen des Vorjahres von 39,24 Mio. €. Die Planungen für 2017 wurden mit 0,19 Mio. € leicht überschritten.

Die sonstigen Umsatzerlöse umfassten 6,32 Mio. €. Wesentlichster Bestandteil waren mit 4,61 Mio. € die von Dritten veranlassten Umverlegungsmaßnahmen an unseren Anlagen. Aus der Erzeugung und dem Verkauf regenerativen Stroms wurden Erlöse von 1,40 Mio. € leicht oberhalb der Vorjahreswerte erzielt.

Die Gesamtumsatzerlöse im Geschäftsjahr 2017 belaufen sich auf 45,39 Mio. € und liegen somit 0,82 Mio. € über denen des Vorjahres.

Die aktivierbaren Eigenleistungen betreffen Tätigkeiten eigener Mitarbeiter für durchgeführte Investitionsprojekte. 2017 konnten Eigenleistungen in einem Umfang von 2,39 Mio. € erbracht werden. Das Vorjahresniveau von 2,67 Mio. € wurde nicht ganz erreicht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe und Ermäßigung für Netzentgelte. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten Erträge in einer Höhe von 0,83 Mio. € erzielt werden.

Die Gesamtleistung der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH in 2017 beläuft sich auf 48,62 Mio. € und liegt damit um 0,51 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Der Materialaufwand in 2017 umfasst 19,15 Mio. € und befindet sich damit 2,34 Mio. € über dem Vorjahreswert. Die größten Positionen waren die Strombeschaffung mit 4,76 Mio. € und der Rohwasserbezug vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR in einer Höhe von 4,39 Mio. €. Es fielen Aufwendungen für Aufbereitungskemikalien in einer Höhe von 0,60 Mio. € an. Im Vorjahr waren hier geringfügig höhere Aufwendungen zu verzeichnen. Die Materialaufwendungen für die von Dritten veranlassten Umverlegungsmaßnahmen an unseren Anlagen korrespondieren mit den sonstigen Umsatzerlösen aus diesem Bereich. Weitere Materialaufwendungen entfallen auf Instandhaltungs-/Instandsetzungsmaßnahmen und die Entsorgung von Wasserwerksrückständen.

Die Aufwendungen für Personal betragen 13,08 Mio. € und befanden sich somit leicht über dem Vorjahresniveau von 12,75 Mio. €. In den Personalaufwendungen enthalten sind alle Aufwendungen für in der Vergangenheit abgeschlossene Pensionsverpflichtungen. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgte auf Basis externer finanzmathematischer Gutachten. Zum 31. Dezember 2017 beschäftigte das Unternehmen 213 aktive Mitarbeiter (Vorjahr 210).

In 2017 erfolgten Abschreibungen auf das Anlagevermögen des Unternehmens in einer Höhe von 9,01 Mio. €. Die Abschreibungen des Vorjahres beliefen sich auf 9,14 Mio. €.

Der sonstige betriebliche Aufwand umfasste 5,00 Mio. € und verringerte sich damit leicht gegenüber dem Vorjahreswert von 5,16 Mio. €. Die wesentlichsten Positionen sind das Wasserentnahmeentgelt Sachsen-Anhalt, die Wasserentnahmeabgabe Sachsen und diverse Durchleitungsentgelte mit einem Gesamtumfang von 3,01 Mio. €. Das entspricht dem Vorjahresniveau.

Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Durch das gute Rating sind Kreditmittel jederzeit verfügbar. Im Geschäftsjahr 2017 wurden drei Kredite mit einer Gesamthöhe von 7,20 Mio. € aufgenommen. Im gleichen Zeitraum erfolgten Kredittilgungen in einer Höhe von 7,21 Mio. €. Davon dienten zwei Kredite in einer Höhe von 4,70 Mio. € der Umschuldung und Konditionsverbesserung bei bestehenden Bankverbindlichkeiten.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit sank gegenüber dem Vorjahr (13,32 Mio. €) auf 12,15 Mio. €. Grund hierfür ist das sehr gute Ergebnis des Vorjahres, welches deutlich über den Erwartungen des Unternehmens lag.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,50 Mio. € auf 12,96 Mio. €. Im Jahr 2017 wurden insgesamt 12,98 Mio. € in das bestehende Anlagevermögen investiert. Durch fast gleichlautende Kreditaufnahmen und –tilgungen im abgelaufenen Geschäftsjahr und keinen weiteren Liquiditätszu- und –abflüssen ergibt sich ein Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von - 0,55 Mio. €.

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft verringerte sich zum Jahresende gegenüber dem Vorjahr um 1,37 Mio. € auf 2,82 Mio. €.

Die Eigenkapitalquote des Unternehmens befindet sich mit 79,1 % auf dem Niveau der letzten Jahre.

Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivativer Finanzinstrumente bestehen nicht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die taggenaue Planung aller Ausgaben und Einnahmen über mehrere Monate und die mittelfristige Planung der Finanzmittelbedürfnisse innerhalb der Wirtschaftsplanung sichergestellt. Der Deckungsgrad II des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital liegt zum Jahresende bei 97,9 %.

Vermögenslage

Wie bereits erläutert wurden auch 2017 wesentliche Projekte der Vorjahre weiter fortgeführt.

- Bau und teilweise Inbetriebnahme eines neu errichteten Fernleitungsabschnittes der Ostharzleitung
- Fortführung der Maßnahmen im Rahmen Komplexertüchtigung Wasserwerk Mockritz
- Bau von drei Brunnen im Wasserwerk Torgau-Ost
- Weiterführung des Projektes zur Erneuerung des Prozessleitsystems
- Anlagen zur sicheren Entsorgung der Filterspülwässer des Wasserwerk Wienrode.

Darüber hinaus wurde mit der Erneuerung der Hochbehälteranlage Hohe Gieck im Jahr 2017 begonnen.

Bereits in Betrieb genommene Trinkwasserleitungen wurden in einer Höhe von 0,69 Mio. € aktiviert. Anlagen im Bau, die ab 2018 fertiggestellt werden, umfassen 10,11 Mio. €. 1,06 Mio. € wurden in technische Anlagen und Maschinen investiert sowie 0,35 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Darüber hinaus entfielen ca. 25 T€ auf immaterielle Wirtschaftsgüter und 0,74 Mio. € auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die positive Entwicklung der Trinkwasserlieferungen in den letzten Geschäftsjahren wurde auch 2017 bestätigt. Im Rückschluss daraus wurden die Planungen der nächsten Geschäftsjahre leicht angehoben und mit gleichbleibenden Absätzen zwischen 75,7 und 76,8 Mio. m³ mittelfristig eingeplant. Unabhängig davon müssen weiter anhaltende Bevölkerungsrückgänge außerhalb der Ballungszentren bei der Absatzplanung auch zukünftig berücksichtigt werden.

Im Jahr 2018 wird ein Trinkwasserabsatz von 75,7 Mio. m³ erwartet. Die erwartete leichte Erhöhung der Absatzmengen in den Folgejahren ergibt sich insbesondere aus der Erweiterung der Trinkwasserlieferung an den Zweckverband Südharz, Sangerhausen und einer stärkeren Abnahme durch die Leipziger Wasserwerke. Aus den geplanten Trinkwasserabsätzen in 2018 werden Umsatzerlöse in einer Höhe von ca. 39,18 Mio. € erwartet. Darin enthalten sind bereits die zu berücksichtigenden Wasserentnahmeentgelte/-abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Auch im Jahr 2017 wurden für eine Reihe von Kunden Wasserlieferverträge als Anschlussverträge für bestehende Lieferverhältnisse, zum Teil mit neuen Absatzmengen erarbeitet, angeboten und teilweise erfolgreich abgeschlossen bzw. verlängert. Nicht abgeschlossene Vertragsverhandlungen werden mit der Zielsetzung eines Vertragsabschlusses weiter fortgesetzt. Die sich aus den realisierten Vertragsabschlüssen ergebenden Absatzmengen und Umsatzerlöse wurden in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt.

Die sonstigen Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms und sonstigen Dienstleistung, insbesondere im Bereich der Laboranalytik von Trinkwasser, werden für 2018 mit 1,40 bzw. 0,21 Mio. € eingeplant. Die Umsätze aus der Realisierung der durch Dritte veranlassten Umverlegungen an den Anlagen der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH werden in 2018 in einer Höhe von 6,58 Mio. € erwartet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in einer Höhe von 0,83 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus der Erstattung der Stromsteuer für energieintensive gewerbliche Unternehmen. Das hierzu notwendige Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 wurde eingeführt und zertifiziert (das letzte Audit wurde vom 30.-31. Januar 2018 erfolgreich absolviert).

Der Materialaufwand der Gesellschaft beinhaltet die erwarteten Material- und Fremdleistungseinkäufe. Aufgrund der höheren Trinkwasserabsatzplanung und insbesondere stark gestiegenen Netzentgelten rechnet das Unternehmen zukünftig weiter mit steigenden Stromaufwendungen. Für 2018 wurden Kosten von 4,58 Mio. € eingeplant. Weitere wesentliche Materialaufwendungen betreffen Kosten des Rohwasserbezugs, Aufbereitungschemikalien, Instandhaltungsleistungen und Entsorgungskosten für Wasserwerksrückstände. Seit Januar 2018 kommt es im Bereich der Fernleitung zwischen Wolfen und Bitterfeld aufgrund eines Schadensereignisses in einem teilweise mit aufsteigendem Grundwasser überstauten Gelände zu einem verstärkten Wasseraustritt an unserem Rohrleitungssystem. Mit der Schadensbeseitigung wurde begonnen, eine abschließende Einschätzung der damit verbundenen Kosten kann derzeit noch nicht vorgenommen werden.

Der Personalaufwand für das Geschäftsjahr 2018 wurde auf Basis der Tarifvertragsabschlüsse TV-V und individualvertraglicher Regelungen mit ca. 13,24 Mio. € eingeplant. Auf Basis des 2016 beschlossenen Personalentwicklungskonzeptes erfolgt mittelfristig eine weitere leichte Reduzierung der Mitarbeiteranzahl. Ab 2018 wird die bisher praktizierte Arbeitszeitreduzierung ohne Lohn-/Gehaltsausgleich durch neue vereinbarte individualvertragliche Vereinbarungen mit den Mitarbeitern des Unternehmens fortgeführt.

Wie in den Vorjahren wird sich auch in der Zukunft die Investitionsstrategie an der bedarfs- und qualitätsgerechten Versorgung aller Kunden ausrichten. Für das Geschäftsjahr 2018 sind Gesamtinvestitionen von 12,50 Mio. € vorgesehen. Der Investitionsschwerpunkt im Fernleitungssystem wird wie in den letzten Jahren in der Fortführung des Ersatzneubaus der Ostharzleitung zwischen Bernburg und dem Hochbehälter Hammelberge nördlich von Halle sein. Die aktuellen Investitionsplanungen gehen von der Realisierung einer ca. 21,4 km langen Strecke bis 2019/2020 aus. Weitere Investitionsschwerpunkte sind, wie weiter oben bereits genannt, die Sanierung des Hochbehälters Hohe Gieck, die Migration des PLS sowie die Fortführung der komplexen Erneuerung des Wasserwerkes Mockritz.

Die Liquidität des Unternehmens zur Erfüllung aller Aufgaben im Geschäftsjahr 2018 ist gesichert. Es bestehen auch weiterhin keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand bzw. Abschluss derivater Finanzinstrumente.

Für das Geschäftsjahr 2018 wird mit einem Jahresergebnis von 1,27 Mio. € gerechnet. Die mittelfristige Entwicklung zeigt, dass unter den aktuellen Rahmenbedingungen ein Ergebnis im bisherigen Niveau von ca. 1 bis 1,6 Mio. € in den nächsten Jahren erreicht werden kann.

Bezüglich der Neuordnung der Geschäftsanteile der Gesellschaft erließ das seinerzeit zuständige Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (jetzt zuständig: Bundesverwaltungsamt) einen Zuordnungsbescheid. Das Verwaltungsgericht Berlin hat diesen Bescheid mit Urteil vom 26.01.2017 teilweise aufgehoben. Die hiergegen eingelegte Revision wird derzeit vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt.

Risikobericht

Die Gesellschaft hat seit dem Jahr 2000 ein den gesetzlichen Anforderungen (§ 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG) entsprechendes Risikomanagementsystem installiert. Zweimal pro Jahr werden bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt.

Die einzelnen erkannten Risiken werden folgenden Kategorien zugeordnet:

- Absatz
- Wirtschaftspolitisches Umfeld
- Ertrags- und Finanzlage
- Produktion
- Einkauf
- Personalmanagement
- Informationsmanagement
- Höhere Gewalt
- Rechtsstreitigkeiten.

Folgende wesentliche Einzelrisiken wurden identifiziert:

- Weitere Konzentration der Bevölkerung in den Ballungszentren zu Lasten ländlicher Regionen,
- Nutzung von Eigengewinnungsanlagen der Kunden zu Lasten des Trinkwasserbezuges aus dem FWV-System sofern möglich,
- Änderungen der Energiepolitik bezüglich der Rahmenbedingungen zukünftiger Energiepreisgestaltung,
- Schwierigere Entsorgungsstrategien für Filtrerrückspülwässer durch Verschärfung der Umweltgesetze/-verordnungen,
- höhere Schadenshäufigkeit in einigen Bereichen älterer Rohrleitungsabschnitte und damit erhöhten Kosten der Schadensbeseitigung bzw. der Sanierung in diesen Abschnitten.

Für alle Einzelrisiken werden entsprechende Risikobeschreibungen vorgenommen, Zuständigkeiten definiert und Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung festgelegt.

Im Rahmen der installierten Unternehmensprozesse erfolgt eine laufende, systematische Überwachung aller Risiken. Insbesondere durch das aktualisierte Fernwasserentwicklungskonzept wurden wesentliche Rahmenbedingungen analysiert und zukünftige Zielstellungen bzw. Handlungsrahmen formuliert. Bei Feststellungen von Abweichungen wird entsprechend zeitnah reagiert. Ergänzend erfolgt durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes eine Risikoreduzierung.

Es liegen keine Risiken vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden bzw. sind diese für die Zukunft auch nicht erkennbar.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebengebiete errichten, erwerben, oder pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schulze, Jörg
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Misch, Werner
	stellv. Vorsitzende	Nebelung, Barbara
		Berend, Stephanie
		Bernstiel, Christoph
		Geier, Egbert
		Hilbig, Stefan
		Hinniger, Manuela
		Koehn, Gottfried
		Lange, Hendrik
		Ranft, Melanie
		Raschke, Jens
		Weiland, Mathias

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	21	20	21
	21	20	21

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	510.536	94	497.400	92	493.430	92	13.136	3
Umlaufvermögen	34.953	6	41.672	8	39.755	8	-6.719	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	721	0	528	0	699	0	193	37

Bilanzsumme	546.210	100	539.600	100	533.884	100	6.610	1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	87.942	16	85.907	16	84.333	16	2.035	2
Sonderposten mit Rücklagenanteil	5.507	1	5.837	1	6.234	1	-330	-6
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	144.662	27	130.676	24	126.891	24	13.986	11
Rückstellungen	18.034	3	22.616	4	21.335	4	-4.582	-20
Verbindlichkeiten	278.437	51	282.636	53	283.290	53	-4.199	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	11.628	2	11.928	2	11.801	2	-300	-3

Bilanzsumme	546.210	100	539.600	100	533.884	100	6.610	1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	120.229	118.374	113.593
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-24	9	16
andere aktivierte Eigenleistungen	753	809	1.014
sonstige betriebliche Erträge	8.608	8.561	7.437
Materialaufwand	34.583	30.516	28.354
Personalaufwand	29.186	30.698	28.772
Abschreibungen	20.062	19.925	18.539
sonstige betriebliche Aufwendungen	24.899	25.077	25.509
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	254	314	282
Erträge aus Beteiligungen	0	12	29
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29	32	23
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.827	11.660	11.293
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			9.927
außerordentliche Erträge			246
außerordentliche Aufwendungen			343
außerordentliches Ergebnis			-97
Ergebnis nach Steuern	10.292	10.234	
sonstige Steuern	117	137	351
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	10.175	10.097	9.479
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,46	8,53	8,34	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,57	11,75	11,24	%
Cash-Flow:	30.237	30.022	28.018	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	235	226	212	T€
Personalaufwandsquote:	22,53	24,03	23,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,30	92,00	92,27	%
Eigenkapitalquote:	16,10	15,92	15,80	%
Fremdkapitalquote:	83,90	84,08	84,20	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	10.397,00	10.338,00	9.896,00	Tm ³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	17.738,00	18.197,00	17.648,00	Tm ³
Abwassereinleitung Kläranlage Halle-Nord	14.601,00	15.000,00	14.853,00	Tm ³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	6.801,00	6.652,00	7.103,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	36.628,00	36.343,00	36.508,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	190.031,00	179.324,00	173.664,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	62.339.000,00	62.393.000,00	67.312.578,00	m ²
Hausanschlüsse	27.808,00	27.660,00	27.831,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung (Flächen)	6.670.489,00	6.723.485,34	6.829.418,00	m ²
Stadtreinigungsleistung (Straßen)	56.152,00	57.658,00	57.854,00	KKm (Kehr- Kilometer)

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser
 - 1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung/ Straßenreinigung und Winterdienst
 - 1.1.2.3. Geschäftsbereich Behälterservice/Sortieranlage
 - 1.1.2.4. Geschäftsbereich Gebäudereinigung
 - 1.1.2.5. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf
 - 1.1.2.6. Geschäftsbereich Vertrieb
 - 1.1.2.7. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung
 - 3.6.1. Personalentwicklung
 - 3.6.2. Führungskräfteentwicklung
 - 3.6.3. Unternehmenserklärung Frauenquote
 - 3.6.4. TalentPool
 - 3.6.5. Zentrale Mitarbeiterschulungen
 - 3.6.6. Betriebliches Gesundheitsmanagement
 - 3.6.7. Compliance

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ist ein 100 %iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). In der Branchen-, Geschäfts- und Führungsstruktur der SWH ist die HWS die Geschäftsfeldführungsgesellschaft für die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe. Im Rahmen dieser Funktion hat sie inhaltliche Führungsaufgaben, auch über die Beteiligungsgesellschaften hinaus, bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) sowie der RAB Halle GmbH (RAB). Darüber hinaus arbeitet die HWS intensiv mit der RES GmbH im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen der SWH GmbH und dem Landkreis Mansfeld-Südharz zusammen.

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der Wasser-und Haustechnik GmbH (W+H), Halle (Saale). Zu den Geschäftsbereichen der W+H gehören die Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, der Bau von Trinkwasseranschlüssen und die Verlegung von Trinkwasserleitungen, die Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle der Stadt Halle, die Wartung und Instandhaltung der Fernwärmestationen der Energieversorgung Halle GmbH (EVH), der Gaszählerwechsel, die Installation von Hausanschlussstationen sowie sonstige Instandhaltungsmaßnahmen.

Darüber hinaus hält die HWS 100 % der Geschäftsanteile an der Cives Dienste GmbH (Cives), Halle (Saale). Die Cives erbringt für die HWS Dienstleistungen in der Logistik und der Gebäudereinigung.

Weiterhin hält die HWS 60 % der Geschäftsanteile an der Wertstoffeffassung und Recycling GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen u. a. für Altgläserfassung und -sammlung.

12,5 % der Geschäftsanteile hält die HWS an der Maya mare GmbH & Co. KG. Hauptgesellschafterin ist die Muttergesellschaft Stadtwerke Halle GmbH.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft agiert insbesondere auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge. Dies betrifft die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe sowie Straßen- und Gebäudereinigung. Die Geschäftsfelder werden strukturell über die nachstehenden Geschäftsbereiche geführt.

1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser

Der Geschäftsbereich Wasser/Abwasser sichert die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) mit Trinkwasser sowie die gesetz- und regelkonforme Ableitung und Behandlung von Abwässern. Für das Stadtgebiet Halle (Saale) in der Trinkwasserversorgung sowie für Halle (Saale) und das Entsorgungsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal in der Abwasserentsorgung und -reinigung wurden mit der Stadt Halle (Saale) langfristige Konzessionsverträge geschlossen. Auf der Grundlage dieser Verträge nimmt die HWS die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbeseitigung auf eigene Rechnung wahr. Insofern ist die HWS für die laufende Instandhaltung der Netze und der wasser- und abwassertechnischen Anlagen als auch die Planung und Ausführung von Investitionsmaßnahmen verantwortlich. Außerdem erbringt die HWS Dienstleistungen im Umland.

Die Erfüllung dieser Aufgaben wird durch die Abteilungen Wassertechnik, Abwassertechnik, Klärwerke, Automatisierungs- und Elektrotechnik, Investitionen und Geodienstleistungen sichergestellt.

1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung/Straßenreinigung und Winterdienst

Der Geschäftsbereich realisiert sämtliche Aufgaben der satzungsgemäßen Abfallentsorgung und der gewerblichen Sammlung, die damit verbundenen technischen Dienstleistungen, aber auch die Reinigung der städtischen Sinkkästen sowie die Straßenreinigung und den Winterdienst im Stadtgebiet. Weiterhin führt der Bereich Recyclingleistungen aus.

Die zu dem Geschäftsbereich gehörende Werkstatt nimmt weiterhin für die SWH die Funktion der Zentralwerkstatt für reifengebundene Fahrzeuge wahr. Das in dem Bereich ebenfalls angegliederte zentrale Fuhrparkmanagement realisiert umfangreiche Dienstleistungen für alle Tochterunternehmen des SWH-Konzerns für reifengebundene Fahrzeuge.

1.1.2.3. Geschäftsbereich Behälterservice/Sortieranlage

Der Geschäftsbereich sichert die Wartung, Reparatur, Pflege und das Ausstellen und Einholen sämtlicher Müllgroßbehälter. Ferner fallen die Behälterstandplatzreinigung sowie der Betrieb der Recyclinganlagen für Elektronikschrott, Papier und Folien in seinen Aufgabenbereich. Im Ergebnis des Effizienz- und Effektivitätsprogramms HWS 2020 werden diese Aufgaben ab 01.01.2018 auf die Geschäftsbereiche Vertrieb und Entsorgung übertragen und zu diesem Zeitpunkt der Geschäftsbereich Behälterservice/Sortierung aufgelöst.

1.1.2.4. Geschäftsbereich Gebäudereinigung

Durch den Geschäftsbereich Gebäudereinigung werden Gebäudereinigungsdienstleistungen insbesondere für die Stadt Halle (Saale), die SWH GmbH und die Tochtergesellschaften sowie für Dritte im Stadtgebiet erbracht.

1.1.2.5. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf

In diesem Geschäftsbereich erfolgten die Jahres-, Mittelfrist- und langfristige Planung des Unternehmens. Darüber hinaus koordiniert der Bereich die Umsetzung der operativen Exzellenz sowie die für die Erreichung der Ziele der operativen Exzellenz umzusetzenden „HWS 2020“-Projekte.

Auf der Grundlage eines Kennzahlensystems mit über 300 Effektivitäts- und Effizienz Kennziffern, der monatlich exakten Kontrolle der Planvorgaben und der konsequenten Durchführung von Quartalsgesprächen auf Geschäftsleitungsebene wird eine kennzifferorientierte Steuerung des Unternehmens gesichert. Strategisch wird die Aussteuerung über eine jährlich fortgeschriebene 30-Jahresplanung vorgenommen.

Im Geschäftsbereich ist der Zentraleinkauf angesiedelt, welcher sämtliche vergabepflichtigen Einkaufsprozesse koordiniert und durchführt. Zum Bereich gehört ebenfalls das zentrale Facilitymanagement der HWS.

1.1.2.6. Geschäftsbereich Vertrieb

Der Geschäftsbereich Vertrieb ist für die Kundenbetreuung im weitesten Sinne und damit für die Akquise von Neuverträgen, das Stoffstrommanagement, das Hausanschlusswesen und die Wertstoffmärkte zuständig. In diesem Bereich sind die permanente Betreuung der Key-Accounts, die Neuakquise von Verträgen im gewerblichen Bereich, die Verhandlung von Dienstleistungsverträgen wie auch die Einführung und Kontrolle von Servicelevels der HWS angesiedelt.

Darüber hinaus führt der Bereich die Abstimmung und vertragliche Bindung mit den Kunden für Hausanschlussleitungen durch und betreibt und entwickelt die drei Wertstoffmärkte der HWS.

1.1.2.7. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung

Im Rahmen des Effektivitäts- und Effizienzprogramms „HWS 2020“ wurde der Geschäftsbereich 2017 strukturell neu ausgerichtet. Einzelne Stabsstellen wurden aufgelöst und die Arbeitsaufgaben in die Stabsstelle Referat der Geschäftsführung überführt. Gleichzeitig wurden innerhalb des Bereiches Strukturveränderungen vorgenommen, die den wachsenden Anforderungen des Richtlinien-, Auditierungs- und Umweltmanagements entsprechen.

Das Referat der Geschäftsführung ist somit verantwortlich für das Richtlinienmanagement, das Qualitäts- und Umweltmanagement des Unternehmens wie auch die Arbeitssicherheit, den Brand- und den Gesundheitsschutz. Darüber hinaus nimmt der Bereich die Werbe- und Marketingaufgaben, das Vertrags- sowie das Beschwerdemanagement der HWS wahr und verwaltet die Unternehmensversicherungen.

Zum Geschäftsbereich gehört ebenfalls das akkreditierte Zentrallabor der HWS, das Prüftätigkeiten für Trinkwasser, Abwasser und Abfall durchführt.

1.2. Ziele und Strategien

Aufgabe der HWS ist es, für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), Gebietskörperschaften im Umland sowie private und gewerbliche Auftraggeber, die wesentlichsten Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung nachhaltig und langfristig anzubieten und zu erbringen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, war und ist es Ziel der Gesellschaft, eine kundenorientierte und kontinuierliche Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen vorzunehmen und gleichzeitig wirtschaftliche Optimierungspotenziale zu erschließen. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist das Bemühen der HWS, durch weitere Erschließung von Umsatz- und Effizienzpotenzialen zum einen die Entgelte für die Dienstleistungen auf einem angemessenen Niveau für die Bevölkerung zu halten, zum anderen die Gewinnerwartung des Gesellschafters zu erfüllen und um diese Ziele zu erreichen, die Substanzen des Unternehmens zu erhalten und auszubauen.



Die Versorgungssicherheit mit Trinkwasser und die Entsorgungssicherheit des Schmutz- und Niederschlagswassers sowie die Abfallentsorgung wurden in den zurückliegenden Jahren sichergestellt.

Die Preise für Trinkwasser im Versorgungsgebiet der HWS GmbH waren in den letzten 11 Jahren stabil. Unterbrochen wurde dies nur vom Jahr der Einführung des sogenannten „Wassercent“ durch die Landesregierung 2012. Im Jahr 2015 wurde der Trinkwasserpreis gesenkt.

Der Schmutzwasserpreis konnte nach einer Senkung im Jahr 2013 ebenfalls konstant gehalten werden. Der Niederschlagswasserpreis wurde 2015 und 2017 gesenkt.

Wie auch in den Vorjahren konnte das geplante Ergebnis 2017 erfüllt und überboten werden. Die Ergebniserwartung des Gesellschafters wurde mit 103 TEUR übererfüllt.

Durch konsequente Umsetzung des Effizienz- und Effektivitätsprogramms „HWS 2020“ war es möglich, Umsatz- und Kostensenkungspotenziale zu erschließen. Diese wurden unter anderem eingesetzt, um Kostensteigerungen zu kompensieren, damit die Preise auf einem moderaten Niveau gehalten und zugleich die Ergebniserwartung des Gesellschafters erfüllt wurden. Durch Umsetzung des Paktes zur Schuldenreduzierung wurde darüber hinaus die Finanzierungsfähigkeit des Unternehmens weiter verbessert.

Im Rahmen des Strategie- und Kulturentwicklungsprozesses „SWH-Kompass 2020“ besteht für die HWS die Herausforderung, die Umsetzung der operativen Exzellenz zu gestalten. Das strategische Ziel der operativen Exzellenz formuliert dabei „Wir gehören innerhalb der jeweiligen Branche zu den 25 % der Besten in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz).“

Basierend auf dem vorhandenen Kennziffersystem der HWS sowie durch Marktanalysen und Benchmarking wurden Ausgangs- und Zielwerte der operativen Exzellenz pro Abteilung festgelegt. 2017 wurde die operative Exzellenz in der HWS beginnend mit einer zweijährigen Testphase umgesetzt.

Die inhaltliche Gestaltung der operativen Exzellenz wird nach wie vor über die Einzelprojekte des Effizienz- und Effektivitätsprogramms „HWS 2020“ vorgenommen.

Insgesamt wurden im Rahmen dieses Programms 69 Maßnahmen bereits abgeschlossen und in die laufende betriebswirtschaftliche Tätigkeit überführt. Derzeit werden weitere 46 Maßnahmen aktiv bearbeitet. Diese gliedern sich auf folgende Arbeitsschwerpunkte der HWS auf:

	Idee	Konzept	Umsetzung	beendet
Geschäftsentwicklung & Wachstum	3	2	4	15
Kundenorientierung & Servicequalität	0	2	1	5
Betriebsoptimierung	10	4	12	36
Langfristige Investitionsplanung	0	1	1	3
Personalentwicklung, Führung & Organisation	0	2	2	6
Interne & externe Kommunikation	0	0	2	4
Gesamt:	13	11	22	69

Als eine wesentliche Maßnahme zur Sicherung der Finanzierungsfähigkeit des Unternehmens plant die HWS, ab dem Kalenderjahr 2019 die Ermittlung der kalkulatorischen Abschreibungen bei der Entgeltkalkulation der Abwasserbeseitigung von Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) auf Wiederbeschaffungszeitwerte (WBZW) umzustellen. Die Möglichkeit der Umstellung auf diese Abschreibungsmethode ist in § 5 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) geregelt. Diese Mehrerlöse können investiv verwendet werden. Damit kann die Eigenkapitalbasis der HWS gestärkt und die Fremdverschuldung auch bei Steigerung der Investitionen im Rahmen des Substanzwerterhaltungsprogramms im Abwasserbereich gesenkt werden. 2016/2017 wurden die vorbereitenden Maßnahmen (Analysetätigkeit, Berechnen der Wiederbeschaffungszeitwerte (WBZW), Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt und dem Innenministerium) abgeschlossen, sodass 2018 die WBZW in die Kalkulation der Abwasserpreise für die Periode 2019/2020 einfließen können.

Ein weiterer Schwerpunkt, dessen Umsetzung 2017 intensiviert wurde, ist die Strategie zur Substanzwerterhaltung des Trink- und Abwassernetzes. Im Ergebnis einer zielgerichteten Analyse wurden projektbezogene Maßnahmen festgelegt und unter Wahrung der Grundsätze zur Sicherung der Finanzierbarkeit des Unternehmens umgesetzt. Zentraler Punkt im Abwasserbereich ist die Instandhaltungsstrategie Kanalnetz. Bis zum 31.12.2017 wurden 34 km Kanalnetz repariert.

2017 wurde darüber hinaus die Einführung einer prognosegestützten Sanierungsstrategie (Alterungsmodell) weiter vorbereitet. Ziel hierbei ist es, auf Grundlage des Alterungsmodells eine langfristige Erneuerungs-, Renovations- und Instandhaltungsplanung zu erarbeiten und zur gesamtwirtschaftlichen Planung und Ausrichtung der HWS mit der langfristigen Finanzplanung des Unternehmens zu verbinden.

Wesentliche Schwerpunkte der Investitionstätigkeit der HWS waren Maßnahmen im Rahmen des Stadtbahnprogramms sowie Fluthilfemaßnahmen und Komplexmaßnahmen mit der Stadt Halle. Bei den Eigenmaßnahmen ist als größte Investition der Bau eines neuen Belebungsbeckens im Klärwerk Halle-Nord und die damit verbundene Erweiterung um 40.000 Einwohnergleichwerte zu nennen. Insgesamt wurden in der HWS im Jahre 2017 Investitionen in Höhe von 33 Millionen Euro getätigt.

Zur weiteren Optimierung der Tourenplanung im Abfallbereich wurde 2017 die Phase 3 des Optimierungsmodells, welches mit der Hochschule Merseburg erarbeitet wird, abgeschlossen und die Phase 4 begonnen. Unter Nutzung des 2015 und 2016 eingeführten Behälteridentsystems soll im Ergebnis der Phase 4 die Flexibilität in der operativen Tourenplangestaltung erhöht werden.

1.3. Steuerung

Die auf Konzernebene gemeinsam erarbeiteten strategischen Ziele, Führungsgrundsätze und das Leitbild stellen den Rahmen für einen zukunftsorientierten Entwicklungsprozess aller Stadtwerkeunternehmen dar. Die im Konzern erarbeiteten Richtlinien und Handlungsgrundsätze sind die Grundlage für die Führungsstruktur, die Organisation und das Richtlinienmanagement der HWS.

Die Unternehmenssteuerung der HWS erfolgt über ein System verschiedener Instrumente. Analog der in 1.1. dargestellten Unternehmensstruktur ist auch die interne Führungsstruktur organisiert. Die Steuerung aller arbeitsorganisatorischen Belange erfolgt somit entsprechend den technischen und kaufmännischen Geschäftsbereichen.

Die Geschäftsleitung der HWS wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und vier Prokuristen wahrgenommen. Im Auftrag der Geschäftsleitung agiert der Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung u. a. mit dem Richtlinienmanagement, dem Qualitäts- und Umweltmanagement, dem Vertragsmanagement und den wesentlichen Beauftragtenfunktionen für das Unternehmen.

Schwerpunkte der betriebswirtschaftlichen Steuerung sind die strategische, die Mittelfrist- und die jährliche Wirtschaftsplanung. Letztere umfasst die Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung, Bilanz, Personal, Investitionen sowie Mengenplan und Preise. Die Mittelfristplanung wird für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse und Kennzahlen ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt. Die Leistungsfähigkeit der HWS wird in ca. 300 Effektivitäts- und Effizienzkennziffern abgebildet, welche monatlich ausgewertet werden. Die strategische Planung umfasst einen Zeitraum von 30 Jahren.

Die Zielerreichung wird in monatlichen Auswertungen sowohl mit den Bereichsleitern als auch mit den Abteilungsleitern thematisiert. Strategische Aufgabenstellungen, wie die Umsetzung der „HWS 2020“-Projekte, das Gesundheits- und Personalmanagement, die Kennzahlenentwicklung und die Umsetzung der Investitionen, werden durch den Geschäftsführer regelmäßig in den Quartalsgesprächen mit allen Bereichen umfassend behandelt. Die Vorbereitung und Nachbereitung der Quartalsgespräche erfolgten durch die Abteilung Controlling/Strategie und die Unternehmenssteuerung. Die weitere Auswertung erfolgte in den Dienstberatungen der Bereiche und Abteilungen sowie in den quartalsweisen Abteilungsleiterbesprechungen der Geschäftsführung.

Des Weiteren erfolgt eine Projektberichterstattung zu Meilensteinen der „HWS 2020“-Projekte. Dabei werden die Projekte über Projektnummern eindeutig den in 1.2. genannten sechs Arbeitsschwerpunkten des „HWS 2020“-Prozesses zugeordnet und ihr Fortschritt dokumentiert. In speziellen zweimal jährlich stattfindenden Strategieworkshops mit der Führungsebene kommt es deshalb insbesondere darauf an, Schwerpunkte der künftigen Arbeit zu definieren, zu priorisieren und deren Abarbeitung festzulegen. Gleichzeitig werden Nachjustierungen an strategischen Zielen vorgenommen.

Eine laufende Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung erfolgten durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service. Unter Führung der SWH ist auf Konzernebene ein Cash-Pool-Management eingerichtet, in dem Soll- und Haben-Salden auf Konten der beteiligten Unternehmen täglich zu Gunsten bzw. zu Lasten der Leitkonten bei der SWH valutarisch auf null gestellt werden. Dazu werden von der HWS täglich Ein- und Auszahlungen (Tagesvorschau, Vorschau für die nächsten 20 Arbeitstage sowie eine 12-monatige Einnahmen- und Ausgabenfortschreibung auf Basis der erstellten Jahresplanung) EDV-gestützt geplant, überwacht und an die SWH übermittelt. Im Rahmen des Konsortialkreditvertrags wird zentral durch die SWH der Finanzierungsbedarf der HWS über Gesellschafterdarlehen abgebildet.

Ein wesentliches Instrument für die Steuerungs- und Führungsprozesse ist das gemeinsam im Konzernverbund installierte Risikomanagementsystem. Es zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern und ist eng mit der Wirtschaftsplanung verknüpft.

Ein organisatorisches Element zur operativen Steuerung von Unternehmensvorgängen stellt das Unternehmensregelwerk dar, das in Abstimmung mit dem Konzern kontinuierlich überprüft und an die aktuellen rechtlichen, technischen und organisatorischen Gegebenheiten angepasst wird. Ergebnisse der Risikomanagementauswertungen und der im Rahmen des Jahresrevisionsplanes durchgeführten Prüfungen werden in die Nachjustierung der Regelungen einbezogen.

Zusätzlich wird über das zentrale Beschwerdemanagement der HWS durch die auf Leitungsebene erfolgende halbjährliche Auswertung der im Unternehmen eingegangenen Beschwerden Verbesserungspotenzial in Abläufen und Kommunikation aufgedeckt.

Ein weiteres Steuerungsinstrument ist die Umsetzung des Qualitäts- und Umweltmanagements in der HWS. Schwerpunkte und gleichzeitig wesentliche Überprüfungskriterien sind die jährlichen Zertifizierungen durch externe Überwachungsgremien.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten folgende Überwachungen und Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden:

- Rezertifizierung zum Qualitäts- und Umweltmanagement nach neuen Normen
- Zertifizierung des Bereiches Entsorgung zum Entsorgungsfachbetrieb und zur anerkannten Behandlungsanlage für Elektroaltgeräte nach ElektroG
- Reakkreditierung des Zentrallabors durch die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS).

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Finanzierung der SWH-Unternehmen erfolgt ab Ende 2017 grundsätzlich im Wege einer Konzernfinanzierung über die SWH und wird über Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend ihrer Finanzbedarfsplanung ausgereicht.

In Umsetzung des Effektivitäts- und Effizienzprogramms „HWS 2020“ wurden neue Optimierungspotenziale in Form von Strukturanpassungen und Prozessoptimierungen gehoben.

Die Stabsstellen wurden aufgelöst und die Aufgaben in den Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung übertragen. Gleichzeitig wurden die Strukturen an die wachsenden Anforderungen des Richtlinien-, Vertrags-, Qualitäts- und Umwelt- sowie Gesundheitsmanagements angepasst.

2017 wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass der Bereich Behälterservice zum 01.01.2018 vollständig aufgelöst wird. Die Aufgabenbereiche wurden zur Reduzierung von Schnittstellen, zur Sicherung eines flexibleren Personaleinsatzes und zur Hebung von Synergieeffekten von den Bereichen Vertrieb und Entsorgung/Stadtreinigung/Winterdienst übernommen. So wechselt die Abteilung Behälterservice zur Abteilung Containerdienste, die Sortieranlagen und die Elektronikschrottaufbereitung zum Vertrieb. Gleichzeitig wird der Hofbetrieb aus dem Bereich Entsorgung beim Vertrieb angegliedert. Die Abteilung Betriebsführung im Vertrieb wurde aufgelöst. Die Führungsspannen der Beteiligten konnten somit konstant gehalten werden.

Zum 01.09.2017 erfolgte im Bereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf die Zusammenführung der Abteilungen Finanzen/Rechnungswesen und Service. Mit der Zusammenlegung der beiden Abteilungen ging eine Neuorganisation der Aufgabengebiete einher. Die lückenlose Leistungserbringung für die Dienstleistungsmandanten (Service aus einer Hand) einerseits sowie ein leistungsstarkes und auf die aktuellen Erfordernisse ausgerichtetes Finanz- und Rechnungswesen wird mit der Strukturveränderung sichergestellt.

Das „HWS 2020“-Projekt zur technischen und personellen Zusammenlegung der vormals getrennten Leitwarten Trinkwasser und Abwasser zu einer zentralen Leitwarte mit gemeinsamem Standort auf der Kläranlage Nord konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. In Verbindung mit einem angepassten Personal- und Schulungskonzept sowie einem optimierten Arbeitsregime ermöglicht diese Maßnahme Synergien bei der Überwachung der Netze und Anlagen. In Fortsetzung des Projektes ist gegenwärtig die Installation eines gemeinsamen Prozessleitsystems mit einheitlicher Entwicklungsumgebung und Prozesszugriff für Wasser und Abwasser in Arbeit. Die Installation des neuen Prozessleitsystems wurde im März 2018 abgeschlossen.

Der letzte noch bestehende Betriebsführungsvertrag mit dem Wasser- und Abwasserzweckverband Saalkreis (WAZV) wurde Ende Mai 2017 beendet. Infolgedessen wurde Ende 2017 die Abteilung Betriebsführung vollständig aufgelöst. Für die betroffenen Beschäftigten konnte die Strukturänderung durch Übertragung anderer Aufgaben, Ablösung von Fremdleistungen sowie Personaltransfer in andere Gesellschaften des Konzerns sozialverträglich gestaltet werden.

Um den Prozess der zunehmenden Digitalisierung von Geschäftsprozessen erfolgreich umzusetzen, wurde mit der ITC durch die HWS im Jahr 2017 ein völlig neues Vertragsmodell erarbeitet. Der Vertrag, der ab 01.01.2018 wirksam ist, zielt darauf ab, dass alle Leistungen, die von der ITC sinnvollerweise erbracht werden können, auch durch diese erbracht werden und somit die HWS bei der ITC Leistungen einkauft, die festgeschriebene Funktionalitäten erfüllen. Das heißt, Inhalt, Leistungsumfang und Qualität der Leistungen werden von der HWS bestimmt. Die ITC ist Impulsgeber für den mit der Digitalisierung einhergehenden Veränderungsprozess. Der Vertrag hat zunächst eine Laufzeit von 5 Jahren. Um die notwendige Steigerung der Qualität der Leistungen durch die ITC sicherzustellen, wurden Servicelevel definiert, Servicezeiten und Verfügbarkeiten angepasst. Jede Leistung wurde im Vertrag über ein Leistungsblatt beschrieben, sodass eine hohe Transparenz der Realisierung der Aufgaben der ITC und der Kosten gegeben ist.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Unternehmensübergreifend

Mit Wirkung zum 01.01.2017 begann die Testphase in der Umsetzung der operativen Exzellenz in der HWS. Dazu wurden im ersten Quartal die Vereinbarungen mit den einzelnen Bereichen zu definierten Zielwerten und Schritten zu deren Erreichung unterzeichnet. Diese Kennzahlen der operativen Exzellenz wurden pro Abteilung festgelegt. Insgesamt wurden 76 Kennzahlen, davon 42 Effizienz- und 34 Effektivitätskennzahlen vereinbart, die die Gesamtleistung der HWS widerspiegeln. In den ersten 2 Jahren des Tests ist vorgesehen, das System zu prüfen, weiter anzupassen, die Kennzahlen auf ihre Wirkung im Markt zu testen sowie Nachjustierungen vorzunehmen. Mit dem Anspruch ‚Wir wollen zu den 25 % der Besten der Branche gehören‘ formuliert die HWS ihre langfristige strategische Zielstellung, die durch Umsetzung von Maßnahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramms „HWS 2020“ umgesetzt werden.

Zur Nutzung der I-Gänge konnten im Jahr 2017 mit allen Wohnungsgesellschaften Vergleichsvereinbarungen abgeschlossen werden. Mit einem vergleichsweise niedrigen Betrag, der unter anderem Gegenstand der Vereinbarungen war, konnte somit das rechtliche Risiko, das seit 2013 bestanden hatte, beseitigt werden.

Im Schlichtungsverfahren zur Eigenkapitalverzinsung zwischen dem Wasser- und Abwasserzweckverband Saalkreis (WAZV) und der HWS kam es im September 2017 im Rahmen des Schlichtungsverfahrens zu einer Einigung. Der Vergleichsvorschlag wurde durch den Aufsichtsrat der HWS sowie durch die Verbandsversammlung des WAZV bestätigt. Mit Umsetzung dieses Vergleichs sind sämtliche Ansprüche des WAZV an die HWS zur Eigenkapitalverzinsung abgegolten.

Da im Schlichtungsverfahren „Netztrennungskosten“ zwischen dem WAZV und der HWS zunächst keine Einigung erzielt werden konnte, wurde durch die HWS ein Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet. Im Dezember 2017 fand daraufhin die mündliche Verhandlung vor dem Schiedsgericht statt. Im Ergebnis des Schiedsgerichtsverfahrens haben sich die Vertragspartner ebenfalls verglichen. Der Vergleich unterstützt die Ansicht der HWS, dass der WAZV Netztrennungskosten auch für hydraulische Anpassungen im Netz der HWS zu tragen hat, wenn er den Wasserliefervertrag vorzeitig kündigt. Der Betrag für diese Netztrennungskosten wurde bei 5 Mio. Euro gedeckelt. Art und Umfang der Netztrennungskosten wurden beschrieben. Gleichzeitig wurde der Wasserliefervertrag zwischen der HWS und dem WAZV bis zum 31. Dezember 2032 verlängert. Der Betrag für die Netztrennungskosten verringert sich jährlich pro rata temporis bis zum 31. Dezember 2032 auf null. Der Vergleich steht noch unter Gremienvorbehalt. Der Vergleich stand noch unter Gremienvorbehalt. Der Aufsichtsrat der HWS hat dem Vergleich in einer außerordentlichen Sitzung am 16. Februar 2018 zugestimmt. Die Verbandsversammlung des WAZV am 27. Februar 2018 ebenfalls einen zustimmenden Beschluss gefasst. Der Vergleich ist somit wirksam und damit sämtliche Rechtsstreitigkeiten mit dem WAZV beendet.

Im November 2017 wurde die „HWS 2020“-Maßnahme „Optimierung der Lagerwirtschaft“ abgeschlossen. Im Ergebnis der Umsetzung konnten Lagerflächen verringert, eine Absenkung des Vorratsvermögens erreicht und die Grundlagen für eine Erhöhung des Automatisierungsgrades geschaffen werden.

Drei Jahre nach der ersten zentralen Kundenzufriedenheitsumfrage unter den Hallensern zu den SWH-Unternehmen und deren Leistungen wurde 2017 eine erneute Umfrage durchgeführt. Hierbei konnte die HWS für sich sehr gute Entwicklungen verzeichnen und sowohl bei Bekanntheitsgrad, Zufriedenheit mit Leistungen und Mitarbeitern¹ als auch bei der bewussten Verbindung von Leistungen mit dem Unternehmen HWS noch bessere Ergebnisse erzielen als bereits in der letzten Kundenzufriedenheitsanalyse. Ein wesentlicher Beitrag hierzu wurde in den vergangenen Jahren durch gezielte Marketing- bzw. Kommunikationsmaßnahmen und die Sensibilisierung von Beschäftigten durch Schulungen geleistet.

¹ Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung wird im Folgenden die männliche Form für beide Geschlechter verwendet.

In Umsetzung der Unternehmenspolitik der HWS, in welcher eine qualitativ hochwertige, kundenorientierte und umweltfreundliche Leistungserbringung festgeschrieben ist, wurden im Jahr 2017 sowohl die Rezertifizierung für Qualitäts- und Umweltmanagement (bereits nach den neuen Normen DIN EN ISO 9001:2015 und 14001:2015) als auch die Rezertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung erfolgreich durchgeführt. Von einem Bestehen des Reakkreditierungsprozesses im Zentralen Prüflabor der HWS (nach DIN EN ISO/IEC 17025), der bis Januar 2018 stattfand, wird ausgegangen.

Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung

Eine wesentliche Aufgabe im Geschäftsfeld Wasserversorgung und Abwasserentsorgung war und ist die Umsetzung der Substanzwerterhaltungsstrategie des Unternehmens. Beginnend im Jahr 2015 und fortführend mit der Planung 2018-2022 wurden projektkonkrete Schwerpunkte in der Substanzwerterhaltung im Trink- und Abwassernetz abgebildet. Auch wenn im Bereich Trink- und Abwasser zwischen 1994 und 2016 über 675 Mio. EUR Investitionen getätigt wurden, hat die HWS noch vielfältige Aufgaben in der Substanzwerterhaltung des Netzes und der damit verbundenen Anlagen zu erledigen. Durch Projekte soll eine optimale Nutzung der vorhandenen Kosten- und Investitionsstrukturen erreicht werden, um eine hohe Ver- und Entsorgungssicherheit bei Einhaltung der umweltgerechten Rahmenbedingungen zu garantieren.

2017 wurden zur Umsetzung der Strategie über den Plan hinaus gehende Mittel zur Verfügung gestellt, um diesen Prozess zu intensivieren.

Eine wesentliche Aufgabenstellung dabei bildet die Reparaturstrategie Kanalnetz. Hierbei geht es darum, die Zustandsklassen des Kanalnetzes wesentlich zu verbessern. Dies soll nicht durch aufwendige Erneuerungen oder Reliningverfahren erfolgen, sondern durch punktuelle Reparaturen. Durch Kamera-Befahrungen einzelner Gebiete werden die Schadstellen lokalisiert, eine Abwägung zwischen Reparatur, Erneuerung oder Reliningverfahren getroffen und dann gesamtheitliche Reparaturgebiete ausgeschrieben. Bis zum 31. Dezember 2017 konnten somit 34 km Kanalnetz in 10 Reparaturgebieten bearbeitet werden. Im Ergebnis konnten die Zustandsklassen 3 und besser erreicht werden. Gleichzeitig wurden 2017 die Voraussetzungen geschaffen, dass bis zum 31. Mai 2018 das somit reparierte Netz auf 50,3 km gesteigert werden kann. Der Vorteil dieser Methode besteht einerseits in seiner hohen Kosteneffizienz und andererseits in der schnellen und unkomplizierten Umsetzung, da vielfach Robotertechnik eingesetzt wird. So kann in vielen Fällen auf aufwändige Straßensperrungen verzichtet werden.

Darüber hinaus wurden zusätzliche Instandhaltungsmaßnahmen an technischen Anlagen und Gebäuden der Abwasserentsorgung umgesetzt.

Schwerpunkt im Trinkwasserbereich war die Ablösung von Doppelgraugussleitungen, Asbestzementleitungen und die Instandsetzung der Zubringerleitung Nord.

Insgesamt wurde das Kostenbudget für diese Maßnahmen im Jahr 2017 um 4,6 Mio. EUR zur Planung erhöht.

Im investiven Bereich wurden zunehmend technisch innovative Verfahren zur Renovation des Kanalnetzes angewandt. Insgesamt wurden im Jahr 2017 rund 30 Mio. EUR Investitionen im Trink- und Abwasserbereich umgesetzt. Schwerpunkte dabei waren Maßnahmen, wie

- Abwasser
 - Klärwerk Nord – zukunftsorientierter Neubau eines Belebungsbeckens und damit Erweiterung der Kapazität des Klärwerkes um 40.000 EW-Gleichwerte bei gleichzeitiger Verminderung der Ablaufwerte Stickstoff auf 13 mg/l (Klärwerk Nord zurzeit voll ausgelastet)
 - Neubau eines Stauraumvolumens von ca. 4.000 m³ zur Mischwasserbehandlung in Verbindung mit der Fluthilfemaßnahme zum Ersatzneubau des Hauptsammlers
 - Ersatzneubau Hauptsammler Brachwitzer Straße – 1.259 m im halboffenen Vortrieb mit 3,60 m Außendurchmesser
 - Neubau Rechenhaus Tafelwerder
 - Mischwasser-/Regen- und Schmutzwasserkanal Talstraße
 - Mischwasserkanal an der S-Bahnstrecke Steintorbrücke
- Trinkwasser
 - Erneuerung alter störanfälliger bzw. schadhafter Trinkwasserleitungen (Wolfstraße, Hirtenstraße, Jacobstraße, Saalberg, Zerbster Straße, Am Taubenbrunnen, Karl-Freund-Straße, Talstraße, Riveufer, Elsterau (Ost- und Westtrasse), Passendorfer Wiesen, Klausvorstadt)
 - Maßnahmen der Stadtentwicklung – Neubau Verbindungsleitung Hohbergweg, Bugenhagenstraße und Baugebiet Heide-Süd

- Komplexmaßnahmen mit Tiefbau mit Stadt Halle und EVH
 - Trinkwasserleitung, Mischwasserkanal Thomasiusstraße - Komplexbaumaßnahme
 - Trinkwasserleitung, Mischwasserkanal Dorflage - Komplexbaumaßnahme
 - Regenwasserkanal Hafenstraße
 - Abwasserwasserkanal, Trinkwasserleitung Leipziger Chaussee – Komplexbau-maßnahme mit Stadt und Deutsche Bahn
 - Trinkwasserleitung Drosselweg und Innenstadtkollektor mit EVH
- Stadtbahnprogramm
 - Folge- und Zusatzmaßnahmen im Rahmen des Stadtbahnprogramms - bei den Projekten Böllberger Weg, Dessauer Straße, Veszpremer Straße, Merseburger Straße Nord, Vorbereitung Große und Kleine Steinstraße

Die Investitionen wurden sowohl aus Eigenmitteln und Krediten sowie aus Mitteln der Fluthilfe bzw. Fördermitteln im Rahmen des Stadtbahnprogramms und der Städtebauförderung finanziert. Die für die HWS mit den Investitionen verbundenen Vorbereitungs- und Durchführungsarbeiten wurden - trotz fast Verdopplung der Investitionshöhe - mit dem gleichen Personal realisiert.

2017 wurde mit den Vorarbeiten zum Aufbau eines Alterungsmodells für das Kanalnetz der Stadt Halle begonnen. Mit Hilfe statistischer Verfahren wird das Alterungsverhalten des Kanalnetzes in Abhängigkeit von Parametern wie Alter, Rohrmaterial, Lage im Verkehrsraum, Tiefenlage der Kanäle und vorliegende Schäden analysiert. Anders als bei der finanziellen Langfristplanung der HWS liegt hier der Fokus auf der Substanzwertentwicklung des Kanalnetzes. Es werden verschiedene Szenarien bezüglich des Einsatzes finanzieller Mittel (Höhe des Mitteleinsatzes und Verteilung auf Renovation und Erneuerungen des Abwassernetzes) betrachtet und die sich daraus abzuleitenden mittelfristigen Effekte hinsichtlich Zustand, Substanzwert und Entgeltentwicklung analysiert. Ziel ist ein optimierter Mitteleinsatz unter Beachtung der Substanzwertentwicklung des Kanalnetzes. Weiterhin soll das Modell die Priorisierung der benötigten Maßnahmen unterstützen und Aussagen zum erforderlichen Budget für die Substanzwerterhaltung und deren Verbesserung liefern. Mit diesem Alterungsmodell kann eine langfristige materielle Planung der Investitionen der Reparaturstrategie analog der bestehenden Langfristplanung im Finanzbereich sichergestellt werden. Über das ebenfalls 2017 begonnene Projekt Anlagenmanagement sollen die Aussagen beider Modelle miteinander verbunden werden. Das Ziel besteht darin, das Modell 2019 zu installieren und zu testen sowie 2020/2021 mit der Finanzplanung in Form des Anlagenmanagements zu verbinden.

Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe

Auch 2017 stand die Fortführung der Umgestaltung des Entsorgungsstandortes Äußere Hordorfer Straße an. Das beinhaltet die Neugestaltung der Abfallbehandlungsfläche sowie verschiedene Maßnahmen zur Umnutzung und zur Erweiterung der bisherigen Flächen. Des Weiteren wurde der 2. Bauabschnitt zum Umbau des ehemaligen Mitarbeiterparkplatzes abgeschlossen und der 3. und letzte Bauabschnitt für 2018 vorbereitet, sodass der Platz nach Abschluss der Arbeiten in 2018 in seiner Gesamtheit als Fahrzeug- und Containerstandplatz genutzt werden kann. Diese Maßnahmen sind erforderlich, um die mit der Umsatzentwicklung verbundene Erhöhung der umzuschlagenden Abfallmenge sicherzustellen und tragen aufgrund der Entzerrung des Verkehrs- und Arbeitsraumes wesentlich zur Steigerung der Sicherheit auf dem Gelände für Kunden als auch Mitarbeiter bei und führen zur Optimierung logistischer Abläufe.

In Zusammenarbeit mit der Hochschule Merseburg wurde das Projekt Transportoptimierung erfolgreich fortentwickelt. In dem Tourenoptimierungsprogramm können Tourenpläne in kürzester Zeit optimiert werden, so dass auch kurz- und mittelfristige Ereignisse in die Tourenplanung aufgenommen werden können. Die Umsetzung der hier gewonnenen Erkenntnisse wird in eine weitere Optimierung der Tourenplangestaltung im Bereich Abfall im Jahr 2018 münden. Darüber hinaus wurden 2017 die Voraussetzungen geschaffen, dass Container 2018 ebenfalls mit Transpondern ausgerüstet werden. Damit ist eine wesentliche Vereinfachung und Optimierung der Containerlogistik verbunden. Des Weiteren wurde die Vorbereitung für die GPS-gesteuerte Führung der Straßenreinigung und des Winterdienstes geschaffen.

2017 feierten die Wertstoffmärkte ihr 10-jähriges Bestehen. Auch im Berichtsjahr ist eine weitere Zunahme der Kundenerlöse und Tonnage-Zahlen zu verzeichnen.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der Trinkwasserabsatz im Stadtgebiet von Halle war entsprechend der Bevölkerungsentwicklung zum Vorjahr relativ konstant. Im Bereich des WAZV-Gebietes sind Umsatzrückgänge durch Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen. Der geplante Umsatz im Bereich Trinkwasser wurde erreicht. Aufgrund der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung geht die HWS im Stadtgebiet von leicht steigenden Trinkwassermengen im WAZV Gebiet von sinkenden Trinkwassermengen aus. Analog verhält sich die Entwicklung des Abwasserumsatzes im Stadtgebiet von Halle. Aufgrund erhöhter Investitionstätigkeit hat sich der Eigenverbrauch von Trinkwasser (durch Spülungen, Dichtheitsprüfungen etc.) erhöht, was zum Anstieg der Wasserverluste führte.

Aufgrund der Konjunkturlage ist ein wesentlicher Anstieg des Baupreisindex zu verzeichnen. So entwickelte sich der Baupreisindex von 2016 auf 2017 um 6,1 %. Diese Situation wirkt insbesondere auf die von der HWS geplanten Investitionen. Durch eine zielgerichtete Vorbereitung der dazu notwendigen Ausschreibungen und konsequent geführten Bietergesprächen konnte 2017 erreicht werden, dass nur in Ausnahmefällen eine Überschreitung der Kostenschätzungen hingenommen werden musste.

Im Entsorgungsbereich gestaltet sich die Marktentwicklung wie folgt:

Die Preise für Altholz bleiben weiter stabil, gleiches gilt für die thermische Verwertung von Gewerbeabfällen. Für beides wird auch kurzfristig nicht mit größeren Schwankungen gerechnet. Die Preise für Kunststoffe setzten auch im vierten Quartal ihre Talfahrt unvermindert fort. Grund ist hier nach wie vor der chinesische Markt. Eine Besserung ist derzeit nicht absehbar. Auch bei PPK musste im letzten Quartal 2017 ein teils deutlicher Rückgang der Preise beobachtet werden. Die Rohstoffpreise für Stahlschrott verharren trotz kleinerer Schwankungen auf hohem Niveau. Der allgemeine Trend der Preisentwicklung bleibt auf Grund von Rohstoffspekulationen an den Börsen weiterhin kurzfristigen Schwankungen unterworfen.

Die Entsorgung von Abfällen wird durch die HWS in der Regel ausgeschrieben und über Jahres- bzw. Zweijahresverträge fest vereinbart. Lediglich Mengen, die über den Ausschreibungs- oder Vertragsrahmen hinausgehen, sind unterjährigen Preisschwankungen unterworfen. Das Mengenaufkommen bei der HWS blieb auch im letzten Quartal 2017 unvermindert hoch, so dass es erwartungsgemäß zu Überschreitungen von Ausschreibungsmengen kam (z. B. Altholz). Hierbei konnten jedoch stets Verwertungspreise erzielt werden, die günstiger oder zumindest gleichwertig zu den Vertragspreisen waren.

Die Vergütungen im Wertstoffbereich erfolgen auf Grundlage der Bindung an die entsprechenden Indizes der Zeitschrift „Euwid“, so dass Marktschwankungen weitergegeben werden können.

Als Reaktion auf den einbrechenden Kunststoffmarkt und die sich abzeichnende Entwicklung wurden im letzten Quartal noch umfänglich Altkunststoffe durch die HWS entsorgt. Mindere Qualitäten bzw. derzeit nicht vermarktbare Material wird kurzfristig nur noch begrenzt bzw. gegen Zuzahlung gesammelt.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Auf Bundesebene wurde die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) am 02. Februar 2017 verabschiedet. Sie wird nach Inkraftsetzung im Land Sachsen-Anhalt die VOL/A im Unterschwellenbereich ablösen. Gemäß UVgO ist durch den Auftraggeber ab 01. Januar 2019 die Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten in Textform nach BGB mithilfe elektronischer Mittel zu akzeptieren. Weiterhin hat der Auftraggeber ab dem 01. Januar 2020 vorzugeben, dass die Unternehmen ihre Teilnahmeanträge und Angebote in Textform nach BGB ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel übermitteln. Dasselbe gilt für die sonstige Kommunikation nach §7 UVgO. Im Oberschwellenbereich (EU-Vergaben) müssen ab 18. Oktober 2018 alle öffentlichen Auftraggeber und alle Bieter ausschließlich ein elektronisches EU-Vergabeverfahren umsetzen. Diese umfasst auch die elektronische Angebotsabgabe und durchgängige Bieterkommunikation bis zum Zuschlag für Vergabestellen. Die HWS hat den erforderlichen Handlungsbedarf ausgearbeitet und stellt die entsprechende fristgerechte inhaltliche und technische Umsetzung der oben genannten Vergaberechtsänderungen sicher.

Mit der Richtlinie 2014/55/EU hat die Europäische Union ihre Mitgliedsstaaten verpflichtet, die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen durchzusetzen. Bis Ende 2018 müssen alle Bundesbehörden elektronische Rechnungsformate annehmen. Ende 2019 werden dann auch alle anderen öffentlichen Auftragnehmer in die Pflicht genommen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, wird der Rechnungsstandard ZUGFeRD (Zentraler User Guide des Forums elektronische Rechnung Deutschland) im Rahmen eines konzernweiten Projektes bei der SWH eingeführt. Ziel des Projektes ist es, die Verwendung des Formats für den Konzern zu prüfen und bis Ende 2018 überall dort einzuführen, wo die Verwendung der elektronischen Rechnung gefordert ist bzw. wo Abläufe vereinfacht werden können. 2017 wurde mit der Datenerfassung für die relevanten Prozesse begonnen.

Im bereits im Vorjahr angesprochenen Kartellverfahren gegen einige LKW-Hersteller verhängte die EU-Kommission Bußgelder wegen aufgedeckter Preisabsprachen. Das geltende europäische Kartellrecht räumt den durch unlautere Absprachen benachteiligten Marktteilnehmern die Möglichkeit ein, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Da auch die Fahrzeuge der Stadtwerkeunternehmen hiervon betroffen sind, hat das zentrale Fuhrparkmanagement der HWS für alle Tochterunternehmen der SWH sowie für die Stadt Halle die erforderlichen Daten für die Geltendmachung von Schadenersatz erfasst und die erforderlichen Schritte zur Fristwahrung vorgenommen. Koordiniert durch den VKU (Verband kommunaler Unternehmen e.V.) wurde durch die Mitgliedsunternehmen ein ökonomisches Gutachten erarbeitet und allen beteiligten Unternehmen zur Verfügung gestellt. Derzeit versucht die HWS mit den Kartell-Unternehmen Vergleichsvereinbarungen herbeizuführen.

Die Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung ist am 03. Oktober 2017 in Kraft getreten. Ziele der neuen Klärschlammverordnung sind ein mittelfristiger flächendeckender Einsatz technischer Verfahren für eine Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm und eine Verringerung der bodenbezogenen Klärschlammverwertung. Alle zurzeit durch die HWS entsorgten Klärschlämme erfüllen mit ihren Inhaltsstoffen die strengen Vorgaben der Dünge- und der Klärschlammverordnung, somit ist eine landwirtschaftliche, landbauliche oder eine Kompostierung der entwässerten Schlämme in den nächsten Jahren möglich. Ein Problem stellt die Phosphorrückgewinnung dar. Studien bestätigen, es existiert dafür zurzeit noch keine zuverlässige und gleichzeitig wirtschaftliche Technologie. Die HWS berät derzeit mit anderen kommunalen Aufgabenträgern von Abwasseranlagen technische und organisatorische Lösungen und sucht gemeinsam nach wirtschaftlich sinnvollen Strategien.

Am 1. August 2017 trat die bundesweit gültige, novellierte Gewerbeabfallverordnung in Kraft. Mit der Novelle fördert der Gesetzgeber die getrennte Erfassung von stofflich verwertbaren Abfällen und fördert somit das Recycling bzw. die Wiederverwertung. Dies führt zu neuen Anforderungen an Abfallerzeuger, vor allem bei den erweiterten Getrenntsammlungs- und Dokumentationspflichten. Aber auch Entsorger müssen sich auf Neuerungen einstellen. Die HWS hat ihre Kunden schon frühzeitig über die anstehenden Änderungen informiert und unterstützt sie bei Umsetzung und Dokumentation. Außerdem gewährleistet das Unternehmen die Entsorgung der nicht getrennten Fraktion in zugelassenen Entsorgungsanlagen. Zusätzliche Aufwendungen entstehen der HWS durch die Verordnung nicht.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Einer der wesentlichsten Erfolgsfaktoren der HWS ist die klare mittelfristige und strategische Ausrichtung des Unternehmens, welche durch die Jahres-, Mittel- und Langfristplanung und deren konsequente Umsetzung unteretzt ist. Das bereits mehrfach erwähnte Effizienz- und Effektivitätssteigerungsprogramm „HWS 2020“, die konsequente Umsetzung der einzelnen Arbeitsschritte der einzelnen Projekte, deren Überführung in das Tagesgeschäft und die weiterführende Verfolgung der mit den Projekten anvisierten Ziele hat im Wesentlichen zur gewünschten Hebung von Effizienz- und Effektivitätssteigerungspotenzialen geführt. Klare Leitungsstrukturen, die zielstrebige Nutzung der betriebswirtschaftlichen Effizienz- und Qualitätskennziffern als Steuerungsinstrument, die Einbindung aller Führungskräfte und der Mitarbeiter in die Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse sind wesentliche Erfolgsfaktoren. Mit der Umsetzung der operativen Exzellenz ab 2017 soll eine weitere Qualitätserhöhung in der strategischen Ausrichtung der HWS erreicht werden. 76 Effektivitäts- und Effizienz-kennziffern der operativen Exzellenz, welche auf die einzelnen Abteilungen der HWS heruntergebrochen wurden und somit deren strategische Ausrichtung bestimmen, werden durch „HWS 2020“-Maßnahmen zur Zielerreichung umgesetzt. Zum Treiber der Weiterentwicklung des Unternehmens sind die Aktivitäten zur Erreichung zu den 25 % der Besten der Branche zu gehören, einzuordnen.

Ein umfangreiches Aus- und Weiterbildungsprogramm für alle Mitarbeiter und insbesondere auch die Nachwuchsförderung durch den Talentpool, stellen gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter sicher. Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren intensiv daran gearbeitet, durch ein gut ausgerichtetes Qualitätsmanagement und die Einführung von Servicelevels die Kundenbindung in allen Bereichen zu erhöhen. Unterstützt durch Marketing-Kampagnen (Wasserkampagne/Entsorgungskampagne), verbesserten Internetauftritt und Nutzung moderner Einrichtungen, wie Social Networks, wird darüber hinaus eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Sicherung der Kundenbindung realisiert.

Die zunehmende Digitalisierung von Prozessen der HWS, wie die Projekte Smart-metering (fernauslesbare Wasserzähler), Tourenoptimierung oder Identsystem für Container im Abfallbereich, wird zunehmend zum Erfolg des Unternehmens beitragen.

Die grundsätzliche Sicherung des Geschäftsmodells durch mittel- und langfristige Verträge, insbesondere mit der Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale), ist ebenfalls ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

3.5. Forschung und Entwicklung

Unterstützt durch das deutsche Biomasseforschungszentrum wurde 2012 das Versuchsprojekt „Integrierte Verwertungsanlage und Strategie für kommunale Biomasse - hydrothermale Carbonisierung“ begonnen. Mit dieser Anlage wurde prozess- und anlagentechnisches Neuland beschritten und in einem technischen Großversuch eine noch nicht erprobte Technologie zur klimafreundlichen Umwandlung von Biomasse in HTC-Kohle angewandt. Nachdem es in den letzten Jahren dem mit der Errichtung beauftragten Unternehmen nicht gelang, die Anlage bis hin zur Abnahme durch den TÜV zu ertüchtigen, wurden durch die HWS Ende 2016/Anfang 2017 Verhandlungen mit der Firma Vorwerk GmbH aufgenommen, um die Ertüchtigung und Herstellung der Funktionsfähigkeit dieser komplexen Anlage durch eine Drittfirma mit Spezialkenntnissen vornehmen zu lassen. Dazu wird die HTC-Anlage durch die Fa. Vorwerk gepachtet. Gleichzeitig war zu klären, inwiefern Fa. Vorwerk vom Knowhow der Fa. Artec, die die Anlage konstruiert und errichtet hat, partizipieren kann. Zum Jahresende 2017 waren alle Verträge inhaltlich abgestimmt und sind zwischenzeitlich unterzeichnet. Für Anfang 2018 sind erste Arbeiten durch Vorwerk eingeplant. Die HWS GmbH ist von der Anwendbarkeit dieser Technologie nach wie vor überzeugt. Durch die Novellierung der Klärschlammverordnung wurden darüber hinaus verbesserte wirtschaftliche Voraussetzungen für die Anwendung der Technologie im Bereich Klärschlamm geschaffen.

Seit September ist als Pilotprojekt für die Innenstadtreinigung der erste e-Transporter im Einsatz. Dieser StreetScooter, den die Deutsche Post DHL Group entwickelt und produziert hat, wurde zunächst als Papiersammelwagen zur Entleerung von Papierkörben im Stadtgebiet Halle eingesetzt. Damit begann eine Testphase von mindestens einem Jahr, in dem die Eignung für die verschiedenen Einsatzgebiete der Stadtwerkeunternehmen untersucht wird. Durch den Einsatz des e-Transporters wird nicht nur der CO₂-Ausstoß gemindert, auch der Lärmpegel in der Innenstadt wird gesenkt. Bewährt sich das Fahrzeug im täglichen Einsatz, ist die Anschaffung weiterer StreetScooter möglich.

Gemeinsam mit der Bauhaus-Universität Weimar und der Sächsischen Umwelt Consulting GmbH wurde ein Antrag an den Projektträger Jülich zur Unterstützung eines Projektes für den Einsatz von elektrobetriebenen LKW zum Transport von Deponiesickerwasser gestellt. In diesem Projekt soll aufgezeigt werden, welche Effekte durch die Substitution von Diesel-LKW durch batteriebetriebene Zugmaschinen (E-LKW) für den städtischen Verkehr erzielt werden können. In einem Demonstrator sollen zwei der im Stadtverkehr von Halle verkehrenden LKWs, die zwischen der Deponie Lochau und dem Klärwerk Nord pendeln, durch E-LKWs ersetzt werden. Die tägliche Fahrleistung beträgt für beide LKW ca. 700 km, wovon ca. 80 % durch das Stadtgebiet von Halle führen. Gleichzeitig sollen die Energiespeicher im Dauerbetrieb getestet werden. Bei Umsetzung dieses Projektes wird ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung von Kohlendioxid-Belastungen in der Stadt Halle geleistet.

Neben diesen Projekten werden im aktuellen Berichtsjahr und darüber hinaus folgende Projekte weiterverfolgt:

- Neuordnung und Optimierung der Tourenpläne der HWS im Bereich der Straßen- und Gehwegreinigung, der Sinkkastenreinigung und der Behälterentsorgung (Partner: Hochschule Merseburg)
- Entwicklung einer DIN-Norm zur Bestimmung des leicht freisetzbaren Sulfids in Zusammenarbeit mit dem DIN-Normenausschuss Wasserwesen (Partner: ECH GmbH Halle)
- Rohrschweißen mit Laserstrahlung unter Baustellenbedingungen (Partner: SLV Halle GmbH)
- Alterungsmodell – Kanalnetz mit Unterstützung der Hochschule Aachen.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist die HWS bestrebt, dem zu erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die HWS setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren zum Jahresende 2017 29 Auszubildende bei der HWS beschäftigt, darunter 4 duale Studenten. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Berufskraftfahrer/-in, Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Anlagenmechaniker/-in, Industriemechaniker/in, KFZ-Mechatroniker/-in, Elektroniker/-in für Betriebstechnik und Kauffrau/-mann für Büromanagement sowie über duale Studiengänge in den Bereichen Wasserwirtschaft und Wirtschaftsingenieurwesen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 waren im Unternehmen 578 Mitarbeiter und Auszubildende beschäftigt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 46 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 18 Jahren. Im Geschäftsjahr 2017 lag die Fluktuationsrate bei 1,41%.

3.6.1. Personalentwicklung

Die Schnelllebigkeit der Veränderung interner wie externer Rahmenbedingungen bringt viele Herausforderungen mit sich und erfordert flexibles Handeln und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen mit all ihren Mitarbeitern. Vor diesem Hintergrund wurden die Personalentwicklungsinstrumente fortgeführt und ergänzten auch 2017 die Schulungen mit fachlichem Schwerpunkt.

3.6.2. Führungskräfteentwicklung

Im Rahmen der Führungskräfteentwicklung haben alle strategischen Führungskräfte der HWS am Modul „Gesundheitsstärkend führen“ teilgenommen. Weiterhin konnte in den Trainings zur Stärkung der eigenen Widerstandsfähigkeit, zum Stress- und Zeitmanagement sowie zur Werteorientierung in der Führung eine hohe Teilnahme von Führungskräften verzeichnet werden.

Auch künftig ist eine Fortführung der Schulungsmodule geplant, wobei ein Modul sich in seiner Zielsetzung insbesondere an Führungskräfte richtet, die Führungsverantwortung neu übernommen haben. Auch die Trainings zur Stärkung der Kompetenzen im Umgang mit persönlichen Ressourcen werden weitergeführt. Ergänzt wird das Angebot der Führungskräfteentwicklung um die Intensivprogramme „Professionelle Kommunikation“ und „Führung im permanenten Wandel“.

Unter der Überschrift „Digitalisierung“ wurde 2017 eine Führungskräfteveranstaltung für die strategische Führungsebene durchgeführt. Die Tagungsergebnisse fließen in die strategische Weiterentwicklung der SWH-Gruppe ein und werden 2018 weiter bearbeitet.

3.6.3. Unternehmensklärung Frauenquote

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der HWS beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2017 bei 42 %. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2017 unverändert bei 35 %. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HWS liegt per 31. Dezember 2017 bei 33 %. Eine Zielstellung ist nicht festgelegt.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen ca. 22 % Frauenanteil bis Mitte 2017 und ca. 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

3.6.4. TalentPool

Im Mittelpunkt der TalentPool-Arbeit stand für die Teilnehmer (davon sechs Mitarbeiter der HWS) die Weiterentwicklung und Schärfung ihrer strategischen Projektideen. Begleitet und unterstützt wurde dieser Prozess durch ein Intensivprogramm zur professionellen Kommunikation sowie zur effizienten Projektsteuerung. Regelmäßige Reflexions- und Erfahrungsaustauschtreffen dienten der Qualitätssicherung in der TalentPool-Arbeit. In 2018 werden durch die Teilnehmer die beiden strategischen Projekte „SWH.Kreativfreiräume“ und „SWH.Kundenportal“ bearbeitet. Des Weiteren ist die Durchführung des Intensivprogramms zur Führung im permanenten Wandel und Projektsupervision vorgesehen.

3.6.5. Zentrale Mitarbeiterschulungen

Die Angebote der Mitarbeiterentwicklung vermittelten überwiegend IT-Kompetenzen und Kompetenzen im Bereich „gesund arbeiten“. 74 Mitarbeiter der HWS nahmen an mindestens einem Training der zentralen Mitarbeiterentwicklung teil. Insbesondere das „Anti-Stress-Coaching“, das Training zum „Zeit- und Selbstmanagement“ sowie die MS Office-Schulungen stießen auf große Resonanz bei den Mitarbeitern.

3.6.6. Betriebliches Gesundheitsmanagement

Im betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) wurde die Arbeit der drei tätigen Gesundheitszirkel verstärkt. Die 25 Mitglieder sind die Ansprechpartner für alle Beschäftigten bei Anliegen rund um Maßnahmen für Gesundheit und Wohlbefinden im Arbeitsalltag. Zahlreiche Kurse und Aktionen wurden im Berichtsjahr unter hoher Beteiligung durchgeführt. Als Anreiz für die Erhaltung der Gesundheit und damit der Leistungsfähigkeit hatte die HWS erstmals 2017 ein Bonusheft an alle Beschäftigten herausgegeben, in dem eine Vielzahl von Maßnahmen für die Gesunderhaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfasst werden können, was bei Erreichen bestimmter Punktzahlen das Erlangen festgelegter Preise sicherstellt.

Das Maßnahmenpaket im Rahmen des BGM zielte auch 2017 auf eine Senkung des Krankenstandes in der HWS ab. Erstmals seit Jahren konnte ein Erfolg verzeichnet werden, indem die Fehlzeitenquote mit Langzeitkranken im Gesamtunternehmen wieder leicht gesunken ist. Erfreulich ist, dass dieses Ergebnis auf ein Absinken in den Schwerpunktbereichen Entsorgung und Gebäudereinigung sowie bei den Auszubildenden zurückzuführen ist. Die Maßnahmen des Gesundheitsmanagements werden zielgerichtet weiterverfolgt und bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Eine weitere Maßnahme zur Kommunikation mit krankheitsbedingt lange ausgefallenen Beschäftigten ist das betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM). In den freiwilligen und vertraulichen Gesprächen des BEM-Teams mit den Betroffenen geht es vor allem um Umsetzungen, Altersübergangslösungen, arbeitsorganisatorische Hinweise und Arbeitsschutzmaßnahmen.

Einer der wesentlichen Schwerpunkte in der Personalarbeit 2017 bestand in der Ergreifung von Maßnahmen zur Veränderung des Überalterungsprozesses und zur Senkung des Langzeitkrankenstandes. Für leistungsgeminderte Mitarbeiter wurde im zentralen Facilitymanagement das Team Objekt- und Hausdienste geschaffen. Aufgabe dieses Teams ist es, Grünflächenpflege in den umfangreichen Liegenschaften der HWS zu betreiben bzw. kleinere Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen vorzunehmen. In diesem Team kann eine leistungsgerechte Zuweisung von Arbeiten für die betreffenden Mitarbeiter vorgenommen werden. Die Gegenfinanzierung erfolgt zum großen Teil durch Ablösung von Fremdleistungen und sonstige Sozialleistungen der Kassen und Rententräger. Darüber hinaus wurden im Kalenderjahr 2017 7 Altersteilzeitverträge und 8 Aufhebungsverträge mit Abfindungen abgeschlossen. Des Weiteren wurden für Langzeitkranke befristete Einstellungen von 1-2 Jahren vorgenommen.

3.6.7. Compliance

Im Bereich Compliance fanden in 2017 Schulungen zum Thema Korruptionsprävention und Korruptionsprävention für Betriebsräte statt. Innerhalb dieser beiden Schulungsbausteine wurden 21 Beschäftigte, Betriebsräte und Führungskräfte der HWS geschult. In 2018 werden diese Schulungsthemen als Auffrischungsveranstaltungen fortgesetzt, zusätzlich werden die Führungskräfte zum Thema Umgang mit Unternehmerpflichten geschult.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Erfolgsrechnung HWS -Kurzfassung- (Angaben in T€)	2016	2017	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	118.374	120.229	1.855	1,6
Übrige betriebliche Erträge	9.379	9.337	-42	-0,4
Materialaufwand	30.516	34.583	4.067	13,4
Personalaufwand	30.698	29.186	-1.512	-4,9
Übrige betriebliche Aufwendungen	25.077	24.899	-188	-0,7
Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen	325	254	-71	-21,8
EBITDA	41.787	41.152	-635	-1,5
Abschreibungen	19.925	20.062	137	0,7
EBIT	21.862	21.090	-772	-3,5
Zinsergebnis	-11.628	-10.798	830	7,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.234	10.292	58	0,6
Sonstige Steuern	137	117	-20	-14,6
Ergebnis vor Gewinnabführung	10.097	10.175	78	0,8

Die gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Absatzmengen für die Stadt Halle (Saale) und die Lieferung an Dritte führen zu leicht gesunkenen Erlösen Trinkwasser (-124 TEUR).

Die Umsatzerlöse der Abwasserentsorgung befinden sich etwa auf dem Vorjahresniveau (+59 TEUR). Trotz der Preissenkung des Niederschlagswassers um 5 Cent/m² konnten durch Mehrmengen im Schmutz- (+59 Tm³) und Mehrflächen im Niederschlagswasser (+105 Tm²) die Umsatzerlöse im Vergleich zum Geschäftsjahr 2016 gehalten werden.

Im Geschäftsfeld Abfallentsorgung/Reinigung ist eine steigende Entwicklung der Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich zu konstatieren. Umsatzsteigerungen in den Bereichen Gebäudereinigung, Entsorgung und Verwertung, Sortierung, Behandlung und Umladung sowie Winterdienst führen zu einer Steigerung der Umsatzerlöse von insgesamt 2.644 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Die Umsatzerlöse Betriebsführungen-/dienste sind aufgrund der Beendigung der betreffenden Verträge durch Umlandgemeinden im Vergleich zum Vorjahr gesunken (-449 TEUR).

Die übrigen betrieblichen Erträge befinden sich nahezu auf Vorjahresniveau. Im Vergleich zum Kalenderjahr 2016 ist ein leichter Rückgang um 42 TEUR festzustellen.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 4.067 TEUR gestiegen. Wesentlicher Einflussfaktor dafür ist der gestiegene Aufwand für bezogene Leistungen (+3.725 TEUR). Im Kalenderjahr 2017 wurden, der Instandhaltungsstrategie folgend, verstärkte Reparaturleistungen im Abwasser- und Trinkwassernetz vorgenommen.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 1.512 TEUR gesunken. Das Vorjahr war u.a. durch Zuführungen zu Rückstellungen für Maßnahmen der strategischen Personalentwicklung i. H. v. 1.819 TEUR beeinflusst. Im Kalenderjahr 2017 erfolgten Zuführungen i. H. v. 726 TEUR.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. In der Position sind Aufwendungen aus der Zuführung zur Rückstellung für Niederschlagswasser i. H. v. 1.600 TEUR enthalten.

Die Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen sind um 71 TEUR zurückgegangen.

Das EBITDA wird mit 41.152 TEUR ausgewiesen und unterschreitet das Vorjahrsergebnis um 635 TEUR.

Die Erhöhung der Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr ist durch erhöhte Investitionen zur Beseitigung von Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 begründet.

Das Zinsergebnis konnte im Vergleich zum Vorjahr um 830 TEUR verbessert werden.

Das Ergebnis vor Gewinnabführung von 10.175 TEUR überschreitet das Vorjahresergebnis um 78 TEUR.

Das geplante Ergebnis der HWS von 10.072 TEUR wurde um 104 TEUR übererfüllt. Die HWS blickt damit auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2017 zurück.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr erhielt die HWS eine Gesellschaftereinlage in Höhe von 2.049 TEUR, welche der Kapitalrücklage zugeführt wurde. Diese Einlage und die nachträgliche Wertaufholung von Sonderposten aus der Übernahme der Vermögenswerte des AZV Elster-Kabelsketal in 2015, führten im Jahr 2017 zu einer Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals um insgesamt 2.035 TEUR.

Weiterhin stieg der Sonderposten für Baukosten- und Investitionszuschüsse bei planmäßiger Auflösung um 13.986 TEUR. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf Zugänge von Fördergeldern im Rahmen der Beseitigung von Schäden des Hochwassers 2013 zurückzuführen.

Kumulativ erhöhte sich damit das wirtschaftliche Eigenkapital um 15.691 TEUR auf 238.111 TEUR, was einem Anstieg der Eigenkapitalquote von 41,2 % auf 43,6 % entspricht.

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100 % an die SWH abgeführt.

Das Fremdkapital belief sich zum Bilanzstichtag auf 308.099 TEUR, wobei die Verbindlichkeiten incl. Zinsabgrenzung 278.438 TEUR betragen.

Im Geschäftsjahr wurden Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt 14.150 TEUR zur Finanzierung der Investitionen des laufenden Jahres und zur Refinanzierung von auslaufenden Kreditgeschäften im Rahmen einer Konsortialfinanzierung der Stadtwerke Halle GmbH aufgenommen. Außerdem wurden im Jahr 2017 für fünf Darlehen nach auslaufender Zinsbindung neue Vereinbarungen abgeschlossen. Zwei davon wurden als KfW-geförderte Darlehen mit einem günstigen Zinssatz anschlussfinanziert. Gleichzeitig wurden Swaps abgeschlossen, um die Zinssätze zu variabilisieren. Drei Darlehen wurden in variabel verzinsliche Vereinbarungen umgewandelt. So konnten die Darlehen planmäßig als Grundgeschäfte den seit 2013 bestehenden Portfolioswap einfließen.

Der Portfolioswap wurde in 2013 zur Zinsoptimierung sowie zur Erhöhung der Zins- und Planungssicherheit infolge des Strategieprogramms HWS 2020 abgeschlossen. Er hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich 5.294 TEUR und steigt im Laufe des Vertragszeitraumes auf max. 95.987 TEUR. Zum 31. Dezember 2017 betrug der Nominalbetrag 74.998 TEUR.

In der folgenden Tabelle wird das Verhältnis der Nettoschulden zum EBITDA ausgewiesen.

Nettoschulden (Angaben in T€)	2016	2017	Veränderung	
			absolut	in %
Finanzverbindlichkeiten	256.366	253.714	-2.652	-1,0
Liquide Mittel	25.584	19.471	-6.113	-23,89
Nettoschulden	230.782	234.243	+3.461	+1,5
EBITDA	41.787	41.152	- 635	-1,5
Nettoschulden/EBITDA	5,5	5,7	+0,2	+3,6

Die Finanzverbindlichkeiten konnten im Berichtsjahr um 2.652 TEUR reduziert werden. Damit hat die HWS einen weiteren Beitrag zur Schuldenreduzierung als zentralem Bestandteil des Entwicklungs- und Effizienzprogramms HWS 2020 geleistet.

4.2.2. Liquidität

Zum 31. Dezember 2017 verfügte die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH über nicht zweckgebundene Zahlungsmittel in Höhe von 18.933 TEUR (Vorjahr: 24.593) und einen Kreditrahmen in Höhe von 10.000 TEUR in Form einer Kontokorrentlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH. Damit befindet sich die HWS in einer stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben, um allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 6.610 TEUR auf 546.210 TEUR. Das entspricht einem Anstieg von 1,2 %.

Diese Steigerung ist durch gegenläufig wirkende Effekte geprägt. Sie resultiert hauptsächlich aus dem Anstieg des Anlagevermögens um 13.136 TEUR und der Reduzierung der Forderungen um 6.162 TEUR. Den Investitionen und unentgeltlichen Übernahmen in Höhe von 33.221 TEUR stehen Abschreibungen von 20.062 TEUR und Buchwertgänge von 23 TEUR gegenüber.

Die Entwicklung des Umlaufvermögens im Berichtsjahr ist geprägt durch die Reduzierung der Forderungen um 6.162 TEUR. Dabei entfallen 1.699 TEUR (16,0 %) auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und 5.668 TEUR (23,1 %) auf die Reduzierung des Cash-Pool-Guthabens.

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung des Anteils von Anlagevermögen und Umlaufvermögen an der Bilanzsumme dargestellt:

Anteil an Bilanzsumme	2016 in %	2017 in %	Veränderung in %
Anlagevermögen	92,2	93,5	+ 1,4
Umlaufvermögen	7,8	6,5	-16,7

Als Ver- und Entsorgungsunternehmen zählt die HWS zu einer anlagenintensiven Branche. Aus diesem Grund ist der prozentuale Anstieg des Anlagendeckungsgrades I um 4,3 % im Jahr 2017 sehr positiv zu werten:

Entwicklung des Anlagendeckungsgrades I	2016	2017	Veränderung	
	T€	T€	T€	in %
Anlagevermögen	497.400	510.536	+13.136	+2,6
Wirtschaftliches Eigenkapital	222.420	238.111	+15.691	+7,1
Deckungsgrad	44,7 %	46,6 %		+4,3

4.4. Gesamtaussage

Im Wirtschaftsjahr 2017 konnte wiederum eine positive Entwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung der HWS erreicht werden. Die geplanten Umsätze konnten in fast allen Bereichen erfüllt bzw. überboten werden.

Die Maßnahmen zur Substanzwerterhaltung des Trinkwasser- und Abwassernetzes wurden durch zusätzliche Maßnahmen über den Plan realisiert. Die Planüberschreitungen in den Kostenpositionen Aufwendungen für bezogene Leistungen und Reparaturkosten sind insbesondere auf diesen Sachverhalt zurückzuführen.

Investitionsvorhaben in Höhe von 33 Mio. EUR konnten im Wesentlichen planmäßig umgesetzt werden. Die Projekte aus dem Effizienz- und Effektivitätsprogramm „HWS 2020“ wurden zeitgerecht weiterverfolgt und planmäßig abgeschlossen. Die Ergebnisse der Projekte sind in die quantitativen und qualitativen Ergebnisse der HWS im Jahr 2017 eingeflossen.

Die zur Hebung weiterer Synergieeffekte notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen in den Bereichen KF, KV und TE, in deren Folge der Bereich Behälterservice, die Abteilung Service und die Abteilung Betriebsführung aufgelöst werden, wurden 2017 im Wesentlichen abgeschlossen. Damit wurden wesentliche strukturelle und organisatorische Voraussetzungen für die Prozessoptimierung geschaffen.

Im Rahmen des Paktes zur Schuldenreduzierung konnten die Finanzverbindlichkeiten um 2.652 TEUR reduziert werden. Gleichzeitig wurde das wirtschaftliche Eigenkapital um 15.691 TEUR erhöht und beträgt zum 31. Dezember 2017 43,6 % der Bilanzsumme.

Das geplante Ergebnis wurde mit 104 TEUR überboten und beträgt 10.175 TEUR.

Es kann insgesamt konstatiert werden, dass die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der HWS im Jahr 2017 weiterhin stabil ist.

Gleichzeitig wurde im Jahr 2017 die Voraussetzung geschaffen, dass voraussichtlich auch für die nächste Kalkulationsperiode 2019/2020 mit stabilen Preisen im Trinkwasser und Abwasser ausgegangen werden kann.

Mit der seit 01. Januar 2017 vollzogenen Umsetzung der operativen Exzellenz ist eine weitere Qualitätserhöhung in der strategischen Ausrichtung der HWS erreicht. Als Treiber der Weiterentwicklung des Unternehmens sind die Aktivitäten zur Erreichung des Zieles, zu den 25 % der Besten der Branche zu gehören, einzuordnen. Die Umsetzung der operativen Exzellenz wird neben der permanenten Weiterentwicklung der 30-jährigen Geschäftsplanung und der Entwicklung des Alterungsmodells zum langfristigen Erfolg des Unternehmens beitragen. Die Implementierung neuer innovativer Technologien und Verfahren sowie die Umsetzung digitaler Prozesse in den Arbeitsalltag sind in den Programmen der HWS verankert und werden über das Effizienz- und Effektivitätsprogramm „HWS 2020“ umgesetzt.

Die Qualifizierung der Mitarbeiter, die Einbeziehung der Mitarbeiter, die o. g. strategischen Prozesse und die permanente Auswertung der Ergebnisse sind die wesentlichsten Aufgaben um das wichtigste Kapital, das Knowhow der Beschäftigten, weiterzuentwickeln.

Mit den Ergebnissen des Geschäftsjahres 2017 wurde eine solide Basis geschaffen, um die Ziele der Mittel- und Langfristplanung zu erreichen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährig signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum 31. Dezember 2017 wurden bei der HWS insgesamt 19 Risiken erfasst (Vorjahr 16). Das bedeutet zum Vorjahr eine Zunahme von drei Einzelrisiken. Dieser Anstieg ist unter anderem mit der Aufnahme drei neuer Compliance-Risiken begründet. Damit wird im Sinne des „Compliance-Management-System der Stadtwerke Halle-Gruppe“ sichergestellt, dass das Vorhandensein und die Entwicklung von Compliance-Risiken rechtzeitig erkannt, bewertet und gesteuert werden sowie entsprechende Abwehrmaßnahmen ergriffen werden können. Die Compliance-Risiken sind als weniger bedeutende Risiken klassifiziert.

Unter den erfassten Risiken lassen sich insgesamt zwei Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen. Die weiteren 17 Risiken sind von geringerer Bedeutung. Die Risiken unterteilen sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	6	0	0
Rechtliche Risiken	9	1	0
Technische Risiken	3	0	1
Gesamt	19	1	1

Bei dem Risiko der Gruppe 1 in der Risikokategorie „Rechtliche Risiken“ handelte es sich um eine eventuell zu entrichtende Niederschlagswasserabgabe aufgrund des Wegfalls von Befreiungsvoraussetzungen. Das Gruppe 2 - Risiko in der Risikokategorie „technische Risiken“ berücksichtigt ein mögliches Hochwasser. Die Eintrittswahrscheinlichkeit für eine Gefährdung der HWS wird mit 1 % und die Schadenshöhe mit 1,8 Mio. EUR eingeschätzt. Zur Früherkennung und Überwachung des Risikos wird die enge Zusammenarbeit mit kommunalen Gebietskörperschaften und dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz gepflegt. Daneben wurde eine tägliche Überwachung des Hochwasserabflussgeschehens eingeleitet und eine qualifizierte Software zur Hochwasservorhersage etabliert.

5.3. Gesamtbild

Die Risikoinventur, -bewertung und die Festlegung von Strategien zur Risikobegegnung erfolgen im Rahmen des Risikomanagementsystems jährlich. Die Ergebnisse werden in einer Riskmap festgehalten. Für quantifizierbare Risiken aus vorhandenen möglichen Rechtsstreitigkeiten, schwebenden oder vollzogenen Vertragsbeendigungen und ähnliches wurden Rückstellungen gebildet. Kaufmännische Risiken wurden in den Kalkulationen berücksichtigt. Das aktuelle Risikomanagementsystem der HWS benennt keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

6. Prognosebericht

Die HWS erstellte den Wirtschaftsplan 2018 sowie die Vorschau für die Jahre 2019 bis 2022 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan, Investitionsplan und Mengenplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2017, die für den Zeitraum bis 2022 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die für die Leistungen der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Reinigung erkennbaren Rahmenbedingungen und allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

6.1. Umsatzentwicklung

Für die Verkaufsmengen Trink- und Abwasser wurde entgegen den vorangegangenen Planungen analog zur Einwohnerentwicklung eine leicht steigende Entwicklung angenommen (+0,3 %). Der Trinkwasserpreis setzt sich aus einem Grundpreis und einem Leistungspreis zusammen. Beide bleiben über den gesamten Zeitraum der Mittelfristplanung konstant. Somit verbleiben diese auf dem bisherigen Niveau von 0,104 EUR/Einwohnerwert und Tag (Grundpreis brutto) bzw. 1,39 EUR/m³ (Leistungspreis brutto). Es ist keine Änderung der Preisstruktur vorgesehen.

Im Abwasser sind im gesamten Planungszeitraum keine Erhöhungen der Entgelte geplant. Der Preis für die Schmutzwassereinleitung aus Haushalt, Kleingewerbe und Industrie verbleibt bei 3,46 EUR/m³ (brutto) und für Niederschlagswasser bei 1,33 EUR/m² (brutto).

Der Müllvermeidungsgedanke kompensiert die leicht steigende Bevölkerungsentwicklung, Das Mengengerüst der Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen bleibt weitgehend konstant. Die im letzten Jahr einsetzende steigende Marktpreisentwicklung in der Verwertung bzw. Beseitigung korreliert mit den entsprechenden Umsätzen der Entsorgung und Verwertung.

Die Planung der Umsatzerlöse für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen sowie den Behälterservice erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der anzunehmenden Entwicklung der Verkaufsmengen. Für den Planungszeitraum wurde für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen ab dem Jahr 2018 eine moderate Steigerung der Leistungspreise um jährlich ca. 0,4 bis 2,0 % angenommen. Im Rahmen der HWS 2020-Maßnahme „Effizienzsteigerung Containerdienst“ wurde eine jährliche 5 %-ige mengenbasierte Steigerung der Containerumsätze angenommen.

Die Planung der Gebäudereinigung erfolgte vor dem Hintergrund eines sich erweiternden Leistungsspektrums und gleichzeitiger Preisstabilität gegenüber der Stadt Halle (Saale).

Das Stoffstrommanagement der HWS geht von konstanten Umsätzen aus.

Im Rahmen der Auflösung des Bereiches Informationstechnologie wird ab 01.01.2018 ein Konzept zur grundlegenden Neuregelung der Zusammenarbeit zwischen ITC und HWS umgesetzt.

6.2. Investitionen

Für die Wasserversorgung stehen für das Jahr 2018 Investitionsmittel in Höhe von 4.200 TEUR zur Verfügung. Fördermittel, Baukostenzuschüsse und Kostenbeteiligungen sind für 2018 zusätzlich in Höhe von 771 TEUR avisiert (ohne Fluthilfe).

Für die Abwasserbeseitigung ist für das Jahr 2018 ein Investitionsvolumen in Höhe von 13.392 TEUR für die Teilbereiche Kanalnetz, Kläranlagen und Grundstücksanschlusskanäle eingeordnet. Das Investitionsbudget wurde um 250 TEUR für die notwendigen Investitionen im Gebiet Elster-Kabelsketal erhöht. Zusätzlich sind Fördermittel, Baukostenzuschüsse und Kostenbeteiligungen in Höhe von 320 TEUR avisiert (ohne Fluthilfe).

Für das Jahr 2018 wurde durch den Ablauf der Verträge (Leistungsvertrag und Erbbaurechtsvertrag) der Rückkauf der Kläranlage Halle-Nord in Höhe von 4.300 TEUR eingeordnet.

Für das Jahr 2018 steigt das Investitionsbudget nach einer 5-jährigen Reduzierung um jährlich ca. 2.000 TEUR wieder planmäßig auf das Niveau von 2012 an. Die ursprünglich bis 2019 abzuschließenden Stufen 1 und 2 des Stadtbahnprogramms wurden bis zum Jahr 2023 gestreckt. Sie überlagern sich jedoch dann mit den geplanten Stadtbahnmaßnahmen der Stufe 3, die jedoch noch nicht vom Stadtrat beschlossen wurde. Aufgrund der Verlängerung des Stadtbahnprogramms wurden 1,0 Mio. EUR Investitionen von 2017 in die Jahre 2021 und 2022 verlagert.

Wasserrechtliche Auflagen rücken immer mehr in den Fokus der Betrachtungen (Kläranlage/Schmutzfrachtbetrachtungen für das Mischwassernetz), da die vorhandenen Anlagen und Systeme weitestgehend ausgereizt sind. Hier wurden Investitionen für die Erneuerung des Kanals Brachwitzer Straße und Kosten für die Ertüchtigung der Nachklärbecken geplant.

Für die Beseitigung der Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 sind für die Jahre 2018 (9.100 TEUR) und 2019 (800 TEUR) entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen des Bundes (Fluthilfe) berücksichtigt. Verschiebungen in den einzelnen Jahresscheiben aufgrund bautechnischer Erfordernisse sind möglich.

Die HWS plant ab dem Kalenderjahr 2019 auf die Ermittlung der kalkulatorischen Abschreibung bei der Entgeltkalkulation der Abwasserbeseitigung umzustellen. Statt einer Ermittlung der Abschreibungen auf Basis von Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) soll die Berechnung auf Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten erfolgen.

Die schon im Jahr 2015 begonnene Investitions- und Reparaturstrategie „Instandhaltungs-strategie Abwasser“ wird auch im geplanten Zeitraum fortgesetzt. Dabei handelt es sich um ein Gesamtmodell zum langfristigen Erhalt des Kanalnetzes durch einen Mix aus Erneuerung, Renovation und Reparatur. Die 2015 begonnene Reparaturstrategie stellt auf eine gezielte Verbesserung der Zustandsklassen im Kanalnetz ab. 34 km Kanalnetz wurden bis 2017 repariert. Bis Mitte 2018 werden es ca. 52 km sein. 2018 wurden die bestätigten Reparaturkosten um 200 TEUR auf 1,1 Mio. EUR aufgestockt. Ab 2019 werden 1,5 Mio. EUR dafür verwandt.

6.3. Finanzierung

Der Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit ist durch erhöhte Einzahlungen in den Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse in den Jahren 2017 und 2018 charakterisiert. Hierbei werden vor allem die erwarteten Fördermittel zur Beseitigung der Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2018 läuft ein in 2013 in Höhe von 10.500 TEUR aufgenommenes endfälliges Gesellschafterdarlehen aus. Die Tilgung wurde entsprechend für 2018 berücksichtigt. Die Refinanzierung erfolgt durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen im Rahmen des Konsortialkreditvertrages der Stadtwerke.

6.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum sind folgende Jahresergebnisse vor Ergebnisabführung geplant:

(in TEUR)	WIPL 2018	Vorschau			
		2019	2020	2021	2022
HWS	9.943	9.948	9.913	9.899	9.870

Die Planungsgrößen beinhalten die im Rahmen des Programms „Exzellenz plus 20“ der Stadtwerke-Gruppe definierte Zielvorgabe eines zusätzlichen Ergebnisbeitrages in Höhe von 1,2 Mio. EUR. Auch für das Jahr 2018 wird die HWS in einer Vielzahl von Einzelprojekten im Rahmen des Programms „HWS 2020“ konsequent an der Umsetzung der Zielvorgaben arbeiten.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	<hr/> 300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.
- (2) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung betrieben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Thiel, Hans-Ulrich

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	10.773	55	14.419	71	13.793	75	-3.646	-25
Umlaufvermögen	8.586	44	5.693	28	4.373	24	2.893	51
Rechnungsabgrenzungsposten	93	1	82	1	100	1	11	13

Bilanzsumme	19.452	100	20.194	100	18.266	100	-742	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	9.039	46	4.713	23	331	2	4.326	92
Rückstellungen	1.316	7	1.377	7	1.000	5	-61	-4
Verbindlichkeiten	9.097	47	14.104	70	16.935	93	-5.007	-35

Bilanzsumme	19.452	100	20.194	100	18.266	100	-742	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	30.401	22.232	25.817
sonstige betriebliche Erträge	12	3.317	8.525
Materialaufwand	21.134	17.727	22.496
Personalaufwand	7	7	12
Abschreibungen	3.707	2.401	11.411
sonstige betriebliche Aufwendungen	664	762	1.715
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	270	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	343	437	382
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-1.674
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	151	-55	18
Ergebnis nach Steuern	4.407	4.540	
sonstige Steuern	82	158	168
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.325	4.382	-1.860
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.325	4.382	-1.860

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	14,23	19,71	-7,21	%
Eigenkapitalrentabilität:	91,77	1.322,82	-84,89	%
Cash-Flow:	8.032	6.783	9.550	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,02	0,03	0,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	55,38	71,40	75,51	%
Eigenkapitalquote:	46,47	23,34	1,81	%
Fremdkapitalquote:	53,53	76,66	98,19	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Absatz Fernwärme	311	223	191	GWh
Absatz Strom	359	238	213	GWh

f) Lagebericht

1 Grundlagen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Heizkraftwerkes Halle-Trotha (KWT), das der Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme in Halle dient sowie die Vornahme aller Geschäfte, die dem vorerwähnten Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend, produziert die Gesellschaft Strom. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für die Tätigkeiten verpflichtet.

1.2 Ziele, Strategien und Steuerung

Das Ziel der Gesellschaft ist der sparsame und umweltschonende Umgang mit knappen Energieressourcen sowie die Optimierung der Energieerzeugungsanlagen unter betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Aspekten. Die kaufmännische und technische Steuerung des Heizkraftwerkes Halle-Trotha wird im Rahmen des Dienstleistungsvertrages durch die EVH GmbH (EVH) wahrgenommen.

1.3 Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2017 sind keine Veränderungen in der Gesellschaft aufgetreten.

2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2 Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3 Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

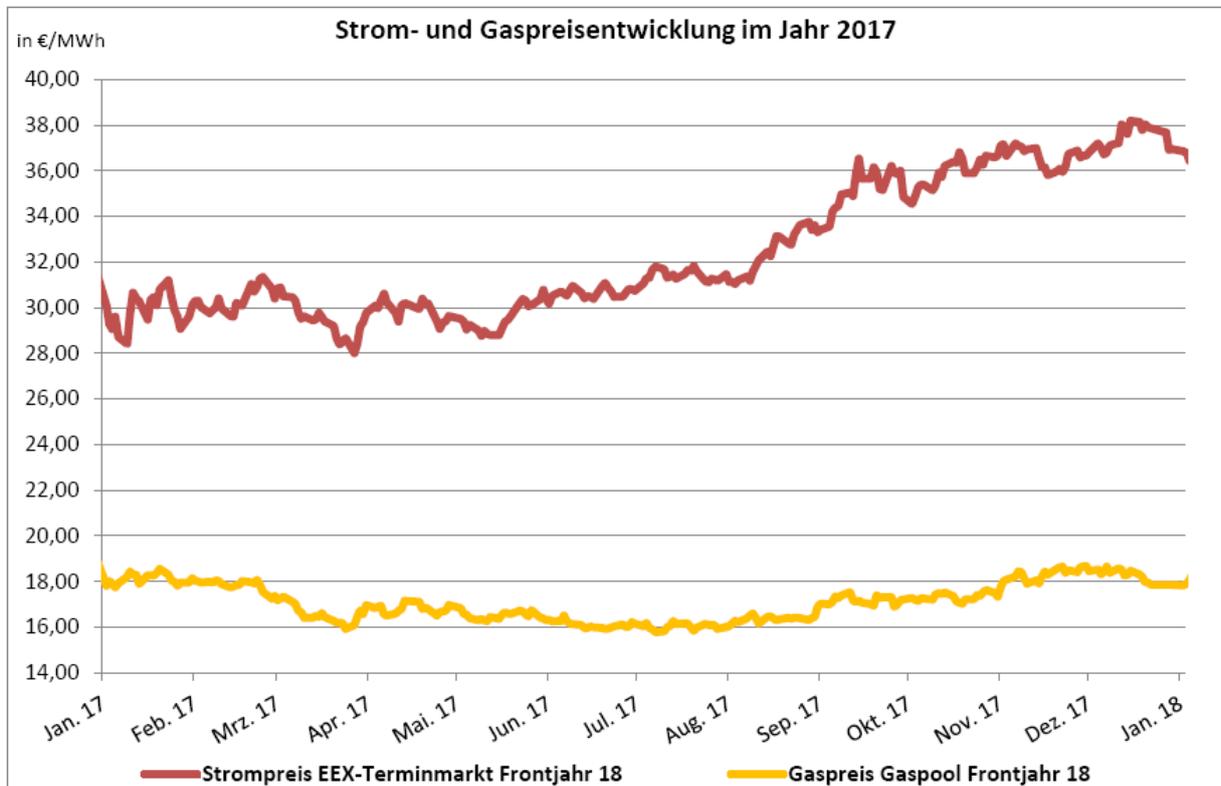
3 Geschäftsverlauf

3.1 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Am 22. Juli 2017 trat das Gesetz zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (NEMoG) in Kraft. Das Gesetz beinhaltet zwei wichtige Punkte. Erstens die schrittweise Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte sowie zweitens die Abschmelzung der vermiedenen Netzentgelte. Die Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte soll beginnend am 1. Januar 2019 bis zum 1. Januar 2023 erfolgen. Des Weiteren wurde die Berechnungsgrundlage für vermiedene Netzentgelte bei allen Bestandsanlagen an die aktuelle Situation angepasst und ab 2018 auf dem Niveau des Jahres 2016 eingefroren. Dies stellt eine Verbesserung für das Kraftwerk zum letzten Referentenentwurf dar, welcher das Einfrieren der vermiedenen Netzentgelte bei Bestandsanlagen bereits rückwirkend ab dem Jahr 2017 auf dem Niveau von 2015 vorsah. Die ursprünglich ebenfalls vorgesehene schrittweise Verringerung ab 2021 wurde nicht beschlossen.

3.2 Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Kraftwerke sind nach wie vor ambitioniert. Die Subventionierung des Ausbaus von erneuerbaren Energien führt seit Jahren zu wachsenden Überkapazitäten und zu Volatilität am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2017 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom und Gas bedingen den für KWT erfolgsrelevanten Spark-Spread für die Stromerzeugung. Der Spark-Spread stieg durch steigende Strompreise bis auf ca. 15 € pro MWh im Dezember an. Diese positive Entwicklung stellt eine Verbesserung der Rahmenbedingung dar. Aufgrund der langfristig getätigten Preissicherungsgeschäfte profitiert die KWT jedoch nicht unmittelbar von den Auswirkungen.

3.3 Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor des Geschäftes ist der Spark-Spread für die Stromerzeugung, bedingt durch die Preisverläufe von Strom und Gas. Darüber hinaus sind ausschlaggebend für die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes die Förderbedingungen im Rahmen des KWKG-Gesetzes sowie die Erlöse aus vermiedener Netznutzung.

Die KWT kann planmäßig im Jahr 2019 von der Bestandsförderung auf Basis des neuen Gesetzes für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) profitieren. Darüber hinaus bietet das Gesetz die Möglichkeit, durch eine erneute Modernisierung an erhöhten Fördersätzen zu partizipieren. Ein diesbezügliches Konzept wird derzeit im Zusammenhang mit dem Projekt „KWKG 35“ der EVH erarbeitet.

3.4 Personal und Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Durch einen Dienstleistungsvertrag mit EVH sind der technische und kaufmännische Betrieb des Heizkraftwerkes sichergestellt.

4 Lage der Gesellschaft

4.1 Produktion

Im Geschäftsjahr 2017 produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) von Januar bis Juli sowie von September bis Dezember Strom und Fernwärme. Im August war die GuD-Anlage planmäßig nicht in Betrieb. Im gesamten Jahr 2017 wurden 359 GWh Strom (Vorjahr 238 GWh) und 308 GWh (Vorjahr 208 GWh) Wärme produziert. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 870 GWh (Vorjahr 561 GWh). Zusätzlich produzierte die Spitzenkesselanlage 3 GWh (Vorjahr 15 GWh) Wärme, bei einem Gaseinsatz von 5 GWh (Vorjahr 29 GWh).

4.2 Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2017 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 4,3 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €) aus. Dieses ist durch einen im Vergleich zum Vorjahr ca. viermonatigen Mehrbetrieb der GuD-Anlage geprägt. Im Vorjahr wirkten periodenfremde Effekte ergebnisverbessernd.

Die Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 8,2 Mio. € auf 30,4 Mio. €. Hauptursache war der Zusatzbetrieb des Kraftwerkes, der zu höheren Erlösen aus Strom und Wärme sowie einer erhöhten Förderung nach KWKG 2012 führte. Weiterhin stiegen die Erlöse für die vermiedene Netznutzung aufgrund der höheren Leistungspreise.

Korrespondierend zu den Umsatzerlösen entwickelten sich die Materialaufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Aufgrund der Fahrweise des Kraftwerks stieg der Gasbezugsaufwand auf 17,5 Mio. € (Vorjahr: 13,8 Mio. €).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (2,3 Mio. €), für sonstige betriebliche Aufwendungen (0,7 Mio. €) sowie für Zinsen (0,3 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert. Aufgrund der leistungsbezogenen Abschreibungsmethode erhöhten sich Abschreibungen auf Sachanlagen um 1,3 Mio. € auf 3,7 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €).

4.3 Finanzlage

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr 7,4 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €).

Zusätzlich zur Investitionstätigkeit wurden 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) für kleinere Modernisierungsarbeiten an der GuD-Anlage aufgewendet.

Der Mittelabfluss aus der der Finanzierungstätigkeit setzt sich aus der Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1,9 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) gegenüber Kreditinstituten und dem verbundenem Unternehmen SWH sowie den gezahlten Zinsen von 0,3 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €) zusammen.

Die im Rahmen des Cash-Poolings gehaltene Liquidität erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,1 Mio. € auf nunmehr 0,6 Mio. € (Vorjahr: -4,5 Mio. €) zum 31. Dezember 2017.

4.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 19,5 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mio. € verringert.

Das um 3,6 Mio. € verringerte Sachanlagevermögen mit einem Buchwert von 10,8 Mio. € (Vorjahr: 14,4 Mio. €) hat nach wie vor den größten Anteil an den Vermögenswerten der Gesellschaft. Gegenläufig erhöhte sich das Umlaufvermögen liquiditätsbedingt im Vergleich zu 2016 um 2,9 Mio. € auf 8,6 Mio. €.

Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital in Höhe des Jahresergebnisses von 4,3 Mio. € auf 9,0 Mio. € (Vorjahr: 4,7 Mio. €). Die Rückstellungen blieben mit 1,3 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 1,4 Mio. €). Hingegen verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr von 14,1 Mio. € auf 9,1 Mio. €, was im Wesentlichen auf die Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbundenen Unternehmen zurückzuführen ist.

4.5 Gesamtaussage

Durch die Mehrfahrweise konnte die KWT das anvisierte Jahresergebnis 2017 übertreffen. Mit deutlich höheren Betriebsstunden wurden höhere Deckungsbeiträge sowie positive Liquiditätseffekte erzielt.

5 Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Chancen und Risiken im operativen Geschäft ergeben sich für die KWT aus den Produktionsmengen für Strom und Fernwärme (optimierte Kraftwerksfahrweise mit der EVH) sowie den Preisen für Gas- und Stromprodukte sowie für CO₂-Zertifikate.

Mit dem 1. Januar 2013 begann für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Seit 2013 erhält KWT keine kostenfreien Emissionsberechtigungen für die Stromproduktion. Für die Wärmeerzeugung erfolgt die Zuteilung unentgeltlicher Zertifikate abnehmend bis zum Jahr 2020. Daher besteht die Notwendigkeit der Ersteigerung von Emissionsberechtigungen für die Strom- und Wärmeproduktion.

Chancen bestehen aufgrund der bereits beschriebenen verbesserten Fördersituation (KWKG) für modernisierte Anlagen.

6 Prognosebericht

Das Heizkraftwerk Halle-Trotha wurde in das Gesamterzeugungsportfolio der EVH integriert. Unter der Prämisse einer sicheren Fernwärmeversorgung für die Stadt Halle wird die Fahrweise der Anlagen auch wirtschaftlich über die einheitliche Portfoliosteuerung der EVH optimiert.

Das Geschäftsjahr 2018 wird von einer konsequenten Umsetzung der Einsatzstrategie geprägt sein. Dies umfasst den Betrieb der GuD-Anlage über einen Zeitraum von mindestens elf Monaten (Produktion von 335 GWh Fernwärme und 379 GWh Strom) im Jahr 2018. Bedarfsweise steht die Spitzenkesselanlage zur Erzeugung von Wärme zur Verfügung. Auch weiterhin wird KWT wie bisher am Markt für Sekundärregelung teilnehmen.

Die Entwicklung der Gesellschaft ist weiterhin von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenanlagen abhängig.

Vor dem Hintergrund der bereits getätigten Optimierungsmaßnahmen, der preislich abgesicherten Produktion und der KWK-Förderung ist ein wirtschaftlicher Betrieb der KWT für die kommenden Geschäftsjahre gesichert.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 250

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Siebenhüner, Jörg

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	3.230	26	2.733	22	2.248	20	497	18
Umlaufvermögen	9.001	71	9.394	76	8.988	78	-393	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	388	3	269	2	226	2	119	44

Bilanzsumme	12.619	100	12.396	100	11.462	100	223	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	522	4	522	4	522	5	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.194	9	1.251	10	1.308	11	-57	-5
Rückstellungen	4.925	39	4.648	37	4.344	38	277	6
Verbindlichkeiten	5.885	47	5.912	48	5.203	45	-27	0
Rechnungsabgrenzungsposten	93	1	63	1	85	1	30	48

Bilanzsumme	12.619	100	12.396	100	11.462	100	223	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	26.889	26.202	24.131
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	323	-382	602
sonstige betriebliche Erträge	562	470	558
Materialaufwand	9.618	9.386	8.622
Personalaufwand	12.736	11.377	10.804
Abschreibungen	442	333	291
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.324	2.424	3.308
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43	64	76
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			2.191
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	2.612	2.707	
sonstige Steuern	3	3	2
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	2.609	2.704	2.189
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,70	10,32	9,07	%
Eigenkapitalrentabilität:	500,15	518,38	419,62	%
Cash-Flow:	3.051	3.037	2.479	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	129	133	134	T€
Personalaufwandsquote:	45,85	43,28	42,72	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	23,98	21,12	19,13	%
Eigenkapitalquote:	4,13	4,21	4,55	%
Fremdkapitalquote:	95,87	95,79	95,45	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.1.1. Jahresergebnis
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
 - 5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und frühwarnsystems
 - 5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -organisation
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) als IT-Komplettanbieter erbringt umfassende Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie für die Stadt Halle (Saale), die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe (SWH) und weitere kommunale und privatwirtschaftliche Kunden. Darüber hinaus erbringt sie Abrechnungsdienstleistungen für die Gesellschaften EVH GmbH (EVH), Energieversorgung Halle Netz GmbH (EVHN) und Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH (HWS).

Die ITC ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH. Eine Beteiligung besitzt die ITC mit 50 % an der Arbeitsgemeinschaft Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ARGE).

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Leistungsspektrum des Unternehmens reicht von der Prozess- und IT-Beratung über die Entwicklung und Implementierung innovativer IT-Lösungen bis hin zum Erbringen kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen im Outsourcing.

Kern-Handlungsfelder der ITC sind nach wie vor SAP-basierte Geschäftsprozesse, branchenbezogene Lösungen für den Energiesektor und den öffentlichen Bereich mit all seinen Facetten sowie branchenunabhängige IT-bezogene Themen wie zum Beispiel die Erneuerung der IT-Infrastruktur.

Neue Technologien zur Unterstützung mobiler, virtueller oder digitalisierter Organisationen – der so genannten Arbeit 4.0 – nehmen dabei an Bedeutung zu. Damit verbunden sind Beratungsangebote zur Informationssicherheit und zum Datenschutz.

Ein fundiertes professionelles IT-Projektmanagement bildet hierbei eine wichtige Kernkompetenz.

Mit dem Geschäftsfeld Abrechnungsdienstleistungen werden energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Tätigkeiten verpflichtet.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich um die Bearbeitung von Abrechnungsprozessen für die Gesellschaften EVH und EVHN. Die diesbezüglich auf die Medien Strom und Gas entfallenden Aufwendungen und Erträge wurden den Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors bzw. den Tätigkeiten innerhalb des Gassektors zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

1.2. Ziele und Strategien

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist stärker denn je auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- die Gewährleistung einer stabilen, wirtschaftlichen und gleichzeitig innovativen IT-Infrastruktur der Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe (SWH) und der Stadt Halle (Saale) durch die Erbringung anforderungsgerechter Dienstleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie,
- die Unterstützung der Unternehmen der SWH sowie der Stadt Halle (Saale) bei der Wahrnehmung sich verändernder Aufgaben durch passende flexible, innovative und gleichzeitig nachhaltige Lösungen,
- die Erbringung von professionellen IT-Beratungs- und IT-Dienstleistungen für kommunale Kunden, für Stadtwerke- und andere mittelständische Unternehmen, insbesondere hinsichtlich der Nutzung von Standardsoftware (Microsoft, SAP etc.), der Entwicklung und Nutzung von sicheren webbasierten Lösungen im Internet oder Intranet und der geografischen Informationsverarbeitung,
- die weitere Stabilisierung der ITC als attraktiver, verlässlicher Arbeitgeber und führendes Mitglied der IT-Branche in der Region Mitteldeutschland.

Der weltweite Trend der so genannten industriellen Revolution 4.0 hat im Jahr 2016 zunehmend den Mittelstand erreicht und auch die Geschäftsprozesse der SWH und der Stadt Halle (Saale) beeinflusst. Innovative Ideen sind gefragt wie nie, mit Digitalisierung und Internet of Things (IoT), digitaler Vernetzung sowie modernen Arbeitsformen soll den stets wachsenden Anforderungen des Marktes begegnet werden. Die zunehmende Verschmelzung zwischen Business und IT sowie die damit verbundenen Chancen und Risiken lassen die Einflussmöglichkeiten eines kompetenten und leistungsstarken Servicepartners stetig wachsen.

In diesem Umfeld positioniert sich auch die ITC seit Mitte des Jahres 2016 neu. Die Gesellschaft will den Kundenfokus über ein modernes IT-Anforderungsmanagement weiter schärfen, mit der Implementierung professioneller IT-Service-Managementprozesse innovativ, flexibler und schneller werden und dabei Effizienz- und Ertragspotenziale systematisch nutzen.

1.3. Steuerung

Das Kerngeschäft der ITC spiegelt sich in der Struktur der Gesellschaft wider: sie besteht aus den vier fachlich ausgerichteten Organisationseinheiten SAP, Anwendungsbetreuung, Abrechnungsdienstleistungen und IT-Infrastruktur sowie den drei Querschnittsbereichen Kaufmännischer Bereich, Vertrieb/Marketing sowie Integriertes Managementsystem/Datenschutz. Wichtige Funktionen sind zusätzlich über das Beauftragtenwesen etabliert (z.B. für die Informationssicherheit).

Der alleinige Geschäftsführer der ITC ist Herr Jörg Siebenhüner.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder durch den Führungskreis der ITC mit Hilfe konkreter Erfolgsfaktoren und Kennzahlen.

Die Gesellschaft beschäftigt im Jahresdurchschnitt 216 Mitarbeiter und 3 Auszubildende und bezieht kaufmännische und personalwirtschaftliche Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Die ab dem 30.08.2002 geltenden Geschäftsbesorgungsverträge über die personalwirtschaftlichen Dienstleistungen zwischen der ITC und zunächst der EVH sowie ab dem 01.01.2012 der SWH bestanden im Geschäftsjahr 2017 fort.

Gleiches gilt für die Geschäftsbesorgungsverträge für die zentrale Kommunikation/Medien, das Marketing, die Konzernrevision sowie für die zwischen der ITC und der SWH getroffene Cash-Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von T€ 500.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der ab Mitte 2016 begonnene Prozess der Neuausrichtung des Unternehmens mit dem Ziel einer Fokussierung auf die Bedürfnisse der Gesellschafterkunden wurde im Jahr 2017 konsequent fortgesetzt. Die vorhandenen IT- und Branchenkenntnisse der Beschäftigten der ITC bilden eine wichtige Basis, um auch künftig innovative Lösungen erarbeiten und anbieten zu können. Entscheidend hierfür ist der ITC-interne Ausbau effizienter IT-Service-Managementprozesse (ITSM). In einem ITC-internen Programm werden hierfür verschiedene Projekte zur Etablierung solcher standardisierten servicebezogenen Prozesse durchgeführt. Die hierfür erforderlichen Personalentwicklungsmaßnahmen erfolgen in enger Abstimmung mit den Shared Service Bereichen der SWH Gruppe. In einem ersten Schritt wurden vorhandene Kommunikationsprozesse und -schnittstellen an die Erfordernisse eines modernen IT-Anforderungsmanagements angepasst. Mit der Ernennung und Qualifizierung kundenbezogener Ansprechpartner für die Gesellschafterkunden können nun Anforderungen besser hinterfragt, strukturiert und ergebnisorientiert gelenkt werden. Ziel dieses Vorhabens ist die anforderungsgerechte Unterstützung der Geschäftsprozesse der Kunden, um für diese einen spürbaren Mehrwert zu schaffen. Gleichzeitig soll der Geschäftserfolg der ITC durch operative Professionalisierung gesichert und ausgebaut werden.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Tätigkeitsschwerpunkte des laufenden Betriebes waren die Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH, die EVHN und die HWS, die Sicherstellung des Betriebes der zu betreuenden IT-Infrastruktur und Fachanwendungen sowie die Umsetzung der beauftragten Projekte.

Kontinuierliches Verbesserungsmanagement

Die kontinuierliche Verbesserung des integrierten Managementsystems in Verbindung mit der betrieblichen Weiterentwicklung der Geschäftsprozesse bilden einen wichtigen Schwerpunkt der Unternehmensorganisation. Den Festlegungen der Konzernrichtlinie zur Regelsetzung K/R-1 folgend, wurde das gesamte Regelwerk der ITC im Jahre 2017 in das elektronische Dokumentenmanagementsystem d.3 überführt. Die Gesellschaft absolvierte zudem mit Erfolg das externe Überwachungsaudit gemäß DIN EN ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und die daran geknüpfte Verbundzertifizierung einschließlich der ISO/IEC 27001:2013 (IT-Sicherheit), sowie die Re-Zertifizierung für den SAP-Certified Provider of Hosting Services.

Projekte für die Stadtverwaltung Halle

Einführung einer elektronischen Arbeitszeiterfassung mit Interflex für die Stadtverwaltung Halle. Dies beinhaltet die Ausweitung der bestehenden Interflex-Landschaft auf die gesamte Verwaltung und die Implementierung eines alternativen Angebotes zur Arbeitszeiterfassung mittels Weblösung (SAP-Portal – Employee Self Service). Der Abschluss ist im Jahr 2018 geplant.

Für die Stadtverwaltung Halle wurde im November im gesamten Geschäftsbereich I die elektronische Rechnungseingangsbearbeitung eingeführt. Aufbauend auf den umfangreichen und langjährigen Erfahrungen bei der elektronischen Unterstützung für diesen Geschäftsprozess in den Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe, implementiert die IT-Consult Halle bis Ende 2019 in der gesamten Stadtverwaltung und fachbereichsübergreifend eine auf modernster Technologie basierende (webbasiert im SAP-Portal, automatische Texterkennung und Rechnerklassifizierung, digitale Rechnungsverarbeitung mit der Bundesdruckerei) Softwarelösung. Die Belange der Anforderungen aus der ZUGFeRD/X-Rechnung-Richtlinie zur elektronischen Rechnungsverarbeitung werden berücksichtigt.

Im Jahr 2017 hat die IT-Consult Halle begonnen für die Stadt Halle (Saale) ein ganzheitliches Konzept zur Erneuerung der IT-Landschaft für alle halleschen Schulen in Trägerschaft der Stadt Halle zu erarbeiten. Dies betrifft 68 Schulen mit ca. 2.500 IT-Arbeitsplätzen für ca. 22.000 Schüler.

Im Rahmen der Schaffung optimaler Voraussetzungen für elektronische Dienste für Bürger und Unternehmen wurde für die Stadt Halle (Saale) ein Projekt zum Aufbau eines Serviceportals unter Berücksichtigung der Basiskomponenten (Bezahlungsfunktion, Authentifizierung und Formularserver) gestartet und bis 2017 zur Umsetzung gebracht.

Projekte innerhalb der SWH-Gruppe

Im Dezember 2017 wurden die Aktivitäten zur Erstellung einer „StadtwerkeApp“ neu justiert und die Aufgabenstellung präzisiert. Die Fertigstellung ist für Mitte April 2018 geplant.

Im gleichen Zeitraum erfolgt die Implementierung einer Infrastruktur für kostenfreies WLAN im öffentlichen Raum der Stadt Halle für eine erste Ausbaustufe.

Mit dem Personalbereich der Stadtwerke Halle wird das Projekt zur Einführung von Mitarbeiter- bzw. Führungskräfte - „self services“ umgesetzt (DiMAS). Produktivstart für die IT-Consult Halle war am 01. Dezember 2017. Produktivsetzung für EVH und EVHN ist für Mitte 2018 geplant.

Ende Februar 2018 wird ein erster Prototyp der neuen SAP ERP-Nachfolger Version auf der Basis von HANA installiert und mit dem Kunden EVH getestet – Anwendungsszenario ist eine Kündigungswahrscheinlichkeitsprognose.

Im Geschäftsfeld Energie werden zur Sicherstellung der Anforderungen aus dem Messstellenbetriebsgesetz und den Notwendigkeiten für einen Interimsbetrieb eine Vielzahl von IT-Projekten umgesetzt. Aktuell werden die Implementierungen für die neuen Marktpartnerrollen vorgenommen.

Die Neu- und Weiterentwicklung der Produktgruppe EnTAM+ (Energietechnisches Anlagenmanagement) wird mit den vereinbarten Meilensteinen fortgeführt. Weitere Fachschalen werden in Abstimmung mit den technischen Bereichen der EVHN bis Mitte 2018 in die Produktion überführt.

Umfeldaktivitäten

Die Einführung der personalwirtschaftlichen Prozesse mit SAP HCM (human capital management) für die Landeshauptstadt Dresden hat begonnen. Die Fachkonzepte werden planmäßig im Januar 2018 verabschiedet und vom Kunden freigegeben.

Entwickelt wird das Produkt SecureCloud+. Das bedeutet, die IT-Consult Halle stellt nicht nur eine gewöhnliche Cloud-Lösung zur Verfügung, sondern sie ist wie im Servicemodell „SaaS“ (Software as a Service) für Installation, Betrieb und die Betreuung der jeweiligen Fachverfahren verantwortlich.

Das Partnernetzwerk im Rahmen des Kommunalen Kompetenzzentrum Mitteldeutschland KomKomM® wurde weiter gefestigt, und es fand ein Partnertreffen der Unternehmen Dresden-IT, Bsys, Make IT und ITC in Halle statt. Die Zusammenarbeit wurde durch gemeinsame Projekte, Ausschreibungsbeteiligungen und Veranstaltungen weiter gestärkt.

Die Mitarbeit im Cluster IT-Mitteldeutschland e.V. wurde 2017 intensiviert und ausgebaut. Dort findet ein reger Austausch mit Marktteilnehmern statt und verschiedene Veranstaltungsformate und Arbeitskreise konnten aktiv genutzt werden z.B. die Jahrestagung IT-Wirtschaft Mitteldeutschland in Leipzig und der Branchentreff Halle. Gemeinsam können sich die Unternehmen für die spezifischen Interessen der Branche einsetzen und effektiv angehen, dazu zählt z.B. die Fachkräftegewinnung, die Schaffung moderner IT-Strukturen oder die Interessenvertretung gegenüber Politik und Wirtschaft.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die ITC organisierte von 2016 bis 2017 eine Veranstaltungsreihe zum Thema E-Government mit insgesamt drei Veranstaltungen. Außerdem führte die ITC erstmals vier Webinare im Bereich Dokumentenmanagementsysteme durch. Diese Form der Kundenansprache soll auch im Jahr 2018 weitergeführt werden.

Das Partnernetzwerk im Rahmen des Kommunalen Kompetenzzentrum Mitteldeutschland KomKomM® wurde weiter gepflegt und es fand ein Partnertreffen der Unternehmen Dresden-IT, Bsys, Make IT und ITC in Dresden bzw. Meißen statt. Die Zusammenarbeit wurde durch gemeinsame Projekte, Ausschreibungsbeteiligungen und Veranstaltungen weiter gefestigt.

Die ITC betreute zum Jahresende 2017 mehr als 300 Kunden. Die regionale Kundenverteilung ist aktuell:

55% Sachsen-Anhalt, 26% Sachsen, 19% sonstige Bundesländer.

Die aktive Beteiligung an Ausschreibungen ist ein wichtiger Schwerpunkt der Vertriebsaktivitäten. 2017 beteiligte sich die ITC an 5 Verfahren in den Themenbereichen SAP Betrieb, SAP-Betreuung, SAP-Einführung, Vorbeugender Brandschutz und Datenschutzberatung. Die ITC erhielt die Zuschläge bei folgenden Ausschreibungen:

- Landkreis Stendal, Software für den Vorbeugenden Brandschutz
- Alfred-Wegener-Institut, SAP-HCM-Support

Außerdem erhielt die ITC Anfang 2017 den Zuschlag für ein Ausschreibungsverfahren der Landeshauptstadt Dresden. Hierbei handelt es sich um die Einführung von SAP HCM (Personalwesen). Das Projekt hat eine Laufzeit bis mindestens 2020.

Im Bereich Datenschutz konnten im Jahre 2017 zahlreiche neue Kunden gewonnen werden. Der bereits im Jahre 2016 geschlossene Vertrag zur Vertretung der internen Datenschutzbeauftragten mit der SWE Stadtwerke Erfurt (SWE) konnte in 2017 zu einer echten Bestellung zum externen Datenschutzbeauftragten verlängert werden. Außerdem wurden zwei weitere größere Projekte zum Thema Datenschutz bei der SWE abgeschlossen, die eine Laufzeit bis Mai 2018 haben. Mit der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV), der Kreiskrankenhaus Delitzsch GmbH, dem Landessportbund Sachsen-Anhalt e.V. und der mtm plastics GmbH konnten im Bereich Datenschutz weitere Großkunden gewonnen werden. Dieser positive Trend ist auch im Jahr 2018 aufgrund der Datenschutzgrundverordnung zu erwarten.

In Kooperation mit der brain-SCC GmbH führt die ITC seit 2017 das Projekt „Virtueller Hybrider Datenraum für chronisch kranke Patienten – Teilprojekt A“ im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes „Virtueller Datenraum“ durch. Inhalt des Projektes ist der Datenaustausch von Informationen zu chronisch kranken Patienten unter Einbeziehung von Schnittstellen zu fachbasierten Datenverarbeitungssystemen und unter Berücksichtigung von eHealth-Gesetz und Datenschutzgrundverordnung. Bei dem Projekt handelt es sich um ein Förderprojekt der Europäischen Union. Es hat eine Projektlaufzeit bis zum 15.02.2019.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Mit Geltung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ab dem 25. Mai 2018 haben sich Unternehmen und öffentliche Stellen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten erstmals unmittelbar an europäisches Recht zu halten. Das bis dahin geltende Bundesdatenschutzgesetz wurde zudem in eine neue Fassung überführt und ist zu beachten.

Die Anpassungsphase beinhaltet die Anpassung bestehender unternehmensinterner Prozesse und IT-Systeme an die Vorgaben der DSGVO. Wichtige Inhalte, wie zum Beispiel

- erhöhte Risiken durch immens gestiegene Bußgeldrahmen,
- die verstärkte Rechenschaftspflicht,
- erweiterte Informations- und Dokumentationspflichten oder
- die Erweiterung der Betroffenenrechte,

waren zu analysieren und im Rahmen eines internen Projektes umzusetzen.

Darüber hinaus gelten derzeit unverändert folgende gesetzliche Anforderungen an die Unternehmen der SWH-Gruppe:

- Etablierung geeigneter Mechanismen zur anforderungsgerechten Behandlung informationssicherheitsrelevanter Risiken,
- Implementierung angemessener technischer, organisatorischer und infrastruktureller Maßnahmen zum Schutz IT-gestützter Geschäftsprozesse sowie eingesetzter Informations- und Kommunikationssysteme.

Wesentliche Gesetzesgrundlagen hierfür sind u.a.:

- Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG)
 - § 11 Abs. 1a EnWG: Verpflichtung zum angemessenen Schutz gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme, die der Netzsteuerung dienen
- Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)
 - § 43 Abs. 1 GmbH-Gesetz (GmbHG): Verpflichtung der Geschäftsführung zur „Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes“
 - § 91 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG): Verpflichtung des Vorstandes zur Einrichtung eines Überwachungssystems, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden
- Handelsgesetzbuch (HGB)
 - § 238 HGB: Verpflichtung zur Führung der Bücher gem. den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) bzw. ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)
- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
 - noch § 9 BDSG: Verpflichtung zur Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen bzgl. Zutritts-, Zugangs-, Zugriffs-, Weitergabe-, Eingabe-, Auftrags- und Verfügbarkeitskontrolle bei Erhebung, Bearbeitung oder sonstiger Nutzung personenbezogener Daten

- Telekommunikationsgesetz (TKG)
 - § 85 Abs. 2 TKG: Verpflichtung zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses
 - § 87 Abs. 1 TKG: Verpflichtung zur Sicherstellung angemessener technischer Vorkehrungen oder sonstiger Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme gegen unerlaubte Zugriffe, äußere Angriffe und Einwirkungen von Katastrophen
- Telemediengesetz (TMG)
 - § 13 Abs. 3 Abs. 4 TMG: Verpflichtung des Dienstbieters zur Umsetzung technischer und organisatorischer Schutzmaßnahmen
- Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)
 - § 75 Abs. 2 BetrVG: Arbeitgeber und Betriebsrat haben die freie Entfaltung der Persönlichkeit der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer zu schützen und zu fördern
 - § 87 BetrVG: Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren für das Geschäft der ITC sichern die möglichst störungsfreie und anforderungsgerechte Bereitstellung der IT-Services für die Kunden der ITC. Dazu zählen geeignete Managementprozesse, hinreichend qualifizierte und motivierte Beschäftigte, passende, d.h. innovative und sichere Technologien und Produkte sowie bei Bedarf bewusst gelenkte externe Lieferanten. Diese kritischen Erfolgsfaktoren werden im Rahmen der Managementbewertung des IMS kontinuierlich bewertet und weiterentwickelt. Die Führungskräfte der ITC tragen hierfür eine besondere Verantwortung.

Im margenträchtigeren Projektgeschäft mit Drittkunden lassen sich für den Erfolg des Unternehmens zusätzlich die Höhe der erzielbaren Stunden- und Tagesverrechnungssätze für die IT-Beratungsleistungen als wichtiger Erfolgsfaktor identifizieren. Hier agiert das Unternehmen derzeit immer noch häufig im mittleren bis unteren Bereich der marktüblichen Verrechnungssätze. Dabei gelang es dem Unternehmen auch im abgelaufenen Geschäftsjahr bei einigen Auftragsvergaben einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 einen Zuwendungsbescheid für ein Projekt im Rahmen des Förderprogramms „Forschung und Entwicklung“ des Landes Sachsen-Anhalt erhalten.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2017 beschäftigte die ITC 216 Mitarbeiter. Das sind 18 Personen mehr als im Vorjahr. Gründe dafür sind Neueinstellungen und die unbefristete Übernahme von Jungfacharbeitern.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin eine Herausforderung für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Es wird angestrebt, frühzeitig Mitarbeiterpotentiale zu entdecken und zu entwickeln. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden Mitarbeiter der ITC neben weiteren Talenten der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und anhand ihrer Kompetenzen weiterentwickelt.

Darüber hinaus ist die ITC weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Absatz/Umsatz/Erträge

Die Umsatzerlöse des Unternehmens stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 % auf T€ 26.889. Darin enthalten sind sonstige Umsatzerlöse in Höhe von T€ 30 aus Vermietung und Verpachtung.

Umsatzerlöse Dienstleistungen für Stadt Halle

Die ITC erzielte durch Dienstleistungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag für die Datenverarbeitung (IT-Vertrag) mit der Stadt Halle (Saale) im Geschäftsjahr 2017 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 5.772. Dies sind T€ 553 mehr als im Vorjahr (T€ 5.219).

Umsatzerlöse Dienstleistungen für SWH

Im Geschäftsjahr 2017 betragen die Umsatzerlöse für Dienstleistungen mit den Unternehmen der SWH Gruppe T€ 14.266. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 13.409) erhöhten sich die Umsatzerlöse um T€ 857.

Umsatzerlöse Projekte und Dienstleistungen für Dritte

Mit einem Gesamtumsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr in Höhe von T€ 2.413 konnten das Dienstleistungs- und Projektgeschäft mit Dritten gegenüber dem Vorjahr (T€ 3.065) nicht gesteigert werden. Der Rückgang betrug T€ 651.

Umsatzerlöse Projektgeschäft Stadt Halle und SWH

Der Umsatz durch die Realisierung von Projekten im Umfeld der SWH Gruppe und der Stadtverwaltung Halle sank im Geschäftsjahr 2017 (T€ 4.406) im Vergleich zum Vorjahr (T€ 4.480) leicht um T€ 74.

Materialaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen bei der ITC Aufwendungen für bezogene Waren und bezogene Leistungen in Höhe von T€ 9.618 an (Vorjahr T€ 9.386).

Der Aufwand für bezogene Waren im Geschäftsjahr 2017 (T€ 3.522) sank im Vergleich zum Vorjahr (T€ 4.669) um T€ 1.147. Die Beschaffung von IT-Infrastruktur (Hard- und Software) für die Stadt Halle und die Stadtwerkeunternehmen und Drittkunden wurde in gleichbleibenden Umfang realisiert.

Bezogene Leistungen

Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen T€ 6.096 auf. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 4.717) waren das T€ 1.379 mehr, was vor allem auf die Unterstützung von externen Beratern und IT-Dienstleistern zur Realisierung von deutlich mehr Projekten und Aufträgen für unsere Kunden zurückzuführen war.

Personalaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betragen die Personalaufwendungen T€ 12.736 und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 11.377) deutlich erhöht. Die Steigerung in Höhe von T€ 1.359 steht im Ergebnis der Einstellung von neuen Mitarbeitern im Verlauf des Geschäftsjahres für unbesetzte Stellen und erhöhten Aufwendungen für Mehrstunden, Projektprämien und Rückstellungen für Altersteilzeit.

Abschreibungen

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2017 auf T€ 442 und lagen mit T€ 109 über dem Vorjahreswert (T€ 333).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2017 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 2.324 und bewegen sich mit einer Erhöhung um T€ 100 auf dem Niveau des Vorjahres (T€ 2.424). Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Aufwendungen für Instandhaltungen, Mieten und Pachten, Aufwendung für die kaufmännische Buchführung (EVH), Aufwendungen für Personaldienstleistungen (SWH) sowie Aus- und Weiterbildung.

4.1.1. Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2017 erzielte die ITC ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr T€ 2.609 und lag damit T€ 95 unter dem Vorjahreswert (T€ 2.704).

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die ITC wies zum 31. Dezember 2017 ein Stammkapital in Höhe von T€ 250 aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich des Sonderpostens auf T€ 1.716. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 13,6 %. Gegenüber dem Vorjahr (14,3 %) verringerte sich diese um 0,7 %.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von T€ 939 vorgenommen.

Die größte Einzelinvestition im Jahr 2017 stellt die neue zentrale Telekommunikationsanlage für die SWH-Gruppe in Höhe von T€ 494 dar. Weiterhin wurden T€ 238 in den Austausch und die Erweiterung der bestehenden Server- und Netzwerktechnologie investiert, um die wachsenden Anforderungen der Internetdienstleistungen zu sichern (SPAM, Schadmailfilter, Virenschutz) und neue bzw. erweiterte Dienstleistungen für die SWH-Gruppe und Dritte zu erbringen (Exchange-System, Virtualisierung, ASP – ApplicationServiceProviding, Secure Cloud+)

Die Abweichung um T€ 160 (Plan T€ 1.099) begründet sich im Wesentlichen in der Verschiebung nicht realisierter Investitionen in das Jahr 2018.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2017 im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH sichergestellt.

Die SWH stellt der ITC einen unbefristeten Cash-Pool-Kreditrahmen in Höhe von T€ 500 zur Verfügung, so dass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2017 betrug die Bilanzsumme der ITC T€ 12.619 und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 12.396) um T€ 223.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um T€ 497 auf T€ 3.230 und sank das Umlaufvermögen von T€ 9.394 auf T€ 9.001. Die Erhöhung des Anlagevermögens beruhte im Wesentlichen auf der Investition in die neue zentrale Telekommunikationsanlage der SWH Gruppe. Die Reduzierung im Umlaufvermögen (- T€ 393) ist vor allem auf die Reduzierung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen (- T€ 904) zurückzuführen. Dafür gab es einen Anstieg beim Bestand an unfertigen Leistungen (+ T€ 323) sowie bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten (+ T€ 235).

Die Passivseite stieg im Wesentlichen durch höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+ T€ 256) und höheren Rückstellungen für Garantien (+ T€ 187). Die erhaltenden Anzahlungen auf Bestellung reduzierten sich dagegen um T€ 247.

4.4. Gesamtaussage

Insgesamt setzte sich im Jahr 2017 die positive Ergebnisentwicklung fort. Das Unternehmen konnte sich mit weiteren erfolgreich akquirierten und realisierten großen Kundenaufträgen als anerkannter Marktteilnehmer etablieren.

Im Rahmen der aktiven Nachfolge- und Führungspositionen-Besetzungsplanung konnten unter Inanspruchnahme des stadtwerkweiten Talentpoolprogrammes erfolgreich Mitarbeiter entwickelt werden.

Das geplante positive Jahresergebnis für 2017 wurde zur Zufriedenheit der Geschäftsführung übertroffen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3 Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.12.2017 wurden bei der ITC insgesamt 18 Risiken ermittelt (Vorjahr 15). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen.

Die Bewertungsmatrix für die vier Risikogruppen wurde in 2017 angepasst. Die im Vorjahr der Risikogruppe 1 und 2 zugeordneten 6 Einzelrisiken bestehen in 2018 fort. Diese gehören aufgrund einer geringeren Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombination nicht mehr der Risikogruppe 1 und 2 an.

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Zukünftig werden die Wachstumstreiber in den Kernbereichen der ITC weiter Bestand haben. Hierzu zählen weiterhin:

- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der SWH, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- die qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser und Entsorgungsleistungen für die Unternehmen EVH, EVHN und HWS.

Speziell die gesetzlichen Anforderungen in der Energiewirtschaft und die Energiewende stellen stetig neue Anforderungen an die Unternehmen. Darüber hinaus ergeben sich auch aus den verstärkten Konsolidierungsanforderungen in den Kommunen und der sich ausweitenden Digitalisierung von Geschäftsprozessen neue Handlungsfelder für das Unternehmen:

- die Schärfung der Kompetenzen in Verbindung mit Projekten zur Optimierung der Geschäftsprozesse und der Ablauforganisation und des effektiven und effizienten Softwareeinsatzes für die Unternehmen der Stadtwerke Gruppe;
- der Ausbau des IT-Beratungsgeschäfts (Projektmanagement, Prozessberatung, IT-Sicherheit, Datenschutz);
- die Erweiterung der Betriebsführungskapazitäten im SAP-Umfeld;
- die Vermarktung und Weiterentwicklung des Produktes EnTAM+, eines energietechnischen Informationssystems für Stadtwerke, Elektromontageunternehmen und Bauämter;
- die Übernahme der Komplettbetreuung der Datenverarbeitung weiterer kommunaler Auftraggeber (IT-Betriebsführung);
- die Entwicklung spezieller Lösungen für human- und sportmedizinische Einrichtungen sowie
- aufbauend auf die vorhandene Kompetenz im Bereich Internet/Intranet die Schaffung und Vermarktung weiterer vermarktungsfähiger Lösungen.

6.1. Umsatzentwicklung

Die Umsätze gliedern sich in fünf Hauptkategorien:

- Umsätze aus dem Outsourcing-/ Dienstleistungsgeschäft für die Stadt Halle
- Umsätze aus dem Outsourcing-/ Dienstleistungsgeschäft für die SWH-Gruppe
- Umsätze aus dem Projektgeschäft der Stadt Halle
- Umsätze aus dem Projektgeschäft für die SWH-Gruppe
- Umsätze aus dem Dienstleistungs- und Projektgeschäft für Drittkunden

	Ist	Ist	WIPL
Angaben in T€	2016	2017	2018
davon Dienstleistungen für Stadt Halle	5.219	5.772	5.509
davon Dienstleistungen für Stadtwerke	13.409	14.266	14.583
davon Dienstleistungen und Projekte für Dritte	3.065	2.414	3.162
davon Projektgeschäft für Stadt Halle	1.976	2.849	2.149
davon Projektgeschäft für Stadtwerke	2.505	1.558	1.418
davon sonstige Erträge	29	30	28
Umsatzerlöse	26.202	26.889	26.849

Die geplanten Umsätze mit der Stadt Halle haben sich gegenüber der vorherigen Wirtschaftsplanung nur geringfügig geändert. Die geplanten, finanziellen Mittel aus dem Finanzhaushalt der Stadt Halle wurden berücksichtigt.

Die Erhöhung des Gesamtumsatzes mit der SWH-Gruppe resultiert zum einen aus der Anpassung der Dienstleistungsverträge an den über die Jahre deutlich gestiegen Umfang der von der IT-Consult Halle erbrachten Leistungen. Die gestiegenen gesetzlichen und innerbetrieblichen Anforderungen und Veränderungen (u.a. Umsetzung des Messstellenbetriebsgesetzes für die Energieversorgung Halle Netz) sowie die zunehmende Digitalisierung von Geschäftsprozessen in den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe führen zu einer Erhöhung des geplanten Projektgeschäftes.

Die kontinuierliche Steigerung des Drittgeschäftes ist weiterhin Ziel der IT-Consult Halle. Gegenüber der vorherigen Planung haben sich die geplanten Umsätze aus den Dienstleistungen und Projekte für Dritte in der Vorschau ab dem Jahr 2020 leicht reduziert. In den Jahren 2018 bis 2020 bildet das Projekt „Einführung SAP HCM“ in der Landeshauptstadt Dresden einen wesentlichen Teil des Umsatzes aus dem Projektgeschäft bei Drittkunden.

6.2. Investitionen

Die Investitionen sind notwendig, um die geplanten Dienstleistungen zu erbringen (ASP – Application Service Providing, Cloud+), die wachsenden Anforderungen unserer Internetdienstleistungen zu sichern, dem benötigten erhöhten Speicherbedarf und der notwendigen Prozessorleistung Rechnung zu tragen, das Telekommunikationskonzept der Stadtwerke umzusetzen und die technische Ausrüstung der Mitarbeiter auf dem Stand der Technik zu gewährleisten. Für die Erneuerung von Servern (SAP IS/U Abrechnungssysteme, Datensicherungssysteme, SAP Betriebswirtschaftssysteme) ist 2018 ein Investitionsvolumen von ca. 262 T€, für die Erneuerung der Multifunktionsgeräte der SWH-Gruppe von 21 T€, für die aktive Netzwerktechnik ca. 40 T€, für TK-Technik ca. 450 T€, für die Ausrüstung der Mitarbeiter der IT-Consult Halle sind 52 T€ (Erneuerung Arbeitsplatzausstattung) und für Softwarelizenzen ca. 113 T€ geplant.

Der gegenüber normalen Planjahren erhöhte Investitionsbedarf in 2018 in Höhe von insgesamt 939 T€ resultiert aus den geplanten anteiligen Investitionskosten (ca. 450 T€) für eine neue zentrale Telefonanlage für den Stadtwerke-Gruppe.

6.3. Finanzierung

Eine Aufnahme von Fremdmitteln zur Finanzierung der Investitionen ist nicht notwendig.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von T€ 1.703.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	300					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center;">300</td> <td style="text-align: center;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	300	100,00
T€	%					
300	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden sowie das Handeln und Vermitteln aller nicht gefährlichen Abfallarten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Arndt, Michael	(bis 31.03.2017)
	Jänicke, Burkhardt	(seit 01.04.2017)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	2.715	82	2.330	70	2.386	77	385	17
Umlaufvermögen	595	18	1.016	30	717	23	-421	-41
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0	0	0	0	2	

Bilanzsumme

3.312	100	3.346	100	3.103	100	-34	-1
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.708	52	1.708	51	1.708	55	0	0
Rückstellungen	78	2	129	4	197	6	-51	-40
Verbindlichkeiten	1.526	46	1.509	45	1.198	39	17	1

Bilanzsumme

3.312	100	3.346	100	3.103	100	-34	-1
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.682	5.296	5.080
sonstige betriebliche Erträge	26	44	59
Materialaufwand	5.556	4.147	3.849
Personalaufwand	210	188	206
Abschreibungen	499	578	589
sonstige betriebliche Aufwendungen	234	262	237
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	3	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	13	23
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			237
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	9
Ergebnis nach Steuern	205	155	
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	202	152	225
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,02	2,88	4,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,81	8,93	13,17	%
Cash-Flow:	701	730	814	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.677	1.335	1.285	T€
Personalaufwandsquote:	3,12	3,53	4,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	81,84	69,58	76,86	%
Eigenkapitalquote:	51,57	51,04	55,05	%
Fremdkapitalquote:	48,43	48,96	44,95	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	67.500,00	63.248,00	64.694,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	70.000,00	70.000,00	70.000,00	Mg/a

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der RAB Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
 - 5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems
 - 5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation
 - 5.2. Chancen und Risiken
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der RAB Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt auf die Nutzung der Ressource Abfall als Energieträger sowie der Bereitstellung von Sekundärrohstoffen ab. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle sowie Abfälle aus der mechanischen Behandlung annimmt.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die RAB Halle GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft übernimmt im Kerngeschäft als beauftragter Dritter der Stadt Halle (Saale) die überlassungspflichtigen Abfälle des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Behandlung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert zugleich das Hauptgeschäft der Gesellschaft.

Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch die Annahme und Sortierung gewerblicher Abfallmengen aus unterschiedlichen Herkunftsbereichen.

1.2. Ziele und Strategien

Die Gesellschaft hat sich das Ziel gesetzt, über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus, den Grad der stofflichen Verwertung zu forcieren sowie die alternative Energieerzeugung mit Sekundärrohstoffen zu unterstützen. In der effizienten Nutzung von mittelkalorischen Ersatzbrennstoffen für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von metallischen Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine umfassende Ressourcenwirtschaft, gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Sicherung des umfangreichen Leistungsportfolios hat die RAB Halle GmbH bereits im Geschäftsjahr 2012 mit dem Aufbau eines eigenen Mitarbeiterstammes begonnen und dies im Geschäftsjahr 2014 vorerst abgeschlossen. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt.

Zur weiteren Optimierung ihrer Kosten- und Leistungsstruktur überprüfte die Gesellschaft das Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Aus Sicht der Gesellschaft stellt die Reduzierung der Fremdkosten (Leiharbeitnehmer etc.) durch die Umstellung von einem durchgängigen 3- auf ein 2-Schichtsystem das größte Optimierungspotenzial dar. Dazu notwendig ist die Investition in einen zusätzlichen stationären Vorzerkleinerer zur Behandlung der Abfallfraktionen Sperrmüll und Baumischabfälle. Durch die angestrebte Implementierung ist eine optimierte Behandlung der Sperrmüll- und Baumischabfälle in der mechanischen Abfallbehandlungsanlage möglich. Die Realisierung des geplanten Investitionsvorhabens zur Implementierung eines weiteren stationären Vorzerkleinerers wurde Anfang Dezember des Geschäftsjahres 2017 gestartet.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der RAB Halle GmbH ist in die Struktureinheiten der Technischen Betriebsführung und der Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen, um zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Mit Wirkung zum 1. April des Geschäftsjahres gab es eine Änderung in der Geschäftsführung der Gesellschaft. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat in seiner Sitzung am 24. März 2017 die Entscheidung der Gesellschafterin bestätigt und Herrn Burkhardt Jänicke als neuen Geschäftsführer der Gesellschaft berufen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die turnusmäßige Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH im Monat Januar des Geschäftsjahres 2017 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen ihre fachliche Eignung nachweisen.

Zur weiteren Optimierung ihrer Kosten- und Leistungsstruktur überprüfte die Gesellschaft das Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Aus Sicht der Gesellschaft stellt die Reduzierung der Fremdkosten (Leiharbeiter etc.) durch die Umstellung von einem durchgängigen 3- auf ein 2-Schichtsystem das größte Optimierungspotenzial dar. Dazu notwendig ist die Investition in einen zusätzlichen stationären Vorzerkleinerer zur Behandlung der Abfallfraktionen Sperrmüll und Baumischabfälle. Durch die angestrebte Implementierung ist eine optimierte Behandlung der Sperrmüll- und Baumischabfälle in der mechanischen Abfallbehandlungsanlage möglich.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die RAB Halle GmbH, trotz eines sich langfristig einstellenden Mengenrückganges, zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit soll die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf dem derzeit hohen Niveau gehalten werden. Zwar ist die Gesellschaft stark auf die derzeitigen Regelungen des Abfallrechts und die Gegebenheiten des Marktes angepasst, hat aber mit geringem Aufwand genug Spielraum, um auch kurzfristig technologisch reagieren zu können.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. April des Geschäftsjahres trat das Gesetz zur Neuregelung von Leiharbeit und Werkverträgen in Kraft. Die Höchstverleihdauer eines Arbeitnehmers wird danach auf 18 Monaten begrenzt und die Gleichstellung in der Entlohnung hat nach 9 Monaten zu erfolgen. Dies hat bedeutende Auswirkungen auf die operative Tätigkeit der Gesellschaft. Die Gesellschaft plant daher im Geschäftsjahr 2018 insgesamt fünf derzeitige Leiharbeitskräfte in ein Anstellungsverhältnis zu übernehmen.

Auf Grund der seit 01.08.2017 gültigen Gewerbeabfallverordnung und der damit verbundenen höheren Anforderungen an die stoffliche Verwertung prüft die Gesellschaft die sich daraus ergebenden Anforderungen, deren Umsetzung sowie das mögliche Wachstumspotenzial für die Gesellschaft.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Bestimmt durch den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind sowohl die kommunalen Siedlungsabfälle, als auch die Abfallmengen aus dem gewerblichen Bereich als wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren anzusehen.

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2016 hat die RAB Halle GmbH eine Inputtonnage von 57.380 Mg übernommen, welche im Geschäftsjahr 2017 auf 57.217 Mg sank. Im Vergleich der beiden Inputstoffströme des kommunalen Bereiches ist bei den gemischten Siedlungsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen ein Anstieg der Jahrestonnage um 66 Mg zu verzeichnen. Hingegen ist beim Sperrmüll eine rückläufige Entwicklung um 320 Mg zu verzeichnen.

Im Bereich der gewerblichen Siedlungsabfälle hatte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 einen Mengenanstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Hier konnte die Jahrestonnage des Geschäftsjahres 2016 in Höhe von 5.868 Mg mit 10.283 Mg im Geschäftsjahr 2017 deutlich gesteigert werden. Dies ist durch die Umstellung des Behandlungskonzeptes zum 01. Januar 2017 möglich und für die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft notwendig. Durch die Umstellung des Behandlungskonzeptes konnte die weniger ertragsreiche Erbringung von Aufbereitungsleistungen im Rahmen der Behandlung von getrockneter Nativorganik ersetzt werden.

Um freie Kapazitäten im Rahmen der operativen Leistungserbringung bestmöglich zu nutzen erbrachte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017, ergänzend zu der geplanten Leistungserbringung, Aufbereitungsleistungen für diverse Abnehmer. Kumuliert wurden im Geschäftsjahr 4.351 Mg Abfälle im Rahmen von Aufbereitungsleistungen in der Sortieranlage der RAB Halle GmbH behandelt.

Ein weiterer Leistungsindikator besteht in der Gewinnung metallischer Sekundärrohstoffe im Rahmen der Abfallbehandlung. Die geplanten Erlöse aus der Verwertung von ausgeschleusten metallischen Sekundärrohstoffen konnten im Geschäftsjahr 2017 auf Grund der leichten Erholung der Schrottpreise auf dem Weltmarkt gesteigert werden.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Tätigkeiten in Forschung und Entwicklung sind daher obsolet.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 hat die Gesellschaft einen Personalbestand von 4 Beschäftigten zu verzeichnen, welche die operative Führungsebene abdecken. Hierbei handelt es sich um einen Leiter sowie um 3 Schichtleiter. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Anlagenfahrer, Monteure und Betriebselektriker werden sowohl für Anpassungsarbeiten an der Anlage als auch zur operativen Leistungserbringung im Rahmen des Anlagenbetriebes eingesetzt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Insgesamt resultieren aus den Leistungen der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 6.682 TEUR, wobei 5.328 TEUR aus der Behandlung des kommunalen Siedlungsabfalls, 1.060 TEUR aus der Behandlung von Gewerbeabfällen, 104 TEUR aus der Erbringung von Aufbereitungsleistungen und 190 TEUR aus sonstigen Nebentätigkeiten resultieren.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtleistung der Gesellschaft in Höhe von 5.340 TEUR in 2016 um 1.368 TEUR in 2017 gestiegen. Die positive Entwicklung der Umsatzerlöse ist hauptsächlich durch die Steigerung der Annahmepreise für die Behandlung und Entsorgung der Abfälle des kommunalen und gewerblichen Bereiches begründet. Eine weitere positive Beeinflussung des Umsatzes ist im Bereich der Umsatzerlöse aus der Verwertung der metallischen Sekundärrohstoffe zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr ist, bei nahezu identischer Gewinnung an metallischen Sekundärrohstoffen, ein Anstieg der Umsatzerlöse in Höhe von 34 TEUR zu verzeichnen.

Der Materialaufwand der Gesellschaft stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1.409 TEUR und ist hauptsächlich durch Preisanstiege für Endverwertungskosten der Outputstoffströme im Rahmen der durchgeführten Ausschreibung verursacht.

Der Abschreibungsaufwand auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens betrug im Geschäftsjahr 499 TEUR und stellt im Vergleich zum Vorjahr eine um 78 TEUR niedrigere Belastung für das Ergebnis der Gesellschaft dar.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Kostenreduzierung zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr stellten hierbei die Aufwendungen im Bereich von Rechts- und Beratungskosten eine signifikante Kostenentlastung dar. Die Suche nach einer neuen Versicherungsgesellschaft im Bereich der Haftpflichtversicherung gestaltete sich erneut problematisch. Eine vollumfängliche Absicherung der Gesellschaft konnte nur durch eine erneute Erhöhung der Versicherungsprämie gedeckt werden. Kumuliert belaufen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2017 auf 234 TEUR. Dies entspricht einer Kostenreduzierung von 27 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Gesellschaft ihr abzuführendes Ergebnis im Rahmen des geschlossenen Gewinnabführungsvertrages mit ihrer Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH auf einen Betrag von 202 TEUR steigern. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg von 50 TEUR.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 1.708 TEUR.

Unter den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 78 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (15 TEUR, Vorjahr 13 TEUR), Personalarückstellungen (35 TEUR; Vorjahr 30 TEUR), Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (15 TEUR; Vorjahr 86 TEUR) sowie Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (13 TEUR; Vorjahr 0 TEUR) abgebildet.

Bei der Betrachtung der Verbindlichkeiten ist zunächst über die Endtilgung des Kredites bei der DKB mit einem Umfang in Höhe von 236 TEUR zu berichten. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen werden zum Bilanzstichtag mit einer Höhe von 74 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 5 TEUR. Im Bereich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten werden 646 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Reduzierung in Höhe von 39 TEUR dar.

Zur Realisierung von Investitionsmaßnahmen war die Aufnahme eines Kredites notwendig. Dieser wurde durch die Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH, zum Stichtag 22. Dezember 2017 in Höhe von 558 TEUR gewährt. Zum Bilanzstichtag werden diesbezüglich Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus der Gewährung von Krediten ausgewiesen. Des Weiteren werden Verbindlichkeiten aus der Gewinnabführung gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von 202 TEUR ausgewiesen.

Im Bereich der sonstigen Verbindlichkeiten ist ein Anstieg in Höhe von 18 TEUR auf 46 TEUR zu verzeichnen.

4.2.2. Investitionen

Auslastungsbedingt und in Anlehnung an die aktuellen Wartungs- und Instandhaltungskonzepte der mobilen Verlade- und Transporttechnik plant die Gesellschaft mit einer mittelfristigen Erneuerung der Anlagen. Die geplante Investitionssumme im Geschäftsjahr 2017 betrug 400 TEUR.

Die geplanten Investitionen für das Geschäftsjahr wurden nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit durch die neue Geschäftsführung einer intensiven Überprüfung unterzogen und modifiziert. Ziel war es, das Investitionsbudget einzuhalten. Dazu wurde die geplante Ersatzbeschaffung eines Umschlagbaggers in Höhe von 150 TEUR auf das Geschäftsjahr 2018 verschoben sowie die Ersatzbeschaffung eines Lastkraftwagens durch das Leasing eines Neugerätes realisiert.

Im Ergebnis setzt sich das für 2017 geplante Investitionsbudget in Höhe von 400 TEUR, neben den notwendigen Investitionen für die Maschinen des Vor- und Nachzerkleinerer (210 TEUR), für die Ersatzbeschaffung eines Radladers (Gebrauchmaschine HWS, geplantes Invest: 40 TEUR), für die Anschaffung von Abrollcontainern (geplantes Invest: 57 TEUR) und für die Fertigstellung von Grundstücksflächen inkl. eines Anfahrschutzes und der Überdachung des Waagecontainers in Höhe von 35 TEUR zusammen.

Ergänzend plante die Gesellschaft die zusätzliche Investition in einen weiteren stationären Vorzerkleinerer in Höhe von ca. 558 TEUR. Diese Investition führte zu einer Überschreitung des geplanten Investitionsbudgets, schafft aber die Grundlagen für einen wirtschaftlichen Anlagenbetrieb in 2018. Auf Grund der Investitionsüberschreitung wurde der Gesellschafter über das Projekt detailliert informiert und ein entsprechender Gesellschafterbeschluss zur Überschreitung des Investitionsbudgets erbeten. Mit Datum vom 14. September des Geschäftsjahres hat die Gesellschaft per Beschluss die Zustimmung erhalten.

Die Realisierung des Investitionsvorhabens zur Implementierung eines weiteren stationären Vorzerkleinerers wurde Anfang Dezember des Geschäftsjahres gestartet. Die Lieferung der Maschine sowie die notwendigen Optimierungen an den Förderbandanlagen konnten bereits zum Bilanzstichtag abgeschlossen werden. Die notwendige Umsetzung des Elektroumschlagbaggers sowie weiterer kleinerer Optimierungsarbeiten konnten noch nicht realisiert werden. Aus diesem Grund wurden von dem geplanten und bestätigten Gesamtinvestitionsvolumen des Geschäftsjahres in Höhe von 958 TEUR zum Bilanzstichtag 895 TEUR investiert. Die Beauftragungen für die finale Realisierung des Investitionsvorhabens in Höhe von 63 TEUR sind bereits erfolgt und werden voraussichtlich bis Ende Februar des Geschäftsjahres 2018 realisiert.

4.2.3. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Finanzmittelbestand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 um 499 TEUR gestiegen und stellt zum Bilanzstichtag eine Forderung im Rahmen des CashPools in Höhe von 163 TEUR sowie den Bestand an flüssigen Mitteln von 5 TEUR dar. Begründet ist der Anstieg durch die Aufnahme und Auszahlung des Kredites im Rahmen des Investitionsvorhabens des zusätzlichen stationären Vorzerkleinerers sowie durch eine positive Entwicklung des Cash-Flows aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Unter Berücksichtigung der internen Kreditlinie der Gesellschaft im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung war die Liquidität im Berichtsjahr gegeben und die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehn an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2017 zusammengefasst und dem Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Langfristiges Vermögen	2.715	2.330	385
Kurzfristiges Vermögen	597	1.016	-419
Gesamtvermögen	3.312	3.346	-34
Langfristiges Kapital	2.080	1.708	372
Kurzfristiges Kapital	1.232	1.638	-406
Gesamtkapital	3.312	3.346	-34

Im Bereich des Anlagevermögens überstiegen die Investitionen in Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände die Abschreibungen des Geschäftsjahres 2017. Im Vergleich zum Vorjahr (2.330 TEUR) beträgt das aktive Vermögen im Bereich des Anlagevermögens zum Berichtsdatum 2.715 TEUR. Auf Grundlage eines geringen Forderungsbestandes aus Lieferungen und Leistungen (69 TEUR; Vorjahr 496 TEUR) wird im Vergleich zum Vorjahr ein um 419 TEUR geringere Bestand im Bereich des kurzfristigen Vermögens ausgewiesen.

Ohne Veränderung des Eigenkapitals in Höhe von 1.708 TEUR ist eine Erhöhung des Bilanzwertes im Bereich des langfristigen Kapitals in Höhe von 372 TEUR zu erkennen. Begründet ist dies durch die Aufnahme des Kredites in Höhe von 558 TEUR bei der Muttergesellschaft unter Beachtung des Tilgungsplanes zum Enddatum 31. Dezember 2020. Dementsprechend werden 372 TEUR dem langfristigen Kapital und 186 TEUR dem kurzfristigen Kapital zugeordnet. Auf Grund der positiven Entwicklung der liquiden Mittel der Gesellschaft bestehen zum Berichtsdatum keine Verbindlichkeiten im Rahmen der CashPool-Vereinbarung mit der Gesellschafterin. Dies führte zu einer Senkung der kurzfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 339 TEUR.

4.4. Gesamtaussage

Das geplante Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2017 in Höhe von 302 TEUR konnte die Gesellschaft nicht vollumfänglich realisieren. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem Ergebnis in Höhe von 202 TEUR vor Gewinnabführung ab.

Insgesamt blickt die Gesellschaft auf ein schwieriges Geschäftsjahr zurück. Die überplanmäßigen Kosten für Reparaturmaterial, Fremdinstandhaltungen sowie Leihpersonal konnten durch die überplanmäßigen Umsatzerlöse aus der Annahme und Behandlung vom kommunalen und gewerblichen Siedlungsabfällen sowie durch Verwertungserlöse im Bereich der metallischen Sekundärrohstoffe nicht vollends kompensiert werden.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.12.2017 wurden bei der RAB Halle GmbH insgesamt 14 Risiken ermittelt (Vorjahr 10). Unter diesen Risiken befinden sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2. In der nachfolgenden Übersicht werden die identifizierten Risiken einer entsprechenden Risikokategorie zugeordnet:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	-	-	-
Finanzrisiken	1	-	-
Führung/Organisation	-	-	-
Marktrisiken	7	-	-
Rechtliche Risiken	3	-	-
Technische Risiken	3	-	-
Gesamt	14		

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2018 plant die RAB Halle GmbH für die Abfallbehandlung von überlassungspflichtigen Abfällen des öffentlichen Auftraggebers sowie aus verschiedenen Gewerbebereichen mit Umsatzerlösen in Höhe von 6.298 TEUR. Diese ergeben sich maßgeblich aus dem abgestimmten Abfallaufkommen an kommunalen Siedlungsabfällen der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung des kalkulierten Selbstkostenfestpreises nach LSP für das Geschäftsjahr 2018 sowie aus vertraglich gebundenen Leistungsbeziehungen mit Dritten.

Des Weiteren plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2018 keine Erlöse aus der Erbringung von Schredderleistungen im Rahmen der Brennstoffaufbereitung. Analog des Geschäftsjahres 2017 wird die Gesellschaft zur Abdeckung freier Leistungskapazitäten nach Können und Vermögen entsprechende Leistungen ausführen.

Des Weiteren plant die Gesellschaft mit Umsätzen aus Dienstleistungen für Verwiegung und Verladung im Geschäftsjahr 2018 in Höhe von 105 TEUR. Der weiterhin sehr volatile Markt für die Verwertung gewonnener metallischer Sekundärrohstoffe macht die Planung etwaiger Verwertungserlöse im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2018 herausfordernd. Insbesondere für Eisenmetalle plant die Gesellschaft zukünftig keinen positiven Erlösbeitrag ein. Lediglich für Nicht-Eisenmetalle plant die Gesellschaft mit Erlösen in Höhe von 4 TEUR.

Kumuliert betrachtet, plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 mit Umsatzerlösen in Höhe von 6.408 TEUR.

6.2. Investitionen

Die Investitionen im Geschäftsjahr 2018 in Höhe von 286,0 TEUR sind geprägt durch Investitionen in die Mobiltechnik der Gesellschaft. Geplant wurde hierbei die Neuanschaffung eines Mobilbaggers in Höhe von 220,0 TEUR. Für die Erweiterung der Behandlungsanlage mit einem zusätzlichen Austragsband für eine im Rahmen der ersten Siebstufe separierte Feinfraktion plant die Gesellschaft mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 11,0 TEUR. Um Aspekten der Arbeitssicherheit gerecht zu werden plant die Gesellschaft mit Investitionen in Höhe von 25,0 TEUR für die Installation weiterer Anlagenbegehungen. Weitere Investitionen sind für die Überdachung der vorhandenen Bürocontainer in Höhe von 25,0 TEUR und für die Anschaffung eines Schweißgerätes in Höhe von 5,0 TEUR geplant.

6.3. Finanzierung

Etwas notwendige Investitionen können durch die Inanspruchnahme der internen Kreditlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2018 sowie eine Stabilisierung der Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sollte der RAB Halle GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von 208 TEUR vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Potenzialen voran zu treiben, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zu erschließen. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2018 mit beeinflussen und die positive Fortentwicklung sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Hasentorstraße 9
06526 Sangerhausen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 620

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Mansfeld-Südharz	310	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	310	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Erfüllung von Entsorgungsaufgaben in Bezug auf andienungspflichtige Abfälle aller Art im Bereich des Landkreises Mansfeld-Südharz und dem Gebiet der Stadt Halle.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lammert, Dominik

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Dr. Klein, Angelika
stellv. Vorsitzender	Lux, Matthias
	Bieder, Marco
	Hülsbusch, Peter
	Kotzur, Klaus
	Quenzel, Benjamin
	Schulze, Jörg

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	84	80	80
Aufsichtsrat	1	1	1

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.720	45	1.951	53	2.100	53	-231	-12
Umlaufvermögen	2.114	55	1.698	46	1.831	46	416	24
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	15	1	29	1	-2	-13

Bilanzsumme	3.847	100	3.664	100	3.960	100	183	5
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.458	90	3.162	86	3.012	76	296	9
Rückstellungen	111	3	65	2	207	5	46	71
Verbindlichkeiten	278	7	437	12	741	19	-159	-36

Bilanzsumme	3.847	100	3.664	100	3.960	100	183	5
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.877	4.623	4.541
sonstige betriebliche Erträge	54	77	217
Materialaufwand	767	744	697
Personalaufwand	1.966	1.950	1.920
Abschreibungen	728	672	572
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.072	1.002	926
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	16	69
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			576
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	43	90	237
Ergebnis nach Steuern	371	227	
sonstige Steuern	16	14	16
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	355	213	323
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	355	213	323

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,27	4,60	7,11	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,42	7,21	12,01	%
Cash-Flow:	1.083	884	895	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	101	94	93	T€
Personalaufwandsquote:	39,86	41,50	40,36	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	44,70	53,20	52,92	%
Eigenkapitalquote:	89,89	86,30	76,06	%
Fremdkapitalquote:	10,11	13,70	23,94	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Bioabfall	6.716,27	6.313,96	6.178,48	t
Pappe, Papier	8.693,73	8.642,68	8.695,62	t
Restabfall	24.986,81	25.255,02	25.606,74	t

f) Lagebericht**Wirtschaftsbericht****I. Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft (Branchenentwicklung)**

Das Jahr 2017 war in der Abfallwirtschaft von nur wenigen tiefgreifenden Gesetzesänderungen betroffen. Anders verhält es sich bei den erlassenen Verordnungen. Hier wurden unter anderen die Gewerbeabfallverordnung, die Verpackungsverordnung, die Düngemittelverordnung und die Verordnung zum Betriebsbeauftragten für Abfall novelliert. Eine Aufgabe der Systembetreiber bestand darin, die Grundlage der künftigen Existenz zu schaffen. Hier ist es im Dezember gelungen, eine gemeinsame Grundlage für die Clearingverträge und damit für die künftige Arbeit zu finden. Es stellte sich auch im Jahr 2017 immer stärker die Frage, ob die bisherige Lösung des Dualen Systems wirklich zukunftsorientiert ist.

Im Rahmen der Änderung der Düngemittelverordnung steht die Verwertung von Komposten immer stärker im Focus der Kommunen und privaten Entsorger. Eine landwirtschaftliche Verwertung wird zunehmend erschwert. Zusätzlich wirkt das kontinuierlich steigende Aufkommen von Bioabfällen beschleunigend auf diese Entwicklung.

Künftig wird es notwendig sein, die Umsetzung effizienter Verwertungskonzepte in der Bioabfallverwertung stärker zu beobachten und umzusetzen.

Ein weiterer Augenmerk galt im vergangenen Jahr der Diskussion um das Rückfahr- und Durchfahrtsverbot für Abfallsammelfahrzeuge. Auch wenn hier noch keine endgültige gesetzliche Regelung vorliegt, ist zu befürchten, dass diese in den kommenden Jahren zu einem zwingenden Handlungsbedarf bei allen Unternehmen führt, die mit der Sammlung von Abfällen beschäftigt sind.

Nach Anstieg der Sekundärrohstoffpreise im ersten und zweiten Quartal des Jahres 2017 wurde im 3. Quartal eine Stagnation und im 4. Quartal ein überdurchschnittlich starker Rückgang der Preise verzeichnet. Hier ist im Wesentlichen die Ursache in den Marktverschiebungen im Exportbereich zu finden.

II. Unternehmensentwicklung

Das Geschäftsjahr 2017 konnte von der RES GmbH wiederum mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen werden. Dieses deutlich über dem Plan liegende Ergebnis ist hauptsächlich auf drei Faktoren zurückzuführen.

Die Entwicklung der Abfallmengen vollzog sich entgegen der Prognosen nicht negativ, im Bereich PPK und Bioabfall konnte sogar eine Steigerung verzeichnet werden.

Das Widerspruchsverfahren gegen die Steuerbescheide aus der Betriebsprüfung 2014 konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Am nachhaltigsten wirkte sich allerdings das Ergebnis der PPK-Erlöse ab April 2017 aus.

Parallel zu dieser Entwicklung war ab der Mitte des Jahres 2017 abzusehen, dass sich die Übergabestellen für Restabfall und Sperrmüll von derzeit Stedten, Riethnordhausen und Welfesholz auf Ringleben und Staßfurt ab dem Jahr 2018 ändern würden. Daraus resultierend gab es für die RES GmbH eine geänderte Tourenplanung mit erhöhtem Aufwand zu organisieren. Insbesondere die Sammlungen aus dem Bereich des ehemaligen Mansfelder Landes müssen weiter als bisher transportiert werden und machen in Summe ca. 65% der Gesamtmenge aus. Im Ergebnis einer von der RES durchgeführten Kostenkalkulation wurde ermittelt, dass wenigstens zwei Abfallsammelfahrzeuge ab dem Jahr 2018 zusätzlich eingesetzt werden müssen.

Die Planung des Mehraufwandes wurde im Juli 2017 dem Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft übergeben.

Im Ergebnis der anschließenden Gespräche wurde festgelegt, dass für eine endgültige Kalkulation die tatsächlichen Werte des ersten Quartales 2018 auf Grundlage der dann vorliegenden Erfahrungswerte eingesetzt werden.

Entsprechend dieser Regelung wurden im Dezember 2017 zwei zusätzliche Sammelfahrzeuge angeschafft und vier Mitarbeiter neu eingestellt, so dass ein reibungsloser Übergang der Entsorgung erfolgen kann.

Ebenfalls geregelt wurde die Beauftragung der RES für die Jahre 2018 und 2019. Hier übte der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz sein Optionsrecht im Rahmen des bestehenden Vertrages zum Sammeln und Transportieren von Abfällen aus. Gleichzeitig erhielt die RES den Auftrag für zwei Jahre den Transport und die Entsorgung der Abfälle der Wertstoffhöfen des Landkreises zur realisieren.

Im Rahmend der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Halle wurden weitere Fortschritte erzielt. Fahrzeuge der RES GmbH werden mit Fleetboard-System ausgestattet und über die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH ausgewertet.

Im Rahmen der Qualitätssicherung hat die RES GmbH Gespräche mit der internen Revision der Stadtwerke Halle GmbH geführt, um sich ab dem Jahr 2018 an das bestehende System anzuschließen.

Als positiv wird das klare Bekenntnis des Landkreises Mansfeld-Südharz zur RES im Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Mansfeld-Südharz gewertet.

Personell als auch technisch wurden wichtige Grundsteine im Jahr 2017 gelegt, um die Aufgaben der nächsten Jahre erfolgreich umzusetzen.

a.) allgemeine Beschreibung

Im Geschäftsjahr 2017 erfolgte die Abfuhr im gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz entsprechend den Leistungsvorgaben des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz. Es gab keine besonderen Vorkommnisse im Rahmen des normalen Betriebsablaufes.

Alle Aufgaben wurden vollständig und wie vertraglich vereinbart zur Zufriedenheit der Auftraggeber erfüllt.

Die Beauftragung für die Abfuhr der Container von den Wertstoffhöfen des Landkreises wurde durch den Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft bis Dezember 2019 erteilt.

Das Jahr 2017 konnte mit einem positiven Betriebsergebnis von 354.777,95 € abgeschlossen werden.

Im Hinblick auf die folgenden Jahre kann abhängig vom Mengenrückgang und den Markterlösen mit einem geringeren Ergebnis gerechnet werden. Kostensteigerungen im Bereich Personal und Fuhrpark werden insbesondere auf das Jahr 2018 Auswirkungen haben, Die vereinbarte Preisanpassungsklausel laut Vertrag mit dem Landkreis wird auch im Jahr 2018 nicht wirksam. Somit ist eine Preisstabilität der RES seit dem Jahr 2011 gewährleistet.

b.) Investitionstätigkeit

Entsprechend des Investitionsplanes wurden im Jahr 2017 die geplanten Investitionen umgesetzt. Die Lieferung des Abfallsammelfahrzeuges wird zum März 2018 realisiert.

Zusätzlich wurden nach Rücksprache mit dem Aufsichtsrat für die Umsetzung der Entsorgung ab dem Jahr 2018 zwei zusätzliche gebrauchte Sammelfahrzeuge im Wert von netto 305 T€ zur Absicherung der Restmüllsammlung ab Januar 2018 angeschafft.

Im März 2017 erfolgte der Kauf eines Transporters als Ersatzinvestition sowie eines gebrauchten Absetzkippers aufgrund eines Motorschadens. Wie im Investitionsplan vorgesehen wurden Müllbehälter im Wert von 28 T€ angeschafft.

Die Gesamtinvestition belief sich 2017 auf 501.313,01 €, durch den Verkauf von Anlagevermögen wurde ein Erlös in Höhe von 21.588,06 € erzielt, der Restbetrag in Höhe von 479.724,95 € wurde aus freien liquiden Mitteln verwendet.

Im Einzelnen werden die Investitionen 2017 nachfolgend dargestellt:

	geplante Investitionen	realisierte Investition	Differenz
Fahrzeuge	225.000,-€	165.609,05 €	59.390,95 €
Lieferung März 2018 Investition aus 2017 VG 01/2017		78.250 €	
Betriebs- und Geschäftsausst.	32.000,- €	30.660,18 €	1.339,82 €
EDV	5.000,- €	0,00 €	- 5.000,00 €
Nachtrag in 2017 wegen Änderung Anlieferungsart			
Fahrzeuge	315.000,- €	305.043,78 €	- 9.956,22 €
Gesamt	577.000,- €	501.313,01 €	- 75.686,99 €

c.) Personal/Sozialbericht

Im Unternehmen waren zum Stichtag 31. Dezember 2017 49 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer im Jahr 2017 betrug 50 (ohne Geschäftsführer).

Die eingerichtete bestehende Altersvorsorge für die Arbeitnehmer wurde fortgeführt.

Unser Personalaufwand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr für den Zeitraum bis 31.12.2017 auf **1.965.632,60** Euro.

Pro Beschäftigten fielen durchschnittliche Personalkosten in Höhe von **39.312,65** Euro an. Abfindungszahlungen wurden nicht geleistet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr leisteten wir Zahlungen für Altersvorsorge in Höhe von **62.447,33** Euro.

Der Anteil der Gleichgestellten und Schwerbehinderten in unserer Belegschaft entsprach zum Jahresanfang 1 Arbeitnehmer und zum Jahresende auch 1 Mitarbeiter. Damit waren die Auflagen nach dem Schwerbehindertengesetz nicht erfüllt.

Ergänzend wurden Dienstleistungen durch anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen erbracht, welche zu 50% in Höhe von 643,50 € auf die Ausgleichsabgabe angerechnet wurden.

Umweltschutz

Die RES hat sich auch im Jahr 2017 zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungen im Umweltschutz hinsichtlich der Sicherheit verpflichtet. So wurden die Investitionen in die Neufahrzeuge maßgeblich von abgas- und lärmarmen Bedingungen abhängig gemacht.

Bei den Zulieferern wurde ganzjährig die Einhaltung von umweltschutz- und sicherheitsrelevanten Bestimmungen geprüft.

Die RES Sangerhausen GmbH selbst wurde im November 2017 vom TÜV Nord als Entsorgungsfachbetrieb bestätigt.

Im Dezember des Jahres 2017 wurde ein Energiewertgutachten für das gesamte Unternehmen in Auftrag gegeben, welches die Schwachstellen, Potentiale und Lösungen aufzeigen soll, um den aktiven Umweltschutz tiefer zu integrieren. Hier wird mit einem Ergebnis im April des Jahres 2018 gerechnet.

Anhand des Gutachtens soll gleichzeitig die Durchführung des periodischen Energieaudits im Jahr 2019 vorbereitet werden.

Die für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz wurden eingehalten.

e.) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die RES GmbH hat mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz einen Vertrag für die Teilleistungen Restmüll, PPK, Bioabfall und Sperrmüll (1-4) bis zum Jahr 2017 mit einer zweijährigen Verlängerungsoption. In den Bereichen Sonderabfall, Elektroaltgeräte und Grünabfall (5-7) ist das Vertragsende ebenfalls 2017.

Für die Teilbereiche 1-4 wurde die Option bis zum 31.12.2019 ausgeübt. Die Teilbereiche 5-7 wurden aufgrund der Bestätigung des Preisstabilität für die Jahre 2018 und 2019 ebenfalls beauftragt.

Der Gesamtvertrag wurde im Rahmen einer Inhousevergabe an die RES GmbH vergeben. 93,81 % des Gesamtumsatzes der RES GmbH wurden im Jahr 2017 über kommunale Verträge generiert.

Ab dem Jahr 2018 wird die RES zusätzlich zum Transport auf den Wertstoffhöfen auch die Entsorgung übernehmen.

Der Erlös in diesem Bereich betrug 109.454,58 € und wird sich in 2018 um ca. 22 T€ für die Entsorgung der Abfälle erhöhen.

Die Mengenentwicklung aufgrund des prognostizierten Rückgangs der Bevölkerungszahlen ist im Jahr 2017 nicht eingetreten. Für die Jahre 2018 und folgende ist davon auszugehen, dass ein Mengenrückgang eintritt. Dieser jedoch geringer als prognostiziert. Erfreulich war die Entwicklung im Bereich Bioabfälle mit einem Plus von 6,3 % oder 420 Mg, hauptsächlich aus dem Bereich Altlandkreis Mansfelder Land. Hier ist mit einer weiteren Steigerung aufgrund von Neugestellungen zu rechnen. Bisherige Bemühungen zur Steigerung des Anschlussgrades für die Biotonne werden fortgesetzt.

Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2018 im Bereich Restabfall die Mengen in Abhängigkeit von der Bevölkerungsentwicklung geringfügig sinken werden. Im PPK Bereich wird die Menge nahezu konstant bleiben. Hier zeigt sich lediglich eine Verschiebung hin zu Kartonagen, welche aufgrund des Onlinehandels zukünftig mengenmäßig weiter steigen werden, aber auch die Qualität beeinträchtigen.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Leerungen 2016	Tonnage 2016	Leerungen 2017	Tonnage 2017
Restmüll	978.781	25.255,02	978.514	24.986,81
PPK	493.862	8.642,68	495.767	8.693,73
Bioabfall	285.791	6.313,96	300.228	6.716,27
Grünabfall	0	1.601,35	0	1.680,61
Sperrmüll	0	3.205,12	0	3.189,46
Elektroaltgeräte	0	374,63	0	332,01

Im Rahmen der gewerblichen Leistungen wurden alle Kehrmaschinenaufträge um ein weiteres Jahr verlängert.

f.) Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zum 31.12.2017 hat sich weiter positiv entwickelt.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Stichtag 90 %, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht mehr, so dass der Verschuldungsgrad auf 0,4 gegenüber 0,6 im Jahr 2016 gesunken ist. Zu berücksichtigende Verbindlichkeiten bestehen nur noch aus dem operativen Geschäft für laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 100,5 T€ und 177,8 T€ für sonstige Verbindlichkeiten aus Lohn und Sozialleistungen sowie Steuerzahlungen, welche sich aus dem Jahresabschluss ergeben.

Das Unternehmen wird auch zukünftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können.

Liquide Mittel in Form von Bankguthaben und Kassenbestand haben sich von 780,2 T€ auf 1.391,8 T€ erhöht.

Die Finanzlage des Unternehmens hat sich zum 31.12.2017 verbessert.

g.) Beteiligungen

Die Gesellschafteranteile an der Wertstoffaufbereitung GmbH Edersleben wurden bereits im Jahr 2009 vor der Insolvenz der RES GmbH veräußert. Hier besteht lediglich ein Gesellschafterdarlehen an die WAE GmbH. Im Rahmen geführter Vergleichsverhandlungen wird ein Lösungsvorschlag erarbeitet, welcher im Jahr 2018 abgeschlossen wird.

III. Risikobericht

Im Jahr 2017 sind alle Maßnahmen und Zahlungen planmäßig umgesetzt worden, so dass eine positive Prognose für die Folgejahre besteht.

Für das Jahr 2018 liegt die Unsicherheit für das Unternehmen im Bereich unerwarteter möglicher Kostensteigerungen im Fuhrpark durch steigende Treibstoff- und Unterhaltungskosten sowie Anordnungen und gesetzliche Änderungen. Weiterhin stellt ein gewisses Risiko die Bevölkerungsentwicklung im gesamten Landkreis dar.

Durch das im AWIKO festgelegte Bekenntnis zur RES GmbH ab dem Jahr 2020 können wesentliche Kostenentwicklungen in eine erneute Kalkulation einfließen und im Vertrag berücksichtigt werden.

Eine Unsicherheit besteht bezüglich der Erlössituation im gewerblichen Bereich, die hier erzielten Umsätze durch Kehrleistungen könnten aufgrund der im Jahr 2018 stattfindenden Neuausschreibung möglicherweise entfallen.

Wie in der Vergangenheit wird im Rahmen des Risikomanagements im Unternehmen zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagiert und die Aufsichtsgremien informiert.

Die Verträge der RES mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Mansfeld- Südharz sind bis zum 31.12.2019 gesichert.

IV. Prognose

Für die derzeit geltenden Vertragsverhältnisse wird im Jahr 2018 von einer weiterhin konstanten Entwicklung entsprechend den Wirtschaftsplänen der Gesellschaft ausgegangen. Für das Jahr 2018 wird ein positives Betriebsergebnis erwartet.

Im Hinblick auf das Jahr 2019 muss durch die anstehenden Kostensteigerungen im Personalbereich sowie im Fuhrpark mit einem geringeren Ergebnis gegenüber den Vorjahren gerechnet werden.

Bereits ab dem Jahr 2018 sollen Gespräche zur Vorbereitung der Gestaltung der Auftragsvergabe ab 2020 mit dem EAW stattfinden, so dass derzeit von einer Neuvergabe an die RES ausgegangen werden kann.

Zu berücksichtigen ist auch, dass ab dem Jahr 2020 die Transportleistungen für die Wertstoffhöfe ebenfalls neu vergeben werden. Auch hier rechnet die Geschäftsführung mit einer Fortsetzung der Beauftragung

Unter Beibehaltung des derzeit hohen Organisationsstandards und der Effizienz der Betriebsabläufe wird eine positive Unternehmensentwicklung prognostiziert.

Außerdem sollen diese Standards durch Einführung einer internen Revision und eines Compiencesystems weiter gefestigt werden.

V. Nachtragsbericht

Der Nachtragsbericht soll alle nennenswerten Vorfälle bis zur Erstellung des Lageberichtes nach dem Schluss des Geschäftsjahres enthalten.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung des Berichtes am 01.03.2018 sind keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zu berichten.

Im Jahr 2018 wartet die Entsorgungsbranche auf Lösungen im Zusammenhang mit den stark verringerten Exporten von Kunststoffabfällen und PPK, um rechtzeitig auf weitere Marktverschiebungen reagieren zu können.

VI. Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt auf Grundlage der bestehenden Verträge mit den Stadtwerken Halle GmbH die folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresüberschuss beträgt Euro 354.577,95 €.

Von dem Jahresüberschuss werden 3% bezogen auf die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens in Höhe von 51.589,76 € an die Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeschüttet und 302.988,19 € auf neue Rechnung vorgetragen.

VII. Sonstiges

Zweigniederlassungen

Im Rahmen des Auftrages zum Einsammeln und Befördern der Abfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz wurde zum 01.01.2011 eine unselbstständige Betriebsstätte zur Abstellung von Fahrzeugen in der Lutherstadt Eisleben, Kasseler Straße 47, errichtet.

Während des Geschäftsjahres wurde das Unternehmen von einem Geschäftsführer, Herrn Dominik Lammert, geführt.

SHS Energiedienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Energiedienst- und -lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.
- (2) Zur Erreichung des Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu errichten, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Böttcher, Jens

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	6	1	5	0	-6	-100
Umlaufvermögen	165	100	411	38	533	43	-246	-60
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	649	61	720	57	-649	-100

Bilanzsumme	165	100	1.066	100	1.258	100	-901	-85
--------------------	------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25	15	25	2	25	2	0	0
Rückstellungen	12	7	584	55	582	46	-572	-98
Verbindlichkeiten	128	78	457	43	651	52	-329	-72

Bilanzsumme	165	100	1.066	100	1.258	100	-901	-85
--------------------	------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	93	2.926	2.958
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	-13	33
sonstige betriebliche Erträge	0	76	115
Materialaufwand	95	2.384	1.973
Personalaufwand	7	462	435
Abschreibungen	0	2	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	14	87	481
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	4	6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			208
Ergebnis nach Steuern	-23	50	
sonstige Steuern	0	0	172
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	50	36
Erträge aus Verlustübernahmen	23	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-24,58	1,70	1,21	%
Eigenkapitalrentabilität:	-91,65	198,82	143,32	%
Cash-Flow:	-23	51	39	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:		427	444	T€
Personalaufwandsquote:	7,81	15,48	14,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,60	0,39	%
Eigenkapitalquote:	15,19	2,34	1,99	%
Fremdkapitalquote:	84,81	97,66	98,01	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Lichtpunkte	0	23.217	23.156	Stk.

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SHS

1.1. Geschäftsmodell

Die SHS Energiedienste GmbH (SHS) erbringt Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie für die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs und nimmt alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte vor.

Derzeit wird mit der Stadt Halle der Aufbau eines neuen Geschäftsfeldes geprüft. Dieses hat die Erbringung von Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in deren Alleineigentum stehenden Gesellschaften zum Inhalt.

Alleinige Gesellschafterin der SHS ist die Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Eigene Beteiligungen besitzt die SHS nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel ist die Bereitstellung von Energiedienstleistungen für die Stadt Halle und für Gesellschaften, welche in deren Alleineigentum stehen mit dem Ziel der effizienten Leistungserbringung und der Maßgabe der Ausschöpfung von Potentialen zur Energieeinsparung.

1.3. Steuerung

Der Geschäftsführer der SHS ist Herr Jens Böttcher. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter, sondern bezieht Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Das Geschäftsfeld der Energiedienstleistungen wird durch zwei Mitarbeiter der EVH GmbH (EVH), welche jeweils hälftig im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung für die SHS tätig sind, betreut.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Am 22. Juni 2017 stimmte der Aufsichtsrat der SWH dem Abschluss eines Abspaltungs- und Übertragungsvertrags zu, der die Abspaltung des selbstständigen Teilbetriebs Stadtbeleuchtung und die Übertragung als Gesamtheit mit allen Rechten und Pflichten auf die übernehmende EVH unter Fortbestand der übertragenden SHS vorsieht.

Am 13. Juli 2017 wurde nach Zustimmung der Gesellschafter der Abspaltungsvertrag mit der EVH geschlossen. Mit der Eintragung in das Handelsregister am 17. Juli 2017 erfolgte die Vermögensübertragung an die EVH mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01. Januar 2017. Die Mitarbeiter der SHS vollzogen einen doppelten Betriebsübergang. Zum 01. August 2017 wurden die Angestelltenverhältnisse über die EVH auf die Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) übertragen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2017 war maßgeblich von der in Punkt 1.4. beschriebene Abspaltung des Teilbetriebs Stadtbeleuchtung geprägt. Infolgedessen realisiert die Gesellschaft nur eine geringe Anzahl von Geschäftsvorfällen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2017 kam es zu keinen Einflüssen durch die politische und rechtliche Entwicklung, die das Geschäft der SHS wesentlich beeinflusst haben.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor für den künftigen Geschäftsverlauf wird der Abschluss neuer Verträge zur Erbringung von Energiedienstleistungen sein.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2017 beschäftigte die SHS keine Mitarbeiter. Die Mitarbeiterzahl veränderte sich gegenüber dem Vorjahr (7 Mitarbeiter) zum Stichtag aufgrund der Abspaltung des Geschäftsfeldes Stadtbeleuchtung.

Mit der EVH bestehen Arbeitnehmerüberlassungsverträge für zwei Mitarbeiter, die den Aufbau des neuen strategischen Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“ betreuen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Aufgrund der Abspaltung des Teilbetriebs Stadtbeleuchtung erzielte die SHS nur geringe Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt T€ 93 (Vorjahr: T€ 2.926).

Variable Aufwendungen für Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe sowie für bezogene Leistungen beliefen sich auf T€ 95 (Vorjahr: T€ 2.384). Für fixe Aufwendungen (Personal, Abschreibungen sonstige betriebliche Aufwendungen) wurden insgesamt T€ 21 (Vorjahr: T€ 551) aufgebracht.

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2017 einen Verlust in Höhe von T€ 23 (Vorjahr Gewinn: T€ 50) aus, welcher aufgrund des Gewinnabführungsvertrages durch die SWH ausgeglichen wird.

4.2. Finanzlage

Zum 31. Dezember 2017 ergibt sich ein positiver Finanzmittelbestand in Höhe von T€ 139 (Vorjahr:T€ -268). Die gegenüber dem Vorjahr verbesserte Liquidität des Unternehmens ergibt sich durch die Abspaltung des Teilbetriebs Stadtbeleuchtung.

Die Liquidität der Gesellschaft wird auch in Zukunft im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH sichergestellt.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2017 auf T€ 165 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 902 vermindert.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden keine Investitionen getätigt (Vorjahr: T€ 3).

4.4. Gesamtaussage

Das Geschäftsjahr 2017 ist durch die Abspaltung des Teilbetriebs Stadtbeleuchtung gekennzeichnet.

5. Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet.

Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde bei der SHS insgesamt ein Risiko der Gruppe 2 erfasst was eine Verringerung zum Vorjahr bedeutet. Ursache sind die entfallenen Risiken aus der Abspaltung des Teilbetriebs Stadtbeleuchtung.

6. Prognosebericht

Die Planung der Gesellschaft umfasst Umsatzerlöse aus dem neuen Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale)“. Die Gesellschaft geht aus heutiger Sicht von einem Start des Geschäftsfeldes im Jahr 2018 aus.

Im Geschäftsjahr 2018 sollen Investitionen in Höhe von T€ 7.942 für das neue Projekt getätigt werden.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt unter Inanspruchnahme der eingeräumten Cash-Pool-Kreditlinie der SWH. Des Weiteren sind eine zusätzliche Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens und eine Kapitaleinlage durch den Gesellschafter vorgesehen.

Die Gesellschaft geht davon aus, für das Jahr 2018 ein positives Ergebnis vor Ergebnisabführung zu erzielen und dieses auch mittelfristig zu halten.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Zum Teich 6
06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Rausch, Werner

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	648	100	607	100	1.115	100	41	7
Bilanzsumme	648	100	607	100	1.115	100	41	7
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	26	4	26	4	26	2	0	0
Rückstellungen	8	1	8	1	8	1	0	0
Verbindlichkeiten	614	95	573	95	1.081	97	41	7
Bilanzsumme	648	100	607	100	1.115	100	41	7

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.777	3.749	3.679
sonstige betriebliche Erträge	0	0	1
Materialaufwand	3.553	3.570	3.546
Personalaufwand	7	7	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	194	152	106
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			21
Ergebnis nach Steuern	23	20	
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	20	17	18
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,53	0,46	0,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	77,92	67,78	69,90	%
Cash-Flow:	20	17	18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,20	0,20	0,20	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	3,94	4,21	2,29	%
Fremdkapitalquote:	96,06	95,79	97,71	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
behandeltes Mischwasser	16,95	17,02	17,10	Mio. m ³
Klärgas	2,20	2,28	2,14	Mio. m ³
Klärschlamm	18.337,27	17.116,35	18.416,00	t
Stromerzeugung	4,81	5,02	5,12	Mio. kWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
 - 5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems
 - 5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -organisation
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH (TELONON) wurde mit dem Gesellschafterbeschluss vom 18. Dezember 1996 von der OKKA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in Grünwald (Landkreis München) in die TELONON Abwasserbehandlung GmbH umbenannt. Der Sitz der Firma wurde nach Halle verlegt. Der Eintrag ins Handelsregister B erfolgte am 10.07.1997.

Die TELONON ist ein 100%-iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Mit der SWH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

1.1.2. Geschäftsfelder

Gegenstand des Unternehmens ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, der Erwerb und die Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Seit dem 30. April 1997 führt die TELONON gemäß Betriebsführungsvertrag für die Kläranlage Halle-Nord GmbH mit Sitz in Grünwald den kaufmännischen und technischen Betrieb der Kläranlage Halle-Nord durch. Für die Erledigung der Aufgaben aus dem Betriebsführungsvertrag hat die Gesellschaft per Geschäftsbesorgungsvertrag das Personal der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) vertraglich gebunden.

1.2. Ziele und Strategien

Die TELONON überwacht für die Kläranlage Halle-Nord GmbH den von der HWS durchgeführten technischen und kaufmännischen Betrieb der Kläranlage auf Ordnungsmäßigkeit. Die Kläranlage Halle-Nord GmbH ist Eigentümerin der Kläranlage Halle-Nord bis zum 31.12.2018.

Ziel ist es, den kaufmännischen und technischen Betrieb der Abwasserreinigungsanlage wirtschaftlich und effizient zu führen und dafür zu sorgen, dass das hierfür erforderliche Betriebspersonal zur Verfügung steht. Die Aufgaben der TELONON ergeben sich aus dem Betriebsführungsvertrag vom 30.04.1996.

1.3. Steuerung

Die TELONON besitzt außer dem Geschäftsführer kein eigenes Personal.

Auf der Grundlage des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der HWS kommen deren Organisationsaufbau und Regelungen bezüglich der Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse zum Tragen.

Die TELONON erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der HWS.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 gab es keine Veränderungen in der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2017 traten für die TELONON Abwasserbehandlung GmbH keine besonderen Ereignisse auf.

Zu größeren Störungen im Betrieb der Kläranlage kam es nicht. Im September 2017 wurde ein Faulturm mittels Taucher innen gereinigt und die Verzopfungen aus Rechengut entfernt.

Durch die hohe Auslastung der Kläranlage wurden durch die HWS in den Jahren 2013/2014 Investitionen von 1,2 Mio. EUR für einen zusätzlichen Nacheindicker und einen neuen Schlammspeicher getätigt.

In den Jahren 2015 und 2016 wurden vorrangig die Planungen an der Erweiterung der biologischen Anlage bearbeitet. Der Baubeginn für das neue Belebungsbecken erfolgte im I. Quartal 2017. Die Fertigstellung der Belebung wird im Sommer 2018 erfolgen.

Zurzeit laufen die Planungen für die Erweiterung der Schlammbehandlung.

Im Jahr 2017 wurden auf der Kläranlage Halle-Nord 16,95 Mio. m³ Mischwasser behandelt (2016 = 17,02 Mio. m³). Bezogen auf die Trockenwetterzulaufmenge betrug die durchschnittliche Abwassermenge 40.003 m³/d (2016 = 41.005 m³/d).

Seit Juli 2001 übernimmt die Kläranlage Halle-Nord zusätzlich Deponiesickerwasser aus der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau. Im Jahr 2017 wurden 108.116 m³ Sickerwasser (2016 = 119.766 m³) ordnungsgemäß gereinigt.

Die Ablaufwerte wurden im Jahr 2017 im Allgemeinen stabil eingehalten. Es wurden keine Überwachungswerte der wasserrechtlichen Genehmigung überschritten.

Im Jahr 2017 wurden 61,81 t Rechengut und 573,34 t Sandfangrückstände entsorgt. Gleichzeitig fielen 18.337,27 t Klärschlamm an, die in der Kompostierung und in der Landwirtschaft verwertet wurden.

Durch das angefallene Klärgas (Gesamtanfall 2,2 Mio. m³) wurden im Jahr 2017 in den Blockheizkraftwerken 4,81 Mio. kWh Strom erzeugt (2016: 5,02 Mio. kWh). Insgesamt wurden im Jahr 2017 50 % des Gesamtstromverbrauches der Kläranlage Halle-Nord selbst erzeugt. Durch die Reinigungsarbeiten in einem Faulturm konnte nur weniger Gas gewonnen werden und dadurch wurde auch weniger Strom erzeugt.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Fäkalien aus dem Umland der Stadt Halle angenommen, verarbeitet und gereinigt. Im Jahr 2017 betrug diese Menge 10.281 m³ (2016: 9.615 m³).

Die Betriebsführung wurde für die Kläranlage Halle-Nord GmbH durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH für das Geschäftsjahr 2017 ordnungsgemäß erfüllt.

Für den Anstieg der Betriebskosten in einzelnen Positionen sind im Wesentlichen die gestiegenen Stromkosten sowie Instandhaltungs- und Reparaturkosten ursächlich, die auf das Alter der Kläranlage zurückzuführen sind. Durch zahlreiche umgesetzte Einzelmaßnahmen zur Betriebsoptimierung wurden Erfolge erzielt, die im Ergebnis weitere Kostensteigerungen verhindern konnten.

Besondere Vorkommnisse in der Betriebsführung sind im Verlauf des gesamten Geschäftsjahres nicht aufgetreten.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Ansiedlungspolitik und die Zunahme der Bevölkerung in der Stadt Halle wird sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der Kläranlage auswirken.

Durch die Überleitung der südlichen und östlichen Stadtteile von Halle reinigt die Kläranlage ca. 99 % des gesamten anfallenden Abwassers der Stadt Halle und hat damit ihre volle frachtmäßige Auslastung erreicht.

In den nächsten Jahren wird sich der Anschluss aus Gewerbeansiedlung in Halle und von einigen Gemeinden des Saalekreises noch weiter erhöhen.

Der Abwasseranfall auf der Kläranlage Halle-Nord ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gefallen. Der Trend der letzten Jahre zeigt einen rückläufigen Abwasseranfall.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die politische und rechtliche Entwicklung hat nach derzeitigen Erkenntnissen keinen Einfluss auf den Betriebsführungsvertrag der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Mitglied der IHK Halle und der Berufsgenossenschaft der Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM).

Mit der noch vorgesehenen Erweiterung des Einzugsgebietes wird sich der zurzeit sehr hohe Auslastungsgrad der Kläranlage Halle-Nord in den Folgejahren kaum ändern. Derzeit laufen die Bauarbeiten zur Erweiterung der biologischen Anlage.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Auf der Grundlage des abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages mit der Kläranlage Halle-Nord GmbH und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der HWS wird sich das Aufgabengebiet der TELONON Abwasserbehandlung GmbH im nächsten Jahr nicht ändern. Die Erweiterung der Geschäftsfelder ist nur in begrenztem Maße möglich.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH hat außer dem Geschäftsführer kein eigenes Personal. Sie bedient sich zur Erfüllung ihrer Betriebsführungsaufgaben des Personals der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Betriebskosten auf der Kläranlage haben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entsprechend der allgemeinen Preissteigerung leicht erhöht. Durch die Annahme von Sickerwasser aus der Deponie und Fäkalien aus dem Umland von Halle werden die Einnahmen erhöht und damit die Wirtschaftlichkeit des Klärwerkes verbessert. Ein Vergleich mit anderen Abwasserreinigungsanlagen dieser Größenordnung zeigt, dass die Kläranlage Halle-Nord wirtschaftlich betrieben wird.

Die TELONON erzielte im Geschäftsjahr 2017 Umsatzerlöse in Höhe von 3.776,7 TEUR. Diese betreffen ausschließlich die Erlöse aus der kaufmännischen und technischen Betriebsführung der TELONON für die Kläranlage Halle-Nord GmbH. Der Anstieg zum Vorjahr um 27,7 TEUR ist durch die etwas höheren Aufwendungen für den Betrieb der Kläranlage begründet.

Der variable Aufwand (Materialaufwand abzgl. Fremdpersonal) in Höhe von 2.248,4 TEUR wurde zum Vorjahr um 8,6 TEUR leicht überschritten. Geringerer Materialaufwand (-35,9 TEUR) kompensierte gestiegene Fremdleistungsaufwendungen (+44,5 TEUR).

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 194,3 TEUR führte im Vergleich zum Vorjahr die Position Rechts- u. Beratungskosten zu gestiegenen Kosten. Dieses resultiert aus Leistungen zur Ausschreibung der Flockmittel, der Studie zur Instandsetzung des Hochwasserschutzdeiches sowie dem Klärtechnischen Nachweis 2016/2017.

Insgesamt hat die TELONON im Jahr 2017 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 19,9 TEUR erreicht. Das sind 9,3 TEUR mehr als geplant und entspricht einer Planübererfüllung von 88 %.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das voll eingezahlte Stammkapital beträgt 25.564,59 EUR und wird von der Stadtwerke Halle GmbH gehalten.

4.2.2. Investitionen

Investitionstätigkeiten werden durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht durchgeführt.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der TELONON und der Stadtwerke Halle GmbH eine Cash-Pool-Vereinbarung abgeschlossen. Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben.

Zusätzliche Kreditvereinbarungen gibt es keine.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehn an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöht sich zum Vorjahr um 41 TEUR auf 648 TEUR. Dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag zurückzuführen.

4.4. Gesamtaussage

Der TELONON werden die laufenden Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kläranlage Halle-Nord in Höhe der tatsächlich anfallenden Aufwendungen durch die Kläranlage Halle-Nord GmbH erstattet. Das Jahresergebnis unterliegt damit keinem Einfluss durch die der TELONON von der HWS berechneten Kosten aus der technischen Geschäftsbesorgung. Das Jahresergebnis wird ausschließlich durch die Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit der kaufmännischen Betriebsführung beeinflusst, da die kaufmännische Betriebsführung über ein pauschales Entgelt durch die Kläranlage Halle-Nord GmbH abgegolten wird.

Der bestätigte Wirtschaftsplan des Jahres 2017 wurde eingehalten.

Mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Jahresgewinn in Höhe von 19.918,69 EUR wird an die Gesellschafterin abgeführt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.12.2017 wurde bei der TELONON Abwasserbehandlung GmbH insgesamt ein Risiko ermittelt (Vorjahr 1). Dieses Risiko lässt sich der Gruppe 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

In der nachfolgenden Tabelle sind die bestehenden Risiken der Gruppen 1 und 2 für das Jahr 2018 aus der Riskmap 2017-2021 eingetragen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	0	0	0
Absatzmarkt/Vertrieb	0	0	0
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Technologie	0	0	0
Naturereignisse/Umwelt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	1	0	1
Gesamt	1	0	1

Das wesentliche Risiko besteht im Ausfall der Zahlungen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH an die Kläranlage Halle-Nord GmbH und damit der Ausfall der Zahlungen der Kläranlage Halle-Nord GmbH an die TELONON aus dem Betriebsführungsvertrag.

Mit dem 31.12.2018 endet der Erbbaurechtsvertrag zwischen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der Kläranlage Halle-Nord GmbH. Ab 01.01.2019 übernimmt die HWS die Kläranlage Halle-Nord in ihre Verantwortung. Damit endet auch die Betriebsführung durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

5.3. Gesamtbild

Das Risikomanagementsystem der TELONON benennt für das Jahr 2018 keine den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die Umsatzentwicklung im Folgejahr gestaltet sich gleichbleibend. Mögliche Kostenanstiege u.a. für Strom, Chemikalien und Instandhaltung wurden in der Planung berücksichtigt.

6.2. Investitionen

Investitionstätigkeiten werden durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht durchgeführt. Wirtschaftliche Auswirkungen durch Kredite sind daher nicht zu erwarten.

6.3. Finanzierung

Die Finanzierung der TELONON erfolgt komplett aus Eigenmitteln. Es sind keine Kreditaufnahmen erforderlich.

6.4. Ergebniserwartung

Bis 2018 sind keine Veränderungen zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens absehbar.

Die Wirtschaftsplanung weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 11,0 TEUR für das Geschäftsjahr 2018 aus. Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend Ergebnisabführungsvertrag an die SWH GmbH abgeführt.

Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 5.468

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	1.000	18,29
Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation	1.000	18,29
Stadtwerke Solingen GmbH	500	9,14
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	300	5,49
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	300	5,49
SOLSA Solarenergie Sachsen-Anhalt GmbH	300	5,49
Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH	300	5,49
Stadtwerke Sindelfingen GmbH	300	5,49
Trianel GmbH	293	5,35
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	250	4,57
Stadtwerke Gronau GmbH	240	4,39
Allgäuer Überlandwerk GmbH	200	3,66
Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH	200	3,66
Stadtwerke Lengerich GmbH	200	3,66
Stadtwerke Beverungen GmbH	40	0,73
Stadtwerke Steinheim GmbH	30	0,54
Stadtwerke Bad Driburg GmbH	15	0,27

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und
- die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit dem Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	(vertreten durch Dr. Hakes, Markus)
--------------------------	---	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	108	---	---

Der Geschäftsführer war in den Jahren 2015 und 2016 bei der Trianel GmbH angestellt.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		100,00
Windpark Twerberg GmbH & Co. KG		51,00
mittelbar	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	25	100,00
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		55,56
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		71,43
Windpark Twerberg Verwaltungs GmbH	13	51,00
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		41,15

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	51.777	93	51.803	92	48.100	79	-26	0
Umlaufvermögen	4.021	7	4.799	8	12.853	21	-778	-16
Bilanzsumme	55.798	100	56.602	100	60.953	100	-804	-1

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	54.881	98	55.607	98	55.867	92	-726	-1
Rückstellungen	489	1	40	0	1.821	3	449	1.123
Verbindlichkeiten	428	1	955	2	3.265	5	-527	-55
Bilanzsumme	55.798	100	56.602	100	60.953	100	-804	-1

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	747	1.488	50
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	171	-2.384	2.384
sonstige betriebliche Erträge	205	1.796	586
Materialaufwand	494	407	0
Personalaufwand	431	0	0
Abschreibungen	10	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	305	1.122	2.897
Erträge aus Beteiligungen	1.680	677	1.304
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	490	435	67
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	65
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			1.429
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2	0	0
Ergebnis nach Steuern	2.051	483	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.051	483	1.429
Ausschüttung	228	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.823	483	1.429

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	274,55	32,46	2.871,79	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,87	0,88	2,63	%
Cash-Flow:	2.061	483	1.494	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	374			T€
Personalaufwandsquote:	38,34			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,03	0,00		%
Eigenkapitalquote:	98,36	98,24	91,66	%
Fremdkapitalquote:	1,64	1,76	8,34	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der TOW

1.1 Grundlagen des Unternehmens

Die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG („TOW“ oder „Gesellschaft“) wurde am 9. Juli 2013 gegründet.

Die persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der TOW ist die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH (TOWV) mit Sitz in Aachen. Da die Gesellschaft als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Die Finanzierung ist durch Einlagen der Kommanditisten gesichert. Kommunale und kommunalnahe Energieversorgungsunternehmen sind Kommanditisten der TOW. Insgesamt sind siebzehn Energieversorgungsunternehmen der Gesellschaft als Kommanditisten beigetreten.

Seit dem 1. Januar 2017 ist der Geschäftsführer, Herr Dr. Markus Hakes, bei der TOW angestellt. Darüber hinaus sind 3 weitere Mitarbeiter sowie Aushilfskräfte bei der Gesellschaft angestellt.

1.2 Unternehmensziele, Ziele und Strategien

Unternehmensgegenstand der TOW ist

- a) die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und
- b) die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Ziel der TOW war es, ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland in Tochter-/Beteiligungsgesellschaften mit einer Leistung von bis zu 150 MW aufzubauen. Dieses Ziel wurde im Jahr 2016 erreicht und die Investitionstätigkeit ist somit weitestgehend abgeschlossen.

1.3 Wesentliche Verträge

Die Gesellschafter haben im Rahmen der Gründung der TOW einen Gesellschaftsvertrag und einen Konsortialvertrag geschlossen. Die Bedingungen des Gesellschaftsvertrages regeln insbesondere die gesellschaftsrechtlichen Rechte und Pflichten, die Bedingungen des Konsortialvertrages hingegen regeln die sich im Zusammenhang mit der konkreten Realisierung des Projektvorhabens ergebenden Rechte und Pflichten und haben mit erfolgter Realisierung des Projektes faktisch keine Bedeutung mehr.

Als kaufmännischer Betriebsführer wurde seitens der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG seit dem 1. Januar 2017 die Renewable Service GmbH beauftragt.

Des Weiteren wurde am 17. Januar 2014 mit einem Gesellschafter ein Projektentwicklungsauftrag abgeschlossen. Dieser regelte die Akquisition, Analyse und Entwicklung von Onshore-Projekten. Mit Datum 26. Mai 2014, 16. Dezember 2015 und 8. Dezember 2016 wurde jeweils eine Ergänzungsvereinbarung zu dem Projektentwicklungsauftrag geschlossen. Der Projektentwicklungsauftrag wurde endabgerechnet und ist somit bis auf noch offene an Trianel GmbH zu leistende Zahlungen vollständig erfüllt.

Im Jahr 2016 wurde ein Kooperationsvertrag mit der Trianel Erneuerbare Energie GmbH & Co. KG (kurz „TEE“) geschlossen. Inhalt dieser Vereinbarung ist die gemeinsame Nutzung von personellen Ressourcen zur Steuerung und Bewirtschaftung des jeweiligen Portfolios ab dem Jahr 2017. Das Personal ist dabei bei der TOW angesiedelt und wird anhand von Stundenaufzeichnungen an TEE verrechnet. Die TEE hat vertraglich eine Mindestabnahme von Leistungen zugesichert, sodass die Kosten für die TOW kalkulierbar und begrenzt sind.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der teilweise neue Richtungen eingeschlagen wurden. So wurden die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht. Ab dem Jahr 2017 ist die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren zu ermitteln. Alle Windparkprojekte von TOW wurden vor dieser Wirksamkeit der EEG Novelle 2016 errichtet und in Betrieb genommen, sodass das sog. Ausschreibungsverfahren für die TOW Projekte nicht mehr in Anwendung kam.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Ertragslage

Da die TOW die von den Gesellschaftern gesteckten Investitionsziele erreicht hat, wurde in 2017 nicht in den Erwerb weiterer Beteiligungen investiert. Die TOW hat im Geschäftsjahr wesentlich die Beteiligungsgesellschaften an der Erreichung derer jeweils gesetzten Ziele unterstützt. Der Erfolg der Beteiligungsgesellschaften ist dabei jedoch wesentlich durch den Windertrag bestimmt.

Das Geschäftsjahr 2017 zeichnete sich durch einen durchschnittlichen Windertrag aus. Die Windertrags-Prognose (nicht-finanzieller Leistungsindikator) von 23.684 MWh für 2017 wurde mit 23.076 MWh zu 93% erreicht. Die gemittelte technische Verfügbarkeit lag bei 97%.

Zur Steuerung der TOW wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt.

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2017 beträgt TEUR 2.051 und fällt damit um TEUR 709 höher aus als gemäß Wirtschaftsplan geplant (TEUR 1.342).

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 war wesentlich geprägt durch die im Vorjahresvergleich höheren jedoch unterplanmäßigen Erträge aus den Beteiligungen in Höhe von TEUR 1.680 (i. Vj. TEUR 677, Plan für 2017 laut Wirtschaftsplan TEUR 1.918). Des Weiteren wurden Erlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen für Beteiligungen und die Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG erzielt (TEUR 747; Planansatz TEUR 406). Dem standen Materialaufwendungen aus bezogenen Leistungen (TEUR 494; i. Vj. TEUR 407) und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 305 (i. Vj. TEUR 1.123) gegenüber, die im Wesentlichen Aufwendungen für die Tätigkeiten im Zusammenhang mit bezogenen Dienstleistungen beinhalten. Für die Zinserträge von TEUR 491 sowie wie sonstigen betrieblichen Erträge von TEUR 205 waren im Wirtschaftsplan 2017 keine Ansätze vorhanden.

Weiterhin wurden im Geschäftsjahr 2017 Zinserträge aus Darlehen in Höhe von TEUR 264 (i. Vj. TEUR 227) und aus Verzugszinsen von TEUR 227 (i. Vj. TEUR 165) erzielt.

Den Verlauf des Geschäftsjahres 2017 bewerten wir insgesamt als positiv.

2.2.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung zeigt für das Berichtsjahr folgendes Bild:

	2017
	TEUR
Jahresergebnis	2.051
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	10
= Cashflow	2.061
+ Zunahme der Rückstellungen	449
+ Abnahme der Forderungen und sonstigen Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.494
- Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-527
- Sonstige Beteiligungserträge	-1.680
- Zinserträge	-491
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.306
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-27
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-110
+ Erhaltene Beteiligungserträge	600
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	463
- Gewinnausschüttung an Gesellschafter	-712
- Auszahlungen an Gesellschafter aus dem Kapitalkonto II	-2.065
+ Erhaltene Zinsen	491
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.286
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-517
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	815
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	298

Im Berichtsjahr reichten die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie der Investitionstätigkeit nicht vollständig aus, um den Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit zu decken. Insbesondere den im Berichtsjahr erhaltenen Beteiligungserträgen von TEUR 600 standen deutlich höhere Auszahlungen an Gesellschafter von insgesamt TEUR 2.777 gegenüber. Insgesamt verringerte sich der Finanzmittelfonds um TEUR 517 auf TEUR 298.

Die Finanzlage bewerten wir als solide.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2017 stets gegeben. Auch für das Geschäftsjahr 2018 werden keine Einschränkungen erwartet.

2.2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2017 TEUR 55.798 (i. Vj. TEUR 56.602).

Das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 51.777 (i. Vj. TEUR 51.802) betrifft im Wesentlichen die Beteiligungen an den Windpark-Betriebsgesellschaften sowie diverser Verwaltungsgesellschaften. Die Anlagenquote beträgt 92,8 % nach 91,5 % im Vorjahr.

Die Eigenkapitalquote stieg zum 31. Dezember 2017 auf 98,4 %. (i. Vj. 98,2 %).

Zum 31. Dezember 2017 wurden Steuerrückstellungen von TEUR 2 für Gewerbesteuern und sonstige Rückstellungen in Höhe von TEUR 487 (i. Vj. TEUR 40) passiviert. Im Berichtsjahr betreffen die sonstigen Rückstellungen ausstehende Rechnungen (TEUR 369), Abschlusskosten (TEUR 17) sowie aufgrund der Umsetzung des Eigenpersonalkonzepts erstmalig personalbezogene Rückstellungen (TEUR 101).

Aktuell ergibt sich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Die Vermögenslage zum 31. Dezember 2017 bewerten wir als solide.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Das Ziel der TOW war der Aufbau eines Onshore Windparkportfolios von bis zu 150 MW. Dieses Ziel wurde bereits im Geschäftsjahr 2016 erreicht.

Im Jahr 2018 wird von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 774 ausgegangen. Mit weiterhin positiven Jahresergebnissen wird für die Geschäftsjahre 2019 bis 2022 geplant, da das Windparkportfolio schrittweise aus den operativen Betriebsergebnissen Gewinnausschüttungen an die TOW auskehren wird.

Die langfristige Steuerung der TOW wird anhand der Eigenkapitalrendite des eingesetzten Kapitals der Gesellschafter durchgeführt. Die Prognose bei einer 20-jährigen Betrachtung der Eigenkapitalentwicklung und der zukünftigen Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter liegt bei ca. 6 %.

Sollten sich die der Planung zugrunde liegenden Annahmen, insbesondere die Höhe der zukünftigen Winderträge, als unrichtig erweisen, können die tatsächlichen Ergebnisse naturgemäß von den erwarteten Ergebnissen abweichen.

3.2 Chancen und Risiken

Chancen und Risiken ergeben sich aus der Holdingfunktion der Gesellschaft und stehen damit in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen, an denen die TOW beteiligt ist und aus denen Beteiligungserträge erwartet werden. Die Chancen und Risiken dieser Gesellschaften ergeben sich im Wesentlichen aus den tatsächlich durch Wind produzierten Strommengen. Die Einspeisevergütungen für die regenerativ erzeugten Strommengen sind im EEG festgeschrieben und stellen daher eine verlässliche Plangröße dar. Zusätzliche Ertragschancen ergeben sich aus der Direktvermarktung und dem Repowering.

3.3 Risikomanagementsystem

Das Risikomanagement erfolgt durch die Geschäftsführung. Grundlage der Risikobeurteilung sind die Berichte der kaufmännischen und technischen Betriebsführer sowie die Statusberichte der Projektentwicklung bis zur Inbetriebnahme der Windkraftanlagen. Dazu ist sowohl eine planmäßige als auch eine Ad-hoc Berichterstattung gewährleistet.

5. Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist:

- a) die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbarer Energien und
- b) die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbarer Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung folgenden, öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz			
Anschrift:	Krefelder Straße 203 52070 Aachen			
Rechtsform:	GmbH			
Stammkapital in T€:	25			
Gesellschafter:			T€	%
	Trianel Onshore GmbH & Co. KG	Windkraftwerke	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Aachen und die Übernahme ihrer Geschäftsführung. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Hakes, Markus

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum von der Gesellschaft keine Vergütung.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	93	100	63	100	50	100	30	48

Bilanzsumme	93	100	63	100	50	100	30	48
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	45	49	41	65	37	73	4	10
Rückstellungen	1	1	6	10	5	10	-5	-83
Verbindlichkeiten	47	50	16	25	8	17	31	194

Bilanzsumme	93	100	63	100	50	100	30	48
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	82	55
sonstige betriebliche Erträge	10	0	1
Materialaufwand	0	68	44
sonstige betriebliche Aufwendungen	5	9	7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	1	1
Ergebnis nach Steuern	4	4	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	4	4
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4	4	4

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:		5,12	7,59	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,70	11,46	12,94	%
Cash-Flow:	4	4	4	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	48,56	65,18	73,31	%
Fremdkapitalquote:	51,44	34,82	26,69	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) mit Sitz in Aachen und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

2. Gesellschafterstruktur und Eigenkapital

Die Gesellschaft ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit einem Stammkapital von EUR 25.000,00. Die Gesellschaften Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG und Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH sind als sog. „Einheits-KG“ strukturiert.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Solange die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH ausschließlich für die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG tätig ist, werden ihr von dieser sämtliche marktangemessenen Ausgaben und Aufwendungen für die Geschäftsführung erstattet, sofern diese entstehen. Darüber hinaus erhält die Gesellschaft von der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG eine feste jährliche Vergütung in Höhe von EUR 5.000,00.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum kein eigenes Personal und es ist auch nicht geplant, eigenes Personal einzustellen. Der Geschäftsführer wird von der TOW gestellt.

Zur Steuerung der Gesellschaft wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt. Dieses entwickelte sich von EUR 4.209 im Vorjahr auf EUR 4.380 im Berichtsjahr.

Das Eigenkapital zum 31. Dezember 2017 betrug EUR 45.324,85 (i. Vj. EUR 40.944,85). Über die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG sind kommunale und kommunalnahe Energieversorgungsunternehmen aus Deutschland mittelbar an der Gesellschaft beteiligt. Die Finanzlage wird damit als solide bewertet.

Die flüssigen Mittel betragen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 EUR 73.793,40 (i. Vj. EUR 39.448,83). Liquiditätsprobleme bestanden nicht. Auch für das laufende Geschäftsjahr 2018 werden keine Einschränkungen erwartet. Investitionsverpflichtungen sind in 2018 nicht ersichtlich.

Aktuell ergibt sich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen haben sich nicht wesentlich verändert.

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft wird insgesamt als positiv bewertet.

4. Zukünftige Entwicklung sowie wesentliche Chancen und Risiken des Unternehmens

Die Gesellschaft ist ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG tätig; das sich hieraus ergebende Geschäftsrisiko wird daher als gering eingeschätzt. Risiken, deren Eintritt den Bestand des Unternehmens voraussichtlich gefährden würde, sind derzeit nicht erkennbar.

Im Folgejahr 2018 wird ein ähnliches Jahresergebnis (finanzieller Leistungsindikator) wie im Berichtsjahr erwartet.

Wesentliche Änderungen der Vermögens- und Finanzlage werden für die zukünftigen Geschäftsjahre nicht erwartet.

Das Risikomanagement erfolgt durch die Geschäftsführung. Grundlage der Risikobeurteilung sind die Berichte der kaufmännischen und technischen Betriebsführer der Betriebs-Kommanditgesellschaften.

5. Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG, deren gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand

- a) die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und
- b) die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen,

ist. Die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass der Geschäftsführer durch die Geschäftsführung der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

WER-Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jänicke, Burkhardt

Handlungsbevollmächtigter: Günther, Peter

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2017 erfolgt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	2	0	5	1	10	2	-3	-60
Umlaufvermögen	513	100	516	99	500	98	-3	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	516	100	522	100	511	100	-6	-1
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	468	91	466	89	462	90	2	0
Rückstellungen	29	5	42	8	30	6	-13	-31
Verbindlichkeiten	19	4	14	3	19	4	5	36

Bilanzsumme	516	100	522	100	511	100	-6	-1
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	148	191	188
sonstige betriebliche Erträge	30	18	22
Materialaufwand	108	87	91
Personalaufwand	22	22	16
Abschreibungen	4	4	4
sonstige betriebliche Aufwendungen	31	64	69
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			30
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12	7	9
Ergebnis nach Steuern	1	25	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	25	21
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	25	21

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,01	12,86	10,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,32	5,55	4,64	%
Cash-Flow:	5	29	25	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	89	104	105	T€
Personalaufwandsquote:	12,21	10,29	7,68	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,32	1,03	1,88	%
Eigenkapitalquote:	90,63	89,23	90,44	%
Fremdkapitalquote:	9,37	10,77	9,56	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	3.750,79	3.631,80	3.631,30	Mg

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die WER Halle GmbH ist ein Dienstleister für die Erfassung von gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale). Die Gesellschaft ergänzt das Portfolio der Sparte Wasser und Entsorgung der Konzerngruppe der Stadtwerke Halle (Saale). Unter der Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, welche zugleich mit 60 Prozent Mehrheitsgesellschafter ist, erbringt die Gesellschaft einen bedeutenden Anteil bei der Erfassung von Sekundärrohstoffe und rundet damit die Daseinsvorsorge im Bereich Entsorgung in der Stadt Halle (Saale) ab. Als zweiter Gesellschafter der WER Halle GmbH ist die Fehr Umwelt Ost GmbH mit 40 Prozent der Anteile an der Gesellschaft beteiligt.

Die WER Halle GmbH hält selbst keine Unternehmensbeteiligungen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Kerngeschäft der WER Halle GmbH ist die Erfassung der gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale). Für die Erfassung der Altglasmengen ist eine gut ausgebaute Infrastruktur mit Depotcontainern auf öffentlichen Standplätzen vorhanden.

1.2. Ziele und Strategien

Die vornehmliche Ausrichtung des unternehmerischen Handelns der WER Halle GmbH besteht in der Sicherung der Qualität der Entsorgungsleistung im Gebiet der Stadt Halle (Saale). Weiter ist eine permanente Überprüfung der Prozesse und der eingesetzten Kapazitäten die Voraussetzung für die Hebung von Synergie- und Effizienzpotentialen. Ziel ist dabei die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotentialen zur Reduzierung des Aufwandes, zum effektiven Ressourceneinsatz und zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen.

1.3. Steuerung

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Mit dem Vergleich zwischen der detaillierten Planung des Geschäftsjahres und den erreichten Ist-Werten analysiert die Geschäftsführung die Wirtschaftlichkeit der Prozesse und greift bei erkennbaren Abweichungen umgehend ein.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In ihrer Struktur und mit den Gesellschaftern setzt die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr auf Konstanz und weist keine Veränderungen auf.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozent. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 Prozent im Vorjahr auf 5,7 Prozent im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 Prozent (Vorjahr 9,6 Prozent) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Frühjahr 2016 wurde von den dualen Systemen die Sammelleistung von Verkaufsverpackungen aus Glas für den Zeitraum vom 01. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2019 ausgeschrieben. In diesem marktwirtschaftlichen Wettbewerb konnte sich die WER Halle GmbH nicht als Bestbieter für den Auftrag durchsetzen. Die Gesellschaft hat diesen Umstand frühzeitig antizipiert und sich mit den potentiellen Marktteilnehmern in Verbindung gesetzt. Mit dem Bestbieter konnte ein Subauftragnehmerverhältnis ausgehandelt werden, das die Sammelleistung und die Vermietung des Behältersystems für die kommenden drei Jahre regelt. Damit kann die Gesellschaft ihre Leistungen weiterhin in der Stadt Halle (Saale) erbringen.

Die turnusmäßige Zertifizierung nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im ersten Quartal 2017 erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 16. Februar 2017 der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland gestellt. Als Ergebnis der externen Überprüfung testiert das Prüfungsunternehmen der Gesellschaft einen hohen Qualitätsstandard und sieht die Grundlage für ein erfolgreiches Fortbestehen in der Entsorgungsbranche als gesichert an.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die aktuellen Diskussionsthemen der dualen Systeme konkretisieren sich auf die Verschiebung der Lizenzanteile zwischen den Systembetreibern. Nach Meldungen zum Jahresende 2017 ist insbesondere die Duale System Deutschland von Lizenzkündigungen bei Großkunden betroffen. Dieser Verlust von Marktanteilen für den ehemaligen Vorreiter des Verpackungsrecyclings ist für die gesamte Branche ausschlaggebend. Ein weiterer nach wie vor aktueller Themenschwerpunkt ist der Unterschied zwischen den lizenzierten Verpackungsmengen und dem Erreichen der Recyclingquoten. Mit dem neuen Verpackungsgesetz soll ab 2019 diese augenscheinliche Lücke geschlossen werden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Bundestag hat am 30. März 2017 das Verpackungsgesetz (VerpackG) beschlossen. Mit dem Jahresbeginn 2019 wird dieses Gesetz in Kraft treten, sodass mit seiner Veröffentlichung die Handlungsbedarfe erörtert und die weiteren Vorgehensweisen mit dem Aufgabenträger im Verlauf abgestimmt werden müssen. Der größte Handlungsbedarf nach dem Verpackungsgesetz wird bei der Fraktion Papier/Pappe/Kartonagen gesehen. Für die Fraktionen Altglas und Leichtverpackungen werden die Änderungen für die Stadt Halle (Saale) unbedeutend sein. Speziell für Verpackungen aus Glas sieht die WER Halle GmbH den Handlungsbedarf in der konkreten Darstellung der Möglichkeit der Einführung von Unterfluranlagen. Generell wird es künftig nur noch eine Abstimmungsvereinbarung für die drei Fraktionen des dualen Systems geben. Hierbei handelt es sich um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, welcher zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem zugelosten Verhandlungsführer, der seitens der Systembetreiber bestimmt wird, verhandelt wird. In Bezug auf die Rechtssicherheit verfolgt die Gesellschaft die Bestrebungen des Interessenverbandes (VKU), welcher eine Musterabstimmungsvereinbarung mit den Systembetreibern verhandelt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor sind die ca. 1.365 Depotcontainer, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Kontinuierlich muss die WER Halle GmbH dieses Behältersystem pflegen und instand setzen.

Die erfasste Altglasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2017 ist mit einer Sammelleistung von 3.750 Mg gegenüber dem Vorjahreswert von 3.632 Mg um 3,3 Prozent gestiegen. Somit kann dieser Wert als Bestätigung der Erfassungstonnage um ein weiteres Jahr angesehen werden. Die nahezu konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) bildet die Basis für die Sammelmenge des Jahres 2017. Da der Subunternehmervertrag an die Mengenentwicklung gekoppelt ist, konnte eine positive Auswirkung auf die Umsatzerlöse gegenüber der Planung festgestellt werden.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um somit eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Sammelstellen umfasste zum Jahresende 2017 im Stadtgebiet 322 öffentliche Standplätze und 149 Anfallstellen gemäß § 3 Abs. 11 der Verpackungsverordnung und Anfallstellen des Freizeitbereiches. Die leichte Veränderung um zwei Standplätze gegenüber dem Vorjahr ist auf einen permanenten Wandel von Standplätzen zurückzuführen, indem die WER Halle GmbH die infrastrukturelle Attraktivität und die Akzeptanz in der Stadt Halle (Saale) unterstützt. Zahlreiche Standplätze wurden umgebaut oder verlegt beziehungsweise neu errichtet, was gleichfalls die Anpassung der Entsorgungsabläufe erfordert.

3.5. Forschung und Entwicklung

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der Stadtwerkegruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die Teilnahme am Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz und das Wirken in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2017 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteneinheiten und ist somit gegenüber dem Vorjahreswert unverändert. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung ausgeführt wird, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der Sammeltätigkeit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Unabhängig von der gestiegenen Sammelleistung fallen die Umsätze im abgelaufenen Geschäftsjahr geringer aus, da die vertraglichen Regelungen im Subauftragnehmervertrag für die Sammelleistung auf einem niedrigeren Preisniveau festgeschrieben sind.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2016	2017	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	190,5	147,8	-42,7	-22,4
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige betriebliche Erträge	18,0	30,0	12,0	66,7
Materialaufwand	87,4	107,6	20,2	23,1
Personalaufwand	21,5	21,7	0,3	0,9
Übrige betriebliche Aufwendungen	63,8	30,9	-32,9	-51,6
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBITDA⁽¹⁾	35,9	17,6	-18,3	-51,0
Abschreibungen	4,2	3,8	-0,4	-9,5
EBIT⁽²⁾	31,7	13,8	-17,9	-56,5
Zinsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	31,7	13,8	-17,9	-56,5
Ertragssteuern	7,2	12,3	5,1	70,8
sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand aus Gewinnabführung	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	24,5	1,5	-23,0	-93,9

⁽¹⁾ Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization
(Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

⁽²⁾ Earnings Before Interest and Taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

Insgesamt wurden im Jahr 2017 Umsatzerlöse von T€ 148 erwirtschaftet, welche gegenüber dem Vorjahr einen markanten Rückgang darstellen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhen sich die übrigen betrieblichen Erträge von T€ 18 im Jahr 2016 auf T€ 30 im Jahr 2017. Einen wesentlichen Einfluss auf diese Erträge hat dabei die Auflösung einer Rückstellung.

Entgegen der Steigerung der Sammelmenge an gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale) ist keine Steigerung des Aufwandes für die bezogenen Leistungen festzustellen.

Die Ausweisänderung der Aufwendungen zur Containerinstandhaltung führt zu Verschiebungen zwischen Materialaufwand und sonstigen betrieblichen Aufwendungen und erklärt wesentliche Abweichungen in diesen Positionen.

Der Personalaufwand von T€ 22, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von T€ 31 und die Abschreibungen von T€ 4 umfassen im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Eine wesentliche Kostenposition stellen dabei die Aufwendungen für Buchführungs-, Abschluss- und Prüfungsleistungen dar. Mit dem nahezu unveränderten Personalaufwand setzt die Gesellschaft ihr Agieren mit knappen Personalkapazitäten fort.

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und Ertrag, die in voller Höhe das Vorjahr betreffen, erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis von T€ 1. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsausrichtung, auf der Grundlage von schwierigen Rahmenbedingungen seine Wirtschaftskraft unter Beweis. Insbesondere konnte das geplante negative Ergebnis abgewendet werden. Da die Gesellschaft keinem Ergebnisabführungsvertrag unterliegt, ergeben sich keine resultierenden Verpflichtungen aus der Verlustübernahme oder der Gewinnabführung.

4.2. Finanzlage

Aufgrund der anhaltend niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt kann die Gesellschaft keine Erträge aus ihrer guten Liquiditätsausstattung schöpfen.

Die WER Halle GmbH verfügt über einen, im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung bei der SWH angelegten, ausreichenden Bestand an Eigenmitteln, sodass sie zum Bilanzstichtag und zu keinem Zeitpunkt im unterjährigen Verlauf für den Geschäftsbetrieb auf die eingerichtete Kontokorrentkreditlinie zurückgreifen muss.

Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sowie die Zahlungsverpflichtungen für Rückstellungen sind durch den Bestand an liquiden Mitteln gesichert.

4.2.1. Kapitalstruktur

Zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist keine Kreditaufnahme notwendig. Darüber hinaus kann die Gesellschaft über eine hervorragende Eigenkapitalquote berichten.

Die Vermögensstruktur der WER Halle GmbH hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich verändert. Das langfristig gebundene Vermögen, vor allem in Form von Anlagevermögen, ist nur von untergeordneter Bedeutung. Stärker ins Gewicht fallen die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen aus Einlagen im Cash Pool der Stadtwerkegruppe.

Nettoschulden	2016	2017	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0
Liquide Mittel	449,6	473,2	23,6	5,2
Nettoschulden	-449,6	-473,2	-23,6	-5,2
EBITDA	35,9	17,6	-18,3	-51,0
Nettoschulden/EBITDA	-12,5	-26,9	-14,4	-115,2

Den Vermögensgegenständen gegenüber steht insbesondere das Eigenkapital, welches sich lediglich durch den Jahresüberschuss verändert. Die Eigenkapitalquote liegt mit 90,6 Prozent über dem Vorjahreswert von 89,2 Prozent.

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2017 waren keine Ersatzinvestitionen notwendig, sodass die WER Halle GmbH mit den vorhandenen Kapazitäten ihre Leistung erbringen konnte. Zwar waren geringe Beträge für das Behältersystem geplant, diese wurden aber bis zum Jahresende nicht benötigt.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt im Jahresverlauf gesichert.

Liquiditätsentwicklung	2016	2017
	T€	T€
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	32,1	23,6
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	0,0	0,0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-20,5	0,0
Zahlungswirksame Veränderungen	11,6	23,6
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	438,0	449,6
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	449,6	473,2

Die freien Eigenmittel sind über den Cash-Pool der Stadtwerkegruppe zur Verfügung gestellt. Das Netto-Geldbeziehungsweise Netto-Umlaufvermögen der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag T€ 473 und ist als Forderung gegenüber verbundenen Unternehmen in der Bilanz ausgewiesen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Von T€ 523 zum Vorjahresstichtag sinkt die Bilanzsumme um T€ 7 auf T€ 516 zum 31. Dezember 2017. Ohne Investitionen im abgelaufenen Geschäftsjahr, ist ein Rückgang des Anlagevermögens um T€ 3 zu erkennen. Nachfolgend ist die Veränderung von Anlagevermögen und Umlaufvermögen in Bezug auf die Bilanzsumme dargestellt.

Anteil an	2016	2017	Veränderung
Bilanzsumme	%	%	%
Anlagevermögen	1,0	0,4	-60,0
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	99,0	99,7	0,7

Die Vermögensstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur marginal verändert.

Weiter ist auf der Aktivseite der Bilanz die Steigerung der Forderungen aus Cash Pool-Guthaben um T€ 24 im Umlaufvermögen ausgewiesen. Auf der Passivseite steigert der diesjährige Jahresüberschuss das Eigenkapital nur minimal. Dagegen ist der Bestand an Rückstellungen mit T€ 29 gegenüber dem Bilanzstichtag 2016 um T€ 13 reduziert.

4.4. Gesamtaussage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr war eine geänderte Ausrichtung auf den Adressaten des Leistungsauftrages durch die WER Halle GmbH vorzunehmen. Gleichzeitig war die Gesellschaft bestrebt die Kundenzufriedenheit auf einem gleichbleibend hohen Niveau zu realisieren. Der erweiterte Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind, sollte im Jahresvergleich keine erkennbaren Änderungen erfahren. Diese gesteckten Ziele konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr umfassend erfüllen und schließt deshalb ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2017 ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2017 wurden bei der WER Halle GmbH insgesamt fünf Risiken ermittelt (Vorjahr: fünf). Unter diesen Risiken lassen sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihrer Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihrer Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen.

Das bei der WER Halle GmbH implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Gesamtunternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz in allen Unternehmensbereichen. Durch die Geschäftsführung wird die Einhaltung der im Risikohandbuch angeführten Lösungsvorschläge und Empfehlungen zur Gegensteuerung kontinuierlich überwacht.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Chancen ergeben sich insbesondere bei der Erweiterung der Geschäftstätigkeit über das Stadtgebiet Halle (Saale) hinaus, wenn diese im dreijährigen Rhythmus marktwirtschaftlich vergeben werden. Entsprechend der Bewertungsmatrix sind Risiken im Zusammenhang mit dem zunehmenden Druck auf den Marktpreis für den Leistungsauftrag, den Mehrkosten bei der Schalldämmung der Depotcontainer, dem Ausfall beziehungsweise der Systemsicherheit der IT-Rechentechnik sowie Schaden durch Brand und Vandalismus an den Einrichtungen der Gesellschaft jedoch besonders unter Beobachtung.

5.3. Gesamtbild

Die Rahmenbedingungen für die WER Halle GmbH haben sich nach der Einschätzung der Geschäftsführung im Jahr 2016 mit seiner Wirkung auf das Geschäftsjahr 2017 verschärft. Der Verlust der Direktbeauftragung des Sammelauftrages 2017 – 2019 spiegelt den hart umkämpften Markt bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen wider. Um gegenüber den zumeist privatwirtschaftlich organisierten Konkurrenten bestehen zu können, ist eine intensive und detaillierte Betrachtung der Marktentwicklung notwendig. Nur mit einer frühzeitigen Auseinandersetzung kann der Leistungsauftrag 2020 – 2022 in der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2019 zurückgewonnen werden. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich durch ein regionales Wachstum entwickeln zu können und um Synergiepotentiale in der gemeinsamen Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu erschließen.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der WER Halle GmbH für die Planjahre 2018 – 2022 besteht darin, das Umsatzniveau sukzessive zu steigern. Dazu geht die Gesellschaft bei einer sich gering entwickelnden Einwohnerzahl von leicht steigenden Sammelmengen aufgrund des bewussteren Andienungsverhaltens durch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) aus. Für die Folgejahre beabsichtigt die Gesellschaft die vertragskonforme Leistungserbringung in der Stadt Halle (Saale) gegenüber dem Subauftraggeber mit einem wirtschaftlichen Erfolg.

6.2. Investitionen

Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes plant die WER Halle GmbH notwendige Ersatzinvestitionen in Höhe von jährlich T€ 3.

6.3. Finanzierung

Diese geplanten Investitionen sollen aus der eigenen Wirtschaftskraft des Unternehmens finanziert werden und zu keinen Fremdfinanzierungen führen.

6.4. Ergebniserwartung

Die Gesellschaft beabsichtigt die kontinuierliche Fortsetzung der Sammelleistung und damit die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge in der Stadt Halle (Saale). Eine Weiterführung der Geschäftstätigkeit hat sich die Gesellschaft mit dem Subauftrag bis zum 31. Dezember 2019 gesichert. Über diesen Zeitraum hinaus wird eine Ausschreibung der Leistung im Sammelgebiet der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2019 entscheiden. Hierbei plant die WER Halle GmbH die erfolgreiche Bewerbung um den Direktauftrag mit dem dualen System. Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird aufgrund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen und ist mit der Optimierung der bestehenden Standplätze beziehungsweise deren Entsorgung beschäftigt. Damit soll die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) gefestigt oder gar gesteigert werden.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 08. Dezember 2017 dem Wirtschaftsplan 2018 und der Vorschau 2019 – 2022 zugestimmt. Für das Geschäftsjahr 2018 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von T€ 1, welches für das Jahr 2019 ähnlich erwartet wird. Überzeugt leitet die Gesellschaft nach dem Zwischenschritt der Subbeauftragung ihre strategische Ausrichtung aus der Rückgewinnung der Leistungsaufträge gegenüber den dualen Systemen ab und verbindet damit eine positive Entwicklung des Ergebnisses.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Liebenaauer Straße 130 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kloß, Romy Kuschnik, Jens
--------------------------	------------------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	232	27	227	21	232	25	5	2
Umlaufvermögen	620	73	844	78	702	74	-224	-27
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	5	1	7	1	-4	-80

Bilanzsumme	853	100	1.076	100	941	100	-223	-21
--------------------	------------	------------	--------------	------------	------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	225	26	225	21	225	24	0	0
Rückstellungen	225	26	297	28	263	28	-72	-24
Verbindlichkeiten	403	48	554	51	453	48	-151	-27

Bilanzsumme	853	100	1.076	100	941	100	-223	-21
--------------------	------------	------------	--------------	------------	------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.897	3.574	3.578
sonstige betriebliche Erträge	43	56	58
Materialaufwand	1.277	1.038	1.158
Personalaufwand	1.944	1.843	1.839
Abschreibungen	73	71	48
sonstige betriebliche Aufwendungen	399	354	360
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	4	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			230
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	246	320	
sonstige Steuern	6	6	8
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	240	314	222
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,15	8,78	6,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	106,63	139,68	98,85	%
Cash-Flow:	313	385	270	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	80	76	74	T€
Personalaufwandsquote:	49,35	50,79	50,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	27,23	21,08	24,70	%
Eigenkapitalquote:	26,34	20,87	23,88	%
Fremdkapitalquote:	73,66	79,13	76,12	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	1.556,00	1.510,00	4.230,00	Anzahl
Jahrestichtagsablesungen	12.153,00	12.327,00	9.862,00	Anzahl
operativer Zählerwechsel	620,00	640,00	660,00	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	2.630,00	4.290,00	4.200,00	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur

1.1.2. Geschäftsfelder

1.2. Ziele und Strategien

1.3. Steuerung

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

2.2. Arbeitsmarkt

2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.2. Marktbezogene Entwicklung

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

3.5. Forschung und Entwicklung

3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

4.2.2. Investitionen

4.2.3. Liquidität

4.3. Vermögenslage

4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

5.1.3. Risikomanagement- Prozess und -Organisation

5.2. Chancen und Risiken

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

6.2. Investitionen

6.3. Finanzierung

6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der W +H Wasser- und Haustechnik GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet und ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur haustechnischer Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Unternehmen gliedert sich in die Geschäftsfelder (Sparten):

- Wasser (Bewirtschaftung der Wasserzähler und Standrohre; Reparatur von Trinkwasserleitungen)
- Sammelkanal (Bewirtschaftung/Wartung/Instandhaltung der Kollektoren bzw. Sammelkanäle der Stadt Halle)
- Fernwärme/Gas (Betriebsführung/Wartung/Instandhaltung/Contracting von Fernwärme- und Gasanlagen)
- Hausanschlüsse/Tief- und Rohrleitungsbau (Errichtung von Trinkwasserversorgungsleitungen/Trinkwasserhausanschlüssen/Erbringung von Tiefbau- und Reparaturleistungen)

Entsprechend § 128 der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt betätigt sich die W+H als kommunales Unternehmen grundsätzlich auf dem gemeindlichen Gebiet der Stadt Halle bzw. dem Versorgungsgebiet der HWS.

1.2. Ziele und Strategien

Die W+H wird auch zukünftig als Dienstleistungsunternehmen auf dem Markt und innerhalb der Stadtwerkegruppe tätig sein, sich mit einer hohen Flexibilität an die gegebenen Erfordernisse anpassen und sich neuen Herausforderungen stellen. Wie im Unternehmensbild verankert ist, wird u.a. die regionale Erweiterung von Marktanteilen angestrebt. Dazu sollen die Erschließung neuer Geschäftsfelder, die Nutzung von Entwicklungen und Innovationen des Marktes sowie eine Erweiterung der Auftragsituation innerhalb der SWH-Gruppe beitragen. Die Gewinnung von Marktanteilen sowie die Erhöhung von Umsatz und Ertrag sind jedoch nur zu gewährleisten, wenn die Marktfähigkeit der W+H weiter erhalten bleibt und die Ausrichtung auf kundenorientierte Serviceprozesse, insbesondere innerhalb der SWH-Gruppe, weiter verbessert wird. Der Fokus richtet sich dabei auf alle Bereiche des Unternehmens. Vorrangig betrachtet werden die Erweiterung des Leistungsspektrums auf dem Gebiet des spartenübergreifenden Zählermanagements, der Energiedienstleistungen sowie im Tiefbau-, Sanierungs- und Reparaturbereich.

1.3. Steuerung

Die Steuerung des Unternehmens ist durch die bestehende Organisationsstruktur gesichert. Neben der Geschäftsführung erfolgt die direkte Steuerung durch den Betriebsleiter bzw. die Teamleiter der unter Pkt. 1.1.2. genannten Geschäftsfelder bzw. Sparten.

Die W+H erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der HWS GmbH.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der mit Wirkung zum 01.07.2013 eingeführte Dienstleistungstarifvertrag gilt auch für die W+H. Im aktuellen Dienstleistungstarifvertrag ist geregelt, dass die Besitzstände der Mitarbeiter bis zum 31.12.2016, mit 25% in Höhe der Tarifsteigerung abgeschmolzen werden. Entsprechend der aktuellen Tarifentwicklungen erfolgt ab dem 01.01.2017 bis auf weiteres grundsätzlich keine Verrechnung mit dem Besitzstand der Mitarbeiter.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Auftragsituation gestaltete sich seit Beginn des Jahres 2017 positiv. Durch zusätzliche Installations- und Sanierungsaufträge der HWS (u.a. zur Instandsetzung des Betriebsgebäudes des Wasserwerkes Beesen) konnten bereits zu Jahresbeginn die geplanten Umsatzerlöse erreicht werden.

Die Umsatzerlöse für die Sparte Haustechnik konnten ebenfalls erreicht bzw. übererfüllt werden. Das zeigt sich vor allem bei der Steigerung der Umsatzerlöse beim Bau der Hausanschlussstationen im Vergleich zum Vorjahr. Hier wurden seitens der Auftraggeber Investitionen aus dem Jahr 2016 nachgeholt.

In der Sparte Hausanschlüsse / Tiefbau war seit Anfang des Jahres eine sehr gute Auftragslage zu verzeichnen. Durch die HWS wurden, neben der Errichtung von Hausanschlüssen, auch Auswechslungen von verschiedenen Trinkwasserversorgungsleitungen im Stadtgebiet beauftragt. Durch die Aktualisierung von langjährigen Rahmenverträgen seitens der HWS konnten hier ebenfalls Umsatzerlöse gesteigert werden. Weiterhin konnte die W+H im Rahmen der Auswechslung von Schachtabdeckungen für das Kanalnetz der Stadt Halle zusätzliche Umsatzerlöse generieren.

Durch weitere zusätzliche Auftragseingänge, konnten im Berichtszeitraum außerplanmäßige Umsatzerlöse generiert werden. Dabei handelt es sich u.a. um die Umsetzung von Bau- und Sanierungsleistungen innerhalb der SWH -Gruppe sowie die Übernahme zusätzlicher Leistungen im Sammelkanal und im Rahmen des Wasserzählermanagements.

Die für das Gesamtunternehmen geplanten Umsatzerlöse konnten somit erreicht bzw. übererfüllt werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Ansiedlungspolitik und die Zunahme der Bevölkerung in der Stadt Halle hat sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der W+H ausgewirkt.

Durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen insbesondere für verbundene Unternehmen konnte das Unternehmen weiterentwickelt werden.

Aus den Änderungen des Mess- und Eichrechtes ergeben sich u.a. für die Wasserzählerprüfstelle neue Leistungsangebote. Durch eine in 2016 begonnene Werbekampagne wurden bei verschiedenen Trinkwasserversorgungsunternehmen in Mitteldeutschland zusätzliche Leistungen akquiriert und umgesetzt. Da in Sachsen-Anhalt derzeit nur noch zwei Wasserzählerprüfstellen existieren, ist es vorgesehen mit dem Leistungsangebot der Prüfstelle noch weitere Umsatzerlöse zu erzielen.

(Ein Kurzbericht der Geschäftstätigkeit 2017 mit Mehrjahresvergleich ist in der Anlage dargestellt).

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die politische und rechtliche Entwicklung hat nach derzeitigen Erkenntnissen keinen Einfluss auf die Geschäftsfelder der W+H.

Die W+H ist Mitglied der IHK Halle-Dessau, der Handwerkskammer Halle, der Energiegemeinschaft Halle/Saale e.V. und seit 01.01.2016 in der Berufsgenossenschaft der Unfallkasse Sachsen-Anhalt (vormals Berufsgenossenschaft der Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse).

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Eine wesentliche Grundlage für die Stabilität der W+H ist der im Dezember 2011 um weitere 6 Jahre bis zum 31.12.2017 verlängerte Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W+H über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS. Dieser Vertrag wurde in 2017 bis zum 31.12.2018 verlängert. Mit Datum vom 03.12.2015 wurde der bestehende Rahmenvertrag dahingehend ergänzt, dass die Bewirtschaftung der privaten Garten- und Brauchwasserzähler zum 01.01.2016 in den Rahmenvertrag aufgenommen wurde.

Für die Bewirtschaftung der Sammelkanäle wurde mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 01.01.2015 eine neue Vereinbarung mit einem erweiterten Leistungsumfang und einer Erhöhung der Leistungspauschale für den Zeitraum vom 01.01.18 - 31.12.20 abgeschlossen.

Der Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W+H zur Verlegung von Trinkwasserhausanschlüssen bzw. zur Beseitigung von Störungen an Trinkwasserleitungen im Trinkwasserversorgungsnetz der HWS wurde mit Wirkung vom 01.07.2017 neu abgeschlossen.

Durch die flexible Einsatzfähigkeit der Mitarbeiter konnten in 2017 die Tätigkeiten in der Abwassersparte weitergeführt werden. Ein zukünftiger Ausbau sowie Erweiterungen des Tätigkeitsfeldes sind geplant.

Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist die besonders hervorzuhebende Motivation der Belegschaft. Diese spiegelt sich in einer hohen Leistungsbereitschaft und Flexibilität der Mitarbeiter wider.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die W+H nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31.12.2017 waren im Unternehmen 51 Mitarbeiter (Vorjahr: 47 Mitarbeiter) und 4 Auszubildende (Vorjahr: 3 Auszubildende) beschäftigt.

Einer der wesentlichen Schwerpunkte in der Personalarbeit 2017 bestand in der Umsetzung von Maßnahmen zur Optimierung der Altersstruktur des Personalbestandes. Hier wurden im Rahmen der Nachfolgeplanung freiwerdende Stellen nachbesetzt bzw. Mitarbeiter zur Einarbeitung für demnächst freiwerdende Stellen eingestellt.

Die kompetenzbasierte Entwicklung der W+H-Mitarbeiter war eines der zentralen Handlungsfelder der Personalarbeit im Jahr 2017. Die Entwicklungsmaßnahmen erfolgten dabei sowohl unter strategischen als auch operativen Gesichtspunkten.

Wie auch in den Vorjahren ist die W+H bestrebt, dem zu erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die W+H setzt dabei auch auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren zum Jahresende 2017 4 Auszubildende bei der W+H beschäftigt. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Anlagenmechaniker, Sanitär-, Klima- und Heizungstechniker und Elektroniker Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik. Sehr gut qualifiziertes Fachpersonal konnte aber auch durch Einstellung externer Mitarbeiter gewonnen werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Umsatzerlöse in folgenden Sparten erzielt:

in TEUR	2017	2016
Hausanschlüsse	736,4	612,5
Wasser	1.035,1	1.002,0
Sammelkanal	607,5	648,1
Haustechnik	1.456,9	1.269,9
Gas	50,0	37,4
Bäderbewirtschaftung	0,0	0,0
Schrotterlöse	23,0	14,9
Sonstige Umsatzerlöse/Skonti	-11,8	-10,9
Summe Umsatzerlöse	3.897,1	3.573,9

Die Umsatzerlöse der W+H haben sich gegenüber dem Vorjahr um 323,2 TEUR (+9,0 %) erhöht.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Hausanschlüsse wurden in Höhe von 736,4 TEUR realisiert. Diese Umsatzerlöse liegen mit 123,9 TEUR (+20,2%) über dem Vorjahreswert. Der Grund hierfür war der Anstieg von Auftragseingängen, insbesondere von verbundenen Unternehmen (HWS) zur Errichtung von Hausanschlüssen Trinkwasser sowie der Realisierung von Reparaturen an Trinkwasserleitungen und dem Bau von Trinkwasserversorgungsleitungen in der Stadt Halle. Weiterhin wurden mit der Auswechslung von Schachtabdeckungen auch zusätzliche Leistungen im Bereich der Abwassersparte der HWS erbracht.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Wasser liegen mit 33,1 TEUR (+3,3%) über dem Vorjahreswert. Dies resultiert insbesondere aus zusätzlichen Erlösen für die Renovierungsleistungen am neuen Unternehmensstandort der W+H im Wasserwerk Beesen im Auftrag der HWS.

In der Sparte Sammelkanal konnte trotz zusätzlicher Leistungen für die HWS im Rahmen der Renovierungsleistungen am neuen Standort der W+H im Wasserwerk Beesen der Vorjahresumsatz um -40,6 TEUR (-6,3 %) nicht erreicht werden.

Die Sparte Haustechnik weist gegenüber dem Vorjahr um 187,0 TEUR (+14,7%) höhere Umsatzerlöse aus. Dahinter stehen die Errichtung von 37 Stück Hausanschlussstationen (Vorj. 6 Stück).

Aufgrund der Auftragserteilung für die Wechslung von Gaszählern durch die Energieversorgung Halle Netz GmbH konnten die Umsatzerlöse in der Sparte Gas gegenüber dem Vorjahr um +12,6 TEUR (+33,7%) gesteigert werden. Im Wirtschaftsjahr wurden mit 1.950 Stück 390 mehr Gaszähler gewechselt (Vj. 1.560 Stück).

An sonstigen betrieblichen Erträgen wurden 43,2 TEUR erzielt, sie liegen mit -12,6 TEUR (-22,6%) unter dem Vorjahreswert. Sie umfassen neben Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und Anlagenabgängen hauptsächlich Erträge aus geldwertem Vorteil. Dabei wurden bedingt durch den Umzug an den Standort WW Beesen neue Verträge mit den Mitarbeitern zur KfZ-Nutzung abgeschlossen.

Der Materialaufwand liegt mit +239,4 TEUR (+23,1%) über dem Vorjahr. Davon entfallen 94,9 TEUR (+12,1 %) auf die niedrigeren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie 144,4 TEUR (+57,4%) auf höhere Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe umfasst das Material für die Errichtung von Hausanschlüssen Trinkwasser sowie die Realisierung von Investitionen im Bereich Wassernetze, im Anlagenbau in der Sparte Haustechnik, den Kauf von Wasserzählern, Wasserverbrauch im Standrohrverleih, Kraftstoffe, Kleinstmaterialien etc. Der Anstieg von Auftragseingängen und die dadurch erzielten höheren Umsatzerlöse bedingen auch einen gestiegenen Materialeinsatz.

Der Mehrbedarf bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen resultiert vorrangig aus der Sparte Hausanschluss. Dort werden jetzt weniger Hausanschlüsse, sondern zunehmend Versorgungsleitungen verlegt. Für diese Leistungen werden mehr Fremdleistungen gebunden. Daraus resultieren auch höhere Umsatzerlöse in der Sparte Hausanschluss.

Der Personalaufwand stieg im Wirtschaftsjahr um +101,0 TEUR (+5,5 %). Ursachen hierfür sind hauptsächlich die auf Grund zusätzlicher Aufträge höhere durchschnittliche Belegschaft (4,0 Personen) und die Zuführung zur Rückstellung für die Leistungszulage vom Dezember 2017.

Die Abschreibungen liegen mit 2,4 TEUR (+3,4%) über dem Vorjahreswert. Ursachen hierfür sind die höheren Investitionen die durch den Kauf von Fahrzeugen bestehende Leasingverträge ablösen konnten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 45,0 TEUR über dem Vorjahresniveau (+12,7%). Die zusätzlichen Aufwendungen, insbesondere für Rechts- und Beratungskosten, resultieren aus einem Auftrag zur Konzeption einer neuen Leistungslohnberechnung.

Durch den Wegfall der Aufzinsungen für Rückstellungen aus Altersteilzeit liegen Zinsen und ähnliche Aufwendungen mit -3,4 TEUR (-83,4%) unter dem Vorjahr.

Das Ergebnis nach Steuern liegt mit -73,9 TEUR (-23,1 %) unter dem Vorjahr.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Unter dem Eigenkapital sind das Stammkapital (26 TEUR), die Kapitalrücklage (194,9 TEUR) sowie die Gewinnrücklagen (3,7 TEUR) zusammengefasst. Die Verringerung der Gewinnabführung gegenüber dem Vorjahr um -74,2 TEUR (-23,7%) auf 239,5 TEUR im Berichtsjahr ist im Wesentlichen die Ursache für den Rückgang der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Somit erhöht sich die Eigenkapitalquote stichtagsbezogen um 5,4 Prozentpunkte auf 26,3 % (Vj. 20,9 %)

4.2.2. Investitionen

Die Investitionen wurden in Höhe von 80,5 TEUR realisiert. Das entspricht einer Planüberschreitung von 10,5 TEUR (+15,0 %). Es wurden 5 gebrauchte Transporter, 4 PC bzw. Notebooks sowie weitere verschiedene Ausrüstungen angeschafft.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der W+H und den Stadtwerken 2001 eine CashPool-Vereinbarung abgeschlossen. Diese wurde zum 01.03.2013 ergänzt. Darin vereinbarten die Vertragspartner einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 250 TEUR. Um die Liquidität des Unternehmens über das gesamte Geschäftsjahr zu sichern, wurde der interne Kreditrahmen mehrmals kurzfristig in Anspruch genommen.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringerte sich um 20,7 % bzw. um 223,4 TEUR auf 852,8 TEUR. Im Wesentlichen ist der Rückgang der Bilanzsumme auf den Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (476,8 TEUR; Vorjahr 644,7 TEUR) zurückzuführen. Auf der Passivseite betrifft die Abnahme der Bilanzsumme im Wesentlichen den Verbrauch der Rückstellungen für die Altersteizeit und die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bedingt durch die Höhe der Ergebnisabführung an die HWS.

4.4. Gesamtaussage

Durch die positive Entwicklung der Auftragslage im Jahresverlauf 2017 konnten die geplanten Umsatzerlöse des Unternehmens von 3.534,4 TEUR insgesamt erreicht und darüber hinaus zusätzliche Erlöse von 362,7 TEUR generiert werden. Eine Planerfüllung war außer in der Sparte Gas in allen anderen Sparten möglich. Durch die Flexibilität der Mitarbeiter konnten die geringeren Umsatzerlöse durch Leistungen innerhalb der anderen Sparten kompensiert werden.

Eine wichtige Voraussetzung für den Unternehmenserfolg sind langfristig gesicherte Verträge. Die Fortführung bzw. der Neuabschluss von Verträgen sind ein Zeichen der Zufriedenheit und des Vertrauens unserer Kunden und Vertragspartner. Auch im Jahr 2017 konnten hier die Grundlagen für eine weitere stabile Zusammenarbeit geschaffen werden. Um den Wünschen und Anforderungen unserer Kunden auch zukünftig gerecht werden zu können, werden die von uns angebotenen Dienstleistungen ständig weiterentwickelt. Durch eine hohe Flexibilität der Mitarbeiter konnten bestehende Leistungen ausgebaut und neue Aufgabengebiete erschlossen werden. So wurden z.B. Dienstleistungen für die Abwassersparte der HWS erbracht, welche zukünftig noch erweitert und ausgebaut werden sollen. Somit stellt sich das Unternehmen den neuen Herausforderungen und Entwicklungen innerhalb der Stadtwerkegruppe und richtet ihre Serviceprozesse weiter konsequent an den Kundenbedürfnissen aus.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Unternehmens sind die Mitarbeiter. Die in der W+H beschäftigten Mitarbeiter sind zum größten Teil langjährige Mitarbeiter. Hoch qualifiziert und motiviert verfügen sie über das notwendige Know how in den jeweiligen Fachbereichen. Aufgrund des relativ hohen Altersdurchschnittes der Mitarbeiter sind personelle Anpassungsmaßnahmen zur Optimierung der Altersstruktur erforderlich. Die ersten Maßnahmen wurden bereits umgesetzt (z.B. Umsetzung von Altersregelungen; Qualifizierung und Weiterbildung von Mitarbeitern; Einstellung qualifizierter Facharbeiter zur Nachbesetzung von freiwerdenden Stellen; Ausbildung von Azubis für einen zukünftigen Einsatz im Unternehmen). Weitere Maßnahmen sind für die Folgejahre vorgesehen.

Mit dem erreichten Jahresergebnis von 239,5 TEUR wird eine sehr gute Entwicklung des Unternehmens dokumentiert.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3. Risikomanagement- Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.12.2017 wurden bei der W+H insgesamt 7 Risiken ermittelt (Vorjahr 7). Risiken der Gruppen 1 und 2 bestehen bei der W+H für das Jahr 2018 nicht.

In der nachfolgenden Tabelle sind aus der Riskmap 2018-2022 die bestehenden Risiken eingetragen. Risiken der Gruppen 1 und 2 bestehen bei der W+H für das Jahr 2018 nicht.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	2	0	0
Absatzmarkt/Vertrieb	3	0	0
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Technologie	1	0	0
Naturereignisse/Umwelt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	1	0	0
Gesamt	7	0	0

5.3. Gesamtbild

Eine Bewertung der Risiken der W+H wird im Risikomanagementsystem vorgenommen. Die Risikoinventur, -bewertung und die Festlegung von Strategien zur Risikobegegnung erfolgen jährlich. Die Ergebnisse werden in der Riskmap festgehalten. Das Risikomanagementsystem der W+H benennt für das Jahr 2018 keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

6. Prognosebericht

Die W+H erstellt den Wirtschaftsplan 2018 sowie die Vorschau für die Jahre 2019 bis 2022 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan und Investitionsplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2017, die für den Zeitraum bis 2022 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die erkennbaren Rahmenbedingungen für die Leistungen der Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, das Erstellen von Trinkwasserhausanschlüssen, die Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen sowie die Sanierungs- und Reparaturarbeiten in der Abwassersparte. Weiterhin werden die Bewirtschaftung der Sammelkanäle der Stadt Halle, die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH GmbH, des Gaszählerwechsels sowie die allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre berücksichtigt.

6.1. Umsatzentwicklung

Für eine dauerhafte Stabilisierung und Verbesserung der Ertragslage der W+H, wird die zukünftige strategische Ausrichtung an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Es ist vorgesehen die vorhandenen Geschäftsfelder zukünftig weiter zu entwickeln und auszubauen. Die Schwerpunkte werden wie folgt gesetzt:

1. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Tiefbau / Hausanschlüsse um Tätigkeiten im Abwasserbereich (z.B. Auswechslung von Schachtabdeckungen, Sanierung von Schächten sowie weitere Kleinreparaturen im Kanalnetz)
2. Weiterer Ausbau des Geschäftsfeldes „Spartenübergreifendes Zählermanagement“ im Tätigkeitsbereich Wechsel von Zähl- und Messeinrichtungen (Wasserzähler, Garten- und Brauchwasserzähler; Gaszähler und Stromzähler sowie im Tätigkeitsbereich Ablesung und Heizkostenabrechnung)
3. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Sammelkanäle
4. Verstärkung der Aktivitäten im Bereich Energie- und Elektrodienstleistung
5. Ausbau und Spezialisierung der Leistungen im HAST-Bau in der Sparte Haustechnik
6. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Trinkwasser (Angebot zusätzlicher Dienstleistungen der Wasserzählerprüfstelle; Umsetzung neuer Technologien im Rahmen des Smart Meterings)
7. Optimierung des Personaleinsatzes durch eine nachhaltige Personalentwicklung sowie eine fristgerechte Nachfolgeplanung“

6.2. Investitionen

Für die W+H sind im Wirtschaftsjahr 2018 sowie in den Folgejahren jeweils 70 TEUR im Investitionsplan angesetzt. Das entspricht dem durchschnittlichen Niveau der letzten vier Jahre. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit sind der Kauf von mobiler Technik und sonstiger Ausrüstungen, um die Aufrechterhaltung bzw. Erweiterung der Geschäftsabläufe zu gewährleisten.

6.3. Finanzierung

Entsprechend der unternehmenseigenen Konzeption erfolgt die komplette Finanzierung der Investitionen auch weiterhin aus Eigenmitteln.

6.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum werden folgende Jahresergebnisse erwartet:

(in TEUR)	WIPL 2018	2019	2020	2021	2022
W+H	169,0	174,0	177,6	178,3	181,0

Der Wirtschaftsplan 2018 weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 169,0 TEUR aus. Das entspricht einer Umsatzrentabilität von 4,4 %.

Die Entwicklung des Ergebnisses für den Planungszeitraum bis 2022 wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2018 -2022 detailliert untersucht und dargestellt. Für den Planungszeitraum bis 2022 wird ein geringfügiger Anstieg des Ergebnisses erwartet. Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend Ergebnisabführungsvertrag an die HWS abgeführt. Zur Erreichung des Ergebnisses ist es vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder weiter auszubauen und zukünftig auch neue Geschäftsfelder und Aufgabengebiete zu erschließen um die Tarifentwicklungen bei den Personalkosten, steigende Material- und Fremdleistungskosten sowie Erhöhungen konzerninterner Umlagen auszugleichen. Ziel ist es weiterhin, die Dienstleistungen vorrangig innerhalb der SWH-Gruppe anzubieten.

Das für 2017 geplante Jahresergebnis von 153,5 TEUR wurde um 86,0 TEUR übererfüllt, wobei der um 383,4 TEUR gestiegenen Gesamtleistung um 297,4 TEUR höhere betriebliche Aufwendungen gegenüberstehen.

Das erwirtschaftete Ergebnis wird in Erfüllung des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die HWS abgeführt.

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit

		2017	2016	2015	2014	2013
Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS	Stück	27.860	27.745	27.782	50.609	50.180
turnusmäßiger Zählerwechsel	Stück	2.630	4.290	4.200	8.470	7.350
operativer Zählerwechsel	Stück	620	640	660	1.000	1.020
Regenerierung von Großwasserzählern (Qn 15 - Qn 150)	Stück	26	29	96	52	74
Bewirtschaftung des Standrohrbestandes	Stück	133	135	139		
Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60	Stück	1.556	1.510	4.230	9.680	10.854
Befundprüfung von Wasserzählern	Stück	176	102	113	138	126
Stichprobenprüfung von Wasserzählern	Stück	50	150			
Warenannahmepfung von Wasserzählern	Stück	387	781			
Jahresstichtagsablesung November/Dezember für die HWS	Stück	12.153	12.327	9.862	34.760	10.670
Bewirtschaftung von Zählern für Abwasser- entgeltminderung der HWS	Stück	8.326	8.326	8.071	7.506	7.409
Fernwärmeservice Neubau	Stück	37	6	9		
Fernwärmeservice Übergabestellen / Primärleitung	Stück	14	15			
Fernwärmeservice Bewirtschaftung	HAST	648	692	669	717	678
Wartung an Gaskesselanlagen	Stück	97	91	92	74	0
Gaszählerwechsel für die EVH	Stück	1.950	1.560	3.900	2.970	905

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Flugplatz 12
06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg, OT Oppin	14	1,40
Gemeinde Petersberg, OT Brachstedt	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

Öffentlicher Zweck:

Flughäfen sind Dreh- und Angelpunkte der Logistik. Alle größeren Unternehmen im Gemeindegebiet sind auf die Frachtmöglichkeiten angewiesen. Der öffentliche Zweck ist daher in der Standortsicherung und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Scherbel, Renate

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Stäglin, Uwe	
stellv. Vorsitzender	Wege, Johannes	
	Bernstiel, Christoph	
	Bujak, Frank	
	Gernhardt, Dirk	(seit 22.11.2017)
	Kieslich, Marcel	(bis 22.11.2017)
	Kupski, Christian	
	Leipnitz, Ulli	
	Müller, Peter	
	Zander, Kurt-Jürgen	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden im Berichtszeitraum keine Vergütungen gewährt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.833	90	1.771	90	1.787	92	62	4
Umlaufvermögen	214	10	186	10	161	8	28	15
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	1	0	-1	-100

Bilanzsumme	2.047	100	1.958	100	1.949	100	89	5
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.427	70	1.330	68	1.214	62	97	7
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	134	7	144	7	154	8	-10	-7
Rückstellungen	28	1	29	2	23	1	-1	-3
Verbindlichkeiten	388	19	373	19	470	24	15	4
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	2	0	0	0
Passive latente Steuern	69	3	81	4	86	5	-12	-15

Bilanzsumme	2.047	100	1.958	100	1.949	100	89	5
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	698	689	599
sonstige betriebliche Erträge	16	21	69
Personalaufwand	299	285	284
Abschreibungen	88	84	94
sonstige betriebliche Aufwendungen	211	195	189
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9	14	20
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			81
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4	10	17
Ergebnis nach Steuern	103	122	
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	97	116	58
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	97	116	58

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	13,84	16,78	9,61	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,27	9,52	4,98	%
Cash-Flow:	185	200	152	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	89	79	84	T€
Personalaufwandsquote:	41,85	40,07	42,38	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,56	90,43	91,68	%
Eigenkapitalquote:	69,72	67,92	62,31	%
Fremdkapitalquote:	30,28	32,08	37,69	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Flugbewegungen	28.660,00	28.982,00	28.908,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	4,47	4,55	4,11	EUR
Kraftstoffverkauf	272.365,00	292.129,00	290.315,00	Liter

f) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Die Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin kann im Jahr 2017 einen positiven Geschäftsverlauf verzeichnen. Der Flugbetrieb wurde im Wesentlichen durch den Rettungsflug, die praktische Ausbildung von Privatpiloten und sonstige gewerbliche Flüge geprägt.

Der Trend zur schnellen Erreichbarkeit entfernter Ziele hält unvermindert an.

Aber auch die vorhandene Möglichkeit der Wartung und Instandhaltung von Flugzeugen und Hubschraubern ist für den Betrieb des Flugplatzes weiterhin ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Ferner bestätigt die positive Entwicklung der ansässigen Firmen die anhaltende Stabilität in der Allgemeinen Luftfahrt.

Mit 28.660 Flugbewegungen - 324 weniger als im Vorjahr - unterstreicht der Flugplatz eine seit Jahren stabile Entwicklung. Die Struktur der Flugbewegungen unterlag erneut starken Schwankungen.

Während die Zahl der Motorsegler-Bewegungen um 44 % gestiegen ist, ist die Zahl der Hubschrauber-Bewegungen gegenüber 2016 um 21 % gesunken. Dementsprechend sind die Erlöse pro Flugbewegung auf 4,47 Euro gesunken (Vorjahr 4,55 Euro).

Auch die Kraftstoffverkäufe lagen im Jahr 2017 um 6,8 % niedriger als im Vorjahr, was letztlich in den Provisionserlösen seinen Ausdruck findet.

Die Ursachen sind sowohl in den recht hohen Flugkraftstoff-Preisen als auch in der Tatsache zu sehen, dass einige Kunden den Kraftstoff AVGAS UL 91 aus Kostengründen total ablehnen und sich an öffentlichen Straßentankstellen mit preisgünstigerem Mogas (Super Plus) zur Betankung ihrer Flugzeuge versorgen.

Auf daraus sich weiter ergebende Probleme wird unter Punkt 3 eingegangen.

Ein wichtiger Stabilitätsfaktor ist die konstruktive Zusammenarbeit mit den ansässigen Firmen – die Firmen benötigen für ihre Arbeit den Flugplatz und der Flugplatz aber auch die ansässigen Firmen. Unter diesem Blickwinkel ist die Zusammenarbeit für alle Beteiligten von großer Bedeutung.

Die Firmen MCO/Air Lloyd und Helitec arbeiten nach ihrem Zusammenschluss weiter an Planungsunterlagen zum geplanten Standortausbau am Flugplatz Halle/Oppin.

Die Verhandlungen mit der ADAC Luftfahrt Technik GmbH wurden im Jahr 2017 fortgeführt um notwendige Voraussetzungen für den vorgesehenen Grundstückskauf zu schaffen. Der erfolgreiche Abschluss eines Kaufvertrages könnte 2018 möglich sein.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien sind nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle und gleichen vorhandene Defizite aus dem fliegerischen Bereich zum Teil aus. Lang- und mittelfristige Verträge im Bereich der gewerblichen Vermietung sichern eine gewisse Stabilität der entsprechenden Erlöse.

Im Bereich der privaten Vermietung im Wohnblock sind immer wieder Schwankungen zu verzeichnen. Neben den bereits unterjährig gekündigten vier Wohnungen (eine seit Juni, drei seit 01. Dezember frei) wurden zum 31.12.2017 weitere 2 Wohnungen gekündigt, so dass ab Januar 2018 insgesamt 6 Wohnungen frei stehen. Je nach Zustand der freien Wohnungen werden diese einer Grundinstandsetzung unterzogen, was für drei dieser leer stehenden Wohnungen erforderlich ist. Da die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum weiter gegeben ist muss dieser Fakt genutzt werden, um den vorhandenen Standortnachteil und die ungünstige Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr auszugleichen.

Durch eine Reinigung der Nord- und Ostfassade des Wohnblocks sowie eine teilweise Farberneuerung konnte die Außenansicht deutlich verbessert werden.

Die Vermietung in den Flugzeugabstellhallen mit Einzelhangars ist weiterhin gleichbleibend stabil. Im Rundhangar wurden bis zum Jahresende 2017 insgesamt 6 Stellplätze fest vermietet und für 2018 liegen weitere Anfragen vor.

Der Winter 2016/2017 war erneut recht mild, so dass sich die Heizkosten nur unwesentlich verändert haben. So gab es bei den Betriebskostenabrechnungen 2017 wieder teils recht erhebliche Rückzahlungen an die Mieter. Insgesamt wurden Betriebskostenvorauszahlungen in Höhe von rund 20 T€ zurück erstattet.

Für das Personal der Luftaufsicht wurde vom Landesverwaltungsamt 2017 ein Personalkostenzuschuss in Höhe von rund 48 T€ gezahlt. Dieser Zuschuss ist gebunden an die Erreichung vorgegebener Flugbewegungszahlen und Punkte eines Bewertungssystems.

Ferner wurde im Rahmen der Gewährung möglicher Sachkostenzuschüsse die, entsprechend Gesetzeslage, zwingend erforderliche Erneuerung der Bodenfunktelle in Höhe von T€ 4,2 finanziert.

Eine weitere Inanspruchnahme von Fördermitteln ist im Jahr 2017 nicht erfolgt.

Die Tilgung der vorhandenen Darlehen wurde kontinuierlich fortgesetzt, drei Darlehen konnten 2017 abschließend getilgt werden.

Das vom Gesellschafter Saalekreis im Jahr 2013 gewährte Darlehen in Höhe von 100 T€ wird neben den monatlichen Tilgungen mit einer jährlichen Sondertilgung von 6 T€ bedient, so dass zum Ende des Jahres 2017 noch eine Restschuld von rund T€ 41 ausgewiesen wird.

Neben dem Darlehen vom Saalekreis sind noch 4 weitere Darlehen zu bedienen, wovon eines im Jahr 2018 abgeschlossen wird.

Die ab 2019 verbleibende monatliche Annuität aller Darlehen beträgt rund 5,8 T€ und reduziert sich im Verlauf des Jahres 2020 auf rund 1,5 T€.

Die sich daraus ergebende Entlastung des Finanzhaushalts bietet Möglichkeiten für Investitionen, vorausgesetzt die Ertragslage bleibt weiterhin stabil.

Insgesamt ist eine kontinuierliche, positive Entwicklung der liquiden Situation zu verzeichnen.

Dennoch muss weiterhin alles getan werden, um vor allem die Umsatzerlöse stabil zu halten. Sparsamkeit in der täglichen Arbeit sollte selbstverständlich sein und somit die positive Entwicklung der Gesellschaft unterstützen.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Die am Flugplatz vorhandenen 35 Hangar-Plätze waren zum 31.12.2017 alle belegt, was deutlich macht, dass die in der Vergangenheit diesbezüglich getätigten Investitionen zur Attraktivität des Flugplatzes und zur Stärkung der Infrastruktur der Region beigetragen haben.

Zwei weitere Anfragen zu Flugzeugabstellplätzen liegen vor. Sollte der Bedarf weiter steigen und kann kurzfristig nicht aus den vorhandenen Kapazitäten gedeckt werden, ist zu klären ob der Bau einer weiteren Abstellhalle in Betracht kommt oder sich aus Veränderungen bei den ansässigen Firmen, unter Umständen anderweitige Abstellmöglichkeiten ergeben könnten.

Die Abweisung von Kunden, mangels vorhandener Abstellmöglichkeiten, bedeutet neben dem Verlust von Abstellentgelten auch immer den Verlust von Folgeentgelten für Landungen und Provision Kraftstoffverkauf.

Deshalb ist auf diese Entwicklung besonderes Augenmerk zu legen.

Die Gaststätte „Schnitzel-Tower“ erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit hat aber mit der Beschaffung von Personal im Küchen- und Servicebereich erhebliche Schwierigkeiten, so dass der Montag als Ruhetag eingeführt wurde. Es könnte zu weiteren Einschränkungen der Öffnungszeiten kommen, wenn sich die Personalsituation nicht positiv ändert.

Die Firmen MCO/Air Lloyd und Helitec haben, im Interesse einer weiteren langfristigen Arbeit am Flugplatz Halle/Oppin im Jahr 2017 an ihren Planungen zum Standortausbau weiter gearbeitet, sind jedoch noch zu keiner Entscheidung gekommen.

Für den von der ADAC Luftfahrt Technik GmbH, zum Standortausbau, gewünschten Grundstückskauf war zur Sicherung der Zuwegung zum Grundstück von der Flugplatzgesellschaft der Ankauf eines kleinen Grundstücks von der Enerparc notwendig. Dieser Ankauf ist im Jahr 2017 erfolgt, so dass im Jahr 2018 die Verhandlungen mit der ADAC Luftfahrt Technik GmbH fortgeführt und möglicherweise auch abgeschlossen werden können.

Insofern wird davon ausgegangen, dass sich bis zum Jahr 2020 entsprechende Veränderungen ergeben, die die wirtschaftliche Entwicklung der Flugplatz GmbH in den kommenden Jahren positiv beeinflussen könnten.

Auf Grund der vorhandenen alten Bausubstanz besteht durchaus die Möglichkeit des Eintritts unvorhergesehener Schäden. Jedoch wird durch ständige Kontrollen an bekannten Problemstellen und Einleitung vorbeugender Maßnahmen versucht dem entgegen zu wirken.

Um in der Perspektive Probleme mit der Heizungsanlage auszuschließen, da die Kessel mehr als 30 Jahre und die Brenner mehr als 20 Jahre in Betrieb sind, wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2018 der Austausch eines Gasheizkessels der Heizungsanlage eingeplant.

Neben der Vermeidung eventuell entstehender Probleme und der Absicherung der Heizung für das gesamte Objekt, sollte diese Maßnahme nicht nur zur Einsparung von Heizkosten führen sondern auch zu einer umweltfreundlicheren Heizung beitragen.

Weiter zu beobachten ist die Entwicklung in den ansässigen Flugschulen, da sie insgesamt betrachtet ebenfalls ein wichtiger Faktor für die Erreichung der Flugbewegungszahlen am Flugplatz sind.

Eine Flugschule hat zwar im Jahr 2017 ihre Tätigkeit eingestellt (Air Service Sachsen GmbH), jedoch arbeiten drei weitere Flugschulen sehr stabil.

Es ist festzustellen, dass die Altersstruktur bei den Fluglehrern teils recht hoch ist jedoch offensichtlich Bemühungen unternommen werden, um den Fortbestand der Firmen zu sichern.

Insofern sollten sich bisher befürchtete negative Auswirkungen auf den Flugplatz nicht einstellen.

Hinsichtlich der beschriebenen Problematik – Kraftstoff AVGAS UL 91 – bzw. Kauf von Super Plus musste festgestellt werden, dass ein Teil der Kunden ihre Flugzeuge aus Kanistern in den Abstellhallen betanken. Im Normalfall ist die Betankung von Flugzeugen nur an dafür vorgesehenen und entsprechend ausgestatteten Betankungsflächen (Abscheider....) zulässig. Aus diesem Grund wurden alle Hangar Mieter nochmals schriftlich auf die Einhaltung der Hallenbenutzungsordnung hingewiesen. Ferner erfolgten Absprachen mit dem Agenturgeber Total Deutschland GmbH. Dabei stellte sich heraus, dass diese Problematik nicht nur am Flugplatz Halle/Oppin aktuell ist. Deshalb wird für das Jahr 2018 von der Firma Total die Umstellung auf den Kraftstoff Super Plus in Erwägung gezogen.

Die Personalstruktur der Flugplatz GmbH war im Jahr 2017 unverändert.

Jedoch wurden umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um die im Jahr 2018 anstehenden Personalveränderungen im Bereich Luftaufsicht und Geschäftsführung abzusichern.

Da ein Flugleiter am 31.12.17 seine Tätigkeit beendete, war zum 01. Januar 2018 die Stelle ausgeschrieben und konnte neu besetzt werden.

Ein weiterer Mitarbeiter der Luftaufsicht geht zum 30.06.2018 in Rente. Auch diese Stelle wurde ausgeschrieben und kann neu besetzt werden.

Für den planmäßigen Geschäftsführerwechsel zum 01.01.2019 haben die Gesellschafter 2017 einen Maßnahme Plan beschlossen sowie eine Arbeitsgruppe mit der Durchführung der vorbereitenden Arbeiten beauftragt.

Es ist vorgesehen die Geschäftsführernachfolge bis zum 30.06.2018 zu klären und eine Einarbeitung des neuen Geschäftsführers ab 01. Oktober 2018 durch die noch aktive Geschäftsführerin sicher zu stellen.

Die Gesellschaft zahlt seit dem Haushaltsjahr 2014 Gewerbesteuer.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	AG		
Stammkapital in T€:	51.200		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:		Schwarz, Vinzenz
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich
		Aldag, Wolfgang
		Dr. Wend, Detlef
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter
		Hilbig, Stefan
		Krimmling-Schoeffler, Anja
		Peinhardt, Ulrich
		Thielemann, Dirk

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	17	16

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	282.909	94	280.257	92	284.329	95	2.652	1
Umlaufvermögen	19.042	6	24.207	8	16.055	5	-5.165	-21
Rechnungsabgrenzungsposten	211	0	93	0	190	0	118	127

Bilanzsumme	302.162	100	304.557	100	300.574	100	-2.395	-1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	83.583	28	83.583	27	83.583	28	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	177.130	59	173.524	57	175.371	58	3.606	2
Rückstellungen	10.623	3	9.027	3	9.277	3	1.596	18
Verbindlichkeiten	28.598	9	36.405	12	27.999	9	-7.807	-21
Rechnungsabgrenzungsposten	2.228	1	2.018	1	4.344	2	210	10

Bilanzsumme	302.162	100	304.557	100	300.574	100	-2.395	-1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	54.698	51.394	41.631
andere aktivierte Eigenleistungen	235	355	270
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	13.527	15.295	21.953
Zuschüsse Gesellschafter	22.237	22.275	22.528
Materialaufwand	26.438	22.490	24.988
Personalaufwand	35.305	34.060	32.374
Abschreibungen	8.512	8.530	7.663
sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁾	18.216	21.641	20.621
Erträge aus Beteiligungen	94	73	63
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	141
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	65	24	26
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	617	597	821
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			145
Ergebnis nach Steuern	1.768	2.098	
sonstige Steuern	71	-2	82
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1.697	2.100	63
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

¹⁾ inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2017: 7.303 T€; 2016: 8.731 T€; 2015: 5.757 T€)

²⁾ inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2017: 9.720 T€; 2016: 11.259 T€; 2015: 6.800 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,10	4,09	0,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,03	2,51	0,08	%
Cash-Flow:	10.209	10.630	7.726	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	96	93	90	T€
Personalaufwandsquote:	51,57	50,80	50,70	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,33	91,44	93,88	%
Eigenkapitalquote:	27,66	27,44	27,81	%
Fremdkapitalquote:	72,34	72,56	72,19	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Beförderte Personen	54.899,00	53.803,06	52.191,28	in 1.000
Fahrplan-km	8.561,70	8.630,14	8.641,37	in 1.000
Nutz-Wagen-km	9.964,58	10.025,89	10.079,38	in 1.000
Personen-km	322,60	306,66	303,63	in Mio.
Platz-km	1.209,00	1.212,98	1.234,34	in Mio.

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfeld
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) ist ein 100 - prozentiges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH. Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstreckt sich der Gegenstand des Unternehmens hauptsächlich auf den öffentlichen Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle (Saale).

Das Führungsteam der HAVAG besteht neben dem Vorstand und drei Stabstellen aus den Bereichsleitern der fünf Struktureinheiten. Diese untergliedern sich in Betriebswirtschaft, Verkehr und Betrieb, Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Technik/Fahrzeuge und Technik/Infrastruktur. Mit Hilfe dieser Organisationsstruktur wird der Alleinvorstand durch eine gestärkte zweite Führungsebene unterstützt und die Gesellschaft stellt somit eine flache aber effiziente Unternehmensleitung auf. Für die Vertretung der Gesellschaft wirken neben dem Vorstand vier Prokuristen.

Anteile an verbundenen Unternehmen hält die HAVAG zum Bilanzstichtag ausschließlich an der Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale). Vervollständigt werden die Unternehmensverbindungen durch die Beteiligungen an der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH, Halle (Saale) und der Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln.

1.1.2. Geschäftsfeld

Kerngeschäftsfeld der HAVAG ist der flächendeckende öffentliche Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale). Dazu bietet das Unternehmen eine Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb, eine moderne Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeugen für den Omnibusbetrieb, welche den strengen umweltrechtlichen Anforderungen entsprechen, an. Für das Stadtgebiet stellt das Unternehmen den wesentlichen Anbieter dar und wird im öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger durch weitere Marktteilnehmer des mitteldeutschen Verkehrsverbundes ergänzt. Das Rand- und Nebengeschäft spielt für die HAVAG eine nur untergeordnete Rolle und erstreckt sich auf ergänzende Tätigkeiten.

Angaben zu § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Mit dem Verbund des Stadtwerke Halle Konzerns und unter Berücksichtigung des Betriebes einer Photovoltaikanlage und eines Blockheizkraftwerkes, welche in das öffentliche Netz einspeist, ergibt sich, dass die HAVAG nach § 3 Abs. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieunternehmen darstellt. Entsprechend des § 6b Abs. 3 EnWG ist die HAVAG demzufolge aufgefordert, getrennte Konten für die Tätigkeit der Stromerzeugung zu führen. Die Zuordnung zu den Konten innerhalb des Elektrizitätssektors erfolgt dabei auf Basis direkt zurechenbarer Kosten, Erlöse sowie Vermögen und Schulden. Wesentliche Zuordnungsschlüssel sind wegen des überschaubaren Geschäftsumfanges nicht notwendig.

1.2. Ziele und Strategien

Die Stadt Halle (Saale) hat als Aufgabenträger für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr einen Nahverkehrsplan aufgestellt. Dieser gibt den allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet als Aufgabe der Daseinsvorsorge vor. Auf dieser Basis beauftragt die Stadt Halle (Saale) die Verkehrsleistungen, welche im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag zwischen dem kommunalen Auftraggeber, der Muttergesellschaft und dem Nahverkehrsunternehmen beschrieben sind. Da der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen und Omnibussen grundsätzlich nicht kostendeckend erfolgen kann, ist die HAVAG zur Finanzierung der Ausgaben und Durchführung von Investitionen sowie zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf Zuschüsse angewiesen.

Die Priorität der HAVAG besteht in der Sicherung der Qualität des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr auf einem wirtschaftlichen Niveau. Alle Anstrengungen setzt die HAVAG an die Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit und strebt zugleich eine Begrenzung des Betriebskostenzuschusses an.

Die strategischen Ziele sind in einem Strategiepapier ‚Zukunftsdiallog HAVAG 2018‘ verankert. Erweitert wird diese Unternehmensstrategie durch Projekte und Maßnahmen im Programm ‚Exzellenz Plus 20‘ der Stadtwerkegruppe, welche ebenfalls das Ziel der Stärkung einer langfristigen Ertragskraft verfolgen. Ziel der HAVAG ist es, innerhalb ihrer Branche in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz) zu den besten 25,0 Prozent zu gehören.

1.3. Steuerung

Eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildet der mit der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) untersetzt und die Finanzierung des von der HAVAG durchgeführten öffentlichen Personennahverkehrs unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß der vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark-Trans regelt.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 3. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, ist ein Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen worden. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes zum 1. Januar 2013 wurde zugleich das nationale Recht an die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst. Der aktuelle Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3) der vorgenannten EG-Verordnung.

Die Vertragsinhalte des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrags entsprechen den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Danach muss das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen nachweislich sicher. Der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag legt weiter fest, dass der Zuschussbedarf im Wege einer Vorkalkulation jährlich zu Beginn eines Geschäftsjahres auf der Basis des Wirtschaftsplans ermittelt und vom Aufsichtsrat bestätigt wird.

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Die Planung jeder Struktureinheit für sich und der Gesellschaft gesamt sind dabei für die Einhaltung der Vorgabe verantwortlich. Mit der detaillierten Planung der einzelnen Geschäftsprozesse ist die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sowohl im Jahresvergleich, als auch über seine standardisierten Tätigkeiten als Verkehrsdienstleister im Drittvergleich möglich. Um die Wirtschaftlichkeit und die Einhaltung der Altmark-Trans-Kriterien in der Planung zu bestätigen, stellt sich die HAVAG turnusmäßig der Prüfung einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und konnte im Jahr 2017 den geforderten Merkmalen entsprechen.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr kaufte die HAVAG 49,0 Prozent der Geschäftsanteile an der Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale), und vervollständigte damit die Beteiligung an dieser Gesellschaft. Gleichzeitig wurden die Geschäftsanteile an der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale), und der Saalebuss GmbH, Halle (Saale) verkauft. Mit der Vervollständigung und der Veräußerung der Beteiligungen orientierte sich die Gesellschaft an der strategischen Festigung ihrer Position im Markt und konzentriert sich auf die Kernaufgaben eines modernen Verkehrsunternehmens.

Zum Ende Oktober hat die HAVAG planmäßig den Einbau der neuen mobilen Fahrkartenautomaten in den Omnibussen und Straßenbahnen abgeschlossen. Im Folgenden werden die stationären Fahrkartenautomaten installiert, wobei die ersten 3 von 40 modernen Geräten an neuralgischen Punkten mit einem hohen Kundenverkehr ebenfalls im Jahr 2017 errichtet wurden. Die Fahrgäste von Omnibus und Straßenbahn können ihre Fahrscheine sowohl an den mobilen wie auch an den stationären Automaten erwerben und dabei die einfache Benutzerführung nutzen sowie auf das gesamte Produktsortiment zugreifen. Neben der neuen Möglichkeit kontaktlos zu bezahlen, gibt es die etablierten Zahlungsmöglichkeiten mit Münzen, Banknoten, EC- und Kreditkarte.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozent. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 Prozent im Vorjahr auf 5,7 Prozent im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 Prozent (Vorjahr 9,6 Prozent) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Mit dem Fahrplanwechsel zum 19. Dezember 2016 setzt die HAVAG eine Neuordnung des Omnibusnetzes Halle-Süd und Halle-Ost um und zielt damit auf eine Anpassung ihrer Verkehrsleistung an die geänderte Nachfrageentwicklung der Fahrgäste. Wesentliche Prämissen der vorgenommenen Optimierung sind die Neuordnung der Linienführungen Omnibus zu einem bedarfsgerechten Angebot, der Abbau von Parallelverkehren, die Stärkung des innerstädtischen öffentlichen Personennahverkehrs durch Schnittstellenabstimmung und Taktverdichtung sowie letztlich die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Die beschriebene Neuordnung der Omnibusverkehre wurde im Jahr 2017 im Liniennetz etabliert und von einer steigenden Anzahl von Fahrgästen gut angenommen.

Nach langjährigen Verhandlungen konnte der Verkauf des ehemaligen Betriebshofes in Halle-Ammendorf abgeschlossen werden. Damit trennte sich die HAVAG von nicht betriebsnotwendigem Vermögen und konnte im Jahr zugleich einen positiven Einmaleffekt erzielen.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Für die Einwohner der Stadt Halle (Saale) bietet die HAVAG einen attraktiven Personennahverkehr mit zahlreichen Angeboten. Entsprechend des persönlichen Verbraucherverhaltens kann der Kunde aus einer Vielzahl von Tarifprodukten auswählen. Der umweltverträgliche Personennahverkehr bietet dabei die Alternative zum motorisierten Individual- und zum Radverkehr. Bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit des Angebotes der HAVAG gegenüber dem Individualverkehr spielt die kundenfreundliche Leistung im öffentlichen Personennahverkehr für seine Nutzer eine entscheidende Rolle. Um das hohe Niveau zu halten oder gar weiter auszubauen, muss das Unternehmen stets nach weiteren Effizienzmöglichkeiten und Einnahmesteigerungen suchen, um den steigenden Aufwendungen zu begegnen.

Im Jahr 2017 setzte der Aufgabenträger die Überarbeitung des Nahverkehrsplanes fort. Das kommunalpolitische Konzeptpapier beschreibt die Rahmenbedingungen für die Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs und der Bedienstandards der Stadt Halle (Saale) in Ergänzung zum Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag detailliert. Ein markanter Aspekt, welcher bei der Überarbeitung des Nahverkehrsplanes eingearbeitet wird, ist die Erklärung der Direktvergabe des öffentlichen Personennahverkehrs vom Träger der kommunalen Aufgabe zur Daseinsvorsorge, nach dem 31. Dezember 2020.

Im Jahr 2017 sind die Fahrgastzahlen bundesweit im öffentlichen Personennahverkehr erneut gestiegen. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen bilanziert 10,3 Mrd. Kunden, was im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von 1,4 Prozent entspricht. Für die HAVAG kann im Jahr 2017 gegenüber dem Jahr 2016 abermals ein Fahrgastzuwachs über dem Bundesdurchschnitt von 2,0 Prozent festgestellt werden. Sowohl für den Verband im Allgemeinen, als auch für die HAVAG im Speziellen, ist diese Zunahme der Fahrgäste ein Beleg für die gewachsene Attraktivität des städtischen öffentlichen Personennahverkehrs und der Leistungsfähigkeit des Nahverkehrsunternehmens. Es zeigt auch die Akzeptanz des verlässlichen Angebotes zu angemessenen Preisen sowie die erfolgreiche Umsetzung von Strategemaßnahmen der HAVAG in den Jahren 2014 bis 2017.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Mit der Zahlung der Regionalisierungsmittel vom Bund an die Bundesländer wird insbesondere der Schienenpersonenverkehr finanziert. Dazu regelt das Regionalisierungsgesetz die gesamte Höhe der Bundesmittel und den Verteilungsschlüssel auf die Bundesländer. Im Entwurf des Haushaltsplanes der Landesregierung Sachsen-Anhalt ist für die Jahre 2017 und 2018 die Steigerung der verfügbaren Mittel deutlich erkennbar. Für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs nach § 8 des ÖPNV-Gesetzes LSA, welche sich unmittelbar aus den Regionalisierungsmitteln speist, sind für die Zukunft Veränderungen in der Zuweisung enthalten.

Zusätzliche Diskussionen um eine Neuordnung, von an den Zweck des öffentlichen Personennahverkehrs gebundenen Haushaltsmitteln des Bundes und des Landes zur Finanzierung der Unternehmensleistung und Investitionen, lassen erkennen, dass sich der finanzielle Handlungsspielraum in den nächsten Jahren einengen könnte. Hinzu kommen politische Diskussionen, die sich für eine moderatere Preisanpassung der Tarifprodukte des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes in der Zukunft einsetzen.

Andererseits lassen die Regelungen im Entwurf des Koalitionsvertrages zum heutigen Zeitpunkt den Rückschluss auf die Steigerung der Mittel für die nachhaltige Verbesserung der Verkehrssituation in Städten und Ballungsgebieten aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu. Schrittweise sollen jährlich T€ 1.000.000 für große Bauvorhaben zur Verfügung gestellt werden. Weiter soll ein Mobilitätsfond mit zusätzlichen Mitteln für die Verbesserung bei der Luftreinhaltung und dem Klimaschutz im städtischen Verkehr dienen. Aus diesem Zusammenspiel leitet die HAVAG ihre Grunderkenntnis ab, dass die notwendigen Zuwendungen für den Neu- und Ausbau des städtischen Nahverkehrs, explizit für die Fortführung des Stadtbahnprogrammes, gesichert sind. Zusätzlich erwartet die HAVAG eine Qualitätserweiterung des öffentlichen Personennahverkehrs-Systems durch die im September 2017 im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschlossenen Attraktivierungsmaßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Das Verkehrsangebot des Jahres 2017 erstreckte sich auf 15 Straßenbahn- und 22 Omnibuslinien der HAVAG mit einer Linienlänge von 330,5 Kilometern.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Verkehrsleistung entsprechend des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages im Straßenbahnbereich um 81,4 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer und somit um 1,6 Prozent erhöht. Diese Steigerung auf 5.175,4 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer ist mit den planmäßigen Linienleistungen nach Ende von Baumaßnahmen begründet.

Für die Leistungsentwicklung im Omnibusbereich entsprechend des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages, weist die Gesellschaft eine Reduzierung von -4,2 Prozent gegenüber dem Jahr 2016 somit um -149,8 Tsd. Nutz-Wagen-Kilometer aus, was im Wesentlichen auf die geringeren Schienenersatzverkehrsleistungen im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zurückzuführen ist.

Das Jahr 2017 ist in der Stadt Halle (Saale) von zahlreichen Baustellen begleitet worden. Trotz der umfangreichen Auswirkungen des Baugeschehens ist es erneut gelungen, den öffentlichen Personennahverkehr aufzuwerten. Mit dem Umsteigerticket konnten abermals gezielt Kunden im Abonnement gewonnen werden.

Die vor Jahren eingeführten Produkte für die Schülerinnen und Schüler in der Stadt Halle (Saale) haben sich im Geschäftsjahr 2017 weiter etabliert. Nach drei Jahren der Marktdurchdringung für die Produkte der Kundengruppe Schüler erfolgte ab dem Schuljahr 2017/2018 nunmehr eine Neuausrichtung der ‚SchoolCard‘, welche marketingseitig begleitet wurde und zu weiteren Zuwächsen in der Stammkundschaft geführt hat.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Stammkundengewinnung lag im Jahr 2017 im Ausbau des Angebotes der ‚Jobtickets‘. Mit der gezielten Ansprache sucht die HAVAG nach potentiellen Arbeitgebern im Bediengebiet, welche die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs als eigenen Vorteil gegenüber ihren Arbeitnehmern nutzen wollen. Einerseits kann das Vertragsunternehmen eine Vergünstigung für seine Beschäftigten anbieten, andererseits kann die HAVAG weitere Stammkunden gewinnen. Für beide Partner entsteht somit ein zusätzlicher Nutzen, der in den folgenden Jahren weiter ausgebaut werden soll.

Das beschriebene Leistungsangebot nutzten im Jahr 2017 insgesamt 54,9 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung um 1,1 Mio. Beförderungsfälle dar. Damit konnten zum dritten Mal in Folge steigende Fahrgastzahlen verzeichnet werden. Gleichfalls waren im Jahr 2017 innerhalb der Kundengruppen unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. In der Kundengruppe ‚Schüler, Auszubildende und Studenten‘ sind die Zuwächse durch die Umstellung der Produkte erkennbar, wobei die Nutzerzahlen dem allgemeinen Trend des Anstieges an Schülern der Stadt Halle (Saale) folgen. Mit dem Rückgang der Zahl der Auszubildenden ist die Entwicklung dieser Kundengruppe gekoppelt. Die Steigerung der Beförderungsfälle beim ‚Semestervollticket‘ ist auf die Steigerung der Studentenzahl gegenüber dem Vorjahr sowie der Erweiterung des ‚Semestervolltickets‘ auf die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle zurückzuführen.

Generell konnte die HAVAG im Jahr 2017 aus der Stärkung des Anteils der ‚ABO-Monatskarten‘ der ‚Jobtickets‘ sowie der ‚SchoolCard‘ einen weiteren Ausbau der Stammkunden erkennen. Statistisch gekoppelt ergeben sich aufgrund der Entwicklung der Fahrgastzahlen entsprechende Steigerungen bei den Schwerbehinderten sowie den Übersteigern von anderen Verkehrsunternehmen, wie zum Beispiel der S-Bahn.

Damit verbunden kann die HAVAG feststellen, dass das gestellte Planziel von 53,1 Mio. Fahrgästen überschritten wurde. Ursachen dafür sieht die Gesellschaft in der gezielten Kundenbindung sowie in der leicht gestiegenen Anzahl der Bevölkerung.

Bei den zahlenden Personen im Linienverkehr erreichte die HAVAG im Jahr 2017 einen Wert von 0,80 EUR je Fahrgast und kann somit den Vorjahreswert um 0,01 EUR je Fahrgast steigern.

Für die Erbringung der Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr standen im Jahr 2017 durchschnittlich 112 Straßenbahntriebwagen sowie 56 Omnibusse zur Verfügung.

Nach mehrjährigen Verhandlungen mit dem Landkreis Saalekreis konnten im Jahr 2017 die Voraussetzungen für eine nachhaltige Finanzierung erreicht werden.

3.5. Forschung und Entwicklung

Das Gemeinschaftsforschungsprojekt ‚Stadtklima‘, eine Kooperation mit dem Deutschen Wetterdienst und dem Landesamt für Umweltschutz, zur urbanen Klimaentwicklung in der Region wurde im dritten Jahr erfolgreich fortgesetzt. Mittlerweile konnten den Projektpartnern mit Hilfe der Messeinrichtungen an drei Straßenbahnen Milliarden von Daten zur Verfügung gestellt werden. Begleitet durch eine Fahrgastbefragung konnten erste Zwischenergebnisse ausgewertet werden, sodass mit diesem Fortschritt die planmäßige Beendigung des Projektes im Jahr 2018 umgesetzt werden kann.

Basierend auf dem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Barrierefreiheit aus vergangenen Jahren folgte nunmehr die Vorbereitung der angestrebten Fortführung. Unterstützt durch den Fahrgastbeirat der HAVAG und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr wurde der Antrag für das ‚Barrierefreie Informations- und Ortungssystem‘ entworfen. Unmittelbar zu Beginn des Jahres 2018 soll in diesem Gemeinschaftsvorhaben die technische Umsetzung in der Stadt Halle (Saale) erfolgen.

Mit dem beschriebenen Engagement der HAVAG auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung wird gleichfalls ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Seit November 2015 ist die HAVAG Projektpartner bei der Initiative des Landes Sachsen-Anhalt zur Einführung von Elektrobussen. Die Voruntersuchungen zur Einführung von eBussen sind mittlerweile abgeschlossen. Eine detaillierte Untersuchung des Einsatzes von eBussen insbesondere deren Eignung für den Linienverkehr wird im Jahr 2018 ausgeschrieben.

Unter Federführung der HAVAG wird im Auftrag der Stadtwerke Halle GmbH eine interaktive Karte mit dem Arbeitsnamen ‚netz.map‘ als Auskunftssystem für den öffentlichen Personennahverkehr entwickelt. In der ersten Ausbaustufe sollen vorwiegend die Positionen von Omnibussen und Straßenbahnen in Echtzeit dargestellt werden. Weiterhin ist die Darstellung der angebotenen Lade-Infrastruktur der Unternehmen der Stadtwerkegruppe für Elektrofahrzeuge geplant.

Gemeinsam mit dem Aufgabenträger wurde ein Antrag auf Bundesförderung zum ‚Green City Plan‘ gestellt, welchen die HAVAG als Partner der Stadt Halle (Saale) inhaltlich stark geprägt hat. Schwerpunkte dieses Antrages sind die Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs, der Ausbau der Elektromobilität und die umweltsensitive Verkehrssteuerung in Großstädten. Für die Erarbeitung eines Masterplanes erhielt die Stadt Halle (Saale) Ende des Jahres 2017 den Zuschlag.

Um die positiven Auswirkungen des öffentlichen Personennahverkehrs auf die Umwelt möglichst weiter auszubauen und damit seine Vorteile für die Umwelt gegenüber dem motorisierten Individualverkehr auch zukünftig zu sichern, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen, unerlässlich. Dazu setzte sich die HAVAG im Jahr 2017 mit der Senkung des Energieverbrauches und der Reduzierung der Schall- und Abgasemission aktiv auseinander. Durch den Betrieb einer modernen Photovoltaikanlage auf dem Dach der Straßenbahnabstellhalle konnte im Jahr 2017 eine Kohlendioxidreduzierung von 91 Mg erzielt werden. Eine weitere Maßnahme für einen umweltschonenden Prozess ist der Einsatz von Regenwasser für die Außenreinigung der Straßenbahnen. So konnten im Jahr 2017 in der Waschanlage zirka 408 m³ Trinkwasser durch Regenwasser ersetzt werden.

Mit den Investitionen in sechs Omnibussen des Modells ‚Citaro 2 EURO VI‘ von Mercedes Benz setzt die HAVAG eine kohlendioxidarme und energieeffiziente Fahrzeugtechnologie ein. Die Einhaltung der EU Abgasnorm EURO 6 ist gewährleistet und das Modell ‚MB Citaro 2 EURO VI‘ wurde zudem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, mit dem Umweltlabel ‚Der Blaue Engel‘ ausgezeichnet.

Insgesamt konnte durch die Modernisierung des Blockheizkraftwerkes auf dem Betriebshof Freimfelder Straße im Jahr 2017 eine Kohlendioxidreduzierung von 114 Mg erzielt werden. Ein wesentlicher Anteil von 43 Mg ist nach Abschluss der Rekonstruktionsmaßnahmen im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2017 erzielt worden.

Mit zahlreichen umgesetzten Energiesparmaßnahmen sowie dem Einsatz von hocheffizienten LED-Leuchten konnte im Vergleich zum Jahr 2016 nochmals der Stromverbrauch der Betriebshöfe Freimfelder Straße und Rosengarten um 111.450 kWh reduziert werden und lag somit bei insgesamt 1,05 Millionen kWh.

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der Stadtwerkegruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die aktive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

Abschließend ist zu erwähnen, dass die HAVAG die Dachfläche des Betriebshofes Rosengarten an die EVH GmbH zur Errichtung einer neuen Photovoltaikanlage verpachtet hat.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2017 sind in der HAVAG 723 Mitarbeiter beschäftigt. Unter Hinzurechnung der 42 Auszubildenden ergibt sich eine Belegschaft von 765 aktiven Mitarbeitern. Dies stellt einen Aufwuchs der Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr um 8 Mitarbeiter dar. Bei der Analyse der Vollzeitbeschäftigteneinheiten ist ebenfalls eine Steigerung von 688,9 zum Vorjahresstichtag auf 691,4 zum Stichtag zu verzeichnen. Der angestrebte Planwert von 696,0 Vollzeitbeschäftigten konnte dabei um 4,6 Vollzeitbeschäftigteneinheiten unterschritten werden. Grund für die Unterschreitung sind geplante aber verzögerte Einstellungen. Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens durch Altersteilzeit-, Teilzeit- und Abfindungsmodelle sind im Jahr 2017 weitere Fortschritte erzielt worden, indem 27 weitere Altersteilzeitverträge abgeschlossen werden konnten.

Neun Auszubildende beendeten im Jahr 2017 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten sieben Auszubildende in ein befristetes und zwei Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Mit den genannten Veränderungen des Personalbestandes und unter Berücksichtigung einer Fluktuationsrate von 0,8 Prozent lag das Durchschnittsalter im Jahr 2017 bei 47 Jahren. Diese Angabe hat sich damit gegenüber dem Jahr 2016 nicht verändert, was ebenfalls durch den Bestand der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von konstant 22 Jahren erklärt wird.

Aufgrund unterstützender Maßnahmen im betrieblichen Gesundheitsmanagement konnten die durchschnittlichen Fehlzeiten in Folge von Krankheit gegenüber dem Jahr 2016 gesenkt werden. Einschließlich langzeiterkrankter Mitarbeiter unterschreiten die durchschnittlichen Fehlzeiten von 7,9 Prozent den Vorjahrswert von 8,7 Prozent.

Die Grundlage für den Personalaufwand ist der Tarifabschluss des Entgelttarifvertrages zum Tarifvertrag Nahverkehr des Landes Sachsen-Anhalt, welcher mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2017 zum Jahresende ausgelaufen ist und der die Anwendung einer Wochenarbeitszeit von 38 Stunden regelte.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden. Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Vorstandsebene der HAVAG beträgt die Quote 0 Prozent. Der Frauenanteil zum Bilanzstichtag betrug für die 1. Führungsebene 31 Prozent und für die 2. Führungsebene unverändert 26 Prozent. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HAVAG liegt per 31. Dezember 2017 bei 11 Prozent, eine Zielsetzung ist nicht festgelegt. Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen ca. 22 Prozent Frauenanteil bis Mitte 2017 und ca. 25 Prozent bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 Prozent gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die HAVAG konnte ein erfolgreiches Jahr 2017 mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 1.697 abschließen und somit einen positiven Beitrag zum Ergebnis der Stadtwerkegruppe leisten.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2016	2017	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	51.394,1	54.697,8	3.303,7	6,4
Andere aktivierte Eigenleistungen	354,6	235,1	-119,5	-33,7
Übrige betriebliche Erträge	28.047,6	26.288,7	-1.758,9	-6,3
Materialaufwand	22.490,3	26.437,4	3.947,1	17,6
Personalaufwand	34.059,6	35.305,3	1.245,7	3,7
Übrige betriebliche Aufwendungen	21.640,7	18.215,8	-3.424,9	-15,8
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	72,7	94,3	21,6	29,7
EBITDA	1.678,4	1.357,4	-321,0	-19,1
Abschreibungen	21.282,2	21.273,8	-8,4	0,0
EBIT	-19.603,8	-19.916,4	-312,6	1,6
Zinsergebnis	-573,2	-552,1	21,1	3,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-20.177,0	-20.468,5	-291,5	1,4
Betriebskostenzuschüsse	22.274,8	22.236,6	-38,2	-0,2
Sonstige Steuern	-2,5	71,4	73,9	100,0
Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand aus Gewinnabführung	2.100,3	1.696,7	-403,6	-19,2
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0

Insgesamt wurden im Jahr 2017 Umsatzerlöse von T€ 54.698 erwirtschaftet. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um T€ 3.304 ist sowohl mit den gestiegenen Erlösen aus dem Straßenbahn- und Omnibusbetrieb sowie den darauf aufbauenden Surrogaten zurückzuführen. Aufgrund der im Rahmen des mitteldeutschen Verkehrsverbundes durchgeführten Tarifierungen zum 1. August 2016 beziehungsweise 1. August 2017 in Verbindung mit dem höheren Fahrgastaufkommen sind die Erlöse aus Straßenbahn- und Omnibusbetrieb um T€ 1.337 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringern sich um T€ 1.759, was insbesondere auf die weiterhin dominierende Erstattung von Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen beeinflusst wird. Der notwendige Betriebskostenzuschuss des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt T€ 22.237 und ist im Vorjahresvergleich um T€ 38 gesunken.

Für den Materialaufwand von T€ 26.438 ist eine Steigerung von T€ 3.948 gegenüber dem Jahr 2016 ausgewiesen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen bedingt durch eine Rückstellung von T€ 3.510 für Fremdleistungen für Instandhaltung von Straßenbahnen.

Auf Grundlage des geltenden Tarifvertrages und unter Berücksichtigung einmaliger Personalanpassungsmaßnahmen stieg der Personalaufwand um T€ 1.245 an. Für das abgeschlossene Jahr 2017 ergibt sich damit ein Personalaufwand von T€ 35.305.

Die wesentliche Reduzierung der übrigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 3.425 ist im Wesentlichen dadurch zu erklären, dass noch im Jahr 2016 notwendige Maßnahmen, teilweise mit einmaligem Charakter, im Jahr 2017 nicht angefallen sind. Gegenüber dem Vorjahr reduziert sich das EBITDA um T€ 321.

Die Abschreibungen von T€ 21.274 sind im Vorjahresvergleich mit einer nahezu identischen Höhe vorgenommen worden.

Der Vergleich zum Plan des Jahres 2017 zeigt für die Ertragslage eine durchgehend positive Entwicklung. Weit übertroffen wurden die gesteckten Umsatzziele der Fahrgeldeinnahmen. Gegenläufig begründen die Aufwendungen für die Sanierung der Gelenkendträger an den MGT6D Straßenbahnzügen einen gesteigerten Aufwand.

Insgesamt kann die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2017 mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag abschließen.

Im Rahmen der Trennungsrechnung gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welche auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge für das Geschäftsjahr 2017 erstellt wurde, hat die HAVAG die Einhaltung der ermittelten Soll-Kosten eines ‚durchschnittlich, gut geführten‘ Unternehmens nachgewiesen.

4.2. Finanzlage

Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, der Ergebnisabführung sowie wesentlicher periodenfremder oder einmaliger Sondereffekte erreichte die Gesellschaft einen Kostendeckungsgrad von 72,4 Prozent. Gegenüber dem Vorjahreswert von 71,0 Prozent ist somit eine positive Entwicklung festzuhalten.

Im Geschäftsjahr 2017 hat die HAVAG Zuschussmittel von T€ 24.177 von den unterschiedlichen Fördermittelgebern des Bundes, des Landes und der Kommune abgerufen. Für die maßnahmenbezogene Verwendung von T€ 23.877 Fördermitteln des Landes und des Bundes, inklusiver der Überhänge aus dem Jahr 2016, sowie Zuschüssen und Mitteln nach dem ÖPNV-Gesetz LSA von T€ 300, der Kredite von T€ 1.415 sowie der Eigenmittel, sind investive Leistungen in Höhe von T€ 34.484 abgerechnet worden.

Zur unterjährigen Finanzierung des operativen Geschäftsverlaufes nutzt die HAVAG ihren Cash-Pool-Rahmen.

4.2.1. Kapitalstruktur

Nach Abrechnung aller tatsächlich realisierten Investitionen erfolgt die endgültige Entscheidung ihrer Finanzierung über Eigen- beziehungsweise Fremdmittel. Für das Geschäftsjahr 2016 ergab die endgültige Abrechnung keinen Finanzierungsbedarf im Folgejahr 2017. Der Darlehensbestand bei Kreditinstituten lag nach der Neuaufnahme in 2017 zur Finanzierung von sechs Stadtlinienbussen von T€ 1.415 und der Tilgung bestehender Verbindlichkeiten aus Vorjahren zum Bilanzstichtag bei T€ 17.721 und reduzierte sich damit zum vorjährigen Bestand um T€ 1.060 planmäßig.

Nettoschulden	2016	2017	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	18.781	17.721	-1.060	-5,6
Liquide Mittel (einschließlich Cash-Pool-Guthaben)	15.133	9.650	-5.483	-36,2
Nettoschulden	3.648	8.071	4.423	121,2
EBITDA	1.678	1.357	-321	-19,1
Nettoschulden/EBITDA	2,2	5,9		168,2

Das Eigenkapital der HAVAG von T€ 83.583 bleibt konstant und bildet somit eine Eigenkapitalquote von 27,7 Prozent. Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich ein wirtschaftliches Eigenkapital mit einer Quote von 86,3 Prozent.

Aus der Entwicklung der Finanzierungsmittel von T€ 18.781 auf T€ 17.721, aufgrund der geringeren Neuaufnahme gegenüber der Tilgung und bei gleichzeitiger Reduzierung der Liquiden Mittel um T€ 5.483, berechnet sich eine Nettoverschuldung von T€ 8.071. Im Jahresverlauf stellt dieses einen Anstieg um T€ 4.423 dar. Unter Berücksichtigung des EBITDA hat sich der dynamische Verschuldungsgrad des Unternehmens von 2,2 Jahren im Jahr 2016 auf einen Wert von 5,9 Jahren im Jahr 2017 entwickelt.

4.2.2. Investitionen

Bei dem ‚Stadtbahnprogramm Halle‘ ist mit dem grundhaften Ausbau der halleschen Straßenbahninfrastruktur begonnen worden. Das Projekt wird unter anderem mit dem Einsatz von Fördermitteln für den öffentlichen Personennahverkehr von Bund und Land finanziert und bedingt den Einsatz von Eigenmitteln. Gemäß dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Im Zuge einer mit der Stadt Halle (Saale) abgeschlossenen Maßnahmeträgerrahmenregelung tritt dabei die Gesellschaft als Träger für die einzelnen Maßnahmen auf.

Mit der Umsetzung des Stadtbahnprogrammes werden hauptsächlich Investitionen in die Infrastruktur ausgeführt. Nennenswerte Einzelmaßnahmen sind dabei die Investitionen für das Vorhaben Veszpremer Straße/Schleife Südstadt, Böllberger Weg Nord mit dem Abschluss des Verkehrsbaus und der Baubeginn in der Merseburger Straße. Darüber hinaus wurden weitere Leistungen zur Planung und Vorbereitung von Teilvorhaben des Stadtbahnprogrammes, insbesondere der Stufe 2, im Geschäftsjahr realisiert.

Ergänzt wurden die genannten Komplexbaumaßnahmen durch die Erneuerung eines Abschnitts der Gleisanlagen am Gimritzer Damm, welcher im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel zur Fluthilfe wiederhergestellt wird. Neben dem grundhaften Ausbau der Gleisanlagen erfolgten weitere Leistungen in die Infrastruktur, wie die Erneuerung von Fahrleitungs-, Bahnstrom- und Kommunikationsanlagen sowie der Neubau oder Ersatz von optischen Fahrgastinformationsanlagen.

Im Bereich der mobilen Technik und der stationären Anlagen hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr vor allem in den Kauf von sechs neuen Stadtliniensbussen als Ersatzbeschaffung investiert. Weiter sind die Nachrüstung der Straßenbahnen vom Typ MGTK und MGT6D mit Klapprampen beziehungsweise mobilen Rampen zur Spaltüberbrückung für einen barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr fortgeführt worden. Damit sind jetzt 101 Straßenbahnfahrzeugen mit entsprechenden Einrichtungen nachgerüstet.

Darüber hinaus wurden in allen 102 Niederflurstraßenbahnen und 38 Omnibussen der HAVAG die mobilen Fahrausweisautomaten mit den Optionen der Bargeldzahlung und des E-Ticketsystems eingebaut sowie drei stationäre Automaten an Haltestellen ersetzt. Weitere 38 Stück werden in 2018 folgen.

Der Gesamtplanansatz mit einem bestätigten Volumen von T€ 57.277 wurde mit T€ 22.743 unterschritten, welches einer Erfüllung von 60,3 Prozent entspricht. Hauptgrund für die unterplanmäßige Erfüllung ist die zeitliche Verschiebung von Einzelmaßnahmen im Stadtbahnprogramm.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch die stetige Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, die Erstattungsleistungen nach § 148 Sozialgesetzbuch IX, die Investitionszuschüsse sowie die Einbindung der HAVAG in den Cash Pool der Stadtwerkgruppe jederzeit gesichert. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf des Geschäftsjahres ist über die zuvor beschriebenen Kredite abgebildet.

Liquiditätsentwicklung	2016	2017
	T€	T€
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-10.124	-10.721
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-21.661	-37.049
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	41.049	42.287
Zahlungswirksame Veränderungen	9.264	-5.483
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	5.869	15.133
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	15.133	9.650

Einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Liquidität haben die zum Ende des Jahres erhaltenen Fördermittel von T€ 8.375 (Vorjahr T€ 10.230).

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2017 weist die HAVAG eine Bilanzsumme von T€ 302.162 aus. Dieser Wert reduziert sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.395 und ist auf der Aktivseite wesentlich durch einen geringeren Bestand an liquiden Mitteln bei einem gleichzeitigen Anstieg des Anlagevermögens und der Forderungen beeinflusst.

Anteil an	2016	2017	Veränderung
Bilanzsumme	%	%	%
Anlagevermögen	92,0	93,7	1,8
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	8,0	6,3	-21,3

Auf der Passivseite wird ein unverändertes Eigenkapital ausgewiesen. In dem Sonderposten für Investitionszuschüsse ist eine stärkere Zuführung im Vergleich zum Verbrauch aufgezeigt, daraus resultiert die nachfolgend dargestellte Entwicklung des wirtschaftlichen Eigenkapitals.

Entwicklung	2016	2017	Veränderung	
Anlagendeckungsgrad	T€	T€	T€	%
Anlagevermögen	280.256,9	282.908,9	2.652,0	0,9
wirtschaftliches Eigenkapital	257.106,6	260.713,0	3.606,4	1,4
Deckungsgrad	91,7%	92,2%		0,5

Eine leichte Erhöhung der Rückstellungen auf T€ 10.623 ist zum Bilanzstichtag zu verzeichnen. Für die markante Reduzierung der Verbindlichkeiten sind insbesondere die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausschlaggebend.

4.4. Gesamtaussage

Mit einer zufriedenstellenden Gesamtbeurteilung schließt die HAVAG ein ereignis- und maßnahmenreiches Jahr ab. Neben der wirtschaftlichen Beurteilung ist für die HAVAG die Einschätzung der Zahl der Fahrgäste von Bedeutung. Die im Jahr 2015 zu konstatierende positive Wende der zuvor stets rückläufigen Entwicklung der Beförderungsfälle konnte im Jahr 2017 abermals bestätigt werden, sodass der Zuwachs an Fahrgästen von 2,0 Prozent in diesem Jahr wiederholt deutlich und größer als der Bundesdurchschnitt ausfällt.

Im Rahmen der im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag geforderten Trennungsrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge wird die Beurteilung der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung des Geschäftsjahres bestätigt. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, dass die im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag für das Jahr 2017 vereinbarten Sollkosten, die denen eines ‚durchschnittlich, gut geführten‘ Unternehmens gemäß des Kriteriums Vier des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 entsprechen, im Ist eingehalten werden konnten. Insgesamt konnte die HAVAG ein Ergebnis in Höhe von T€ 1.697 vor Ergebnisabführung erzielen. Damit schließt die HAVAG ein erfolgreiches Jahr 2017 mit hoher Zufriedenheit ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährig signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2017 wurden bei der HAVAG insgesamt acht Risiken ermittelt (Vorjahr acht). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt kein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen.

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Unternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz.

Durch die turnusmäßig systematische Risikoehebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung beziehungsweise Überarbeitung des Risikohandbuches in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten. Auch um sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen, sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht.

Chancen ergeben sich insbesondere aus der strategischen Neuausrichtung der HAVAG. Durch die konsequente Umsetzung und Überwachung der Einzelmaßnahmen aus dem Strategieentwicklungsprozess und dem Effizienzsteigerungsprogramm soll die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert und der Zuschussbedarf auf einem konstanten Niveau stabilisiert werden.

5.3. Gesamtbild

Die Herausforderung, sich in einem ständig wechselnden Umfeld an immer neue Rahmenbedingungen anzupassen, nimmt die HAVAG stets mit einem großen Engagement an. Nur durch eine intensive und detaillierte Betrachtung der örtlichen Marktentwicklungen kann eine rechtzeitige Reaktion erreicht werden, um gleichfalls die Risiken für das Unternehmen zu minimieren. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich für einen erfolgreichen Fortbestand zu entwickeln und um Wachstumsmöglichkeiten zu finden.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der HAVAG für die Planjahre 2018 – 2022 besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) durch eine weiterführende und konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Strategieentwicklungsprozesses zu sichern. Diese Projekte beinhalten unter anderem die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragssteigerung, die Erarbeitung von Rationalisierungspotentialen zur Aufwandsreduzierung und einem effektiven Ressourceneinsatz.

Auf der Grundlage eines bedarfsgerechten Fahrplanangebotes, mit der Vorhaltung und Weiterentwicklung von kundenorientierten Tarifprodukten sowie der Verbesserung der Vertriebswege zum Fahrkartenverkauf, beabsichtigt die HAVAG eine weitere kontinuierliche Steigerung der Fahrgastzahlen. Die Entwicklung der Beförderungsfälle, eine gezielte Kundenansprache zur Neukundengewinnung, die weitere Erhöhung der Bestandskundenquote, die Erleichterungen beim Fahrscheinkauf durch neue Vertriebstechnik und eine angemessene Preisanpassung sollen in den folgenden Jahren die Fahrgeldeinnahmen der Gesellschaft steigern. Da prinzipiell mit einer Teuerungsrate für Material, Leistungen und Personal zu rechnen ist, sollen gezielte strategische Entscheidungen zur Kompensation der Aufwandsteigerung beitragen. Ziel des Unternehmens ist ein nahezu konstantes Niveau des notwendigen Betriebskostenzuschusses für die Verkehrsleistung.

Die vom Aufsichtsrat am 13. Oktober 2017 bestätigte Wirtschaftsplanung für das Jahr 2018 sieht einen Betriebskostenzuschuss von T€ 24.242 vor. Diese Planung unterstützt den hohen Qualitätsanspruch an den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) nach den im Nahverkehrsplan formulierten Rahmenbedingungen. Sie berücksichtigt die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistung und entspricht den grundlegenden Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

6.2. Investitionen

Die HAVAG hat für das Jahr 2018 Investitionen von T€ 47.642 geplant. Den Hauptanteil daran trägt nach wie vor die Umsetzung des Stadtbahnprogrammes als Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der Stadtwerkegruppe. Dabei stehen die beiden Großprojekte in der Großen Steinstraße sowie die Weiterführung der Bauarbeiten in der Merseburger Straße im Fokus des Geschäftsjahres.

Ergänzend dazu soll am Gimritzer Damm die Kombination aus Stadtbahnprogrammmaßnahme und Fluthilfemaßnahme im Jahr 2018 weitergeführt werden.

6.3. Finanzierung

Aufgrund der zentralen Position des Stadtbahnprogrammes werden in den folgenden Jahren nur bedingt darüberhinausgehende Investitionen möglich sein, die in den Finanzierungsrahmen aufgenommen werden können. Im Vordergrund werden Ersatzinvestitionen für Stadtlinienbusse stehen, welche die variablen Kosten für den Betrieb mittelfristig senken. Investitionen, die über das Kerngeschäft hinausgehen, sind nicht geplant. Somit geht die HAVAG in den nächsten Jahren von einer vertretbaren Fremdkapitalaufnahme aus. Zur Unterstützung der Finanzierung steht die Gesellschaft in einem ständigen Kontakt zu möglichen Fördermittelgebern.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2017 mit der Sondierung einer Ersatzbeschaffung von Straßenbahnzügen begonnen.

6.4. Ergebniserwartung

Die HAVAG als zentraler Dienstleister für den öffentlichen Personennahverkehr beabsichtigt die permanente Steigerung der Attraktivität des Verkehrsangebotes für die Einwohner und Gäste der Stadt Halle (Saale). Eine qualitativ hochwertige innerstädtische Mobilität beziehungsweise die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge soll mit einer stabilen Lage des Unternehmens einhergehen. Mit seinen prinzipiellen klima- und umweltpolitischen Vorteilen eines modernen Nahverkehrsunternehmens, will die Gesellschaft zur Senkung der Emissions- und Immissionsbelastung in der Stadt beitragen.

Für die Erfüllung der Ergebniserwartung ist es erforderlich, dass die Gesellschaft flexibel auf mögliche Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen reagiert. Dazu sollen die initiierten Projekte und Maßnahmen beitragen sowie geeignete neue Möglichkeiten gesucht werden, um den Erfolg der HAVAG nachhaltig zu sichern.

Im dritten Jahr in Folge weist die HAVAG einen Zuwachs an Fahrgästen aus. Aufgrund der aktuellen Nachfrage- und Marktentwicklung lässt sich für die HAVAG erkennen, dass auch in den kommenden Jahren von weiteren Wachstumsmöglichkeiten auszugehen ist.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Freiimfelder Straße 74/75 06112 Halle (Saale)	Postanschrift: Prager Straße 8 04103 Leipzig
-------------------	--	--

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	74

Gesellschafter:	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Stadt Leipzig	13	17,55
Stadt Halle (Saale)	11	15,92
Hallesche Verkehrs-AG	9	12,45
DB Regio Aktiengesellschaft	8	10,95
Burgenlandkreis	4	5,44
Landkreis Leipzig	3	3,54
Landkreis Nordsachsen	3	3,54
Landkreis Saalekreis	3	3,54
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)	3	3,54
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2	2,99
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2	2,99
Regionalbus Leipzig GmbH	2	2,99
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH "Heideland" (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG und Döllnitzbahn GmbH	1	1,50
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Auto-Webel GmbH, Omnibusverkehr Leupold oHG und Geißler-Reisen GbR	1	1,50
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1	1,50
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1	1,50
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1	1,16
Landkreis Altenburger Land	1	1,02
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1	1,02
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1	1,02
Erfurter Bahn GmbH	0	0,40
Transdev GmbH	0	0,40

*** Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist eine Feststellung des Jahresabschlusses 2017 vorbehaltlich der Zustimmung zu beteiligender kommunaler Gremien erfolgt.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Lehmann, Steffen

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Dubrau, Dorothee	
1. stellv. Vorsitzender	Schwarz, Vinzenz	
2. stellv. Vorsitzender	Thieme, Ronny	
	Bog, Stephan	
	Böhm, Thomas	
	Bretzger, Frank-Peter	(seit 01.12.2017)
	Däumler, Lutz	
	Dr. Menke, Norbert	
	Dr. Weinhold, Wolfgang	(seit 25.04.2017)
	Gabelmann, Ute Elisabeth	(seit 18.10.2017)
	Grewing, Thomas	(seit 04.05.2017)
	Handschak, Hartmut	
	Hoffmann, Joachim	
	Juhrs, Ronald	
	Klingenhöfer, Frank	(bis 31.03.2017)
	Krätzschmar, Frank	(seit 25.01.2017 bis 03.05.2017)
	Kultscher, Andreas	
	Maciejewski, Ansbert	
	Malter, Klaus Rüdiger	
	Middelberg, Ulf	
	Mietzsch, Oliver	
	Parrino, Carmen Maria	(seit 01.01.2017 bis 31.12.2017)
	Peinhardt, Ulrich	
	Riedel, Konrad	(seit 12.04.2017 bis 18.10.2017)
	Riekewald, Franziska	
	Riese, Lothar	
	Schäfer, Gundula	(bis 30.11.2017)
	Schütze, Karsten	
	Stäglin, Uwe	
	Stoye, Angelika	

Aufsichtsrat:

	Völker, Andreas
beratendes Mitglied	Jendretzki, Edward
beratendes Mitglied	Prof. Kummer, Klaus
beratendes Mitglied	Sablotny, Bernd

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	3	2	3

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	808	40	863	40	771	40	-55	-6
Umlaufvermögen	1.203	59	1.295	60	1.160	59	-92	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	13	1	12	0	20	1	1	8

Bilanzsumme	2.024	100	2.170	100	1.951	100	-146	-7
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Treuhandvermögen	4.023		3.829		3.783		194	5
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-----	---

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	461	23	461	21	461	24	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	604	30	648	30	574	29	-44	-7
Rückstellungen	127	6	130	6	160	8	-3	-2
Verbindlichkeiten	713	35	801	37	627	32	-88	-11
Rechnungsabgrenzungsposten	119	6	130	6	129	7	-11	-8

Bilanzsumme	2.024	100	2.170	100	1.951	100	-146	-7
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	4.023		3.829		3.783		194	5
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-----	---

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	915	781	594
Zuschüsse Gesellschafter	2.511	2.370	2.163
andere aktivierte Eigenleistungen	0	44	43
sonstige betriebliche Erträge	798	523	504
Materialaufwand	1.568	1.311	1.211
Personalaufwand	2.086	1.861	1.658
Abschreibungen	182	156	77
sonstige betriebliche Aufwendungen	387	388	356
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	1	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			0
Ergebnis nach Steuern	0	1	
sonstige Steuern	0	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	182	156	77	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	48	41	36	T€
Personalaufwandsquote:	121,79	138,08	145,29	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,99	4,64	4,94	%
Eigenkapitalquote:	22,79	21,26	23,65	%
Fremdkapitalquote:	77,21	78,74	76,35	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Fahrgastaufkommen	235,40	225,00	211,00	Mio.

f) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2017

Auch 2017 hielt die positive Entwicklung der Fahrgastzahlen als auch der Fahrgeldeinnahmen an. Dies betraf die beiden kreisfreien Städte, aber auch die Landkreise im MDV. Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2017 mit EUR 9,6 Mio. (rd. 4,5 %) über dem um einen Sondereffekt bereinigten Vorjahr. Einen weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten u.a. die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann sowie die Zuwächse im Jobticket mit einer weiteren Steigerung der Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2017 gegenüber Vorjahr um 4.300. Mit rd. 19.050 neuen Nutzern gegenüber dem Juli 2012 – vor Einführung der neuen Produkte – ist dies ein Zuwachs von 21,8 %.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2017 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Darüber hinaus wurde Ende 2017 eine Tarif-Marktforschung begonnen mit dem Ziel, das ABO-Sortiment für Vielfahrer zu überprüfen und mögliche Ansätze zur weiteren Attraktivierung abzuleiten.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Nahverkehrsstrategie des Freistaats Sachsen wurde im Jahr 2017 intensiv in Zusammenarbeit mit den anderen Verkehrsverbänden an einer Vereinheitlichung der Beförderungsbedingungen gearbeitet, die im Jahr 2018 zur Anwendung kommen werden.

Gleichzeitig wurden im Rahmen der sächsischen Initiative verschiedene Möglichkeiten für die Einführung eines Bildungstickets gemeinsam mit den anderen Verkehrsverbänden und den MDV-Gesellschaftern analysiert und bewertet.

Im Rahmen der Umsetzung des 2012 begonnenen **Strategieprozesses zum Thema „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde im Jahr 2017 an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten weiter gearbeitet:

In den Jahren 2016 und 2017 hat die Verbundgesellschaft in Zusammenarbeit mit den SPNV-Aufgabenträgern in Sachsen-Anhalt und Sachsen eine Gesamtkonzeption für eine **Verbunderweiterung** im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg) erarbeitet. Damit soll das im Dezember 2015 eingeführte neue S-Bahnsystem (MDSB II) mit den Vorteilen eines Verbundtarifs verknüpft und noch attraktiver gemacht werden. Die Konzeption umfasst eine detaillierte und qualifizierte Kostenschätzung für die Umstellung sämtlicher Vertriebsgeräte und -systeme der Verkehrsunternehmen und weitere Vorbereitungsaufwendungen sowie eine Berechnung der erwarteten Durchtarifizierungs- und Harmonisierungsverluste. Die Gesellschafter der MDV GmbH haben am 01.02.2018 die Umsetzung einer vorerst auf den SPNV beschränkten Verbunderweiterung zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 beschlossen. In den Jahren 2018 und 2019 sind alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, was auch die Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit, den Fahrgästen im Alt- und Erweiterungsgebiet sowie den Verkehrsunternehmen einschließt.

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich auf die Umsetzung der letzten Teilprojekte des **Telematikvorhabens**. Dabei handelt es sich um ein verknüpftes Gesamtsystem von verbundweiter Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlussicherung und perspektivischer Anschlussgarantie im mitteldeutschen Verbundraum, das zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen wird.

Weitere Verzögerungen gab es im Jahr 2017 im Teilprojekt **Beschaffung neuer Bordrechner** für die nordsächsischen Verkehrsunternehmen. Anfang 2016 hatten sich die betreffenden Verkehrsunternehmen entschlossen, den Auftrag mit dem alten Lieferanten aufzulösen und eine neue Vergabe durchzuführen. Bis zum Sommer 2017 erfolgte der Rollout der Geräte auf die Fahrzeuge. Seit dem laufen Probetrieb, Fehlerbeseitigung und die Implementierung neuer Funktionalitäten. Aufgrund permanenter Lieferverzögerungen auf Seiten des Auftragnehmers ist von einem Projektabschluss im Jahr 2018 auszugehen.

Die Einbindung der nordsächsischen Verkehrsunternehmen in das **Regio-RBL des MDV** inklusive funktionaler Erweiterungen konnte in 2017 mit einer Abnahme weitestgehend abgeschlossen werden. Restarbeiten, insbesondere mit Bezug auf die Kommunikation mit den o. g. Bordrechnern werden voraussichtlich im 2. Quartal 2018 abgeschlossen werden.

Das System **Regionales eTicketing-System (ReTSy)** konnte Ende 2017 erfolgreich abgenommen werden; wenige Restleistungen werden Anfang 2018 erbracht. Alle Kunden- und Vertragsdaten der Abonnenten und Schüler der regionalen Verkehrsunternehmen im Teilbereich Sachsen und Thüringen wurden im neuen ABO- und Schülerverwaltungssystem ReTSy aufgenommen. Die Schüler erhielten neue Chipkarten statt der bisherigen Papiertickets. Für Abonnenten der regionalen Verkehrsunternehmen in den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und Altenburger Land wurden die bisherigen Wertmarken durch moderne Chipkarten ersetzt. Diese Chipkarten können bei jedem Fahrtantritt auf ihre Gültigkeit bei allen Verkehrsunternehmen im MDV kontrolliert werden. Außerdem ist bei Verlust eine Sperrung möglich und auch Änderungen von Tarifzonen oder anderen Produktmerkmalen können ohne großen Aufwand des Kunden bequem beim Einstieg im Bus oder an Automaten durchgeführt werden. Dazu wurden die Hintergrundsysteme der regionalen Verkehrsunternehmen an das zentrale eTicketing-System im MDV (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“) angebunden und tauschen so übergreifend Sperr- und Änderungslisten mit den anderen Verkehrsunternehmen aus. Im sachsen-anhaltischen Saalekreis wurden die Schüler einer Pilotschule über das neue ABO- und Schülerverwaltungssystem ReTSy mit Chipkarten ausgestattet. Die vollständige Umstellung der Abonnenten und Schüler der regionalen Verkehrsunternehmen im Saalekreis soll im Jahr 2018 abgeschlossen werden.

Das **zentrale eTicketing-System im MDV (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“)** wurde umfangreich erweitert, um zukünftig nach der neuesten Version (1.5) des deutschlandweit gültigen Standards der VDV-Kernapplikation arbeiten zu können. Damit sind die Voraussetzungen für eine optimierte Anbindung der neuen stationären Automaten der LVB an das MDV-Berechtigungssystem „BerSy“ gelegt, so dass ab 2018 auch dort eTicketing-Funktionalitäten wie das Lesen, Schreiben und Ändern von Chipkarten sowie bargeldloses Bezahlen umgesetzt werden können. Ebenso wurden das eTicketing-System der Erfurter Bahn mit den neuen mobilen Handterminals (MDE) an das MDV-Berechtigungssystem „BerSy“ angebunden.

Seit der Einführung des **handybasiereten Auskunft- und Ticketingsystems easy.GO** für den gesamten Verbundraum im Sommer 2011 hat sich die App zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunft- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. 2017 wurde ein neuer Ansatz in easy.GO umgesetzt: das MDV-Hopperticket incl. der Prüfung der besonderen Tarifbestimmungen, so dass die Nutzer dieses Ticket nur angeboten bekommen, wenn eine Fahrt tariflich gültig ist. Der Ticketumsatz in easy.Go stieg 2017 spürbar auf 2,4 Mio. Euro. Im Dezember 2017 wurden erstmalig knapp 300 Tsd. € Umsatz erreicht. Das ist ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 26 %. Der Einnahmeanteil aus diesem Vertriebsweg liegt damit bei 3,6 % der Tarifeinnahmen im Bereich der Gelegenheitsnutzer. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die knapp 40 Millionen Auskünfte via easy.GO im Jahr 2017 (7 Mio. mehr Auskünfte als in 2016) betrachtet. Die Zahl der aktiven Käufer lag bei 60.000 (Vorjahr 62.000).

Im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement konzentrierten sich die Arbeiten am **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** auf den Baustein Barrierefreiheit. Dazu waren Abstimmungen zur Lieferung angepasster Fahrplandaten durch die Verkehrsunternehmen, zu Haltestellenerhebungen und zur Datenaufbereitung im INSA-System notwendig. Aktuell erfolgt die Umsetzung der Funktion für INSA sowie vernetzte Systeme. Darüber hinaus wurde die Erstellung und Integration geographisch exakten Verläufen der ÖPNV-Linien in INSA und dem Mobilitätsportal beauftragt.

Gem. dem Beschluss zur **Freigabe von ÖPNV-Daten** der MDV-Verkehrsunternehmen an Drittabnehmer wurden weiteren großen Datenabnehmern wie Apple Fahrplandaten (Soll-Fahrpläne) zur Verfügung gestellt. Fahrplandaten im GTFS-Format werden auch verstärkt von freien Entwicklern und Hochschulen genutzt. Die vertragliche Grundlage bilden im MDV abgestimmte Nutzungsbedingungen. Die beschlossene Bereitstellung von Echtzeitdaten über eine Schnittstelle (Open-API) konnte aufgrund von hohen Beschaffungs- und Betriebskosten nicht umgesetzt werden. Mit den Städten Leipzig und Halle, NASA und LSBB wurden zudem Datenpakete festgelegt und Regeln für die Bereitstellung von MIV-Daten abgestimmt. Die Ergebnisse wurden in Form eines Positionspapiers zusammengefasst.

Der MDV beteiligte sich an mehreren Projekten, die die **verbundübergreifende und intermodale Mobilität** vereinfachen sollen. Dabei soll nicht nur die übergreifende Reiseauskunft, sondern auch ein übergreifendes Ticketing ermöglicht werden. Die Arbeiten an den Projekten Mobilitätshub im Rahmen der Förderinitiative des BMVI „eTicketing und Digitalisierung“, Mitteldeutschland Mobil sowie die Beteiligung an der VDV-Initiative Mobility Inside werden auch 2018 fortgesetzt.

Im Zusammenhang mit **Mobilitätslösungen in ländlichen Regionen** als Ergänzung zum regionalen ÖPNV beschäftigt sich die Verbundgesellschaft mit der Schaffung einer mandantenfähigen Dispositionssoftware für (voll)flexible Bedienformen und führte dazu in Abstimmung mit den Landkreisen Gespräche mit Anbietern entsprechender Softwarelösungen. Durch die Vernetzung der Lösung mit INSA und easy.GO soll gewährleistet werden, dass der Fahrgast über seine App sowohl die Auskunft als auch Buchung und Bezahlung seiner kompletten Reisekette vornehmen kann.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeaufteilung. Da sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich eine Fortschreibung der Fahrgastzähltechnik erforderlich ist, hat die Verbundgesellschaft im Jahr 2017 die Weiterentwicklung konkretisiert. Für die Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung einer 1. Stufe der Softwareneubeschaffung hat die Verbundgesellschaft einen externen Gutachter beauftragt. Die Umsetzung ist für 2018 vorgesehen.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2017 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Im August 2017 konnte das 2013 begonnene **Projekt „Muldentäl in Fahrt“** (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) im Regionalverkehr vollständig umgesetzt werden. Damit entstand in einem Gebiet mit ca. 100.000 Einwohnern ein vertaktetes System aus PlusBussen und Taktbussen, ergänzt durch weitere Linien. Neben Vertaktung und Mehrfahrten wurde auch die Anzahl der Haltestellen um ein Viertel erhöht (+66 Haltestellen), um den Nutzern den Weg zur Haltestelle möglichst kurz zu gestalten. In einer mehrstufigen Kampagne wurden die neuen Angebote vermarktet. Das Marketing wird auch im Jahr 2018 fortgeführt.

Der zweite Projektbaustein, die Stadtverkehre in den vier oben genannten Städten ist noch nicht vollständig umgesetzt. In Grimma bestand schon vor Projektstart ein Stadtverkehr, der jedoch noch nicht alle Stadtgebiete ideal erschließt. Hier soll ab 2019 ein neues Konzept umgesetzt werden. In Verbindung mit dem Regionalverkehr wurde in Brandis ein Großteil der innerstädtischen Erschließung umgesetzt. Lücken gibt es noch beim Gewerbegebiet Beucha. In Bad Lausick soll ab Ende 2019 ein eigenes mit dem Regionalverkehr verzahntes innerstädtisches Verkehrssystem angeboten werden. Für Colditz wird derzeit eine Masterarbeit unterstützt, die Aussagen treffen soll, ob ein klassischer Linienverkehr oder flexible Bedienformen die zu bevorzugende Alternative sein sollen. Hier ist die Umsetzung noch offen. Ein Kreistagsbeschluss für die Weiterentwicklung der oben genannten innerstädtischen Verkehrsleistungen soll in 2018 herbeigeführt werden.

Im Südraum von Leipzig wurden die Planungen so weit vorangetrieben, dass unter dem Namen **„Neuseenland in Fahrt“** die erste Stufe im März 2018 umgesetzt und vermarktet wurde. Dabei handelt es sich um ein Netz von drei touristisch ausgerichteten, vertakteten ÖPNV-Linien, die den Cospudener, Markkleeberger, Zwenkauer, Störnthaler und den Hainer See miteinander verbinden und in Böhlen und Markkleeberg jeweils Anschluss an die S-Bahn haben. Für die Umsetzung der zweiten Stufe, die den vertakteten Alltagsverkehr im Raum Pegau, Groitzsch, Zwenkau, Böhlen, Großpösna, Neukieritzsch und Regis-Breitungen umfasst, liegt derzeit noch kein Kreistagsbeschluss vor. Vermutlich wird diese erst im Jahre 2019 erfolgen.

Im Burgenlandkreis wurden 2017 die Konzeptplanungen für ein neues, systematisch vertaktetes Nahverkehrssystem abgeschlossen. Die Projektpartner Burgenlandkreis, PVG Burgenlandkreis, NASA GmbH und MDV bereiten derzeit die Umsetzung dieses kreisweiten Projektes unter dem Namen **„Clever unterwegs im Burgenlandkreis“** vor. Ab 2018 starten begleitend Kommunikation und Marketing des Vorhabens gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen. Die Umsetzung ist ab 2019 vorgesehen.

Auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung mit den ÖPNV-Aufgabenträgern der Landkreise zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** wurde in 2017 der Nahverkehrsplan für den Saalekreis fertig gestellt und vom Kreistag beschlossen. Die Arbeiten an den Nahverkehrsplänen für Nordsachsen und den Burgenlandkreis sollen 2018 abgeschlossen werden. Ab Ende 2018 wird der Schwerpunkt der Bearbeitung beim Landkreis Leipzig liegen.

Im durch den Freistaat Thüringen geförderten Projekt **„Schmölln macht mobil“** wurden in 2017 die Planungen für das Grobkonzept fertig gestellt. Derzeit wird eine Umsetzung in zwei Stufen ab Ende 2018 (Stadtverkehr Schmölln) und 2019 (gesamter Regionalverkehr im Plangebiet) vorbereitet. Seit August 2017 und fortführend in 2018 starten auch in diesem Vorhaben begleitend Kommunikation und Marketing gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen.

Durch die letzte Novellierung des PBefG wurden strengere Anforderungen an die **Barrierefreiheit** des straßengebundenen ÖPNV gestellt. Jedoch wurden die konkrete Auslegung und die Regelungstiefe nicht im entsprechenden Gesetz geregelt. Die jeweiligen regionalen Partner sollen die Regelungstiefen in Absprache mit den Betroffenenverbänden und den gültigen Regelungen selbst treffen. Um im gesamten Verbundgebiet ein einheitliches Herangehen sicher zu stellen, hat der MDV mit seinen Gesellschaftern in den Jahren 2016 und 2017 einen „Leitfaden für die Barrierefreiheit im MDV“ entwickelt. Mit dessen Hilfe können Ausstattungen von Haltestellen, Fahrzeugen und die Informations- und Kommunikationsdienste bewertet werden.

In den Jahren 2016 und 2017 haben sich die Unternehmen und Aufgabenträger im MDV, die die Marke „PlusBus“ verwenden, darauf verständigt, welche Bandbreiten für die Einhaltung der Qualitätskriterien der Marke möglich sind und haben dazu ein Bewertungsraster entwickelt. Außerdem wurde vereinbart, dass der MDV jährlich im 1. Quartal die PlusBus-Fahrpläne prüft und Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen über das Ergebnis informiert. Die endgültige Abstimmung zum PlusBus-Fahrplanangebot treffen die Aufgabenträger mit den entsprechenden Verkehrsunternehmen. Neben dem MDV nutzen inzwischen auch mehrere Unternehmen im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg die MDV-Marke „PlusBus“. Neu hinzugekommen sind die Harzer Verkehrsbetriebe, der VMT und der VVO. Eine gemeinschaftliche Nutzung der Marke vereinheitlicht die Kundenansprache und vermindert den Kommunikationsaufwand.

Zusätzlich dazu haben MDV und die NASA GmbH die Marke „TaktBus“ entwickelt, die als Qualitätsmarke auf Linien eingeführt werden kann, die zwar vertaktet sind, aber nicht den strikten 1h-Takt wie bei „PlusBus“ erfüllen.

Für die **ÖPNV-Strategiekommission im Freistaat Sachsen** wurden 2017 zusammen mit den anderen Verkehrsverbänden intensive Zuarbeiten für ein sachsenweites ÖPNV-Netz geleistet, bestehend aus dem SPNV und landesweit ergänzt durch ein System von „Plus- und TaktBussen“ sowie Stadtverkehrssystemen in Klein- und Mittelstädten.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2017 u.a. die folgenden Themen bearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan
- Qualitätskontrollen im laufenden SPNV-Betrieb
- Kapazitätsberechnungen für SPNV-/Bus-Schnittstellen in Böhlen, Grimma und Pegau
- Unterstützungsleistungen zur P+R bzw. B+R Studie

Gefördert über die Fachkräfterichtlinie des Freistaates Sachsen wird seit 2017 für den Landkreis Leipzig das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt „Betriebe in Fahrt“** durchgeführt. Ziel des vorerst auf zwei Jahre befristeten Projektes ist es, das Thema bei den Unternehmen in der Region zu verankern und gleichzeitig Strukturen zur dauerhaften Implementierung aufzubauen.

2017 wurde ein Konzept zur **verbundweiten Marktbearbeitung** mit allen Geschäftsführern abgestimmt, welches Ende 2018 in die stufenweise Umsetzungsphase gehen soll. Damit sollen mehr potentielle Fahrgäste auf das gemeinsame Gesamtprodukt „Nahverkehrssystem in Mitteldeutschland“ aufmerksam gemacht und über gezielte Maßnahmen (Dialogmarketing) als Neukunden gewonnen werden.

Die weiteren Schwerpunkte im Bereich der **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** lagen auf folgenden Handlungsfeldern:

Beratung

- verbundweite Mobilitätsberatung am MDV-Infomobil zu Verbindungen, Tarifen und neuen Verkehrsangeboten (z.B. Muldental in Fahrt)
- deutlich erhöhtes Anrufaufkommen am MDV-Infotelefon
- neuer Service auf MDV-Webseite: digitaler Störungsmelder zeigt Fahrgästen alle Fahrplanabweichungen

Publikationen und Kampagnen

- Tarifwechsel 1.8.2017 (Herausgabe der Tarifpublikationen, Pressearbeit, Beratung)
- Fahrplanwechsel im August und Dezember (Herausgabe von Fahrplanbüchern bzw. Ergänzungsheften, Pressemeldungen)
- MDV-Freizeitbroschüre „Ausgeflogen“ sowie Onlinegang des digitalen Freizeitportals auf der MDV-Webseite
- Mehrstufige Kampagne zur 1. und 2. Umsetzungsstufe im Modellvorhaben „Muldental in Fahrt“ (Busbeklebung, Flyer, Freifahrtaktion, online Anzeigen, Pressetermine, Aushänge, Schülerlotsen)
- Erarbeitung erste Kommunikationsstufe im Vorhaben „Schmölln macht mobil“
- Zahlreiche Medientermine zu strategischen Themen der Verbundarbeit

Realisierung des Wirtschaftsplans 2017

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 8. Dezember 2016 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2017 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2017 **zu zahlende Zuschuss** von **TEUR 2.476,8** entsprach dem Vorjahresbetrag. Mit dem Wirtschaftsplan 2017 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2016 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 414 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.511,4 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 4.226 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.715 gegenüber standen. **Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 379 wurde passiviert.** Mit dem Wirtschaftsplan 2018 wurde davon durch die Gesellschafter am 7. Dezember 2017 bereits ein Übertrag von TEUR 296 auf die Jahre 2018 und 2019 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 83 werden die Gesellschafter entscheiden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2017/2018 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategiprojekten.

Von Mitteln aus dem **projektbezogenen Erfolgsanteil** der Jahre 2017 und 2016 von TEUR 577 wurden 2017 TEUR 370 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2018 verschoben haben. Der **Restbetrag von TEUR 207 wurde passiviert.** Er soll im Jahr 2018 für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 123 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2018 enthalten.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.024 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.170) um 7 % gesunken. Dies begründet sich wesentlich aus der Minderung des Anlagevermögens auf der Aktivseite, da die Abschreibungen die Zugänge überstiegen, da sich geplante Investitionen ins Folgejahr verschoben haben. Dies schlägt sich der Passivseite in einer Minderung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse nieder, da es sich auch um mit Zuschüssen geplante Investitionen handelte. Aufgrund der verzögerten Rechnungslegung u. a. zum projektbezogenen Erfolgsanteil in 2016 enthielt das Vorjahr Umsatzsteuerverbindlichkeiten von TEUR 79, die die Bilanzsumme erhöhten.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2017 gesichert. Der Bestand an Flüssigen Mitteln erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 944 auf TEUR 1.071.

Ausblick auf 2018 und 2019

Im Jahr 2018 wird die Bearbeitung weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche und verbundweite Marktbearbeitung sowie Verbunderweiterung fortgeführt.

Schwerpunkte der Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement 2018 sind:

- Ausbau und Veröffentlichung (Silent Release) des Mobilitätsportals Mitteldeutschland
- Abstimmung umweltorientierte Verkehrssteuerung
- Vorantreiben der Open Data Aktivitäten im ÖPNV
- Realisierung Barrierefreiheit im Auskunftssystem
- Abstimmungen zu E-Mobilitätsvorhaben und Vorhaben im Bereich des autonomen Fahrens
- Carsharing & Gesetzeslage
- Untersuchung von Konzeptionen für die „letzte Meile“ im ÖPNV / Ländliche Mobilität
- Digitalisierung flexibler Bedienformen

Darüber soll ein stärkerer Austausch mit der Forschung und Wirtschaft erreicht werden.

Die Projekte zur Weiterentwicklung **verbundübergreifender und intermodaler** Mobilität werden auch 2018 fortgeführt. Das Projekt MobilitätsHub soll 2018 abgeschlossen werden. Im Rahmen der **Vernetzungsinitiative des VDV** wird sich der MDV an Arbeitsgremien beteiligen, um eine Entscheidung für eine künftige Anbindung treffen zu können.

Bezüglich der **Freigabe von ÖPNV-Daten** wird die Beschaffung einer Echtzeitdatenschnittstelle für die ÖPNV-Auskunft auf Plattformen Dritter vorbereitet.

Der MDV wird im Jahr 2018 ein System zum **automatischen Erstellen der Tarifmatrix** anschaffen. Damit soll das bisherige aufwendige Bearbeiten der Tarifdaten durch die Sachbearbeiter der Verkehrsunternehmen drastisch reduziert werden und die Qualität der Weg-Texte an den Fahrschein-Automaten für den Fahrgast spürbar steigen.

Durch den Fachbereich **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** wurde ein neues Lehrmodul „Verkehrserziehung von Vorschulkindern“ nebst Lehrmaterialien entwickelt. Auf dieser Basis werden 2018 gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen verbundweite „Busschulen“ durchgeführt.

Außerdem wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass Auskunftsdienste ab 2018 über INSA mehrsprachig (d. h. deutsch/englisch) umgesetzt werden können. In diesem Zusammenhang wurden auch die Sprachentexte für die Automaten angepasst für die VU, die diese ihren Kunden anbieten.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2022 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2018 wurde von der Gesellschafterversammlung am 7. Dezember 2017 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2018 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2018 sieht durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse von TEUR 2.534 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 296, wovon TEUR 247,5 auf das Jahr 2018 und TEUR 48,5 auf 2019 entfallen.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Dazu zählt insbesondere die vorerst als Teilintegration des SPNV für Dezember 2019 geplante Verbunderweiterung im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg). Damit wird das Ziel verfolgt, die Mobilitätsmöglichkeiten für die Menschen in Mitteldeutschland weiter zu entwickeln und zu einem integrierten Gesamtsystem auszubauen.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Juni 2017. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeverteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt.

Der 2009 eingeführte flexible projektbezogene Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, wurde in 2017 evaluiert und die Regelungen zur Ermittlung und Verwendungen mit Beschluss der Gesellschafter vom 7. Dezember 2017 ab 2019 neu definiert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freimfelde 9 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	50		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Verkehrs-AG	<hr/> 50	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Milewski, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	129	27	149	35	147	27	-20	-13
Umlaufvermögen	337	69	263	61	361	66	74	28
Rechnungsabgrenzungsposten	20	4	18	4	36	7	2	11
Aktive latente Steuern	1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	487	100	431	100	545	100	56	13
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	134	27	132	31	132	24	2	2
Rückstellungen	182	38	156	36	175	32	26	17
Verbindlichkeiten	126	26	97	23	158	29	29	30
Rechnungsabgrenzungsposten	45	9	45	10	79	15	0	0
Passive latente Steuern	0	0	1	0	1	0	-1	-100

Bilanzsumme	487	100	431	100	545	100	56	13
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.012	2.600	2.220
sonstige betriebliche Erträge	114	83	94
Materialaufwand	284	282	236
Personalaufwand	2.567	2.137	1.812
Abschreibungen	55	54	51
sonstige betriebliche Aufwendungen	214	202	212
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	5	0
Ergebnis nach Steuern	5	3	
sonstige Steuern	3	3	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,06	0,00	-0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,32	0,06	-0,03	%
Cash-Flow:	57	54	51	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	34	33	32	T€
Personalaufwandsquote:	82,10	79,63	78,30	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	26,49	34,40	26,53	%
Eigenkapitalquote:	27,48	30,63	24,23	%
Fremdkapitalquote:	72,52	69,37	75,77	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	0,19	0,32	0,12	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	27,63	26,13	25,17	TEUR

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) ist als Dienstleistungsunternehmen überwiegend in der Stadt Halle (Saale) tätig. Die Leistungsbereiche in der Gesellschaft werden unterteilt in die Bereiche Reinigung und Fahrausweisprüfung sowie sonstigen Leistungen, dies betrifft überwiegend saisonale Geschäfte bzw. sich im Aufbau befindliche Bereiche.

In dem Bereich der Reinigung sind dabei die Fahrzeug- und Gebäudereinigung angesiedelt, dazu zählen die Innenreinigung von Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs, die Unterhaltsreinigung von Verwaltungs- und Betriebsstätten inklusive der Glasrahmenreinigung, weiterhin die Vegetationspflege der entsprechenden Außenanlagen, die Graffitiernennung, Vandalismusbeseitigung und die Tätigkeiten im Bereich des Haltestellendienstes sowie der Haltestelleninformation.

Die Fahrausweisprüfung umfasst die Kontrolle der Einhaltung der geltenden Tarif- und Beförderungsbestimmungen in den jeweiligen öffentlichen Verkehrsmitteln, weiterhin die Erfassung der erhöhten Beförderungsentgelte sowie verschiedene Leistungen, die damit in Verbindung stehen.

Die sonstigen Leistungen umfassen aktuell die Beauftragungen des Winterdienstes sowie Sicherheits- und Postdienste für einzelne Beauftragungen an verschiedenen Standorten.

Seit dem 01.01.2017 ist die Hallesche Verkehrs-AG alleinige Gesellschafterin. Für die SGS ist die Stadtwerke Halle GmbH (SWH) ein wesentlicher Partner.

1.2. Ziele und Strategien

Für die SGS ist es innerhalb der Reinigungsbranche neben der Zufriedenstellung aller Kunden wichtig, dass ein nachhaltiges Handeln bei der Leistungserbringung sowie ein ständiges Prüfen möglicher innovativer Reinigungstechnologien bestehen. Die SGS versteht sich als Konzerndienstleister in der Gebäudereinigung und kann als Spezialist auch im Bereich der Verkehrsmittelreinigung auf ein sehr entscheidendes Alleinstellungsmerkmal zurückgreifen. Der Ausbau des Bereiches Gebäudereinigung ist nunmehr in den Vordergrund gerückt.

In der Fahrausweisprüfung ist die Optimierung des Services ein Ziel der Servicegesellschaft Saale mbH. Dies erfolgt stets in enger Abstimmung mit dem Hauptauftraggeber HAVAG und unterstützt somit deren Zielerreichung. Darüber hinaus ist die SGS als Serviceunternehmen im gesamten Gebiet des Mitteldeutschen Verkehrsverbunds tätig und will in diesem Gebiet weitere Kunden akquirieren, um somit mittelfristig ein größeres Gebiet zu bedienen.

Der Bereich der Sicherheit befindet sich bei der SGS im Aufbau, dies erfolgt ausschließlich für Leistungen innerhalb des Stadtwerke Halle Konzerns. In diesem Bereich können eine Vielzahl von Tätigkeiten ausgeführt werden, wobei die Flexibilität und Verfügbarkeit der vorhandenen Kräfte bei der SGS entscheidend helfen können.

1.3. Steuerung

Das Unternehmen ist nach der operativen und administrativen Organisation getrennt. Dabei liegt die operative Organisation ausschließlich bei der am Firmensitz befindlichen Geschäftsleitung sowie den zu den Bereichen gehörigen Leistungsebenen. Die administrative Organisation ist nach kaufmännischen und personellen Aufgaben getrennt und wird durch Geschäftsbesorgungsverträge innerhalb des SWH-Konzerns erbracht.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich entsprechend des Geschäftsfelds in die Bereiche Reinigung, Fahrausweisprüfung sowie sonstige Aufträge. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist das operative Betriebsergebnis sowie die einzelnen Kennzahlen der Bereiche.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der Kauf der Anteile der Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH an der Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) durch die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) wurde am 10.05.2017 notariell beurkundet. Somit ist die SGS rückwirkend zum 01.01.2017 ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der HAVAG.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Jahr 2015 wurden der Tarifvertrag über Tabellenvergütungen des Dienstleistungstarifvertrages und der Tarifvertrag der Gebäudereinigung geschlossen, zum 01. Januar 2017 erfolgte eine weitere Erhöhung der Vergütungen. Im Geltungsbereich des Dienstleistungstarifvertrages der SWH gab es eine Tarifsteigerung von 3,0 Prozent. Der Tarif in der Gebäudereinigung wurde um 4,0 Prozent erhöht.

Die seit dem Jahr 2016 bei der SGS befindliche Beschaffung und Lagerung von Reinigungsmaterialien wurde überarbeitet und an den gestiegenen Bedarf ausgerichtet. Die dazugehörigen Anweisungen und Unterlagen wurden aktualisiert.

Für die Geldentsorgung an den neuen mobilen Fahrscheinautomaten wurde nach zweijähriger intensiver Bearbeitung von Seiten der HAVAG das Vergabefahren bis auf weiteres gestoppt. Dies ist auf die zeitliche Verzögerung bei der Anschaffung der neuen Automaten zurückzuführen. Die HAVAG hat versichert, dass sie zum gegebenen Zeitpunkt mit der SGS über die Geldversorgung sowie Geldentsorgung verhandeln möchte.

Die Gesellschaft wurde von der HWS mit der Glasreinigung von kommunalen Einrichtungen beauftragt, die ausschließlich in Eigenleistung erbracht wird.

Die Gesellschaft hat die Verlängerung der seit 2016 bestehenden befristeten Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung erhalten, diese zunächst für ein weiteres Jahr befristet. Es wird eine unbefristete Arbeitnehmerüberlassung angestrebt.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Investitionen auf Planniveau getätigt. Dabei wurden vor allem in Reinigungsgeräte sowie Winterdiensttechnik und in den Ausbau des Lagers investiert. Des Weiteren wurden Investitionen in zusätzliche Fahrzeuge getätigt.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Der in 2015 eingeführte Mindestlohn wurde in 2016 erstmalig neu verhandelt. So galt ab dem 01. Januar 2017 ein tariflicher Mindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde. Laut Mindestlohngesetz wird der gesetzliche Mindestlohn alle zwei Jahre neu festgelegt.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Straßenbahn- und Busreinigung sowie der Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund. In der Gebäudereinigung hat die Gesellschaft durch ihre Leistungsbereitschaft und ihren Qualitätsanspruch weitere Aufträge erhalten.

In der Fahrausweisprüfung hat die Gesellschaft für weitere Kunden Prüfdienste ausgeführt und konnte diese vertraglich binden, wodurch für beide Seiten eine Planungssicherheit entstanden ist. Einen besonderen Anspruch stellte die Schwerbehindertenerhebung für einen Drittkunden dar, welche erfolgreich durchgeführt wurde. Im Bereich der Sicherheit wurden vor allem für die HAVAG und EVH zusätzliche Empfangsdienste erbracht.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die Bedarfshaltestellen, die fertiggestellten Haltestellen sowie die weiteren Liegenschaften der HAVAG erweitert, die überwiegend mit eigenen Mitarbeitern/-innen beräumt werden.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 96 (Vorjahr 87) Arbeitnehmer beschäftigt; zum 31. Dezember 2017 waren es 100 (Vorjahr 93). Darin enthalten sind 9 Gehaltsempfänger sowie 2 Auszubildende, die im Bereich der Gebäudereinigung die berufliche Erstausbildung absolvieren.

Der Personalaufwand ist der wesentlichste Aufwandsposten der Gesellschaft und betrug im Geschäftsjahr T€ 2.566,7 (Vorjahr T€ 2.136,8). Darin enthalten sind Ausgleichszahlungen für die in Vorjahren von der HAVAG auf die SGS übergegangenen Mitarbeiter. Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildungen betrugen T€ 20,6 im Geschäftsjahr.

Die für Mitarbeiter im Rahmentarifvertrag der Stadtwerke Halle vereinbarte Form der betrieblichen Altersvorsorge wird über einen Rahmenvertrag bei einem Direkt-Versicherer für die Mitarbeiter abgeschlossen. Des Weiteren wurden die entsprechenden Rückstellungen für Jubiläumsszahlungen angepasst.

Die Gesellschaft hat einen Dienstleister zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Die Unterweisungen erfolgen entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Im Berichtsjahr hat sich kein schwerer Arbeitsunfall ereignet. Berufskrankheiten mit schweren Auswirkungen sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2017 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 3.012 (Vorjahr T€ 2.600) verzeichnen. Davon entfielen T€ 1.050 (Vorjahr T€ 823) auf die Gebäudereinigung, T€ 591 (Vorjahr T€ 531) auf die Fahrzeugreinigung, T€ 981 (Vorjahr T€ 924) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 93 (Vorjahr T€ 94) auf den Winterdienst und T€ 99 (Vorjahr T€ 97) auf die Vegetationspflege sowie T€ 198 (Vorjahr T€ 131) auf Poststelle und den Empfang. Aufgrund von Vertragsanpassungen in der Reinigung und der Fahrausweisprüfung sowie über den geplanten Umfang hinaus erbrachten Leistungen kommt es zu erhöhten Umsatzerlösen. Zu diesen Leistungen zählen zusätzliche Reinigungsleistungen gegenüber der HWS sowie Leistungen in der Fahrausweisprüfung gegenüber Dritten.

4.2. Finanzlage

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 133,8 (Vorjahr T€ 132,1). Das Anlagevermögen ist damit zu 103 Prozent (Vorjahr 89 Prozent) durch Eigenkapital finanziert.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von T€ 36,2 (Vorjahr T€ 56,6) getätigt.

Die verfügbaren liquiden Mittel (einschließlich Cash-Pool-Guthaben) zum 31. Dezember 2017 belaufen sich auf T€ 141,0 (Vorjahr T€ 76,3). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 125,8 (Vorjahr T€ 97,4). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 112 Prozent (Vorjahr 78 Prozent). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash-Pool ist unterjährig nicht erfolgt.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 55,9 bzw. 13,0 Prozent auf T€ 487,1 gestiegen. Dieser Anstieg ist auf die Erhöhung der Forderungen und Verbindlichkeiten sowie auf die gestiegenen Rückstellungen zurückzuführen.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2017 beträgt T€ 129,5 (Vorjahr T€ 149,0). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 135,4 (Vorjahr T€ 158,6).

4.4. Gesamtaussage

Der Jahresüberschuss vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beträgt im Geschäftsjahr T€ 5,8 (Vorjahr T€ 8,3). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 0,19 Prozent (Vorjahr 0,32 Prozent). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 1,7 (Vorjahr € 79,89).

In den folgenden Jahren wird bei steigenden Umsätzen eine Erhöhung des Jahresüberschusses angestrebt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und -frühwarnsystem eindeutig geregelt.

Das bestehende Risikomanagementsystem der SGS wird konsequent angewendet. Monatlich erfolgen eine Betrachtung der definierten Risiken und die Darstellung geeigneter Maßnahmen. Die Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahmen wird permanent überprüft. Im Rahmen der Konzern-Richtlinie zu Risikomanagement und -frühwarnsystem wurde bei der Gesellschaft eine Software (Schleupen) eingeführt die zur zentralen Pflege genutzt wird.

Weiterführend wurden in diesem Jahr die Compliance-Risiken nach der Konzernrichtlinie der Stadtwerke Halle GmbH sowie der Public Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) mit aufgenommen und entsprechend umgesetzt.

5.2. Chancen und Risiken

Als Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt. Jedoch ist die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der geänderten Gesellschafteranteile sowie getragenen Philosophie auf mittlere Sicht gering. Weiterhin ist die Vertragslage langfristig ausgerichtet und gebunden. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern. Die stärkere Einbindung in die Stadtwerke Halle GmbH, entsprechend den sich aus dem Strategieprozess „SWH - Kompass 2020“ ergebenden Zielen, ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Dies spiegelt sich auch in den gebildeten Kennzahlen der operativen Exzellenz wieder. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften könnten aus der Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS. Dies wird vor allem im Bereich der Haltestellenreinigung sowie von Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, gesehen. Darüber hinaus wird eine enge Zusammenarbeit mit der Poststelle sowie dem Empfang der Stadtwerke Halle angestrebt, um ein einheitliches Erscheinungsbild zu schaffen.

Bestandsgefährdende Risiken für das Unternehmen bestehen nicht.

5.3. Gesamtbild

Durch den Kauf der bisher von der Leipziger Servicebetriebe GmbH gehaltenen Anteile ist die Gesellschaft nunmehr eine 100%ige Tochtergesellschaft der Hallesche Verkehrs-AG. Dadurch haben sich die Rahmenbedingungen wesentlich geändert und weitere Möglichkeiten ergeben, als Dienstleister im Stadtwerke Halle Konzern aufzutreten. Die Gesellschaft wird weiterhin an der Generierung von zusätzlichem Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so den Nachweis der Wettbewerbsfähigkeit zu erbringen und dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Dadurch wird der Umsatz gesteigert und eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet.

6. Prognosebericht

Ein wesentlicher Punkt für die weitere positive Entwicklung der Gesellschaft ist die enge Zusammenarbeit mit den Konzernunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH. Die Grundlage dafür ist, dass die Servicegesellschaft Saale mbH weiter eng mit der Gesellschafterin Hallesche Verkehrs-AG zusammenarbeitet. Des Weiteren hat die SGS geprüft, welche Leistungen für Konzernunternehmen erbracht werden können. Somit ergeben sich Möglichkeiten, weitere Synergien bei Leistungsbeziehungen zu schaffen.

Im nächsten Geschäftsjahr sind überwiegend Investitionen für technische Anlagen und Maschinen sowie für Software geplant. Darin sind vor allem die Reinigungsmaschinen für die Gebäudereinigung enthalten. Ebenso wird begonnen, die Hard- und Software zu erneuern.

In den kommenden fünf Jahren sind ausschließlich Ersatzbeschaffungen für Geräte und Technik aus dem aktuellen Anlagenbestand geplant. Dies betrifft in 2019 die mobilen Datenerfassungsgeräte für die Fahrausweisprüfung. Es ist beabsichtigt, den Bestand an Spezialfahrzeugen je nach Beauftragung zu erweitern.

Das Jahresergebnis im kommenden Geschäftsjahr ist mit T€ 13,6 geplant. Im vorigen Geschäftsjahr plante die Gesellschaft für 2017 ein Jahresergebnis von T€ 8,2, welches mit T€ 1,7 zu rd. 20 % erreicht wurde. Unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken, die sich im kommenden Jahr aus dem operativen Geschäft ergeben können, ist davon auszugehen, dass die geplante positive Ergebnisentwicklung gesteigert werden kann. Einen weiteren maßgeblichen Einfluss auf den Erfolg werden die Personalkosten und die damit verbundenen Einflussfaktoren wie Fluktuation und Krankenstand haben.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Kaolinstraße 4 06126 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	256		
Gesellschafter:		T€	%
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andrae, Annett

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	114	10	115	8	144	11	-1	-1
Umlaufvermögen	1.066	89	1.224	90	1.151	87	-158	-13
Rechnungsabgrenzungsposten	14	1	20	2	23	2	-6	-30

Bilanzsumme	1.194	100	1.359	100	1.318	100	-165	-12
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

Treuhandvermögen	7		7		7		0	0
------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Eigenkapital	526	44	526	39	526	40	0	0
Rückstellungen	268	22	313	23	406	31	-45	-14
Verbindlichkeiten	400	34	520	38	386	29	-120	-23

Bilanzsumme	1.194	100	1.359	100	1.318	100	-165	-12
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

Treuhandverbindlichkeiten	7		7		7		0	0
---------------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.221	3.252	2.900
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-16	-176	-63
sonstige betriebliche Erträge	205	232	83
Materialaufwand	1.342	1.251	1.248
Personalaufwand	1.192	1.180	1.063
Abschreibungen	50	56	64
sonstige betriebliche Aufwendungen	536	453	355
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			191
Ergebnis nach Steuern	290	368	
sonstige Steuern	5	4	4
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	285	364	187
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,86	11,20	6,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	54,29	69,29	35,67	%
Cash-Flow:	335	420	251	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	114	110	97	T€
Personalaufwandsquote:	34,96	35,68	36,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	9,59	8,42	10,87	%
Eigenkapitalquote:	44,01	38,67	39,90	%
Fremdkapitalquote:	55,99	61,33	60,10	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1 Grundlage des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum Leistungsumfang der BHT gehören die Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer, Fliesenleger, Maler, Fußbodenleger, Elektro, Innenausbau (inklusive Schlüsseldienst).

Aufgrund des Inhouse-Geschäftes mit der Muttergesellschaft wurde im Geschäftsjahr ein Großteil der möglichen Leistungen erneut für die GWG erbracht.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT ist auch im Berichtsjahr wieder positiv.

Auf Grund der engen Zusammenarbeit zwischen der GWG und der BHT konnten die Arbeitsabläufe effektiv gestaltet und eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte der Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdiensteinsätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz GWG	T€	2.970	(92 %)
Umsatz Sonstige	T€	251	(8 %)

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen beauftragt, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören. Des Weiteren wurden Nachunternehmen und Zeitarbeiter zur Kompensation von Auftragsspitzen gebunden.

In der BHT waren per 31.12.2017 insgesamt 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Im Bereich Maler erfolgte die Einstellung eines neuen Mitarbeiters. Des Weiteren konnte in den Bereichen Maler und Innenausbau jeweils ein Ausbildungsplatz geschaffen und besetzt werden. Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2017 für die Beschäftigten der BHT zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.195 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.359) um 12,1 % verringert. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 164 verringerte Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote auf 44,0 % (Vorjahr 38,7 %) erhöht.

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen hauptsächlich durch die Verringerung des Finanzmittelfonds (um T€ 213), der Vorräte (um T€ 21) und des Rechnungsabgrenzungspostens (um T€ 7). Dem gegenüber steht die Erhöhung der Forderungen um T€ 76. Auf der Passivseite wurde die Verringerung der Bilanzsumme durch die um T€ 120 gesunkenen Verbindlichkeiten sowie die um T€ 44 gesunkenen sonstigen Rückstellungen verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 769.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist positiv zu bewerten, da das geplante Ergebnis von mindestens T€ 100 erreicht werden konnte. Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf T€ 290 (Vorjahr T€ 368). Die deutliche Abweichung gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen aus Rückvergütungen für frühere Geschäftsjahre (T€ 106) und aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen (T€ 62). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 285 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Die für das Geschäftsjahr 2018 möglichen Baumaßnahmen wurden Ende des Jahres 2017 zwischen der GWG und der BHT abgestimmt und durch die Vergabekommission der GWG bestätigt. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2018 bereits gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis von mindestens T€ 100 abschließen wird.

Zum Ende des Jahres 2017 unterzeichnete die BHT einen Vertrag zur Umstellung der bei der BHT eingesetzten Softwarelösung auf das Nachfolgeprodukt des Systemanbieters. Der Systemwechsel wird in 2020 abgeschlossen sein.

3.2 Chancen

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird. Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenso einen hohen Stellenwert einnehmen.

Durch die Anpassung der Tätigkeitsfelder der BHT an die Erfordernisse der GWG werden beide Gesellschaften profitieren, da sich die enge Zusammenarbeit quantitativ und qualitativ weiterhin positiv auswirken wird.

Mithilfe weiterführender fachspezifischer Qualifikationen der Beschäftigten können die laufenden Anforderungen der Auftraggeber erfüllt werden.

3.3 Risiken der künftigen Entwicklung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung, das innerbetriebliche Reportsystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Die BHT begegnet der Korruption im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

Das im Unternehmen eingerichtete Risikomanagementsystem muss entsprechend den spezifischen Bedürfnissen der Gesellschaft weiterentwickelt werden.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	12.782		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<u>12.782</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Kozyk, Jana
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo
	stellv. Vorsitzender	Tittel, Volker
		Dr. Wiegand, Bernd
		Kriedemann, Angelika
		Rupsch, Marko
		Schachtschneider, Andreas
		Senius, Kay
		Thielecke, Carsten
		Töpfer, Gernot

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	16	16

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	301.506	91	291.344	90	291.313	90	10.162	3
Umlaufvermögen	29.820	9	32.630	10	33.405	10	-2.810	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	163	0	94	0	93	0	69	73

Bilanzsumme	331.489	100	324.068	100	324.811	100	7.421	2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Treuhandvermögen	5.019		4.970		4.873		49	1
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	----	---

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	174.492	53	171.688	53	169.309	52	2.804	2
Sonderposten für Investitionszulagen	7.652	2	7.860	3	8.068	3	-208	-3
Rückstellungen	1.129	0	983	0	1.214	0	146	15
Verbindlichkeiten	147.356	45	142.654	44	145.307	45	4.702	3
Rechnungsabgrenzungsposten	860	0	883	0	913	0	-23	-3

Bilanzsumme	331.489	100	324.068	100	324.811	100	7.421	2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Treuhandverbindlichkeiten	5.019		4.970		4.873		49	1
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	----	---

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	49.523	49.055	47.096
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	-100	-187	419
sonstige betriebliche Erträge	4.241	2.421	2.448
Materialaufwand	26.440	27.117	25.243
Personalaufwand	6.085	5.782	5.455
Abschreibungen	9.709	7.211	6.463
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.490	2.684	1.860
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	285	364	187
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	51	327	319
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.003	4.385	4.939
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			6.633
außerordentliche Erträge			2.164
außerordentliche Aufwendungen			4.182
außerordentliches Ergebnis			-2.018
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	450	409	231
Ergebnis nach Steuern	4.823	4.392	
sonstige Steuern	19	13	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.804	4.379	4.382
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.941	0	0
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	169	438	439
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	6.576	3.941	3.943

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,70	8,93	9,30	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,86	2,61	2,65	%
Cash-Flow:	14.513	11.590	10.845 ¹⁾	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	483	488	501	T€
Personalaufwandsquote:	11,34	11,27	10,89	%

¹⁾ ohne Einbeziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,73	89,63	89,45	%
Eigenkapitalquote:	52,64	52,98	52,13	%
Fremdkapitalquote:	47,36	47,02	47,87	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Wohneinheiten	9.692	9.708	9.684	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	3,60	4,20	4,90	%
Gewerbeeinheiten	114	110	152	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	9,70	8,20	5,00	%

f) Lagebericht

Inhalt

- 1 Grundlagen des Unternehmens
- 2 Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes
 - 2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
- 3 Prognosebericht
- 4 Risikobericht
- 5 Chancenbericht

1 Grundlagen des Unternehmens

Für die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten hat die Stadt Halle (Saale) die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt am 02.05.1990 gegründet. Die Gesellschaft befindet sich seit der Gründung zu 100 % im Besitz der Stadt Halle (Saale). Die GWG hat die Aufgabe, Bauten in allen Rechtsformen zu errichten, zu bewirtschaften oder zu betreuen. Seit der Jahrtausendwende betreibt die GWG aktiv den Stadtbau in Halle-Neustadt. Aus den bewirtschafteten Mietwohnungen werden 97 Prozent der Umsatzerlöse generiert. Weiterhin gehören auch gewerbliche Einrichtungen, Stellplätze und Garagen zum Angebotsportfolio der Gesellschaft. Zur Umsetzung bautechnischer Aufgaben besitzt die GWG zu 100 % die Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH. Die GWG erfüllt seit über 25 Jahren erfolgreich die Aufgabe, in Halle-Neustadt das stadtbildprägende Unternehmen zu sein.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes

Die deutsche Wirtschaft setzte das robuste Wachstum der Vorjahre mit einer Wachstumsrate von 2,5 % in 2017 (Vorjahr 1,9 %) fort. Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, mit 10,8 % der Gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung eine der wesentlichen Wirtschaftsbereiche, wuchs um 1,3 % (Vorjahr 0,8 %). Die unterdurchschnittliche Wachstumsrate ist ein Indikator für die tendenziell geringere Konjunkturabhängigkeit der Branche. In jeweiligen Preisen erzielte die Branche 2017 eine Bruttowertschöpfung von 317,5 Mrd. € (nach 308,9 Mrd. € im Vorjahr).

Die kommunale Wohnungswirtschaft investiert langfristig und schafft damit attraktive Wohnbestände. Sie sieht Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, das in ökonomischer, gesellschaftlicher, sozialer und ökologischer Verantwortung und nicht als Handelsware zu pflegen ist. Wohnungen sind ein langlebiges Wirtschaftsgut, deshalb handelt und finanziert auch die GWG als kommunale Wohnungsgesellschaft im Vergleich zum privaten Wettbewerb langfristig. Aufgabe der Gesellschaft ist es, Wohnangebote entsprechend der Nachfrage für junge Familien, ältere Menschen, Alleinerziehende und Singles am Wohnungsmarkt in Halle (Saale), vor allem in Halle-Neustadt erfolgreich zu platzieren.

2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)

Neben dem seit mehreren Jahren absehbaren demografischen Wandel ist das Management der Zuwanderung aktuell eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Für die Wohnungsgesellschaft ist die Bereitstellung menschenwürdiger, freundlicher und sicherer Unterkünfte nicht nur mit Blick auf die baulichen Leistungen sondern vor allem auch im sozialen Bereich eine Herausforderung, die sie angenommen und bewältigt hat. Im Ergebnis kann verzeichnet werden, dass in Halle (Saale) eine Willkommenskultur gelebt und praktiziert wird, die vorbildhaft ist. Die GWG hat hier einen großen Anteil daran.

Die Stadt Halle (Saale) kann seit mehreren Jahren in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Im Jahr 2017 konnte für den Stadtteil Halle-Neustadt wie auch im Vorjahr eine wachsende Bevölkerung festgestellt werden. In der gesamten Stadt Halle (Saale) wie auch in Halle-Neustadt sind die Zuwächse der Bevölkerungszahlen nicht unwesentlich auf die Zuwanderung zurückzuführen.

Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle (Saale):

	Einwohner mit Hauptwohnsitz				
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017
Stadt Halle (Saale)	232.705	233.552	238.321	239.738	241.093
davon Halle-Neustadt	44.159	44.198	45.025	45.918	46.280

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Das durchschnittliche Alter der Einwohner in der gesamten Stadt Halle (Saale) ist mit 44,9 Jahren (per 31.12.2017) etwas geringer als das Durchschnittsalter der Halle-Neustädter, welches bei 46,2 Jahren (per 31.12.2017) liegt.

2.3 Geschäftsverlauf

2.3.1 Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2017 erneut sehr erfolgreich und erzielte einen Jahresüberschuss von 4.804 T€. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2017 eingestellten Zielwert von 1.373 T€ für das Jahresergebnis ergibt sich somit eine positive Abweichung von 3.431 T€.

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt aus Sollmieten und einer verbesserten Vermietung leerstehenden Wohnraums 482 T€ mehr Erlöst. Das Betriebskostenmanagement und eine wiederum günstige Wetterperiode 2017 ermöglichten um 456 T€ geringere Aufwendungen für Betriebs- und Heizkosten. Einzelne wertintensive Investitionen wurden fördermittelbedingt in das Jahr 2018 verschoben, sodass sich der Aufwand erst im Folgejahr zeigt. Die Aufwendungen für das aufwandswirksame Modernisierungs- und Instandsetzungsgeschäft fielen um 957 T€ geringer aus, das Niveau der kleinen laufenden Instandhaltung wurde dabei gegenüber den Vorjahren nicht gekürzt. Für zwei zum Abbruch vorgesehene, zum Ende des Geschäftsjahres aber verkaufte Wohngebäude fielen die im Bereich der anderen Aufwendungen geplanten Aufwendungen für den Abbruch in Höhe von 805 T€ nicht an. Dem gegenüber stehen geringere sonstige betriebliche Erträge durch den Entfall von Städtebaufördermitteln, die jedoch durch andere Fördermittel und Zuschüsse teilkompensiert werden konnten. Zinsgünstige Prolongationen aus dem Vorjahr bewirkten einen insgesamt um 206 T€ niedrigeren Zinsaufwand. Das über dem Erwartungswert erzielte Beteiligungsergebnis an der Bau und Haustechnik GmbH bewirkte mit 185 T€ einen weiteren Anteil am überplanmäßigen Jahresergebnis.

2.3.2 Unternehmensentwicklung

Als städtischer Vermieter bewirtschaftet die GWG in Halle-Neustadt rund ein Drittel des Wohnungsbestandes und ist damit unverändert das bestimmende Wohnungsunternehmen in Halles größtem Stadtteil.

Quantitative und qualitative Anpassungen des Wohnungsangebotes sind nach Auffassung der Gesellschaft auch weiterhin erforderlich, um zukünftig erfolgreich am Wohnungsmarkt agieren zu können.

Die Bevölkerungsgruppe der Senioren im Alter von über 60 Jahren sorgt in hohem Maße für eine stabile Ertragssäule der Wohnungsunternehmen, auch der GWG. Die Gesellschaft setzt deshalb maßgeblich in ihrer Investitionspolitik auf die hohe regionale Identität ihrer Mieter, die aufgrund der immer höheren Lebenserwartung Unterstützung im täglichen Leben bei der Überwindung von Barrieren dankend annehmen. Die Zielgruppe der Familien, Studenten und Berufsschüler ist in gleichem Maße für die GWG bedeutsam, um den Altersdurchschnitt der Mieter in ihrem Wohnungsbestand weiter zu stabilisieren.

Als Beitrag zur Stabilisierung des sozialen Gefüges in Halle-Neustadt unterstützt die GWG auch weiterhin zahlreiche Familien- und Jugendprojekte freier Träger und Sportvereine, wie bspw. den FC Halle-Neustadt e.V., die „Grüne Villa“ im Herzen von Halle-Neustadt oder den CVJM beim Betrieb von drei Kindertreffpunkten „Schnitte“.

Im professionellen Sport unterstützt die GWG unverändert den SV Union Halle-Neustadt e.V. als Hauptsponsor der Frauen-Handballmannschaft, die Basketballerinnen vom SV Halle e.V., den Eishockeysportverein MEC Halle 04 e.V. und den Halleschen Fußballclub e.V. als Co-Sponsor.

2.3.3 Bestandsentwicklung

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2017 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2017		31.12.2016	
	Anzahl	Fläche (m²)	Anzahl	Fläche (m²)
Wohneinheiten	9.692	544.990	9.708	545.692
Gewerbeeinheiten	114	22.908	110	22.837
	9.806	567.898	9.818	568.529

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag zehn Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) mit insgesamt 285 Wohnungen auf einer Fläche von 17.431 m².

Durch die kontinuierliche Verbesserung des marktaktiven Kernbestandes ist es der Gesellschaft gelungen, den Anteil nicht vermieteter Wohnungen und Gewerberäume von 4,3 Prozent per 31.12.2016 auf **3,7 Prozent per 31.12.2017** zu reduzieren. Die durch den Leerstand im Jahr 2017 verursachte **Erlösschmälerung an der Sollmiete** betrug **3,9 Prozent** (4,2 Prozent im Jahr 2016). Der Leerstand des gesamten Bestandes der Gesellschaft konnte ebenfalls stichtagsbezogen auf 7,1 Prozent (9,2 Prozent per 31.12.2016) verringert werden. Die Verminderung ist hauptsächlich in der Reaktivierung eines leerstehenden Wohngebäudes nach Sanierung sowie der Veräußerung von zwei leerstehenden Wohngebäuden begründet.

Die Gesellschaft investierte auch in 2017 umfangreich in den Wohnungsbestand. Insgesamt über 17 Mio. € wurden für Bauprojekte, zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung des GWG-Bestandes umgesetzt.

Wie bereits in den Vorjahren legte die Gesellschaft auch in 2017 wieder besonderen Wert auf den Ausbau bedarfsgerechten Wohnraums, Ein- und Anbau von Aufzügen, den langfristigen Erhalt der Bausubstanz, die Senkung der Energiekosten sowie auf die Funktionssicherheit der technischen Anlagen.

Zum Ende des Geschäftsjahres konnte die im unbewohnten Zustand erfolgte Sanierung der Immobilie Azaleenstraße 1-8 im Wohngebiet Am Tulpenbrunnen abgeschlossen werden. Damit sind in diesem Quartier alle GWG-Gebäude saniert. Den Mietern konnten individuelle und großzügigere Grundrisse in einer Energiesparimmobilie angeboten werden, die den KfW-Effizienzhausstandard 70 erfüllt. Die Bewohner der Wohnungen im Erdgeschoss können von ihrem Balkon aus in ihren kleinen, privaten Mietergärten gelangen. Das Konzept vom „urban gardening“ kann damit in der Azaleenstraße 1-9 und in zwei weiteren Wohngebäuden (Oleanderweg 21-45 und Rennbahnring 4-18) bei der GWG aktiv und modern praktiziert werden.

Bereits in den 1990er und 2000er Jahren realisierte die GWG umfangreiche energetische Sanierungen an den Wohngebäuden, zumeist lange bevor die Notwendigkeit dieser Thematik öffentlichkeitswirksam diskutiert wurde. Im Zuge dieser Maßnahmen erhielten zu dieser Zeit auch die Fassaden der Wohngebäude einen individuellen Farbanstrich. Die Fassaden werden ab dem Jahr 2017 schrittweise bearbeitet. Im Zuge dieser mehrjährigen, bestandsweiten Erneuerung wird auch ein neues Farbkonzept verfolgt. Dieses soll die Erkennbarkeit der GWG-Immobilien anhand von wiederkehrenden Elementen, Firmen- und Wohngebietslogos erhöhen und die Identifikation mit dem Wohngebiet und dem Stadtteil verstärken.

Das Bedürfnis nach Sicherheit in der Wohnung ist in den letzten Jahren weiter gewachsen. Seit vielen Jahren besteht ein Konflikt zwischen dem Wunsch der Mieter nach einer verriegelten Hauseingangstür und der Notwendigkeit, dass diese im Brand- oder Rettungsfall per Knopfdruck trotzdem zu öffnen sein muss. Eine Serie von Einbrüchen in Wohngebäude vieler Vermieter im gesamten Stadtgebiet Halle (Saale), zum Teil ohne erkennbare Spuren oder Beschädigungen hat die GWG dazu bewogen, die Sicherheit von Hauseingangstüren im Bestand schrittweise weiter zu erhöhen. Durch die Installation von automatischen Fallen-Riegel-Schlössern ist die jeweilige Haustür gegen Einbrüche besser geschützt und bleibt trotzdem die notwendige, von innen schlüssellos zu öffnende Fluchttür. Im Bestand wurden in 2017 bereits 40 Haustüren umgerüstet.

Um den Vermietungserfolg dauerhaft zu verbessern, wurden wieder zahlreiche bauliche Maßnahmen zur langfristigen Aufwertung des Bestandes umgesetzt. In strategischer Abstimmung mit der Energieversorgung Halle GmbH wurde in zwei weiteren Wohngebäuden die Kochgasversorgung entfernt und die Leistungsfähigkeit der elektrischen Anschlüsse erhöht. Beide städtische Unternehmen profitieren langfristig von dieser Strategie.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2017 getätigten Ausschreibungen konnten ca. 93 Prozent der beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen an Firmen innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt vergeben werden.

Die Gesellschaft veräußerte in 2017 fünfzehn Eigentumswohnungen.

2.3.4 Mietenentwicklung

Der Zweck des Unternehmens ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungs-versorgung breiter Schichten der Bevölkerung, auch einkommensschwacher Bürger. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ist dennoch im Rahmen einer moderaten Mietpreisgestaltung die Notwendigkeit zur Kostendeckung zu berücksichtigen.

Um Mieterhöhungen auch realisieren zu können, wurden interne Mietobergrenzen definiert und darüber hinaus gehende Erhöhungsmöglichkeiten zu Lasten des Unternehmens gekappt. Diese Kappung der Mieten ist zwar ergebniswirksam, erfüllt jedoch gleichzeitig die Anforderung, sozial ausgewogene und verträgliche Mieten im Wohnungsbestand und im Stadtgebiet zu gewährleisten. Für die Gesellschaft wirkte sich die Anhebung der Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft in der Stadt Halle (Saale) positiv aus. Diese Anhebung hilft, die soziale Entmischung in den Stadtteilen zu verlangsamen. Eine Segregation findet weiterhin statt und die Gesellschaft setzt auf eine möglichst breite Mischung unterschiedlich hoher Wohnstandards, um Halle-Neustadt für verschiedene Einkommen attraktiv zu halten.

Das intensive Forderungsmanagement der Gesellschaft führte per 31.12.2017 zu einer Mietenrückstandsquote von 0,9 Prozent (0,7 Prozent per 31.12.2016). Die Gesellschaft hatte zum Stichtag offene Mietforderungen in Höhe von 461 T€ (350 T€ per 31.12.2016) zu verzeichnen. Der Aufwuchs des Forderungsbestands gegenüber 2016 ist auch darauf zurückzuführen, dass seit 2017 neben Mietrückständen nun auch offene Forderungen aus Gerichtskosten, Schadenersatz und Schönheitsreparaturen enthalten sind. Titulierte Forderungen werden von der Gesellschaft zur langfristigen Verfolgung an Inkassodienste übergeben.

2.3.5 Personalpolitik

In der Gesellschaft arbeiteten per 31.12.2017 insgesamt 118 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter acht Auszubildende. 58 Prozent des gesamten Personals ist weiblich. 44 Prozent der Stellen mit Personalverantwortung sind mit Frauen besetzt.

Das Audit „berufundfamilie®“ hat seit der Erstauditierung im Jahr 2006 dazu beigetragen, Unternehmensziele und private, vor allem familiäre Mitarbeiterinteressen in Übereinstimmung zu bringen und die Personalpolitik in Richtung Familienfreundlichkeit weiter zu entwickeln. Mit Hilfe des Audits wurden die Prozesse im Unternehmen bis zum Ablauf der aktuellen Zertifizierung im Jahr 2018 verstetigt.

Als Instrument der Mitarbeiterbindung wurde im Jahr 2017 eine tiefgreifende und detaillierte Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Die Vorbereitung der Befragung erfolgte unter Beteiligung einer Projektgruppe aus der Mitarbeiterschaft und unter Steuerung durch einen externen Partner. Die Beteiligungsquote belief sich auf 90 Prozent. Diese hohe Quote und die ersten sich überdurchschnittlich positiv darstellenden Ergebnisse zeugen von einer starken Mitarbeiterbindung, Loyalität und hohen Zufriedenheit der Mitarbeiter mit ihrem Arbeitgeber.

2.3.6 Stadtentwicklung in Halle (Saale)

Das Netzwerk Stadtentwicklung Halle (Saale) wurde auch in 2017 wieder intensiv von der GWG mitgestaltet. Die Gesellschaft führte die „Arbeitsgruppe Halle-Neustadt“, die auf eine unternehmensübergreifende Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung orientiert und mehrfach im Jahr berät. Das wohnungspolitische Konzept, die Überarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes sowie die Entwicklung des Mietspiegels waren wichtige Themen in der Netzwerkarbeit. Das neue Integrierte Stadtentwicklungskonzept wurde vom halleschen Stadtrat am 25.10.2017 beschlossen.

2.3.7 Ergebnis der Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

Die Tochtergesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresergebnis in Höhe von 285 T€ (geplant: 100 T€, Vorjahr: 364 T€). Die Planabweichung ist auf ertragswirksame Einmaleffekte im Geschäftsjahr zurückzuführen.

2.3.8 Stadttrendite

Die GWG beurteilt im Rahmen des Unternehmenserfolgs bereits seit 2005 ihre Leistungen zur Stadttrendite. Als kommunales Wohnungsunternehmen übernimmt die Gesellschaft Verantwortung, die weit über die formale Erfüllung des Wohnraumversorgungsauftrags hinausgeht. Die Stadttrendite beinhaltet Leistungen, die positive Effekte für die Stadt Halle (Saale) bringen und langfristig Vorteile für das Unternehmensergebnis bewirken. In ihrer Ergebnisbewertung ergänzt sie die rein finanzwirtschaftliche Renditebetrachtung.

2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.4.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss von 4.804 T€ ab, der überwiegend aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung weist einen Überschuss in Höhe von 9.657 T€ aus, der sich gegenüber dem Vorjahr um 1.085 T€ erhöht hat. Dies ist insbesondere auf gestiegene Mieteinnahmen (vordergründig durch gesunkene Leerstandsverluste) und geringere Instandhaltungsaufwendungen zurückzuführen.

Das negative Finanzergebnis (3.667 T€) resultiert überwiegend aus Zinsaufwendungen für die Darlehen der Gesellschaft, denen (im Ergebnis des derzeitigen Zinsniveaus) kaum mehr Zinserträge gegenüber stehen. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist auf rückläufige Zinsaufwendungen in Höhe von 382 T€ (durch Umschuldungen und Prolongationen von Darlehen) zurückzuführen. Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 38,4 Prozent.

Insbesondere der Anstieg außerplanmäßiger Abschreibungen führte zu einem negativen neutralen Ergebnis in Höhe von -124 T€.

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2017 mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist eine Gesamtkapitalverzinsung gegeben. Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr 2017 2,7 Prozent.

2.4.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft stellte sich auch im Geschäftsjahr 2017 positiv dar. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Hauptgeschäftes zurückzuführen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 17.062 T€ reichte aus, um den Mittelabfluss aus der im Geschäftsjahr sehr umfangreichen Investitionstätigkeit von 16.870 T€ zu decken. Planmäßige Zins- und Tilgungszahlungen für die aufgenommenen Darlehen von 13.074 T€ sowie Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin von 2.000 T€ führten trotz Neuvaluierungen zu einem Mittelabfluss im Bereich der Finanzierungstätigkeit von 2.668 T€. Danach ergab sich insgesamt ein Mittelabfluss in 2017, was zu einem Rückgang des Finanzmittelfonds um 2.476 T€ am Ende der Periode führte.

2.4.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr 2016 um 7.421 T€ erhöht.

Auf der Aktivseite war auf Grund der hohen Investitionen bei den Sachanlagen ein Zugang von 10.306 T€ zu verzeichnen. Die Passivseite erhöhte sich im Bereich der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten (um 2.913 T€) - hier vor allem bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der Neuaufnahmen von Darlehen zur Finanzierung der Investitionen in Höhe von 12.300 T€.

Einem durchschnittlichen Buchwert der Wohn- und Geschäftsbauten von 492,88 € je qm stand zum Bilanzstichtag eine durchschnittliche Verschuldung von 225,02 € je qm gegenüber.

Das mittel- und langfristige Vermögen wird ausreichend durch mittel- und langfristige verfügbare Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten für Investitionszulagen / Gesamtkapital) wird mit 54,9 Prozent ausgewiesen.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

2.4.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren kennzeichnen das Geschäftsjahr 2017:

	Einheit	Ist-Wert	Plan-Wert
Sollmiete des Gesamtbestands	€/m ² monatlich	5,17	5,09
Erlösschmälerung der Sollmiete	Prozent	3,9	4,7
Verschuldungsgrad	Prozent	38,6	46,1
Eigenkapitalquote	Prozent	54,9	53,7
Gesamtkapitalrentabilität	Prozent	2,7	1,9

3 Prognosebericht

Die Gesellschaft geht für die folgenden Geschäftsjahre erstmals wieder von einer von Wachstum an vermieteter Wohnfläche dominierten Unternehmensentwicklung aus. Über die Akquisition von Großflächen für Neubau und Sanierung im Böllberger Weg sowie dem Ankauf von Immobilien im benachbarten Stadtteil Nietleben vergrößert die Gesellschaft ihre Marktposition und kann diese weiter ausbauen. Die von der Gesellschafterin erwartete Ausschüttung an den städtischen Haushalt wurde für das Geschäftsjahr 2018 wieder in bisheriger Höhe von 2,0 Mio. € geplant.

Für 2018 erwartet die Gesellschaft eine leichte Erhöhung der Bevölkerungszahl von Halle (Saale) und eine Stabilisierung in dem für die GWG relevantesten Stadtteil Halle-Neustadt. Ein Zuzug durch Asylsuchende und Migranten wird voraussichtlich weiter erfolgen, ist aber aufgrund der inzwischen effizienten Zusammenarbeit zwischen GWG, Jobcenter und Stadt Halle (Saale) zu bewältigen. Anhand der politischen Ziele der neuen Bundesregierung erwartet die Gesellschaft keine Migrationsströme mehr wie im Jahr 2015.

In der Vergangenheit leerstehende Wohngebäude im Stadtgebiet von Halle-Neustadt wurden durch deren Eigentümer in den letzten Jahren schrittweise wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt. Die GWG erwartet, dass aus diesem verbreiterten Wohnungsangebot lediglich eine Binnenwanderung von Wohnungsmietern im Stadtgebiet zu verzeichnen sein wird. Der hinzugekommene Wohnungsbestand weist keine großen Potenziale auf, um den Zuzug aus dem Umland zu befördern.

Für die Umsatzerlöse aus Sollmieten wird in 2018 ein Wert von 35,9 Mio. € erwartet, was einer voraussichtlichen Durchschnittsmiete von 5,16 € je m² im Monat entspricht. Die Gesellschaft geht von einer Erlösschmälerung der Sollmieten in Höhe von 4,1 % in 2018 aus. Der Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund wird sich voraussichtlich weiter erhöhen, hieraus ergibt sich auch die Nachfrage nach größeren Wohnungen. Der Trend zu Singlewohnungen wird sich weiter fortsetzen, somit bleibt die Nachfrage nach kleinerem Wohnraum für Ein-Personen-Haushalte auf hohem Niveau bestehen. Für die Folgejahre wird sich die Nachfrage nach Wohnraum qualitativ verändern, auf die die Gesellschaft mit individuellen Wohnraumzuschnitten gut vorbereitet ist.

Die Gesellschaft wird in 2018 neue Kreditverbindlichkeiten in Höhe von voraussichtlich 17,7 Mio. € aufnehmen und damit die Fremdkapitalquote weiter geringfügig anheben. Ein Anteil von 4,6 Mio. € sind dabei Valutierungen von Kreditmitteln aus Vertragsabschlüssen im Geschäftsjahr 2017. Unter der Voraussetzung, dass die Verwendung der Bilanzgewinne durch die Gesellschafterin mit den eigenen Planansätzen einhergeht, erreicht die Gesellschaft eine Eigenkapitalquote von voraussichtlich 54 % zum Ende des Geschäftsjahres 2018.

Aus den geplanten Investitionen sowie deren Aktivierungsfähigkeit wird die Bewertung des Sachanlagevermögens von Wohn- und Geschäftsbauten in 2018 auf das 9,0fache der Jahresnettokaltmiete geplant. Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten geht die Gesellschaft davon aus, dass sich zum 31.12.2017 ein Wert in Höhe des 4,0fachen der Jahresnettokaltmiete einstellt.

4 Risikobericht

4.1 Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100%igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Zur Einhaltung der Vorgaben des KonTraG wird ein dafür entwickeltes Frühwarnsystem betrieben, welches über die wesentlichen Kennziffern der Sollmiete, des Leerstands sowie über finanzwirtschaftliche Kennziffern wie Verschuldungsgrad und Forderungsquoten die Risiken des Geschäftsbetriebes permanent erfasst und bei Abweichungen an die Geschäftsleitung berichtet.

4.2 Risiken

Die beendete Altschuldenhilferegelung stellt die Gesellschaft für die nächsten Jahre vor die finanzielle Herausforderung, die noch bestehenden Altschulden zu bedienen. Im Fall von Teil- und Gesamtrückbauten in den Folgejahren werden die darauf lastenden Altschulden durch Eigenmittel der Gesellschaft bzw. aus dem Ertrag der verbleibenden Bestandsgebäude zu finanzieren sein.

Im aktuellen ISEK wird für den Stadtteil Halle-Neustadt bis 2025 ein Rückgang der Bevölkerung um 6 Prozent prognostiziert, bis 2030 um weitere 3,5 Prozent. Frühere Einschätzungen Dritter, die einen Bevölkerungsverlust von über 10 Prozent für Halle-Neustadt sahen, wurden von der Gesellschaft in der Vergangenheit anders beurteilt und treffen nach jüngsten Prognosen jetzt nicht mehr zu. In der Prognoserechnung wird weiterhin von einer leichten Zunahme der durchschnittlichen Personenzahl pro Haushalt ausgegangen. Dadurch kann sich die Anzahl Haushalte etwas stärker rückläufig entwickeln als die Bevölkerung. Bis 2025 zeigen Prognosemodelle einen Rückgang der Haushalte von über 7 Prozent, bis 2030 weitere 4 Prozent. Für die Gesellschaft mit ihren 9.562 Wohnungen in Halle-Neustadt zum Bilanzstichtag 31.12.2017 kann dies bedeuten, dass langfristig bis zu 1.000 Wohnungen durch Abriss und Rückbau vom Markt genommen werden müssten. Zur Vorbereitung dieses Umstrukturierungsprozesses hat die Gesellschaft ein Portfoliosystem erarbeitet, welches die Zukunftsfähigkeit des Bestandes objektkonkret untersucht und daraus Perspektiven aufzeigt. Mittelfristig sieht die Gesellschaft kein weiteres Erfordernis zum Komplettabbruch eigener Wohngebäude.

Aus dem steigenden Anteil an Mietern, die über ein sehr geringes Haushalts- oder Transfereinkommen verfügen, geht die Gesellschaft davon aus, dass sich die Mietrückstandsquote und der Arbeitsumfang der Sozialbetreuer auch in 2018 weiter erhöhen werden. Damit einher geht auch ein steigender Anteil an kaum oder nicht einbringlichen Mietforderungen.

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat im Zeitraum von 2008 bis 2017 zur eigenen Haushaltskonsolidierung knapp 52 Mio. € aus der Gesellschaft entnommen. Weitere Entnahmen der Gesellschafterin in den Folgejahren können nicht ausgeschlossen werden.

4.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

5 Chancenbericht

Seit 2015 vollzieht die deutsche Wirtschaft eine vor allem durch das Zinstief beförderte Konjunktur. Diverse Förderprogramme im Land Sachsen-Anhalt bewirken einen weiteren Investitionsschub in den Wohnungsbau. Infolge zahlreicher Investitionen in der Stadt durch die öffentliche Hand und durch die private Wirtschaft werden die Arbeitsplatzzahlen in 2018 voraussichtlich weiter steigen. Für die Gesellschaft ergibt sich daraus die Chance, dass der Prozentsatz ihrer Bestandsmieter, die selbst ihre Miete erwirtschaften können, ansteigt.

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Auf dem Grundstücks- und Immobilienmarkt sind weiterhin verstärkte Aktivitäten zu verzeichnen, an dem die Gesellschaft auch in 2018 partizipieren kann. Neue Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das eigene Portfolio weiter zu diversifizieren. Das Kerngeschäft bleibt weiterhin die Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt. Sanierungsmaßnahmen des Halle-Neustädter Wohnungsbestandes werden weiter stattfinden und bedarfsgerecht geplant.

Über die Einbindung von Dienstleistungsgesellschaften zur ambulanten Betreuung in Wohngruppen sieht die Gesellschaft die Chance, die älteren und in Teilen ärmer werdenden Mieter weiter mit angemessenem und geeignetem Wohnraum zu versorgen. Diese wachsende Kundengruppe benötigt eine qualifizierte Betreuung und Begleitung im Alltag. Die seit Jahren erfolgreich agierende Seniorenbetreuung ist die Basis für eine langfristige Mieterbindung und damit langfristig gesicherte Erträge.

Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Hansering 19
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100

Gesellschafter:	T€	%
GP Papenburg Hochbau GmbH	50	50,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	50	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Sicherung des Wohnungsbestandes in der Stadt Halle (Saale) durch den Erwerb, die Sanierung, den Neubau und die Bewirtschaftung von hochwertigen, überwiegend für Wohnzwecke geeigneten Immobilien, insbesondere aus dem Veräußerungsbestand des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Danz, Simone
Heinze, Frank

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	27.155	98	21.183	99	6.913	76	5.972	28
Umlaufvermögen	414	2	267	1	2.226	24	147	55
Bilanzsumme	27.569	100	21.450	100	9.139	100	6.119	29
Passiva								
Eigenkapital	7.581	28	7.709	36	7.817	86	-128	-2
Rückstellungen	32	0	12	0	8	0	20	167
Verbindlichkeiten	19.956	72	13.729	64	1.314	14	6.227	45
Bilanzsumme	27.569	100	21.450	100	9.139	100	6.119	29

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	833	49	0
andere aktivierte Eigenleistungen	68	75	0
sonstige betriebliche Erträge	0	8	0
Materialaufwand	417	125	32
Abschreibungen	282	22	22
sonstige betriebliche Aufwendungen	2	18	207
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	328	75	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-261
Ergebnis nach Steuern	-128	-108	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-128	-108	-261
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-719	-591	-483

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-15,34			%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,54	-1,30	-3,14	%
Cash-Flow:	154	-86	-239	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	98,50	98,75	75,64	%
Eigenkapitalquote:	27,50	35,94	85,54	%
Fremdkapitalquote:	72,50	64,06	14,46	%

ee) Leistungsdaten

Angaben vgl. Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HGWS mbH
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.3.1 Hausbewirtschaftung und Bestandsentwicklung
 - 2.3.2 Personal, Organisation
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
 - 2.4.1 Vermögenslage
 - 2.4.2 Finanzlage
 - 2.4.3 Ertragslage
 - 2.4.4 Gesamtaussage
3. Chancen- und Risikobericht
4. Prognosebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt in Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Zweck der Gesellschaft ist danach die Sicherung des Wohnungsbestandes in der Stadt Halle (Saale) durch den Erwerb, die Sanierung, den Neubau und die Bewirtschaftung von hochwertigen, überwiegend für Wohnzwecke geeigneten Immobilien, insbesondere aus dem Veräußerungsbestand des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

Gesellschafter sind die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH, Halle (Saale), (HWG mbH) und die GP Papenburg Hochbau GmbH, Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale). Im Geschäftsjahr beschränkte sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf die Errichtung und Vermietung des „Wohnparks im Paulusviertel“ in Halle (Saale) zum Zwecke der gewerblichen Weitervermietung.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) ist ein Oberzentrum des Bundeslandes Sachsen-Anhalt und wachsender Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Seit dem Jahr 2010 steigt die Zahl der Einwohner kontinuierlich. Der Zuwachs bei der Bevölkerung im Jahr 2017 betrug fast 1.400 Einwohner bzw. ca. 0,6 Prozent.

Die positive Bevölkerungsentwicklung sowie der gleichzeitig leicht rückläufige Wohnungsbestand in der Stadt Halle (Saale) führen zunehmend zu einer Verknappung von Wohnraum. Dennoch sind in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 die Nettokaltmieten insgesamt mit 0,6 Prozent im geringeren Ausmaß gestiegen als im Vorjahr (1,2 Prozent). Die Wohnungsnebenkosten haben sich mit 1,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (0,5 Prozent) hingegen wieder deutlicher erhöht. Die Mietenentwicklung blieb damit deutlich hinter der des Verbraucherpreisindex zurück.

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HGWS mbH

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Projektgesellschaft. Die Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr umfasste ausschließlich die Errichtung des „Wohnparks im Paulusviertel“ in Halle (Saale) und seine Vermietung zum Zwecke der gewerblichen Weitervermietung.

Die Ausführung der Baumaßnahme begann im September 2015 und wurde im Oktober 2017 mit der Übergabe des letzten Bauabschnittes beendet. Beauftragt mit der Bauausführung war der Mitgesellschafter GP Papenburg Hochbau GmbH auf der Grundlage eines garantierten Maximalpreisvertrages.

Die gewerbliche Weitervermietung erfolgt durch die HWG mbH, die die Objekte im Zeitraum von April bis Oktober 2017 Zug um Zug gegen Zahlung einer monatlichen Miete übernahm.

2.3 Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR -128 (Vj. TEUR -108). Das Jahresergebnis war im Geschäftsjahr beeinflusst durch eine einmalige Vergütung in Höhe von TEUR 105 zuzüglich Umsatzsteuer an den Geschäftsbesorger HWG mbH für den Abschluss aller zur Bewirtschaftung des „Wohnparks im Paulusviertel“ erforderlichen Verträge gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag.

Die Gesellschaft hat sich planmäßig entwickelt. Im Berichtsjahr sind Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 833 (Plan: EUR 0,6 Mio.) erwirtschaftet worden. Die Übergabe der fertig gestellten Bauteile an die Generalmieterin HWG mbH erfolgte schrittweise im Zeitraum von April bis Oktober 2017. Verzögerungen in der Ausführungsplanung und ungünstige Witterungsverhältnisse führten zu leichten Verzögerungen bei der Fertigstellung. Darüber hinaus wurde während des Baus auf Wunsch der Generalmieterin für das Bauteil Villa eine geänderte Flächennutzung beauftragt.

2.3.1 Hausbewirtschaftung und Bestandsentwicklung

Mit Fertigstellung der Baumaßnahme „Wohnpark im Paulusviertel“ hat die Gesellschaft 116 Wohneinheiten, fünf Gewerbeeinheiten sowie 136 Stellplätze und Garagen in ihrem Bestand. Die Gesellschaft hat daraus im abgelaufenen Geschäftsjahr erstmalig Umsätze aus Vermietung in Gesamthöhe von TEUR 626 realisiert. Diese resultieren aus der schrittweisen Übernahme der fertig gestellten Mieteinheiten des „Wohnparks im Paulusviertel“ durch die Generalmieterin HWG mbH, die dafür die gemäß Mietvertrag bis zum Jahr 2022 vereinbarten Mieten entrichtet.

2.3.2 Personal, Organisation

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Sie beschäftigt keine Mitarbeiter. Die Geschäftsführer sind zur gemeinsamen Vertretung der Gesellschaft berechtigt.

Die Buchhaltung einschließlich der Aufbereitung erforderlicher steuerlicher Erklärungen obliegt der HWG mbH im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage der HGWS stellt sich zum 31. Dezember 2017 wie folgt dar:

Vermögen	31.12.2017		31.12.2016	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen (Sachanlagen)	27.155	98,5	21.182	98,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4	0,0	7	0,0
Guthaben bei Kreditinstituten	409	1,5	261	1,2
	27.568	100,0	21.450	100,0
Kapital	31.12.2017		31.12.2016	
	TEUR	%	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	100	0,4	100	0,5
Kapitalrücklage	8.200	29,7	8.200	38,2
Jahresfehlbetrag	-128	-0,5	-108	-0,5
Verlustvortrag	-591	-2,1	-483	-2,3
Rückstellungen	32	0,1	12	0,1
Verbindlichkeiten	19.955	72,4	13.729	64,0
	27.568	100,0	21.450	100,0

Das Vermögen der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen das im Jahr 2012 erworbene Areal im Paulusviertel sowie die in den Jahren 2012 bis 2017 getätigten Investitionen in die Entwicklung des Bestandes als „Wohnpark im Paulusviertel“.

Die Investitionen wurden über Darlehen und Eigenmittel aus Gesellschaftereinlagen realisiert. Die Verbindlichkeiten umfassen im Wesentlichen Kreditverbindlichkeiten zur Finanzierung des Projektes „Wohnpark im Paulusviertel“ (TEUR 19.707, Vj. TEUR 12.419) sowie Verbindlichkeiten aus Zahlungsverkehr (TEUR 154, Vj. TEUR 0) und Umsatzsteuer (TEUR 35, Vj. TEUR 1).

2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung der HGWS stellt sich wie folgt dar:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	700	-17	717
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-7.511	-14.292	6.781
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	6.959	12.344	-5.385
Zahlungswirksame Veränderungen	148	-1.965	2.113
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	261	2.226	-1.965
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	409	261	148

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich erhöht. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr erstmalig Umsatzerlöse durch Mieteinnahmen.

Der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert, da die Baumaßnahme zur Realisierung des Projektes „Wohnpark im Paulusviertel“ im Geschäftsjahr fertig gestellt wurde.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr verringert, da die Kreditmittelaufnahmen zur Finanzierung der Investitionen mit den Bauausgaben im Geschäftsjahr korrespondierten.

Der Finanzmittelbestand beträgt am 31. Dezember 2017 TEUR 409 (Vj. TEUR 261).

Für die Bauinvestitionen der Jahre 2016 bis 2017 zur Errichtung des „Wohnparks im Paulusviertel“ hat die Gesellschaft Darlehen in Höhe von gesamt TEUR 20.000 bei der Norddeutschen Landesbank Magdeburg aufgenommen. Es handelt sich um drei fest verzinsliche Annuitätendarlehen, die durch Grundschulden, ergänzende Zweck- und Abtretungserklärungen sowie Gesellschaftererklärungen zur Sicherstellung der Kapitaldienstfähigkeit besichert sind. Bis zum 30. Juni 2017 diente ein variabler verzinster Kontokorrentkredit mit gleichen Sicherheiten der Zwischenfinanzierung. Seit Juli 2017 werden die Darlehen planmäßig getilgt. Der Saldo zum 31. Dezember 2017 betrug TEUR 19.707 (Vj. TEUR 12.419).

2.4.3 Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft zeigt folgendes Bild:

	2017 TEUR	2016 TEUR	Veränderung TEUR
Umsatzerlöse	833	49	784
Aktivierete Fremdzinsen	68	75	-7
sonstige betriebliche Erträge	0	8	-8
Materialaufwand	-417	-125	-292
Abschreibungen auf Sachanlagen	-282	-22	-260
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2	-18	16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-328	-75	-253
Jahresfehlbetrag	-128	-108	-20

Die Umsatzerlöse resultieren vollständig aus der Hausbewirtschaftung.

Der Materialaufwand war im Geschäftsjahr durch die einmalige Vergütung in Höhe von TEUR 105 zuzüglich Umsatzsteuer an den Geschäftsbesorger HWG mbH für den Abschluss aller zur Bewirtschaftung des „Wohnparks im Paulusviertel“ erforderlichen Verträge gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag beeinflusst.

2.4.4 Gesamtaussage

Die Ertragslage ist entsprechend der Erwartungen der Geschäftsführung. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die Gesellschaft war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Befugnisse der Geschäftsführer wurden im Gesellschaftsvertrag für definierte Geschäftsvorgänge auf einen Verfügungsrahmen von maximal zehntausend Euro begrenzt. Entscheidungen mit einem darüber hinausgehenden Wertumfang bedürfen der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

Die Chancen-Risiko-Lage hat sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert.

Die Baumaßnahme „Wohnpark im Paulusviertel“ ist abgeschlossen. Die gewerbliche Weitervermietung erfolgt durch die HWG mbH. Die vertraglich vereinbarte monatliche Miete ist garantiert bis zu einer Mietanpassungsklausel in 2022.

Die Darlehensverträge wurden im Jahr 2015 zu marktadäquaten Finanzierungsbedingungen abgeschlossen.

Bestandteil der Geschäftsbesorgung durch die HWG mbH ist ein Cash-Management und das Controlling.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist jederzeit sichergestellt.

4. Prognosebericht

Nach Übergabe erfolgte die gewerbliche Weitervermietung der Mieteinheiten durch die Generalmieterin HWG mbH. Für das Jahr 2018 erwartet die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.200 aus der Vermietung an die HWG mbH.

Für 2018 und die Folgejahre wird mit minimalen Jahresüberschüssen gerechnet.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	102.259		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	102.259	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Marx, Jürgen
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter
		David, Dirk
		Feigl, Christian
		Fritz, Melanie
		Haupt, Ute
		Krause, Johannes
		Nagel, Elisabeth
		Rothe, Uwe

Aufsichtsrat:

Sänger, Frank
Sommer, Manfred
Sprung, Michael

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	25	24	24

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	50	50,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	558.941	90	544.197	91	541.213	91	14.744	3
Umlaufvermögen	43.174	7	37.693	6	35.621	6	5.481	15
Rechnungsabgrenzungsposten	16.368	3	15.633	3	14.840	3	735	5

Bilanzsumme

	618.483	100	597.523	100	591.674	100	20.960	4
--	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	280.659	45	265.064	44	258.773	44	15.595	6
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	11.248	2	11.498	2	11.753	2	-250	-2
Rückstellungen	3.957	1	4.692	1	3.209	0	-735	-16
Verbindlichkeiten	319.713	52	315.149	53	317.606	54	4.564	1
Rechnungsabgrenzungsposten	2.906	0	1.120	0	333	0	1.786	159

Bilanzsumme

	618.483	100	597.523	100	591.674	100	20.960	4
--	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	89.213	87.389	82.393
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-89	484	806
andere aktivierte Eigenleistungen	1.022	1.034	1.409
sonstige betriebliche Erträge	14.658	7.341	7.038
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	40.322	43.196	36.810
Personalaufwand	13.398	13.332	12.684
Abschreibungen	14.552	12.305	10.127
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.951	7.068	9.270
Erträge aus Beteiligungen	108	128	106
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	292	356	323
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.145	8.957	10.385
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			12.799
außerordentliche Erträge			887
außerordentliche Aufwendungen			1.405
außerordentliches Ergebnis			-518
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.236	577	573
Ergebnis nach Steuern	20.600	11.297	
sonstige Steuern	5	6	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	20.595	11.291	11.701
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	25.139	19.977	14.446
Ausschüttung	5.000	5.000	5.000
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	2.060	1.129	1.170
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	38.674	25.139	19.977

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	23,08	12,92	14,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,51	4,71	4,90	%
Cash-Flow:	35.147	23.596	21.828	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	462	415	395	T€
Personalaufwandsquote:	12,78	13,85	13,84	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,63	90,32	90,72	%
Eigenkapitalquote:	45,38	44,36	43,74	%
Fremdkapitalquote:	54,62	55,64	56,26	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Wohneinheiten	15.410	15.498	15.618	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	6,5	6,6	8,0	%
Wohneinheiten HWG KG	2.240	2.240	2.240	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten HWG KG	4,1	2,5	2,2	%
Wohneinheiten HGWS	116	-	-	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten HGWS	14,7	-	-	%
Gewerbeeinheiten	244	258	269	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	13,1	11,6	13,8	%
Gewerbeeinheiten HWG KG	20	20	20	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten HWG KG	5,0	0,0	0,0	%
Gewerbeeinheiten HGWS	5	-	-	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten HGWS	80,0	-	-	%

f) Lagebericht

Zusammengefasster Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2017

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns
 - 1.1 Geschäftsmodell
 - 1.2 Unternehmensstrategien und -ziele
 - 1.3 Konsolidierungskreis
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.3.1 Hausbewirtschaftung
 - 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung
 - 2.3.3 Personal und Organisation
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns
 - 2.4.1 Vermögenslage
 - 2.4.2 Finanzlage
 - 2.4.3 Ertragslage
 - 2.4.4 Gesamtaussage
3. Chancen- und Risikobericht
4. Prognosebericht

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt der Stadt Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Darin ist der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft festgehalten.

Der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft besteht vorrangig in einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Die Preisbildung für die Überlassung der Mietwohnungen soll dabei angemessen sein, d. h. unter anderem eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals unter Berücksichtigung einer Gesamtkapitalrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Die alleinige Gesellschafterin der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung ist die Stadt Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale).

Das Handeln der Gesellschaft ist im Gesellschaftsvertrag vom 25. Juni 1992 (letzte Änderung mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 19. September 2007) sowie in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat geregelt. Darüber hinaus ist die Gesellschaft zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) verpflichtet.

1.2 Unternehmensstrategien und -ziele

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft orientiert sich am Wohnraumversorgungsauftrag und den Renditeerwartungen des Gesellschafters. Das Portfolio der Gesellschaft ist dementsprechend auf eine ausgewogene Wohnraumversorgung in allen Preissegmenten ausgerichtet. Ein solides wirtschaftliches Fundament bildet die Voraussetzung für soziales, ökologisches und städtebauliches Engagement.

Vor diesem Hintergrund sieht die Gesellschaft Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, welches unter Berücksichtigung von ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten entwickelt und bewirtschaftet werden muss. Dies bedarf eines ausgewogenen Portfolios, welches Immobilien mit unterschiedlichen Lage- und Ausstattungsqualitäten für differenzierte Zielgruppen umfasst.

Der Abschluss des ersten Investitionszyklus sowie des Portfoliobereinigungsprozesses, eine konstante Kreditverschuldung, die Erwirtschaftung höherer Einnahmeüberschüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und der Erhalt der sozialen Durchmischung in den Beständen sind dabei strategische Zielstellungen zur nachhaltigen Sicherung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Zur Umsetzung dieser strategischen Zielstellungen hat die Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrates Themenschwerpunkte und dazugehörige Handlungsgrundsätze definiert. Hierzu gehören Mieter- und sonstige Serviceleistungen, die Bestands- und Quartiersentwicklung, Personal und Organisation sowie das Finanzmanagement.

1.3 Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss sind das Mutterunternehmen und die Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, (HWG KG) und die Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH, Halle (Saale), (HGWS) (quotal) einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse im Konzern HWG mbH werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	HWG mbH	HWG KG	HGWS
Gesellschafter	Stadt Halle (Saale)	HWG mbH	HWG mbH
Anteile	100 Prozent	99,9 Prozent	50 Prozent
Stammeinlage	102.259.000 Euro	9.990 Euro	50.000 Euro

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Die Bestände werden durch Mitarbeiter der Muttergesellschaft bewirtschaftet, der auch das Ergebnis zufließt.

Unternehmensgegenstand der HGWS ist die Sicherung des Wohnungsbestandes in der Stadt Halle (Saale) durch den Erwerb, die Sanierung, den Neubau und die Bewirtschaftung von hochwertigen, überwiegend für Wohnzwecke geeigneten Immobilien, insbesondere aus dem Veräußerungsbestand des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

Die HGWS hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Sie verfügt bis auf zwei Geschäftsführer über keine eigenen Mitarbeiter. Die Geschäftsführer sind nicht bei der HGWS angestellt. Die kaufmännische Geschäftsbesorgung für die HGWS erfolgt durch die HWG mbH. Die HGWS vermietet ihre Bestände zum Zweck der gewerblichen Weitervermietung an die HWG mbH.

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Jahresabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2017 erneut kräftig gewachsen. Getragen von den privaten Binnenkonsumausgaben stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,2 Prozent. Das Wirtschaftswachstum liegt damit fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre¹.

¹ Pressemitteilung Nr. 11 des Statistischen Bundesamtes vom 11.01.2018

An dieser Wirtschaftsleistung waren im Jahresdurchschnitt rund 44,3 Millionen Erwerbstätige beteiligt, die höchste Zahl seit der Wiedervereinigung. Negative demografische Effekte konnten durch eine höhere Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung und durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ausgeglichen werden. Die Arbeitslosenquote sank vor diesem Hintergrund um 0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr.²

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland hat im Jahr 2017 so stark zugenommen, wie seit Jahren nicht mehr. Der Anstieg betrug 3,9 Prozent.³

Die Stadt Halle (Saale), ein Oberzentrum des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, ist ein wachsender Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort und profitiert von diesen gesamtdeutschen Entwicklungen. So wird beispielsweise die Arbeitslosenquote in der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2017 voraussichtlich deutlich zurückgegangen sein. Zum Ende des dritten Quartals 2017 war die Arbeitslosenquote im Vergleich zum dritten Quartal 2016 um 0,8 Prozentpunkte⁴, und damit deutlicher als auf Bundesebene⁵, gesunken.

Die positive Standortentwicklung spiegelt sich auch in der Bevölkerungsentwicklung der Stadt Halle (Saale) wieder. Seit dem Jahr 2010 steigt die Zahl der Einwohner kontinuierlich. Der Zuwachs bei der Bevölkerung im Jahr 2017 betrug fast 1.400 Einwohner bzw. ca. 0,6 Prozent.⁶

Die positive Bevölkerungsentwicklung sowie der gleichzeitig leicht rückläufige Wohnungsbestand⁷ in der Stadt Halle (Saale) führen zunehmend zu einer Verknappung von Wohnraum. Dies zeigt sich in der verstärkt differenzierten Entwicklung der Stadtteile sowie in den im Rahmen der Neuvermietung erzielbaren höheren Mieten.

Dennoch sind in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 die Nettokaltmieten insgesamt mit 0,6 Prozent im geringeren Ausmaß gestiegen als im Vorjahr (1,2 Prozent). Die Wohnungsnebenkosten haben sich mit 1,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (0,5 Prozent) hingegen wieder deutlicher erhöht. Die Mietenentwicklung blieb damit deutlich hinter der des Verbraucherpreisindex zurück. Die Verbraucherpreise stiegen um 1,6 Prozent⁸. Eine Ursache liegt in dem abnehmenden Mieterhöhungspotential bei Bestandsmietverträgen aufgrund fehlender qualifizierter Mietspiegel in den Großstädten Sachsen-Anhalts.

Deutlich dynamischer entwickelten sich im Berichtsjahr die Baupreise. Der Preisindex für Bauwerksarten und Instandhaltung des Landes Sachsen-Anhalt nahm bis zum November 2017 im Vergleich zum November 2016 um 3,1 Prozent⁹ zu. Der Preisanstieg in diesem Wirtschaftsbereich fällt damit fast doppelt so hoch aus, wie noch im Vergleichszeitraum im Vorjahr (1,6 Prozent)¹⁰.

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Die HWG mbH hat sich im Hinblick auf ihre Vermögens- und Ertragslage weiter positiv entwickelt. Dies zeigen die seit mehr als einem Jahrzehnt positiven Jahresergebnisse sowie das Wachstum von Vermögen und Bilanzsumme.

Seit dem Jahr 2008 wird die Entwicklungsgeschwindigkeit durch Gewinnausschüttungen an den alleinigen Gesellschafter, die Stadt Halle (Saale), und durch sonstige Anforderungen des Gesellschafters geprägt. Die vom Gesellschafter beschlossenen Gewinnausschüttungen blieben in den letzten Jahren mit EUR 5 Mio. unverändert. Eine Gewinnausschüttung ist in gleicher Höhe in der mittelfristigen Planung der Gesellschaft berücksichtigt.

² Begleitmaterial des Statistischen Bundesamtes zur Pressekonferenz am 11. Januar 2018 - „Bruttoinlandsprodukt 2017 für Deutschland“, Seiten 32 und 34

³ Begleitmaterial des Statistischen Bundesamtes zur Pressekonferenz am 11. Januar 2018 - „Bruttoinlandsprodukt 2017 für Deutschland“, Seite 20

⁴ Statistischer Quartalsbericht Stadt Halle (Saale), 3. Quartal 2017, Seite 39

⁵ Arbeitsmarktdaten des Statistischen Bundesamtes für Zeitraum Sept. 2016 bis Sept. 2017, Stand 15.01.2018, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Konjunkturindikatoren/Arbeitsmarkt/arb210.html>

⁶ Bevölkerungsentwicklungsdaten der Stadt Halle (Saale), <http://www.halle.de/de/Verwaltung/Statistik/Bevoelkerung/Bevoelkerungsentwick-06050/>

⁷ Statistischer Quartalsbericht Stadt Halle (Saale), 3. Quartal 2017, Seite 23; Statistischer Quartalsbericht Stadt Halle (Saale), 3. Quartal 2016, Seite 21; Statistischer Quartalsbericht Stadt Halle (Saale), 3. Quartal 2015, Seite 35

⁸ Pressemitteilung 10/2018 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 15.01.18

⁹ Pressemitteilung 17/2018 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 22.01.18

¹⁰ Pressemitteilung 8/2017 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 12.01.17

Die Entwicklung am halleschen Immobilienmarkt zeigt weiterhin eine zunehmende Differenzierung zwischen den einzelnen Stadtteilen. Insbesondere innenstadtnahe Stadtteile weisen eine gleichbleibende bis positive Bevölkerungsentwicklung auf. Die Stadtviertel im Stadtbezirk Mitte verzeichnen seit Jahren den größten Zuwachs an Einwohnern. Hier hat die Gesellschaft investiert und auch für die nächsten Jahre ihren Investitionsschwerpunkt gesetzt.

Die Gesellschaft profitiert mit ihrem diversifizierten Portfolio von den Wanderungspräferenzen. Die Lagevorteile von Teilen ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition.

Die Gesellschaft investiert auch in Stadtumbauquartieren. Dieser Teilmarkt hat sich durch diese Investitionen in Verbindung mit Rückbau und Quartiersarbeit konsolidiert. Er bleibt bedeutsam für die Erfüllung des Gesellschaftsauftrages. Zur langfristigen Sicherung der Marktsituation in diesen Stadtteilen wird die Gesellschaft dort zukünftig ihre Quartiersarbeit und die Investitionstätigkeit ausbauen.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit der Gesellschaft im Hinblick auf die Investitionstätigkeit wird derzeit auch von der aktuellen Marktsituation im Baugewerbe beeinflusst. Dies machte im Berichtsjahr teilweise eine Zurückstellung oder zeitliche Verschiebung von Investitionsmaßnahmen erforderlich. Kurz- bis mittelfristig hat sich die Gesellschaft planungsseitig auf diese Situation eingestellt. Derzeit kann jedoch nicht abgeschätzt werden, ob diese Entwicklungen länger anhalten. Der Aufsichtsrat wird sich deshalb im Jahr 2018 mit dem weiteren Vorgehen befassen.

2.3 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2017 haben sowohl die Muttergesellschaft als auch der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet.

Die Gesellschaft nutzt zur Steuerung finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Zu den wichtigsten wird nachfolgend ausgeführt.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Gesellschaft von Bedeutung zum Erreichen der Leistungsziele. Sie sind für die Entwicklung der Vermögens- Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

In der Hausbewirtschaftung wurde das wichtigste wirtschaftliche Leistungsziel, die Einnahmen aus der Vermietung, übertroffen. Die angestrebte Leerstandsquote wurde nicht erreicht. Sie liegt auf dem Vorjahresniveau und weiterhin unter dem städtischen Durchschnitt.

Die geplante Realisierung von Sanierungsmaßnahmen wurde dort umgesetzt, wo die Gesellschaft im Rahmen der Vergabeverfahren angemessene Baupreise erzielen konnte. Andernfalls wurden Maßnahmen verschoben oder verzögerten sich Preisfindungsverfahren.

In 2017 erwirtschaftete die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 20.595 (Vj. TEUR 11.291). Das Jahresergebnis fällt damit etwa 10 Millionen Euro höher aus als geplant.

Das überplanmäßige Jahresergebnis resultiert im Wesentlichen aus außerordentlichen Erträgen in Folge außerplanmäßiger Zuschreibungen auf Bodenwerte und nach dem Ertragswertverfahren. Diese überstiegen die vorzunehmenden Abschreibungen. Rückbaumaßnahmen zur Marktberreinigung sieht die Gesellschaft nicht mehr vor. Deshalb entfielen auch geplante außerordentliche Abschreibungen wegen bevorstehendem Rückbau. Die Gesamtheit der Bewertungen des Anlagevermögens hat eine positive Ergebnisauswirkung von TEUR 4.237 (Vj. TEUR 898).

Weiteres zum Jahresergebnis wird unter 2.4.3 Ertragslage ausgeführt.

2.3.1 Hausbewirtschaftung

Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie im angemieteten Bestand des Tochterunternehmens HWG KG. Mit der Fertigstellung des Wohnparks im Paulusviertel erweiterte sich im Verlaufe des Berichtsjahres die Bewirtschaftungsaufgabe um den angemieteten Bestand der HGWS mbH.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Konzern bewirtschaftete Bestand nachfrage- und nachhaltigkeitsorientiert durch Verkäufe, Sanierungen und die Anmietung der Bestände der Beteiligungsgesellschaft HGWS mbH angepasst.

Entgegen dem langfristigen Entwicklungstrend ist damit der bewirtschaftete Bestand der Gesellschaft erstmals nicht rückläufig. Zum 31. Dezember 2017 verfügt der Konzern über 17.766 Wohneinheiten (Vj. 17.738) und 269 Gewerbeeinheiten (Vj. 278).

HWG mbH	Wohnungen	Gewerbe	sonstige
eigener Bestand	15.410	244	1.890
angemieteter Bestand HWG KG	2.240	20	222
angemieteter Bestand HGWS	116	5	136
Konzern 2017	17.766	269	2.248
Konzern 2016	17.738	278	2.131
Veränderung	28	-9	117

Die Planungen für das Berichtsjahr sahen einen leichten Rückgang des bewirtschafteten Bestandes vor. Insbesondere durch Änderungen bei der objektbezogenen Abfolge der in den Jahren 2017/2018 geplanten Verkäufe und der zeitlichen Umsetzung dieser Verpflichtungsgeschäfte treten diese Bestandsveränderungen erst im Folgejahr ein.

Die Gesellschaft geht aufgrund des Abschlusses der Portfoliobereinigung im Jahr 2018 und der Neubautätigkeit perspektivisch von einem zu bewirtschaftenden Bestand auf dem derzeitigen Niveau aus.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft entfallen überwiegend auf die Hausbewirtschaftung. Sie entwickeln sich seit Jahren unabhängig von der Bestandsentwicklung positiv. Im Geschäftsjahr 2017 konnten Ergebnisse über dem Plan erreicht werden.

Der wesentliche Teil der Umsatzerlöse entfiel dabei auf die Umsätze aus Sollmieten. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.863 bzw. 2,9 Prozent angestiegen. Somit haben sich auch die durchschnittlichen Sollmieten für alle Nutzungsarten positiv entwickelt. Sie betragen im Berichtsjahr 5,36 Euro/m² (Vj. 5,20 Euro/m²). Insbesondere im Rahmen der Anschlussvermietung nach Fluktuation und bei der Neuvermietung nach Investitionen konnten in 2017 überplanmäßige Mieten erzielt werden. Verschobene Investitionsmaßnahmen wirkten sich in Anbetracht der ursprünglich geplanten Fertigstellungstermine nicht oder nur geringfügig auf die Umsätze aus Sollmieten aus.

Der Leerstand in dem vom Konzern bewirtschafteten Bestand ist entgegen der Jahresplanung 2017, welche einen Leerstandsabbau auf 5,4 Prozent vorsah, im Berichtsjahr leicht gestiegen auf 6,3 Prozent (Vorjahr 6,1 Prozent). Insbesondere in den Stadtteilen, in denen entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung in den letzten zehn Jahren weiterhin Bevölkerungsverluste zu verzeichnen waren, konnten nicht die erforderlichen Anschlussvermietungsquoten erreicht werden. Zu eingeleiteten und geplanten Maßnahmen zum Leerstandsabbau wird unter 3. Chancen- und Risikobericht / Mietertragsrisiko ausgeführt.

Darüber hinaus wirkten sich die Steuerungsmaßnahmen beim Baukostenrisiko aufgrund verschobener Investitionsmaßnahmen negativ auf die geplante Leerstandsentwicklung aus. Dieser geplante Leerstandsabbau wird demnach verzögert eintreten.

Die Leerstandsverluste auf Sollmieten sind dementsprechend im Jahr 2017 um TEUR 130 bzw. 3,7 Prozent angestiegen, konnten aber durch die Steigerung der Umsätze aus Sollmieten mehr als kompensiert werden. Die Umsätze aus Sollmieten abzüglich der Leerstandsverluste wurden somit im Berichtsjahr um TEUR 1.733 bzw. 2,8 Prozent verbessert.

Die Leerstandsquote liegt weiterhin unter dem Durchschnitt in der Stadt Halle (Saale).

2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung

Bauinvestitionen

Ein wichtiger Baustein der Unternehmensplanungen ist eine angemessene und maßvolle Investitionspolitik. Das Ziel besteht darin, die Wohn- und Lebensqualität für die Mieterinnen und Mieter bedarfsgerecht zu erhalten und zu verbessern. Gleichzeitig soll Wohnraum für Bevölkerungsgruppen aller Einkommenschichten gesichert werden.

Zur Erreichung dieser Ziele und damit auch zur Festigung und zum Ausbau der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung von Beständen erforderlich. Der Abschluss des ersten Investitionszyklus ist eine wesentliche strategische Zielstellung der Gesellschaft.

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2017 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 21.077 (Vj. TEUR 15.345) realisiert. Damit investierte die Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr in ihre Bausubstanz.

Einschließlich Bauvorbereitungsmaßnahmen plante die Gesellschaft im Jahr 2017 insgesamt Bauinvestitionen in Höhe von ca. 28 Mio. Euro. Das realisierte Bauvolumen fiel gegenüber dem Plan etwa 7 Mio. Euro geringer aus.

Die Bauvorbereitungsmaßnahmen wurden weitestgehend im geplanten Umfang umgesetzt. Hier kam es im Wesentlichen nur zu Prioritätenverschiebungen zwischen den Projekten. Wesentliche Veränderungen traten bei den Realisierungsprojekten auf. Diese stehen im Zusammenhang mit den Marktentwicklungen im Bereich des Bauhauptgewerbes. Näheres dazu wird unter 3. Chancen- und Risikobericht / Baukostenrisiko ausgeführt.

Zwei Investitionsprojekte, für welche im Rahmen der Vergabeverfahren keine oder nur unter bestimmten Voraussetzungen angemessenen Baupreise erzielt werden konnten, wurden auf das kommende Geschäftsjahr verschoben oder vorerst vollständig zurückgestellt. Zwei weitere Projekte mussten unter Berücksichtigung des Genehmigungs- und Vergabeprozesses ebenfalls verschoben und ein Projekt konnte vorgezogen werden.

Die Planabweichungen resultieren somit im Wesentlichen aus der Verschiebung oder Zurückstellung von Investitionsmaßnahmen. Sie beruhen auf Managemententscheidungen / Steuerungsmaßnahmen zur Begrenzung der projektbezogenen Auswirkungen aus der Baukostenentwicklung.

Die Investitionsplanung 2017 sah vor, dass ca. 600 Wohnungen wohnwertverbessernde Maßnahmen erfahren. Der Schwerpunkt des Investitionsprogrammes lag in innerstädtischen Stadtteilen sowie in der Südstadt.

Im Rahmen der umgesetzten Bautätigkeit der HWG mbH wurden davon etwa 260 Wohnungen fertig gestellt und vermietet. Diese Fertigstellungen umfassten zum Teil Komplexsanierungen und teilweise die energetische Ertüchtigung der Bestände.

Weitere ca. 180 Wohnungen, hierzu gehört auch das geplante Neubauprojekt, befinden sich noch im Bau. Ein Abschluss dieser Investitionen war planungsseitig erst im Jahr 2018 vorgesehen. Mit der Realisierung von Aufwertungsmaßnahmen bei ca. 170 Wohnungen wurde im Berichtsjahr nicht begonnen. Hierbei handelt es sich um die zuvor beschriebenen verschoben / zurückgestellten Investitionsprojekte. Deren Umsetzung ist größtenteils Bestandteil der Jahresplanung 2018.

Neben der Bautätigkeit der HWG mbH hat die Tochtergesellschaft HGWS im Geschäftsjahr 2017 die Sanierungs- und Neubauarbeiten im Paulusviertel abgeschlossen. Für Anlagen im Bau der HGWS wurden im Konzern im Geschäftsjahr TEUR 6.254 aktiviert (Vj. TEUR 14.299).

Mit der Bautätigkeit der HGWS entstanden 116 Wohnungen, welche die HWG mbH mittels Mietvertrag im Berichtsjahr in die Verwaltung übernommen hat.

Vollständig sanierte Bestände sind unverändert marktgängig und nachgefragt. Geplante Miethöhen wurden erreicht und zum Teil übertroffen.

Aufwendungen der Hausbewirtschaftung - Instandhaltung und Rückbau

Bei den Beständen, in welchen keine Maßnahmen zur Wohnwertverbesserung erfolgen, wird die Qualität des Gebäudebestandes durch Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen gesichert. Die Schwerpunkte des Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramms waren Maßnahmen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung sowie der Qualitätssicherung des Bestandes.

Für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen hat die Muttergesellschaft HWG mbH für die eigenen und die angemieteten Bestände im Berichtsjahr Fremdleistungen in Höhe von TEUR 9.203 (Vj. TEUR 11.987) aufgewendet. Je Quadratmeter Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies EUR 8,80 (Vj. 11,52 EUR/m²). Hinzu kommt der Personal- und Sachaufwand des Servicebetriebes, dessen Leistungen im Personalaufwand und im sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten sind.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2017 planmäßig eine Rückbaumaßnahme umgesetzt, welche der Projektentwicklung am Riebeckplatz dient. Die im Geschäftsjahr angefallenen Kosten belaufen sich auf TEUR 209.

Grundstücksverkehr

Im Geschäftsjahr 2017 wurden 24 Grundstücksverkaufsverträge über 12 Grundstücke mit Wohnbauten und mehrere unbebaute Grundstücksflächen abgeschlossen. Hierbei wurden Kaufpreise in Höhe von insgesamt ca. EUR 4,7 Mio. vereinbart.

Verkauft wurden unrentable oder nicht zur Sanierung vorgesehene Objekte zur Portfoliobereinigung sowie Grundstücksflächen, bei denen die Gesellschaft keine eigene Nutzungsstrategie verfolgt.

Aus diesen Kaufverträgen und noch abzuwickelnden Verträgen des Vorjahres hat die Gesellschaft Liquiditätszuflüsse in Höhe von EUR 4,9 Mio. realisiert. Darüber hinaus konnte die Gesellschaft mit diesen Vertragsabschlüssen bereits teilweise die Voraussetzungen für geplante Liquiditätszuflüsse des Folgejahres schaffen.

Ankaufsmittel in Höhe von ca. EUR 0,5 Mio. wurden im Wesentlichen für die Abwicklung eines bereits im Jahr 2015 abgeschlossenen Kaufvertrages verwendet.

2.3.3 Personal und Organisation

Zum 31. Dezember 2017 waren im Konzern 231 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Mitarbeiter per 31.12. des Jahres	2017 Anzahl	2016 Anzahl	Veränderung Anzahl
HWG			
Geschäftsführer	1	1	0
Kaufmännische Angestellte	136	138	-2
Technische Angestellte	26	27	-1
Gewerbliche Mitarbeiter	62	63	-1
Summe	225	229	-4
Auszubildende	5	5	0
geringfügig Beschäftigte/ studentische Hilfskräfte	1		

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG und die HGWS beschäftigten kein Personal.

Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Qualifiziertes, leistungsfähiges und motiviertes Personal ist Voraussetzung für ein erfolgreich am Markt agierendes Unternehmen. Vor diesem Hintergrund nimmt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Qualifizierung und Weiterentwicklung des Personals im Unternehmen einen hohen Stellenwert ein.

Seit dem Jahr 2012 ist die Gesellschaft für ihre familienorientierte Personalführung zertifiziert (Audit „Beruf und Familie“). Im Jahr 2016 erfolgte die Re-Auditierung.

Das im Jahr 2013 beschlossene Personalentwicklungskonzept wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konsequent weiterverfolgt. 2017 haben sieben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit längerfristigen Fort- oder Weiterbildungsmaßnahmen begonnen oder diese abgeschlossen. Mehr als 100 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben Inhouse-Seminare absolviert.

Neben der Qualifizierung von Personal ist die ständige Optimierung und Anpassung von Arbeitsprozessen an die aktuellen Rahmenbedingungen wichtig für den Unternehmenserfolg.

Der organisatorische Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst. Die Ergebnisse werden in einem Qualitätshandbuch sowie abteilungsbezogenen Prozessen/Arbeitsanweisungen festgehalten, welche laufend aktualisiert werden.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr die Aufbauorganisation verändert und an neue Anforderungen angepasst. Dies betraf die Bereiche Wohnungswirtschaft, Regiebetrieb und Rechnungswesen/Controlling. Beim Regiebetrieb ging dies einher mit einer Namensänderung von Regie- in Servicebetrieb. Ziel sind noch kunden- und empfängerorientiertere Prozessabläufe, eine weitere Vereinfachung von innerbetrieblichen Schnittstellen sowie kürzere und schnellere Entscheidungswege. Um der Bedeutung der zukünftigen Aufgaben im Hinblick auf Personal, Organisation und IT gerecht zu werden, hat die Gesellschaft im Jahr 2017 alle Vorbereitungen getroffen, um im Jahr 2018 hierfür eine eigenständige Abteilung zu schaffen. Die entsprechenden Organisationseinheiten werden dieser Abteilung zugeordnet. Die Stelle des Abteilungsleiters wird ab Januar 2018 neu besetzt. Zudem hat die Gesellschaft im Jahr 2017 eine Digitalisierungsstrategie entwickelt. Schwerpunkte sind zu Beginn das Finanzmanagement und das technische Bestandsmanagement. Mit der Umsetzung wurde begonnen.

2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich zum 31. Dezember 2017 wie folgt dar:

Konzern	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen					
Anlagevermögen	631.903	94,6	615.593	95,1	16.310
Langfristige Forderungen	98	0,0	106	0,0	-8
Vorräte	25.275	3,8	25.372	3,9	-97
kurzfristige Forderungen	1.691	0,2	1.411	0,2	280
Flüssige Mittel	8.515	1,3	4.710	0,7	3.805
Übrige Aktiva (RAP)	364	0,1	514	0,1	-150
Gesamtvermögen	667.846	100,0	647.706	100,0	20.140

Konzern	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Kapital					
wirtschaftliches Eigenkapital*	271.022	40,6	256.685	39,6	14.337
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	336.796	50,4	334.114	51,6	2.682
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	60.028	9,0	56.907	8,8	3.121
Gesamtkapital	667.846	100,0	647.706	100,0	20.140

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

HWG mbH	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen					
Anlagevermögen	558.941	90,4	544.197	91,1	14.744
Langfristige Forderungen	7.914	1,3	6.345	1,1	1.569
Vorräte	25.275	4,1	25.372	4,2	-97
kurzfristige Forderungen	1.675	0,3	1.396	0,2	279
Flüssige Mittel	8.310	1,3	4.580	0,8	3.730
Übrige Aktiva (RAP)	16.368	2,6	15.633	2,6	735
Gesamtvermögen	618.483	100,0	597.523	100,0	20.960

HWG mbH	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Kapital					
wirtschaftliches Eigenkapital*	291.907	47,2	276.562	46,3	15.345
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	270.029	43,7	267.799	44,8	2.230
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	56.547	9,1	53.162	8,9	3.385
Gesamtkapital	618.483	100,0	597.523	100,0	20.960

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Bilanzsummen sind sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss gestiegen. Die Eigenkapitalquoten haben sich erhöht.

Die Vermögenslage im Jahres- und Konzernabschluss ist durch den hohen Anteil des Anlagevermögens gekennzeichnet. Es wird in seiner Entwicklung maßgeblich durch die Investitionen beeinflusst.

Die Erhöhung der Passivseite der Bilanz war im Geschäftsjahr sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss vom Anstieg des Eigenkapitals durch den Jahresüberschuss und die teilweise Thesaurierung von Vorjahresgewinnen sowie den Anstieg der Verbindlichkeiten geprägt.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt TEUR 3.718 (Vj. TEUR 861) auf Wohn- und Geschäftsbauten sowie auf Grundstücke gemäß § 253 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag wie folgt vorgenommen:

Konzern und HWG mbH	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR	Veränderung TEUR
zum Rückbau vorgesehene Gebäude	0	347	-347
nach dem Ertragswertverfahren	3.671	163	3.508
Bodenabwertung nach Rückbau	0	64	-64
Bodenabwertung nach Prüfung Bodenrichtwert	47	1	46
zum Verkauf vorgesehene Grundstücke und Gebäude	0	286	-286
Gesamt	3.718	861	2.857

Der Kernbestand wurde im Berichtszeitraum nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Der Abgleich der bilanzierten Bodenbuchwerte mit der Entwicklung der amtlichen Bodenrichtwerte erfolgte analog der Vorjahre. Im Kernbestand festgestellte Überschreitungen des Buchwertes über den Bodenrichtwert wurden als außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert. Verkaufsobjekte des Folgejahres wurden zum Bilanzstichtag im Hinblick auf den geplanten Kaufpreis bewertet. Ein Abschreibungsbedarf ergab sich daraus nicht.

Demgegenüber erfolgten im Geschäftsjahr insgesamt Zuschreibungen im Kernbestand in Höhe von TEUR 7.955 (Vj. TEUR 1.759). Diese sind beeinflusst durch die geänderte strategische Ausrichtung der Schwerpunkte der Unternehmensentwicklung, nach der Rückbauten grundsätzlich nicht mehr vorgesehen sind.

Konzern und HWG mbH	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Berichtigungen des Abschreibungsplans	233	0	233
nach dem Ertragswertverfahren	2.262	1.383	879
ehemalige Rückbaubestände	3.328	0	3.328
Bodenzuschreibung nach Prüfung Bodenrichtwert	2.132	376	1.756
Gesamt	7.955	1.759	6.196

Das Ergebnis des Geschäftsjahres ist in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen maßgeblich positiv beeinflusst (TEUR 4.237; Vj. TEUR 898).

Ergänzend wird die Vermögens- und Kapitalstruktur mit Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) dargestellt:

HWG mbH	2017	2016	Erläuterung
Sachanlagenintensität	89,6	90,3 %	Sachanlagen x 100/Bilanzsumme
Eigenkapitalquote	45,4	44,4 %	bilanzielles Eigenkapital x 100/Bilanzsumme
Fremdkapitalquote	54,6	55,6 %	(Bilanzsumme abzüglich bilanzielles Eigenkapital) x 100/Bilanzsumme

2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnungen geben Auskunft über die Finanzlage.

Konzern	2017 TEUR	2016 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	38.381	32.706	5.675
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-20.873	-17.263	-3.610
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-13.703	-15.849	2.146
Zahlungswirksame Veränderungen	3.805	-406	4.211
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.710	5.116	-406
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	8.515	4.710	3.805

HWG mbH	2017 TEUR	2016 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	32.594	26.650	5.944
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-17.791	-10.196	-7.595
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-11.073	-15.877	4.804
Zahlungswirksame Veränderungen	3.730	577	3.153
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.580	4.003	577
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	8.310	4.580	3.730

Die Kapitalflussrechnung der HWG mbH ist dem Lagebericht als Anlage beigefügt.

Die **Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit** haben sich sowohl im Konzernabschluss als auch im Jahresabschluss der HWG mbH erhöht. Ursachen im Vergleich zum Vorjahr sind wesentlich die Zunahme von Verbindlichkeiten, die nicht der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.

Die **Cashflows aus der Investitionstätigkeit** haben sich im Konzern und bei der HWG mbH verringert. Dies resultiert aus den im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Bauinvestitionen (siehe auch 2.3.2 Stadtumbau und Stadtentwicklung).

Auch die **Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit** erhöhten sich im Konzern und bei der HWG mbH. Korrespondierend mit den Bauinvestitionen fielen die Mittelzuflüsse für Kredite höher aus.

Liquidität und Effektivverschuldung stellen sich wie folgt dar:

Konzern	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	14,2	8,3	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Liquidität 2. Grades	17,0	10,8	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Effektivverschuldung	386.156	384.280	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP

HWG mbH	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	14,7	8,6	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Liquidität 2. Grades	17,7	11,2	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Effektivverschuldung	292.310	293.006	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten betrug TEUR 284.835 (Vj. TEUR 282.763). Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut langfristige Finanzierungen für ihre Investitionsvorhaben einwerben und dabei günstige Kapitalmarktbedingungen nutzen. Wo möglich und sinnvoll, finden die KfW-Förderprogramme Anwendung.

Die Zinsaufwendungen konnten durch gezieltes Darlehensmanagement gesenkt werden (siehe auch Ertragslage). Für die von der HWG mbH zur Prolongation vorgesehenen Darlehen konnten günstige Anschlusskonditionen, auch unter Nutzung von Forwards, vereinbart werden. Bestandteil des Darlehensmanagements sind neben Prolongationen auch Umstrukturierungen und damit verbundene Umfinanzierungen der Darlehensportfolien.

Die Muttergesellschaft HWG mbH sowie die HWG KG begrenzen Zinsänderungsrisiken durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (Zinsswaps).

Darlehen der HWG mbH in Höhe von TEUR 22.633 (Vj. TEUR 9.375) waren zum Berichtsstichtag vertraglich gesichert und sind noch nicht abgerufen worden.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug zum Berichtsstichtag TEUR 1.000 (Vj. TEUR 1.000). Sie wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen.

Zu am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang, Abschnitt G.

2.4.3 Ertragslage

Die Ertragslage zeigt folgende Übersichten:

Konzern	2017		2016		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	89.248	98,9	87.370	98,3	1.878
Bestandsveränderung	-89	-0,1	484	0,5	-573
Eigenleistung	1.057	1,2	1.071	1,2	-14
Gesamtleistung	90.216	100,0	88.925	100,0	1.291
Materialaufwand	36.442	40,4	39.523	44,5	-3.081
Personalaufwand	13.398	14,9	13.332	15,0	66
Abschreibungen*	16.115	17,9	13.736	15,4	2.379
sonstiger betrieblicher Aufwand	4.090	4,5	5.639	6,3	-1.549
./.. sonstige betriebliche Erträge*	-11.427	-12,7	-5.540	-6,2	-5.887
Steuern (ohne Ertragsteuern)	5	0,0	6	0,0	-1
Betrieblicher Aufwand	58.623	65,0	66.696	75,0	-8.073
Betriebsergebnis	31.593	35,0	22.229	25,0	9.364
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-11.037		-11.761		724
außergewöhnliches/Bewertungsergebnis*					
Neutrales Ergebnis	1.267		281		986
Ergebnis vor Ertragsteuern	21.823		10.749		11.074
Ertragsteuern	2.236		577		1.659
Jahresergebnis	19.587		10.172		9.415

* Das Bewertungsergebnis ist mit Umsetzung des BilRUG Bestandteil des Betriebsergebnisses. Die Position Abschreibungen enthält außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 3.718 (Vj. TEUR 861). Die Position sonstige betriebliche Erträge enthält Zuschreibungen in Höhe von TEUR 7.955 (Vj. TEUR 1.759). Das Bewertungsergebnis beträgt damit TEUR 4.237 (Vj. TEUR 898). Dies trifft für Konzern und HWG mbH gleichermaßen zu.

HWG mbH	2017		2016		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	89.213	99,0	87.389	98,3	1.824
Bestandsveränderung	-89	-0,1	484	0,5	-573
Eigenleistung	1.023	1,1	1.034	1,2	-11
Gesamtleistung	90.147	100,0	88.907	100,0	1.240
Materialaufwand	40.322	44,7	43.196	48,6	-2.874
Personalaufwand	13.398	14,9	13.332	15,0	66
Abschreibungen*	14.553	16,2	12.305	13,8	2.248
sonstiger betrieblicher Aufwand	3.987	4,4	5.525	6,2	-1.538
./. sonstige betriebliche Erträge*	-11.422	-12,7	-5.519	-6,2	-5.903
Steuern (ohne Ertragsteuern)	5	0,0	6	0,0	-1
Betrieblicher Aufwand	60.843	67,5	68.845	77,4	-8.002
Betriebsergebnis	29.304	32,5	20.062	22,6	9.242
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-7.745		-8.473		728
außergewöhnliches/Bewertungsergebnis*					
Neutrales Ergebnis	1.272		279		993
Ergebnis vor Ertragsteuern	22.831		11.868		10.963
Ertragsteuern	2.236		577		1.659
Jahresergebnis	20.595		11.291		9.304

Konzern und HWG mbH weisen erneut deutliche Jahresüberschüsse aus. Eine wesentliche Ursache sind außerordentliche Bewertungsergebnisse des Anlagevermögens (Vgl. auch Abschnitt 2.3 Geschäftsverlauf sowie 2.4.1 Vermögenslage).

99,5 % der **Umsatzerlöse** 2017 der HWG mbH stammen aus der Hausbewirtschaftung (Vj. 99,5 %), im Konzern 99,5 % (Vj. 99,5 %).

Umsatzerlöse des Mutterunternehmens HWG mbH

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 2,1 % gestiegen (siehe auch 2.3.1 Hausbewirtschaftung).

Die Entwicklung der Mieten ist damit eine wichtige Ursache für die stabile Entwicklung der Ertragslage.

Umsatzerlöse der HWG KG

Die Umsatzerlöse der HWG KG betreffen im Wesentlichen die Leasingrate, die die HWG mbH nach einer über 30 Jahre kalkulierten Laufzeit jährlich zahlt. Im Konzernabschluss werden diese neutralisiert.

Umsatzerlöse der HGWS

Die Umsatzerlöse der HGWS resultieren im Wesentlichen aus den Mietzahlungen, welche die HWG mbH für die Anmietung des „Wohnparks im Paulusviertel“ zahlt. Darüber hinaus wurden weitere Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung durch Weiterberechnungen von Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung erzielt.

Der **Materialaufwand** enthält im Wesentlichen Aufwand für Betriebskosten, Aufwand für Instandhaltung und Rückbau einschließlich Material des Servicebetriebes sowie die Aufwendungen für die Anmietung der Bestände der HWG KG sowie der HGWS, die im Konzernabschluss konsolidiert werden. Verminderungen im Vergleich zum Vorjahr resultieren vor allem aus veränderten Instandhaltungsaufwendungen.

Der **Personalaufwand** ist beeinflusst durch Tarifsteigerungen (2,4 % zum 1. Juli 2017) einerseits und die geringere Beschäftigtenzahl andererseits.

Die Position **Abschreibungen** enthält außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 3.718 (Vj. TEUR 861) (siehe Vermögenslage).

Der **sonstige betriebliche Aufwand** hat sich im Geschäftsjahr im Vorjahresvergleich vermindert. Dies insbesondere, da Rückstellungen für Sanierungsausgleichsbeiträge nicht erneut anfielen (Vj. TEUR 1.189) sowie Anlageabgänge aufgrund nicht umsetzbarer Sanierungsplanungen mit TEUR 127 niedriger ausfielen (Vj. TEUR 567).

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind neben den Zuschreibungen auf das Anlagevermögen wesentlich durch die Erträge aus Grundstücksverkäufen geprägt (TEUR 3.333; Vj. TEUR 3.626). Diese Position enthält nach BilRUG auch die **außerplanmäßigen** Zuschreibungen (siehe Vermögenslage). Das **Beteiligungs- und Finanzergebnis** wird bei der HWG mbH durch die Senkung der Zinsaufwendungen positiv beeinflusst (TEUR 8.145; Vj. TEUR 8.957).

Das **neutrale Ergebnis** beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen (TEUR 1.964; Konzern TEUR 1.964) und Erträge (TEUR 3.236; Konzern TEUR 3.236), die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen oder periodenfremd sind. Dazu zählten im Geschäftsjahr auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (HWG mbH TEUR 487; Vj. TEUR 521), Erträge aus Wertschöpfungen für Gestattungen (HWG mbH TEUR 168; Vj. TEUR 151) sowie Erträge aus der Auflösung von Sperrkonten (HWG mbH TEUR 101; Vj. TEUR 0).

Ergänzend wird die Ertragslage der Muttergesellschaft mit Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) dargestellt:

	2017	2016	Erläuterung
Gesamtleistung	104.804	96.248	TEUR Umsatzerlöse +/- Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen + sonstige betriebliche Erträge
Umsatzrentabilität	23,1	12,9	% Jahresüberschuss/Umsatzerlöse x 100
Eigenkapitalrentabilität	8,5	4,7	% Jahresüberschuss/bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn) x 100
Cashflow	35.147	23.596	TEUR Jahresüberschuss + Abschreibungen auf AV/UV
Gesamtleistung je Mitarbeiter	462	415	TEUR Gesamtleistung/Ø Mitarbeiter (mit geringf. Beschäftigte/Hilfskräfte ohne Auszubildende)
Personalaufwandsquote	12,8	13,9	% Personalaufwand x 100/Gesamtleistung

Der Bestand und der Leerstand haben sich bei der HWG mbH und in den von ihr angemieteten Beständen wie folgt entwickelt:

Bestand und Leerstand	2017	2016	
HWG mbH			
Wohneinheiten	15.410	15.498	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	6,5	6,6	%
Gewerbeeinheiten	244	258	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	13,1	11,6	%
HWG KG			
Wohneinheiten	2.240	2.240	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	4,1	2,5	%
Gewerbeeinheiten	20	20	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	5,0	0,0	%
HGWS			
Wohneinheiten	116		Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	14,7		%
Gewerbeeinheiten	5		Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	80,0		%

2.4.4 Gesamtaussage

Die Ertragslage insgesamt ist überplanmäßig und wird damit als positiv eingeschätzt. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die HWG mbH war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat ihr System zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken analog des Vorjahres umgesetzt. Neben der Überwachung von Risiken mit kurzfristigen Auswirkungen werden einmal jährlich auch mittel- und langfristige Gefahrenpotentiale bewertet. Dies erfolgt im Rahmen der Risikoinventur im ersten Quartal eines Geschäftsjahres.

Die für die Geschäftstätigkeit typischen allgemeinen und immobilien-spezifischen Risiken werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Die Einschätzung hinsichtlich ihres generellen Schadenspotentials wird überprüft. Risiken mit einem mittleren bis hohen Schadenspotential werden hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und vorhandener bzw. im Eintrittsfall möglicher Steuerungsmaßnahmen näher betrachtet.

Risiken mit hohem Schadenspotential und mittel- bis langfristiger Eintrittswahrscheinlichkeit, wie beispielsweise das Zinsänderungsrisiko, werden über die strategischen Planungen nach der Nettomethode gesteuert und bewertet. Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe werden in den Planungen verarbeitet, so dass die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch die vorbeugenden Planungen als gut steuerbar eingeschätzt werden.

Aus der Anwendung der Nettomethode ergeben sich dabei gleichermaßen Chancen. Entwickeln sich die Annahmen positiver als ursprünglich geplant, hat dies positive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit. Diese können wiederum zum Ausgleich negativer Entwicklungen genutzt werden.

Typische Risiken der Geschäftstätigkeit, welche sich abgesehen von der Eintrittswahrscheinlichkeit kurzfristig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken könnten, werden quantifiziert. Die Gesellschaft beobachtet die Entwicklung dieser Risiken unterjährig und berücksichtigt diese in ihrer Geschäftstätigkeit.

Dazu gehörten im Jahr 2017 das Mietertrags-, das Baukosten- sowie das Liquiditätsrisiko. Abgeleitet aus der Jahresplanung werden Messgrößen und Schwellenwerte definiert. Eine Über- oder Unterschreitung der Schwellenwerte führt frühzeitig zu Steuerungsmaßnahmen.

Die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden durch die ständige Beobachtung, Steuerung und Berücksichtigung in operativen Planungen und deren Fortschreibungen insgesamt als gering eingeschätzt.

Ein besonderes Augenmerk lag im Berichtsjahr auf dem Baukostenrisiko. Dieses ist aufgrund der Marktentwicklungen gestiegen. Hier waren Steuerungsmaßnahmen erforderlich. Mit diesen Maßnahmen konnte das Risiko deutlich eingegrenzt werden.

Mietertragsrisiko

Im Rahmen der Risikoinventur zu Beginn des Geschäftsjahres wurde dem Mietertragsrisiko eine besondere Bedeutung beigemessen. Mieterträge sind die Haupteinnahmequelle des Unternehmens und haben unmittelbare Auswirkungen auf die Liquiditätsentwicklung.

Die seit dem Jahr 2010 bestehende positive Bevölkerungsentwicklung führte zu einem rückläufigen Leerstand in der Stadt Halle (Saale) und reduziert damit zunehmend dieses Risiko. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos wird als gering eingeschätzt.

Die Entwicklungen am Wohnungsmarkt der Stadt Halle (Saale) haben in den letzten Jahren zu einer deutlichen Verbesserung geführt. Daraus resultieren für die Gesellschaft Chancen. Wohnraum wird zunehmend knapper. In einigen Stadtteilen und Marktsegmenten ist bereits eine Anspannung zu verzeichnen. Dies führt zu steigenden Mieten im oberen Preissegment, während aufgrund der gesamtstädtischen Angebotslage die Mieten im unteren und mittleren Preissegment stabil geblieben sind.

Vor diesem Hintergrund konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr überplanmäßige Mieten erzielt werden. Die Ergebnisse bei der Neuvermietung von Wohnungen nach Investitionen und bei der Anschlussvermietung bei Mieterwechsel lagen im Durchschnitt über den Plangrößen. Im Rahmen der Erstvermietung nach Investition konnten dabei im Vergleich zum Plan zum Teil deutlich höhere Mieten erreicht werden.

Neben den Chancen bestehen bei der aktuellen Wohnungsmarktentwicklung auch Risiken. Am halleschen Wohnungsmarkt stehen etwas weniger als 10 Prozent der Wohnungen leer. Die Leerstandsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen fällt dabei wie bei der Bevölkerungsentwicklung sehr differenziert aus. Der Wohnungsbestand der Gesellschaft weist eine unterdurchschnittliche Leerstandsquote aus. Aufgrund des strukturellen Leerstandes und der differenzierten Leerstandsquoten besteht grundsätzlich ein Leerstandsrisiko und somit das Risiko steigender Erlösschmälerungen.

Gemäß den Ausführungen unter 2.3.1 Hausbewirtschaftung ist der Leerstand im Jahr 2017 leicht angestiegen. Die mit dem Leerstandsanstieg bzw. der nicht realisierten Leerstandssenkung verbundenen Risiken konnten im Jahr 2017 durch die konsequente Nutzung der Marktchancen im Bereich der Mietenentwicklung kompensiert werden. Die Umsatzerlöse abzüglich der Erlösschmälerungen liegen über Plan.

Um der Entwicklung des Leerstandes mittel- und langfristig entgegen zu wirken, hat die Gesellschaft bereits Maßnahmen eingeleitet. Hierzu gehört neben einer verstärkten Investitionstätigkeit im mittelfristigen Planungszeitraum, die Sozial- und Quartiersarbeit in diesen Stadtteilen fortzusetzen und auszubauen. So ist beispielsweise vorgesehen, für die Stadtteile Silberhöhe und Südstadt einen neuen Mieterladen und einen Nachbarschaftstreff herzurichten. Die Mieterbetreuung erfolgt zukünftig vor Ort von diesem Standort aus.

Des Weiteren hat sich die für das Kerngeschäft verantwortliche Abteilung Wohnungswirtschaft zur Optimierung der Quartiersarbeit organisatorisch neu ausgerichtet. Zur Steigerung des direkten Kundenkontaktes wird zudem zukünftig der Servicebetrieb verstärkt Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturleistungen beim Mieter durchführen.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2018 ist mit einem weiteren leichten Leerstandsanstieg zu rechnen. Dieser resultiert aus der Rücknahme von Wohnungen, welche die Gesellschaft auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung zur Unterbringung von Flüchtlingen an die Stadt Halle (Saale) vermietet hatte.

Zur Risikovorsorge hat die Gesellschaft in der Jahresplanung 2018 nur einen moderaten Leerstandsabbau auf 5,7 Prozent geplant.

Ein weiteres mittel- bis langfristiges Risiko in Bezug auf die Mieterträge besteht in der nicht planmäßigen Realisierung von Mietanpassungen. Diese können im Rahmen der Neuvermietung nach Investition oder nach Mieterwechsel sowie auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. vorgenommen werden.

Im Neuvermietungsgeschäft sind entsprechende Mietanpassungspotentiale vorhanden. Die Mietanpassung auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. ist mangels eines gültigen Mietspiegels deutlich erschwert.

Der Mietspiegel aus dem Jahr 2010 bildet nicht mehr die tatsächlichen Marktverhältnisse ab. Dies birgt langfristig Risiken für die Gesellschaft. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat die Stadtverwaltung mit der Erstellung eines neuen qualifizierten Mietspiegels beauftragt. Die Erstellung und regelmäßige Aktualisierung soll auch Bestandteil des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Halle (Saale) sein.

Die Muttergesellschaft trägt für die Gesellschaften des Konzerns das Mietertragsrisiko. Die HWG KG erhält von der Muttergesellschaft Leasingraten, die HGWS Mietzahlungen.

Baukostenrisiko

Das Baukostenrisiko kann unternehmensinterne Ursachen haben, beispielsweise durch Fehlplanungen oder Fehleinschätzungen im Rahmen der Sanierungskonzeption, oder durch Entwicklungen außerhalb des Unternehmens beeinflusst werden, beispielsweise durch die allgemeine Marktentwicklung des Baugewerbes.

Die Baupreise haben sich in den letzten Jahren moderat entwickelt. Gemäß Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt belief sich der Anstieg in den Jahren 2014-2016 im Durchschnitt auf etwa 1,5 Prozent pro Jahr. In dieser Größenordnung berücksichtigt die Gesellschaft Baukostenentwicklungen in ihren Planungen.

Bereits im Jahr 2016 hat in einigen Marktsegmenten des Bauhauptgewerbes die Nachfrage die Leistungsangebote überstiegen. Die Ursache hierfür lag unter anderem in der im Vergleich zu Vorjahren umfangreicheren Bautätigkeit. Die Anzahl der Wohnungen, für welche Baugenehmigungen erteilt wurden, und demzufolge die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe stiegen in Sachsen-Anhalt im Jahr 2016 im Vergleich zu 2015 jeweils deutlich um mehr als zehn Prozent.

Im Jahr 2017 werden voraussichtlich erneut für mehr Wohnungen Baugenehmigungen erteilt (Anstieg im Vergleichszeitraum Januar bis Oktober von etwa 7 Prozent). Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe blieben im selben Vergleichszeitraum jedoch unverändert. Damit haben sich die Baugenehmigungen und der Wertindex für Auftragseingänge zwar wieder deutlich moderater entwickelt bzw. stabilisiert. Beide Indikatoren befinden sich aber weiterhin auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Für das Jahr 2017 zeichnet sich in Sachsen-Anhalt deshalb ein deutlicher Anstieg der Jahresteuersatzrate für Bauwerksarten und Instandhaltung ab. Im November 2017 lag die Teuerungsrate im Vergleich zum Vorjahresmonat bei 3,1 Prozent (Teuerungsrate in 2016 bei 1,6 Prozent).

Diese Marktsituation führt bei der Durchführung der Vergabe von Bauleistungen aktuell zu sehr differenzierten Ergebnissen mit zum Teil sehr hohen Preisverwerfungen. Die Gesellschaft hat sich deshalb zur Risikosteuerung im Berichtsjahr bei der Vergabe von Bauleistungen bereits unterschiedlicher Ausschreibungsmodalitäten bedient. Dies zeigt erste Erfolge. Teilweise wurden Investitionsmaßnahmen zurückgestellt oder entsprechend der Auftragslage verschoben.

Derzeit kann nicht abgeschätzt werden, ob diese Entwicklungen anhalten oder sich der Markt für Bauleistungen kurz- bis mittelfristig wieder entspannt. Die Gesellschaft wird deshalb den Markt weiter beobachten. Darüber hinaus wurde die Marktsituation bei der Aufstellung der Jahresplanung 2018 und der mittelfristigen Planung 2019 bis 2022 bei der projektbezogenen Ermittlung der Investitionskosten berücksichtigt. Zur Sicherstellung der Investitionsziele werden die Planungen und Maßnahmen betroffener Projekte bei Erfordernis angepasst.

In der ersten Jahreshälfte 2018 ist geplant, dass das Management und der Aufsichtsrat der Gesellschaft über das weitere Vorgehen bei einer anhaltend negativen Baupreisentwicklung und die damit verbundenen Steuerungs- und Strategemaßnahmen beraten.

Dessen ungeachtet werden im Unternehmen Investitionsentscheidungen so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig stabile und an der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtete Mietpreise erzielen lassen. Bauinvestitionen führen mit der damit einhergehenden Bestandsqualifizierung zu zukünftigen Mietsteigerungen. Die Einhaltung der Rentabilitäts- und Liquiditätskriterien der Baumaßnahmen ist deshalb Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionstätigkeit. Zur Überwachung des Investitionsrisikos hat die Gesellschaft ein separates Investitionscontrolling.

Das Baukostenrisiko ist nur für die HWG mbH relevant. Die HWG KG tätigt selbst keine Investitionen. Dies gilt auch für die HGWS mit Fertigstellung des Wohnparks im Paulusviertel im Jahr 2017.

Liquiditätsrisiko

Das Mietertrags- und das Baukostenrisiko haben Auswirkungen auf die größten Einnahme- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft. Diese Risiken beeinflussen damit wesentlich die Liquidität der Gesellschaft.

Diese und alle weiteren Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft werden im Rahmen der jährlichen Wirtschafts- und Finanzplanung im Finanzplan zusammengefasst. Absehbare Entwicklungen/Veränderungen werden in der Planung berücksichtigt.

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Gesellschaft ein aktives Liquiditätsmanagement. Dieses umfasst monatliche Plan-Ist-Vergleiche und Abweichungsanalysen sowie einen Forecast der Liquiditätsentwicklung. Dies bildet die Grundlage für eine aktive und zielorientierte Steuerung der Liquidität.

Sonstige Risiken

Auch für weitere erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich so zum Beispiel aus den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen des Gesellschafters ergeben. Zukünftige Anforderungen von Gesetzgeberseite können nur bedingt durch Planungen vorhergesehen werden.

Zur Vermeidung wirtschaftlicher Risiken ist es jedoch erforderlich, Änderungen dieser rechtlichen Rahmenbedingungen frühzeitig zu erkennen. Hierfür hat die Gesellschaft im Berichtsjahr organisatorische Vorsorgemaßnahmen festgelegt. Des Weiteren hat die Gesellschaft in 2017 mit einer Risikoinventur bei den Versicherungsverträgen begonnen, welche in 2018 abgeschlossen wird.

Eine wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg ist das Portfolio der Gesellschaft. Mit dem lagebegünstigten Portfolio hebt sich die Gesellschaft vom Wettbewerb ab. Auch kann die Gesellschaft damit auf die Nachfrage nach Wohnraum flexibel reagieren.

So stellt beispielsweise der im Vergleich zu anderen Wettbewerbern höhere Sanierungsrückstand im Portfolio derzeit eher einen Wettbewerbsvorteil dar. Die Gesellschaft hat die Chance, zum einen die Investitionen zu einem Zeitpunkt mit historisch günstigen Zinsen zu tätigen und zum anderen in einem von Anspruchsänderungen geprägten Markt den eigenen Immobilienbestand an die neuesten technischen, insbesondere energetischen Standards sowie die derzeitigen und zukünftigen zielgruppenspezifischen Anforderungen an Wohnraum anzupassen.

Andererseits werden die aktuellen Marktentwicklungen mit der daraus folgenden Verknappung von Wohnraum nicht im bisherigen Umfang qualitativ hochwertige und an den hohen Anforderungen der Nachfrager ausgerichtete Sanierungen erfordern. Objekte können auch mit geringeren Mitteln wieder in einen vermietungsfähigen Zustand versetzt und dem Markt zugeführt werden. Dies sehen die Planungen der Gesellschaft vor.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig für den Konzern und die HWG mbH keine bestandsgefährdenden Risiken.

4. Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im Mai 2017 über die strategische Ausrichtung sowie die zukünftigen Schwerpunkte der Unternehmensentwicklung beraten. Unter Berücksichtigung dessen nahm der Aufsichtsrat im November 2017 die Mittelfristige Planung der HWG mbH für die Jahre 2019 bis 2022 zur Kenntnis und genehmigte den Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan für das Jahr 2018.

Die Stadt Halle (Saale) plant 2018 den Beschluss eines Wohnungspolitischen Konzeptes, welches sich schwerpunktmäßig mit sozialen Aspekten der Wohnraumversorgung und der stadträumlichen Bevölkerungsmischung befasst. Die Gesellschaft hat bei der Konzepterstellung mitgewirkt. Inhalte und daraus resultierende Maßnahmen stehen im Einklang mit dem Geschäftsauftrag gemäß Gesellschaftsvertrag sowie den bestehenden Planungen.

Wesentlicher Bestandteil der Planung sind Bestandsinvestitionen. Das Investitionsprogramm 2018 umfasst mehr als 600 Wohnungen, welche umfassende wohnwertverbessernde Maßnahmen erfahren, neu errichtet oder erstmals mit Balkon- oder Aufzugsanlagen ausgestattet werden. Das Investitionsvolumen beträgt einschließlich Bauvorbereitungsprojekten ca. EUR 28 Mio.

Das Instandhaltungsbudget wurde mit ca. EUR 10 Mio. geplant. Schwerpunkt ist die Sicherung der Qualität des Gebäudebestandes mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung.

Verkäufe sind im Jahr 2018 in Höhe von ca. EUR 4,6 Mio. vorgesehen. Damit wird die Portfoliobereinigung abgeschlossen. Gleichzeitig dienen die Verkäufe der Liquiditätsbeschaffung für Neubauinvestitionen. Für den Erwerb von Immobilien wurden in der Planung erneut Mittel bereitgestellt.

Rückbaumaßnahmen plant die Gesellschaft für das Jahr 2018 nicht.

Durch die Umsetzung der Bestandsentwicklungsmaßnahmen wird der Wohnungsbestand der Gesellschaft im Jahr 2018 leicht sinken, auf ca. 17.600 Wohnungen. Im Folgejahr ist durch die Neubautätigkeit und die abgeschlossene Portfoliobereinigung von einem leichten Anstieg auszugehen.

Die Realisierung des Investitionsprogramms sowie die zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung werden den Vermietungsstand voraussichtlich leicht erhöhen. Zum Jahresende strebt die Gesellschaft eine Leerstandsquote von ca. 5,7 Prozent an.

Investitionen und Leerstandsabbau werden zu einer weiteren Steigerung der Umsatzerlöse führen.

Demnach wird auch für das Folgejahr mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Erwartet wird ein leicht steigender Umsatz aus der Hausbewirtschaftung sowohl bei der HWG mbH als auch beim Konzern und ein Jahresüberschuss in Höhe von ca. EUR 13,8 Mio. (HWG mbH) bzw. ca. EUR 12,9 Mio. (Konzern). Aufgrund der Ergebnisse aus dem Jahr 2017 geht die Geschäftsführung von einer anteiligen Gewinnabführung in Höhe von fünf Millionen Euro aus.

Auch für den Folgezeitraum plant die Gesellschaft eine konstant positive Weiterentwicklung mit steigenden Umsätzen und positiven Jahresergebnissen. Dabei wird die Entwicklungsgeschwindigkeit weiterhin von den Gewinnausschüttungserwartungen der Gesellschafterin sowie von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche die Gesellschafterin der Gesellschaft überträgt.

Für die folgenden Jahre ist zudem eine weitere kontinuierliche Entwicklung der HWG-Gruppe hinsichtlich Umsatz und Ertrag geplant. Planungen erfolgen dabei jeweils auf Ebene der einzelnen Tochtergesellschaften.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,90
Christian Zeigermann	0	0,05
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Schlereth, Halle (Saale)) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Hallesche Wohnungs- gesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Marx, Jürgen)</i>
	MALIMA Beteiligungs GmbH	<i>(vertreten durch Floth, Christian und Heumann, Florian)</i>
	Karlo Grundstücks- verwaltungsgesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Soethe, Robert, Goldbrunner, Christian und Kober, Peter)</i>
	Zeigermann, Christian	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Mitglieder der Organe erhalten keine Vergütung von der HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	68.067	100	69.429	100	70.790	100	-1.362	-2
Umlaufvermögen	13	0	12	0	12	0	1	-8
Bilanzsumme	68.080	100	69.441	100	70.802	100	-1.361	-2
Passiva								
Eigenkapital	10	0	10	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	68.070	100	69.431	100	70.792	100	-1.361	-2
Bilanzsumme	68.080	100	69.441	100	70.802	100	-1.361	-2

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.602	4.723	5.073
sonstige betriebliche Erträge	0	0	10
Abschreibungen	1.361	1.361	1.361
sonstige betriebliche Aufwendungen	113	112	108
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	44	78	227
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.172	3.328	3.841
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			0
Ergebnis nach Steuern	0	0	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.361	1.361	1.361	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,01	0,01	0,01	%
Fremdkapitalquote:	99,99	99,99	99,99	%

ee) Leistungsdaten

Angaben vgl. Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 13 50,96
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13 49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- a) die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- b) die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- c) Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Marten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

BMD GmbH

T€	%
2	2,98

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.903	83	6.978	70	7.571	73	925	13
Umlaufvermögen	1.642	17	3.004	30	2.754	27	-1.362	-45
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	2	0	7	0	0	0

Bilanzsumme

9.547	100	9.984	100	10.332	100	-437	-4
--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.856	72	6.814	68	6.745	65	42	1
Sonderposten für Investitionszulagen	2.251	24	2.690	27	3.128	30	-439	-16
Rückstellungen	206	2	120	1	169	2	86	72
Verbindlichkeiten	225	2	351	4	281	3	-126	-36
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	9	0	9	0	0	0

Bilanzsumme

9.547	100	9.984	100	10.332	100	-437	-4
--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.789	1.775	1.779
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	40	7	-27
sonstige betriebliche Erträge	3	12	24
Materialaufwand	950	0	0
Personalaufwand	58	88	48
Abschreibungen	155	155	156
sonstige betriebliche Aufwendungen	627	1.468	1.440
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	5	6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			138
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9	20	36
Ergebnis nach Steuern	43	68	
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	43	68	102
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	43	68	102
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,39	3,86	5,71	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,62	1,00	1,51	%
Cash-Flow:	198	223	258	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	916	718	888	T€
Personalaufwandsquote:	3,14	4,89	2,69	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	56,54	59,86	63,57	%
Eigenkapitalquote:	71,82	68,25	65,29	%
Fremdkapitalquote:	28,18	31,75	34,71	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m ²
Auslastung	100,00	99,84	99,51	%

f) Lagebericht

- I. Grundlage des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 5. Gesamtaussage
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Chancenbericht
 2. Risikobericht
 3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der Bio-Zentrum Halle GmbH (im Folgenden auch als Gesellschaft bezeichnet) ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte zwischen der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten (An-Institut der Martin-Luther-Universität) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die Bio-Zentrum Halle GmbH seit ihrer Gründung schrittweise 16.681 m² Bauland, auf dem bisher zwei Neubauten entstanden sind.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i. H. v. ca. 28,0 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2017 ca. 9.800 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikräumen, S1- und S2 - Laboren, Räumen für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung des Technologieparks Weinberg Campus auf die Bereiche Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in Bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung von Start-up's und die Bestandspflege. Intensive Beratungen und Betreuungen stehen dabei im Vordergrund. Weiterhin besteht die Aufgabe, angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten zu verknüpfen. Schwerpunkte sind dabei die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrunden;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

Regionale und überregionale Vernetzung:

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zum Großteil in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zu den Deutschen Biotechnologietagen und zur Cebit sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten zur BIO International Convention, zur conhIT Healthcare & IT, zur BIO Europe und auf einer Delegationsreise nach Estland genannt. Darüber hinaus wurden am Standort zahlreiche neue Veranstaltungsformate entwickelt und erfolgreich umgesetzt. Beispiele hierfür sind der Weinberg Campus Talk, das Business Breakfast und das Weinberg Campus Life Sciences Meetup genannt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Bio-Zentrum Halle GmbH betreuten Unternehmen.

Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Bio-Zentrum Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien das der die AG Bioparks im Bundesverband Innovationszentren, das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Projektes "Exist-Gründungskultur: Die Gründerhochschule" der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed-Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien und Informationstechnologie.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Vergleich zum Vorjahr wiederum leicht gewachsen. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite in einem lebhaften Binnenmarkt dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus und deutlichen Entgeltsteigerungen. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland wird in 2018 voraussichtlich wiederum insgesamt zunehmen. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind allerdings weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch protektionistische Strömungen beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen insgesamt dämpfen.

In den von der Bio-Zentrum GmbH fokussierten Wirtschaftsbranchen bleibt die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Die finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle erschweren die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten nach wie vor. Der Standortwettbewerb angrenzender Bundesländer im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen verschärft sich zunehmend und macht verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die Bio-Zentrum Halle GmbH hatte die Sicherung des Mieterbestandes und dessen Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen weiterhin oberste Priorität. Zudem wurden die Aktivitäten zur Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen und die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen.

Der Mietzins konnte auch im Jahr 2017 beibehalten werden, obwohl zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungsbereich als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Reparaturen entstanden.

Der zunehmende Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur machte zudem Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur auch zukünftig zu erhalten. Aus diesem Grunde wurden im Berichtszeitraum neben der notwendigen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik, Sanitäreanlagen und Innenausstattungen sowie zur Fassadenmodernisierung eingesetzt.

Um die inhaltliche Profilbildung des Standorts Technologiepark Weinberg Campus weiter zu stärken sowie kunden- und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebote unterbreiten und zukunftsfähige Infrastrukturen entwickeln zu können, wurde im Berichtsjahr die Umsetzung eines Zukunftskonzeptes für den Standort vorangetrieben. Dessen Weiterentwicklung und Detaillierung diente die Erarbeitung eines umfassenden strategischen Flächenentwicklungskonzeptes im Technologiepark Weinberg Campus. Die Mitarbeit im Arbeitskreis der Bio-Parks im Bundesverband der deutschen Innovationszentren und die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in der Projektgruppe Life Sciences der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland zielt auf eine stärkere Positionierung der Bio-Zentrum Halle GmbH und eine Unterstützung der Bestandsunternehmen mit branchenspezifischen Informationen und Vernetzungsmöglichkeiten.

Zur Unterstützung der Positionierung und der Marketing-Kommunikation wurde im Berichtsjahr ein neues Corporate Design entwickelt. Zukünftig werden alle Kommunikationsmaßnahmen crossmedial unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus umgesetzt. Diese ersetzt in der Veranstaltungs- und Partnerkommunikation in Kombination mit dem Logo der Stadt Halle (Saale) zukünftig die alten Logos der TGZ Halle und der Bio-Zentrum Halle GmbH.

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche der Bio-Zentrum Halle GmbH führen.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	884	48,3%	882	49,2%	2	0,2%
+ Mietnebenkosten	905	49,4%	892	49,7%	13	1,5%
+ = UMSATZERLÖSE	1.789	97,7%	1.774	98,9%	15	0,8%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	40	2,2%	7	0,4%	33	471,4%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	3	0,2%	13	0,7%	-10	-76,9%
= BETRIEBSLEISTUNG	1.832	100,0%	1.794	100,0%	38	2,1%
+ Raumkosten Mieter	950	51,9%	911	50,8%	39	4,3%
+ Personalkosten	58	3,2%	88	4,9%	-30	-34,1%
+ eigene Raumkosten	75	4,1%	83	4,6%	-8	-9,6%
+ Betriebsführung	250	13,6%	250	13,9%	0	0,0%
+ Versicherungen / Beiträge	7	0,4%	7	0,4%	0	0,0%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	213	11,6%	125	7,0%	88	70,4%
+ Kosten des Fuhrparks	3	0,2%	3	0,2%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	9	0,5%	13	0,7%	-4	-30,8%
+ Kosten der Warenabgabe	5	0,3%	0	0,0%	5	*
+ sonstige Kosten	64	3,5%	77	4,3%	-13	-16,9%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	626	34,2%	558	31,1%	68	12,2%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.634	89,2%	1.557	86,8%	77	4,9%
= EBITDA	198	10,8%	237	13,2%	-39	-16,5%
+ Abschreibungen	594	32,4%	593	33,1%	1	0,2%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-438	-23,9%	-438	-24,4%	0	0,0%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	156	8,5%	155	8,6%	1	0,6%
= EBIT	42	2,3%	82	4,6%	-40	-48,8%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	10	100,0%	6	100,0%	4	66,7%
+ = FINANZERGEBNIS	10	100,0%	6	100,0%	4	66,7%
= EBT	52	2,8%	88	4,9%	-36	-40,9%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	9	17,3%	20	22,7%	-11	-55,0%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = STEUERERGEBNIS	9	17,3%	20	22,7%	-11	-55,0%
= JAHRESÜBERSCHUSS	43	2,3%	68	3,8%	-25	-36,8%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2016 um 38 T-€ (= 2,1 %) auf 1.832 T-€ erhöht. Dabei stiegen die Mieteinnahmen um 2 T-€, die abgerechneten Mietnebenkosten um 13 T-€ und die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten um 33 T-€ gegenüber dem Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen dagegen um 10 T-€ zurück. Dies entspricht den Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan für 2017.

Die **betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 77 T-€. Dabei haben sich in dieser Position die Raumkosten der Mieter (+39 T-€), die Instandhaltungsaufwendungen (+88 T-€) und die Kosten der Warenabgabe (+5 T-€) erhöht. Die Personalkosten (-30 T-€), die Raumkosten (-8 T-€), die Werbe- und Reisekosten (-4 T-€) und die sonstigen Kosten (-13 T-€) haben sich hingegen vermindert. Der Planansatz wurde um 14 T-€ unterschritten. Die um 53 T-€ überschrittenen geplanten Reparatur- und Instandhaltungskosten konnten durch Unterschreitungen bei den Raumkosten Mietern (25 T-€ unter Plan), Personalkosten (2 T-€ unter Plan), eigene Raumkosten (15 T-€ unter Plan) und Werbe- und Reisekosten (24 T-€ unter Plan) eingespart werden.

Der **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2016 um 39 T-€ auf 198 T-€ vermindert.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 594 T-€ (Vorjahr: 593 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung **der Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vorjahresvergleich nicht verändert und betragen wie bisher 438 T-€.

Die saldierten Abschreibungen lagen somit mit 156 T-€ um 1 T-€ über dem Planansatz.

Das **EBIT** hat sich im Vergleich zu 2016 um 40 T-€ auf 42 T-€ verschlechtert. Gegenüber dem Planansatz i.H.v. 28 T-€ gab es hier eine positive Abweichung von 14 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr (6 T-€) um 4 T-€ verbessert und liegt damit auch um diesen Betrag über dem Planansatz.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich durch das verminderte Ergebnis vor Steuern um 11 T-€ auf 9 T-€ vermindert und erreichen damit eine Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern von 17,3 % gegenüber 22,7 % im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 25 T-€ auf 43 T-€ vermindert, liegt aber dennoch 19 T-€ über dem Planansatz.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtjahres rund 1.457,5 T-€ betragen. Die liquiden Mittel haben sich gegenüber denen des Vorjahres um 1.239,9 T-€ gemindert. Die Verminderung resultiert aus der Umschichtung von liquiden Mitteln in höher verzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2017		31.12.2016		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.856,5	71,8	6.813,8	68,3	42,7	0,6
Sonderposten für Investitionszuschüsse des Anlagevermögens	2.251,3	23,5	2.689,7	26,9	-438,4	-16,3
Rückstellungen	206,1	2,2	120,3	1,2	85,8	71,3
Erhaltene Anzahlungen	79,3	0,8	129,1	1,3	-49,8	-38,6
Lieferverbindlichkeiten	110,9	1,2	130,4	1,3	-19,5	-15,0
Sonstige Verbindlichkeiten	34,5	0,4	91,7	0,9	-57,2	-62,4
Summe Verbindlichkeiten	224,7	2,4	351,2	3,5	-126,5	-36,0
Rechnungsabgrenzungsposten	8,5	0,1	8,5	0,1	0,0	0,0
Summe Passiva = Gesamtkapital	9.547,1	100,0	9.983,5	100,0	-436,4	-4,4

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2017		31.12.2016		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	3,4	0,0	0,0	0,0	3,4	**
Sachanlagen	5.397,5	56,6	5.975,7	59,9	-578,2	-9,7
Finanzanlagen	2.502,3	26,2	1.002,3	10,0	1.500,0	149,7
Summe Anlagevermögen	7.903,2	82,8	6.978,0	69,9	925,2	13,3
Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	184,7	1,9	306,4	3,1	-121,7	-39,7
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	1.457,5	15,3	2.697,4	27,0	-1.239,9	-46,0
Summe Umlaufvermögen	1.642,2	17,2	3.003,8	30,1	-1.361,6	-45,3
Rechnungsabgrenzungsposten	1,7	0,0	1,7	0,0	0,0	0,0
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	9.547,1	100,0	9.983,5	100,0	-436,4	-4,4

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 436,4 T-€ (= -4,4 %) auf 9.547,1 T-€ vermindert.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich durch Zugänge im Finanzanlagevermögen (1.500,0 T-€) auf nunmehr 82,8 % (Vorjahr: 69,9 %) erhöht. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 59,9 % im Vorjahr auf 56,6 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** hat sich durch Anschaffung von Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 1.500,0 T-€ erhöht. Der Anteil am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 10,0 % auf 26,2 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen (19,1 T-€) der Gesellschaft und Abschreibungen in Höhe von 594,0 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** zusammen mit den **immateriellen Vermögensgegenständen** um 574,9 T-€ auf einen Betrag von 5.400,8 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 1.361,6 T-€ oder 45,3 % auf 1.642,2 T-€ vermindert. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 88,0 T-€ haben sich um 84,4 T-€ erhöht, die **sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich um 206,1 T-€ auf 96,7 T-€ vermindert.

Die wesentliche Veränderung bei den Sonstigen Vermögensgegenständen ergibt sich bei den Forderungen aus Überleitung der Mieterdirektabrechnung der EVH in Höhe von 209,5 T-€.

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 1.457,5 T-€ (Vorjahr: 2.697,4 T-€) und nahmen damit um 1.239,9 T-€ ab. Dies ist auf die Umschichtung in langfristiges Finanzanlagevermögen zurückzuführen.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr in Höhe von 1,7 T-€ auszuweisen.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran.

Insgesamt waren die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit 99,79 % ausgelastet. Dementsprechende Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i. H. v. 100,00 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der Bio-Zentrum Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

- | | |
|--|--------|
| • Life Sciences (Biotechnologie, Medizintechnik, Pharma) | 56,25% |
| • Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen | 37,50% |
| • Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien | 6,25% |

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 16 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Weitere finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Bio-Zentrum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2018 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2019 bis 2023 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO
2018	1.812	1.921	6	-103
2019	1.815	1.934	6	-113
2020	1.815	1.938	6	-117
2021	1.825	1.821	6	10
2022	1.825	1.825	6	6
2023	1.825	1.825	6	6

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt.

Anlass für diese Einschätzung bietet einerseits die positive konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft, andererseits aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Dem Aufgabenspektrum der Bio-Zentrum Halle GmbH entsprechend, sind Chancen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Rahmenbedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der im Vorjahr beschlossenen Zukunftsstrategie wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert und im Berichtsjahr durch ein Flächenentwicklungskonzept weiter untersetzt. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Bio-Zentrum Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2018 wiederum das Ziel der Ansiedlung von zwei bis drei neuen technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Des weiteren soll die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen intensiviert und die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) und der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden.

Für die Ertragsprognose der Bio-Zentrum Halle GmbH sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Bedingt durch die Fertigstellung des Neubaus eines Proteinzentrums der Martin-Luther-Universität erfolgt ein Auszug universitärer Forschungsgruppen (und deren Kooperationspartner der Max-Planck-Gesellschaft) zum Ende des ersten Quartals 2018. Für das Geschäftsjahr 2018 bestehen dadurch zumindest temporär erhebliche Leerstandsrisiken i. H. v. ca. 1.420 m². Zudem ist mit erheblichen Umbauten und Modernisierungskosten auf diesen Flächen zu rechnen, die das betriebswirtschaftliche Ergebnis zusätzlich belasten werden. Zur Reduktion der genannten Effekte werden die Akquisitionsbemühungen im Geschäftsjahr erheblich verstärkt. Von potentiellen Mietern liegen der Geschäftsführung bereits Interessensbekundungen vor.

Durch die prognostizierten unternehmensindividuellen Szenarien ist insbesondere im Jahr 2018 mit verringerten Mieteinnahmen zu rechnen. Im Extremszenario hätte dies für das Geschäftsjahr 2018 ein temporäres Absinken der Flächenauslastung auf unter 90% zur Folge. Um diesem Risiko zu begegnen, wird die Geschäftsleitung Unternehmen proaktiv bei der Standortentwicklung und -sicherung unterstützen. Im Fokus stehen hierbei die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Bio-Zentrum Halle GmbH. Als Leitlinien hierfür wird die Geschäftsleitung Strategien entwickeln, die den beschriebenen wirtschaftlichen Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Ziel ist eine nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Bio-Zentrums sowie des Technologie- und Gründerzentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

In diesem Zusammenhang steht auch 2018 die Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient diesbezüglich die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten zu schaffen, da ansonsten Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder die Abwanderung der Unternehmen vom Standort oder sogar deren Insolvenz vorprogrammiert.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH ist in den nächsten Jahren mit steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der Bio-Zentrum Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. Bio-Zentrum, TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2018 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der Bio-Zentrum Halle GmbH als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Life Sciences, Biotechnologie, Bioökonomie, Material Sciences sowie Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Das zurzeit eher positive konjunkturelle Marktumfeld bietet Technologieunternehmen grundsätzlich Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH besteht die diesbezügliche Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie und Life Sciences aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups, insbesondere mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Bio-Zentrum Halle GmbH bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Bio-Zentrum Halle GmbH liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dem entsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der im Vorjahr beschlossenen Zukunftsstrategie, die es in den nächsten Jahren plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" insbesondere einem gewissen Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.
- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im nationalen und internationalen Wettbewerb zur Folge. Positiv für die Bio-Zentrum Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtwerke Halle zu werten, die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses auf dem Gelände des Technologieparks Weinberg Campus zu stabilisieren und gemeinsam mit der Bio-Zentrum Halle GmbH, der TGZ Halle GmbH und weiteren Partnern ein Pilotprojekt zur Energieeffizienz umzusetzen.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen.
- Aktuell ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.

- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Bio-Zentrum Halle GmbH unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus der im Berichtszeitraum durchgeführten Mieterbefragung und aus Diskussionsforen zur Standortentwicklung.

Die dargestellten Risiken können kurz- und mittelfristig zu Mietausfällen führen und damit das Fortbestehen des Unternehmens gefährden. In der Stadt Halle (Saale) bestehen erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch sich der Mietzins für Gewerbeflächen auch im Berichtszeitraum zwar leicht erhöhte, sich aber nach wie vor im Wettbewerbsvergleich auf einem niedrigen Niveau befindet. Dieser Entwicklung und dem dadurch bedingten preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese durch den damit verbundenen Personalaufwand letztlich stetig wachsende Kosten verursachen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig.

Das Risiko, das sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, ist für die Gesellschaft eher von untergeordneter Bedeutung. Lediglich im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem erhöhten Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unseres Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	(vertreten durch Götte, Dieter)
--------------------------	---	------------------------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2017 erfolgt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	
Umlaufvermögen	22.095	99	21.106	99	20.006	99	989	5
Rechnungsabgrenzungsposten	176	1	209	1	242	1	-33	-16

Bilanzsumme	22.271	100	21.315	100	20.248	100	956	4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	21.899	98	20.590	97	19.454	96	1.309	6
Rückstellungen	60	0	113	0	92	0	-53	-47
Verbindlichkeiten	312	2	612	3	702	4	-300	-49

Bilanzsumme	22.271	100	21.315	100	20.248	100	956	4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	9.161	3.616	5.467
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-3.889	-1.144	-3.305
sonstige betriebliche Erträge	145	13	52
Materialaufwand	649	814	752
sonstige betriebliche Aufwendungen	655	535	723
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			739
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	4.111	1.136	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.111	1.136	739
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.111	1.136	739

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	44,87	31,42	13,52	%
Eigenkapitalrentabilität:	23,11	5,84	3,95	%
Cash-Flow:	4.111	1.136	739	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	98,33	96,60	96,08	%
Fremdkapitalquote:	1,67	3,40	3,92	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	230,90	287,30	300,60	ha
erworbene Fläche	0,00	2,50	0,00	ha
übergegangene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
verkaufte Fläche	56,40	15,80	20,70	ha

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

Die Anzahl der seit Beginn des Jahres 2007 zu bearbeitenden Standortanfragen, die Qualität und Position, die das jeweilige Standortangebot im Rahmen der Standortauswahlverfahren teilweise erreicht hat und nicht zuletzt die reale Aussicht auf kurzfristige Ansiedlungserfolge haben die Stadt Halle in Abstimmung mit der Landesregierung dazu bewogen, etwaig noch vorhandene Standortnachteile im Zuge einer öffentlichen Erschließung des Industriegebietes zügig zu beseitigen.

Ein entsprechender, mit den zuständigen Stellen abgestimmter Antrag auf Bereitstellung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe wurde durch die Stadt Halle noch im Jahr 2007 gestellt.

Ein erster Zuwendungsbescheid über die beantragten GA-Fördermittel liegt seit dem 23. Juni 2008 vor und gestattete unter Berücksichtigung eines 10%igen städtischen Eigenanteils zunächst eine erste Grunderschließung in Höhe von Brutto 48 Mio. € umzusetzen.

Die rege Nachfrage nach Ansiedlungsflächen im Industriegebiet führte in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium zu der Entscheidung, einen Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom 23. Juni 2008 auf die nunmehr vorzunehmende Vollerschließung vorzubereiten. Der Stadtrat der Stadt Halle hat diesem Änderungsantrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Der Änderungsantrag, der nunmehr ein Erschließungsvolumen von Brutto 76,8 Mio. € beinhaltete, wurde der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2008 zugereicht und durch diese mit Änderungsbescheid vom 18. Mai 2009 bestätigt.

Das Konzept einer weitergehenden inneren Erschließung wurde vom Stadtrat (V/2010/08893) in seiner Sitzung am 25. August 2010 entschieden. In Form einer, in das Industriegebiet hinein zu führenden, engmaschigeren Ver- und Entsorgungsinfrastruktur wurde damit auf eine veränderte Nachfrage des Marktes hin zu Flächengrößen zwischen 5-30 ha reagiert.

Nach Vorliegen eines entsprechenden Änderungsbescheides der Investitionsbank vom 08.03.2011 wurde diese Maßnahme entsprechend umgesetzt.

Im Zuge konkreter Ansiedlungsbegehren und dabei erzielter Ansiedlungserfolge zeigte sich jedoch, dass hinsichtlich der öffentlichen Erschließung von Teilflächen im Star Park weiterer Handlungsbedarf besteht, will man flächenmäßig im Bereich von 2 bis 5 ha liegende Ansiedlungen erfolgreich akquirieren. Im Angesicht eines per Ende 2013 noch verfügbaren Restbudgets aus der Erschließungsmaßnahme, Bestand hat nach wie vor das oben bereits erwähnte Gesamtbudget von 76,8 Mio. €, wurde durch die Stadt Halle entschieden, einen neuerlichen Verlängerungsantrag für den Investitionszeitraum bis zum 31.12.2014 zu stellen. Dafür lag seit dem 19.02.2014 der entsprechende Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vor.

Die Erschließung des Star Park wurde dementsprechend Ende 2014 zum Abschluss gebracht.

Die vorgeschriebene Erstellung und Prüfung des Nachweises über die Verwendung der erhaltenen Fördergelder wurde fristgerecht zum 30.06.2015 mit Einreichung bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt erledigt.

Der Verwendungsnachweis wurde im Ergebnis der Prüfung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Prüfbescheid vom 15.05.2017 bestätigt. Die im Verwendungsnachweis ausgewiesenen Fördermittelanprüche wurden bestätigt und bis dahin einbehaltene Fördergelder vollständig ausbezahlt.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle schloss im Januar 2008 mit der Gesellschaft einen Vertrag zur Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks ab. Die Stadt Halle hat durch Gesellschafterbeschluss und in Form eines Stadtratsbeschlusses aus dem September 2007 erklärt, die Gesellschaft finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft erfolgte seitens der Stadt Halle auf der Grundlage der erteilten Zuwendungsbescheide für öffentliche Finanzierungsbeihilfen und des darin einbezogenen städtischen Eigenanteiles. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und der städtische Eigenanteil waren in Summe und entsprechend dem geplanten Erschließungsablauf in entsprechenden Jahrestanchen in den städtischen Haushalt eingestellt und wurden der Gesellschaft auf Abruf in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses jeweils rechtzeitig zur Begleichung anstehender Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die Restaktivitäten der inneren Erschließung des Star Park wurden materiell in 2014 abgeschlossen, im Geschäftsjahr 2015 erfolgten dazu lediglich die letzten Finanzierungen.

Insofern ist die Position „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren“ der Gewinn- und Verlustrechnung im Jahr 2017 geprägt von den geplanten Folgeaufwendungen der öffentlichen Erschließung, soweit sie der Gesellschaft zugewiesen wurden.

Gemäß dem Stadtratsbeschluss V/2011/10049, dem vorausgegangen waren entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien der EglG wie auch bei Unternehmen der Stadtwerke, sind die fertig gestellten Anlagen entweder an die Stadt Halle als auch an verschiedene SWH-Unternehmen übertragen worden. Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind gemäß diesem Stadtratsbeschluss teilweise generell durch die Gesellschaft zu tragen oder so lange zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung werden von der Gesellschaft aus den erzielten Grundstücksverkäufen finanziert.

Die EglG wird die Energieanlagen im Star Park auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Netzgesellschaft der EVH GmbH vorläufig weiter als Kundenanlage gemäß §3 Nr. 24a EnWG betreiben, da eine Übertragung an die Netzgesellschaft der EVH GmbH vorerst aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit des Betriebes dieser Anlagen und noch zu klärender rechtlicher Rahmenbedingungen scheidet.

Die nach der erwähnten Beschlusslage an die Stadt Halle zu übertragenden Erschließungsstraßen und Grünanlagen sind beschlusskonform mit Wirkung ab 01.01.2013 in die Zuständigkeit der Stadt Halle (Saale) übergegangen.

Die mit diversen Landwirten abgeschlossenen Pacht- und Nutzungsverträge über die Industriegebietsflächen wurden im Jahr 2017 infolge der sich anbahnenden und auch erfolgten Ansiedlungen vollständig aufgekündigt. Erzielte Pachteinahmen, soweit sie sich bis zur Aufkündigung noch ergaben, sind unter „Sonstige betriebliche Erträge“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Im Jahr 2017 konnten weitere Teilflächen mit insgesamt ca. 50 ha Größe an Neuansiedlungen verkauft werden. Die mit diesen Grundstücksverkäufen verbundenen Verkaufserlöse wurden überwiegend auch in 2017 für die Gesellschaft liquiditätswirksam und stützen insofern die Liquidität der Gesellschaft in 2018 und folgende. Da den dabei erzielten Erlösen in geringerem Umfang kostenwirksam auszubuchende Vermögenswerte gegenüberstehen, wird das handelsbilanzielle Ergebnis in 2017 entsprechend positiv beeinflusst.

Außerdem nahm im Jahr 2017 ein bereits ansässiges Unternehmen eine ihm bereits 2011 eingeräumte Kaufoption über 6,4 ha in Anspruch.

Aufgrund des oben erwähnten handelsbilanziellen Effekts bei Veräußerung von Grundstücken konnte im Jahr 2017 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 4.111 T€ (Vorjahr 1.136 T€) erzielt werden.

Mit Beschluss der Gremien der Gesellschaft wurde das Unternehmen damit betraut, aufsetzend auf einer durch die Stadt Halle (Saale) selbst initiierten Machbarkeitsuntersuchung zur Erschließung einer Vorrangfläche in Halle-Tornau als Gewerbegebiet durchzuführen.

Hintergrund ist ein sich im Ergebnis der sehr erfolgreichen Vermarktungsbemühungen im Star Park auftuender Bedarf an darüber hinaus verfügbar zu machenden Gewerbeflächen im Greenfield-Segment und Eigentum der Stadt Halle (Saale) bzw. städtischer Unternehmen.

Die Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchung werden aktuell in den Gremien der Gesellschaft beraten und sollen bei Nachweis einer für die Stadt Halle (Saale) wirtschaftlichen Umsetzbarkeit kurzfristig dem Stadtrat zur Befassung vorgelegt werden.

Das Finanzamt Halle hat in 2017 eine Betriebsprüfung zur Umsatzsteuer des Jahres 2015 zum Abschluss gebracht. Im Ergebnis sind Korrekturen der geltend gemachten Vorsteuer (Verminderung) festgelegt worden, deren Kompensation durch Gutschriften der geschäftsführenden EVG für nicht gegenüber der EglG abrechenbare Leistungen erfolgt ist.

Die Stadt Halle (Saale) hat im Jahr 2017 von ihrem Anspruch Gebrauch gemacht und mit Beschluss des Stadtrates vom 22.08.2017 eine Kapitalentnahme i. H. v. 2.925 T€ für verschiedene eigene Verwendungen beschlossen. In 2017 erfolgte diese i. H. v. 2.802 T€.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage eigener Einnahmen dennoch während des gesamten Geschäftsjahres 2017 und auch darüber hinaus gesichert.

Die Gesellschaft wies per 31.12.2017 einen Liquiditätsbestand i. H. v. 7.975 T€ (Vorjahr: 3.919 T€) aus.

Die Gesellschafterversammlung der EglG trat im Jahr 2017 zweimal zusammen und befasste sich dabei insbesondere mit dem Jahresabschluss 2016 und der Wirtschaftsplanung 2018 und der Mittelfristplanung 2018 bis 2022.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, der geschäftsführenden Gesellschaft der EglG, in seinen insgesamt 4 ordentlichen Sitzungen und 3 außerordentlichen Sitzungen regelmäßig mit den wichtigen Angelegenheiten der EglG.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Die Gesellschaft strebt gemäß dem festgestellten Wirtschaftsplan die vollständige Finanzierung des ihr in 2018 und auch darüber hinaus entstehenden Aufwandes aus eigenen Einnahmen an.

Im Auftrag der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) wurde durch die Rauschenbach & Kollegen GmbH im September 2014 ein Unternehmenskonzept zur Neuausrichtung der EVG vorgelegt, von den zuständigen Organen in mehreren Sitzungen beraten und letztendlich mit der Feststellung des Wirtschaftsplanes 2015 bestätigt und mit der Wirtschaftsplanung 2016 fortgeschrieben.

Dieses Konzept sieht für die EVG die Übernahme der Federführung insbesondere bei der Vermarktung der Gewerbeflächen der EglG (Star Park) vor. Die dafür erforderliche Anstellung geeigneter Mitarbeiter ist inzwischen erfolgt. Der EglG kommt insofern die ausschließliche Rolle der die Grundstücke im Star Park besitzenden Gesellschaft zu.

Mittel- bis langfristig sollen auch die als einzige Erschließungsanlagen noch bei der Gesellschaft verbliebenen Energieanlagen an die dafür im städtischen Beteiligungsportfolio zuständige Netzgesellschaft übertragen werden.

Ab dem Geschäftsjahr 2016 ist pro Jahr ein Flächenverkauf im Star Park von 25 ha geplant, dessen Realisierung intensivster Anstrengungen bedarf. Diese Zielstellung wurde im Jahr 2017 mit 56,4 ha deutlich übererfüllt. Auch die sich für 2018 abzeichnenden Grundstücksverkäufe lassen eine Erfüllung dieser Zielstellung erwarten.

Die Gesellschaft verfügt per 31.12.2017 noch über ca. 80 ha vermarktbar Fläche.

Die Stadt Halle hat daher im Rahmen einer Machbarkeitsstudie Potentialflächen für die zügige Beplanung und Erschließung als Gewerbegebiet untersuchen lassen.

Die EglG ist daraus abgeleitet beauftragt worden, eine vertiefende Machbarkeitsuntersuchung (MBU) für eine der ausgewiesenen Potentialflächen, die sich durch für Logistikunternehmen besonders interessante Standortmerkmale auszeichnet, anzustellen.

Diese MBU wurde zu Beginn des Jahres 2017 ausgeschrieben und vergeben. Ergebnisse liegen inzwischen vor und sollen über einen durch den Stadtrat zu fassenden Grundsatzbeschluss die Grundlage für die Entwicklung eines weiteren Gewerbeflächenangebotes der Stadt Halle (Saale) sein. In diesem Zusammenhang ist auch über die vom Gutachten empfohlene Beauftragung der Entwicklungsgesellschaft mit dieser Aufgabe zu befinden.

Mit dieser Gebietsentwicklung soll einerseits dem sich abzeichnenden Flächenverzehr im Star Park begegnet werden. Andererseits soll ein Alternativflächenangebot für Logistikansiedlungen geschaffen werden, die aktuell den Schwerpunkt an Anfragen für den Star Park bilden.

Die im Star Park dafür nach Wirtschaftsförderungskonzept ausgewiesenen Flächen sind jedoch bereits nahezu vollständig ausgeschöpft.

Die Gesellschaft selbst kann aus den zwischenzeitlich vereinnahmten Verkaufserlösen sowohl ihren eigenen laufenden Aufwand als auch den sich aus der Geschäftsbesorgung durch die EVG entstehenden Aufwand ohne Zuschussbedarf aus dem städtischen Haushalt bestreiten.

Dies gilt auch unter Berücksichtigung sich abzeichnender weiterer Kapitalentnahmen der Stadt Halle (Saale).

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Götte, Dieter
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Sprung, Michael
		Cierpinski, André
		Hintz, Katharina
		Nagel, Elisabeth
		Rupsch, Marko

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2017 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	8	8	8

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	69	19	84	31	38	19	-15	-18
Umlaufvermögen	288	80	186	68	160	80	102	55
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	3	1	2	1	-1	-33

Bilanzsumme	359	100	273	100	200	100	86	32
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	125	35	109	40	71	36	16	15
Rückstellungen	61	17	70	26	89	44	-9	-13
Verbindlichkeiten	173	48	94	34	40	20	79	84

Bilanzsumme	359	100	273	100	200	100	86	32
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	930	759	0
sonstige betriebliche Erträge	31	28	683
Materialaufwand	200	200	0
Personalaufwand	388	318	340
Abschreibungen	22	15	6
sonstige betriebliche Aufwendungen	333	216	336
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			1
Ergebnis nach Steuern	17	38	
sonstige Steuern	1	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	16	38	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	16	38	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,75	4,95		%
Eigenkapitalrentabilität:	14,90	52,55	1,82	%
Cash-Flow:	38	52	8	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	192	197	137	T€
Personalaufwandsquote:	40,45	40,39	49,70	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,95	0,91	1,52	%
Eigenkapitalquote:	34,85	39,92	35,72	%
Fremdkapitalquote:	65,15	60,08	64,28	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 25. November 2009 erfolgte eine Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2017 in 4 ordentlichen Sitzungen und 3 außerordentlichen Sitzungen und befasste sich regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, dem Jahresabschluss 2016 und dem Wirtschaftsplan 2018 sowie der Mittelfristplanung bis 2022, der Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und aktuellen Ansiedlungsverfahren.

Der Aufsichtsrat behandelte regelmäßig die Aktivitäten der Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd durch die Gesellschaft als Treuhänder der Stadt Halle (Saale).

In mehreren Sitzungen befasste sich der Aufsichtsrat mit Geschäftsführungsangelegenheiten, so der Verlängerung der Bestellung des Geschäftsführers bis zum 31.12.2018 und der Organisation der Nachfolgeregelung.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle hatte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks im Jahr 2007 beauftragt. Auf der Grundlage von zwei Stadtratsbeschlüssen vom Oktober 2007 und Oktober 2008 sind die dafür erforderlichen, insbesondere finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wird zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Ein entsprechender Zuwendungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegt mit Datum 18. Mai 2009 vor. Die investive Erschließung des Star Park wurde fristgerecht zum Jahresende 2014 abgeschlossen. Der darauffolgend zu erstellende Verwendungsnachweis über die erhaltenen Fördermittel wurde ebenso fristgerecht im Juni 2015 an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt übergeben.

Im Ergebnis der von der Investitionsbank Ende 2016 begonnenen Prüfung des Verwendungsnachweises erging mit Datum 15.05.2017 ein abschließender Feststellungs- bzw. Prüfbescheid. Darin werden die Ergebnisse des Verwendungsnachweises der EgIG bestätigt und bisher einbehaltene Fördermittel vollständig zur Auszahlung angewiesen.

In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wurde in 2014 mit der Rauschenbach & Kollegen GmbH ein Beratungsvertrag zur Erstellung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und zur fachlichen Begleitung bei der Umsetzung dieses Konzeptes (siehe Abschnitt A.) abgeschlossen. Dieses Konzept liegt vor und wurde in mehreren Aufsichtsratssitzungen beraten. Die sich daraus begründende Schaffung von mehreren Mitarbeiterstellen für Akquise und Standortmarketing wurde noch in 2014 zur Stellenausschreibung geführt und das Personalauswahlverfahren wurde Anfang 2015 abgeschlossen.

Dessen Ergebnisse wurden in der Sitzung des Aufsichtsrates am 17.02.2015 gebilligt.

Die mit dem Unternehmenskonzept einhergehende Unternehmensplanung für den Mittelfristzeitraum 2015-2019 wurde sowohl vom Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen, wie durch den Finanzausschuss des Stadtrates als dem nach der Hauptsatzung des Stadtrates zuständigen Gremium in dessen Sitzung am 20.01.2015 festgestellt.

Diese Planung wurde im Zuge der anstehenden Wirtschaftsplanung für 2017 und die Mittelfristplanung bis 2021 fortgeschrieben. Auch hierzu ergingen einschließlich der in der Planung berücksichtigten Aufwands- und Ertragspositionen aus der in Treuhanderschaft für die Stadt Halle ab 01.01.2016 zu übernehmenden Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd alle erforderlichen Gremienbeschlüsse.

Das übergreifende Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle wurde in der Sitzung des Stadtrates im Mai 2016 verabschiedet, woraus sich für die Gesellschaft eingeschränkte Aufgabenzuordnungen im Bereich von Neuansiedlungen außerhalb des Star Park ergaben, die im operativen Geschäft entsprechend umgesetzt wurden.

Damit sind für die Gesellschaft alle erforderlichen Beschlüsse zur Umsetzung des ausgearbeiteten Unternehmenskonzeptes gefasst.

Aus den gemeinsam mit der Stadt Halle betriebenen Akquisebemühungen resultierten in 2017 vier weitere Neuansiedlungen im Star Park auf ca. 50 ha Fläche. Ein Bestandsunternehmen im Star Park machte von einer ihm eingeräumten Kaufoption Gebrauch und erwarb weitere 6,4 ha Fläche.

Die Gesellschaft nahm mit Datum 01.01.2016 die im Auftrag der Stadt Halle durchzuführende Aufgabe als Entwicklungsträger für das Entwicklungsgebiet Heide-Süd auf.

Sie bedient sich dazu der Unterstützung der SALEG.

Alle anstehenden Aufgaben konnten termingerecht abgearbeitet werden.

Die Arbeiten konzentrierten sich dabei im Wesentlichen auf die Begleitung des laufenden Bebauungsplanverfahrens Nr. 32.6 für das letzte zu erschließende Wohngebiet am Grünen Dreieck. Der diesbezügliche B-Plan wurde nach Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 11.11.2017 rechtskräftig.

Im Jahr 2017 wurde eine bereits im Jahr 2016 begonnene Betriebsprüfung des Finanzamtes Halle zur Umsatzsteuer des Jahres 2015 zum Abschluss gebracht.

Schwerpunkte der Prüfung waren die Leistungsbeziehungen der Gesellschaft mit der EglG und der Stadt Halle (Saale), die sich aus der konzeptionellen Neuausrichtung der Gesellschaft ergaben.

Die dabei ergangenen Prüfungsfeststellungen sind im Jahresabschluss 2017 berücksichtigt.

Der Jahresabschluss 2017 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 16 (im Vorjahr: TEUR 38) aus.

Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um.

Weiter steht der EVG gemäß Gesellschaftsvertrag der EglG eine Vergütung für die EglG übernommene Haftung in Höhe von TEUR 1 zu.

Das mit der Stadt Halle für die Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd vereinbarte pauschale Jahreshonorar i. H. v. 290 T€ Netto wurde im Jahr 2017 vollständig für die Bezahlung der mit der Entwicklungsmaßnahme einhergehenden Aktivitäten verauslagt, so dass das Ergebnis der Gesellschaft dem Plan entspricht.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag TEUR 85 (Vorjahr TEUR 46). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2017 gesichert.

C. **Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben**

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens.

Im Rahmen der vorgenommenen Regelungen werden die sich daraus ergebenden vertraglichen Belange so gestaltet, dass, soweit sich dies nach dem Verursachungsprinzip auch so darstellt, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Aktivitäten der EglG auch direkt zugeordnet werden.

Risiken ergeben sich für die EVG soweit zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, nach Abschluss der Erschließung des Star Park insbesondere aus der Verwaltung der geschaffenen Infrastruktur und der Vermarktung der erschlossenen Grundstücke.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Um dies dauerhaft zu gewährleisten, wurde durch die zuständigen Organe der Gesellschaft insbesondere die Erarbeitung einer Konzeption zur Neuausrichtung der Gesellschaft mit dem Schwerpunkt der Akquise um Ansiedlungsunternehmen beschlossen.

Über ein erarbeitetes und in ständiger Anpassung befindliches Standortmarketingkonzept sowie die sich darauf begründende verstärkte Akquisetätigkeit um Ansiedlungen speziell für das Industriegebiet Star Park sind die Grundlagen zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit von EVG und EglG aus ausschließlich eigenen Mittelaufkommen zu schaffen. Die Gesellschaft schätzt ein, dass die Umsetzung des festgestellten Wirtschaftsplanes 2017 ohne Inanspruchnahme von Fremdmitteln aus den bereits realisierten und sich weiter abzeichnenden Verkaufserlösen finanziert werden können.

Das von der EVG verfolgte Unternehmenskonzept beinhaltet neben Vermarktungsaktivitäten von Grundstücken der EglG (Star Park) auch Aufgaben zur Gewinnung von Neuansiedlungen im Stadtgebiet.

Die sich aus diesen Aktivitäten für die Gesellschaft ergebenden Aufwendungen werden der Stadt Halle (Saale) in Rechnung gestellt.

Ein diesbezüglicher Kooperationsvertrag ist endverhandelt und wird dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in dessen Sitzung im April 2018 zur Zustimmung vorgelegt.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2018 und der Mittelfristplanung bis 2022 wurde in den Gremien der Gesellschaft über die weitere Umsetzung des in 2014 ausgearbeiteten neuen Geschäftsmodells erneut befunden und eine Fortschreibung beschlossen.

Die darin insgesamt für die EVG und in deren Verantwortung vorgesehenen Aufgaben sind eingebettet in ein von der Stadt Halle erarbeitetes Gesamtwirtschaftsförderungskonzept.

Dieses Konzept wurde im Mai 2016 vom Stadtrat der Stadt Halle beschlossen. Die sich daraus ergebenden Auswirkungen sind in der Wirtschaftsplanung für 2018 ff. berücksichtigt.

Die EVG hat auf der Grundlage eines ergangenen Stadtratsbeschlusses mit der Stadt Halle einen Vertrag zur Übernahme und Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd abgeschlossen und hat mit Wirkung ab 01.01.2016 die sich daraus begründenden Aktivitäten aufgenommen.

Die Gesellschaft wird diese Aufgabe mit eigenen Ressourcen und unter Einbindung eines externen Dienstleisters zu einem mit der Stadt Halle vertraglich vereinbarten, kostendeckenden Entgelt ausführen.

Die EVG ist als geschäftsführende Gesellschaft der EglG gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) damit befasst, im Stadtgebiet Halle nach erschließbaren, großflächigen Gewerbeflächen zu suchen. Die Ergebnisse einer Machbarkeitsuntersuchung zum Potentialraum Halle-Tornau liegen vor und werden aktuell im Aufsichtsrat der EVG behandelt.

Zielstellung ist, dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) kurzfristig eine Vorlage zur Fassung eines Grundsatzbeschlusses zur Entwicklung eines Gewerbegebietes in Halle-Tornau vorzulegen, in der auch die weitere Einbindung und einzunehmende Rolle der EglG/EVG behandelt werden soll.

Insgesamt wird damit von einem tragfähigen Bestand des Unternehmens im Mittelfristzeitraum ausgegangen.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Nowak, Andreas	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike	
		Ahrens, Steffen	
		Boßmann, Claus Peter	
		Dr. Fikentscher, Rüdiger	
		Krischok, Marion	
		Loeser, Tony	
		Meßmer, Alexander	(seit 25.10.2017)
		Raszat, Leif	(bis 26.07.2017)
		Sund, Sven	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	8	9	8

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	11.142	90	11.113	95	10.284	93	29	0
Umlaufvermögen	1.241	10	559	5	809	7	682	122
Rechnungsabgrenzungsposten	28	0	19	0	24	0	9	47

Bilanzsumme	12.411	100	11.691	100	11.117	100	720	6
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.524	12	811	7	863	8	713	88
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	9.764	79	9.693	83	9.012	81	71	1
Rückstellungen	108	1	390	3	388	3	-282	-72
Verbindlichkeiten	1.013	8	795	7	852	8	218	27
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	2	0	2	0	0	0

Bilanzsumme	12.411	100	11.691	100	11.117	100	720	6
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	612	631	403
andere aktivierte Eigenleistungen	0	41	0
sonstige betriebliche Erträge	862	345	361
Personalaufwand	266	269	264
Abschreibungen	586	366	330
sonstige betriebliche Aufwendungen	470	409	373
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	175	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	402	12	6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-208
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-75	-39	
sonstige Steuern	12	13	13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-87	-52	-221
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-87	-52	-221

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-14,27	-6,23	-54,80	%
Eigenkapitalrentabilität:	-5,42	-4,62	-20,37	%
Cash-Flow:	499	327	109	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	295	254	191	T€
Personalaufwandsquote:	18,03	26,40	34,52	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,76	95,03	92,51	%
Eigenkapitalquote:	12,28	6,94	7,76	%
Fremdkapitalquote:	87,72	93,06	92,24	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
vermietbare Fläche	4.287,72	4.287,72	3.700,00	m ²
Auslastung	98,80	99,30	98,20	%

f) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit 2017 standen vor allem der kontinuierliche Betrieb der Postproduktionsstudios, die Beibehaltung der hohen Auslastungsquote bei der Vermietung von Räumlichkeiten, die Beendigung des gerichtlichen Auseinandersetzungs mit dem ehemaligen Architekturbüro und die Erlangung eines finalen Fördermittelbescheides für die Gesamtwiederherstellung des Gründerzentrums MMZ.

Der Aufsichtsrat hat dabei die Geschäftsführung auch außerhalb der insgesamt vier ordentlichen Sitzungen und einer außerordentlichen Sitzung begleitet, unterstützt und beraten. Nötige Freigaben und Entscheidungen wurden durch die Gremien unter teilweiser Einbeziehung der Projektsteuerung sowie der juristischen Vertretung erläutert und abschließend herbeigeführt.

Der Jahresabschluss 2017 schließt bei einer Bilanzsumme von 12.410.644,56 Euro und mit einem Jahresfehlbetrag von 87.375,26 Euro ab. Als Ursachen für das Jahresdefizit sind weiterhin die hochwasserschadensbedingt fehlenden Umsatzerlöse der Tiefgarage, der Veranstaltungsbereiche und der eingeschränkten Vermietung zu benennen. Hingegen konnten die Umsatzerlöse aus den Postproduktionsstudios (Ton und Bild) erneut zur Ergebnisverbesserung beitragen. Ebenso wirkte sich die weiterhin hohe Auslastung bei der Bürovermietung positiv auf das Jahresergebnis aus. Durch die kontinuierliche Kostenkontrolle und Kostenreduzierung konnten weitere Effekte erzielt werden.

Analog der Vorjahre 2015 und 2016 wurde seitens der Gesellschafterin im Geschäftsjahr 2017 kein Verwaltungskostenzuschuss gezahlt.

Trotz eines Personalwechsels im Jahr 2017 beschäftigte die Gesellschaft am Ende des Jahres inklusive des Geschäftsführers fünf Personen. Der Vertrag der Mitarbeiterin für den Film Commission Service Sachsen-Anhalt konnte, aufgrund der weiteren 100 prozentigen Finanzierung durch die Mitteldeutsche Medienförderung und die Investitionsbank Sachsen – Anhalt, bis zum 31.12.2018 verlängert werden.

Die Rückzahlungsfrist des gewährten Gesellschafterdarlehens (Flutsoforthilfe) in Höhe von 500 TEUR wurde bereits im 2015 durch die Gesellschafterin verlängert. Darüber hinaus wurde dem Unternehmen ein Darlehen in Höhe von 100.000 Euro durch die Saalesparkasse bereitgestellt. Ein weiteres Darlehen der Saalesparkasse über 100.000 Euro wurde in Aussicht gestellt und kann bei Bedarf beantragt werden. Die ausgereichten finanziellen Mittel dienen der Überbrückung der laufenden Liquidität im Zeitraum des Wiederaufbaus und sind beginnend ab dem Jahr 2020 vertragsgemäß zurückzuzahlen.

1. Ertragslage

Die gute Vermietungssituation insbesondere in den Studiobereichen für Bild – und Tonpostproduktion trug zur Stabilisierung der Umsatzerlöse bei. Der Gesamtumsatz im Jahr 2017 beziffert sich auf 612 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum reduzierten sich allerdings die Umsätze leicht um 18 TEUR (Vorjahr 631 TEUR). Ursache hierfür sind Projektverschiebungen im Bereich der Postproduktion (Bild – und Tonbearbeitung) in den Vorjahren.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 87.375,26 Euro.

1.2. Finanzlage

Im Berichtsjahr 2017 vermindert sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit um TEUR 53,5 auf TEUR -117,2 (Vorjahr -63,7 TEUR).

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-616 TEUR) lag um 579 TEUR unter dem Vorjahreswert (-1.195 TEUR).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit erhöht sich um 373 TEUR (Vorjahr 989 TEUR) auf TEUR 1.362 und speist sich im Wesentlichen aus Einzahlungen von Investitionszuschüssen von TEUR 562 (Vorjahr TEUR 989) und der Einzahlung in die Kapitalrücklage durch die Gesellschafterin in Höhe von TEUR 800.

Die Zahlungsmittel waren mit 1.124 TEUR gegenüber dem 31. Dezember 2016 (Vorjahr TEUR 495) um 629 TEUR höher.

Aufgrund der Verlängerung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 500 TEUR und der Finanzierung der Saalesparkasse, ist die Gesellschaft weiter in der Lage das laufende operative Geschäft zu führen.

1.3. Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahr 2016 erhöht sich die Bilanzsumme um 720 TEUR auf 12.411 TEUR.

Im langfristigen Vermögen erhöhen sich die Sachanlagen im Wesentlichen durch den Wiederaufbau. Investitionen wurden in Höhe von 616 TEUR getätigt, welche hauptsächlich Investitionen für den ersten Projektabschnitt beinhalten.

Der Rücklagenanteil Sonderposten erhöht sich durch die Zuführung des Sonderpostens „Aufbauhilfe Hochwasser“ um 98 TEUR. Inklusive der Auflösung für geförderte Anlagegüter beträgt der Sonderposten zum Jahresende 9.764 TEUR (Vorjahr 9.693 TEUR).

Die Rückstellungen vermindern sich zum Vorjahr (390 TEUR) um 282 TEUR auf 108 TEUR.

Die Verbindlichkeiten steigen gegenüber dem Vorjahr (794 TEUR) um 219 TEUR. Grund hierfür sind insbesondere die ausstehende Rate aus dem abgeschlossenen Rechtstreit.

2. Wiederaufbau des Gründerzentrums nach Hochwasser 2013

Der seit 30.06.2016 vorliegende vorläufige Bescheid wurde mit Datum 01.09.2017 in einen bestätigten Zuwendungsbescheid „Aufbauhilfe Hochwasser 2013“ finalisiert. Gemäß Bescheid wurde eine Vollfinanzierung in Höhe von 14.764.136,63 Euro gewährt. Die bestätigten Fördermittel weichen um 581 TEUR von der beantragten Fördersumme ab. Die Differenz resultiert aus unterschiedlichen Berechnungen zu Mengen und Preisen. Die Gesamtanierung kann mit der, gemäß baufachlicher Prüfung als angemessen beurteilt, Summe realisiert werden. Sollten sich aufgrund von Ausschreibungsergebnissen andere Werte ergeben, sind diese beim Fördermittelgeber anzuzeigen und mittels Antragstellung nach zu bescheiden. Eine Beschlussfassung zur unmittelbaren Umsetzung der ersten Maßnahmen erfolgte mit der AR- Sitzung am 13.09.2017. Dies betraf insbesondere das Thema Hochwasserschutz, Abbruchleistungen und Baustelleneinrichtung. Die weiteren Schritte zur Umsetzung der Wiederherstellung wurden im Wirtschaftsplan 2018 ff. fixiert und durch die Gremienläufe bestätigt. Die Umsetzung der ersten Maßnahmen beginnen Anfang Februar 2018 mit der Errichtung des Dammbalkens für als Verankerung für das Dammbalkensystem (Hochwasserschutz). Die notwendigen Bohrpfähle zur Verankerung des Dammbalkens wurden Ende 2017 in den Untergrund eingebracht. Die Abbruchmaßnahmen in den Untergeschossen Ebene -4 bis -1 sollen unmittelbar anschließen. Die Rohbauarbeiten für die beiden Aufbauten sollen im Mai 2018 beginnen. Gemäß aktuellen Bauzeitenplan ist die Eröffnung der Tiefgarage für Mitte 2019 avisiert. Die Gesamtfertigstellung des gesamten Gründerzentrums ist aktuell auf Mitte 2020 terminiert.

3. Vermietungsgeschäft

Nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes (Studiobereiche) erhöhte sich die momentan vermietbare Fläche auf 4.287,72 m². Die vorhandenen kleinen Büroflächen mit ca. 20 m² Grundfläche bilden weiterhin die Basis für die Einmietung von Existenzgründern und deren kontinuierliche Entwicklung. Die konstant hohe Auslastungsquote und die Flexibilität bei der Anmietung, spiegeln auch im Geschäftsjahr 2017 die zeitgemäße und branchenbezogene Ausrichtung des Vermietungskonzeptes wieder.

3.1. Arbeits- und Büroflächen

Die Auslastung der Büro – und Arbeitsflächen (ca. 3.600 m²) waren im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr (99,3%) mit 98,8% leicht rückläufig. Dennoch bleibt die Leerstandsquote mit 1,24 % wie in den Vorjahren auf einem geringen Niveau. Flächentechnisch entspricht dies einem Leerstand von durchschnittlich 53 m² im Jahr 2017.

Aufgrund der abgeschlossenen Staffelmietverträge erhöhte sich der durchschnittliche Mieterlös pro m² von 4,55 Euro im Vorjahr auf 4,67 Euro pro m² im Jahr 2017.

3.2. Produktionsbereiche

Auch im Geschäftsjahr 2017 tragen die Umsatzerlöse aus der Vermietung der Studiobereiche (Bild & Ton) zur Stabilisierung des Geschäftsergebnisses bei. Die erzielten Umsatzerlöse in Höhe von 144.760,00 Euro liegen gegenüber dem Vorjahr (159.185,00 Euro) leicht zurück. Das Umsatzziel in Höhe von 125 TEuro konnte dennoch erfüllt werden. Die finale Realisierung von Kinoton - und Bildprojekten steht dabei in Abhängigkeit zur Dreh- und Bearbeitungszeit (Schnitt) sowie zu dem durch die regionale Filmförderung (MD) ausgereichten Förderbetrag. Darüber hinaus ist entscheidend, welcher regionale Effekt (bspw. Dreh oder Postproduktion) durch die Produktionsfirmen als Gegenleistung im Fördergebiet erbracht wird.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche

Wie bereits in den Vorjahren beschränkt sich die zur Verfügung stehende Veranstaltungsfläche auf den Panoramasaal mit ca. 100 m² im Schwebekörper und die Kubuslounge sowie den Sheddachraum (Produktionsraum für Internetfotographie) im Gebäudeteil Kubus. Die erzielten Umsatzerlöse konnten gegenüber dem Vorjahr (22.327,29 Euro) nochmals leicht gesteigert werden und belaufen sich im Geschäftsjahr 2017 auf 24.330,50 Euro. Weitere Veranstaltungsräume stehen erst nach Abschluss der Gesamtwiederherstellung ab Mitte 2020 zur Verfügung.

3.4. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Eine Wiederinbetriebnahme der Tiefgarage ist erst mit Umsetzung des zweiten Projektabschnitts möglich. Im Geschäftsjahr 2017 konnten abweichend vom Wirtschaftsplan 2017 ff. (10 TEuro) noch keine Umsatzerlöse erzielt werden. Erste Umsatzerlöse sind in der Wirtschaftsplanung 2018 ff. für 2019 verankert. Voraussetzung dafür ist die fristgerechte Wiederherstellung der Tiefgarage bis Mitte 2019.

4. Netzwerk- und Projektarbeit

Die Gesellschaft engagierte sich auch im Geschäftsjahr 2017 im Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA], im International Academy of Media and Arts e.V. [IAMA], im Sachsen-Anhalt Medien e.V. [SAM], im Bundesverband mittelständische Wirtschaft [BVMW] und im Förderverein Pro Halle e.V..

Darüber hinaus konnten einige Projekte direkt gefördert werden. Neben dem einmal im Monat stattfindenden Web-Montag, konnte auch die erste Veranstaltung TEDxUni Halle unterstützt werden. Ebenso war das MMZ Halle in weitere Veranstaltungen des science2media Netzwerkes eingebunden. Hier sind insbesondere das 3. Foresight Filmfestival und die „science2youth“ – Konferenz zu erwähnen. Darüber hinaus hat sich das Engagement der letzten Jahre im science2media Netzwerk für alle Beteiligten ausgezahlt. Die unterschiedlichen Aktivitäten im Bereich der Wissenschaftskommunikation (bspw. Nanospot-Festival, science2movie Akademie, Foresight Filmfestival) führten dazu, dass die Stadt Halle (Saale) die finale Auswahlrunde für das internationale Wissenschafts-Medien-Festival der Robert Bosch Stiftung für sich entscheiden konnte. Das erste „Silbersalz Festival“ wird in Kooperation Documenatry Campus im Jahr 2018 in Halle stattfinden. Die Gesellschaft unterstützte den Bewerbungsprozess sowohl inhaltlich als auch personell und wird sich im Rahmen seiner räumlichen Möglichkeiten an der Umsetzung beteiligen.

Die seit 2016 erfolgreich eingeführte Mittagsveranstaltung „Bratwurst und Networking“ wurde auch im Jahr 2017 rege genutzt. Ein weiterer Höhepunkt war die Sommerlounge der halleschen Gründerzentren. Auf der gemeinsamen Mieterveranstaltung mit dem Weinberg Campus Technologiepark, konnten die kreativen Köpfe der halleschen Gründerzentren ihre Gedanken während einer sommerlichen Bootsfahrt auf der Saale austauschen. Neben dem Kennenlernen standen insbesondere Themen der digitalen Beteiligungsformate und die gezielte Nutzung von Big-Data-Analysen auf der Tagesordnung.

Im Rahmen der halleschen Postproduktionsallianz konnte unter Federführung der digital images GmbH ein erstes Dolby Atmos Projekt im MMZ Studio realisiert werden. Das Konzert „Wutfänger – Live in Berlin“ der Musikband Silly konnte mit Unterstützung des ortsansässigen Projektpartners METRIX Media GmbH im neuen Tonformat erstellt werden.

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung

An der Umsetzung der im 2014er „Konzept zur Fortführung des MMZ“ fixierten inhaltlichen Schwerpunkte wurde im Berichtszeitraum kontinuierlich weiter gearbeitet. Die kompakte Struktur der Gesellschaft bietet für die Anforderungen der Medienbranche sehr gute Voraussetzungen. Basierend auf den Erfahrungen der letzten zehn Betriebsjahre kann innerhalb kurzer Zeit auf die Ansprüche der Existenzgründer und Mieter reagiert werden. Dies erfordert bei den Mitarbeitern eine hohe Kompetenz und in der Gesellschaft kurze Entscheidungswege.

Für die Auslastung der Postproduktionsbereiche hat insbesondere die Entwicklung der Filmförderung in Mitteldeutschland einen maßgeblichen Einfluss. Mit der Unterstützung junger erfolversprechender Projekte, trägt die Gesellschaft ebenfalls zur dauerhaften Ansiedlung von Unternehmen und der Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze bei. Zur Optimierung der Prozesse im Bereich der MMZ-Studios hat die GmbH sich seit November personell erweitert.

Mit der Einstellung eines Medientechnikers hat das Unternehmen den Anforderungen der Studionutzer Rechnung getragen und kann somit die technische sowie personelle Betreuung im Bereich der Ton- und Bildbearbeitung weiter ausbauen. Dies bildet für die zukünftige Entwicklung des Postproduktionsstandortes, mit seiner akustisch und technisch hochwertigen Ausstattung, eine solide Basis und bietet nationalen sowie internationalen Kunden die benötigte Fachkompetenz vor Ort.

Darüber hinaus orientiert sich das Mitteldeutsche Multimediazentrum für die weitere Ausrichtung an den Anforderungen der Entwicklungsbranchen Medientechnologie, Mediendienstleistungen und IT. Die Bedarfe wurden aus der Studie „Spezifische Anforderungen an Unternehmen der Kreativwirtschaft in Sachsen- Anhalt“ abgeleitet und in die Unternehmenskonzeption übernommen. Dabei steht die Bereitstellung von Räumen und Infrastruktur, Unterstützung bei Akquise und Auftragsentwicklung sowie die Aus- und Weiterbildung von Personal im Fokus der identifizierten Handlungsfelder. Ebenso spielen die weichen Standortfaktoren wie die private Verankerung, vorhandene Geschäftskontakte sowie das Vorhandensein eines Netzwerkes eine besondere Rolle. Im Fokus der harten Faktoren stehen dabei weiterhin die gute Infrastruktur mit niedrigen Miet- bzw. Objektkosten, die Nähe zu potentiellen Kunden und den universitären Einrichtungen sowie den Forschungseinrichtungen.

Die Vernetzung von strategischen Partnern und die Bildung von Allianzen ist dabei als unterstützende Funktionen ein wichtiges Instrument. Die Netzwerk- und Projektarbeit, die Gründerberatung und das Herstellen von Erstkontakten sind dafür geeignete Werkzeuge.

Diese Maßnahmen werden mit dem Ziel betrieben, das Mitteldeutsche Multimediazentrum und den Standort Halle (Saale) langfristig zum erfolgreichen Medienstandort auszubauen und zu stabilisieren. Diese Grundlagen und Anforderungen wurden entsprechend im Wirtschaftskonzept der Stadt Halle (Saale) berücksichtigt.

Voraussetzung für Umsetzung der Maßnahmen ist die vollständige Wiederherstellung des Gründerzentrums. Die Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 4 konnten bereits im Vorjahr mit Hilfe der beauftragten Fachplaner abgeschlossen werden. Nachdem der finale Fördermittelbescheid nunmehr seit September 2017 vorliegt, wurde umgehend mit der Ausführungsplanung (Leistungsphase 5) begonnen und die Ausschreibungsunterlagen für die bevorstehenden Maßnahmen erarbeitet. Die bauliche Umsetzung ist ab Beginn 2018 geplant.

Mit der ersten Maßnahme für den Hochwasserschutz wurde bereits mit der Herstellung der benötigten Bohrpfähle zum Ende 2017 begonnen. Der erforderliche Dammbalken, welcher das mobile Schutzsystem im Hochwasserfall aufnimmt, wird im Februar 2018 gefertigt. Nach erfolgter Lieferung der Schutzelemente (Dammbalkensystem) kann ein äußerer Schutz gewährleistet werden. Die abschließenden Arbeiten erfolgen mit der Herstellung der Außenanlagen. Die Umsetzung der Türschottung im vierten Untergeschoss zur Auftriebssicherung wird zeitnah im Anschluss erfolgen. Als weitere Vorsichtsmaßnahme werden die drei Zuluftöffnungen der Tiefgarage erneuert. Zukünftig werden die Öffnungen oberhalb der Hochwasserschutzmarke liegen und somit das Eindringen von Wasser verhindern.

Bevor die Rohbauarbeiten für die Untergeschosse und die beiden Plateaueaufbauten begonnen werden können, stehen ab Ende Februar 2018 die Abbruch – und Entkernungsarbeiten an.

Die Wiederinbetriebnahme der seit mehr als viereinhalb Jahren geschlossenen Tiefgarage, soll ab Mitte 2019 die angespannte Parkplatzsituation lösen und gleichzeitig zur Ergebnisverbesserung der Gesellschaft beitragen.

Im Frühjahr 2018 beginnen ebenso die Rohbauarbeiten für die beiden Ersatzneubauten auf den Plateauflächen. In dem kleineren Kubus (Neubau 1) werden sieben Büroräume und die notwendige Peripherie, wie Teeküche und Toilettenräume, entstehen. Der zweite Neubau beherbergt, neben 10 Büroeinheiten und der dazugehörigen Infrastruktur, ein Synchronstudio mit Regie für die Aufnahme von Sprache und Musik zur Nachvertonung von Kinofilmen.

Im ersten Untergeschoss werden nach erfolgter Entkernung drei Bereiche entstehen. Der in sich geschlossene Veranstaltungsbereich erstreckt sich entlang der zur Saale geplanten Außenanlage und bietet so die Möglichkeit eines Zugangs zum innerstädtischen Fahrgastschiffanleger. Die drei Veranstaltungsräume werden sich mittels mobiler Trennwände zu einem großen Saal für rund 220 Personen umbauen lassen. Der vierte Raum in diesem Bereich wird für rund 50 Veranstaltungsteilnehmer nutzbar sein und speziell für Präsentationen dienen.

Im mittleren Teil der Etage werden rund 13 Büroräume untergebracht. Der angrenzende Coworking- Bereich bietet Möglichkeiten der temporären Arbeitsplatznutzung. Abgerundet wird das erste Untergeschoss vom Event- bzw. Multifunktionsbereich. Der über zwei Geschosse reichende Raum der ehemaligen Kinomischung wird so geöffnet, dass eine Nutzung über beide Ebenen möglich sein wird. Der Zugang zum zweiten Untergeschoss wird über eine Galerie im ersten Untergeschoss mittels herabführender Treppen ermöglicht. Der Raum bietet so nicht nur eine neue optische Perspektive, sondern auch die Möglichkeit, diesen für verschiedene Konzepte wie beispielsweise Ausstellungen und Präsentationen zu nutzen. Ergänzt wird das Ensemble durch den angrenzenden Gastronomiebereich. Die Fertigstellung ist für Mitte 2020 avisiert.

2. Vermietungsgeschäft

Die Vermietung von kleinteiligen Büroflächen mit rund 20 m² wird weiterhin Schwerpunkt bleiben. Auf Grund der flexiblen Raumanmietung können die ansässigen Unternehmen ihr Wachstum den Marktbedingungen und -erfordernissen anpassen. Dies sind geeignete Voraussetzungen für die sehr schnelllebige Kreativ- und Medienbranche. Insbesondere für Unternehmen der Wachstumsbranchen, wie Software- bzw. Online- Entwicklung, Grafik- und Kommunikationsdesign, Web- und Filmwirtschaft, ergibt sich ein geeignetes Umfeld für ihre zukünftige Entwicklung. Die bisher durch die Förderrichtlinien der Europäischen Union vorgeschriebene begrenzte Einmietdauer, wurde zwischenzeitlich durch den Fördermittelgeber gelockert. Eine Einmietung über die maximal achtjährige Frist ist unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Dennoch wird es auch in Zukunft Veränderungen in der Anzahl und der Struktur der eingemieteten Unternehmen geben. Das Institut für Musik, Medien- und Sprechwissenschaften (IMMS), mit der Abteilung Medien- und Kommunikationswissenschaften bleibt weiterhin Ankermieter und Kooperationspartner für Projektrealisierungen aber auch Anlaufpunkt für junge Unternehmen.

3. Bewirtschaftung der Immobilie

Mit den nunmehr bewilligten Fördermitteln der Fluthilfe können die Planungen der letzten Jahre umgesetzt werden. Die in den letzten Jahren gegenüber dem Budget erzielten Ergebnisverbesserungen konnten die Verschiebungen zum ursprünglichen Konzept von 2014 kompensieren. Um eine weitere zeitliche Verzögerung zu verhindern, gilt es jetzt das Konzept zum Wiederaufbau zügig umzusetzen. In der Wirtschaftsplanung für 2018 ff. wurde diese Maßnahmen und Meilensteine entsprechend festgehalten. Grundvoraussetzung für eine positive Entwicklung ist die weiterhin gute Auslastung der Mietbereiche, insbesondere während der Bauphase. Oberste Zielstellung für die Gesellschaft bleibt weiterhin die Zuschussfreiheit.

4. Aus der Investitionstätigkeit resultierende betriebswirtschaftliche Risiken

Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Der seit 2008 anhängige Rechtsstreit konnte am 15.09.2017 per Vergleich vor dem Oberlandesgericht Naumburg beendet werden. Im Ergebnis erhält das ehemalige Architekturbüro die Vergütung für Resthonorarforderung nebst Zinsen in einer Gesamthöhe von 780.753,81 Euro. Zum Ausgleich des Betrages hat die Gesellschafterin einen Betrag in Höhe von 800 TEuro in das Eigenkapital der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH eingestellt. Der verbleibende Restbetrag dient zur anteiligen Deckung der Prozess- und Anwaltskosten. Im Gegenzug erhält die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH vom Architekturbüro eine Schadenersatzzahlung wegen mangelhafter Fenster. Inklusiv Zinsen beläuft sich der Betrag auf eine Höhe von 418.093,62 Euro. Damit sollen im Jahr 2018 die Mängel an den Fenstern im Schwebekörper behoben werden. Für den finanziellen Ausgleich wurde zwischen den Parteien eine Zahlungsvereinbarung getroffen. Die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH zahlt dabei nur den saldierten Betrag an das Architekturbüro in zwei Raten aus. Die erste Rate in Höhe von 209.046,81 Euro wurde am 10.10.2017 angewiesen. Die zweite Rate ist bis 31.01.2018 auszuzahlen.

Straßenausbaubeitrag Mansfelder Straße

Der bis 31.12.2015 gestundete Straßenausbaubeitrag für den „Ausbau der Verkehrsanlage Mansfelder Straße zwischen Schieferbrücke und Ankerstraße“ in Höhe von 157.336,42 Euro wird seit dem 01.01.2016 in 62 monatlich fälligen Raten zu je 2.500,00 Euro und einer Schlussrate in Höhe von 2.336,42 Euro fristgerecht getilgt. Mit Stand 31.12.2017 beträgt die Restforderung 94.836,42 Euro. Die Stundung wird zinsfrei gewährt.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Marktplatz 13
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Voß, Stefan	
Beirat:	Vorsitzender	Häder, Denis	(seit 24.03.2017 Vorsitzender, bis 30.09.2017)
	stellv. Vorsitzender	Bartl, Harald	(seit 24.03.2017 stellv. Vorsitzender)
		Dr. Brock, Inés	
		Drüppel, Thomas	(seit 24.03.2017)
		Erben, Matthias	(seit 01.10.2017)

Beirat:	Fleischer, Beate	(seit 24.03.2017)
	Gröbel, Grit	(seit 24.03.2017)
	Hintz, Katharina	
	Schramm, Rudenz	
	Wandrey, Holger	(seit 24.03.2017)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Genossenschaft Volksbank Halle e. G.

T€	%
0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	25	9	29	10	45	13	-4	-14
Umlaufvermögen	248	87	261	88	291	85	-13	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	11	4	6	2	6	2	5	83
Bilanzsumme	284	100	296	100	342	100	-12	-4
Passiva								
Eigenkapital	137	48	154	52	176	51	-17	-11
Rückstellungen	60	21	58	20	68	20	2	3
Verbindlichkeiten	87	31	84	28	98	29	3	4
Bilanzsumme	284	100	296	100	342	100	-12	-4

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	733	793	890
sonstige betriebliche Erträge	1.199	1.176	1.181
Materialaufwand	268	319	329
Personalaufwand	846	811	780
Abschreibungen	7	23	23
sonstige betriebliche Aufwendungen	827	837	887
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			52
Ergebnis nach Steuern	-16	-21	
sonstige Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-17	-22	51
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-17	-22	51

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,34	-2,72	5,72	%
Eigenkapitalrentabilität:	-11,11	-12,25	40,80	%
Cash-Flow:	-10	1	74	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	77	83	98	T€
Personalaufwandsquote:	43,77	41,21	37,66	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,85	9,64	11,57	%
Eigenkapitalquote:	48,31	52,19	51,48	%
Fremdkapitalquote:	51,69	47,81	48,52	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	12,00	11,00	15,00	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	73,00	66,00	69,00	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	33.988,00	33.901,00	39.937,00	Anzahl

f) Lagebericht

1.) Grundlagen der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) wurde am 25.06.2003 gegründet, „um die enormen Potenziale der Stadt Halle (Saale) national und international ins Bewusstsein zu rücken [...], die Stadt Halle zur Marke zu entwickeln, einen Markenkern herauszuarbeiten und ihn konsequent nach innen und außen zu kommunizieren“.* Unternehmensleitbild der SMG ist die „Konzeptionierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen“ (Gesellschaftervertrag). Dazu zählen die Erarbeitung von touristischen Pauschalen, Projekten und Themenfeldern mit Potenzial für die Stadt, die Entwicklung von Leitbildern, die Koordinierung öffentlichkeitswirksamer Aktionen sowie die Schärfung der Innen- und Außenwahrnehmung auf der Grundlage eines ganzheitlichen, kooperativen Ansatzes. Die SMG bedient sich dazu der Instrumente des Destinations-, City-, Event- und Kongressmanagements sowie des Marketings und der Public Relations.

Die SMG ist eine städtische Beteiligungsgesellschaft mit der Stadt Halle (Saale) als Mehrheitsgesellschafterin (55 %) sowie 45 % Gesellschafteranteilen privater Interessenvereinigungen bzw. der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (5 %). Die Vereine bündeln die Interessen der Wirtschaft (Pro Halle (Saale) e.V.; 25 %), des Tourismus (Förderverein Region Halle (Saale) e.V.; 10 %) sowie des Handels (City-Gemeinschaft Halle e.V.; 5 %) im Sinne des Stadtmarketings und leisten einen Anteil an der Finanzierung der Gesellschaft.

Weitere Mittel wirbt die SMG perspektivisch über Modelle der Pool-Bildung, des kooperativen Marketings sowie über partnerfinanzierte Realisierung einzelner Marketingmaßnahmen ein.

Kernaufgabe ist die Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt. Die Profilierung des unverwechselbaren Stadt-Images beruht dabei auf mehrjährig angelegten Kampagnen und Projekten, deren langfristige Wirkungen auf Tourismus und Ansiedlungen kaum zu evaluieren sind. So sind Beziehungssysteme zwischen eingesetzten Marketingmitteln und Effekten in Touristenzahlen, Verkaufserlösen in der Tourist-Information oder Buchungen im umfangreichen Angebot an Führungen nicht darstellbar.

Stadtmarketing: Moderator im Kooperationsmarketing

Die SMG kann auf eine Reihe erfolgreicher Netzwerke verweisen, die Ideenaustausch, Budget-Teilungen und Fokussierung auf überregional bedeutsame Highlights für die Kommunikation nach außen mit sich bringen. Auch und gerade der Tourismus braucht Zugpferde zum Erzählen und Empfehlen. Die SMG versteht sich nicht als Dienstleister einer Einrichtung, sondern bündelt, filtert, initiiert und bereitet nach Zielgruppen auf.

2.) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Vielfalt der Aufgabenstellungen für die SMG vollzieht sich seit ihrer Gründung vor 15 Jahren unter gleichbleibenden, d. h. nicht inflationsbereinigten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dies erweist sich in mehrfacher Hinsicht als schwierig, da die Wirtschaftskraft von Halle limitiert, der stationäre Handel durch das Online-Shopping geschwächt und auch die Einnahmen für Zimmervermittlung und Stadtführungen infolge elektronischer Buchungsportale, des grauen Beherbergungsmarktes, von Reisebegleitern und virtuellen Stadtführern zurückgehen.

3.) Geschäftsverlauf

Erfolgshöhepunkt des Geschäftsjahres 2017 der SMG sind die touristischen Ankünfte und Übernachtungen, wie sie die Beherbergungsstatistik des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt widerspiegelt. Die Ankünfte stiegen in Halle auf einen nie dagewesenen Rekordstand von 233.778, d. h. + 6,5 % gegenüber dem Vorjahresrekord. Auch bei den Übernachtungen (416.503) konnte Halle ein Vorjahresallzeithoch von 3,6 % erzielen. Noch nie checkten so viele ausländische Gäste (62.421 Übernachtungen; + 6,2 %), noch nie so viele Deutsche (354.092 Übernachtungen; + 3,14 %) in halleischen Herbergen ein. Auch die Zahl der Tagesreisenden ist unübertroffen: 28.869 ausländische Reisende (+ 17,54 %) und deutsche Reisende (204.909 Ankünfte; + 5,1 %). Die Auslastung der Beherbergungsbetriebe insgesamt belief sich 2017 auf 42,1 %, was der zweitbeste Wert im Land Sachsen-Anhalt nach Dessau-Roßlau (45,4 %) war. Nur mit dem Unterschied, dass Dessau-Roßlau mit dem Bauhaus-Jubiläum und dem nahen Reformationsjubiläum gleich doppelt von Sondereffekten profitierte.

Diese Ankünfte, Übernachtungszahlen und vor allem die Auslastung sind landesweit im obersten Segment und spiegeln die wachsende Bedeutung der Stadt Halle (Saale) gerade für den Freizeit- und Kulturtourismus. Misst man die Zahl der Ankünfte im Jahr 2008 (152.806) an den Ankünften aus 2017, ergibt sich ein Plus von 80.972 Ankünften (+ 53 %). Die touristischen Ankünfte in Halles Beherbergungsbetrieben sind damit seit 2008 um einen ostdeutschen Rekordwert gestiegen.

Tourismuszahlen in zehn Jahren 2008-2017

Ähnlich sieht es bei den Übernachtungen aus. Diese sind seit 2008 von 285.812 (2008) auf 416.503 (2017) gestiegen: ein Zuwachs um 130.691 Übernachtungen (= 46 %)! Und das, obwohl die Schließung des mit 500 Betten sowie Tagungs- und Kongressräumen größten Tagungs- und Kongresshotels der Stadt Halle im September 2015 die Bilanz verhegelt hat. Mit dem größten Hotel für Geschäftstourismus gingen der Stadt Halle (Saale) 60.000 Buchungen im Jahr verloren. Die erlittenen Verluste lagen vor allem bei Geschäftsreisenden und Tagungen, im Cargo-Geschäft, in Kooperationen mit Pilotenvereinigungen und Firmengeschäften mit Gruppenstärken von 150 bis 500 Geschäftsreisenden. Erschwerend kommt hinzu, dass der Anteil des Freizeit- und Kulturtourismus stadtweit nur bei 31 % liegt.

Dies ist das touristische Kernproblem der Stadt Halle: jene 86 % Geschäftsreisenden, die mit der Maritim-Schließung verlustig gegangen sind. Hier konnten die SMG und die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2017 durch verstärkte Aktivitäten im Tagungs- und Kongress-Bereich, aber auch durch Workshops und Förderkulissen unter den MLU-Fakultäten, Fraunhofer- und Max-Planck-Instituten punkten.

Tagungsgeschäft in Halle

Wie schwierig es ist, große Tagungen nach Halle zu holen, zeigt beispielhaft eine Veranstaltung der halleschen Dögel GmbH („Working-dog“), deren 50 Mitarbeiter nicht nur globale IT-Innovationen und Zukunftstechnologien entwickeln, sondern mit großem persönlichen Engagement z. B. die Rassehunde-WM vom 26.-30.04.2017 nach Halle holten. Flankiert von „Working-dog“, der weltweit größten interaktiven Webplattform für Hundesportler, Züchter und Liebhaber mit täglich mehr als einer halben Million Page-Impressions, mussten die ca. 1.200 WM-Teilnehmer und Begleiter auf einen Radius von 60 Kilometern verteilt werden.

Insgesamt verfügt die Stadt Halle (Saale) über fünf 4-Sterne-Häuser, von denen vier über keine 200 Betten verfügen. Dies ist für auswärtige Agenturen, die im MICE-Geschäft Tagungen und Kongresse vermitteln, ein Ausschlusskriterium bei der Standortsuche. Insgesamt stehen diesen fünf Vier-Sterne-Häusern ganze 821 Betten zur Verfügung. Im Vergleich dazu: Allein das Maritim Hotel Magdeburg verfügt über 514 Zimmer mit 1.020 Betten! Ein einziges Vier-Sterne-Hotel in Magdeburg hat 50 % mehr Betten als alle halleschen Vier-Sterne-Häuser zusammen. Erschwerend kommt hinzu, dass das Apart Hotel Halle und das City Hotel „Am Wasserturm“ über gar keine Veranstaltungs- und Tagungskapazitäten verfügen. So müsste ein Kongress mit mehr als 1.000 Teilnehmern auf 10 bis 15 – wohlgernekt vollumfänglich leere – Häuser über das gesamte Stadtgebiet und den Saalekreis verteilt werden. Hier fällt Halle bei Eignungstest, Kategorisierung und Listung nahezu sämtlicher deutscher Veranstaltungsagenturen raus. Die als moderne Kongresshalle konzipierte Georg-Friedrich-Händel-Halle wird als reine Konzerthalle nicht angemessen genutzt und ausgelastet.

Das Geschäftsjahr 2017 war ferner geprägt von der Akquisition und Betreuung neuer Reiseveranstalter – inklusive des Tags der Bustouristik 2019, von Tagungen und Kongressen, von Reisejournalisten sowie neuer Studenten für die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; außerdem wurden die halleschen Stätten der Reformation im Rahmen des Reformationsjubiläums, die Internationalen Händel-Festspiele, das Laternenfest, das Max-Giesinger-Konzert zum Tag der Deutsche Einheit sowie der Hallesche Weihnachtsmarkt vermarktet.

Über die bundesweite und teilweise international ausstrahlende Kampagne des Netzwerks „Kulturhüuptlinge“ (www.nurbeiuns.de), das die größten Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen der Stadt bündelt, sowie das Netzwerk „Stadtsprung“ der sieben touristische Leuchttürme Sachsen-Anhalts (Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau, Naumburg, Quedlinburg, Halberstadt, Wernigerode) hat die SMG die Händelstadt Halle einmal mehr direkt in den Zielmärkten Deutschland, Niederlande, Österreich und der Schweiz vermarktet.

Im Aktiv-, Natur- und Wassertourismus unterstützte die SMG die Stadt Halle (Saale) aktiv innerhalb der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland und vor Ort in der Umsetzung von Teilzielen des tourismuswirtschaftlichen Gesamtkonzepts für die Gewässerlandschaft Mitteldeutschland. Eine der Handlungsempfehlungen zur Schaffung einer zukunftsweisenden tourismuswirtschaftlichen Infrastruktur für Halle und die Region war die Bündelung der Akteure für den Erhalt der Saale als Bundeswasserstraße sowie der aktiv-, natur- und wasser-touristischen Bedeutung der Saale als Naherholungsgebiet für Kanuten, Ruderer, Motorboote, Wassertaxis, Spaziergänger, Jogger, Radler, Schwimmer und Fahrgastschiffe.

Tourismus

Erlöse Gruppentouristik

Die gruppentouristischen Erlöse gingen mit 287.395,60 € gegenüber dem Vorjahr um 14 % zurück (-47.916,59). Dieser Rückgang beruht vor allem auf den Ausfall der „Hallunken-Schunke!“ nach Erstellung des Wirtschaftsplans 2017 bzw. dass kurzfristig kein Ersatz für dieses Angebot (Touristenbahn-Bus) gefunden wurde.

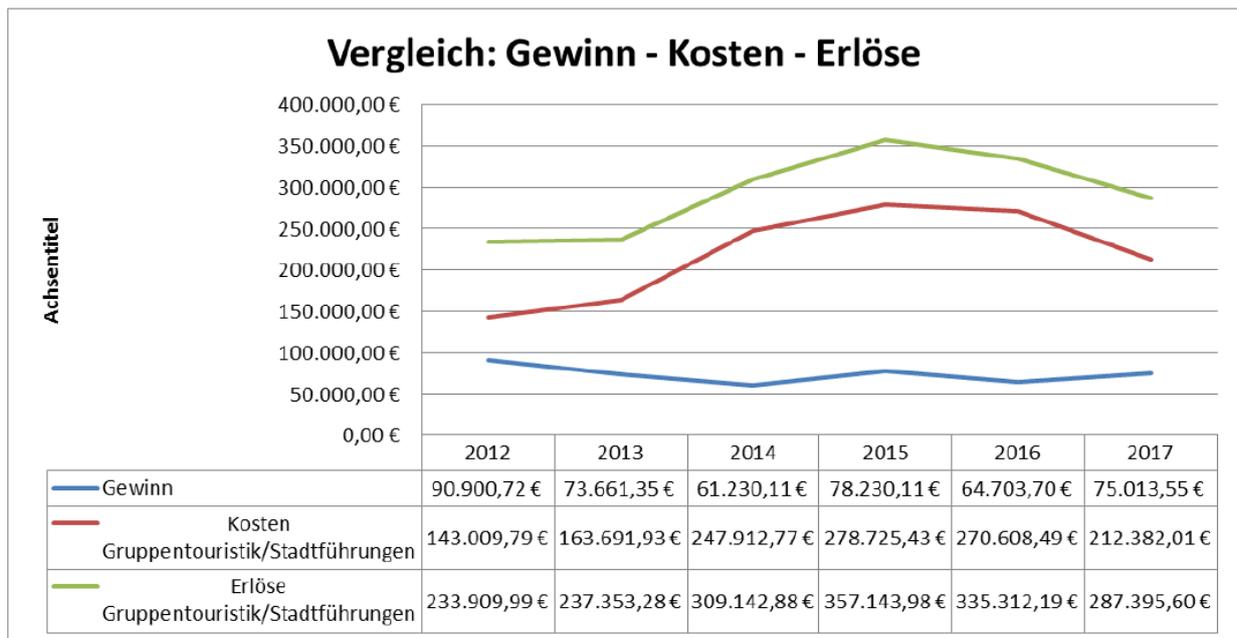
Ein weiterer Grund ist, dass vermehrt Reiseveranstalter mit eigenen Reiseleitern Halle besuchen und auf gruppentouristische Angebote der SMG verzichten. So entfallen für die Reiseveranstalter die Kosten für eine gebuchte Stadtführung und der SMG entgehen Einnahmen.

Generell gilt das Augenmerk der SMG dem veränderten Besuchsverhalten der Gäste. Immer mehr Besucher und Reiseveranstalter setzen auf eigene Internet-Recherchen, um Städte zu erkunden und sich über Gratis-Informationen wie über die Website der SMG (www.halle-tourismus.de) auf ihren Besuch vorzubereiten. So dient der beliebte SMG-„Audio-Guide Halle“, der sich über die SMG-Website oder die Broschüre „Halle an einem Tag“ herunterladen lässt und von im Schnitt 1.000 Besuchern im Monat genutzt wird, zwar zur Einstimmung auf den Halle-Besuch, ersetzt aber andererseits eine Stadtführung.

2017 konnten die Kosten für Stadtführungen um 21,5 % gesenkt werden auf 212.382,01 € (2016: 270.608,49 €). In dieser Summe sind die Honorare der nichtselbständigen Gästeführer (49.238,87 €) enthalten.

Der Gewinn konnte um 16 % in 2017 gesteigert werden auf 75.013,59 € (2016: 64.703,70 €).

Die kontinuierliche Prüfung der gruppentouristischen Angebote auf deren Wirtschaftlichkeit und die Auswertung der Kundennachfragen und Buchungen beeinflusste das breit gefächerte Angebotsspektrum positiv. Das Konzept, die Führungsangebote der SMG und der touristischen Partner in einer saisonal erscheinenden Broschüre zu bündeln, ist erfolgreich. So erhalten die Kunden und Gäste der Stadt auch weiterhin alle aktuellen Führungen thematisch geordnet und aufgelistet. Neue Leistungen können so schnell am Markt etabliert werden und sorgen für stete Abwechslung bei den Bestandskunden.



Auswertung touristischer Führungen

Im Jahr 2017 organisierte die SMG 2.896 Führungen mit 33.988 Gästen gegenüber 2.766 Führungen mit 33.901 Gästen im Jahr 2016. Die Anzahl der Gäste ist folglich leicht gestiegen, aber die Gruppen werden stetig individueller und kleiner und der Wegfall der Hallunken-Schunkel spürbar.

In der Saison 2016 (April bis August) nutzten 7.230 Besucher den Touristen-Bus, um die Stadt zu erkunden. Diese Besucher konnten 2017 nur zum Teil auf andere Angebote umgeleitet werden. Für 2018/19 war bereits ein neuer Betreiber für eine Touristen-Bahn gefunden. Aktuelle steuerliche Prüfungen (siehe 6.) stehen einer mehrjährigen vertraglichen Bindung einstweilen noch im Weg.

Führungen zur Reformationsgeschichte wie „Am Anfang war das Wort und Halle war der Ort“ wurden 2017 verstärkt angeboten z.T. auch in Kostümierung als Martin Luther und Kardinal Albrecht. Insgesamt nahmen 2.857 Gäste an 145 Führungen teil. Die nachfragegestärktesten Monate waren Mai, Juni und September.

Die SMG bietet täglich bis zu sechs öffentliche Führungen an. Sehr beliebt sind die ganztägig geöffneten Hausmannstürme an den Wochenenden von April bis Oktober sowie zu den Adventswochenenden. Auch 2017 wurde per Stichprobe ermittelt, woher die Besucher der Hausmannstürme stammen. Die Gäste kamen aus ganz Deutschland, vor allem aus Sachsen-Anhalt, Sachsen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Touristischer Ausblick 2018

Nach wie vor reagiert die Abteilung Tourismus- und Tagungsservice im Bereich Stadtführungen und Gästeführervermittlungen auf Trends am Markt und auf Kundenwünsche. Dabei stehen Qualität, Service und Wirtschaftlichkeit bei den Führungen an oberster Stelle.

2018 finden verstärkt Führungen zum Landestourismus-Thema „Moderne 2019“ (Bauhaus und die Moderne) statt. Hierzu bietet die SMG Führungen mit dem Fahrrad und per Fuß an. Geplant ist zudem eine Sterntour ausgehend von Halle (Saale) in die Bauhausstadt Dessau-Roßlau und nach Weimar bzw. Magdeburg.

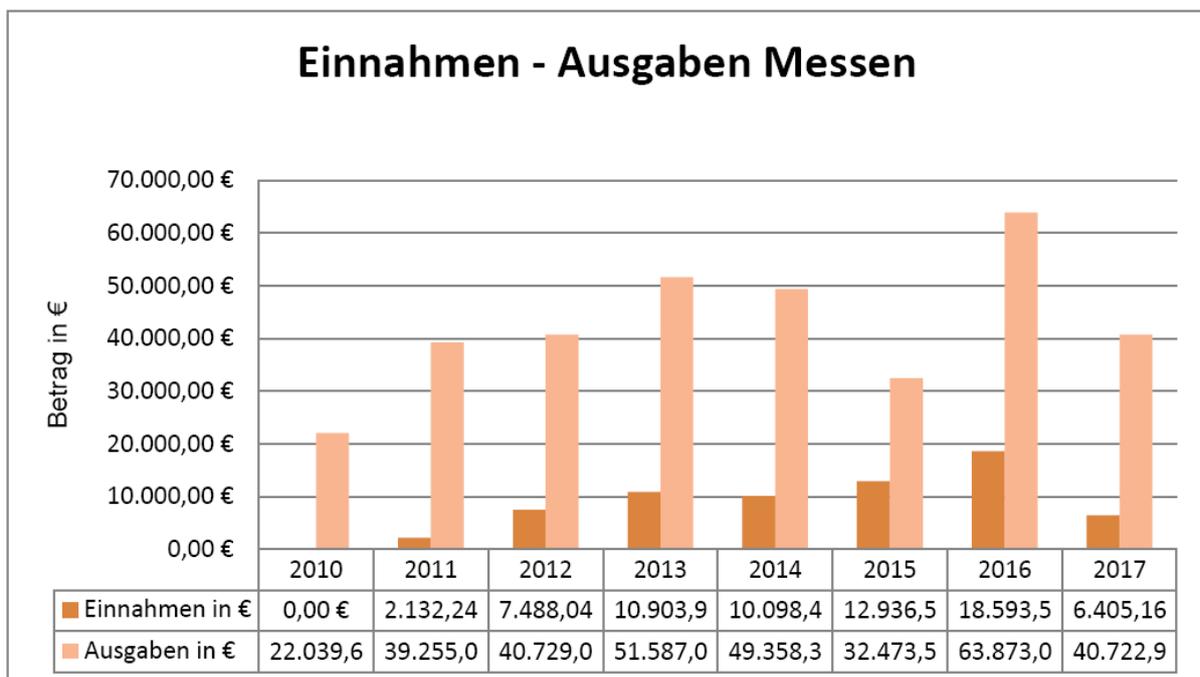
Neu im Portfolio ist eine Stadtführung mit Philipp Meckel. Hier können sich die Gäste vom berühmten Mediziner, dem Halle eine der umfangreichsten Anatomie-Sammlungen Europas verdankt, die Stadt aus einem überraschend anderen Blickwinkel zeigen lassen.

Branchentreffs & Messen

Zu den Kernzielen der touristischen Arbeit der SMG gehören die Erschließung zusätzlicher Märkte und Destinationen sowie die Erlössteigerung als Reiseveranstalter. Bei Messeauftritten setzt die SMG nach wie vor auf Kooperationspartner bzw. Anschließter (Mitaussteller) wie hallesche Hotels und Kulturpartner – darunter die „Kulturhüuptlinge“. Dies ermöglicht eine Verteilung der Messekosten und Standbetreuung auf mehrere Partner und dadurch die vermehrte Teilnahme an ausgesuchten Messen.

Die SMG war 2017 auf Messen wie Germany Travel Show, London (Großbritannien), Internationale Tourismusbörse - ITB (Berlin), Leipziger Buchmesse, Germany Travel Mart – GTM (Nürnberg), Reisen & Caravan Erfurt, Reisebörse Potsdam, Tag der Deutschen Einheit (Mainz), Brandenburgischer Reisemarkt (Berlin), Workshops (Brüssel, Amsterdam, Kopenhagen), Internationaler Hansetag (Kampen , NL), B.T.B. - Business-to-Business (München), Skandinavien-Workshop (Dessau) vertreten.

Die Kosten für diese Messeauftritte, davon vier Auslandsmessen, beliefen sich 2017 auf 40.722,96 € (2016: 63.873,08 Euro). 2017 konnten über Anschließter-Gebühren 6.405,16 € (2016: 18.593,50 €) zur Refinanzierung eingenommen werden.



Auf Grundlage der regelmäßigen Befragungen des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA) schloss sich die SMG dem Studienergebnis an und forcierte die Teilnahme an touristischen Leitmessen. Messebesuche werden nach der eigenen Homepage als die stärkste Plattform für B2B-Kontaktpflege (Business-to-Business) angegeben. Außerdem bildet der gesunde Mix aus Konsumentenmessen und B2B-Messen/Reisefachmessen wie GTM oder Reise-Workshops auch in 2018 wieder die Grundlage für eine intensive Marktbearbeitung.

Messen 2018/19

Für das Jahr 2019 ist es der SMG gelungen, erstmalig die Veranstaltung „Tag der Bustouristik“ („TdB“) nach Halle (Saale) zu holen. Diese findet vom 06.-07.01.2019 statt. Der TdB ist ein Branchentreff, der seit 1982 an wechselnden Orten in Deutschland veranstaltet wird und mit Halle als Ausrichterstadt erstmals in Ostdeutschland. Zu immer variierenden Themen trifft sich die Bustouristikbranche zum Austausch. Der „TdB“ bietet ein Forum für interdisziplinären Erfahrungsaustausch mit Experten und Kollegen über einen Spezialmarkt, in dem Vereine und Organisationen, Bus- und Gruppenreiseveranstalter, Spezial- und Nischenanbieter, Medien sowie Verkehrsunternehmen deren Vermarkter agieren.

Zielgruppen der Tagung sind nationale und internationale Bus- und Gruppenreiseveranstalter und deren Reisebüro- und Vertriebspartner, selbstveranstaltende Reisebüros, Incomingoperator und touristische Leistungsträger, Tourismuszentralen und -stellen, Eventlocations, Paketer sowie komplementäre Verkehrsträger, die Angebote mit Busleistungen kombinieren. Hinzu kommen Politik, Behörden, Wirtschaftsförderung und Presse.

Provisionserlöse: Zimmervermittlung & Ticketing

Provisionserlöse werden durch die Posten Kartenvorverkauf und Zimmervermittlung erzielt. Hier setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort, dass sich das Buchungsverhalten der Touristen vermehrt auf Direktbuchungen auf den hoteleigenen Homepages, über Internetportale wie HRS.com, hotel.de, Hotels.com, booking.com etc. konzentriert. Der Buchungsservice der Touristinfo beschränkt sich daher bei Übernachtungen vor allem auf den Bereich der Vermittlung von Ferienwohnungen, Pensionen und kleineren Hotels. Dies mindert die Provisionserlöse. Ein neues, noch in Aufbau befindliches Buchungssystem (imWeb/HRS Destination Solution) soll Abhilfe schaffen. Ziel ist es, die Gastgeber in das neue System einzubinden und damit online buchbar zu sein.

2017 betreute die SMG mittelgroße bis kleine Tagungen und Kongresse. Die Aussicht auf große nationale und internationale Kongresse bleibt gering, mangels eines Kongresszentrums und der Kleinteiligkeit innerstädtischer Hotels bis zu der unzureichenden Hotelbettenzahl (2017: 2.045).

Das Symposium „Schöner Tagen“ wurde 2017 erneut veranstaltet, da die Auftaktveranstaltung in 2016 eine große Nachfrage erzielte. Die Stadt Halle (Saale) und die SMG luden Dekane und geschäftsführende Direktoren der Fakultäten und Wissenschaftsinstitutionen zum Erfahrungsaustausch „Vorbereitung von Tagungen und Kongressen“ von der Präsentation von Veranstaltungsstätten, Fördermöglichkeiten bis zum Leistungsspektrum des Tagungs- und Kongressservice der SMG.

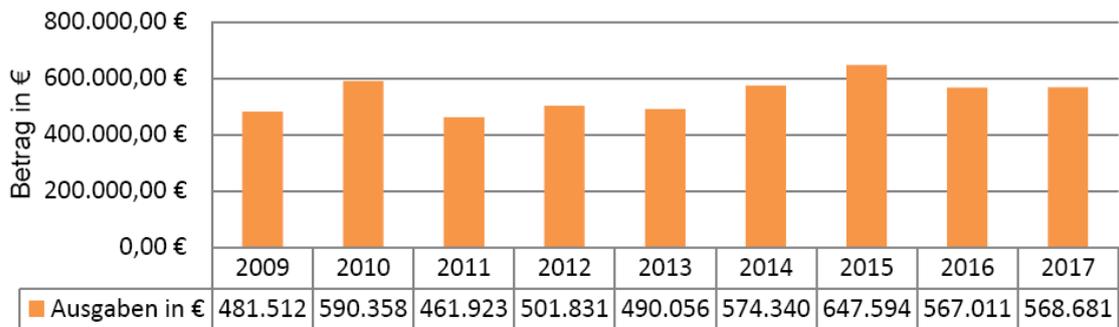
Bei neun Tagungen vermittelte die SMG 2017 Hotelzimmer mit insgesamt 830 Übernachtungen. Gegenüber 2016 sind Vermittlungsgeschäft und Provisionserlöse um 23 % auf 20.355,63 € gesunken (2016: 26.630,36 €).

Das Tagungsgeschäft verläuft azyklisch: Jährliche, verlässliche Steigerungen der Erlöse sind hier dauerhaft nicht zu erwarten. Eine Erhöhung der Provisionserlöse kann nur mit touristischer Tagungsinfrastruktur und einer Erweiterung der Abteilung einhergehen.

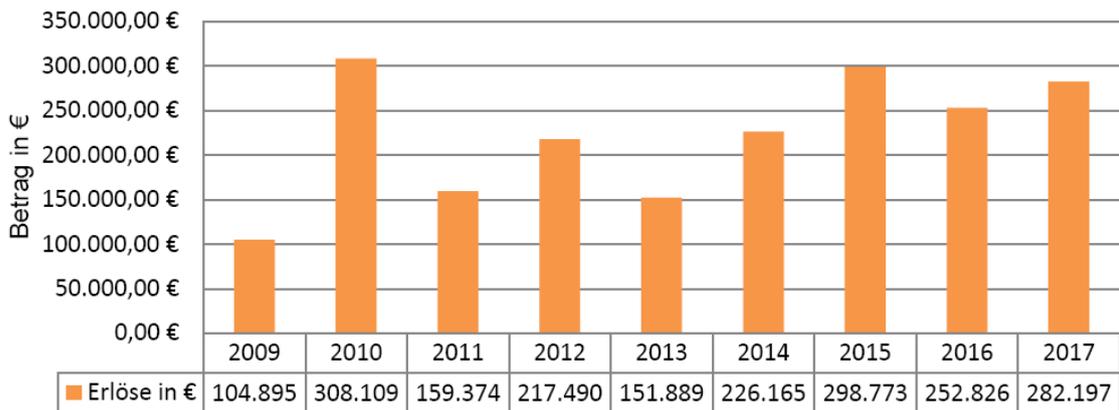
Marketingprojekte und -kampagnen

Für Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden 2017 insgesamt 568.681,81 € eingesetzt. Davon konnten 282.197,69 € (ohne Messebeteiligungen) und damit 49,62 % (2016: 44,49 %) fremdfinanziert werden. Das Gros der finanziellen Aufwendungen und Einnahmen entfällt auf klar definierte Projekte. Ausgaben in Höhe von 332.097,04 € stehen 156.659,68 € Einnahmen gegenüber – eine Refinanzierungsquote von 47,17 % (2016: 39,25 %), was vor allem guten Konzeptideen, der Entwicklung eines strategischen Plans zur Zielerreichung sowie der intensiven Akquise und Pflege eines Partnernetzwerkes zu verdanken ist.

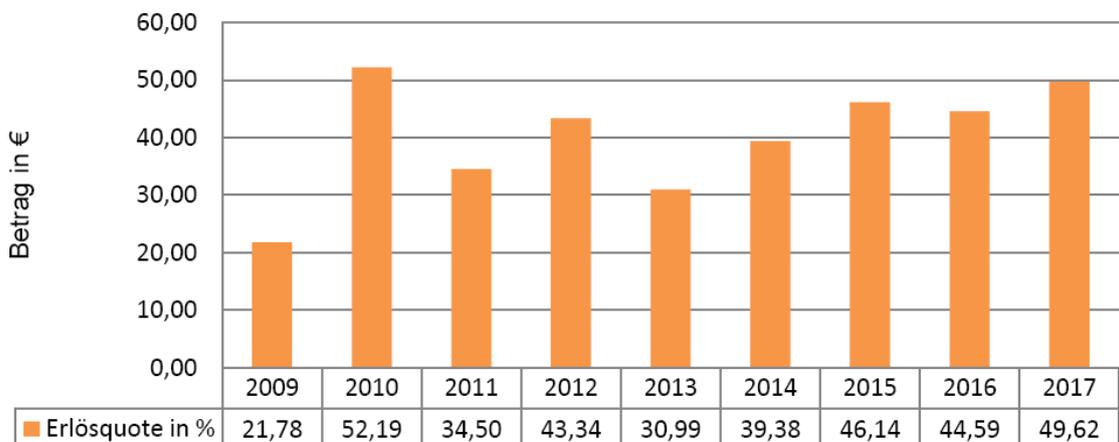
Marketingausgaben gesamt



Marketing Erlöse gesamt



Marketing Erlöse prozentual



Im Bereich Marketing wurden die Kooperationen der vergangenen Jahre gerade in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft fortgesetzt.

Allerdings ist der Zweck der SMG laut Gesellschaftsvertrag gerade nicht die Gewinnerzielung. Die Mittel sind notwendig, um Budgets einzusammeln, mit denen die gestellten Projektziele erreicht werden. Zudem hängt die Beteiligungsrate von der Art der Projekte ab. Hier sind langfristige Ziele auch mit geringer Refinanzierung Investitionen in künftige Werbeeffekte für Halle. Ein strukturelles Problem zeigt sich in der Arbeitsbelastung einzelner Mitarbeiter. Die SMG darf deshalb keine Budgets für kurzfristige Effekte einsetzen. Viele Projekte sind mehrjährig angelegt (inkl. Verbesserung und Steigerung). Strukturelle Lösungen, die Erfassung des Status quo und langfristige Planungen für die Zukunft sind hier unumgänglich. Das bedeutet, dass sich die SMG von Projekten und Themen trennen oder personell aufstocken muss, z. B. mit verantwortlichen Projektkoordinatoren bei mehrjährigen Großprojekten.

Die wichtigsten Marketingkampagnen 2017 waren:

Wissenschaftsmarketing

Insgesamt wurden für das Hochschulmarketing seitens der SMG 25.512,21 € mit einem Erlösanteil von 47,21 % aufgewendet – für eine Vielzahl von Projekten, die auf Neustudenten-Akquise und -betreuung abzielten und aufeinander aufbauten. Der Bereich Hochschulmarketing ist ein Paradebeispiel für das bereits beschriebene Dilemma der personellen Betreuung von Projekten. Es hätte weitaus mehr Budget von beiden Seiten zur Verfügung gestanden; es mangelte an Zeit und Personalstärke. Mit einer Entscheidung des Stadtrats, städtische Mittel für einen Studentenbonus in proaktives Hochschulmarketing umzuwidmen, ist unter Einbindung der Hochschulen, des DLZ Wissenschaft der Stadt und der SMG möglicherweise eine Lösung in Sicht. Ein Gremium unter Beteiligung der SMG arbeitet an Strukturvorschlägen und ersten Maßnahmenplanungen.

Die Umsetzung bereits bestehender Projekte (Hochschulinformationstag, „Welcome Day“ zum Laternenfest oder Erstsemesterbegrüßungstaschen) waren nicht gefährdet.

Kulturmarketing

Halles führende Einrichtungen aus Kultur, Bildung und Wissenschaft – die Stiftung Händel-Haus, die Franckeschen Stiftungen, das Kunstmuseum Moritzburg, das Landesmuseum für Vorgeschichte Halle, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein Halle sowie die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle – stehen gemeinsam für die Marke „Kulturhauptlinge nur bei uns.“ Die aktive Kooperation, gebündelte Budgets und Marketing-Knowhow zur nationalen Vermarktung eröffnen dem Kultur- und Wissensnetzwerk erst jene Werbung, Schlagkraft und Aufmerksamkeit, die jede einzelne Einrichtung für sich kaum erreichen würde. Die eingesetzten Mittel beliefen sich auf 40.870 €, von denen 21.372,93 € die beteiligten Partner trugen. Die Gruppe, die überwiegend aus Marketingleitern besteht, arbeitet professionell und zielstrebig gemeinsam an der wichtigen Außenwirkung Halles als Kulturstandort.

Seit 2010 hat sich die SMG der Erarbeitung des Themas „Luther und die Reformation“ gewidmet. Neben der lokalen Erarbeitung und der Entwicklung einer image-bildenden und touristisch relevanten Kampagne ist es vor allem die Netzwerkarbeit im mitteldeutschen Raum (Kirchenseitig z.B. r2017.org; staatlich: Staatliche Geschäftsstelle „Luther 2017“).

Im Umfeld der weltweiten Kampagne zum Reformationsjubiläum engagierte sich die SMG beim Evangelischen Kirchentag in Berlin, in Wittenberg und beim örtlichen Projekt „Kirchentage auf dem Weg“ in Halle; jeweils mit der Zielsetzung, im Bereich Kulturmarketing die „Luthertouristen“ für einen (auch späteren) Ausflug nach Halle zu gewinnen. Im Rahmen der Luther-Dekade wurden eine Reihe touristischer Angebote auch für die Zukunft entwickelt.

Vermarktung städtischer Großveranstaltung in guten Händen

Die Vermarktung des Laternenfestes ist das Paradebeispiel für die Arbeit und Orientierung der SMG im Wirken für die Stadt Halle (Saale). Was zählt, ist nicht die eigene wirtschaftliche Bilanz, sondern erfolgreiche kommunikative Maßnahmen (Werbung, Plakatwettbewerb, Postkartenaktion), die zu steigenden Besucherzahlen beim größten Volksfest der Stadt führen. Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen bis in den Saalekreis vermelden eine 98-prozentige Bettenauslastung rund um das Laternenfest-Wochenende. Insbesondere die Sondersendung des Mitteldeutschen Rundfunks ist vom Mediawert her unbezahlbar.

Ähnlich verhält es sich mit der sympathischsten Werbung der Stadt zum halleschen Weihnachtsmarkt. Die stilisierten Rentiere Finni & Rudi sind nicht nur der Renner im Weihnachtssortiment, inklusive der einheitlichen Weihnachtsmarktstassen, sondern werben seit 2010 für eine familienfreundliche und kultureiche Adventszeit in Halle. Eine umfangreiche regionale Bewerbung führt zu Umsatz- und Besucherrekorde auf dem halleschen Weihnachtsmarkt.

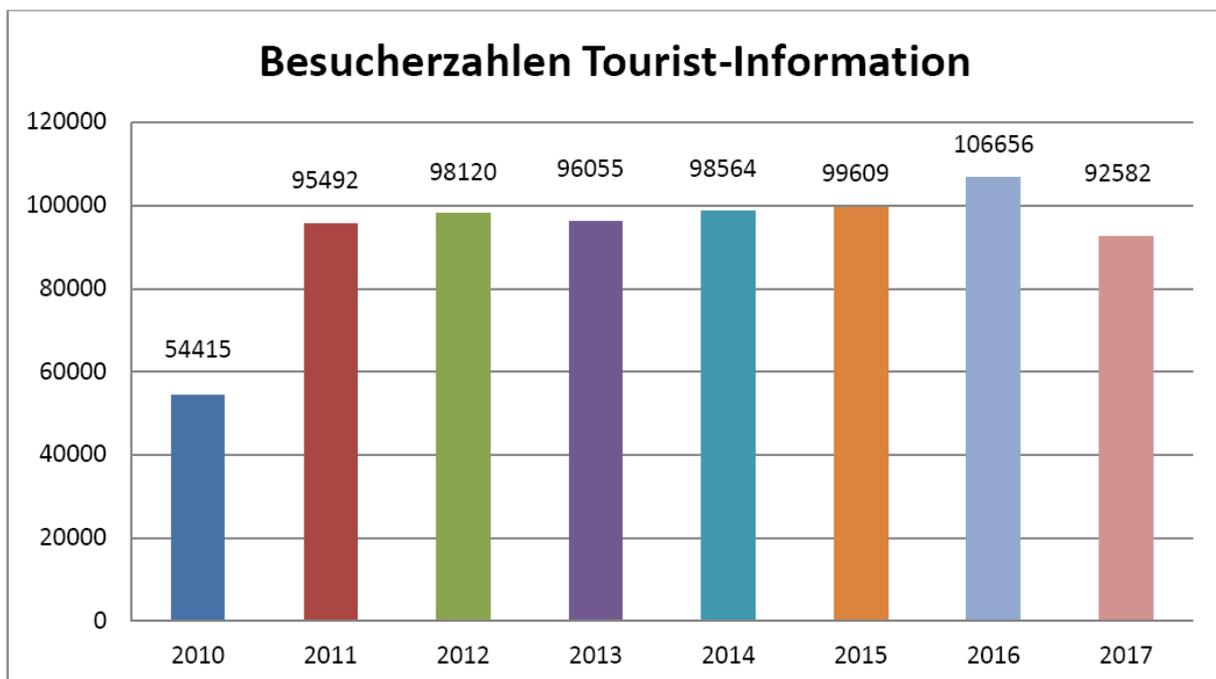
Sonstige Werbung

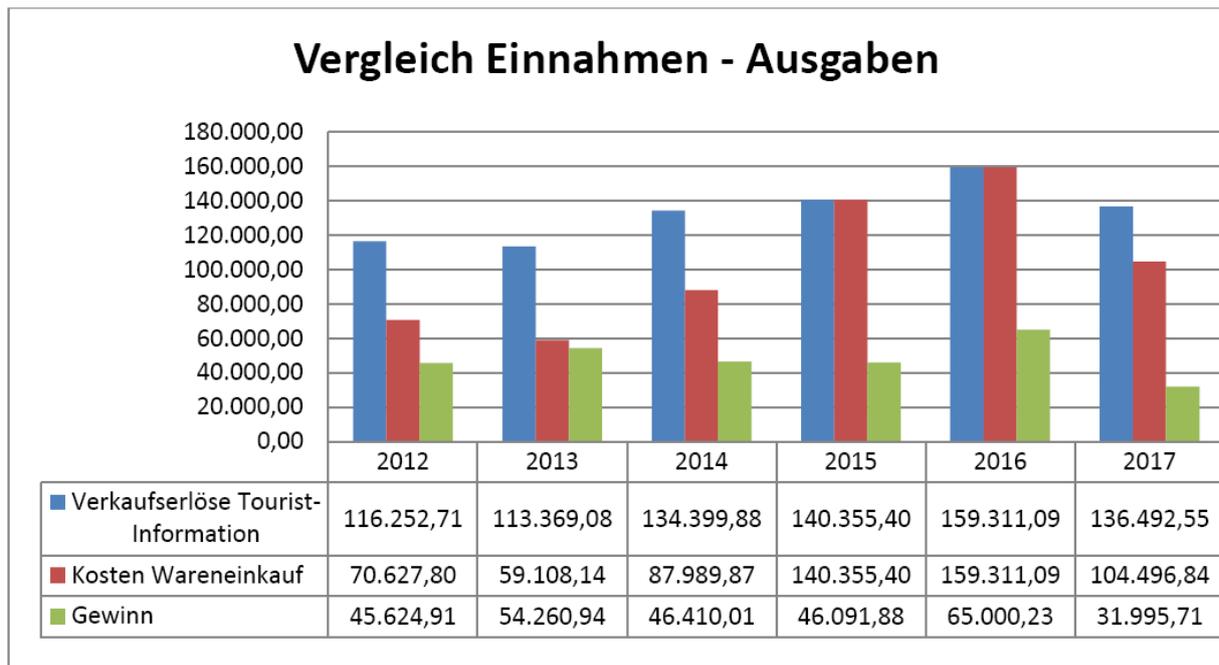
Unter „Sonstige Werbung“ werden alle Aktivitäten verbucht, die sich keinem konkreten Projekt zuordnen lassen, sondern dem Zweck der Image-Profilierung der Stadt Halle und der Bewerbung der touristischen Services in der Händelstadt dienen. Hierzu zählen vor allem Printprodukte und Werbekampagnen. So gehen jedes Jahr 30.000 Stadtführungsbroschüren, ca. 50.000 Flyer „Halle an einem Tag“ sowie 70.000 Stadtpläne kostenlos an Touristen.

Von den Ausgaben für diese Werbemaßnahmen von insgesamt 236.584,77 € (Vorjahr: 202.042,55 €) kamen im Vorjahr 70.633,51 € der Tourismuswerbung zugute. Der Erlös lässt sich nicht direkt messen, sondern spiegelt sich u. a. in den Übernachtungszahlen in Halle und der Region. Mit dem restlichen Budget werden Markenpflege, Image-Kampagnen, Anzeigen, Online-Werbung, Betreuung von Journalisten sowie Famtrips mit Reisejournalisten forciert. Mit 95.775,70 Ausgaben bei 91.333,05 Einnahmen aus Werbeverträgen schlägt die Organisation des „Konzertes zum Tag der deutschen Einheit“ als großer Posten zu Buche.

Tourist-Information Halle (Saale)

Die Tourist-Information (TI) schließt in 2017 mit einem Besucherminus von 13,2 % und 92.582 gezählten Gästen (2016: 106.656). Somit blieben auch die Verkaufserlöse von 136.492,55 € in 2017 (2016: 159.311,09 €) hinter den gesetzten Erwartungen – einem Minus von 14,3% zum Vorjahr.





Der Wareneinkaufswert ist in 2017 um 10 % gestiegen- von 94.310,86 € auf 104.496,84 € in 2017. Anfang des Jahres mussten zahlreiche Produkte nachgeordert werden. Trotz Preiserhöhungen der Lieferanten werden Preisanpassungen stetig hart verhandelt. Das Shop-Sortiment umfasst aktuell mehr als 570 Souvenir-Artikel und wird saisonal und zu bestimmten Anlässen angepasst und erweitert.

In 2017 zeichnete sich das Team der Tourist-Information durch einen beständigen und festen Personalstamm aus. Auch die Pauschalkräfte konnten dauerhaft für das Team gewonnen werden. Dies zeugt von großer Nähe zum Unternehmen und bietet bessere und intensivere Beratung für die Gäste.

4.) Lage der Gesellschaft

Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Berichtsjahr 2017

Der aus dem Jahresabschluss 2016 resultierende Gewinnvortrag von 129.300,51 € wurde 2017 auf neue Rechnung vorgetragen. Nachdem der Stadtrat der Stadt Halle am 14.12.2016 die Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2017 beschlossen hatte, erhält die SMG einen erhöhten institutionellen Zuschuss in Höhe von 1.161.300,00 €.

Wie sehr die SMG von der planmäßigen Zahlung der Zuschüsse abhängig ist, zeigt die Übersicht über die Betriebsergebnisse pro Monat 2017:

Stichtag	Überschuss	Fehlbetrag
31.01.2017		18.355,93 €
28.02.2017	527,56 €	
31.03.2017	29.534,79 €	
30.04.2017	23.431,32 €	
31.05.2017	31.865,12 €	
30.06.2017	56.083,00 €	
31.07.2017	33.813,36 €	
31.08.2017	2.344,54 €	
30.09.2017		20.793,58 €
31.10.2017		13.018,75 €
30.11.2017		1.126,69 €
31.12.2017		17.140,36 €

Seit 2017 erhält die SMG den institutionellen Zuschuss der Stadt in unterschiedlich hohen Quartalsraten. Die Auszahlungsraten betragen in den ersten beiden Quartalen jeweils 30 % und in den letzten beiden Quartalen jeweils 20 % der Gesamtsumme. Dadurch kann die SMG die hohen Kosten für Projekte im 1. Halbjahr decken und ein Überschuss erwirtschaften. Dabei verläuft kein Jahr wie das andere, da oft unterschiedlichste Projekte zu verschiedenen Zeiten realisiert sowie Termine oft von den Projektpartnern vorgegeben werden.

Betrachtung der Einnahmen

Die Umsatzerlöse der SMG entwickelten sich von 792.674,03 € im Jahr 2016 auf 732.846,63 € in 2017. Dies entspricht 92,45 % des Vorjahres. Großen Anteil an den Umsatzerlösen hatten die Einnahmen aus gruppentouristischen Leistungen einschließlich der Stadtführungen, die mit 82,11 % (287.395,60 €) unter dem Jahresplan lagen. Der Rückgang basierte auf dem Ausfall der Hallunken-Schunke. Die Verkaufserlöse in der Tourist-Info waren rückläufig. Der Jahresplan wurde mit 95,45 % (136.492,55 €) erfüllt. Auch die Erlöse aus Messen gingen zurück, da die SMG an der Vakantibeurs in den Niederlanden sowie an der RDA-Messe in Köln nicht teilnahm, so dass die Einnahmen von Anschließern aus diesen Messen entfielen. Die Einnahmen betragen 6.405,16 € in 2017 (2016: 18.593,50 €).

Die Erlöse aus projektbezogenen Maßnahmen liegen mit 21.200,00 € über dem Plan 2017. Sie sind abhängig von Art und Umfang der Projekte und schwanken von Jahr zu Jahr.

Die enorme Übererfüllung der geplanten Einnahmen aus „Sonstiger Werbung“ mit 299 % (125.538,01 €) beruht auf Werbevereinbarungen anlässlich des Konzertes zum Tag der Deutschen Einheit 2017 auf dem Marktplatz Halle. Die Einnahmen aus der Werbevereinbarungen betragen 91.672,27 € netto (2016: 83.403,36 €).

Die Provisionserlöse, die vorrangig aus der Zimmervermittlung erzielt wurden, haben sich im Vergleich zum Vorjahr mit 75,39 % rückläufig entwickelt. Provisionen aus der Gesamtbetreuung einer Tagung fielen nicht an.

Die Erstattung für Lohnfortzahlungen durch die Krankenkassen in Höhe von 18.909,95 € (Vorjahr 48.739,03 €) werden in der Position „Sonstige betriebliche Erträge“ erfasst und stellen somit indirekt eine Senkung der Personalkosten dar.

Insgesamt hat die SMG die geplanten Einnahmen (Zuschuss und Eigenerlöse) gegenüber dem Planansatz von 1.878.800,00 € mit 1.932.154,73 € übererfüllt (102,84 % zum Plan).

Betrachtung der Ausgaben

Die geplanten Personalkosten für 2017 in Höhe von 770.000,00 € für fest angestelltes Personal (ohne geringfügig Beschäftigte und Gästeführer) wurden mit 771.475,55 € (100,19 %) in Anspruch genommen. Nach Abzug der Erstattung von Lohnfortzahlungen in Höhe von 18.909,95 € ergeben sich Lohnkosten in Höhe von 752.565,60 €. Die Kosten für Pauschalkräfte wurden mit 99,82 % eingehalten. Auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung zwischen Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der SMG vom 08.05.2014 erhielt die SMG 10.361,34 € netto für die Betreuung des Uni-Shops über den Tourist-Info-Point. Der Zuschuss wird hälftig zur Deckung der Personalkosten für fest angestellte Mitarbeiter sowie für geringfügig Beschäftigte verwendet.

Die Kosten für den Wareneinkauf liegen mit 109,42 % über der Plangröße, da neue Merchandising-Produkte und Luther-Souvenirs zum Reformationsjubiläum angeschafft wurden. Der Gewinn aus Warenverkauf (ca. 32.000,00 €) sank gegenüber 2016 (ca. 65.000,00 €).

Die Kosten für Gruppentourismus/ Stadtführungen sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 58.000,00 € gesunken. Der starke Rückgang der Kosten erklärt sich vor allem durch die separate Abrechnung der Honorare der nichtselbständigen Gästeführer.

Die erhöhten Ausgaben für projektbezogene Maßnahmen (7.100,00 € über dem Plan) wurden durch höhere Einnahmen für Projekte in Höhe von ca. 21.200,00 € finanziert.

Die enormen Ausgaben in der Position „Sonstige Werbung“ sind an die Ausgaben für das Konzert am 3. Oktober 2017 auf dem Marktplatz Halle gekoppelt. Diese Ausgaben waren außerplanmäßig und betragen 95.705,48 € netto.

Die Ausgaben für Mieten und Raumnebenkosten, Reinigung, Energie, Versicherungen, Kfz, Porto, Telefon, Büromaterial und Weiterbildung erfolgten im geplanten Rahmen. Die Rechts- und Beratungskosten übersteigen die geplante Größe um ca. 5.400,00 € u. A. aufgrund der Prüfung der Prüfvermerke des Finanzamtes. Ebenso liegen die Buchführungskosten mit 116,49 % über der Plangröße. Der Kostenaufwuchs entstand für die außerordentliche Prüfung der Implementierung und Wirksamkeit eines internen Kontrollsystem (IKS).

Die SMG schließt das Wirtschaftsjahr 2017 mit einem Jahresfehlbetrag von 17.140,36 € ab. Es wird beantragt, diesen Jahresfehlbetrag mit dem bestehenden Gewinnvortrag in Höhe von 129.300,51 € zu verrechnen und mit einer Summe von 112.160,15 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsführung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen vorgetragen.

Überblick über die Entwicklung der SMG mit Kennziffern der Jahre 2013 bis 2017:

Da das Geschäftsjahr 2017 mit einem Fehlbetrag von 17.000 € abgeschlossen wurde, fällt die Ertragslage besser aus als im Vorjahr. Der Fehlbetrag wird aus dem bestehenden Gewinnvortrag gedeckt.

Kennziffer/ Jahr	2017	2016	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	733.000 €	793.000 €	890.000 €	764.000 €	530.000 €
sonstige betriebliche Erträge	1.200.000 €	1.176.000 €	1.181.000 €	1.169.000 €	1.164.000 €
Materialaufwand	268.000 €	318.000 €	329.000 €	284.000 €	174.000 €
Personalaufwand mit Gästeführer	846.000 €	811.000 €	780.000 €	767.000 €	757.000 €
Abschreibungen	8.000 €	23.000 €	23.000 €	27.000 €	16.000 €
sonst. betriebliche Aufwendungen	828.000 €	837.000 €	887.000 €	858.000 €	757.000 €
sonst. Zinsen u. ä. Erträge	0 €	0 €	0 €	1.000 €	2.000 €
Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-16.000 €	-21.000 €	52.000 €	-2.000 €	-7.000 €
sonstige Steuern	1.000 €	1.000 €	1.000 €	0 €	1.000 €
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-17.000 €	-22.000 €	51.000 €	-2.000 €	-8.000 €

Kennzahlen der Ertragslage

Kennziffer	2017	2016	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität	-2,34	-2,72	5,72	-0,30	-1,43	%
Eigenkapitalrentabilität	-11,11	-12,25	40,8	-1,82	5,61	%
Cash-Flow	-9,5	1	74	25	8	T€

Die Kennziffer Cash-Flow zeigt, dass die Selbstfinanzierungskraft der SMG gegenüber dem Vorjahr stark gesunken ist.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Kennziffer	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Sachanlagen-Intensität	8,85	9,65	11,57	16,52	13,54
Eigenkapitalquote	48,31	52,19	51,48	43,55	36,74
Fremdkapitalquote	51,69	47,81	48,52	56,45	63,26

Mit der sinkenden Sachanlagen-Intensität 2017 sinkt auch die zeitliche Bindung finanzieller Mittel. In der Regel sinken damit auch die Fixkosten. Die Absenkung der Eigenkapitalquote gegenüber 2016 zeigt, dass der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital gesunken ist. Damit ist der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital gestiegen.

Im Jahresabschluss sind alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge fürs Jahr 2017 erfasst.

5.) Chancen und Risiken

Die Aktivitäten der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) wurden 2017 durch zwei Prüfungsvermerke des Finanzamtes Halle vom 17.08.2017 gehehmt. **Prüfungsvermerk 1** besagt, dass die SMG gemäß Gesellschaftsvertrag/ Gesellschaftszweck überwiegend Leistungen im Interesse der Stadt erbringt und daraus steuerliche Dauerverluste erleidet. Die Gesellschafter der SMG – allem voran die Stadt Halle – würden durch den Zuschuss einen Verlustausgleich leisten, der als steuerliche Einlage zu behandeln sei. Steuerliche Dauerverluste der SMG führen zur Annahme einer verdeckten Gewinnausschüttung beim Gesellschafter. Dies wiederum bedeutet, dass sie zu Kapitaleinkünften beim Gesellschafter führen, die dem Kapitalertragsteuer-Abzug (inkl. Soli) unterliegen. Das Finanzamt hat seine Ermessensentscheidung so getroffen, dass die errechnete Kapitalertragsteuer von der Stadt selbst erhoben werden soll.

Prüfungsvermerk 2 kommt zum Ergebnis, dass die SMG gemäß Gesellschaftszweck vielfältige Marketing- und Werbeleistungen für und im Interesse der Stadt erbringt. Der Zuschuss wird vom Finanzamt Halle als nicht steuerbarer echter Zuschuss behandelt. Für die nicht in Rechnung gestellten Leistungen gegenüber der Stadt wird die umsatzsteuerliche Mindestbemessungsgrundlage herangezogen (sog. Eigenverbrauch für die Stadt ermittelt). Hierüber hat der Geschäftsführer den Oberbürgermeister unverzüglich informiert.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte und Touche, die die Interessen der Stadt Halle (Saale) gegenüber dem Finanzamt Halle (Saale) vertritt, sowie die Steuerberaterin der SMG, Andrea Kreyer, halten die Prüfungsfeststellungen für strittig. Sie haben eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Feststellungen der Betriebsprüfung bearbeitet und die Interessen der SMG und der Stadt Halle (Saale) vertritt. Am 03.11.2017 fand hierzu beim Finanzamt Halle (Saale) ein erstes Informationstreffen der beiden Steuerberater mit dem Betriebsprüfer des Finanzamtes und dessen Vorgesetzten statt. Vereinbart wurde, dass die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater ihre Meinungen schriftlich zusammentragen und dem Finanzamt vorlegen. Dort soll dann eine interne Überprüfung der Stellungnahmen zu den Prüfungsvermerken und ggf. eine Abstimmung der Sachverhalte mit dem Finanzministerium erfolgen. Diese abschließende Stellungnahme liegt noch nicht vor.

Die Notwendigkeit der Berücksichtigung einer Rückstellung im Wirtschaftsplan 2018 bestand allerdings nicht, da eine evtl. Verpflichtung dem Grunde nach strittig ist. Sie wäre darüber hinaus zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch nicht verlässlich zu beziffern.

Viele ambitionierte Projekte liegen seit August 2017 auf Eis, da die Vertragslaufzeiten sowohl für die Dependenz einer Touristinfo am Hauptbahnhof als auch für eine Hallunken-Schunkel der HAVAG mindestens fünf Jahre betragen hätte. Auch das Standortmarketing zur Studierendengewinnung und Tagungsakquise ist in puncto Betrauungsakt und Leistungsaustausch zu prüfen. Von diesem Projekt, einer Stabsstelle Standortmarketing zur Studierendengewinnung und Tagungsakquise, geht die wichtigste Weichenstellung für die SMG aus. Hier müssen sehr zügig Betrauungsakt und steuerliche Aspekte geprüft werden, damit die SMG einen Nachtragswirtschaftsplan aufstellen und beschließen lassen kann, der der zu schaffenden Stabsstelle die geplanten 700.000€ zur Verfügung stellt. Zum 01.08.2018 steht nach zehn Jahren überdies ein Geschäftsführerwechsel bevor. Eine Vakanz sollte nach Möglichkeit vermieden und ein unmittelbarer Anschluss hergestellt werden.

6.) Prognose

Erlössituation

Die SMG plant – vorbehaltlich eines Nachtragswirtschaftsplans für eine Stabsstelle Standortmarketing zur Studierendengewinnung und Tagungsakquise – weiter mit einem institutionellen Zuschuss in Höhe von 1.161.300 €, der in unterschiedlich hohen Raten pro Quartal ausgezahlt wird.

Die Umsatzerlöse der SMG werden im Wirtschaftsplan 2018 mit 755.500 € geplant (Ist 2017: 733.000 €). Die weiteren Erlöse in „Umsatzerlöse gesamt“:

2018 rechnet die SMG mit der Akquisition finanzieller Drittmittel aus projektbezogenen Maßnahmen in Höhe von 178.500 € sowie aus Werbeverträgen für „Sonstige Werbung“ einschließlich der dazugehörigen Anzeigenakquise in Höhe von 42.000 €. Zudem beteiligt sich die Wirtschaft in vergleichbarer Größenordnung durch kostenfreie Bereitstellung von Sachmitteln oder durch personelle Unterstützung einzelner Projekte, die nicht in die Abrechnung des SMG-Wirtschaftsplans eingehen. Zu beachten ist dabei ausdrücklich der Gesellschaftsvertrag, wonach „die Gesellschaft nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke verfolgt. Sofern die SMG wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art.“

Großen Anteil an den SMG-Umsatzerlösen haben die Verkaufserlöse in der Tourist-Info und die Einnahmen aus Stadtführungen und gruppentouristischen Leistungen. Für 2018 plant die SMG bei den Verkaufserlösen in der Tourist-Info mit 146.000 €. Dies entspricht mit einer Steigerung auf 102,1% etwa dem Niveau des Vorjahres. Bei den Stadtführungen und gruppentouristischen Leistungen plant die SMG mit Einnahmen von 350.000 €. Dies entspricht im Vergleich zum Ist 2017 (287.395 €) einer Einnahmensteigerung auf 121,8%.

Provisionserlöse erzielt die SMG vorrangig durch Zimmervermittlung, wobei die meisten Zimmer heute via Internet gebucht werden. Im Jahr 2018 wurde nochmals mit dem gleichen Planansatz (27.000 €) geplant wie 2017.

Neben dem institutionellen Zuschuss der Stadt werden „Sonstige betriebliche Erträge“ für 2018 in Höhe von 30.000 € geplant. Die „Sonstigen betrieblichen Erträge“ beinhalten Erstattungen von den Krankenkassen in Höhe von 20.000 € und Erträge auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Höhe von 10.000 €.

Geplante Aufwendungen

Die Personalkosten werden für das Jahr 2018 in Höhe von insgesamt 841.500 € geplant. Diese setzen sich aus dem fest angestellten Personal ohne Gästeführer (770.000 €), den geringfügig Beschäftigten (25.000 €) und den nichtselbständigen Gästeführern (46.500 €) zusammen. Die Kosten für nichtselbständige Gästeführer wurden bis 2016 in den Kosten für Gruppentouristik ausgewiesen. Die SMG erfasst diese Kosten seit dem Jahr 2017 unter „Personalkosten“, damit der Wirtschaftsplan bereinigt und der Gewinn- und Verlustrechnung angepasst wird. Zu beachten ist ferner, dass die Erstattungen der Krankenkassen nicht mehr mit den Lohnkosten direkt verrechnet werden dürfen, sondern unter den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ erfasst werden.

Die Kosten für Wareneinkauf für die Tourist-Information werden für 2018 mit 90.000 € geplant (Ist 2017 104.496 €). Der Rückgang basiert vor allem auf den 2017 getätigten Kosten für die Auffüllung der Lager mit eigenen Produkten und die Anschaffung von diversen Luther-Souvenirs zum Reformationsjubiläum.

Die Kosten für Stadtführungen und Gruppentouristik (ohne nichtselbständige Gästeführer) entwickeln sich in Abhängigkeit von den geplanten Erlösen und werden mit 210.000 € geplant. Die bezogenen Leistungen beinhalten Leistungen, die für Stadtführungen bzw. gruppentouristische Angebote benötigt werden wie z. B. Honorare für selbständige Gästeführer, Kosten für benötigte Reisebusse im Rahmen von angebotenen Ausflügen, Buchung von Restaurantplätzen oder Eintritte für Museen bzw. Hausmanntürme usw.

Die betrieblichen Aufwendungen wie z.B. Mieten/Raumkosten, Reinigung/Abfallbeseitigung, Energie, Versicherungen, Kfz-Kosten und Buchführungskosten einschl. Prüfung des Jahresabschlusses wurden in gleicher Höhe wie 2017 geplant. Die Kosten für Miete/Leasing wurden gemäß neuem Leasing-Vertrag für neue Technik angepasst und betragen 27.000 € (wie 2017). Die Investitionen/ Neuausstattungen werden in Höhe von 10.000 € für 2018 geplant.

Am effektivsten zur Akquise von Reiseveranstaltern, „Paketern“ und Endkunden sind regionale, nationale und besonders internationale Reisemessen und Workshops. Hier kalkuliert die SMG im Wirtschaftsplan 2018 mit Kosten von 50.000 € in gleicher Höhe wie 2017.

Die Ausgaben für „Sonstige Werbung“ (Marketingmaßnahmen außer Projekte) werden 2018 wie 2017 mit 125.000 € geplant. Die Ausgaben 2017 von 236.584 € beruhten auf dem außerplanmäßigen „Konzert zum Tag der Deutschen Einheit“ am 03.10.2017. Für 2018 steht die Entscheidung, die stark mit Partnerzusagen zusammenhängen, noch aus. Zur Position „Sonstige Werbung“ gehören ferner Ausgaben für z. B. Anzeigen, Druckerzeugnisse wie Flyer und Folder, Herstellung von Bannern usw.

Die Aufwendungen für projektbezogenen Maßnahmen unterscheiden sich jährlich nach Art und Umfang der Projekte und sind 2018 auf Grundlage des SMG-Projekteplans in Höhe von 396.500 € geplant. Dies entspricht einer Steigerung des Planansatzes von 2017 (325.000 €) um 71.500 € auf 122%. Die erwartete Steigerung der Aufwendungen beruht vor allem auf der „Criminale 2018“ (veranschlagte Kosten: 39.000 €), gestiegenen Kampagne- und Werbekosten für die Leipziger Buchmesse (u. a. Vermarktung „Criminale“), der Besucherbefragung zu den Händel-Festspielen, dem erweiterten Auftritt beim Internationalen Hansefest in Rostock sowie der Auflagensteigerung verschiedener Weihnachtsmarkt-Produkte.

Schwerpunktmäßige Projekte sind die Kampagne „nur bei uns“, das Wissenschaftsmarketing in Kooperation mit der MLU und die Leipziger Buchmesse. Der Anteil der Fremdfinanzierung an den Gesamtausgaben für Projekte wird für 2018 mit 45 % geplant. Dieser Anteil schwankt von Jahr zu Jahr in Abhängigkeit von der Art der Projekte. Grundlage für die Fremdfinanzierung von Projekten sind Werbeverträge mit Projektpartnern.

Laut Wirtschaftsplan 2018 wird die SMG das Jahr 2018 mit einem Minus von 8.700 € abschließen.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Geschäftsführung:	Postanschrift:
Anschrift:	Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26

Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	16	60,00
	Saalesparkasse	5	20,00
	envia Mitteldeutsche Energie AG	4	15,00
	Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.
- (2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.
- (3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
- (4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.
- (5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Universitäten sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.
- (6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Schmieder, Ulf-Marten
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzende	Schröder, Barbara
		Brückner, Joachim (bis 05.04.2017)
		Dr. Fox, Jürgen
		Dr. Lämmerhirt, Michael
		Marquardt, Bertolt
		Schröter, Reinhard
		Senius, Kay

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	5	7	6

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	23.678	82	25.435	84	26.812	86	-1.757	-7
Umlaufvermögen	5.112	18	4.884	16	4.366	14	228	5
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	2	0	7	0	0	0
Bilanzsumme	28.792	100	30.321	100	31.185	100	-1.529	-5
Passiva								
Eigenkapital	14.573	51	14.544	48	14.498	46	29	0
Sonderposten für Investitionszulagen	13.145	46	14.412	48	15.776	51	-1.267	-9
Rückstellungen	328	1	257	1	267	1	71	28
Verbindlichkeiten	745	2	1.107	3	643	2	-362	-33
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0
Bilanzsumme	28.792	100	30.321	100	31.185	100	-1.529	-5

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.020	3.896	3.822
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	94	-162	5
sonstige betriebliche Erträge	12	13	24
Materialaufwand	2.174	0	0
Personalaufwand	574	326	451
Abschreibungen	600	548	563
sonstige betriebliche Aufwendungen	743	2.828	2.791
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	11	16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			62
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9	10	10
Ergebnis nach Steuern	30	46	
sonstige Steuern	1	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	29	46	51
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	29	46	51
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,73	1,18	1,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,20	0,32	0,35	%
Cash-Flow:	629	594	613	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	413	625	963	T€
Personalaufwandsquote:	13,91	8,69	11,72	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,75	78,94	81,17	%
Eigenkapitalquote:	50,62	47,97	46,49	%
Fremdkapitalquote:	49,38	52,03	53,51	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
vermietbare Fläche	16.723,00	16.723,00	16.723,00	m ²
Auslastung	94,04	92,42	92,86	%

f) Lagebericht

- I. Grundlagen des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 5. Gesamtaussage
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Chancenbericht
 2. Risikobericht
 3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als TGZ Halle GmbH oder Gesellschaft bezeichnet) ist es, in der Region Halle Hilfestellungen im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Gründung und die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern sowie die positive Entwicklung des Arbeitsmarkt nachhaltig zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang werden durch die TGZ Halle GmbH in deren Räumlichkeiten aufgenommen sowie gefördert und beraten:

- technologisch hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, insbesondere Absolventen aus den Hochschulen der Region, die sich selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen sowie
- Unternehmen und Personen (-gruppen) mit förderungswürdigen Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien.

Die TGZ Halle GmbH bietet jungen, insbesondere technologie- und wachstumsorientierten Unternehmen folgende Dienstleistungen an:

- Bereitstellung von Büro-, Labor-, Rein- und Technikräumen, Räumen für Tierhaltung sowie Gemeinschaftseinrichtungen,
- Unterstützung bei der fachlichen Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- Beratung zu relevanten Problemstellungen in der Gründungs- und Wachstumsphase,
- Vermittlung von Beratungsangeboten externer Fachexperten sowie
- Hilfestellungen bei der Deckung des Kapitalbedarfs über öffentliche und private Kapitalgeber und Förderinstitutionen.

Darüber hinaus unterstützt sie kleine und mittlere Unternehmen:

- bei der Beantragung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (Einzel- und Verbundprojekte),
- beim Wissens- und Technologietransfer,
- beim Innovationsmanagement und der Durchführung von Innovationsforen,
- bei der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie
- beim Personaltransfer.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange der TGZ Halle GmbH rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten, da die TGZ Halle GmbH in erster Linie wirtschaftsfördernd tätig ist.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark Weinberg campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die TGZ Halle GmbH seit ihrer Gründung im Jahre 1991 schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Zudem wurde ein Altbau saniert.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i.H.v. von ca. 64,7 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups, und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2017 ca. 16.900 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikumsräumen, S1- und S2 - Laboren, Räume für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung des Technologieparks Weinberg Campus auf die Bereiche Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen und hoch technisierten Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 ein Dienstleistungsvertrag zum technischen Gebäudemanagement mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen, der auch im Berichtsjahr Bestand hat.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zum Großteil in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zur Cebit sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten zur BIO International Convention, zur conhiT Healthcare & IT, zur BIO Europe und auf einer Delegationsreise nach Estland genannt. Darüber hinaus wurden am Standort zahlreiche neue Veranstaltungsformate entwickelt und erfolgreich umgesetzt. Beispiele hierfür sind der Weinberg Campus Talk, das Business Breakfast und das Weinberg Campus Life Sciences Meetup. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die TGZ Halle GmbH betreuten Unternehmen.

Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die TGZ Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien die AG Bioparks im Bundesverband Innovationszentren, das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Projektes "Exist-Gründungskultur: Die Gründerhochschule" der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Die Projektarbeit der TGZ Halle GmbH dient einerseits der Unterstützung der aktuellen Mieter bei der Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte bzw. Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit Erfolgsbeiträge geschaffen werden. Hervorzuheben ist im Berichtsjahr die Beteiligung an einem überregionalen Projekt zur Förderung von Unternehmensgründungen im Bereich der Bioökonomie, welches in Kooperation mit der Handelshochschule Leipzig und dem Spitzen-Cluster Bioökonomie Mitteldeutschland umgesetzt wurde.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Vergleich zum Vorjahr wiederum leicht gewachsen. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite in einem lebhaften Binnenmarkt dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus und deutlichen Entgeltsteigerungen. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland wird in 2018 voraussichtlich wiederum insgesamt zunehmen, aber noch verhalten bleiben. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind allerdings weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch protektionistische Strömungen beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen insgesamt dämpfen.

In den vom TGZ fokussierten Wirtschaftsbranchen war die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Eine Ausnahme bildet die Branche IT und Softwareentwicklung. Die finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle erschweren die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten nach wie vor. Der Standortwettbewerb angrenzender Bundesländer im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen verschärft sich zunehmend und macht verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die TGZ Halle GmbH hatte die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen weiterhin oberste Priorität. Zudem wurden die Aktivitäten zur Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen und die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen.

Der Mietzins konnte auch im Jahr 2017 beibehalten werden, obwohl zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungsbereich als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Reparaturen entstanden.

Der zunehmende Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur machte zudem größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur auch zukünftig zu erhalten. Aus diesem Grunde wurden im Berichtszeitraum neben der notwendigen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik, Sanitäranlagen und Innenausstattungen in den älteren Gebäuden sowie zur Fassadenmodernisierung eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2017 wurden weitere Teilbereiche des Technologie- und Gründerzentrums im Weinbergweg 23 durch umfangreiche bauliche und technische Maßnahmen zukunftsfähig gestaltet, damit auch hier weiterhin junge Technologieunternehmen angesiedelt werden können. Den Kern der Aktivitäten bilden die Fertigstellung neuer Labor- und Technikräume sowie der Aufbau zweier Pre-Seed-Inkubatoren und eines Akzelerators für Unternehmensgründer und junge Technologieunternehmen. Dies erfolgt in enger Kooperation mit der Martin-Luther-Universität und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Um die inhaltliche Profilbildung des Standorts Technologiepark Weinberg Campus weiter zu stärken sowie kunden- und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebote unterbreiten und zukunftsfähige Infrastrukturen entwickeln zu können, wurde im Berichtsjahr die Umsetzung eines im Vorjahr beschlossenen Zukunftskonzeptes vorangetrieben. Dessen Weiterentwicklung und Detaillierung diente die Erarbeitung eines umfassenden strategischen Flächenentwicklungskonzeptes im Technologiepark Weinberg Campus. Die Mitarbeit im Arbeitskreis der Bio-Parks im Bundesverband der deutschen Innovationszentren und die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in der Projektgruppe Life Sciences der europäischen Metropolregion Mitteldeutschland zielt auf eine stärkere Positionierung der TGZ Halle GmbH und eine Unterstützung der Bestandsunternehmen mit branchenspezifischen Informationen und Vernetzungsmöglichkeiten.

Zur Unterstützung der Bestandsunternehmen ist es ein weiteres Ziel der TGZ Halle GmbH, Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Da die TGZ Halle GmbH über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern bzw. die Übernahme einer Projektträgerschaft auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten, das Angebot marktorientierter Beratungsleistungen und die Zusammenarbeit mit Transfereinrichtungen. Diesbezüglich ist es geplant, die bestehende Kooperationsvereinbarung mit der Univations GmbH Insitut für Wissens- und Technologietransfer und dem Gründerservice an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inhaltlich neu zu gestalten und weiter auszubauen.

Der Unterstützung von Ansiedlungsbemühungen sowie der Gründung und des Wachstums junger Technologieunternehmen dient das im Berichtsjahr etablierte Landesprojekt "AIMS - Accelerator" (Accelerator for Innovation in Life Sciences, Material Sciences and IT) sowie das ebenfalls vom Land Sachsen-Anhalt geförderte Projekt "Halle Startup!", welches Gründungsberatung und Gründerqualifizierung in der Region Halle koordiniert und organisiert. Zudem wurde ein kooperationsprojekt zur Unterstützung von Gründungskultur und Unternehmertum in der Bioökonomie erfolgreich abgeschlossen.

Zur Unterstützung der Positionierung und der Marketing-Kommunikation wurde im Berichtsjahr ein neues Corporate Design entwickelt. Zukünftig werden alle Kommunikationsmaßnahmen crossmedial unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus umgesetzt. Diese ersetzt in der Veranstaltungs- und Partnerkommunikation in Kombination mit dem Logo der Stadt Halle (Saale) zukünftig die alten Logos der THZ Halle GmbH und der Bio Zentrum Halle GmbH.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar :

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	3.508	85,0%	3.510	93,7%	-2	-0,1%
+ Einnahmen Projektleistungen	457	11,1%	340	9,1%	117	34,4%
+ sonstige Dienstleistungen	55	1,3%	45	1,2%	10	22,2%
+ = UMSATZERLÖSE	4.020	97,4%	3.895	103,9%	125	3,2%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	94	2,3%	-162	-4,3%	256	-158,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	12	0,3%	14	0,4%	-2	-14,3%
= BETRIEBSLEISTUNG	4.126	100,0%	3.747	100,0%	379	10,1%
+ Raumkosten Mieter	2.174	52,7%	1.969	52,5%	205	10,4%
+ Personalkosten	574	13,9%	326	8,7%	248	76,1%
+ eigene Raumkosten	157	3,8%	237	6,3%	-80	-33,8%
+ Versicherungen / Beiträge	26	0,6%	24	0,6%	2	8,3%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	279	6,8%	372	9,9%	-93	-25,0%
+ Kosten des Fuhrparks	4	0,1%	4	0,1%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	48	1,2%	24	0,6%	24	100,0%
+ externe Projektkosten	16	0,4%	45	1,2%	-29	-64,4%
+ sonstige Kosten	214	5,2%	154	4,1%	60	39,0%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHEN AUFWENDUNGEN	744	18,0%	860	23,0%	-116	-13,5%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	3.492	84,6%	3.155	84,2%	337	10,7%
= EBITDA	634	15,4%	592	15,8%	42	7,1%
+ Abschreibungen	1.867	45,2%	1.912	51,0%	-45	-2,4%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-1.267	-30,7%	-1.364	-36,4%	97	-7,1%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	600	14,5%	548	14,6%	52	9,5%
= EBIT	34	0,8%	44	14,6%	-10	-22,7%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	4	100,0%	11	100,0%	-7	-63,6%
+ = FINANZERGEBNIS	4	100,0%	11	100,0%	-7	-63,6%
= EBT	38	0,9%	55	1,5%	-17	-30,9%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	9	23,7%	9	16,4%	0	0,0%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
- = STEUERERGEBNIS	9	23,7%	9	16,4%	0	0,0%
= JAHRESÜBERSCHUSS	29	0,7%	46	1,2%	-17	-37,0%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2016 um 10,1% (379 T-€) erhöht und liegt somit bei 4.126 T-€. Dabei haben sich die Mieten und Mietnebenkosten um 2 T-€ vermindert, die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich ebenfalls um 2 T-€. Die Einnahmen aus Projektleistungen erhöhten sich dagegen um 117 T-€, die Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen um 10 T-€ und die Bestandsveränderungen aus nicht abgerechneten Mietnebenkosten um 256 T-€.

Gegenüber den im Wirtschaftsplan für 2017 geplanten Einnahmen aus Vermietung und Nebenkosten dazu i.H.v. 3.710 T-€ ergaben sich einschließlich Bestandsveränderungen hieraus tatsächliche Einnahmen i.H.v. 3.602 T-€. Die Einnahmen lagen damit um 108 T-€ unter dem Planansatz, was sowohl in den geringeren Einnahmen aus Mieten als auch auf die Nebenkosten dazu begründet ist. Dies liegt auch an der etwas späteren Fertigstellung der umgebauten Räumlichkeiten im TGZ I gegenüber der ursprünglichen Planung, was zum Zeitpunkt der Erstellung der Planung so noch nicht absehbar war. Die Erlöse aus Projektleistungen und die sonstigen Erträge lagen um 37 T-€ unter dem Planansatz. Insgesamt betragen die Einnahmen somit 145 T-€ weniger als geplant.

Die **betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Berichtsjahr um einen Betrag von 336 T-€ (+10,7%) auf 3.492 T-€. Erhöhungen gab es bei den umlagefähigen Mietnebenkosten (+205 T-€), den Personalkosten (+248 T-€), den Werbe- und Reisekosten (+24 T-€) und den sonstigen Kosten (+60 T-€). Dagegen verminderten sich die eigenen Raumkosten (- 80 T-€), die Reparaturen und Instandhaltungen (-93 T-€) und die externen Projektkosten (-29 T-€).

Im Vergleich zum Planansatz lagen die betrieblichen Aufwendungen mit insgesamt 3.492 T-€ um 172 T-€ unter dem Planansatz i.H.v. 3.664 T-€. Dies liegt im Wesentlichen an den Personalkosten (-154 T-€), den umlagefähigen Nebenkosten zu Mieten (-26 T-€) sowie auch an anderen Kostenpositionen, die unterschritten werden konnten. Die Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen lagen dagegen um 29 T-€ über dem Planansatz, was durch die weiterhin umfangreichen erforderlichen Sanierungsarbeiten in den Gebäuden begründet ist.

Das **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2016 um 42 T-€ auf 634 T-€ verbessert. Gegenüber dem Planwert von 607 T-€ ergab sich hierbei eine positive Abweichung in Höhe von 27 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.867 T-€ (Vorjahr: 1.912 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 97 T-€ auf 1.267 T-€. Der saldierte Abschreibungsaufwand beträgt damit 600 T-€ und liegt damit um 20 T-€ über dem Planansatz.

Das **EBIT** beträgt mit 34 T-€ im Berichtsjahr 10 T-€ weniger als im Vorjahr, gegenüber dem Planwert gab es eine Abweichung von 7 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat gegenüber dem Vorjahr um 7 T-€ abgenommen und beträgt noch 4 T-€. Der Planwert mit 6 T-€ konnte somit nicht erreicht werden. Der Rückgang an sich ist durch die weiterhin sehr geringen Anlagezinsen begründet.

Das **EBT** liegt mit 38 T-€ um 17 T-€ unter dem Vorjahreswert und um 5 T-€ über dem Planwert.

Sowohl die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** als auch die **Sonstigen Steuern** blieben unverändert bei insgesamt 9 T-€.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 29 T-€ und liegt damit um 17 T-€ unter dem Vorjahr bzw. 6 T-€ über dem Planwert, der von einem Jahresüberschuss i.H.v. 23 T-€ ausging.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 4.395,7 T-€ betragen. Aufgrund des Mittelzuflusses aus dem laufenden Geschäftsbetrieb, des Mittelabflusses aus den Investitionen und der Umschichtung von langfristigen Geldanlagen hin zu kurzfristigen Geldanlagen im Laufe des Jahres 2016 haben sich die liquiden Mittel um rund 370,0 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar :

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2017		31.12.2016		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.573,3	50,6	14.544,1	48,0	29,2	0,2
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	13.145,3	45,7	14.412,3	47,5	-1.267,0	-8,8
Rückstellungen	327,5	1,1	256,9	0,8	70,6	27,5
Erhaltene Anzahlungen	300,9	1,0	388,0	1,3	-87,1	25,4
Lieferverbindlichkeiten	377,1	1,3	580,5	1,9	-203,4	-35,0
Sonstige Verbindlichkeiten	66,7	0,2	138,3	0,5	-71,6	-51,8
Summe Verbindlichkeiten	744,7	2,6	1.106,8	3,7	-362,1	4,9
Rechnungsabgrenzungsposten	1,4	0,0	1,2	0,0	0,2	16,7
Summe Passiva=Gesamtkapital	28.792,2	100,0	30.321,3	100,0	-1.529,1	-5,0

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar :

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2017		31.12.2016		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	4,2	0,0	0,0	0,0	4,2	*.*
Sachanlagen	22.673,6	78,7	23.935,5	78,9	-1.261,9	-5,3
Finanzanlagen	1.000,0	3,5	1.500,0	4,9	-500,0	-33,3
Summe Anlagevermögen	23.677,8	82,2	25.435,5	83,9	-1.757,7	-6,9
Forderungen	22,7	0,1	10,6	0,1	12,1	114,2
Sonstige Vermögensgegenstände	694,4	2,4	847,9	2,8	-153,5	-18,1
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	4.395,7	15,3	4.025,7	13,3	370,0	9,2
Summe Umlaufvermögen	5.112,8	17,8	4.884,3	16,1	228,6	4,7
Rechnungsabgrenzungsposten	1,6	0,0	1,6	0,0	0,0	0,0
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	28.792,2	100,0	30.321,3	100,0	-1.529,1	-5,0

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.529,1 T-€ (= -5,0 %) auf 28.792,2 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-1.261,9 T-€), der Finanzanlagen (-500,0 T-€) und der sonstigen Vermögensgegenstände (-153,5 T-€). Das immaterielle Anlagevermögen (+4,2 T-€), die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+12,1 T-€) und die flüssigen Mittel (+370,0 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 83,9 % auf 82,2 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen und Einlagen der Gesellschaft in Höhe von 609,2 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 1.886,9 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit immateriellen Vermögensgegenständen zusammen auf einen Betrag von 22.677,8 T-€ (-1.257,7 T-€) vermindert. Das Finanzanlagevermögen hat sich um 500 T-€ auf 1.000 T-€ vermindert (-33,3%).

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 228,6 T-€ erhöht, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen erhöhte sich dadurch auf 17,8% gegenüber 16,1% im Vorjahr.

Die Erhöhung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 12,1 T-€ resultiert sowohl aus den gestiegenen Forderungen aus Mieten (+9,8 T-€) sowie der gestiegenen Forderungen aus Mietnebenkosten (+2,3 T-€).

Die Verminderung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 153,5 T-€ ist auf die Verminderung der sonstigen Vermögensgegenstände einschließlich Erstattungsansprüchen Sozialversicherungen (-3,2 T-€), der Forderungen aus der Mieterdirektabrechnung (+127,0 T-€) und die Verminderung von Steuererstattungsansprüche (-54,1 T-€) zurückzuführen. Bei den angeforderten Projektmitteln gab es eine Erhöhung um 30,8 T-€.

Die Erhöhung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 4.025,7 T-€ auf 4.395,7 T-€ resultiert aus der Umschichtung von langfristigen Geldanlagen i.H.v. 500 T-€. Aus dem laufenden Geschäftsbetrieb gab es einen Mittelzufluss von 479 T-€, für getätigte Investitionen flossen 609 T-€ ab.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** blieben unverändert.

4. Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran, darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie die Anzahl der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen.

Insgesamt waren die Gebäude der TGZ Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 94,56 % ausgelastet. Dementsprechende Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i.H.v. 94,04 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der TGZ Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

- Life Sciences (Biotechnologie, Medizintechnik, Pharma)	36,84%
- Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen	26,32%
- Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	17,54%
- Nanotechnologie, Material Sciences	8,77%
- Analytik, Sensorik Geräte- und Anlagenbau	8,77%
- Erneuerbare Energien	1,76%

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 57 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Weitere finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der TGZ Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2018 sowie in Entwurfsfassungen für die Jahre 2019 bis 2023 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen zu verstehen sind, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung T-€	Aufwendungen T-€	Finanzergebnis T-€	Ergebnis vor Steuern T-€
2018	4.193	4.186	6	13
2019	4.178	4.142	6	42
2020	4.012	3.995	6	23
2021	3.970	3.957	6	19
2022	3.970	3.948	6	28
2023	3.970	3.948	6	28

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt. Anlass für diese Einschätzung bietet einerseits die positive konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft, andererseits aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Dem Aufgabenspektrum der TGZ Halle GmbH als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind Chancen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Rahmenbedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der im Vorjahr beschlossenen Zukunftsstrategie wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert und im Berichtsjahr durch ein Flächenentwicklungskonzept weiter untersetzt. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die TGZ Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2018 wiederum das Ziel der Ansiedlung von zwei bis drei technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Des Weiteren soll die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen intensiviert und die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) und der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden.

Für die Ertragsprognose der TGZ Halle GmbH sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Bedingt durch eine Neustrukturierung der Medizinischen Fakultät und durch die Fertigstellung des Neubaus eines Proteinzentrums der Martin-Luther-Universität erfolgt ein Auszug des Zentrums für Angewandte Medizinische und Humanbiologische Forschung (ZAMED) sowie weiterer universitärer Forschungsgruppen zum Ende des ersten Quartals 2018. Für das Geschäftsjahr 2018 bestehen dadurch zumindest temporär erhebliche Leerstandsrisiken in einer Größenordnung von ca. 1.450 m². Diese werden wegen des Neubaus eines Gebäudes durch ein weiteres Bestandsunternehmen im Technologiepark und den dadurch bedingten Auszug des Unternehmens im vierten Quartal noch verstärkt. Zudem ist mit erheblichen Umbauten und Modernisierungskosten auf diesen Flächen zu rechnen, die das betriebswirtschaftliche Ergebnis zusätzlich belasten werden. Zur Reduktion der genannten Effekte werden die Akquisitionsbemühungen im Geschäftsjahr erheblich verstärkt. Von potentiellen Mietern liegen der Geschäftsführung bereits Interessensbekundungen vor.

Darüber hinaus sind umfangreiche Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen zur weiteren Modernisierung und baulichen Umgestaltung des Technologie- und Gründerzentrums im Weinbergweg 23 geplant. Ziel ist die Positionierung des Gebäudes als "Weinberg Campus Innovation Hub" für naturwissenschaftlich basierte Unternehmensgründungen und die zeitgemäße Ausstattung des Gebäudes - orientiert an den Bedürfnissen dieser Zielgruppe.

Durch die prognostizierten unternehmensindividuellen Szenarien ist insbesondere im Jahr 2018 mit verringerten Mieteinnahmen zu rechnen. Im Extremszenario hätte dies für das Geschäftsjahr 2018 ein temporäres Absinken der Flächenauslastung auf ca. 92% zur Folge. Um diesem Risiko zu begegnen, wird die Geschäftsleitung Unternehmen proaktiv bei der Standortentwicklung und -sicherung unterstützen. Im Fokus stehen hierbei die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der TGZ Halle GmbH. Als Leitlinien hierfür wird die Geschäftsleitung Strategien entwickeln, die den beschriebenen wirtschaftlichen Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Ziel ist eine nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

In diesem Zusammenhang steht auch 2018 die Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die TGZ Halle GmbH und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient diesbezüglich die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten zu schaffen, da ansonsten Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder die Abwanderung der Unternehmen vom Standort oder sogar deren Insolvenz vorprogrammiert.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der TGZ Halle GmbH ist in den nächsten Jahren mit steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Für die kommenden Jahre ist die Errichtung weiterer eigener neuer Gebäude geplant. Die dafür notwendigen Beschlüsse werden im Jahr 2018 gefasst. Mit der weiterführenden Planung und Umsetzung wird im ersten Halbjahr begonnen.

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft und die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume untersetzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann.

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2018 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der TGZ Halle GmbH als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Life Sciences und Biotechnologie, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie sowie Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Das zur Zeit eher positive konjunkturelle Marktumfeld bietet Technologieunternehmen grundsätzlich Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der TGZ Halle GmbH realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der TGZ Halle GmbH besteht die diesbezügliche Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie und Life Sciences aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups, insbesondere mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die TGZ Halle GmbH bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden aktuell weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die TGZ Halle GmbH liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dem entsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der im Vorjahr beschlossenen Zukunftsstrategie, die es in den nächsten Jahren plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Die TGZ Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.
- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion (insbesondere bei Reinraumnutzung) eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im nationalen und internationalen Wettbewerb zur Folge. Positiv für die TGZ Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtwerke Halle zu werten, die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses auf dem Gelände des Technologieparks Weinberg Campus zu stabilisieren und gemeinsam mit der TGZ Halle GmbH und weiteren Partnern ein Pilotprojekt zur Energieeffizienz umzusetzen.

- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen.
- Aktuell ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die TGZ Halle GmbH unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus der im Berichtszeitraum durchgeführten Mieterbefragung und aus Diskussionsforen zur Standortentwicklung.

Die dargestellten Risiken können kurz- und mittelfristig zu Mietausfällen führen und damit das Fortbestehen des Unternehmens gefährden. In der Stadt Halle (Saale) bestehen erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch sich der Mietzins für Gewerbeflächen auch im Berichtszeitraum zwar leicht erhöhte, sich aber nach wie vor im Wettbewerbsvergleich auf einem niedrigen Niveau befindet. Dieser Entwicklung und dem dadurch bedingten preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese durch den damit verbundenen Personalaufwand letztlich stetig wachsende Kosten verursachen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig.

Das Risiko, das sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, ist für die Gesellschaft eher von untergeordneter Bedeutung. Lediglich im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem erhöhten Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unsers Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:	<u>T€</u>	<u>%</u>
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder, welche die Gesellschaft von der Stadt zu Eigentum erworben hat. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen. Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes gehören auch die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badbetriebes; die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebotes an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badbetrieb; die Absicherung des Schulschwimmens, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen; die Absicherung des Vereinsschwimmsports, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, in für diesen vorgesehenen Schwimmhallen. Für das Schulschwimmen sowie den Vereinsschwimmsport in Betracht kommende Hallen sind entsprechend ihres Nutzungsprofils sport- und wettkampfgerecht auszustatten. Die hauptsächlich oder ausschließlich für den Schwimm- und Vereinssport zur Verfügung gestellten Schwimmhallen sollen primär dem Wettkampf- und Nachwuchsschwimmsport zur Verfügung stehen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Hallen- und Freibäder anderer zu erwerben, zu betreiben sowie Bäder zu errichten, zu leasen und zu pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

Beirat: Berend, Stephanie
Borggrefe, Fabian
Dr. Marquardt, Judith

Beirat:	Embacher, Frank	(bis 04.09.2017)
	Friedrich, Holger	
	Hülsbusch, Peter	
	Meerheim, Sten	
	Mehlis, Marion	
	Michalak, Ingo	(seit 25.10.2017)
	Misch, Werner	
	Walther, René	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	11.869	86	12.497	91	11.893	88	-628	-5
Umlaufvermögen	1.978	14	1.193	9	1.636	12	785	66
Rechnungsabgrenzungsposten	39	0	0	0	0	0	39	

Bilanzsumme	13.886	100	13.690	100	13.529	100	196	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.842	49	6.841	50	6.838	51	1	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.838	21	2.274	16	1.689	12	564	25
Rückstellungen	466	3	644	5	378	3	-178	-28
Verbindlichkeiten	3.740	27	3.931	29	4.624	34	-191	-5

Bilanzsumme	13.886	100	13.690	100	13.529	100	196	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.946	1.334	1.021
sonstige betriebliche Erträge	1.274	4.466	4.133
Materialaufwand	2.423	3.004	2.299
Personalaufwand	1.595	1.520	1.489
Abschreibungen	702	728	653
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.373	404	598
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	105	113	124
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-9
außerordentliche Erträge			59
außerordentliches Ergebnis			59
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	29	3
Ergebnis nach Steuern	2	2	
sonstige Steuern	0	0	45
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	2	2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2	2	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,04	0,16	0,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,03	0,03	0,02	%
Cash-Flow:	704	730	655	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	132	126	107	T€
Personalaufwandsquote:	25,64	26,20	28,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	85,45	91,28	87,90	%
Eigenkapitalquote:	49,28	49,97	50,55	%
Fremdkapitalquote:	50,72	50,03	49,45	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Besucher	272.406,00	292.745,00	314.663,00	Anzahl

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell

Mit Wirkung zum 1. Mai 2010 hat die Bäder Halle GmbH die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt 6,00 Euro.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat zum 1. Mai 2010 in Kraft und kann frühestens zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Bäder Halle GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH.

1.1.2. Geschäftsfelder

Zweck der Bäder Halle GmbH ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung des Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen.

Für das Naturbad Angersdorfer Teiche wurde ab 01.03.2015 ein Betreibervertrag über eine Laufzeit von 5 Jahren mit einer Verlängerungsoption von 2x 5 Jahren, mit der Bäder- und Eventmanagement GmbH geschlossen. Die Bäder Halle GmbH wird sich auf den Betrieb der Frei- und Hallenbäder mit Badewasseraufbereitungsanlagen konzentrieren. Die Stadt Halle (Saale) war in den Vergabeprozess eng involviert und hat die Vorgehensweise befürwortet.

Im Februar 2013 wurde ein Dienstleistungsvertrag für die im städtischen Besitz befindliche Robert-Koch-Schwimmhalle zwischen der Bäder Halle GmbH und der Stadt Halle (Saale) geschlossen. Auf dieser Grundlage erbringt die Bäder Halle GmbH die technische Dienstleistung zur Betreuung der Anlagen- und Haustechnik, regelt den öffentlichen Badebetrieb mit Kassen- und Badeaufsichtskräften einschließlich der Kassenabrechnung und zeichnet für die Belegungsplanung und Abrechnung der Nutzung durch Schulen und Vereine verantwortlich. Der Vertrag ist mit einer Frist von 3 Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Die durch die Bäder Halle GmbH im Jahr 2014 fertiggestellte Ballsporthalle am Standort Nietlebener Straße in Halle (Saale) wurde an die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH ab 01.08.2014 verpachtet und wird durch die GWG betrieben.

1.2. Ziele und Strategien

Die Bäder Halle GmbH betreibt die ihr von der Stadt Halle (Saale) übertragenen Bäder mit dem Ziel der langfristigen Erhaltung dieser Sporteinrichtung für die Grundversorgung der Bevölkerung. Über den effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Instandhaltungsmittel soll der Zustand der Bäder erhalten und verbessert werden.

Das marode hundertjährige Stadtbad ist umfassend sanierungsbedürftig. Eine Planung und Kosten-berechnung aus dem Jahr 2016 zeigen einen Finanzbedarf zwischen 18,3 und 19,8 Mio. EUR (netto) für die Gesamt-sanierung des Stadtbades auf. Dafür stehen der Bäder Halle GmbH keine planmäßigen Mittel zur Verfügung. Für die Sicherung der Fassaden wurden der Bäder Halle GmbH im Jahr 2015 Fördermittel im Umfang von 1,1 Mio. EUR bewilligt. Diese Sanierungsmaßnahme wurde maßgeblich bis Ende 2017 umgesetzt. Restarbeiten erfolgen im Februar 2018 und die Schlussabrechnung der Mittel bis 31.03.2018. Langfristig wird für die Sanierung nach relevanten Fördermittelprogrammen gesucht, über die eine Sanierung mit finanziert werden könnte. In engem Kontakt mit der Stadt Halle (Saale) wird auch 2018 weiter beraten, wie im Gesamtkontext der zukünftigen Stadtplanung mit dieser Immobilie weiter umgegangen werden kann.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Bäder Halle GmbH gliedert sich in Betriebsleitung, Objektleitung, technische Einsatzleitung und Geschäftsführung. Die zu bewirtschaftenden Struktureinheiten stellen die Hallen- und Freibäder dar.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den einzelnen Hallen- und Freibädern. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist die Höhe des Fehlbetrages, der aus der Differenz von Umsatzerlösen einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge und der Summe aller Aufwendungen der Gesellschaft entsteht.

Der Fehlbetrag wird maßgeblich von der Höhe der Aufwendungen bestimmt, da die Erlöse aufgrund der bewusst sozialverträglichen Eintrittspreisgestaltung für Bäder dieser Art deutlich weniger Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Rund 2/3 der Aufwendungen stellen die Medienkosten (Wasser- und Abwasser/ Strom/ Wärme) und Personalaufwendungen in Summe dar und sind auch nur unwesentlich zu beeinflussen. Wärmeeaufwendungen für die Hallenbäder stehen zudem in direktem Zusammenhang mit den Außentemperaturen und fallen oder steigen entsprechend der Witterung. Der Personalaufwand wird auf der Grundlage der wahrzunehmenden Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie entsprechend der Vorschriften zur Verkehrssicherung in Bädern nach VbE geplant. Personaleinstellungen erfolgen gemäß der auf der Planung basierenden Stellenpläne.

Abweichungen von diesen wesentlichen Ziel- bzw. Planvorgaben werden monatlich analysiert und die Auswirkungen auf die Fehlbetragsentwicklung bewertet.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt, Änderungen wurden deshalb nicht vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Der Bäder Halle GmbH wurden für Sicherungsmaßnahmen an der äußeren Fassade des Stadtbades Fördermittel in Höhe von insgesamt 1.112,4 TEUR (netto) bereitgestellt. Die Fassadensanierung konnte im Sommer 2017 abgeschlossen werden, zwei weitere Teilmaßnahmen - die Instandsetzung der Stützmauer im hinteren Innenhof und des kleinen Dachbereichs über der Wannenseite - wurden bis zum Jahresende vollständig umgesetzt. Witterungsbedingt wurden die zu erneuernden Holzfenster als letzte Maßnahme erst in der Schließzeit im Februar 2018 eingebaut. Die Zustimmung des Fördermittelgebers zu dieser Verfahrensweise liegt vor. Die Abrechnung des Gesamtprojektes erfolgt vertragsgemäß bis 31.03.2018. Die Sanierung der Stichkappenfenster in der Frauenhalle im Stadtbad konnte im Jahr 2017 maßgeblich mit Hilfe von Spenden sowie Mitteln aus einer Crowdfunding-Kampagne umgesetzt werden.

Die Sanierung der Badewassertechnik der Frauenhalle des Stadtbades und die damit verbundene Instandsetzung des Rundbeckens wurden im Frühjahr 2017 begonnen. Ihren Abschluss werden die umfangreichen und unter denkmalrechtlichen Auflagen stattfindenden Bauarbeiten im 1. Quartal 2018 finden. Finanziert werden die aus gesundheitsrechtlichen Vorgaben dringend erforderlichen Maßnahmen aus dafür gebildeten Rückstellungen aus den Jahren 2016 und 2017. Der Wirtschafts- sowie der Mittelfristplan der Bäder Halle GmbH sehen über die Aufwendungen für die laufende Instandhaltung hinaus derzeit keine weiteren Mittel für die Beseitigung der umfangreichen Gesamtschäden am Stadtbad vor. Die Kostenberechnung für eine Gesamtsanierung des Stadtbades legt dar, dass dafür ein Finanzbedarf in Höhe von 18,3 bis 19,8 Mio. EUR (netto) erforderlich ist. Gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) wird weiter nach umsetzbaren Lösungen für die Finanzierung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen unter Einbeziehung von Fördermittelprogrammen gesucht.

Der Baubeginn zur Sanierung des 2016 zu Tage getretenen weiteren Hochwasserschadens am Schwimmerbecken des Freibades Saline startete am 04.09.2017 und soll zum Beginn der Freibadsaison 2018 abgeschlossen werden. Zur Finanzierung wurden Fördermittel in Höhe von 1.998,6 TEUR auf der Grundlage eines Erweiterungsantrages durch das Landesverwaltungsamt bewilligt.

Die Dienstleistung zur Wasseraufsicht im Freibad Nordbad wurde im März 2017 für die Freibadsaison der Jahre 2018 und 2019 ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt erneut die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., die bereits in den Jahren 2016/2017 als Dienstleister in diesem Freibad für die Bäder Halle GmbH tätig war.

Der Dienstleistungsvertrag für die Robert-Koch-Schwimmhalle wurde für das Jahr 2018 verlängert. Die vertraglichen Bestimmungen sehen ein jährliches Kündigungsrecht von 3 Monaten zum Jahresende vor.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Hinsichtlich der marktbezogenen Rahmenbedingungen für den Betrieb von Sport- und Freibädern gab es im Geschäftsjahr 2017 keine nennenswerten Veränderungen zum Vorjahr. Die Besucherzahlen in den Freibädern sind besonders stark von den Witterungsverhältnissen abhängig. Der Sommer 2017 lässt sich insgesamt aufgrund der Witterungsverhältnisse als „sehr schlechter Freibadsommer“ bezeichnen, die Besucherzahlen lagen 2017 rd. 15% unter denen des Vorjahres, wobei bereits 2016 ein „schlechter Freibadsommer“ war (lag mit rd. 9,8% unter den Besuchern von 2015). In diesem Geschäftsbereich wird die Witterung immer einen extremen Einfluss auf die Besucherzahlen haben, ein Gegensteuern ist hier nicht möglich. Die Besucherzahlen in den Hallenbädern lagen um 2,2% unter dem Vorjahr und dieser Rückgang verteilt sich nahezu gleichmäßig über alle 3 Hallenbäder. Als eine Ursache hierfür wird die Verschiebung im Nutzerverhalten, weg vom Besuch im Rahmen des öffentlichen Badebetriebs hin zur Nutzung von Kurs- und Rehabilitationssportangeboten im Rahmen der Vereinszeiten gesehen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2017 gab es keine Veränderungen der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die für den Betrieb von Frei- und Hallenbädern Relevanz hatten.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Leistungsindikator für die Gesellschaft in Bezug auf den Betrieb der öffentlichen Bäder, die der Grundversorgung dienen, ist die Akzeptanz dieser Einrichtungen durch die Bevölkerung; Messgröße dafür ist die Anzahl der öffentlichen Besucher.

Aus den Eintrittsentgelten von öffentlichen Besuchern sowie aus Zahlungen der Schulen und Vereine auf Grundlage der von ihnen genutzten Kontingente an Wasserflächen erzielt die Gesellschaft die maßgeblichen Umsatzerlöse. Die Eintrittspreise für die Frei- und Hallenbäder blieben auch 2017 für die öffentlichen Nutzer unverändert. In Abstimmung mit den Vereinsnutzern wurde bereits im Jahr 2015 eine stufenweise Anhebung der Betriebskostenbeteiligung für die Jahre 2016 – 2019 um jeweils 25% pro Bahn pro Jahr vereinbart. Die Nutzungsentgelte für die Schulen haben sich im Jahr 2017 nicht geändert.

Die Entwicklung der Besucherzahlen stellt sich wie folgt dar:

Nutzergruppe	Jahr 2016	Jahr 2017
Besucher öffentliches Baden Hallenbäder:	187.060	182.845
Besucher öffentliches Baden Freibäder:	105.685	89.561
Besucher Schulschwimmen:	72.248	70.365
Besucher Vereinsschwimmen:	151.656	150.465

Die im Vergleich zu 2016 geringfügig um 2,1% zurückgegangenen Umsatzerlöse aus dem Badebetrieb sind maßgeblich auf die geringeren Besucherzahlen insbesondere im Freibadbereich zurückzuführen.

3.5 Personal und Personalentwicklung

Im Jahr 2017 waren in der Bäder Halle GmbH im Durchschnitt 47 Mitarbeiter und 3 Auszubildende beschäftigt, darunter waren 22 Frauen. In den Monaten Mai bis September haben im Schnitt 8 Vollzeitsaisonkräfte das Unternehmen in den Freibädern „Saline“ und „Nordbad“ unterstützt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 43 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 12 Jahren.

Die Bäder Halle GmbH arbeitet stetig an der Optimierung des Personaleinsatzes und der Personalkostensituation. Im Rahmen dieses Optimierungsprozesses wurde die Saisonarbeit effizienter gestaltet. Um pünktlich in die Freibadsaison starten zu können, sind bereits im Vorfeld vielfältige Arbeiten an den Außenanlagen zu erledigen, gleiches gilt am Ende der Freibadsaison. Dies wurde in 2017 beim Einsatz der Saisonkräfte berücksichtigt.

Da es auf dem Arbeitsmarkt schwierig ist, geeignetes Personal mit geforderter Qualifikation zu finden, bildet die Bäder Halle GmbH weiterhin selbst Fachangestellte für Bäderbetrieb aus.

Die Mitarbeiter der Bäder Halle GmbH unterliegen zwei Tarifverträgen, zum einem dem Tarifvertrag für Dienstleistungs-Logistik- und Bäderbetriebe vom 19.02.2013 und zum anderen, aufgrund von Betriebsübergängen dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD).

Der Vergütungsvertrag zum Tarifvertrag für Dienstleistungs-Logistik- und Bäderbetriebe wurde Ende 2015 neu verhandelt. Das Verhandlungsergebnis bestand für das Jahr 2017 aus einer brutto Tarifsteigerung um 50,00 € pro VbE.

Personalentwicklung 2017

Die Schnellebigkeit der Veränderung interner wie externer Rahmenbedingungen bringt viele Herausforderungen mit sich und erfordert flexibles Handeln und Anpassungsfähigkeit der Stadtwerke Halle mit all ihren Mitarbeitern. Vor diesem Hintergrund wurden die Personalentwicklungsinstrumente fortgeführt und ergänzten auch 2017 die Schulungen mit fachlichem Schwerpunkt.

Führungskräfteentwicklung

Fortgeführt wurden die Basismodule der SWH-Führungskräfteentwicklung, so dass inzwischen alle Führungskräfte der Bäder Halle GmbH am Basismodul „Gesundheitsstärkend Führen“ teilnehmen konnten. Weiterhin konnte in den Trainings zur Stärkung der eigenen Widerstandsfähigkeit, zum Stress- und Zeitmanagement sowie zur Werteorientierung in der Führung eine hohe Teilnahme von Führungskräften verzeichnet werden.

Für das Kalenderjahr 2018 ist eine Fortführung der Basismodule geplant, wobei das Basismodul 1 sich in seiner Zielsetzung an Führungskräfte neu in Führungsverantwortung richtet. Auch die Trainings zur Stärkung der Kompetenzen im Umgang mit persönlichen Ressourcen werden weitergeführt. Ergänzt wird das Angebot der Führungskräfteentwicklung um die Intensivprogramme „Professionelle Kommunikation“ und „Führung im permanenten Wandel“.

Unter der Überschrift „Digitalisierung“ wurde 2017 eine FührungskräfteTagung für die strategische Führungsebene durchgeführt. Die Tagungsergebnisse fließen in die strategische Weiterentwicklung der SWH-Gruppe ein und werden 2018 weiter bearbeitet.

Zentrale Mitarbeiterschulungen

Die Angebote der Mitarbeiterentwicklung vermittelten überwiegend IT-Kompetenzen und Kompetenzen im Bereich „gesund arbeiten“. 2 Mitarbeiter der Bäder Halle GmbH nahmen an mindestens einem Training der zentralen Mitarbeiterentwicklung teil.

Zudem wurde mit 33 Mitarbeitern des Unternehmens an zwei Terminen ein Training zur Arbeit in „generationsgemischten Teams“ durchgeführt, um die Servicequalität zu verbessern und ein zweckmäßiges Verhalten der Mitarbeiter gegenüber Gästen sowie im Mitarbeiterteam selbst zu unterstützen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse inkl. Schul- und Vereinsschwimmen aus dem Bade- und Saunabereich betragen 946,3 TEUR (Vorjahr: 959,2 TEUR); der Rückgang beruht maßgeblich auf den witterungsbedingt unter dem Vorjahr liegenden Besucherzahlen in den Freibädern.

Die Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle lagen im Jahr 2017 bei 136,8 TEUR (Vorjahr: 132,9 TEUR). Die Erlöse aus der Verpachtung der Ballsporthalle betragen vertragsgemäß wie bereits im Vorjahr 161,8 TEUR, ihnen stehen alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ballsporthalle, wie Abschreibungen und Erbbauzinsen gegenüber.

Unter den Umsatzerlösen ist der Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2017 mit 3.580,7 TEUR ausgewiesen, der im Vorjahr, inclusive der zusätzlichen bewilligten Mittel für Instandsetzung der Dächer des Schwimmhallenkomplex am Standort Halle Neustadt, bei 4.255,5 TEUR lag und noch unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen war. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind zudem Fördermittel für die Sanierung des Stadtbades sowie Auflösungserträge von damit in Zusammenhang stehenden Sonderposten in Höhe von 1.036,1 TEUR sowie die Erträge aus einer Spenden- und Crowdfunding-Aktion zur Sanierung der Tambourfenster der Frauenhalle des Stadtbades verbucht.

Unter den Aufwendungen für Material werden vor allem Aufwendungen für Wasser/Abwasser, Strom, Wärme und Gas in Höhe von 1.148,7 TEUR (Vorjahr: 1.168,2 TEUR) ausgewiesen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten maßgeblich die Aufwendungen für Reinigungsleistung in Höhe von 233,9 TEUR (Vorjahr: 216,6 TEUR) sowie Fremdleistungen für Personal in Höhe von 79,5 TEUR (Vorjahr: 89,5 TEUR). Der Instandhaltungsaufwand lag 2017 bei 676,0 TEUR (Vorjahr: 1.294,5 TEUR). Darin enthalten sind u. a. die Aufwendungen für die Instandsetzung der Tambourfenster der Frauenhalle im Stadtbad in Höhe von 101,3 TEUR. Die außerplanmäßige Maßnahme zur Instandsetzung der Badewassertechnik in der Frauenschwimmhalle des Stadtbades, um die Anforderungen an die Badewasserqualität sicherstellen zu können, führte 2017 zu Aufwendungen in Höhe von 87,4 TEUR.

Die Personalaufwendungen betragen 1.594,8 TEUR (Vorjahr: 1.519,4 TEUR).

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 404 TEUR auf 1.373 TEUR steht ebenfalls in Verbindung mit den Sanierungsmaßnahmen im Stadtbad. Aufgrund nachträglich festgestellter Nichtaktivierbarkeit der Maßnahme waren die im Anlagevermögen aktivierten Kosten als Anlagenabgänge auszubuchen, daraus resultieren Aufwendungen von 1.009 TEUR

Das Jahresergebnis der Gesellschaft von 1,9 TEUR im Geschäftsjahr resultiert aus Erlösen der Verpachtung der Ballsporthalle und der Betriebsführung der Robert-Koch-Schwimmhalle.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31.12.2017 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 6.842,5 TEUR. Der Anstieg des Eigenkapitals um 1,9 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem Jahresergebnis 2017. Die Bäder Halle GmbH weist damit zum Bilanzstichtag 2017 eine Eigenkapitalquote von 49,3% aus (Vorjahr: 50,0%).

Bei den Sonderposten aus Investitionszuschüssen ist in 2017 ein Anstieg von 563,7 TEUR gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Freibad Saline hat die Bäder Halle GmbH in 2017 Fördermittel in Höhe von 1.083,2 TEUR erhalten. Den Zugängen stehen planmäßige Auflösungen entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagen von 151,1 TEUR sowie Auflösungen für nachträglich sich als nichtaktivierbar herausgestellte Kosten (368,4 TEUR) gegenüber. Die Rückstellungen weisen zum Vorjahr einen Rückgang von 178,0 TEUR aus. Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite konnten die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft auch in 2017 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31.12.2017 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 3.101,3 TEUR (Vorjahr: 3.497,3 TEUR). Die sonstigen Verbindlichkeiten stiegen zum Vorjahr um 232,3 TEUR an.

4.2.2. Investitionen

Der Investitionsplan der Bäder Halle GmbH, der im Zuge der Bäderübertragung 2010 nach dem Schwerpunktbedarf in den übertragenen Bädern aufgestellt und mit Krediten der DKB untersetzt wurde, sah für die ersten 3 Betriebsjahre 2010 – 2012 ein Investitionsvolumen von 5.510 TEUR vor. Diese Mittel sind ausgeschöpft. Investitionen in Höhe von 1.072,1 TEUR wurden im Jahr 2017 zur Sanierung des Hochwasserschadens im Freibad Saline getätigt und aus Fördermitteln finanziert.

4.2.3. Liquidität

Entsprechend dem Bäderfinanzierungsvertrag mit der Stadt Halle erhält die BHG einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der Stadt. Unter diesen Bedingungen ist die Bäder Halle GmbH jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31.12.2017 beträgt die Bilanzsumme der Bäder Halle GmbH 13.886,1 TEUR, das ist ein Anstieg um 195,9 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Vermögenslage wird wesentlich durch die Entwicklung des Anlagevermögens bestimmt. Aufgrund von Investitionen verzeichnete die Bäder Halle GmbH im Jahr 2017 Zugänge zum Anlagevermögen von 1.083,3 T€. Unter Berücksichtigung von Anlagenabgängen sowie planmäßigen Abschreibungen der Anlagegüter wird zum 31.12.2017 ein Anlagenbestand in Höhe von 11.868,9 TEUR erreicht (Vorjahr: 12.497,0 TEUR). Das Umlaufvermögen weist eine Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr von 824,1 TEUR auf. Diese resultiert insbesondere aus den Forderungen gegen verbundene Unternehmen von 1.589,2 TEUR (Vorjahr: 657,2 TEUR). Infolge der Finanzierung der Investitionen aus Fördermitteln ist auf der Passivseite ein entsprechender Anstieg des Sonderpostens zu verzeichnen. Dem steht ein Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, der Rückstellungen sowie der Verbindlichkeiten im Verbundbereich gegenüber, so dass insgesamt eine positive Vermögenslage zu verzeichnen ist.

4.4. Gesamtaussage

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach heutiger Einschätzung nur über Investitionen in energiesparende Technologien wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung oder Anlagen zur Wärmerückgewinnung z.B. über die Lüftung, möglich. Hier ist langfristig jedoch abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die Investitionen amortisieren.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da für das öffentliche Schwimmen deutschlandweit für Bäder dieser Art nur ein sogenannter „sozial verträglicher Eintrittspreis“ akzeptiert wird.

Ziel auch für 2018 wird es weiterhin sein, die Besucherzahlen in den Hallenbädern zu stabilisieren. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann muss noch deutlicher in das Bewusstsein der Hallenser gerückt werden. Individuell, ganz nach seinem eigenen Zeitregime und unabhängig von Zeitfenstern, die z.B. durch den Vereinssport vorgegeben werden, sind wir - die Bäder Halle GmbH - der richtige Partner für alle Menschen, die sich im nassen Element wohlfühlen.

Leider ist es der Bäder Halle GmbH nur zu wenigen begrenzten Zeiten möglich, Kursangebote z.B. für Kinder zu offerieren, da die Kontingente der Wasserzeiten für die Vereinsnutzung sehr umfangreich sind. So ist eine Ergebnisverbesserung durch höhere Kurseinnahmen kaum zu erzielen. Der durch die Vereine zu zahlende Betriebskostenzuschuss für die Nutzung der Wasserflächen liegt im Vergleich zum Eintrittspreis der Besucher öffentlicher Schwimmzeiten weitaus niedriger.

Im Zeitraum 2016 - 2019 werden die von den Vereinen für die Nutzung der Wasserflächen zu zahlenden Betriebskostenzuschüsse auf Basis einer mit den Nutzern im Jahr 2015 verhandelten Kompromisslösung schrittweise um 25% der aktuell zu zahlenden Beträge pro Jahr angehoben.

Die Erlöse in den Freibädern werden immer sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst.

Für die Betreibung der Bäder wird auch weiterhin langfristig der im Bäderfinanzierungsvertrag geregelte Zuschuss der Stadt Halle (Saale) notwendig sein. Durch diesen Zuschuss werden gemäß Bäderfinanzierungsvertrag die tatsächlichen Aufwendungen der Bäder Halle GmbH, die aus dem Betrieb der sechs übertragenen Bäder entstehen, vollständig ausgeglichen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

im Geschäftsjahr 2017 wurden bei der Bäder Halle GmbH insgesamt 7 Risiken ermittelt (Vorjahr 8). Unter den ermittelten 7 Risiken lässt sich insgesamt ein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	0	0	0
Absatzmarkt/Vertrieb	0	0	0
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Technologie	0	0	0
Naturereignisse/Umwelt	1	0	1
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	0	0	0
Gesamt	1	0	1

Das Risiko von Sturmschäden durch Unwetter an Gebäuden, Dächern und Anlagen sowie Wasser- und Abwasserleitungen, kann zu Ausfällen der Anlagen sowie hohen Instandsetzungsaufwendungen führen. Das Risiko muss in Teilen akzeptiert werden, möglich ist jedoch das Ergreifen von Sicherungsmaßnahmen bei Ankündigung von Wetterunbilden über den mobilen technischen Bereitschaftsdienst zur Begrenzung möglicher Schäden.

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine bedeutenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten.

Der Fortbestand der Gesellschaft ist nur gesichert, wenn die jährlichen Verluste über den Bäder- finanzierungsvertrag ausgeglichen werden und dieser nicht gekündigt wird.

Weitere bestandsgefährdende Risiken bestehen darüber hinaus nicht.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2018 sowie in der Mittelfristplanung bis 2022 wird davon ausgegangen, dass sich die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet nicht signifikant verändern und damit auch das Besucherpotenzial für die Bäder stabil bleibt. Ebenso werden mittelfristig durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt. Auf dieser Grundlage wurden ab 2018 bis 2022 konstant 296.400 Besucher geplant (Ist 2017: 272.406). Die Umsatzerlöse steigen in der Mittelfristplanung von 2018 in Höhe von 1.397,6 TEUR bis 2022 auf 1.426,4 TEUR nur marginal aufgrund der vereinbarten Anpassung der Betriebskostenbeteiligungen der Vereinsnutzer an.

6.2. Investitionen

Für das Jahr 2018 sind keine Investitionen geplant. Die Umsetzung der Maßnahmen zur Sanierung des Hochwasserschadens am Schwimmerbecken mit Hilfe von Fördermitteln wird zu einer Erhöhung der Investitionen im Jahr 2018 führen. Über weitere Investitionsmittel ist im Zuge der Wirtschaftsplanung 2019 für die Folgejahre mit der Stadt Halle (Saale) zu verhandeln.

6.3. Finanzierung

Da derzeit langfristig keine Investitionen eingeplant wurden, ist auch keine Darlehensaufnahme geplant. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist aufgrund der Vereinbarungen im Bäderfinanzierungsvertrag gesichert. Weiterhin besteht im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH eine Kontokorrentkreditlinie von 300,0 TEUR.

6.4. Ergebniserwartung

Für den Planungszeitraum 2018-2022 werden jährlich 2,1 TEUR Ergebnis aus dem Verpachtungsgeschäft der Ballsporthalle und dem Betrieb der Robert-Koch-Schwimmhalle erwartet. Bezüglich des Betriebs der sechs übertragenen Bäder ist jährlich mit Verlusten zwischen 3,8 und 3,9 Mio. EUR zu rechnen. Es wird davon ausgegangen, dass diese im Rahmen des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle (Saale) über den Betriebskostenzuschuss vollständig ausgeglichen werden.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bugenhagenstraße 30
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	9,6	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9,0	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	6,6	22,00
Stadt Halle (Saale)	4,8	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft.
- (2) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat: Vorsitzende Dr. Ueberschär, Ina
Bahn, Wolfgang

Verwaltungsrat:

Battermann, Jens
Brederlow, Katharina
Dr. Danek, Simone
Dr. Kehl, Peter
Dr. Streibelt, Marco
Gellrich, Barbara
Ideker, Thomas
Krahl, Hans-Joachim
Neuhofer, Renate
Stegmann, Jürgen

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	12.660	85	13.084	84	13.699	82	-424	-3
Umlaufvermögen	2.270	15	2.451	16	2.946	18	-181	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	27	0	21	0	20	0	6	29

Bilanzsumme	14.957	100	15.556	100	16.665	100	-599	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	5.473	37	5.312	34	5.216	31	161	3
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	4.874	32	5.081	32	5.288	32	-207	-4
Rückstellungen	106	1	81	1	73	0	25	31
Verbindlichkeiten	4.504	30	5.082	33	6.087	37	-578	-11
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	14.957	100	15.556	100	16.665	100	-599	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.179	6.053	5.627
sonstige betriebliche Erträge	369	330	395
Materialaufwand	835	773	700
Personalaufwand	3.714	3.673	3.715
Abschreibungen	764	791	798
sonstige betriebliche Aufwendungen	904	862	920
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	9	53
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	168	185	241
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-299
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3	4	4
Ergebnis nach Steuern	169	104	
sonstige Steuern	8	8	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	161	96	-309
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	161	96	-309

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,60	1,58	-5,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,02	1,83	-5,60	%
Cash-Flow:	924	887	489	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	99	97	94	T€
Personalaufwandsquote:	56,73	57,54	61,69	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	83,98	83,83	82,11	%
Eigenkapitalquote:	36,59	34,15	31,30	%
Fremdkapitalquote:	63,41	65,85	68,70	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Abrechnungstage	39.599,00	40.069,00	39.388,00	Tage

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH bietet als überregionales Dienstleistungsunternehmen vielfältige Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen an. Ziel ist die dauerhafte Eingliederung blinder und sehbehinderter erwachsener Menschen in das Arbeitsleben. Aufgabe des BFW Halle (Saale) ist es, den Menschen mit Sehbeeinträchtigungen durch Qualifizierung, Umschulung, berufliche Anpassungsmaßnahmen und Einzelschulungen die Ausübung einer Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen bzw. von Sehbeeinträchtigungen bedrohter Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen ist Ziel der Spezialeinrichtung. Das BFW Halle (Saale) sieht sich als einen Spezialanbieter in der Nische für blinde und sehbehinderte Menschen bzw. für spezielle Dienstleistungen rund um das Sehen. Rentenversicherungen, Unfallkassen, Arbeitsagenturen, Arbeitgeber und Jobcenter zählen zu den wichtigsten Kunden.

2. Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist die konsequente Weiterentwicklung bestehender oder neuer Maßnahmenangebote für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen mit dem Ziel der Qualitätssteigerung und Verbesserung der Integrationsergebnisse der Teilnehmer. Im Jahr 2017 begann im BFW Halle (Saale) die Qualifizierung zum Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen. Das BFW Halle (Saale) arbeitet im Projekt AKTILA-BS (Aktivierung und Integration (langzeit-)arbeitsloser blinder und sehbehinderter Menschen) mit, welches durch das BMAS finanziert wird. Ein wesentliches Ziel hierbei ist es u.a., die wesentlichen Vermittlungshemmnisse zu identifizieren und auf dieser Grundlage geeignete Integrationsstrategien zu entwickeln und zu erproben.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen in der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen gestalten sich weiterhin schwierig. Seit einigen Jahren ist die Belegung im Kerngeschäftsfeld durch Rückgang und Stagnation geprägt. Die weitere Flexibilisierung und Individualisierung der Rehabilitationsprozesse ist Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit, wobei es gilt, die Wirtschaftlichkeit der Gruppengrößen sicherzustellen. Es besteht ein massiver Wettbewerb um potentielle Teilnehmer. Nach wie vor sieht das BFW private Anbieter, die sich mit ihren Angeboten inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) angepasst haben und in der Regel preislich günstiger sind, als eine Herausforderung an. Hier haben die Berufsförderungswerke aufgrund ihrer Tarifbindung aber auch aufgrund der durch Gesetze, Verordnungen und Rahmenverträge festgelegten vorzuhaltenden Infrastruktur erhebliche Wettbewerbsnachteile. Die Spezialeinrichtungen sind auf Grund ihrer Spezifik nochmals preisintensiver.

2. Geschäftsverlauf

Das BFW Halle (Saale) konnte im Jahr 2017 die Bildungsarbeit zur beruflichen Rehabilitation sehbehinderter und blinder erwachsener Menschen und deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit gleichbleibend hoher Qualität fortführen.

Das BFW Halle (Saale) hat mit externer neutraler Unterstützung konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt und 2017 weiter schrittweise umgesetzt, die dazu geeignet sind ein positives Jahresergebnis zu erwirtschaften und die Entwicklung des BFW Halle (Saale) langfristig zu stabilisieren. Es wurden mögliche liquiditätswirksame Potenziale identifiziert.

Gleichzeitig erfolgte parallel die Einführung der Leistungsklassifikation der beruflichen Rehabilitation (LBR) zum 01. Juli 2017.

Im Laufe des Jahres 2017 hat sich die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert.

Die Bemühungen der letzten Jahre lagen in der Steigerung der Effizienz bei gleichzeitiger Steigerung der Flexibilität und Mobilität. Ziel war es, den personellen Aufwand hinter den jeweiligen Tätigkeiten zu minimieren, ohne gleichzeitig wesentliche Abstriche an der Qualität zu machen.

Im Jahr 2017 nahmen durchschnittlich 110 Teilnehmer (im Vj. 112 Teilnehmer) an Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen teil. Die Belegung verteilte sich gleichmäßig auf die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie die Bundesagentur für Arbeit, wobei die Belegung der Bundesagentur im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist.

Dies stellt eine Entwicklung dar, die sich grundsätzlich aus der Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie aus der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, den offiziellen Statements der Rentenversicherungsträger, der Bundesagentur für Arbeit und der Politik entnehmen lässt. Die Tendenz einer Steigerung kürzerer und individuellerer Schulungsmaßnahmen bestätigte sich 2017 im BFW Halle (Saale). Dieser Wandel stellte bei zunehmendem Ökonomisierungsdruck und einer gleichzeitig erwarteten immer individuelleren Dienstleistung das BFW Halle vor erhebliche Herausforderungen.

Um mit dem Qualifizierungsprogramm des BFW Halle (Saale) auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben, ist eine permanente Angebotsoptimierung notwendig, die sich an den regionalen und überregionalen Arbeitsmarktchancen und den rehabilitationsspezifischen Voraussetzungen der Teilnehmer orientiert. Ein halbjährlicher Umschulungsbeginn ermöglicht auch bei geringen Teilnehmerzahlen in Verbindung mit einem hohen Grad an Modularisierung der Ausbildungsinhalte ein hohes Maß an Kundenorientierung und Flexibilität. Assessment - und Integrationsmaßnahmen und Einzelmaßnahmen starten regelmäßig in kürzeren Abständen. Auf Grund der Spezifik des BFW Halle (Saale) gehören Einzelmaßnahmen zum Standardangebot des Hauses.

Bei den Assessment-Maßnahmen bewegte sich die Teilnehmerzahl 2017 leicht unterhalb des Planungsansatzes.

Die Zertifizierung nach der DIN ISO2001:2008 sowie die Trägerzertifizierung nach der AZAV hat das BFW Halle (Saale) im Jahr 2017 wieder erfolgreich nachgewiesen. Diese Zertifizierung stellt seit 2013 eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung der preisverhandelten Maßnahmen dar.

Neben weiterhin intensiven Marketingmaßnahmen galt es, die internen Prozesse konsequent und zügig auf die aktuellen und künftigen Anforderungen der beruflichen Rehabilitation auszurichten. Dies erforderte und erfordert Veränderungen in der Ausbildungsorganisation. Die 2013 begonnene neue Strukturierung der Qualifizierungseinheiten sowie die Umgestaltung des Unterrichts in einen modularen Aufbau wurden 2017 weitergeführt.

2017 waren durchschnittlich 61 (im Vj. 61) Angestellte sowie 5 (im Vj.5) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle (Saale) beschäftigt. Zwei Mitarbeiter unterstützen im Rahmen des Bundesprogrammes Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt die Stammebelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitern lag bei 16,05 %.

Die Kostensatz- bzw. Preisverhandlungen für 2017 erfolgten auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 111 Teilnehmern inklusive der Geschäftsstelle Berlin.

Die Geschäftsstelle in Berlin, welche in Kooperation mit dem dort ansässigen BFW Berlin-Brandenburg betrieben wird, ist mittlerweile zu einer festen Größe für das BFW Halle (Saale) geworden.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Umsatzerlöse um TEUR 125 gestiegen. Dies resultiert u.a. aus der Steigerung der verhandelten Kostensätze für das Jahr 2017.

Im Berichtsjahr fielen mit 39.599 Abrechnungstagen (im Vj. 40.069) 1,2% weniger Abrechnungstage im Vergleich zum Vorjahr an.

Die anderen laufenden betrieblichen Erträge sind im Jahr 2017 leicht gestiegen. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug 2017 TEUR 207 (im Vj. TEUR 207).

Die Betriebsleistung stieg somit um TEUR 164.

Die Aufwendungen für die Betriebsleistung sind im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 116 gestiegen. Der Personalaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 41. Der Materialaufwand erhöhte sich um TEUR 62.

Das Betriebsergebnis stieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 48 auf TEUR 320.

Die Finanzerträge blieben auf Grund der anhaltenden Niedrigzinsphase gleich der des Vorjahres. Bei gleichzeitig sinkenden Finanzaufwendungen kam es zu einer Verbesserung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr um TEUR 17.

Die aufgezeigten Entwicklungen führen im Jahr 2017 zu einem Jahresüberschuss von TEUR 161.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2017 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 874 (im Vj. TEUR 662) gekennzeichnet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist 2017 durch die Auszahlung in das Anlagevermögen negativ. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gestaltet sich planmäßig negativ. Der Finanzmittelfonds sank um TEUR 213. Die Gesellschaft verfügt 2017 weiterhin über eine gute Liquiditätsausstattung, die es ihr ermöglicht, jederzeit ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentliche Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Die Schwerpunkte der Investitionen liegen 2017 im Bereich der Hilfsmittel und der Verwaltung.

Die Bilanzsumme des BFW Halle (Saale) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 599 vermindert.

Dabei sank das langfristig gebundene Vermögen um TEUR 423. Investitionen in das Anlagevermögen von TEUR 340 stehen Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von TEUR 764 gegenüber.

Auf der Passivseite resultiert die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere aus der tilgungsbedingten Verringerung der Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger um TEUR 584 sowie aus der Differenz zwischen der Verminderung des Sonderpostens aus Zuwendungen um TEUR 207 und dem im Berichtsjahr erzielten Jahresüberschuss von TEUR 161. Damit sinkt das wirtschaftliche Eigenkapital um TEUR 46.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2017 TEUR 10.346, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 69,2 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle (Saale) im Jahr 2017 durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Unternehmenssteuerung wird im Rahmen des Risikomanagements ein umfangreiches quartalsweise aufgestelltes Reporting genutzt sowie die Anmelde- und Belegungssituation ständig analysiert.

In den Vorbereitungs - und Hauptmaßnahmen sank die Belegung im Vergleich zum Vorjahr um 1,8%. Die Auslastung in den Assessmentmaßnahmen lag im Bereich der Vorjahreszahlen. Damit stabilisiert sich die Zahl der Rehabilitanden im Verlaufe der letzten Jahre auf niedrigem Niveau. Die Geschäftsstelle Berlin stellt eine stabile wirtschaftliche Größe für das BFW Halle (Saale) dar. Hier lag 2017 die Auslastung leicht unter dem geplanten Ansatz.

Die Geschäftsführung setzte das unter strategischen Gesichtspunkten und mit externer Begleitung erarbeitete Maßnahmenkonzept zur Stabilisierung der Liquidität des BFW Halle (Saale) im Jahr 2017 weiter um. Mit diesen Maßnahmen gilt es die Ertragsseite zu stabilisieren und die Aufwandsseite zu optimieren.

III. Bericht über Zweigniederlassungen

Organisatorisch selbständige Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

IV. Prognosebericht

Die Ertragslage des BFW Halle (Saale) wird im Wesentlichen von den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kostensätze mit den Rehabilitationsträgern und von der Entwicklung der Belegungszahlen in den verschiedenen Maßnahmen der Rehabilitation bestimmt. Die Kostensatzentwicklung muss grundsätzlich die Entwicklung der Inflation und Tarife berücksichtigen. Das BFW Halle (Saale) ist Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt und damit an die Tarifentwicklung im vollen Umfang gebunden. Bei den Verhandlungen mit den Rehabilitationsträgern zu den Kostensätzen 2018 konnten die geplanten Erhöhungen erzielt werden.

Das BFW Halle (Saale) ist perspektivisch von den Strategien der Rehabilitationsträger hinsichtlich ihres Belegungsverhaltens abhängig. Auf Grund einer geplanten durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen von 111 Teilnehmern wird für das Wirtschaftsjahr 2018 ein positives Ergebnis moderat unter dem von 2017 erwartet. Bei den Umsatzerlösen sieht das BFW Halle (Saale) im Vergleich zu 2017 eine leichte Steigerung im Jahr 2018.

Dabei wurde bei der Berechnung der Personalkosten die Tarifsteigerung von 2,2 % eingerechnet. Es sind Investitionen in einem Umfang von TEUR 349 vorgesehen, wobei der Schwerpunkt der Investitionsplanung in der Qualifizierung, der Verwaltung sowie für die Geschäftsstelle in Berlin liegt. Ausgehend von der durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im I. Quartal 2018 von 120 Teilnehmern und mit den derzeit vorliegenden Anmeldungen geht das BFW Halle (Saale) 2018 von einem Ergebnis aus, dass im Rahmen der Planung liegt.

Mit externer neutraler Unterstützung wurden durch das BFW Halle (Saale) konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt, die perspektivisch umgesetzt, zur langfristigen Liquiditätsentwicklung beitragen sollen. Diese Maßnahmen umfassten unter anderem auch die Prüfung der Immobilien und deren Nutzung, welche ab dem 01. Januar 2018 mit der Vermietung der Häuser 2 und 4 umgesetzt wurden.

Um den Bekanntheitsgrad des BFW Halle (Saale) weiter zu steigern, wird die Intensivierung der Marketingaktivitäten fortgesetzt.

Intensive Gespräche mit den Rehabilitationsträgern erfolgen kontinuierlich. Das derzeitige Maßnahmenangebot des BFW Halle (Saale) wird den Anforderungen und Bedarfen der Rehabilitationsträger mit Blick auf den Arbeitsmarkt optimiert. Netzwerke und Kooperationen werden zukünftig mehr im Fokus stehen. Die überregionale Beratungstätigkeit wird 2018 weiter ausgebaut.

Die Infrastruktur mit seinem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit andern Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet das BFW Halle (Saale) als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Das BFW Halle (Saale) in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen, sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ zu etablieren, wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle (Saale) gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risiken

a) Branchenspezifische Risiken

Als Herausforderung erweist sich die Vereinbarkeit von der geforderten hohen Qualität einerseits und den Sparbemühungen der Leistungsträger andererseits. Durch die Anerkennung privater Bildungsträger als vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 51 SGB IX verschärft sich der Wettbewerb weiter. Die Angebote der freien Träger passen sich inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) an, sind preislich unter denen des BFW Halle (Saale) und werden damit sukzessive mehr und mehr durch die Rehabilitationsträger genutzt.

Das BFW Halle (Saale) versteht sich als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, als überregional kompetenter Partner der Rehabilitationsträger und der Arbeitgeber. Die strategische Ausrichtung als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ ist auch 2018 das Kernziel der Gesellschaft.

Ein Risiko sieht das BFW Halle (Saale) darin, dass gegenwärtig Menschen nach partiellem oder vollständigem Sehverlust, ob schlagartig oder schleichend erworben, keine standardisierten Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation zur Verfügung stehen und dadurch potentielle Teilnehmer den Weg in eine berufliche Rehabilitation zeitnah nicht finden. Durch das Projekt ORELTA, gefördert durch die DRV Bund, welches am 01. März 2017 gestartet ist, gilt es, dieses Risiko näher zu erforschen und eventuelle Versorgungslücken zu eruieren.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle (Saale), die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallbezogenen und effizienten Rehabilitation unerlässlich. Das BFW Halle (Saale) ist dadurch befähigt gleichzeitig Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Die Basis der Arbeit stellt dabei das Strategiepapier „RehaFutur“ sowie die Umsetzung des neuen „Reha-Modells“ dar. Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein. Sie muss den Rehabilitanden und Leistungsträgern nachhaltig den Rehabilitationserfolg sichern.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW Halle (Saale) auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem der Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

b) Ertragsorientierte Risiken

Das größte Risiko für das BFW Halle (Saale) liegt in der Belegung. Eine Belegungsgarantie seitens der Kostenträger besteht nicht. Das BFW Halle (Saale) sieht sich steigenden Personal- und Sachkosten bei nur mäßig steigenden Kostensätzen und unsicherer Entwicklung der Teilnehmerzahlen konfrontiert.

Grundsätzliche Ertragsrisiken werden in der fortschreitenden demografischen und der derzeit sehr guten Konjunkturlage gesehen, die Auswirkungen auf die Belegung und die zu erwartenden Umsätze haben können, da die Unternehmen ihre Fachkräfte halten, auch wenn diese eine Beeinträchtigung haben.

Ein mögliches Risiko sieht das BFW Halle (Saale) in einer gewissen Abhängigkeit von wenigen Hauptbelegern im Rehabilitationsbereich sowie in der Überregionalität des BFW Halle (Saale), da sich der Arbeitsmarkt in den einzelnen Regionen unterschiedlich gestaltet und die potentiellen Teilnehmer auf Grund ihres sozialen Umfeldes auf eine wohnortnahe Rehabilitation angewiesen sind.

Minimale personelle Veränderungen oder Einsparungen bzw. Veränderungen in den Prozessen können zum Beratungsstau beim Rehabilitationsträger und damit zu einem Rückgang der Belegung im BFW Halle (Saale) führen. Eine sinkende Belegung kann sich für das BFW Halle (Saale) perspektivisch bestandsgefährdend auswirken.

c) Finanzwirtschaftliche Risiken

Das BFW Halle (Saale) hat für das Erkennen wesentlicher Risiken ein umfassendes Kontroll- und Risikomanagement im Rahmen eines Maßnahmenkonzepts erarbeitet. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können.

Bei den in einem Maßnahmenkonzept erarbeiteten Szenarien sind mittelfristig keine Liquiditätsengpässe zu erwarten. Voraussetzungen dafür sind stabile Belegungszahlen.

2. Chancenbericht

Die Weiterentwicklung der Kooperationen und Netzwerke bietet für das BFW Halle (Saale) weitere Zukunftschancen. Derzeit aktuelle Themen, wie die Versorgung von bleibeberechtigten Flüchtlingen, können für das BFW Halle (Saale) zusätzliche Potentiale darstellen. Es ist davon auszugehen, dass sich unter den Flüchtlingen sehbehinderte Menschen befinden, die die speziellen Angebote des BFW Halle (Saale) in Anspruch nehmen könnten. Weitere Chancen sieht das BFW Halle (Saale) in Maßnahmen des Marketings und Vertriebs. Die Weiterentwicklung der Geschäftsstelle in Berlin wird als Chance gesehen. In der Umsetzung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes sieht das BFW Halle (Saale) eine große Chance für die zukünftige Entwicklung.

Bundestag und Bundesrat haben im Dezember 2016 das Gesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) verabschiedet. Dies birgt neue Chancen für Menschen mit Behinderungen für die Teilhabe am Arbeitsleben und damit auch für das BFW Halle (Saale).

Solange sich die Konjunktur in Deutschland positiv entwickelt, ist davon auszugehen, dass die Kassen der Sozialversicherungsträger gut gefüllt und damit keine Budgeteinschnitte im Bereich der beruflichen Rehabilitation zu erwarten sind.

3. Gesamtaussage

Das überregional agierende BFW Halle (Saale) ist weiterhin in einem schwierigen Umfeld, bei gleichzeitig steigenden Personal- und Sachkosten sowie stagnierenden Kostensätzen tätig.

Unter der Voraussetzung einer auf dem Niveau von 2017 gleichbleibenden Belegung lassen sich bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des BFW Halle (Saale) derzeit für den Fortbestand der gemeinnützigen GmbH keine existenzbedrohenden Gefahren erkennen. Die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation ist als stabil einzuschätzen, sodass unter Berücksichtigung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes Liquiditätsengpässe nicht zu erwarten sind. Das BFW Halle (Saale) erwartet mit der Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes mittel- bis langfristig eine positive Entwicklung.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Das BFW Halle (Saale) richtet sich bei der Verwendung von Finanzinstrumenten grundsätzlich nach der bestehenden Geschäftsordnung sowie nach den Empfehlungen des Bundesversicherungsamtes für Sozialversicherungsträger gemäß SGB IV und setzt, außer Termingelder, derartige Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate nicht ein. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		van Rissenbeck, Goswin	
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	
		Bönisch, Bernhard	
		Feigl, Christian	
		Hopfgarten, Klaus	(seit 22.11.2017)
		Meerheim, Sten	
		Rothe, Bernward	(bis 22.11.2017)
		Schmeil, Birgit	

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2017 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2016.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	30	1	41	1
Umlaufvermögen	5.856	99	2.714	99
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0	0

Bilanzsumme	5.888	100	2.755	100
--------------------	--------------	------------	--------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	37	1	1.004	36
Sonderposten für Zuwendungen und Zuschüsse	778	13	40	2
Rückstellungen	91	2	102	4
Verbindlichkeiten	4.982	84	1.609	58

Bilanzsumme	5.888	100	2.755	100
--------------------	--------------	------------	--------------	------------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015
	T€	T€
Umsatzerlöse	595	3.737
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	3.345	-1.513
sonstige betriebliche Erträge	983	1.125
Materialaufwand	1.008	594
Personalaufwand	3.805	2.621
Abschreibungen	20	22
sonstige betriebliche Aufwendungen	90	112
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		0
Ergebnis nach Steuern	0	
sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	20	22	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	17	12	T€
Personalaufwandsquote:	77,29	78,26	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,46	1,23	%
Eigenkapitalquote:	0,63	36,44	%
Fremdkapitalquote:	99,37	63,56	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Arbeitsverträgen	28,00	27,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Beschäftigungsvereinbarungen	29,00	37,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	5,00	8,00	Anzahl

f) Lagebericht**Lagebericht 2016 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)****1. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Ressorts Beschäftigungsförderung der Stadt in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie im Vorjahr, auch im Jahr 2016 erfüllen.

Im Jahr 2016 war die Beigeordnete für Bildung und Soziales, Frau Katharina Brederlow, Vorsitzende des Betriebsausschusses. Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Im Juni 2016 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015 des EfA durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner mbB geprüft. Mit dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt. Es wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2015 wurde am 14.12.2016 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 EigBG LSA die Entlastung erteilt. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2017 wurde zeitgleich eingebracht, parallel zum Haushaltsplan der Stadt am 14.12.2016 durch diesen beschlossen.

Der im Jahresabschluss 2014 ausgewiesene Jahresüberschuss wird entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2015 bis 2019 für die Umsetzung des Bundesprogramms "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" (148 Plätze), der Handlungssäule II im Förderprogramm RÜMSA sowie der städtischen Stellen des Bundesfreiwilligendienstes und sofern ausreichend, zur weiteren Cofinanzierung für Arbeitsgelegenheiten eingesetzt werden. Da das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ erst verspätet Ende des Jahres 2015 begann, verschiebt sich die Verwendung des Jahresgewinns 2014. Dieser wird nunmehr seit dem Jahr 2016 bis zum Jahr 2018 zur Umsetzung der Projekte genutzt. Darüber hinaus angekündigte Plätze in diesem Förderprogramm müssen zusätzlich, vergleiche Beschluss des Wirtschaftsplanes 2017 aus dem Dezember 2016 (Änderungsantrag), finanziert werden.

Die Parallelität der Beratungen zum Jahresabschluss des Vorjahres und zum Wirtschaftsplan des Folgejahres ermöglichte mittelfristig strategische Entscheidungen zur kommunalen Finanzierung von Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt für die Jahre 2017 ff.

Der Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) hat schon im Februar 2016 die Genehmigung zum Vollzug durch das Landesverwaltungsamt erhalten. Der Vollzug des Wirtschaftsplanes 2016 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wurde durch das Landesverwaltungsamt mit Schreiben vom 23.02.2016 freigegeben. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr des Eigenbetriebes entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen umgesetzt werden. Nach dem Abschlussstichtag gab es im Jahr 2017 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Jahr 2016.

Prägend für das Geschäftsjahr 2016 war damit der Wechsel der EU Förderperiode und die damit einhergehende Regionalisierung dieser Fördermittel, die Einführung neuer Bundesprogramme und vor allem die zeitgleiche Abrechnung der auslaufenden Programme und Förderinstrumente.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr weiterhin stabil gestaltet. Kleine Probleme wurden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung gab es regelmäßige Zusammenkünfte. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2016 geprägt von der inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente, dabei insbesondere der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand (1 € Jobs), dem Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen", die Schaffung und Gestaltung der Bundesprogramme „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ und „BIWAQ“ sowie der Förderprogramme des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Vermeidung beruflicher und gesellschaftlicher Ausgrenzung und für die individuelle berufliche und soziale Wiedereingliederung von Arbeitslosen Personen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds des Landes Sachsen-Anhalt, z.B. Jobperspektive 58+ und die Regionale Koordination.

Unter dem Deckmantel der regionalisierten Gestaltungsmöglichkeit hat das Land Sachsen-Anhalt Ende 2015 große Teile der Budgetverantwortlichkeit für die Landesmittel der Europäischen Sozialfond (ESF) durch die Schaffung von Regionalen Arbeitskreisen (RAK) an die Gebietskörperschaften übertragen. Mindestens die Qualität der entsprechenden Personalkostenförderung ist im Vergleich zu anderen Landesprogrammen nicht konform. Im Jahr 2016 wurde ein erstes vollständiges Geschäftsjahr des RAK umgesetzt.

Bedingt durch langwierige Debatten und Strukturänderungen auf Ebene der EU, des Bundes und des Landes hat sich die Neuausrichtung der Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt auf das zweite Halbjahr des Jahres 2016 konzentriert.

Vor diesem Hintergrund wurden im Jahr 2016 die Teams „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ und „Projekte“ vor besondere Herausforderungen gestellt, die für die nächsten Jahre des Eigenbetriebes prägend sein werden.

Ergänzt durch das Team Personal und Qualität, das ab dem Jahr 2016 zusätzlich die im Jahr 2017 wirksam werdenden strukturellen Veränderungen im TVöD umzusetzen hat, ist der Eigenbetrieb in der Lage, sich auch zukünftigen Herausforderungen zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau zu stellen. Beispielhaft kann hier die oben schon angeführte Realisierung der Förderprogramme „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ -Förderperiode 2015-2020, die „Regionale Koordination“ und das „Regionale Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf (RÜMSA, Handlungsfeld 1 und 2) für das Jahr 2016 benannt werden. Diese Förderprogramme gehen mit strukturellen Änderungen bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen mit Mehrfachhemmnissen einher.

Prägend für das Jahr 2016 war die Schaffung von Maßnahmeplätzen für Teilnehmer mit Migrations- und Flüchtlingshintergrund. Zur Realisierung der verschiedenen Bundes- und Landesprogramme waren enge Kooperationen zwischen Jobcenter, dem Fachbereich Soziales, als Träger der Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz und dem Eigenbetrieb notwendig.

Im Ergebnis dieser Kooperation werden ab dem zweiten Halbjahr 2017 nur noch Teilnehmerplätze in gemischten Maßnahmen umgesetzt. Ausnahme bilden hier Plätze für nicht anerkannte oder im Anerkennungsverfahren befindliche Flüchtlinge.

Am 12. Dezember 2014 hat der EfA die Zertifizierung als zugelassener Träger nach § 178 SGB III von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung erhalten. Diese Trägerzertifizierung wurde für den Maßnahme- und den Qualifizierungsbereich ausgesprochen. In der Folge sind nunmehr jährlich Zertifizierungsprüfungen umzusetzen. Im November 2016 hat sich der EfA erfolgreich rezertifiziert. Der mit der Zertifizierung erhöhte Dokumentationsaufwand kann dabei nur mit einer Mehrbelastung der Mitarbeiter umgesetzt werden.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2016 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen.

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1 € Jobs) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate).
- „Jobperspektive 58+“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 58 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (36 Monate)
- "Familien stärken - Perspektiven eröffnen" inclusive Erprobungsarbeitsplätze in diesem tarifgebunden Förderprogramm
- Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) mit drei Teilprojekträgern
- Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“
- Bundesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit
- RÜMSA Regionales Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildung

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2016 durchschnittlich nachfolgende Jahresverträge in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert.

„Jobperspektive 58+“	22 Teilnehmerplätze
Mehraufwand*	94 Teilnehmerplätze
Bundesfreiwilligendienst	4 Teilnehmerplätze
Erprobungsarbeitsplätze FIC*	1 Teilnehmerplätze
Bundesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit	4 Teilnehmerplätze
Bundesprogramm Soziale Teilhabe*	132 Teilnehmerplätze
Gesamt:	257 Teilnehmerplätze

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, daher Mehrfachbesetzung möglich.

Darüber hinaus wurden durchschnittlich 70 Teilnehmer im Förderprogramm BIWAQ und 90 Klienten im Förderprogramm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ betreut und im Förderprogramm „Jobperspektive 58+“ weitere 58 Plätze geschaffen. Damit wurden im Jahr 2016 in der Summe 475 Teilnehmerplätze über den EfA geschaffen. Zur Realisierung dieser Projekte waren im Berichtszeitraum 37 Mitarbeiter im Eigenbetrieb beschäftigt, so dass im Jahresdurchschnitt insgesamt **512 Beschäftigungsplätze** realisiert wurden

Berücksichtigt man die Mehrfachbesetzungen und die unterjährigen Laufzeiten der Maßnahmen, so hatte der EfA im Jahr **2016 insgesamt über 760 Beschäftigte**.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate) hatte es in den Vorjahren eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses weg vom Jobcenter hin zu EU, Bund und Land gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen, wie derzeit die Maßnahmen im Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“, „Gesellschaftliche Teilhabe, Jobperspektive 58+“ und weitere angekündigter zu berücksichtigen.

Die 2012 begonnene Neuausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen durch den Bund geht nach einem Übergangszeitraum **2014/2015 von einer deutlich höheren kommunalen Beteiligung** aus.

Zur Durchführung der Projekte hat der EfA folgende liquide Mittel erhalten:

	2016	2015
Zuschüsse der Stadt	1.140.500 €	1.099.500 €
Sonstige Einnahmen* der Stadt	140.791 €	193.092 €
Sonstige Einnahmen sonstige	728 €	5.741 €
Mittel des Bundes und ESF	254.668 €	170.128 €
Mittel des Landes und ESF	752.946 €	765.951 €
Mittel des Jobcenter Halle	2.136.627 €	700.822 €
Summe	4.426.260 €	2.935.234 €

* Personalkostenerstattungen im Rahmen von und für Förderprogramme über die Fachbereiche Soziales, Bildung, Immobilien und Personal der Stadt Halle (Saale) für die Bewirtschaftung und Umsetzung der im Programm befristeten und finanzierten Personalstellen.

Durch einen guten Maßnahmenmix ist es gelungen, den Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stabil zu halten.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2016	2015	2014
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	978,9	12,0
Jahresgewinn/-verlust	0,0	0,0	966,9
	37,0	1.003,9	1.003,9

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2015	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	2016
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	12,8	12,8	0,0	12,6	12,6
Strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	37,0	0,0	0,0	0,0	37,0
Übrige Rückstellungen	52,3	11,1	7,8	8,4	41,8
	102,1	23,9	7,8	21,0	91,4

2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2016 (TEUR)	2015 (TEUR)
Zuschüsse des Jobcenter Halle	346,3	633,2
Zuschüsse Land / ESF	19,1	2.270,1
Zuschüsse Bund	17,2	13,3
Zuschüsse Stadt	210,2	797,8
Sonstige betriebliche Erträge	962,7	1.102,6
Verwendete Spenden	2,0	22,8
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	20,2	21,8
	1.577,7	4.861,6

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2016	2015
Durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	289	280
<u>Personalaufwendungen in TEUR</u>		
Löhne und Gehälter	3.149,6	2.172,5
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	655,7	448,1
- davon für die Altersversorgung	48,2	54,5
	3.805,3	2.620,6

Die Liquidität konnte ganzjährlich durch kontinuierlichen Mittelabruf und Liquiditätscontrolling gesichert werden.

3. Aufgaben, Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2017

Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist und bleibt eine herausragende Aufgabe der Kommunen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen sind in der Stadt Halle (Saale) derzeit insgesamt 11.414 Personen arbeitslos, davon werden 8.945 bzw. 82,2% der Arbeitslosen nach dem SGB II betreut. Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) beträgt immer noch 9,7%, und liegt somit unverändert weiter über dem Agenturbezirk 8,7% und dem Bundesdurchschnitt (5,6%).

„Öffentlich geförderte Beschäftigung darf nicht nur auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung reduziert werden, sondern soziale Teilhabe sollte auch durch niedrigschwellige Beschäftigungsangebote ermöglicht werden („Teilhabejobs“).“

(Vorbericht zur 164. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Familie des Deutschen Städtetages Mai 2015)

Im Jahr 2017 ist neben der konkreten Umsetzung der vorn beschriebenen Förderinstrumente die Realisierung weiterer Maßnahmeplätze im Förderprogramm „Soziale Teilhabe“ des Bundes (16 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze) sowie die soziale- und berufliche Integration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive (40 Plätze) die große arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung.

Vorrangig kommen aktuell Menschen aus Syrien und Afghanistan. Neben dem Spracherwerb sollen gemeinsam mit den **Akteuren am Arbeitsmarkt** parallel Maßnahmen zum Arbeitsmarkteinstieg geschaffen werden. Qualifizierten Flüchtlingen soll ein schnellerer Berufseinstieg durch unbürokratische Anerkennung von Berufsabschlüssen ermöglicht werden. Mit dem Einstieg in den Arbeitsmarkt können Flüchtlinge ihren eigenen Beitrag für unsere Stadt und unser Land leisten. Dadurch entstehen soziale Netzwerke und kulturelle Brücken. Da bundesweit rund 55% der Antragsteller auf Asyl unter 25 Jahre sind, kommt neben den bewährten berufsvorbereitenden Maßnahmen, der dualen Ausbildung, eine besondere Bedeutung zu.

Außerdem spielen niedrigschwellige Einstiegswege in den Arbeitsmarkt für eine dritte Gruppe von Flüchtlingen – von nicht oder nur sehr wenig ausgebildeten Menschen – eine große Rolle. Hier können Fähigkeiten erprobt werden und erste Schritte auf dem hiesigen Arbeitsmarkt gegangen werden. Gleichzeitig werden wir bereits arbeitssuchende Deutsche nicht vernachlässigen, um die Akzeptanz für unsere Maßnahmen nicht zu gefährden.

Da die Erfahrung zeigt, dass unabhängig vom Herkunftsland eine Maßnahmeteilnahme allein die Integration in den Arbeitsmarkt nicht immer befördert und sichert, wurden und werden im Bereich „Ganzheitlichkeit“ und „Nachhaltigkeit“ der sozialen Integration Schwerpunkte gesetzt. Zielkonflikte zwischen raschem Integrationserfolg, Nachhaltigkeit und sozialer Teilhabe müssen aufgelöst werden und die Schnittstellen zwischen SGB II, III, VIII und XII in diesem Kontext betrachtet werden. Dabei sollen in der Stadt Halle für die Flüchtlinge, die keine Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, Maßnahmeplätze in gemischten Maßnahmen angeboten werden. Dies soll vor allem die sprachliche und kulturelle Integration stärken.

Ein „Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)“, der sowohl vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales als auch vom Bundesministerium für Finanzen abgelehnt wird, könnte der Stadt Halle (Saale) und dem Jobcenter wesentlich **größere Handlungs-, aber vor allem Gestaltungsmöglichkeiten** eröffnen.

Das Land Sachsen-Anhalt hat Ende März 2017 angekündigt noch im Herbst ein Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ umzusetzen. Neben der zusätzlich zu realisierenden Bewirtschaftung des Förderprogramms wird dabei der Kommune die Steuerung und eine Anteilsfinanzierung (Personalneben- und Arbeitsplatzkosten) übertragen. Um diese Herausforderung zu realisieren, muss noch im laufenden Haushaltsjahr Rechtssicherheit über eine Finanzierung bis ins Jahr 2020 geschaffen werden.

Der Eigenbetrieb ist derzeit in der Lage, die für das Förderprogramm notwendigen Arbeitsgelegenheiten (AGH) im Rahmen der Mittelfristplanung gemeinsam mit dem Jobcenter umzusetzen.

Die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen für die durch die Kommune zu verantwortende Intensivbetreuung müssen durch eine Erhöhung des Zuschusses an den Eigenbetrieb realisiert werden.

Über die arbeitsmarktpolitischen Effekte und **die Auswirkung auf die Sozialversicherungssysteme hinaus, wird mit allen Maßnahmen auch eine Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) erzielt** (vergl. Flut, Schulen, Kita u.a.). Die Schätzungen dazu bewegen sich zwischen dem 10fachen und dem 35fachen des kommunalen Jahreszuschusses an den Efa.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt durchzuführen, selbst wenn diese die oben benannten Effekte nur teilweise erfüllen. Vor dem Hintergrund des weiter steigenden Fachkräftemangels sind hier sogar sehr niedrigschwellige Projekte zu entwickeln, mit denen die sogenannten „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ wieder an Arbeit herangeführt werden können.

Wenn der Fachkräftemangel die Wirtschaft dazu zwingt, ihr derzeit eigenes geringqualifiziertes Personal zu qualifizieren, werden sich auch Chancen für die „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ ergeben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass diese Erwerbsfähigen in der Lage sind, einen Arbeitstag, eine –woche, einen –monat, ein –jahr und dann das restliche Arbeitsleben durchzuhalten und dabei elementare Schlüsselqualifikationen einzuüben.

Hier sind derzeit die perspektivischen Herausforderungen und Zielsetzungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung zu sehen.

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind im Haushalt der Stadt Halle (Saale) für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Jahr 2017 städtische Zuschüsse und Jahresüberschüsse aus den Vorjahren in Höhe von

1.756.682 EURO.

eingepplant.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen SGB II und SGB III sowie Bundes ESF

2.610.700 EURO

und Mittel des Bundes, des Landes und Sonstiger in Höhe von

1.993.800 EURO

und sonstige Mittel

407.419 EURO

für alle Maßnahmen eingepplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen in der Mittelfristplanung für die Jahre 2013 bis 2021 sich derzeit wie folgt darstellt.

2013	1.000 Maßnahme- Plätze
2014	650 Maßnahme- Plätze
2015	401 Maßnahme- Plätze
2016	760 Maßnahme- Plätze
2017	781 Maßnahme- Plätze
2018	720 Maßnahme- Plätze
2019	432 Maßnahme- Plätze
2020	320 Maßnahme- Plätze
2021	220 Maßnahme- Plätze

Eigenbetrieb Kindertagesstätten*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	0		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe und der Erziehung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Bewirtschaftung einschließlich Errichtung und Bauunterhaltung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Kreisel, Jens
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina Dr. Bergner, Annegret Dr. Brock, Inés Eigendorf, Eric Jahn, Josephine Pätzold, Bettina Schied, Thomas Scholtyssek, Andreas Weiß, Sylvia

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2017 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Betriebsausschuss	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	36.992	91	35.007	88	34.137	94	1.985	6
Umlaufvermögen	3.415	9	4.579	12	2.318	6	-1.164	-25
Rechnungsabgrenzungsposten	44	0	0	0	0	0	44	
Bilanzsumme	40.451	100	39.586	100	36.455	100	865	2

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	20.290	50	20.073	51	19.987	55	217	1
Sonderposten für Investitionszulagen	12.949	32	11.793	30	9.927	27	1.156	10
Rückstellungen	2.671	7	2.660	7	1.726	5	11	0
Verbindlichkeiten	4.461	11	4.953	12	4.726	13	-492	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	80	0	107	0	89	0	-27	-25
Bilanzsumme	40.451	100	39.586	100	36.455	100	865	2

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	44.149	41.921	37.275
sonstige betriebliche Erträge	1.514	2.083	1.316
Materialaufwand	82	88	61
Personalaufwand	36.571	34.824	32.471
Abschreibungen	1.781	1.409	1.348
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.172	7.444	5.302
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	177	183	195
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-786
Ergebnis nach Steuern	-120	56	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-120	56	-786
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-120	56	-786

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,27	0,13	-2,11	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,59	0,28	-3,78	%
Cash-Flow:	1.661	1.465	562	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	51	55	48	T€
Personalaufwandsquote:	80,09	79,14	84,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,40	88,36	93,53	%
Eigenkapitalquote:	50,16	50,71	54,83	%
Fremdkapitalquote:	49,84	49,29	45,17	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Betreuungsstunden	10.632.201	10.590.760	10.789.170	Stunden
Betreuungskosten ¹⁾	4,27	4,14	3,66	€/Std.
davon Personalkosten	3,52	3,36	3,04	€/Std.
davon Sachkosten	0,75	0,78	0,62	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.444	5.359	5.414	Anzahl

¹⁾ Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

f) Lagebericht

I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
2. Geschäftsverlauf
3. Lage
 - Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
 - Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)
 - Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes
4. Baumaßnahmen und Investitionen
5. Personal

III. PROGNOSEBERICHT

1. Entwicklung der Belegungszahlen
2. Änderung KiFöG Sachsen-Anhalt 2017
3. Einführung von Fachstandards für Kindertageseinrichtungen
4. Trägerkonzeption

IV. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Chancenbericht
2. Risikobericht

V. ZUSÄTZLICHE ANGABEN NACH § 8 EIGBVO

I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

Der Eigenbetrieb wurde zum 01.01.2006 mit Beschluss des Stadtrates vom 07. März 2005 gegründet. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten übernahm die operativen Geschäfte der Kernverwaltung und den Betrieb der nach Übergabe an freie Träger der Jugendhilfe verbliebenen kommunalen Kindertagesstätten.

Der Stadtrat war sich seinerzeit bewusst, dass die Stadt Halle (Saale) gerade durch die Binnenwanderung innerhalb des Stadtgebietes in Zukunft enormen Herausforderungen gegenübersteht und hat sich durch diese Entscheidungen zukünftig die Möglichkeit einer aktiven Gestaltung der Stadtentwicklung im Bereich der frühkindlichen Bildung ermöglicht.

Aktuell werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, bezogen auf das Berichtsjahr 2017, 48 Kindertagesstätten und 6 Horte betrieben. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten wird als Sondervermögen der Stadt Halle (Saale) ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß §121 KVG LSA geführt.

Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind gemäß § 4 Abs. 1 EigBG in der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) geregelt. Der Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes sind die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit laut Abgabenordnung.

Des Weiteren ist in der Satzung festgelegt, dass das Rechnungswesen nach den Regeln der doppelten Buchführung zu führen ist. Es ist ein Wirtschaftsplan vorzulegen. Dieser muss aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht bestehen.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erhebt zur Finanzierung der Gesamtkosten Kostenbeiträge, die jedoch nur einen Teil der anfallenden Kosten decken. Die Stadt Halle (Saale) hat zu diesem Zweck eine Satzung auf Grund der fehlenden Rechtspersönlichkeit des Eigenbetriebes geschaffen, auf deren Grundlage Beiträge erhoben werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erlässt im Auftrag der Gebietskörperschaft die entsprechenden Kostenbeitragsbescheide, führt eine Sonderkasse und ist organisatorisch für die Beitreibung der Beiträge bis zur Vollstreckung selbst verantwortlich.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erfolgt gemäß Kinderförderungsgesetz (KiFöG) zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen.

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen des Eigenbetriebes bilden – neben den landesrechtlichen und kommunalen Vorschriften - insbesondere das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) und das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt. Das Jahr 2017 war von keinen gesetzlichen Reformen geprägt, die Einflussgrößen für die Tätigkeit des Eigenbetriebes waren. In den vergangenen zwei Jahren ist die Zahl schutzsuchender Familien in Sachsen-Anhalt deutlich gestiegen. Dies hatte einen Zustrom von Familien mit Migrationshintergrund auch für die Stadt Halle (Saale) zur Folge. Die Auslastung einzelner Einrichtungen des Eigenbetriebes war nachhaltig von dieser Entwicklung geprägt. Während der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren noch bei 1-2 % lag, ist dieser in 2017 auf rund 5 % angestiegen.

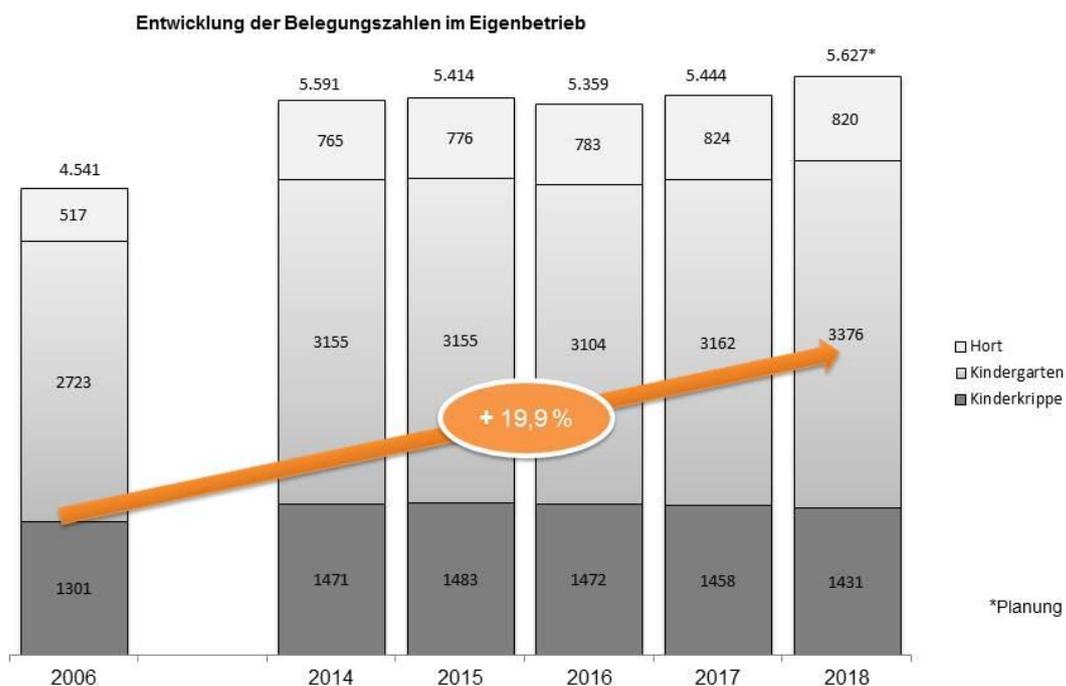
2. Geschäftsverlauf

Der Eigenbetrieb schließt das Wirtschaftsjahr 2017 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 119.815,28 € ab. Die wirtschaftliche Lage zeigte sich insgesamt ausgeglichen.

Die Belegung der Platzkapazitäten in den Kindertagesstätten ist nach wie vor stabil.

Im Durchschnitt wurden im Wirtschaftsjahr 2017 5.444 Kinder betreut. Gegenüber dem Gründungsjahr stieg die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes um 19,9 Prozent.

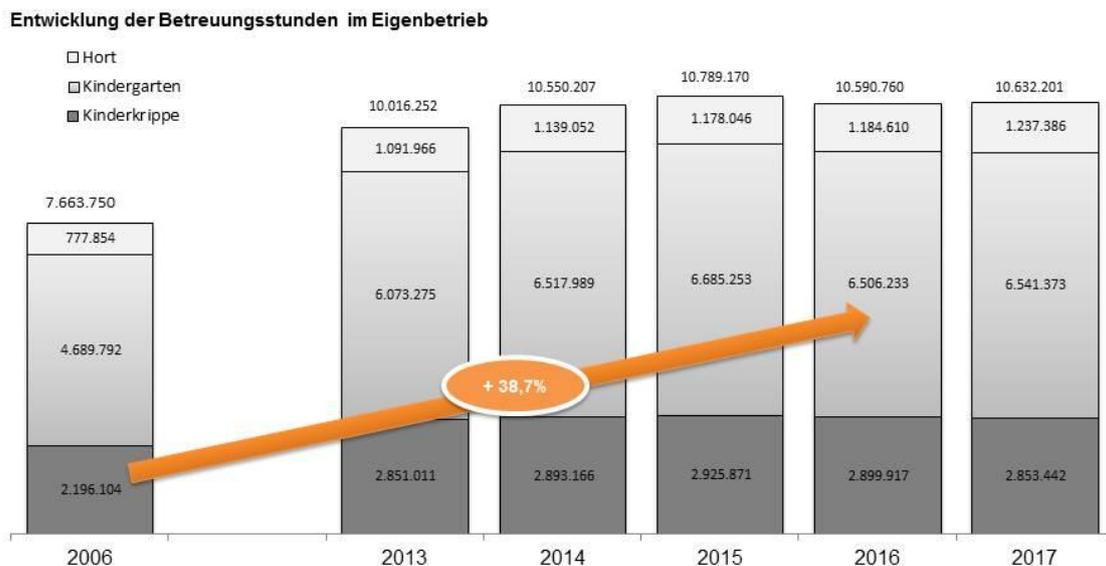
Die Belegung der vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten angebotenen Plätze stieg seit der Gründung bis zum Wirtschaftsjahr 2017 um 19,9 Prozent an, absolut um 903 belegte Plätze.



Die Nachfrage nach unseren Einrichtungen war auch im zurückliegenden Wirtschaftsjahr hoch. Trotz aller Bemühungen war der Eigenbetrieb Kindertagesstätten nicht immer in der Lage, einen Platz zum gewünschten Termin in den jeweils bevorzugten Lagen zur Verfügung zu stellen.

Im Vergleich zum Gründungsjahr wurden im Eigenbetrieb Kindertagesstätten 903 Kinder mehr betreut. Zur Erläuterung im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan wird auf den Abschnitt „Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes“ verwiesen.

Die Anzahl der erbrachten Betreuungsstunden stieg um 38,7 Prozent, absolut um 2,97 Mio. auf 10,63 Mio. Betreuungsstunden



3. Lage

- **Vermögens,- Finanz - und Ertragslage**

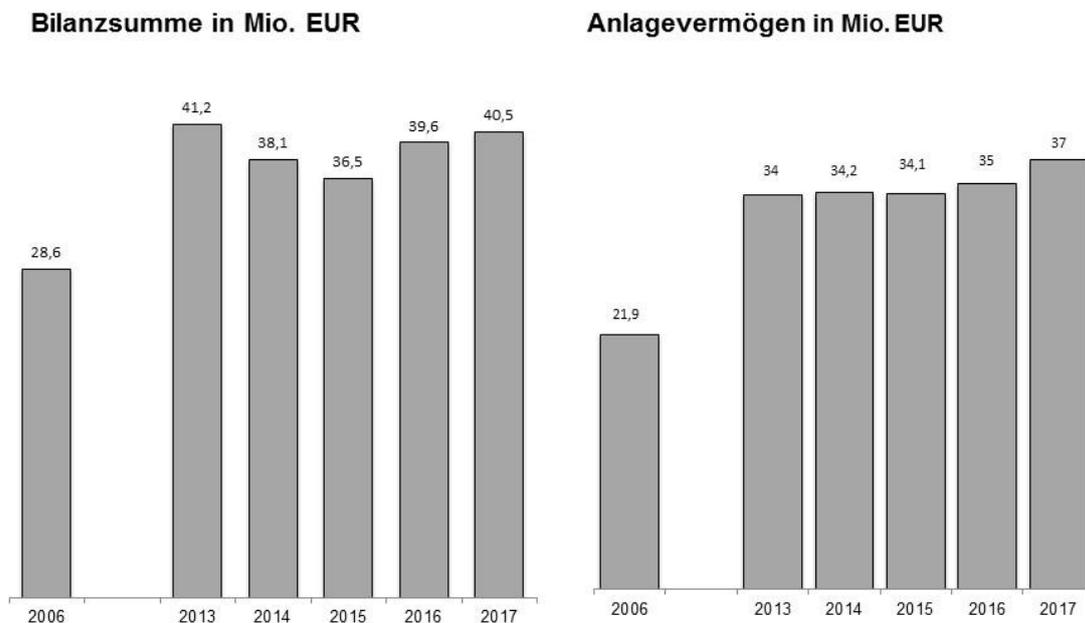
Das Bilanzbild ist geordnet; Bilanzstruktur und Zusammensetzung weisen gegenüber dem Vorjahresstichtag keine wesentlichen Verschiebungen auf. Das Anlagevermögen ist – wie in den Vorjahren – vollständig durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Die Entwicklung der Bilanzpositionen Anlagevermögen, Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

Bezeichnung	Wert in EUR	% Bilanzsumme	Vorjahreswert in EUR	% Bilanzsumme
immat.VG	19.834,31 €	0,05%	28.234,92 €	0,07%
Grundstücke / Gebäude	32.297.209,11 €	79,84%	32.783.196,06 €	85,34%
diverses AV	4.675.453,47 €	11,56%	2.195.895,60 €	5,55%
Eigenkapital	20.290.179,74 €	50,16%	2.073.475,02 €	50,71%
Sonderposten	12.948.725,78 €	32,01%	11.792.756,01 €	29,79%
langfr. Verbindlichkeiten	3.992.424,58 €	9,86%	4.250.592,58 €	10,74%

Die Bilanzsumme beläuft sich im Wirtschaftsjahr auf TEUR 40.452. Damit stieg sie um insgesamt TEUR 866 gegenüber dem Bilanzwert zum 31.12.2016.

Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes Kindertagesstätten stieg seit Gründung auf aktuell 40,5 Mio. EUR. Das Anlagevermögen stieg im gleichen Zeitraum auf aktuell 37 Mio. EUR.



In folgenden Positionen der **Bilanz** ergaben sich Veränderungen zum Vorjahr, die kurz analysiert werden sollen:

Das Investitionsvolumen betrug im Berichtsjahr 2017 im Bereich der Sachanlagen TEUR 3.764. Auf die immateriellen Vermögensgegenstände entfallen TEUR 2. Nach Abschreibungen von TEUR 1.780 hat sich das Anlagevermögen insgesamt von TEUR 35.007 auf TEUR 36.992 erhöht.

Die Kita „Pauluspark“ wurde am 01.08.2017 planmäßig eröffnet. Hierbei handelt es sich um ein Mietobjekt, welches langfristig als Standort genutzt werden soll. Die komplette Einrichtung und Ausstattung wurde durch den Eigenbetrieb übernommen. Die Kita bietet Platz für 30 Krippenkinder und 60 Kindergartenkinder. Im Paulusviertel wurde im ehemaligen Regierungspräsidium in der Willy-Lohmann-Straße eine Einrichtung für Kinder im Alter von zwei Monaten bis zum Vorschulalter geschaffen. Die Investitionen des Eigenbetriebes betragen ca. TEUR 306.

In der Position Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 3.016 (Vj. TEUR 475) finden sich die Investitionen wieder, die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten. Zur Entwicklung der einzelnen Investitionen wird auf den Punkt 4 Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.

Der vorhandene Forderungsbestand zum 31.12.2017 wurde entsprechend abgestuft wertberichtigt. Es ist eine Wertberichtigung für Forderungen in Höhe von TEUR 96 (Vorjahresstichtag TEUR 80) in 2017 bilanziert worden. Durch ein sachgerecht eingerichtetes Mahnwesen (regelmäßiger, maschineller Mahnlauf) werden die Forderungen aus Elternbeiträgen weiterhin reduziert. Die zweifelhaften Forderungen konnten aufgrund der kontinuierlichen Arbeit des Mahnwesens wieder um TEUR 2 (Vorjahr TEUR 147) weiter reduziert werden. Einzelvorgänge wurden – wie bereits in den Vorjahren etabliert - in die Vollstreckung übergeben bzw. Ratenverträge abgeschlossen.

Aus dem Jahr 2014 besteht weiterhin noch eine offene Zahlung gegen die Stadt Halle (Saale) aus dem Mittelabruf für ATZ in Höhe von 9.328,15 Euro. Ein Ausgleich wird im Geschäftsjahr 2018 erfolgen. Dazu wurden bereits 2017 entsprechende Verhandlungen mit der Stadt Halle (Saale) aufgenommen.

Die flüssigen Mittel sanken gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 2.617 (Vorjahr: TEUR 3.814). Es gab zum einen keine erhöhten Nachzahlungen wie im Geschäftsjahr 2016 durch die Sozialagentur Sachsen-Anhalt. Zum anderen wurden die meisten Verbindlichkeiten zum Stichtag durch Zahlung ausgeglichen, so dass ein stichtagsbedingter Liquiditätsabfluss zu verzeichnen war.

Die Kapitalrücklage hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2016 um 336.520 Euro verändert. Grund hierfür ist die Übertragung eines weiteren Grundstücks für den Neubau Kita „Schimmelstraße“ in das Sondervermögen zum 01.01.2017.

Der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens wurde planmäßig aufgelöst (TEUR 332). Die Zuführung zum Sonderposten betrug TEUR 1.488. Zugeführt wurden Mittel für den Neubau Kita „Heide-Süd“ und den Neubau Kita „Schimmelstraße“.

Zur Entwicklung der Rückstellungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang. Im Wirtschaftsjahr 2017 erfolgte kein Verbrauch der in 2016 gebildeten Rückstellung für die behördlich notwendigen Brandschutzmaßnahmen. Aufgrund der Bauantragsstellung und der erst Ende 2017 erfolgten Genehmigung erfolgte 2017 keine Umsetzung der Maßnahmen. Der Beginn ist für 2018 geplant. Daher hat die Rückstellung weiterhin sowohl hinsichtlich Bildung als auch Höhe unverändert Bestand. Bei der Rückstellung für voraussichtliche Sanierungskosten Grundstück Kita „Schimmelstraße“ konnte erst gegen Ende des Geschäftsjahres mit den entsprechenden Maßnahmen begonnen werden, so dass zunächst ein Teilbetrag der Rückstellung in Anspruch genommen wurde.

Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um TEUR 491 verringert. Neben dem bereits beschriebenen stichtagsbedingten Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurden die PPP-Darlehen planmäßig getilgt (Rückgang TEUR -258).

Im Bereich der **Gewinn- und Verlustrechnung** für 2017 gab es vorrangig wesentliche Abweichungen gegenüber dem Vorjahr im Bereich der Umsatzerlöse und dem Personalaufwand, darüber hinaus kleinere Veränderungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen, sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie den Abschreibungen.

Die Umsatzerlöse stiegen um TEUR 2.228 (5,3 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Grund für die Steigerung der Umsatzerlöse sind vor allem die höhere Fehlbedarfsfinanzierung und Erhöhung der Zuweisungen durch die Stadt Halle (Saale) auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes 2017. Der Anstieg resultiert aus den höheren Kinderzahlen infolge der Eröffnung der Kindertagesstätte „Pauluspark“ zum 01.08.2017.

Umsatzerlöse

Produkte	2017 in TEUR	2016 in TEUR
Kostenbeiträge	4.476	4.387
Zuweisungen KA-Kinder	1.569	1.636
Zuweisungen Land	12.812	12.443
Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	4.846	4.750
Ausgleich Stadt Halle (Saale)	16.859	15.061
Ermäßigungen	3.540	3.596
Erträge aus Mieten und Pachten	47	48
Summe	44.149	41.921

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge ist vorrangig auf die verminderten periodenfremden Erträge (Rückgang TEUR -709) zurückzuführen. Im Vorjahr war hier die Auflösung von sonstigen Personalarückstellungen in Höhe von TEUR 636 enthalten. Gegenläufig sind die Erstattungen der Krankenkassen für Mitarbeiterinnen im Mutterschutz und TEUR 289 auf TEUR 779 angestiegen.

Im Wirtschaftsjahr 2017 waren Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 36.571 (Vj. TEUR 34.824) zu verzeichnen. Die Mehraufwendungen in Höhe von TEUR 1.747 entfallen – neben dem Anstieg der Mitarbeiterzahl - hauptsächlich auf die Neugruppierung im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst.

Bezeichnung	2017 in TEUR	2016 in TEUR
Löhne/Gehälter	1.402	1.344
soziale Abgaben	281	250
Aufwendungen Altersversorgung	59	52
Insgesamt Verwaltung	1.742	1.646
Löhne/Gehälter	27.999	26.537
soziale Abgaben	5.475	5.365
Aufwendungen Altersversorgung	1.119	1.049
Insgesamt Kindertagesstätten	34.593	32.951

Nicht enthalten in der Darstellung ist die Unfallumlage für Beschäftigte. Diese betrug im Wirtschaftsjahr 2017 TEUR 236 (Vj. TEUR 227).

Im Wirtschaftsjahr wurde begonnen, Gebäude des Eigenbetriebes Kindertagesstätten neu bewerten zu lassen. Auf der Grundlage von Gutachten erfolgte eine Wertberichtigung in Höhe von TEUR 347, die sich in den außerplanmäßigen Abschreibungen des Wirtschaftsjahres 2017 widerspiegeln und den Anstieg der Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr erklären. Weitere Gutachten sind in Arbeit; es ist geplant, bis zum IV. Quartal 2018 alle in Frage stehenden Gebäude aktuell zu bewerten.

Folgende Gebäude wurden in 2017 bewertet und entsprechend abgeschrieben:

- Kita „Haus Kunterbunt“ und Kita „Däumelinchen“
- Kita „Der kleine Spatz“
- Kita „Lustiger Kater“ und „Gestiefelter Kater“
- Kita „Goldenes Schlüsselchen“ und Kita „Entdeckerland“

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um TEUR 272 verringert und steht im Zusammenhang mit der Bildung von Instandhaltungsrückstellungen. Es wurden im Geschäftsjahr 2017 keine Rückstellungen im Bereich Instandhaltungen oder Bauunterhaltung eingestellt.

Das Jahr 2017 schließt der Eigenbetrieb mit einem negativen Jahresergebnis nach Risiko und Bewertung in Höhe von 119.815,28 Euro ab.

Die Finanzlage des Eigenbetriebes ist geordnet. Durch die erhaltenen Zuweisungen, Kostenbeiträge und Mittel aus der Fehlbedarfsfinanzierung ist der Eigenbetrieb mit ausreichend Liquidität ausgestattet. Der Finanzmittelfonds betrug zum 31.12.2017 TEUR 2.617 und hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um TEUR 1.197 verringert. Neben den Ausgaben für die Investitionstätigkeit und dem rückläufigen Geschäftsergebnis ist der Rückgang auch stichtagsbedingt (Verbindlichkeiten wurden zum Stichtag weitgehend alle gezahlt).

Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Ein Kontokorrent wird nicht in Anspruch genommen.

- **Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)**

Neben der Ausgleichszahlung der Stadt Halle (Saale) in Höhe von TEUR 34.291 (Vj. TEUR 32.172) erhielt der Eigenbetrieb Zuweisungen von Stadt und Land in Höhe von TEUR 225 (Vj. TEUR 82), Ermäßigungen in Höhe von TEUR 3.540 (Vj. TEUR 3.596) sowie Zuweisungen für KA¹-Kinder in Höhe von TEUR 1.569 (Vj. TEUR 1.636).

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Jahr	Ausgleichzahlung	Zuweisungen	KA - Kinder
2015	11.938.794,13 €	15.955.204,82 €	1.265.483,14 €
2016	15.060.672,98 €	17.111.723,39 €	1.636.309,26 €
2017	16.858.509,69 €	17.432.996,02 €	1.568.722,75 €

Im Rahmen einer Neuberechnung der Sozialagentur Sachsen-Anhalt für die KA-Kinder kam es zu einer rückwirkenden Zahlung von Zuweisungen für das Jahr 2015-2016 in Höhe von 110 TEUR.

- **Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes**

Der Eigenbetrieb wird im Wesentlichen über folgende Kennzahlen gesteuert:

- Betreuungsstunden
- Belegungszahlen der Kitas
- Beschäftigtenzahlen (im Durchschnitt)

Steuerungsfaktoren

Jahr	Betreuungsstunden	Belegungszahlen	Beschäftigtenzahlen
2015	10.789.170	5.414	799
2016	10.590.760	5.359	794
2017	10.632.201	5.444	827

Zur Entwicklung im Zeitablauf ab 2006 wird auf die grafischen Darstellungen unter dem Punkt II.2. Geschäftsverlauf verwiesen.

Für das Jahr 2017 gingen wir in der Planung von einer Jahresdurchschnittsbelegung von 5.535 Kindern aus. Tatsächlich wurden in 2017 durchschnittlich 5.444 Kinder betreut und der Planwert somit um 91 Kinder unterschritten. Ursächlich dafür sind geringere Betreuungszahlen im Kindergartenbereich (- 126), welche durch geringfügig höhere Betreuungszahlen in den Bereichen Kinderkrippe und Hort nicht vollständig kompensiert werden konnten. Die Planunterschreitung ist zum einen auf höhere Schulabgängerzahlen und der damit verbundenen sukzessiven Wiederbelegung frei werdender Betreuungsplätze zurückzuführen. Zum anderen konnte die Belegung der neuen Einrichtungen Kita Heide-Süd und Kita Pauluspark nicht in dem zeitlichen Rahmen erfolgen, wie er ursprünglich angenommen wurde.

Zum Plan-Ist-Vergleich verweisen wir auf die Darstellung in der Anlage zum Lagebericht

4. Baumaßnahmen und Investitionen

Kita „Schimmelstraße“

Mit dem Neubau wurde im I. Quartal 2017 begonnen. Damit werden im Innenstadtbereich 50 Krippen,- und 80 Kindergartenplätze geschaffen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme soll voraussichtlich im III. Quartal 2018 erfolgen.

¹ Kinder mit Kostenanerkennung gem. §§53, 54 SGB XII

STARK III

Im Rahmen des Stark III-Programms wurden Mittel für folgende Kitas beantragt:

- Stadtzwerge
- Kinderinsel
- Traumland
- Sausewind
- Tabaluga
- Fuchs- und Elster
- KK Am Breiten Pfuhl
- KG EINSTEIN

Diese Projekte sollen in einem Zeitrahmen von 2018 bis 2022 realisiert werden. Finanziert wird das Programm aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) sowie aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt. Für o.g. Kitas ist ein Gesamtinvestitionsvolumen von 22,7 Mio. Euro über die Jahre 2018 bis 2022 geplant.

Neubau Kita „Albrecht Dürer“

Ein weiteres Projekt zur Schaffung neuer Kita-Plätze ist der Neubau Kita „Albrecht Dürer“. Es sollen 200 Kita-Plätze in der Stadt Halle (Saale) geschaffen werden. Wir rechnen mit der Fertigstellung in 2020. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt 4,3 Mio. Euro.

Brandschutz – Maßnahmen

Im Bereich Brandschutz, brandschutztechnische Ertüchtigung sind umfassende Maßnahmen geplant und zwingend notwendig. So müssen dringend bestehende Anlagen im Bereich Brandschutz umfangreichen Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen unterzogen werden. Diese Maßnahmen unterliegen behördlichen Auflagen, die dem Betrieb einer Kindertagesstätte vorgeschrieben sind. Auch bauliche Veränderungen, wie 2. Rettungsweg und der damit verbundenen Investitionen am Gebäude gehören zu den umfangreichen Maßnahmen. Die Umsetzung hat bereits mit der Planung 2017 begonnen – die bauliche Umsetzung erfolgt dann in dem Zeitraum 2018– 2020.

U6 – Viertes Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“

Aus dem neuen Förderprogramm U6 wurden in 2017 Mittel beantragt. Hier sollten die Kitas „Ökolino“, „Mauseloch“, Kinderkrippe „Am Breiten Pfuhl“ und die KG „EINSTEIN“ modernisiert werden. Es erfolgte keine Berücksichtigung der eingereichten Objekte.

5. Personal

Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahresmittel 827 und damit 33 über dem Vorjahreswert. Diese Zahl ergibt sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (Mindestpersonalschlüssel KiFöG § 21 Abs.2) anhand der Kinderzahlen, den in den Betreuungsverträgen vereinbarten Wochenstunden und des nachgefragten Angebots.

Daher ist eine strategiekonforme Personalrekrutierung und Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Dem trägt der Eigenbetrieb durch regelmäßige Bewerbungstage konsequent Rechnung. Hier wird der Fachkräftemangel im erzieherischen Bereich deutlich spürbar.

Von den insgesamt 894 Mitarbeitern des Berichtsjahres 2017 standen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten im Jahresdurchschnitt 827 Mitarbeiter effektiv zur Verfügung. Grund hierfür sind unter anderem Langzeiterkrankungen (durchschnittlich: 22 Mitarbeiter) und Mitarbeiterinnen im Erziehungsurlaub (durchschnittlich: 53 Mitarbeiterinnen). 7 Mitarbeiter waren über das Bundesprogramm „Sprach-Kita: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ als zusätzliche Erzieherfachkräfte für die Sprach- und Integrationsförderung im Eigenbetrieb beschäftigt.

In der nachfolgenden Darstellung wird deutlich, wie hoch die Krankenquote bezogen auf die Sollarbeitstage im Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2017 war. Zum Vergleich: 4,3% betrug der Durchschnitt im Jahr 2016 in der gesamten Bundesrepublik (Quelle: Statistisches Bundesamt, 2016).

Krankenquote

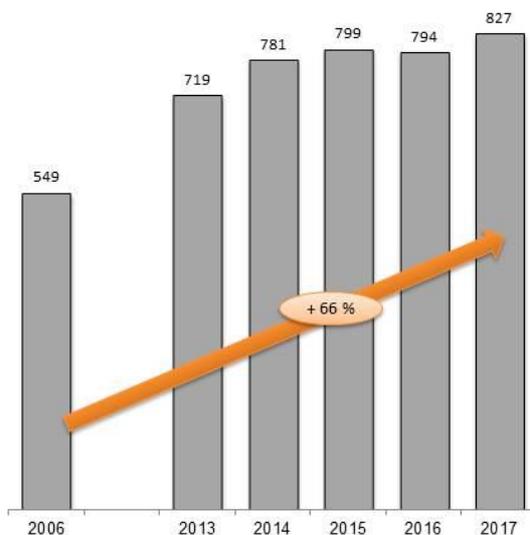
Krankenstatistik EB Kita*	Gesamtarbeitstage 2017	Fehltage 2017	Krankenquote
Einrichtungen	196.454	18.692	9,53
Verwaltung	8.368	556	6,67

* ohne dauerkranke Mitarbeiter

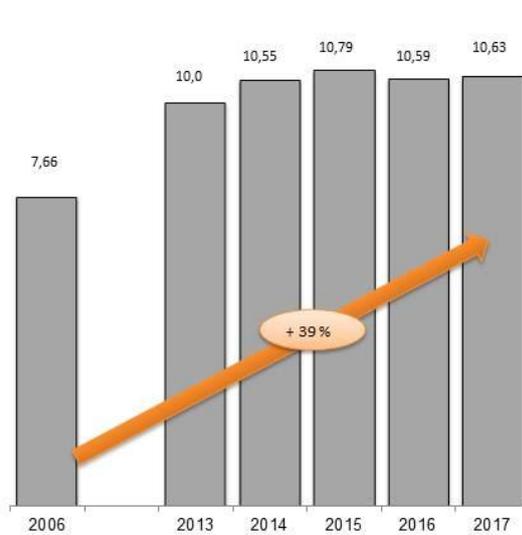
Durch den Einsatz von Leiharbeitern wird kontinuierlich versucht, geeignete Hilfskräfte, insbesondere Kinderpfleger/innen oder Sozialassistenten/innen zur Unterstützung bei einer angespannten Personalsituation zur Verfügung zu stellen.

Die Anzahl der Beschäftigten stieg um 278 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die erbrachten Betreuungsstunden in unseren Kitas und Horten stieg im gleichen Zeitraum um 2,9 Mio. Stunden.

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen



Entwicklung der Betreuungsstunden in Mio. Stunden



III. PROGNOSEBERICHT

1. Entwicklung der Belegungszahlen

Im Wirtschaftsjahr 2018 wird mit einem weiteren Anstieg der Kinderzahlen auf 5.627 gerechnet (Neueröffnung Kita „Schimmelstraße“). So werden dann im Vergleich zum Gründungsjahr ca. 1.086 Kinder mehr betreut.

Die zu erwartenden Einnahmen aus Kostenbeiträgen belaufen sich laut Planung für 2018 auf 4,6 Mio. EUR. Die Zuweisungen lt. KiFöG betragen laut Planung 17,6 Mio. EUR, die Ermäßigungen betragen 3,8 Mio. EUR und der Ausgleich der Stadt Halle (Saale) beträgt 19,1 Mio. EUR.

Diese Plangrößen sind letztlich abhängig von der Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungszeitstufen und werden vom Eigenbetrieb auf der Grundlage bereits geschlossener Betreuungsverträge sowie bereits bekannter Reservierungen, aber auch den geplanten Neueröffnungen von Kindertagesstätten kalkuliert.

Die Kostenbeiträge wurden nach der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, der mittelfristigen Prognose der Kinderbetreuungszahlen, nach derzeit geltender Satzung sowie den Vorschriften des KiFöG ermittelt.

Die Zuweisungen seitens des Landes bezüglich Kinder mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen wurden ebenfalls auf der Grundlage der prognostizierten Kinderzahlen geplant.

2. Änderung des KiFöG Sachsen-Anhalt 2017

Nachdem der Gesetzesentwurf zur Änderung des KiFöG in den Ausschüssen beraten wurde, verabschiedete der Landtag die Änderung des Kinderförderungsgesetzes zum 20.12.2017. Diese sogenannte „kleine“ Novelle ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur vereinbarten großen Novelle im Jahr 2018. Mit der Verabschiedung der sogenannten „kleinen“ Novelle des KiFöG LSA wird u.a. die finanzielle Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt an der Kinderbetreuung erhöht. So werden zum einen die monatlichen Zuweisungen im Kinderkrippen- und Kindergartenbereich um 11,7% und im Hort-Bereich um 7,6% erhöht und zum anderen auch jene Zuweisungen erhöht, die die Kosten für die Ausweitung des Anspruches auf ganztägige Betreuung für Kinder und die Verbesserung des Mindestpersonalschlüssels abdecken sollen. Diese steigen im Kinderkrippenbereich um 39,9% bzw. im Kindergartenbereich um 72,7%.

3. Einführung von Fachstandards für Kindertageseinrichtungen

Durch den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wurden am 22.11.2017 Fachstandards für Kindertageseinrichtungen beschlossen. Durch die Neufassung des KiFöG LSA wurden umfangreiche gesetzliche Änderungen und die Neufassung von Aufgaben im Bereich Kindertageseinrichtungen für das Land Sachsen-Anhalt wirksam. Die Stadt Halle (Saale) als örtlicher Träger der Jugendhilfe ist im Rahmen ihrer hoheitlich und per Gesetz übertragenen Aufgaben verpflichtet, für den Bereich Kindertageseinrichtungen Qualitätskriterien, Rahmenbedingungen und fachliche Standards einzuführen.

Diese bestehen aus den folgenden Themengruppen:

- Pädagogische Arbeit und Inklusionskonzept
- Qualitätsmanagement
- Kinderschutz
- Beschwerdemanagement
- Bildungsräume
- Umsetzung des individuellen Betreuungsanspruchs

4. Trägerkonzeption

Bereits im Jahr 2017 wurde mit der Arbeit an einer verbindlichen Trägerkonzeption begonnen. Hier sollen unter anderem Ziele gesteckt und konkretisiert werden.

Der Anspruch des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ist es dabei, gemeinsam mit den Eltern die Entwicklung ihres Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu fördern.

Es ist unser Ziel, ein sehr hohes Qualitätsniveau in allen unseren Einrichtungen zu gewährleisten.

Dazu ist es notwendig, eine entsprechende Trägerkonzeption zu entwickeln, die den Kindertagesstätten und Horten als verbindender und verbindlicher Rahmen dienen.

Die Konzeption dokumentiert insbesondere, welche Leistungen Mütter und Väter in unseren Kindertageseinrichtungen erwarten dürfen. Indem sie die handlungsleitenden Grundlagen unserer Bildungs- und Erziehungsarbeit beschreibt, soll sie unser pädagogisches Bild vom Kind und unser Bildungsverständnis als Träger transparent wiedergeben und so das zuweilen Unsichtbare sichtbar machen.

IV. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Chancenbericht

Branchenspezifische Chancen

Zur Erreichung seiner Unternehmensziele ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten bemüht, die sich bietenden Chancen frühzeitig zu erkennen und diese verantwortlich zu nutzen. Die wesentlichen Chancen liegen im Ausbau der Betreuungskapazitäten und der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, um so den Anforderungen des Bildungsprogrammes für Kindertageseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ umfassend gerecht zu werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist der größte Träger der Stadt Halle (Saale). In 48 Kindertagesstätten und 6 Horten wird eine umfangreiche pädagogische Arbeit, bezogen auf das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt gewährleistet. Dadurch steht den Eltern ein breitgefächertes und vielfältiges Angebot zur Verfügung.

Die Einrichtungen haben einen individuellen Freiraum, um ihre konzeptionellen Schwerpunkte und Ansätze entsprechend der Bedingungen und Bedarfe zu gestalten, so finden die Erkenntnisse z.B. der tiergestützten Pädagogik und das Arbeiten auf der Grundlage des Situationsansatzes im Kita-Alltag Anwendung. Im Eigenbetrieb arbeiten Kitas mit folgenden Zertifizierungen: Kneipp Kita, Kita nach Situationsansatz (Kompetenzzentrum), Umwelt-Kita, Kind-Eltern-Zentrum und Reggio-inspiriertes Kinderhaus.

Es gibt sieben integrative Kindereinrichtungen. Weiterhin orientieren sich Einrichtungen am Bewegungskonzept nach Elfriede Hengstenberg und Emy Pickler; andere haben als Profil den musischen oder den naturorientierten Schwerpunkt gewählt. Für viele der Kitas des Eigenbetriebes ist die Verbundenheit zur Stadt Halle (Saale) von großer Wichtigkeit. So machen die Kinder sich mit Sehenswürdigkeiten und der Geschichte vertraut und beteiligen sich an den Höhepunkten in ihrem Umfeld.

Leistungswirtschaftliche Chancen

Chancen bestehen vor allem in der Verbesserung der Betreuungsqualität in allen Kindertagesstätten. Hierzu wurden am 22.11.2017 Fachstandards beschlossen. Diese werden nun 2018 in allen Einrichtungen umgesetzt. Dies ermöglicht die Einschätzung, ob die Bedürfnisse und Wünsche ausreichend berücksichtigt werden können.

Im Bereich der Platzanmeldung und Vergabe wird bereits seit einiger Zeit mit Wartelisten gearbeitet. So wird eine gerechte und nachvollziehbare Platzvergabe gewährleistet.

Rechtliche Chancen - Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen

Die durch den Stadtrat beschlossene Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in eine AöR (Stadtrat 24.11.2010) wurde zur abschließenden Klärung an das Landesverwaltungsamt übergeben. Im Geschäftsjahr 2017 erfolgte kein abschließender Bescheid durch das Landesverwaltungsamt. Eine abschließende Klärung wird nun für das Geschäftsjahr 2018 angestrebt.

Finanzwirtschaftliche Chancen

Chancen hier sind unternehmensexterne und interne Einflussfaktoren, wie ein gut organisiertes Mahnwesen und die gesicherte Finanzierung durch den örtlichen Träger auf der Grundlage eines beschlossenen Wirtschaftsplanes. Beides besteht im Eigenbetrieb und wird kontinuierlich optimiert und verbessert.

2. Risikobericht

Im Rahmen der geschäftlichen Tätigkeit ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschiedenen Risiken ausgesetzt, die das unternehmerische Handeln und die entsprechenden Unternehmensergebnisse beeinflussen können. Das zentrale Risikomanagementsystem ist im Berichtswesen des Eigenbetriebes verankert. Regelmäßige Abstimmungen erfolgen im Bereich des Managements und des Controllings. Dort wird gewährleistet, dass entscheidungsrelevante Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erkannt und entsprechend gesteuert werden.

Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden.

Branchenrisiken

Im Jahr 2018 wird es zu einem weiteren Anstieg der Personalkosten kommen. Dieser Anstieg resultiert aus dem zum 28.02.2018 auslaufenden Tarifvertrag und damit verbundenen Tarifverhandlungen. Andere kostensteigernde Gründe sind der zusätzliche Personalbedarf für die neu in Betrieb gehenden Kindertageseinrichtungen sowie tariflich bedingte Höherstufungen.

Der Arbeitsmarkt für Erzieher ist im Allgemeinen sehr angespannt. Ab dem nächsten Jahr gehen wir von einer Mitarbeiterzahl von 861, davon 1 Azubi-Stelle, aus. Entsprechend dem Stellenplan werden in der Verwaltung 35 Stellen, davon 1 Azubi-Stelle und in den Kindertagesstätten 55 Leiter/innen, 681 Erzieher/innen (davon 15 Erzieherinnen und Erzieher im „Springer-Pool“), 56 Heilpädagogen/innen, 25 Kinderpfleger/Sozialassistenten, 8 Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler im Rahmen des Bundesprogrammes „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“, sowie 1 Fachberaterin für sprachliche Bildung beschäftigt sein. Dies entspricht einem Vollzeitstellenanteil von 716,35 VbE + 1 VbE (2016: 703,83 VbE + 1 VbE).

Leistungswirtschaftliche Risiken

Risiken im Rahmen der Betreuungsqualität werden durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet.

Strategische Risiken

Die strategischen Risiken des Eigenbetriebes Kindertagesstätten umfassen im Wesentlichen die Auslastung bzw. Kostensituation der einzelnen Einrichtungen. Insgesamt gehen wir im Jahr 2018 im Jahresdurchschnitt mittlerweile von einer Belegung von 5.627 Kindern aus. Dieses geht aus den bereits für 2018 abgeschlossenen Betreuungsverträgen und den bereits bekannten Reservierungen hervor.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Oberste Priorität der finanzwirtschaftlichen Betrachtung gilt der Sicherung der Liquidität.

Rechtliche Risiken

Risiken aus Änderungen der Gesetzgebung können für den Eigenbetrieb in Bezug auf die anstehenden Tarifverhandlungen als hoch eingestuft werden.

Es besteht eine Sanierungsverpflichtung des schadstoffbelasteten Bodens in der Schimmelstraße. Hier liegt ein Bodengutachten vor. Eine Rückstellung in Höhe von TEUR 150 wurde gebildet. Diese besteht auch im Jahr 2018 weiter, da die Arbeiten erst am Ende des Geschäftsjahres 2017 begonnen werden konnten.

Sonstige Risiken

Zur Sicherung der Energiepreise sind langfristige Verträge mit den verschiedenen Lieferanten abgeschlossen worden. Die Energieträger Wasser, Strom, Gas und Öl werden somit auch im Jahr 2018 verbrauchsorientiert eingesetzt.

Gesamtbeurteilung der Risiken

Die Risikolandschaft des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ist im Berichtszeitraum unverändert gegenüber dem Vorjahr. Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Einzelrisiken. Aus heutiger Sicht zeichnen sich keine den Fortbestand des Eigenbetriebes gefährdende Risiken, auch in Verbindung mit anderen Risiken, ab.

V. ZUSÄTZLICHE ANGABEN NACH § 8 EigBVO

1. die Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte: im Wirtschaftsjahr 2017 wurde ein Grundstück Schimmelstraße in das Sondervermögen übertragen. Wert: 336.520,00 Euro.
2. die Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen: der Eigenbetrieb unterhält 48 Kindertagesstätten und 6 Horte. Die Auslastungsquote lag in 2017 bei 98,36 %.
3. den Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie Abschnitt II.4. Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.
4. die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen: hierzu wird auf die Angaben im Anhang verwiesen.
5. die Umsatzerlöse mittels einer Mengen- und Tarifstatistik des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr: hierzu wird auf Punkt II.3 des Lageberichts verwiesen.
6. die Ertragslage: siehe Abschnitt II des Lageberichts.
7. den Personalaufwand mittels einer Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft unter Angabe der Gesamtsummen der Löhne, Gehälter, Vergütungen, sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung einschließlich der Beihilfen und sonstigen sozialen Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr: hierzu wird auf die Angaben im Anhang und Lagebericht (Abschnitt II.3) sowie auf die bestehenden tariflichen Vergütungen verwiesen. Beihilfen wurden nicht gezahlt.
8. die Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie im Lagebericht auf den Abschnitt Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale) verwiesen.

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (vormals FTZ Freizeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum keine Bezüge von der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	64	100	60	100	61	100	4	7
Bilanzsumme	64	100	60	100	61	100	4	7
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	54	84	53	88	52	85	1	2
Rückstellungen	6	10	6	10	6	10	0	0
Verbindlichkeiten	4	6	1	2	3	5	3	300
Bilanzsumme	64	100	60	100	61	100	4	7

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25	25	25
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	24	24	24
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	1	1	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,07	3,61	3,66	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,97	1,71	1,81	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	84,01	87,95	85,01	%
Fremdkapitalquote:	15,99	12,05	14,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**
2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
3. **Geschäftsverlauf**
4. **Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.3. Vermögenslage
5. **Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
6. **Prognosebericht**

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Eine operative Geschäftstätigkeit besteht nicht. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. **Geschäftsverlauf**

Der Geschäftsverlauf 2017 war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft weist keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr aus, da die im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung für die Maya mare GmbH und Co.KG anfallenden Aufwendungen auch in 2017 durch die Gesellschaft in vollem Umfang erstattet wurden.

Den betrieblichen Erträgen in Höhe von 25,5 TEUR stehen sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 24,3 TEUR gegenüber, so dass 2017 ein Betriebsergebnis in Höhe von 1,2 TEUR ausgewiesen wird.

Nach Abzug der Steuern verbleibt ein Jahresgewinn in Höhe von 1,0 TEUR (2016: 0,9 TEUR).

4.2. Finanzlage

Die FTZ verfügt über ein bilanzielles Eigenkapital von 53,8 TEUR. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25,6 TEUR wird das Eigenkapital durch Gewinnvorräte in Höhe von 27,2 TEUR bestimmt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2017 in Höhe von 1,0 TEUR ist ein Anstieg des Eigenkapitals um diesen Betrag gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Gemäß §7 des Gesellschaftervertrages der Maya mare GmbH & Co.KG bekommt die FTZ die ihr aus der Geschäftsführung entstandenen angemessenen Aufwendungen von der Maya mare GmbH & Co.KG ersetzt. Außerdem erhält sie für die Übernahme der Haftung jährlich eine Vergütung in Höhe von 5% ihres Stammkapitals. Die Liquidität der Gesellschaft hängt demnach von der Zahlungsfähigkeit der Maya mare ab. Deren Liquidität ist gewährleistet, da die Maya mare GmbH & Co. KG zur Liquiditätssicherung sowie zum Ausgleich von Fehlbeträgen einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der SWH und von der HWS entsprechend ihrer Beteiligungen an der Maya mare erhält. Darüber hinaus ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co.KG durch die bestehende Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH über einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 700 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenslage

Zum 31.12.2017 verfügt die FTZ GmbH über eine Bilanzsumme von 64,0 TEUR, das entspricht einer Erhöhung um 4,0 TEUR zum Vorjahr. Auf der Aktivseite ist zum Stichtag eine geringfügige Zunahme der offenen Forderungen aus dem Auslagenersatz und der Haftungsvergütung sowie ein um 3,8 TEUR erhöhtes Bankguthaben gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Auf der Passivseite resultiert die gestiegene Bilanzsumme vor allem aus der Zunahme der zum Stichtag noch offenen Verbindlichkeiten.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Das Risikomanagement der Maya mare wirkt als Steuerungsinstrument, um die FTZ vor den Risiken als persönlich haftende Gesellschafterin zu schützen.

Als ein Risiko, allerdings mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit, wird der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse von den Gesellschaftern Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH bei der Maya mare gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Maya mare nicht gesichert, was auch auf die FTZ durchwirken würde.

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

6. Prognosebericht

Das Ergebnis der Gesellschaft ist insofern planbar, da außer der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung keine weiteren Umsatzerlöse erzielt werden. Alle Auslagen der Gesellschaft werden entsprechend dem Gesellschaftervertrag der Maya mare GmbH & Co. KG weiterberechnet. Es wird daher für die Geschäftsjahre 2018 bis 2022 mit einem Ergebnis von ca. 1,0 TEUR gerechnet.

Maya mare GmbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:		T€	%
	Stadwerke Halle GmbH	8.426	82,40
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
	FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH *(vertreten durch Waldenburger, Annette)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2017 erfolgt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	8.130	89	9.050	94	9.314	94	-920	-10
Umlaufvermögen	976	11	508	6	637	6	468	92
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	21	0	21	0	-18	-86

Bilanzsumme	9.109	100	9.579	100	9.972	100	-470	-5
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.517	39	3.517	37	3.517	35	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	2.482	27	2.880	30	3.279	33	-398	-14
Rückstellungen	798	9	829	9	609	6	-31	-4
Verbindlichkeiten	2.282	25	2.318	24	2.567	26	-36	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	30	0	35	0			-5	-14

Bilanzsumme	9.109	100	9.579	100	9.972	100	-470	-5
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.668	5.255	4.943
sonstige betriebliche Erträge	1.899	1.811	626
Materialaufwand	2.712	2.389	2.082
Personalaufwand	2.729	2.706	2.523
Abschreibungen	1.222	1.035	1.021
sonstige betriebliche Aufwendungen	783	753	811
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	77	140	121
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-989
außerordentliche Erträge			1.095
außerordentliches Ergebnis			1.095
Ergebnis nach Steuern	44	44	
sonstige Steuern	44	44	106
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.222	1.035	1.021	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	58	54	45	T€
Personalaufwandsquote:	36,06	38,30	45,30	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,14	94,34	93,22	%
Eigenkapitalquote:	38,61	36,72	35,27	%
Fremdkapitalquote:	61,39	63,28	64,73	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Besucher	366.454,00	357.273,00	344.860,00	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

- 1.1. Geschäftsmodell
- 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
- 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
- 4.2.1. Kapitalstruktur
- 4.2.2. Investitionen
- 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

- 1.1. Geschäftsmodell
- 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft betreibt ein Freizeit- und Erlebnisbad auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Das Bad wurde am 1. April 1999 eröffnet. Die Finanzierung des gesamten Objektes erfolgte u. a. durch einen Zuschuss aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (19.652 T€, entspricht rd. 60 % der förderfähigen Ausgaben). Zur Sicherstellung der Liquidität leisten die Gesellschafter SWH und HWS jährlich neu zu vereinbarende Betriebskostenzuschüsse.

Folgende Gesellschafterstruktur besteht:

Stadtwerke Halle GmbH	82,4 %
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	12,5 %
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	5,1 %
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	Komplementärin

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Betrieb des Freizeitbades „Maya mare“ zielt darauf ab, neben den Umsatzerlösen aus dem Bade-, Sauna- und Fitnessbetrieb Nebenumsätze in den ergänzenden Sparten Gastronomie, Massage/Wellness und Boutique zu generieren.

1.2. Ziele und Strategien

Das Freizeitbad Maya mare spricht von Kindern, Jugendlichen und Familien über den erholungsuchenden Erwachsenen bis zur Gruppe der Senioren eine große Besucherbandbreite an. Dies ist auch notwendig, um eine angemessene Auslastung der Freizeitanlage durch Einwohner und Touristen im Einzugsgebiet zu erreichen. Zu den Wettbewerbern zählen neben anderen Erlebnisbädern, Thermen und Fitnessstudios in der Region auch Freizeitangebote wie 3D-Kinos, Hochseilgärten, Boulder- und Kletterhallen, Indoorspielplätze und Freizeitparks. Die Herausforderung im Wettbewerb mit diesen Anbietern besteht darin, das eigene Freizeitangebot sehr attraktiv zu halten und ein hohes Maß an Dienstleistungs- und Servicequalität im täglichen Betrieb sicher zu stellen. Dazu müssen unsere Mitarbeiter in zunehmendem Maße geschult werden und erlernen, dass die fachlichen Kompetenzen nur in enger Verbindung mit einem ausgeprägten Servicedenken optimal zur Wirkung kommen. Die Ansprüche an den Erlebniswert bei der Freizeitgestaltung steigen in nahezu allen Zielgruppen. In möglichst kurzer Zeit ganz intensive Erlebnisse genießen zu können, ist ein sich verstärkender Anspruch der jüngeren Zielgruppe an Anbieter der Freizeitbranche. Mit der Investition in den neuen Kinder-Erlebnisbereich „Tulumaya“ wurde im Jahr 2016 eine sehr gute Grundlage geschaffen, um insbesondere Familien mit Nachwuchs bis zu einem Alter von 12 Jahren anzusprechen. Die positive Entwicklung der Besucherzahlen im Badebereich seit der Eröffnung dieser Attraktion im letzten Quartal 2016 setzte sich im Jahr 2017 fort.

Die Möglichkeit des Ausbaus unseres Kursangebotes für Kinder, von Babys über Kleinkinder bis hin zu den Grundschulern, aufgrund der gestiegenen Nachfrage des gestiegenen Familienpublikums, ist ein weiteres positives Ergebnis aus dieser Investitionsmaßnahme, das ergebniswirksam wurde. Strategisch haben wir für 2018 auch die personellen Strukturen angepasst, um dieses Kundenpotenzial umfänglich zu nutzen.

Im Saunabereich hält das Maya mare eine große und vielseitige Auswahl an Schwitzangeboten bereit. Jedoch an Rückzugsraum und Ruhemöglichkeiten mangelt es insbesondere in der Sauna-Hochsaison von Oktober bis März und der Außenbereich, gestaltet als einfache Liegewiese, entspricht nicht mehr den Anforderungen an eine moderne Wellnessanlage. Aus dem Grund ist für das Jahr 2018 die Errichtung eines neuen Sauna-Ruhehauses sowie die Umgestaltung und Zonierung des Saunagartens in den Investitionsplan aufgenommen worden. Mit den Planungen wurde im 4. Quartal 2017 bereits begonnen. Ziel ist die Stabilisierung der Saunabesucher mittelfristig auf einem Niveau von 66.500 Gästen.

Der demografische Wandel ist für das „Viva Mare“ eine Chance, da der Mitgliederanteil der über 60-jährigen sehr hoch liegt. Wenn in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge das Renteneintrittsalter erreichen, stellt diese Gruppe ein interessantes Potenzial dar. Der Versuch der vergangenen zwei Jahre, mehr jüngere Menschen für eine Mitgliedschaft zu gewinnen, war weniger erfolgreich. Insbesondere der Wunsch dieser Generation nach möglichst viel Freiheit führte dazu, dass zeitlich befristete Angebote zum Test unseres Fitnessbereichs zwar gern angenommen wurden, eine Jahresbindung aber oft nicht abgeschlossen wurde. Aus diesem Grund wurde der Marketingschwerpunkt in diesem Bereich auch wieder geändert.

Die Ausstattung, z.B. im Fitnessstudio „Viva Mare“, muss den anspruchsvollen Mitgliedsbeitrag rechtfertigen. Hier müssen Trainingsgeräte vorgehalten werden, die sich auch an den modernen Trainingsmethoden zur Gesunderhaltung orientieren. Regelmäßige Erneuerung von alter Geräteausstattung wird in der Planung berücksichtigt. Fachlich exzellent qualifizierte Mitarbeiter sind in diesem Bereich eine weitere wichtige Voraussetzung, um die Gäste die Wirkungsweisen dieser modernen Geräte mit Hilfe ganzheitlicher Trainingskonzepte auch erfolgreich spüren zu lassen. Die praktizierte kontinuierliche Fortbildungsplanung schafft hierfür die besten Voraussetzungen.

1.3. Steuerung

Unsere interne Organisationseinheit ist in die Struktureinheiten Bad, Sauna und Wellness, Gastronomie, Fitness, Rezeption/Verwaltung sowie Reinigung, Technik und Betriebsleitung/Geschäftsführung gegliedert.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den Umsatzerlösen der Bereiche Bad, Sauna, Fitness, Gastronomie, Parkplätze, Boutique und Massage/Wellness sowie den zur Erzielung der Umsatzerlöse notwendigen variablen und fixen Aufwendungen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind die Besucherzahlen, die Umsatzerlöse, die variablen und fixen Aufwendungen sowie der Personaleinsatz. Über Kennziffern für den Wareneinsatz wird zudem in den Bereichen Gastronomie und Boutique die Preisgestaltung gesteuert, die den Umsatzerlös beeinflusst.

Die Einhaltung, besser noch die Unterschreitung, der geplanten notwendigen Betriebskostenzuschüsse ist Bewertungsgröße für die Zielerreichung.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In diesem Geschäftsjahr gab es keine Veränderungen in der Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

Auch im Jahr 2017 hielt die positive Entwicklung der Vorjahre auf dem Bäder- und Freizeitmarkt an. Das verfügbare Freizeitbudget der Bevölkerung im relevanten Einzugsgebiet stieg aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage leicht an. Niedrige Zinsen stehen dem Spargedanken entgegen und fördern auch den Konsum in der Freizeitbranche. Der im Herbst 2016 attraktivierte Kinderbereich beeindruckt insbesondere das Familienpublikum und sorgte für Besucherzuwachs.

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit neuen Thermen und Freizeitbädern ist nach wie vor in absehbarer Zukunft im relevanten Einzugsgebiet nicht zu rechnen. Das Freizeitbad „Nemo“ in Magdeburg wird, nach der Übernahme durch einen neuen Betreiber im Frühjahr 2016, weiter schrittweise umfassend saniert und attraktiviert und setzt damit im relevanten Markt neue Maßstäbe. Das Freizeitbad „Heidespa“ in Bad Dübren hat seinen zugehörigen Hotelbereich Ende 2017 erweitert und plant für 2018/2019 Investitionen im Kinder- und Saunabereich. Daher wird auch im Maya mare im Saunabereich nachgesteuert und 2018 insbesondere attraktive Ruhefläche geschaffen. Zudem sind Bestrebungen von Hallenbädern zum Ausbau ihrer Angebote vor dem Hintergrund der Steigerung der Wirtschaftlichkeit ernstzunehmende Faktoren, die das Kundenpotenzial verringern können. Meist bleiben die Hallenbadpreise auch nach Attraktivierungen und Angebotserweiterungen (mit Kinderbereichen oder kleineren Erlebnisbecken) deutlich hinter den Eintrittspreisen, die für Freizeitbäder üblich sind, zurück. Dadurch erhöht sich der Wettbewerbsdruck und die Durchsetzung von Preissteigerungen für den Eintritt im Maya mare wird erschwert.

Der Investor der seit mehreren Jahren im Bau befindlichen Freizeitanlage „Sportparadies am Böllberger Weg“ in Halle (Saale), hat einen Kooperationsvertrag mit dem Universitätssportverein (USV) geschlossen und Fördermittel für den Weiterbau erhalten. Der USV wird Teile des Neubaus als Vereinstrainingsstätte erhalten, die Inbetriebnahme ist Anfang 2019 geplant. Der private Investor verfolgt sein Ziel eines Freizeitentrums mit Sauna-, Fitness- und Wellnessangeboten im nördlichen Teil der Anlage weiter. Die dafür notwendige Finanzierung sei jedoch noch nicht gesichert. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Teil auch nicht vor 2019 in Betrieb gehen kann. Eine neue, attraktive Indoor-Trampolinhalle wurde im Norden von Halle (Saale) errichtet und ist im 1. Quartal 2018 in Betrieb gegangen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Wirtschaftsjahr 2017 hatten politische und rechtliche Entwicklungen keinen Einfluss von Bedeutung auf das Jahresergebnis.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Der Bekanntheitsgrad des Maya mare im relevanten Einzugsgebiet konnte im Jahr 2017 besonders bei den Familien durch die weiter aktiv betriebene Vermarktung des attraktiven neuen Kinderbereiches „Tulumaya“ gesteigert werden. Im Einzugsgebiet „Ballungsraum Leipzig“ schafft der Bevölkerungszuwachs der letzten Jahre auch neues Potenzial für das Maya mare, das 2017 durch gezielte Vor-Ort-Aktivitäten, z.B. auf Messen, beworben wurde.

Eine wesentliche Schlussfolgerung aus der Kundenbefragung im ersten Halbjahr 2017 war, dass das Maya mare zwar einen hohen Bekanntheitsgrad hat, der über viele Jahre aufgebaut wurde. Das werbliche Erscheinungsbild jedoch verbindet man kaum mit Neuerungen, da dieses seit Eröffnung nahezu unverändert geblieben ist. Mit dem Ziel, die Neugier - insbesondere bei den Gästepotenzialen die das Maya mare kennen, es gut finden, aber schon lange nicht mehr besucht haben - erneut zu wecken, wurde in der 2. Jahreshälfte ein Relaunch des Werbeauftritts erarbeitet und ab Ende 2017 auf dem Markt eingesetzt. Der Fokus liegt dabei deutlich stärker auf einer Emotionalisierung der Printwerbung. In Anlehnung an das erfolgreiche Werbekonzept zur Platzierung des neuen Kinderbereiches „Tulumaya“ wird eine insgesamt modernere Erscheinung, nach wie vor eng verknüpft mit der Thematisierung „Mexico“, auch den zukünftigen Werbeauftritt prägen.

Im Geschäftsjahr 2017 konnten insgesamt 366.454 Besucher gezählt werden (2016: 357.273), was einen erneuten Zuwachs zum Vorjahr bedeutet und 2,6 % entspricht. Im Badebereich lag die Besucherzahl bei 228.427 (2016: 220.434) und damit 3,6 % über dem Vorjahr. Die Zahl der statistisch erfassten Saunabesuche lag mit 64.885 (2016: 65.640) rd. -1,2 % unter dem Vorjahr.

Hierzu ist jedoch anzumerken, dass ein zunehmender Teil der Maya mare-Besucher zunächst als Badegast eincheckt, den Saunazutritt jedoch später über das Drehkreuz beim Wechsel in den Saunabereich hinzubucht. Aus technischen Gründen bleibt dieser Gast in der Statistik der Badbesucher verzeichnet und wird nicht zu einem Saunagast „gewandelt“. Die Umsatzerlöse im Saunabereich liegen zudem über dem Vorjahr 2016, da es im Januar 2017 eine planmäßige Eintrittspreis Anpassung gab.

Die Umsätze im Massage- und Wellnessbereich hängen maßgeblich von den Besucherzahlen in der Sauna ab, da sich die entsprechenden Räumlichkeiten für die Anwendungen direkt in diesem Bereich befinden. Jedoch können auch Teile der Badbesucher für eine Anwendung gewonnen werden. Bei den Umsatzerlösen aus Massage- und Wellnessanwendungen musste 2017 leider ein Rückgang von 1,7% zum Vorjahr verzeichnet werden. Hintergrund waren personelle Engpässe zu den Hauptnachfragezeiten, die durch das Ausscheiden und erst zeitversetzt wieder mögliche Nachbesetzen von Stellen im Wellnessbereich eingetreten sind. Zukünftig soll die Personalbeschaffung darauf besser angepasst werden.

Im Bereich Fitness stehen wir im Wettbewerb mit über 20 weiteren Anbietern in der Region. Insbesondere die verstärkte Niedrigpreispolitik verschiedener Fitness-Ketten erschwert den Kampf um Neukunden für den Gesundheitsclub „Viva mare“, dessen Mitgliedsbeiträge eher im oberen Preissegment angesiedelt sind, da die Nutzung des Bades immer inkludiert ist. Mit rund 1.080 Mitgliedern hat der Club zum Jahresende 2017 die Anzahl der Austritte durch Neuvertragsabschlüsse nicht nur kompensieren sondern mehr Neumitglieder gewinnen können. Die Erlöse aus dem Geschäftsbereich „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ konnten 2017 leicht gesteigert werden. Die Erlöse im Bereich Fitness lagen 2017 bei 820,5 T€ (2016: 768,4 T€) und somit 6,8% über dem Vorjahr.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Maya mare GmbH & Co. KG.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 waren in der Maya mare GmbH & Co KG 138 Mitarbeiter und Auszubildende beschäftigt, davon waren 83 Frauen. Außerdem befanden sich unter den Mitarbeitern 41 geringfügig Beschäftigte. Der Altersdurchschnitt der Belegschaft betrug 38 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 5 Jahren. Im Geschäftsjahr 2017 lag die Fluktuationsrate bei 5,79%.

Wie in den vergangenen Jahren auch, versucht die Maya mare GmbH & Co KG Fachkräfte aus den eigenen Reihen zu gewinnen. Die Maya mare GmbH & Co KG bildet in folgenden Berufen aus:

- Fachfrau/-mann für Systemgastronomie
- Restaurantfachmann/-frau
- Sportfachmann/-frau

Zusätzlich dazu ermöglichte sie das duale Studium an der Berufsakademie im Studiengang Fitnessökonomie.

Die Mitarbeiter der Maya mare GmbH & Co KG unterliegt dem Tarifvertrag für Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe vom 19.02.2013. Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag wurde Ende 2015 neu verhandelt. Das Verhandlungsergebnis bestand aus zwei Teilen. Neben den Tarifsteigerungen zum 1.1.16 und zum 1.1.17 wurden auch Zuordnungen der Tätigkeiten zu den Vergütungsgruppen geändert.

Führungskräfteentwicklung

Fortgeführt wurden die Basismodule der SWH-Führungskräfteentwicklung, so dass inzwischen alle Führungskräfte der Maya mare GmbH & Co KG an den Basismodulen „Führen mit Zielen“ sowie „Gesundheitsstärkend Führen“ teilnehmen konnten. Weiterhin konnte in den Trainings zur Stärkung der eigenen Widerstandsfähigkeit, zum Stress- und Zeitmanagement sowie zur Werteorientierung in der Führung eine hohe Teilnahme von Führungskräften verzeichnet werden.

Für das Kalenderjahr 2018 ist eine Fortführung der Basismodule geplant, wobei das Basismodul 1 sich in seiner Zielsetzung an Führungskräfte neu in Führungsverantwortung richtet. Auch die Trainings zur Stärkung der Kompetenzen im Umgang mit persönlichen Ressourcen werden weitergeführt. Ergänzt wird das Angebot der Führungskräfteentwicklung um die Intensivprogramme „Professionelle Kommunikation“ und „Führung im permanenten Wandel“.

Unter der Überschrift „Digitalisierung“ wurde 2017 eine Führungskräfte tagung für die strategische Führungsebene durchgeführt. Die Tagungsergebnisse fließen in die strategische Weiterentwicklung der SWH-Gruppe ein und werden 2018 weiter bearbeitet.

Zentrale Mitarbeiterschulungen

Die Angebote der Mitarbeiterentwicklung vermittelten überwiegend IT-Kompetenzen und Kompetenzen im Bereich „gesund arbeiten“. 12 Mitarbeiter der Maya mare GmbH & Co KG nahmen an mindestens einem Training der zentralen Mitarbeiterentwicklung teil.

Initiative Perspektive. Ausbildung. Zukunft

Im Jahr 2017 absolvierte ein junger Bewerber aus der Initiative Perspektive. Ausbildung. Zukunft ein Praktikum (22.05. – 04.06.2017) im Bereich Systemgastronomie. Dieses absolvierte er sehr gut und bekam im Anschluss die Möglichkeit, eine Ausbildung zum Restaurantfachmann in der Maya mare GmbH & Co KG zu absolvieren. Die 2016 gestartete Initiative hat das Ziel, Jugendlichen zwischen 15 und 26 Jahren, die aufgrund von Vermittlungshemmnissen (abgebrochene Ausbildung, fehlender/schlechter Schulabschluss, junge Eltern, Migranten/Flüchtlinge) den Übergang in den Beruf nicht aus eigenen Kräften bewältigen können, eine Ausbildung bei den Stadtwerken zu ermöglichen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen 2017 insgesamt mit 5.667,7 T€ um 7,9 % über dem Vorjahresumsatz (2016: 5.254,5 T€) und um 11,3 % über dem Plan. Ursächlich dafür sind mit 3,6% über dem Vorjahr liegende Besucherzahlen im Badebereich sowie die Eintrittspreis Anpassung ab Januar 2017. Zudem führen Mehrerlöse aus dem Fitnessbereich und der gestiegene pro Kopf-Umsatz im Gastronomiebereich zu dieser Umsatzerlössteigerung. Der Umsatz in der Gastronomie überstieg die Planerwartungen absolut und pro Kopf, er liegt bei 1.322,7 T€ (2016: 1.237,3 T€) und damit 6,9% über dem Vorjahr. Auch die Nebenumsätze in Boutique und Parkhaus fielen durch die, mit 25.054 über Plan realisierten Gesamtbesucherzahlen, höher als geplant aus.

Die Aufwendungen für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser stellen den Hauptanteil des Materialaufwandes dar. Durch günstigere Einkaufspreise ab 2017 sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Einsparung von Elektroenergie konnte dieser Aufwand im Vergleich zum Vorjahr auf 469,4 T€ gesenkt werden (2016: 568,4 T€). Die Aufwendungen für Wärme lagen im Jahr 2017 aufgrund des gestiegenen Heizölpreises bei 373,0 T€ (2016: 333,5 T€).

Mehraufwendungen zum Plan waren im Bereich Instandhaltungen inklusive Material durch Fremdfirmen notwendig, der Aufwand lag 2017 bei 928,4 T€ (2016: 618,1 T€). Ursächlich für die Überschreitung zum Plan waren insbesondere dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten an verschiedenen Dachbereichen im Umfang von 250,0 T€ sowie Pflasterarbeiten im Bad-Außenbereich und an der Wirtschaftsstraße im Umfang von 50,0 T€. Der Foyerbereich des Maya mare reichte zu den Starklastzeiten an Wochenenden und Ferientagen aufgrund der gestiegenen Besucherzahlen für die wartenden Gäste nicht mehr aus, sodass dieser Bereich mit einem Aufwand von 70,0 T€ in der Revision 2017 entsprechend umgebaut und zugleich attraktiviert wurde.

Der Personalaufwand 2017 beträgt 2.728,8 T€ (2016: 2.706,1 T€). Der Planwert wurde um 6,1 % unterschritten, ursächlich dafür waren im Wesentlichen Zeitverschiebungen bei der Nachbesetzung freier Stellen und die Inanspruchnahme von Rückstellungen.

Die Abschreibungen 2017 liegen mit 1.222,2 T€ über dem Vorjahreswert 1.035,4 T€, was auf die Investition in den Kinderbereich und den Einmaleffekt der notwendigen Verkürzung der Nutzungsdauer der Schaltschranktechnik zurückzuführen ist. Aufgrund der Erfahrungen in Bezug auf die tatsächliche Einsatzdauer der im Anlagevermögen befindlichen Schaltschränke wurde deren Nutzungsdauer zum 31.12.2017 von 20 Jahren auf 10 Jahre reduziert. Das führte zu einem Anstieg der Abschreibungen.

Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten einschließlich der Abschreibungen, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die erzielten Umsatzerlöse reichten auch im Geschäftsjahr 2017 nicht aus, um eine Kostendeckung zu erzielen. Das ausgeglichene Jahresergebnis konnte nur durch Zahlung der Betriebskostenzuschüsse durch die SWH und die HWS in Höhe von insgesamt 1.314,4 T€ (2016: 1.273,2 T€) erzielt werden. Aus diesem Grund werden auch in den kommenden Jahren entsprechende Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter notwendig sein.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31.12.2017 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 3.516,8 T€. Der geringfügige Rückgang des Eigenkapitals um 0,1 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert ausschließlich aus der Entnahme der Zinserträge für die Kapitalkonten.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde auch in 2017 planmäßig in Höhe von 398,4 T€ entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst. Im Ergebnis der Auflösung des Sonderpostens ist ein entsprechender Rückgang des wirtschaftlichen Eigenkapitals in dieser Höhe zu verzeichnen.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Bankdarlehen gegenüber der Sparkasse konnten die Kreditverbindlichkeiten des Maya mare auch in 2017 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31.12.2017 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 1.078,0 T€ (Vorjahr: 1.375,5 T€).

Dem steht in 2017 ein Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten um 261,3 T€ gegenüber.

Im Ergebnis der dargestellten Unternehmensentwicklung wird zum Bilanzstichtag 2017 eine Eigenkapitalquote von 38,6 % erreicht (Vorjahr: 36,7 %).

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2017 wurden insgesamt Investitionen im Umfang von 304,6 T€ getätigt. Im Fitnessbereich wurden Geräte im Umfang von 94,2 T€ angeschafft, wobei zum größten Teil verschlissene Altgeräte wie Spinningräder und Crosstrainer durch neue ersetzt wurden. Eine neue Geräteausstattung für Muskellängenwachstum, als Ergänzung zum E-Gym-Trainingszirkel, komplettiert die Voraussetzung für ein qualitativ hochwertiges und ganzheitliches Trainingskonzept in diesem Bereich. Aufgrund des Alters (Bj. 2008) und des starken Verschleißes musste das, für die Pflege des Außenbereichs und für den Winterdienst notwendige Multifunktionsfahrzeug durch ein neues Fahrzeug ersetzt werden. Im Badebereich wurden ca. 60% der Liegen und Stühle erneuert und damit die Erstausrüstung ersetzt, die restlichen 40% sollen im Jahr 2018 mit Investitionsmitteln erneuert werden. Für 28,7 T€ wurden Restarbeiten im neuen Kinderbereich ausgeführt, dafür waren 18,9 T€ an nicht verbrauchten Investitionsmitteln aus dem Jahr 2016 vorgetragen worden.

4.2.3. Liquidität

Die Maya mare GmbH & Co.KG weist zum 31.12.2017 einen Finanzmittelfonds in Höhe von 801,5 T€ (Vorjahr: 338,0 T€) aus. Auch unterjährig verfügte die Gesellschaft über eine ausreichende Liquidität, so dass sie jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen gerecht wurde.

Zur Liquiditätssicherung der Maya mare tragen maßgeblich die jährlichen Betriebskostenzuschüsse der SWH sowie der HWS bei. Mit dem Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit sowie aus dem vorhandenen Finanzmittelfonds konnte dementsprechend der Mittelabfluss für die laufende Geschäftstätigkeit sowie für die Investitionen in 2017 in vollem Umfang finanziert werden.

Die laufende Liquidität ist zusätzlich durch einen Kontokorrentkreditrahmen im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH in Höhe von 700,0 T€ gesichert.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31.12.2017 beträgt die Bilanzsumme der Maya mare GmbH & Co. KG 9.109,3 T€, das ist ein Rückgang um 469,6 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Die Abnahme resultiert hauptsächlich aus dem Rückgang des Anlagevermögens, da den Anlagen-zugängen aus Investitionen in Höhe von 304,6 T€ planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.099,3 T€, die außerplanmäßige Abschreibung der Schaltschränke in Höhe von 122,9 T€ sowie Anlagenabgänge von 2,3 T€ gegenüberstehen. Dem entgegen wirkt die Erhöhung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 455,8 T€.

Auf der Passivseite wird der Rückgang der Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr maßgeblich durch die Abnahme des Sonderpostens infolge seiner planmäßigen Auflösung sowie den Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestimmt.

4.4. Gesamtaussage

Erlebnisbäder sind nach wie vor aus unserer Freizeitgestaltung nicht wegzudenken, auch wenn der Wettbewerb mit anderen Unterhaltungs- und Erlebnisangeboten weiter zunimmt. Der hohe Aufwand für Abschreibungen und Kapitaldienst sowie für die laufenden Betriebskosten für derartige Anlagen wird durch die Umsatzerlöse nicht gedeckt und es wird immer der Zuschüsse der Hauptgesellschafter bedürfen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis auszuweisen. Ziel muss es bleiben, diesen Zuschussbedarf aus dem operativen Betrieb nicht ansteigen zu lassen.

Dafür ist ein Halten der einmal erreichten Besucherzahlen im Bade- und Saunabereich sowie der Mitgliederzahlen im Fitnessclub entscheidend. Im Fitnessbereich müssen weitere Umsatzzuwächse über Angebote aus dem betrieblichen Gesundheitsmanagement generiert werden. Da die langfristige Bindungsbereitschaft (Jahresmitgliedschaften im Fitnessclub) bei jungen Kunden zunehmend schwächer ausgeprägt ist und der Preiskampf im Markt weiter zunimmt, muss der Bestandskundenbindung über einen weiteren Ausbau der Betreuungsqualität Priorität eingeräumt werden. Die sukzessive Erneuerung der Ausstattung mit modernen und bedienerfreundlichen Trainingsgeräten, die sich digital vernetzen lassen, ist mittelfristig unumgänglich, um sich im Wettbewerb behaupten zu können.

Der Wettbewerbsdruck im Fitnessmarkt der Stadt Halle (Saale) ist bereits sehr hoch, hinzu kommen Trainingsanbieter aus dem Internet, die 24 Stunden am Tag standortunabhängig verfügbar sind und damit den steigenden Ansprüchen an Flexibilität besser entsprechen können.

Im gastronomischen Bereich konnte der Wareneinsatz auf 35,6% verbessert werden. Der pro-Kopf-Erlös lag 2017 bei 3,60 € (2016: 3,40 €).

Betrachtet man einzelne Struktureinheiten, so ist festzustellen, dass insbesondere der Bereich Reinigung ein höheres Durchschnittsalter der Mitarbeiter aufweist, was derzeit noch nicht als kritisch anzusehen ist. Mittelfristig ist zu prüfen, ob für diesen Bereich noch ausreichend Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu finden sein werden oder ob über die Alternativen von Fremdreinigung – mit allen Nachteilen – nachgedacht werden muss.

Die dringend erforderliche Erweiterung der Verweil- und Liegebereiche im Saunabereich wird im Jahr 2018 durch die Investition in ein neues Sauna-Ruhehaus erfolgen. Somit werden für die Saunabesucher neue und attraktive Aufenthalts- und Rückzugsplätze geschaffen. Damit einhergehen wird die Umgestaltung der Sauna-Außengastronomie und eines Teiles der Liegebereiche im Saunagarten.

Im Sauna- und Wellnessbereich spielt das Verhalten der Zielgruppe von gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Dafür ist es besonders wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Umfassende Instandhaltungsinvestitionen in den Sanitärbereichen, Duschen und Umkleiden müssen in nächster Zukunft geplant und finanziell sichergestellt werden, damit das Maya mare auch mittel- und langfristig seine Gesamtattraktivität nicht verliert.

Erneuerungen an allen Dachbereichen, insbesondere über der Badehalle und der Sauna, werden in den kommenden Jahren weitere Schwerpunkte der erforderlichen Instandsetzung darstellen, um die statisch relevanten Unterkonstruktionen vor Feuchtigkeitsschäden zu sichern.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert. Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.12.2017 wurden bei der Maya mare GmbH & Co. KG insgesamt 23 Risiken ermittelt (Vorjahr: 23). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 5 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	0	0	0
Beschaffungsmarkt	0	0	0
Konkurrenzunternehmen	1	0	1
Recht und Politik	1	0	1
Technologische Entwicklungen	0	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	3	1	2
Gesamt	5	1	4

Das Risiko „Konkurrenzunternehmen“ wird mit 300,0 T€ und in der Mittelfristplanung steigend auf 740,0 T€ bewertet. Bei dieser Einschätzung wurden Besucherabwanderungen/ Mitgliederabwanderungen durch mögliche Angebotserweiterungen und -aufwertungen bei bestehenden Fitnessstudios und Wellnessanlagen berücksichtigt, ebenso die Entstehung neuer Einrichtungen mit deckungsgleichen bzw. überschneidenden Angeboten. Insbesondere wurden ein mögliches Sauna- und Fitness-Angebot im „Sportpark am Böllberger Weg“ sowie die Schaffung von modernen Sauna- und Gesundheitsangeboten im Stadtbad Halle als Risiken für die Wirtschaftlichkeit des Maya mare bewertet.

Als ein Risiko mit potentiell großer Schadenshöhe wird der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter, Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Gesellschaft nicht gesichert und ein Fortbestand der Gesellschaft gefährdet. Das Risiko betrifft die Wirtschaftsjahre ab 2019, für das Jahr 2018 sind die Vereinbarungen über die Zahlung der Betriebskostenzuschüsse abgeschlossen.

Als einziges Risiko der Klasse 1 wird das, durch Feuchtigkeit und Verschleiß geschädigte Dach einschließlich der Dämmung sowie der Lichtkegel über dem Badebereich, eingestuft. Eine Sanierung wäre mit einem finanziellem Aufwand von geschätzt 1.111 T€ verbunden. Es werden 2018 Sanierungskonzepte erarbeitet. Bis zur Beseitigung der Schäden bleibt der Zustand unter Beobachtung. Für die Gäste besteht keine Gefahr.

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2018 sowie der Mittelfristplanung bis 2022 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben, im Ballungszentrum Leipzig sogar wachsen und damit auch das Besucherpotenzial für das Maya mare. Ebenso werden durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt, die ebenfalls Einfluss auf die Besucherzahlen und somit auf die Erlöse haben. Im Jahr 2017 konnten im Badebereich 228.427 Besuche realisiert werden, die insbesondere auf die neue Kinderattraktion „Tulumaya“ zurückgeführt werden. Mittelfristig wurden die Erlöse im Badebereich auf der Grundlage von 214.900 Besuchern geplant. Im Saunabereich konnten 2017 64.885 Besuche gezählt werden, die Mittelfristplanung geht von 66.500 Jahresbesuchen in der Sauna aus.

Die Eintrittsentgelte für Bade- und Saunabereich liegen im oberen mittleren Bereich. Sie werden durchschnittlich alle 2 Jahre angepasst und sind die einzige Basis für die in der Planung erwartete Umsatzerlössteigerung. Bislang wird in den Bereichen Gastronomie, Massage und Shop eine Preisanpassung zum Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen geplant.

Die Umsatzerlöse im Bereich Fitness werden basierend auf einem leichten Anstieg der Mitgliederzahlen und über den Ausbau des Geschäftsfeldes „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ mittelfristig stabilisiert werden.

6.2. Investitionen

Das Maya mare ist zwischenzeitlich fast 19 Jahre alt. Um die Freizeitanlage langfristig als attraktives Angebot am Markt zu halten, wird es notwendig, innerhalb der nächsten 3-8 Jahre Ersatzinvestitionen aufgrund von Altersverschleiß in verschiedenen Bereichen zu tätigen. Die Erneuerung von Großgeräten im Gastronomiebereich, der Austausch von Lüftungsgeräten, die Erneuerung von Fliesenbelägen im Rutschenturm sowie der Dächer und Lichtkegel stellen hierbei notwendige Investitionsschwerpunkte dar.

Die Gestaltung des Maya mare in seiner Gesamtheit kann als zeitlos ansprechend bewertet werden.

Jedoch sind Investitionen in die Erneuerung und zugleich Attraktivierung der Dusch- und WC-Bereiche, sowie in die Innenausstattung der Schwitzräume notwendige Maßnahmen, um den gestiegenen Kundenanforderungen genügen zu können und möglichst keine Kunden an Wettbewerber zu verlieren. Im Fitnessbereich gewinnt die intelligente Vernetzung der absolvierten Trainingseinheiten in einem Fitness-Studio mit diversen weiteren gesundheitsrelevanten Daten des täglichen Lebens (wie Ernährungsdaten, Herzfrequenz oder Schrittzähler) über elektronische „Activity-Tracker“ zu nehmend an Bedeutung. Die technischen Voraussetzungen für eine solche Vernetzung müssen bei der Anschaffung von Neugeräten zunehmende Beachtung finden.

In der Wirtschaftsplanung wurden 2018 Investitionsmittel in Höhe von 920,0 T€ vorgesehen, davon 600,0 T€ für die Schaffung eines neuen Ruhehauses im Saunabereich. In der Mittelfristplanung 2019-2022 wurden pro Jahr 320,0 T€ an Investitionsmitteln berücksichtigt.

6.3. Finanzierung

Für die Investition im Saunabereich ist im Jahr 2018 die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 550,0 T€ geplant. Die im Rahmen der Mittelfristplanung 2019-2022 vorgesehenen Investitionen werden ausschließlich aus Eigenmitteln finanziert. Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite ist mittelfristig ein Rückgang der Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals zu verzeichnen. Für die Liquidität der Gesellschaft und die Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft ist jedoch auch in den Folgejahren die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses durch die Gesellschafter unabdingbar.

6.4. Ergebniserwartung

Aufgrund der kaum weiter ausbaubaren Erlössituation wird in der Mittelfristplanung von einem Zuschussbedarf der Gesellschaft in Höhe von 1.373,0 T€ im Jahr 2018 bis zu 1.401,0 T€ im Jahr 2022 ausgegangen. Unter Berücksichtigung der weiteren Zuschusszahlung durch die Hauptgesellschafter wird in den Jahren 2018 bis 2022 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchaer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 311

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung/§ 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle.
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff.1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand : Vorsitzender Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzender Geier, Egbert
Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	311	55	311	56	311	56	0	0
Umlaufvermögen	254	45	245	44	240	44	9	4
Bilanzsumme	565	100	556	100	551	100	9	2
Passiva								
Eigenkapital	565	100	556	100	551	100	9	2
Bilanzsumme	565	100	556	100	551	100	9	2

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	18	18	25
sonstige betriebliche Aufwendungen	10	17	11
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	4	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			18
Ergebnis nach Steuern	8	5	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	8	5	18
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	5	7	7
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3	-2	11

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,49	0,87	3,34	%
Cash-Flow:	8	5	18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	55,06	55,89	56,39	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m ²
Erbbaufäche	675,00	675,00	675,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m ²
Verkehrsfläche	143,00	143,00	143,00	m ²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m ²

f) Lagebericht

Die Vermögens- und Ertragslage der Stiftung ist stabil und gesichert.
Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um 9 TEUR auf 565 TEUR durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Im Bereich der Vermögensverwaltung erzielte die Stiftung Einnahmen in Höhe von 18 TEUR.
Diese setzen sich im Wesentlichen aus Pachteinahmen zusammen.
Dem stehen Ausgaben in Höhe von 2 TEUR gegenüber.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss aus der Vermögensverwaltung in Höhe von 16 TEUR wurde eine Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO in Höhe von 5 T€ gebildet.
Die Rücklage hat sich damit auf 98 TEUR erhöht.
Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Einnahmen im ideellen Bereich sind im Geschäftsjahr nicht erwirtschaftet worden.

Im ideellen Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von 8 TEUR entstanden.

Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresergebnis in Höhe von 3 TEUR nach Rücklagenbildung erwirtschaftet.

Im Jahr 2017 sind u.a. Mittel in Höhe von 4 TEUR gemäß Beschlussfassung vom 16.05.2017 als Zufinanzierung an die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb von Gartenmöbeln verwendet worden.

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Kantstraße 1
 06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungskapital in T€: 12.823

Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb von Einrichtungen in der Altenpflege und Behindertenhilfe und altengerechter Wohnformen.

Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand: Fritschek, Andreas

Stiftungsrat: Vorsitzende Brederlow, Katharina
 stellv. Vorsitzender Geier, Egbert
 Haupt, Ute
 Seidel-Jähning, Annika
 Töpfer, Gernot

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Stiftungsvorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Bauverein Halle & Leuna eG	14	0,20
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	100	100,00
Serva GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	52.289	94	52.558	93	52.394	93	-269	-1
Umlaufvermögen	3.072	6	3.675	7	3.870	7	-603	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	53	0	57	0	53	0	-4	-7

Bilanzsumme

	55.414	100	56.290	100	56.317	100	-876	-2
--	--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

Treuhandvermögen

	0		0		157		0	0
--	---	--	---	--	-----	--	---	---

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	18.131	33	17.304	31	17.175	30	827	5
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	19.065	35	19.663	35	20.310	36	-598	-3
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	725	1	750	1	774	1	-25	-3
Rückstellungen	686	1	844	1	892	2	-158	-19
Verbindlichkeiten	16.246	29	17.190	31	16.629	30	-944	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	561	1	539	1	537	1	22	4

Bilanzsumme

	55.414	100	56.290	100	56.317	100	-876	-2
--	--------	-----	--------	-----	--------	-----	------	----

Treuhandverbindlichkeiten

	0		0		157		0	0
--	---	--	---	--	-----	--	---	---

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	22.044	20.702	18.433
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	9	-3	18
sonstige betriebliche Erträge	281	211	1.735
Materialaufwand	5.164	4.994	5.020
Personalaufwand	12.690	11.448	11.224
Abschreibungen	1.863	1.829	1.800
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	673	671	709
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.052	2.681	2.268
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	21	0	26
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	1	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	11	18
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	2	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	444	510	550
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			78
außerordentliche Erträge			75
außerordentliche Aufwendungen			27
außerordentliches Ergebnis			48
Ergebnis nach Steuern	827	129	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	827	129	126
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	827	129	126
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,75	0,62	0,68	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,56	0,75	0,74	%
Cash-Flow:	2.690	1.959	1.926	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	57	56	56	T€
Personalaufwandsquote:	56,82	54,75	55,60	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,07	93,10	92,74	%
Eigenkapitalquote:	32,72	30,74	30,50	%
Fremdkapitalquote:	67,28	69,26	69,50	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	416,00	Anzahl
Pflegepl. f. Menschen mit geistiger u. seel. Behind.	230,00	230,00	230,00	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Stiftung

Die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle (Saale) wurde im Jahr 1894 gegründet und ist im Stiftungsverzeichnis unter der Nummer 13/93 eingetragen. Seit Gründung verfolgt sie nachfolgende Aufgabe: „Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere, wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Pflege, Unterkunft und Betreuung zu gewähren. Hierbei werden Bürger der Stadt Halle (Saale) bevorzugt berücksichtigt.“¹

Für die Stiftung sind die steuerbegünstigten Zweckbetriebe von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit. Nicht befreit sind die steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Insgesamt verwirklichen ca. 420 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dienstleistungen für täglich rund 1.500 Kunden.

Die Stiftung hat ihre Tätigkeit unverändert im Vergleich zum Vorjahr fortgesetzt. Es gab keine wesentlichen Veränderungen in den Geschäftsfeldern, den Strukturen und der Organisation der Stiftung.

Damit liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Stiftung weiterhin auf den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe. Zum Bereich Altenhilfe gehören nach wie vor fünf Altenpflegeheime mit 391 Plätzen, zwei Tagespflegen mit 25 Plätzen und ein ambulanter Pflegedienst.

Im Bereich Behindertenhilfe betreibt die Stiftung ein Förderwohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen und zwei Tagesförderstätten für Menschen mit geistigen Behinderungen. Ferner bietet sie 21 Plätze für Menschen mit geistiger Behinderung in betreuten Wohnungen an.

Für Menschen mit seelischen Behinderungen werden ein Wohnheim mit 48 Plätzen und eine Tagesstätte mit 17 Plätzen sowie 23 Plätze in betreuten Wohnungen angeboten.

Die Stiftung vermietet 209 Wohnungen überwiegend an ältere Menschen. Darüber hinaus vermietet sie Räumlichkeiten für eine Kindertagesstätte und eine Praxis für Physiotherapie.

Die Stiftung ist unverändert 100%iger Gesellschafter der serva GmbH, die Dienstleistungen im Bereich Hauswirtschaft, Unterhaltsreinigung, Hausmeisterdienste (Gärtner), Hol- und Bringediens und Pforte erbringt. In der serva GmbH sind 81 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Darüber hinaus ist die Stiftung 100%iger Gesellschafter der ewia GmbH, welche ihre unternehmerischen Tätigkeiten Mitte 2012 eingestellt hat und ihre wesentlichen Aktiva und Passiva an die Stiftung übertrug. Da keine weitere Nutzungsmöglichkeit für die GmbH gesehen wird, wurde die Gesellschaft mit Ablauf 31.03.2018 aufgelöst.

2. Wirtschaftsbericht

a) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Die Bereiche Alten- und Behindertenhilfe sind auf unterschiedliche Weise von sich verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen betroffen.

Es wurde in den vergangenen zwei Jahren eine Vielzahl von gesetzlichen Änderungen wirksam, die unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Stiftung haben. Im Bereich der Altenhilfe waren dies das Pflegestärkungsgesetz 2 und 3. Im Bereich der Behindertenhilfe wird das Bundesteilhabegesetz die Grundlagen für die Arbeit im Bereich der Behindertenhilfe verändern.

Altenpflege

Im Bereich der Altenhilfe war es das erklärte Ziel des Gesetzgebers, die Leistungen im ambulanten Bereich zu stärken. Dies führte zu einer Zunahme der Angebote auf diesem Gebiet. Zunächst war nach Inkrafttreten des Pflegestärkungsgesetzes 2 nicht klar, wie sich diese Änderungen auf die Auslastung der Angebote im stationären Bereich auswirken. Diese Frage war von großer Bedeutung, da der Bereich mit einem Umsatz von 12.615 TEUR 56,7 % des Gesamtumsatzes erwirtschaftet.

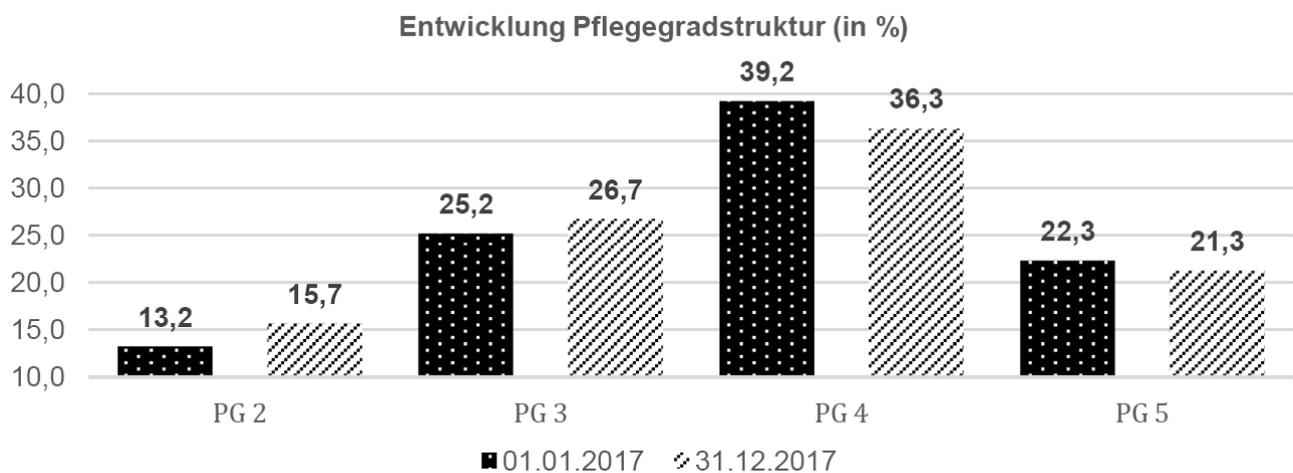
¹ § 2 Abs. 1 der Satzung

Zum jetzigen Zeitpunkt kann festgestellt werden, dass die Veränderungen sich aktuell noch nicht auf die Nachfrage im stationären Bereich auswirken. Die Nachfrage nach diesen Leistungen ist unverändert hoch, was sich auch in den stabilen Auslastungsquoten der Stiftung widerspiegelt.

Entgegen der Prognosen weist die Einführung des Pflegestärkungsgesetzes 2 einen positiven Effekt auf die Umsatzentwicklung aus. So konnten bei annähernd gleichem Auslastungsniveau deutliche Mehrerlöse generiert werden. Maßgeblich dafür ist die großzügige Übergangs-/ Besitzstandregelung bei der Überleitung von Pflegestufe zu Pflegegrad zum 01.01.2017.

Die zum Stichtag in den Einrichtungen lebenden Bewohner wurden dabei ohne neue Begutachtung in die neuen Pflegegrade übergeleitet. Hierdurch bekamen mehr Bewohner einen hohen Pflegegrad, als dies aufgrund der neuen Begutachtungsrichtlinien zu erwarten ist. Die Kernfrage ist, wie sich die Belegung und die Verteilung in den Pflegegraden entwickeln werden, wenn neue Bewohner einziehen. Betrug zum 01.01.2017 der durchschnittliche Pflegegrad aller unserer Bewohner der stationären Altenpflege noch 3,71 sank er im Jahresverlauf auf 3,63. Diese Entwicklungen sind branchenweit zu beobachten.

Nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Pflegegradstruktur unserer stationären Altenpflege auf. Es erfolgte im Jahresverlauf ein Austausch der hohen Pflegegrade 4 und 5 durch Klienten mit den Pflegegraden 2 und 3.



Die weitere Dynamisierung dieses Effektes und die wirtschaftlichen Folgen für den Altenpflegebereich (bspw. Erlösrückgang) werden kontinuierlich weiter analysiert. Zum jetzigen Zeitpunkt kann nicht verbindlich prognostiziert werden, wohin die Entwicklung führt.

Auch im Jahr 2017 wurden seitens des Landes mehrere Verordnungen, die für die Arbeit in den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe der Stiftung wesentliche Auswirkungen haben dürften, noch nicht verabschiedet, obwohl sie seit längerem zur Überarbeitung vorliegen. Es handelt sich hierbei um die Heimmindestbauverordnung und die Heimpersonalverordnung. Es ist momentan nicht abzusehen, ob und wenn ja wann die Verordnungen in geänderter Form in Kraft treten.

Insgesamt ist insbesondere für den Bereich Altenpflege deutlich der Wandel in der Altersstruktur in der Stadt Halle (Saale) spürbar. Die Nachfrage nach den Angeboten im Bereich der Altenhilfe ist im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen und bezieht sich auf alle Angebote der Stiftung, von der stationären Altenpflege bis hin zur Vermietung von altersgerechten Wohnungen.

Die Geschäftsentwicklung verlief, wie auch schon in den Vorjahren, sehr günstig. Hier waren drei Faktoren bestimmend: die erfolgreiche Verhandlung von neuen Pflegesätzen, die in allen Bereichen hohe Nachfrage nach den Angeboten der Stiftung und die gute Positionierung der Stiftung als Komplettanbieter für Leistungen im Bereich der Altenhilfe.

Behindertenhilfe

Im Bereich der Behindertenhilfe ist die wichtigste gesetzliche Neuregelung das Bundesteilhabegesetz, von dem die erste Reformstufen zum 01.01.2017 und zum 01.04.2017 in Kraft getreten sind.

Drei weitere Reformstufen werden bis zum Jahr 2023 realisiert (Stufe 2 ab 01.01.2018, Stufe 3 ab 01.01.2020, Stufe 4 ab 01.01.2023). Damit gehen umfangreiche Änderungen in den Sozialgesetzbüchern einher.

Vermietung

Verstärkt wurde die Vernetzung der unterschiedlichen Angebote der Stiftung. Damit wird es möglich, für die Kunden maßgeschneiderte Angebote entsprechend des Hilfebedarfs zu gestalten. Durch diese Fokussierung auf die Vernetzung der Angebote der Stiftung konnte erreicht werden, dass die Mieter unserer altengerechten Wohnungen mehr als bisher von den verschiedenen Leistungen der Stiftung profitieren können.

Hier zeigt sich auch wie wichtig es ist, dass die Stiftung über die Serva GmbH auch vermietungsnahe Dienstleistungen erbringen kann. Für zahlreiche Mieter wurden Leistungen wie Essenversorgung, Wäschereiservice und Hausmeisterservice im Jahr 2017 durch die Serva GmbH erbracht. Dies steigert die Attraktivität der Angebote im Bereich Vermietung und unterscheidet die Stiftung von ihren Mitwettbewerbern.

Kooperationen

Die Kooperation insbesondere mit der Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara Halle (Saale) GmbH und der Vinzenz Verbund GmbH/Elisabeth Mobil, wurde weiter vertieft. Die Stärkung dieser Kooperation wird auch in Zukunft im Fokus der Arbeit liegen im Rahmen der außerklinischen Versorgung von invasiv und nicht invasiv beatmeten Patienten im Altenpflegeheim Akazienhof.

Der Bereich für die außerklinische Versorgung von invasiv und nicht invasiv beatmeten Patienten wurde im Wohnbereich 3 des Altenpflegeheimes Akazienhof zum 01.04.2017 eingerichtet. Hier sind 12 Plätze für die Versorgung von invasiv und nicht invasiv beatmeten Patienten entstanden. Die Stiftung ist hier Partner von der Elisabeth Vinzenz Verbund GmbH in Verbindung mit dem Elisabeth Mobil. Ärztliche Leistungen werden durch die Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara Halle (Saale) GmbH erbracht.

Enger Kontakt besteht nach wie vor zu Wohnungsunternehmen, hier insbesondere zum Bauverein Halle & Leuna eG, für den die Stiftung auch weiterhin Beratungsleistungen für die Mieter erbringt. Die Kooperation zwischen der Stiftung und der BWG Halle-Merseburg e.G. wurde schon durch die enge Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Grundstücks Bugenhagenstraße gestärkt. Die BWG wird auch in Zukunft einer der wichtigsten Partner der Stiftung sein.

b) Ertragslage, Finanzlage, Vermögenslage

Insgesamt konnte die Stiftung im Jahr 2017 Umsatzerlöse in Höhe von 22.245 TEUR erzielen. Damit sind die Umsatzerlöse um 1.335 TEUR im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Die Erlöse verteilen sich auf folgende Geschäftsfelder:

	2017 in TEUR	2016 in TEUR	Veränderung in TEUR
Vollstationäre Altenpflege	12.615	11.559	+1.055
Teilstationäre Altenpflege	374	325	+49
Ambulante Pflege	698	706	-8
Behindertenhilfe	6.725	6.551	+174

Maßgeblich für die Umsatzsteigerung sind die Auswirkungen der oben beschriebenen Übergangsregelungen des Pflegestärkungsgesetzes 2 und die sehr gute Auslastung im Bereich der Altenpflege. Die durchschnittliche Auslastung im Bereich der stationären Altenhilfe liegt bei 99 %.

Für den Bereich Behindertenhilfe konnten die gestiegenen Kosten in den neu vereinbarten Entgelten berücksichtigt werden. Außerdem wurden notwendige Ersatzinvestitionen über die Entgelte refinanziert.

Im Jahr 2017 investierte die Stiftung rd. 1.561 TEUR in das langfristige Vermögen der Stiftung. Für die bauvorbereitenden Arbeiten für das Projekt Bugenhagenstraße wie Herrichtung des Grundstückes und Planungsleistungen wurden 628 TEUR aufgewendet.

Darüber hinaus wurde in der gesamten Stiftung im August 2017 ein neues Speisenverteilsystem eingeführt. Für rd. 393 TEUR wurden Menü-Ausgabewagen, Transportboxen und Warmhalteplatten angeschafft.

Durch all die genannten Investitionen reduzierte sich der Bestand an Zahlungsmittel bzw. Zahlungsmitteläquivalenten von 2.988 TEUR auf 2.334 TEUR. Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt.

Das Gesamtvermögen (Bilanzsumme) der Stiftung hat sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 im Wesentlichen auf Grund von planmäßigen Abschreibungen auf 55.414 TEUR verringert. Im Vorjahr belief sich das Gesamtvermögen auf 56.290 TEUR. Durch das Jahresendergebnis von 827 TEUR, erhöht sich das Eigenkapital auf 18.309 TEUR.

Die Eigenkapitalquote ist im Kalenderjahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 4,78 % gestiegen und zeigt den positiven Trend der letzten Jahre.

	2017	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote	32,72 %	30,74 %	30,50 %	29,82 %

c) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Cash-Flow-Betrachtung

Der Gesamtcashflow im Geschäftsjahr war in Höhe von -653,3 TEUR negativ. Dieser setzt sich zusammen aus einem positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von +1.914,3 TEUR, einem Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -1.561,4 TEUR sowie einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von -1.006,3 TEUR. Der Finanzmittelfonds hat sich vor dem Hintergrund der hohen Investitionstätigkeit von 2.988 TEUR auf 2.334 TEUR reduziert.

Personal

Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben im vergangenen Jahr auch die Arbeit der Stiftung wesentlich geprägt. Sie werden auch in Zukunft die größte Herausforderung sein.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 beschäftigte die Stiftung 421 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit sind 21 Personen mehr beschäftigt als zum 31. Dezember 2016. Dies entspricht einem Anstieg um 19 Vollzeitkräfte. Der Anstieg ist zum größten Teil auf das Pflegestärkungsgesetz 2 zurückzuführen. Insgesamt konnten dadurch 9,26 VZK zusätzlich refinanziert und beschäftigt werden. Darüber hinaus steigerte die Stiftung die Anzahl an Auszubildenden um 4,317 VZK im Vergleich zum Vorjahr.

Die Mitarbeiterfluktuation ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Während im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt 55 Personen das Unternehmen verlassen haben, sind es im laufenden Jahr 71 Personen. Dies entspricht einer Fluktuationsquote von 17,5 % (bezogen auf alle Austritte aus der Stiftung).

Die Unvereinbarkeit zwischen Beruf und Familie wurde als einer der Hauptgründe bei dem Wunsch nach einem Aufhebungsvertrag genannt. Insbesondere nach Änderung der persönlichen Lebenssituation der Beschäftigten wie beispielsweise Familiengründungen wünschen sich die Beschäftigten zunehmend, nicht mehr im branchentypischen Mehrschichtsystem tätig zu sein. Daneben äußerten auch langjährig Beschäftigte den Wunsch nach einem Aufhebungsvertrag, um einen vorzeitigen Renteneintritt zu realisieren.

Durch den demografischen Wandel steigt die Arbeitsbelastung. Während auf der einen Seite die Pflegefälle zunehmen, steigt auf der anderen Seite das Alter der Pflegekräfte, weil nur wenige junge Schulabgänger eine Ausbildung in einem Pflegeberuf absolvieren. Auch der Anstieg der psychischen Belastung und daraus resultierend gesundheitliche Einschränkungen, führten nicht selten dazu, dass auf Wunsch des Beschäftigten das Arbeitsverhältnis aufgehoben wurde.

Um die oben beschriebene Anhebung von Beschäftigtenzahlen zu realisieren, wurde eine Reihe Neueinstellungen vorgenommen. Hierbei führten zunehmend mangelhafte fachliche und persönliche Eignungen der Beschäftigten innerhalb der Probezeit zu Kündigungen durch den Arbeitgeber. So erfolgten rund 80 % aller arbeitgeberseitigen Kündigungen in 2017 innerhalb der sechsmonatigen Probezeit.

Die Anzahl der Kündigungen nach Ablauf der Probezeit, die durch die Arbeitnehmer ausgesprochen wurden, konzentrieren sich, gemessen an der Mitarbeiterzahl der Bereiche, in Bereichen, in denen in 2017 Neubesetzungen in den oberen Führungsebenen erfolgt sind. Aus heutiger Sicht lässt sich hier eine deutliche Stabilisierung der Personalsituation verzeichnen.

In einzelnen Fällen konnten wir nach Austritten auch die Rückkehr ehemaliger Mitarbeiter in die Stiftung feststellen. Mitarbeiter, die einen anderen Berufs- oder Privatweg eingeschlagen hatten, wandten sich der Stiftung zu. Wir sehen hier ein Zeichen darin, dass unsere Stiftung auch im Vergleich mit anderen Arbeitgebern gute Arbeitsbedingungen anbietet.

Die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt der Pflegekräfte lässt es zu, dass die Suche nach alternativen Beschäftigungsangeboten für Arbeitnehmer keine großen Hürden mit sich bringt. Eine zunehmende Wechselwilligkeit besonders unter jüngeren, privat ungebundenen Arbeitnehmern wird dadurch stark begünstigt. Eine steigende Anzahl an Bewerber ist gekennzeichnet durch häufige Arbeitgeberwechsel in der Vergangenheit.

Hinzu kommt, dass gerade junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unmittelbar nach der Ausbildung verschiedene Arbeitsmöglichkeiten ausprobieren.

Neben den in 2017 durchgeführten Gehaltssteigerungen im April (+10,0 % Einstiegsgehalt Pflegefachkräfte / +3,0 % Pflegeassistenten) sowie im August (+3,0 % für alle Mitarbeiter) konnte in der Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden, welche regelt, dass das bisherige ergebnisabhängige Erfolgsentgelt durch eine garantierte Sonderzahlung abgelöst wird. Im Dezember wurden erstmalig 700 EUR Einmalzahlung pro Vollzeitbeschäftigten an die Mitarbeiter ausbezahlt.

Darüber hinaus wurden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Mitarbeiterzufriedenheit umgesetzt. Dazu gehören unter anderem die Bereitstellung vergünstigter Monatskarten für den öffentlichen Personennahverkehr, die kostenlose Bereitstellung von Dienstkleidung, die Neugestaltung der Regelungen für Betriebsjubiläen und die Einführung von Gutscheinen, mit denen das kurzfristige Einspringen zur Abdeckung der Dienste gewürdigt wird. Die Gesamtkosten für die beschriebenen Maßnahmen belaufen sich auf 95 TEUR pro Jahr.

MDK-Prüfung

Auch im Jahr 2017 fanden in allen stationären Pflegeeinrichtungen und im ambulanten Pflegedienst Regelprüfungen durch den MDK statt.

Einrichtung	Datum Prüfung	Note
Altenpflegeheim Riebeckpark	Mai 2017	1,2
Altenpflegeheim im Haus der Generationen	Mai 2017	1,7
Altenpflegeheim Akazienhof	Januar 2018	1,1
Hausgemeinschaften für Menschen mit Demenz	Januar 2018	1,3
Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz	Dezember 2017	1,5
Ambulante Pflege	Dezember 2017	1,3

Die in der Gesamtnote integrierte Bewohnbefragung ergab, dass alle Einrichtungen die Note 1,0 erhielten, bis auf das Altenpflegeheim im Riebeckpark, welches die Note 1,1 erhielt.

3. Prognosebericht

In den kommenden Jahren werden für die Stiftung drei Fragen von entscheidender Bedeutung sein:

- I. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?
- II. Wie gelingt es, das Bauvorhaben Bugenhagenstraße erfolgreich umzusetzen und erfolgreich am Markt zu positionieren?
- III. Wie wirkt sich das Bundesteilhabegesetz auf unsere Einrichtungen aus und welche Chancen für Veränderungen der Angebote ergeben sich?

- I. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?

Ziel ist es, die Stiftung weiter als attraktiven Arbeitgeber sowohl nach innen als auch nach außen zu positionieren und in der Region noch bekannter zu machen. Verstärkt werden neue, moderne Kanäle zum Einsatz kommen, um potentielle Bewerber zu erreichen. Auch die Zahlung von Prämien in Höhe von 500 EUR an Beschäftigte, die in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis Mitarbeiter für die Stiftung werben, wird weiter fortgesetzt. In 2017 konnten auf diesem Wege vier neue Pflegefachkräfte für die Stiftung gewonnen werden. Weitere Vorstellungen zum Personalmarketing wie zum Beispiel eine neue Karriere-Internetseite und zentrales Bewerbermanagement wurden erarbeitet, befinden sich in Abstimmung und können im Jahr 2018 umgesetzt werden.

Um für die künftigen Aufgaben passgenau qualifizierte Mitarbeiter in der Stiftung zu beschäftigen, wird die Stiftung ihr Engagement in der Qualifizierung von Pflegefachkräften deutlich ausbauen. Wie schon im Jahr 2017, sollen auch 2018 wieder mindestens 11 Auszubildende eingestellt werden.

Die Arbeits- und Vergütungsbestimmungen für die Auszubildenden werden weiterentwickelt. So stellt sich die Stiftung als attraktiver Ausbildungsbetrieb auf, um kontinuierlich geeignete junge Menschen für sich zu gewinnen.

Neben der Erstausbildung werden auch verstärkt Angebote für die Beschäftigten ausgearbeitet, um sich nebenberuflich zur Pflegefachkraft weiter zu qualifizieren. Dabei werden die Zusammenarbeit mit bewährten schulischen Kooperationspartnern ausgebaut und individuell auf die interessierten Beschäftigten zugeschnittene Förderungsmöglichkeiten erarbeitet.

Um den Belastungen, die die Arbeit in der Pflege mit sich bringen, entgegenwirken zu können, werden den Beschäftigten vielfältige Qualifizierungsangebote unterbreitet. Einer der Schwerpunkte wird hier auch die mittlere Führungsebene sein. Als Schnittstelle zwischen Mitarbeitern und Führungsebene sind die Wohnbereichsleiter der Schlüssel zu einer erfolgreichen Umsetzung der Führungskultur in der Stiftung. Hier wird angesetzt werden, um die Beschäftigten fachlich und auch überfachlich mit dem notwendigen Rüstzeug auszustatten, um den Belastungen im Pflegealltag entgegenwirken zu können.

Ergänzt werden diese Maßnahmen durch einen deutlichen Ausbau der Themen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements und der Betrieblichen Gesundheitsförderung. Mit professionellen Kooperationspartnern werden konkrete Maßnahmen aufgestellt und umgesetzt werden, die die Beschäftigten unterstützen, Risiken für die eigene Gesundheit zu erkennen und mit geeigneten Mitteln ihren (Arbeits-) Alltag gesundheitsförderlicher zu gestalten.

II. Wie gelingt es, das Bauvorhaben Bugenhagenstraße erfolgreich umzusetzen und erfolgreich am Markt zu positionieren?

Das Bauvorhaben Bugenhagenstraße ist mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 17. Millionen EUR, das größte Investitionsvorhaben der Stiftung. Das Projekt ist in zwei Bauabschnitte unterteilt. Der 1. Bauabschnitt, in dem 34 altengerechte Wohnungen entstehen sollen, soll ab Mai 2018 umgesetzt werden.

Um die Risiken in Bezug auf Finanzierung, Baukosten, Vermietung zu reduzieren, wurde entschieden, dass mit dem 2. Bauabschnitt erst im Jahr 2020 / 2021 begonnen wird. Somit bleibt Zeit für die Umsetzung des 1. Bauabschnittes und es können Erfahrungen in der Vermietung gesammelt werden.

Für den 1. Bauabschnitt liegen die erforderlichen Genehmigungen vor. Die Finanzierung erfolgt über die Saalesparkasse. Die Ausschreibung von 70 % der Bauleistungen ist erfolgt. Die Baukosten liegen aktuell mit 106 TEUR geringfügig über den ursprünglich geplanten Kosten. Ursache hierfür ist der deutliche Anstieg der Baukosten in den letzten Jahren.

Die zusätzlichen Kosten müssen aus Eigenmitteln finanziert werden. Die Kostenmiete beträgt inklusive den aufgezählten Mehrkosten 10,49 EUR / m².

Ziel ist, dass das Objekt wie ursprünglich geplant im Herbst 2019 fertiggestellt wird.

III. Wie wirkt sich das Bundesteilhabegesetz auf unsere Einrichtungen aus und welche Chancen für Veränderungen der Angebote ergeben sich?

Die Stiftung wird die kommenden Jahre nutzen, um sich auf die aus der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes ergebenden Änderungen vorzubereiten.

So sollen Leistungen für Menschen mit Behinderung nicht mehr zwischen ambulant, teilstationär und stationär unterschieden werden, sondern nach spezifischem individuellem Bedarf. Leistungserbringer sind somit zukünftig am besten aufgestellt, wenn sie ihre Leistungen an den Bedürfnissen der Klienten ausrichten und nicht nur angebotsbezogene Leistungen vorhalten.

Ab 2020 wird die Fachleistung von den existenzsichernden Leistungen (Leistungen zum Lebensunterhalt und Wohnen) getrennt. Damit wird die Eingliederungshilfe auf die Fachleistung beschränkt. Existenzsichernde Leistungen sind nicht mehr Teil der Eingliederungshilfe, sondern grundsätzlich von Menschen mit Behinderung selbst oder vom Träger der Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Grundsicherung zu übernehmen.

In den Wohnheimen für Menschen mit Behinderung umfasst Eingliederungshilfe weiterhin Pflege. Im ambulanten Wohnen bleibt die Pflege nach SGBXI gleichrangig zur Eingliederungshilfe, jedoch muss sie dann von ambulanten Pflegediensten erbracht werden.

Ein entsprechender Landesrahmenvertrag soll bis zum 01.01.2020 vorliegen.

Die Stiftung wird sich mit neuen Angeboten positionieren. Ein erster Schritt ist das „Modellprojekt Wohnen für Menschen mit großem Hilfebedarf“, dass ab Mai 2018 umgesetzt wird.

Das Modellprojekt sieht vor, dass insgesamt 9 Klienten des Förderwohnheims in 3 selbstorganisierten Wohngemeinschaften leben und von einem wohnbezogenen Dienst betreut werden. Die Wohnungen sollen sich in der räumlichen Nähe zum Förderwohnheim befinden. Alle 9 Klienten werden zudem die Tagesförderung besuchen und vom ambulanten Pflegedienst betreut.

Die erste Wohngemeinschaft mit 2 Klienten zieht zum 01.05.2018 in eine eigene Wohnung. Die anderen Klienten folgen schrittweise.

Die Kapazität des Förderwohnheimes soll sich nach Auszug der 9 Klienten auf 90 Plätze reduzieren. Im Zuge dessen werden dadurch 13 neue Einzelzimmer und ein Verhinderungspflegeplatz entstehen.

Perspektivisch könnte die Zunahme an ambulanten Wohnformen neue Klienten für unsere ambulante Pflege mit sich bringen.

4. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumente

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen insbesondere Wertpapiere, Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Die Stiftung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiko wird für jedes wesentliche Geschäft ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Zur Minderung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein entsprechendes Debitorenmanagementsystem sowie ein effizientes Mahnwesen.

Die Risikolage der Stiftung kann für das kommende Jahr 2018 als überschaubar beurteilt werden. Es gibt keine außergewöhnlichen oder unkontrollierten finanzintensiven und sonstigen risikoreichen Vorfälle. Bestandsgefährdende Risiken, insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität der Stiftung, sind für die folgenden 12 Monate nicht zu erkennen.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Fritschek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	22	6	28	9	11	3	-6	-21
Umlaufvermögen	326	93	300	91	378	97	26	9
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	0	0	1	0	2	

Bilanzsumme	350	100	328	100	390	100	22	7
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	81	23	81	25	81	21	0	0
Rückstellungen	37	10	64	19	67	17	-27	-42
Verbindlichkeiten	230	66	150	46	181	46	80	53
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	33	10	61	16	-31	-94

Bilanzsumme	350	100	328	100	390	100	22	7
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.995	2.923	2.935
sonstige betriebliche Erträge	30	15	8
Materialaufwand	1.224	1.236	1.081
Personalaufwand	1.682	1.602	1.568
Abschreibungen	7	7	6
sonstige betriebliche Aufwendungen	91	95	262
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			26
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	21	-2	
sonstige Steuern	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahmen	0	2	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	21	0	26
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,70	-0,07	0,88	%
Eigenkapitalrentabilität:	26,07	-2,55	32,03	%
Cash-Flow:	28	5	32	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	38	36	39	T€
Personalaufwandsquote:	55,61	54,53	53,29	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,32	8,40	2,91	%
Eigenkapitalquote:	23,06	24,59	20,70	%
Fremdkapitalquote:	76,94	75,41	79,30	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	c/o Stadt Halle (Saale) 06100 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar förderlich sind.
- (3) Sie darf jedoch keine Zweigniederlassungen errichten, sich nicht an anderen Unternehmen beteiligen oder Unternehmensverträge im Sinne von §§ 291, 292 AktG schließen und Interessengemeinschaften eingehen.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Geier, Egbert	
Beirat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Borggrefe, Fabian	(seit 16.03.2017 stellv. Vorsitzender)
		Bernstiel, Christoph	
		Eigendorf, Eric	
		Ettingshausen, Rüdiger	
		Hajek, Andreas	
		Hinniger, Manuela	

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2017 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2016.

Beirat:

Kerzel, Mario
Ranft, Melanie

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€
Beirat	0	1

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Stadion Halle Betriebs GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	315	27	390	30
Umlaufvermögen	487	42	522	39
Rechnungsabgrenzungsposten	368	31	407	31

Bilanzsumme	1.170	100	1.319	100
--------------------	--------------	------------	--------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	24	2	24	2
Rückstellungen	23	2	22	2
Verbindlichkeiten	197	17	272	20
Rechnungsabgrenzungsposten	926	79	1.001	76

Bilanzsumme	1.170	100	1.319	100
--------------------	--------------	------------	--------------	------------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015
	T€	T€
Umsatzerlöse	1.808	1.235
sonstige betriebliche Erträge	5	503
Personalaufwand	0	0
Abschreibungen	116	105
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.687	1.625
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7	8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3	0
Ergebnis nach Steuern	0	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	116	105	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	26,93	29,58	%
Eigenkapitalquote:	2,08	1,84	%
Fremdkapitalquote:	97,92	98,16	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsjahr 2016 war im Wesentlichen durch den laufenden Betrieb des ERDGAS Sportpark und den sportlichen Erfolg des Halleschen FC geprägt gewesen. Alle zum stabil laufenden Betrieb nötigen Vorgänge und Abläufe sind bei den beteiligten Personen und Unternehmen eingespült.

Der Hallesche FC hat seine Saison 2015/2016 mit dem Verbleib in der 3. Liga abgeschlossen. Auch für die Saison 2016/2017 ist der Klassenerhalt und somit der Verbleib in der 3. Liga angestrebt. Zu den Heimspielen des Halleschen FC kamen im Jahr 2016 dabei im Schnitt ca. 7.378 Zuschauer und damit etwas weniger als in den Vorjahren.

Weiterhin fand das Pokalendspiel des Landespokals Sachsen-Anhalt im ERDGAS Sportpark zwischen dem Halleschen FC und dem 1.FC Magdeburg vor ausverkaufter Kulisse statt. Veranstalter war hier der Fußballverband Sachsen-Anhalt e. V.

Neben dem Stadion als Fußballstätte fanden zudem mehrere Veranstaltungen im Businessbereich statt. Die Erwartungen wurden auch im Jahr 2016 erfüllt. Insbesondere das Flair des Stadions als Event Location, der gute Service, ein individuelles Angebot aber auch die gute Parkplatzsituation sind ausschlaggebende Faktoren für diesen Erfolg.

Aufgrund des Pokalendspiels lagen die Einnahmen des Geschäftsjahres 2016 insgesamt ungefähr gleichauf mit den Einnahmen des Vorjahrs.

Zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls im Stadion wurde im Jahr 2016 im Bereich der Gäste eine zusätzliche Plexiglasabtrennung gebaut.

2. Lage des Unternehmens

Das Berichtsjahr 2016 umfasste einen ganzjährigen Spielbetrieb des HFC e. V. in der 3. Liga. Durch die hierbei plangemäß erzielten Einnahmen und Ausgaben bestand zum Bilanzstichtag ein positiver Liquiditätsbestand in Höhe von TEUR 444.

Die wirtschaftliche Lage kann daher insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr plangemäß ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt.

Der Stadt Halle (Saale) wurde mit Datum vom 11. März 2015 eine Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zugestellt, mit welcher die Stadt Halle (Saale) angewiesen wird, die Austauschverhältnisse zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadion Halle Betriebs GmbH neu zu gestalten bzw. eine Rekommunalisierung der an die Stadion Halle Betriebs GmbH übertragenen Aufgaben mittels Rückkauf der privaten Gesellschafteranteile oder die Aufgabenerledigung durch die Stadt Halle (Saale) selbst vorzunehmen.

Die Rekommunalisierung der Stadion Halle Betriebs GmbH wurde im Jahr 2016 entsprechend vollzogen. Die Stadt Halle (Saale) ist nunmehr alleinige Gesellschafterin der Stadion Halle Betriebs GmbH.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2017 ist weiterhin durch den laufenden Spielbetrieb in der 3. Liga innerhalb des Stadions geprägt.

Der HFC als Hauptnutzer hat bisher eine gute Saison gespielt. Es ist zu erwarten, dass der HFC den sportlichen Klassenerhalt schafft. Derzeit ist auch noch der Aufstieg in die 2. Liga möglich.

Auch in 2017 sollen die Angebote rund um Sonderveranstaltungen im Stadion an die Erfolge der Vorjahre anknüpfen.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem auch vom sportlichen Erfolg des Halleschen FC in der 3. Liga und gewissen Anpassungen innerhalb des Stadions geprägt sein.

Die größte Aufgabe besteht nach wie vor darin, den Anforderungen des Spielbetriebes der 3. Liga gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

Die Gesellschaft erhält zur Deckung der laufenden Aufgaben Zuschüsse der Stadt Halle (Saale). Es ist derzeit nicht erkennbar, dass aufgrund des Gesellschaftszweckes/der Tätigkeit der Gesellschaft diesbezüglich ein Tatbestand des Art. 107 Abs. 1 AEUV erfüllt wäre, da eine grenzüberschreitende Wirkung/Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedsstaaten nicht gegeben ist.

Das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt hat die Stadt Halle (Saale) mit Verfügung vom 28. März 2017 vor der beabsichtigten Anordnung eines Zahlungsstopps von Leistungen aufgrund eines angeblichen Verstoßes gegen EU-Beihilferecht bezüglich des Stadionbetriebs angehört. Im Rahmen dieser Anhörung hat die Stadt Halle (Saale) nach geführten Gesprächen dem Landesverwaltungsamt eine Stellungnahme mit Datum 22. Juni 2017 übersandt. Mit dieser Stellungnahme sieht die Stadt Halle (Saale) keinen beihilferechtswidrigen Sachverhalt und geht somit davon aus, dass die angedrohte Anordnung eines Zahlungsstopps nicht erlassen wird. Sollte sich diese Einschätzung als unzutreffend erweisen, ist der Bestand der Gesellschaft gefährdet, Das Anhörungsverfahren ist bis dato noch nicht abgeschlossen.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungskapital in T€:	12.382

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.
- (2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:
 - a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,
 - b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.
- (3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).
- (5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.
- (6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulativ festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert

Stiftungsvorstand:

Borggrefe, Fabian
Kirchert, Christian
Scholtyssek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	0	1	0

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	29.086	94	29.912	96	30.526	96	-826	-3
Umlaufvermögen	1.706	6	1.204	4	1.228	4	502	42
Rechnungsabgrenzungsposten	86	0	81	0	87	0	5	6
Bilanzsumme	30.878	100	31.197	100	31.841	100	-319	-1

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	18.460	60	18.296	59	18.485	58	164	1
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	2.828	9	2.963	9	3.117	10	-135	-5
Rückstellungen	312	1	339	1	316	1	-27	-8
Verbindlichkeiten	9.077	29	9.425	30	9.747	31	-348	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	201	1	174	1	176	0	27	16
Bilanzsumme	30.878	100	31.197	100	31.841	100	-319	-1

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	8.329	7.654	6.925
sonstige betriebliche Erträge	175	499	864
Materialaufwand	2.278	2.315	2.090
Personalaufwand	4.285	3.969	3.871
Abschreibungen	868	840	817
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	135	133	132
sonstige betriebliche Aufwendungen	616	909	548
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	2	2
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	429	444	454
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			143
außerordentliche Erträge			11
außerordentliche Aufwendungen			3
außerordentliches Ergebnis			8
Ergebnis nach Steuern	164	-189	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	164	-189	151
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	164	-189	151

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,97	-2,47	2,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,89	-1,02	0,82	%
Cash-Flow:	1.032	650	968	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	90	91	98	T€
Personalaufwandsquote:	50,38	48,68	49,70	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,98	95,50	95,50	%
Eigenkapitalquote:	59,78	58,65	58,06	%
Fremdkapitalquote:	40,22	41,35	41,94	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Pflegeplätze	159,00	159,00	157,00	Anzahl
Pflegetage (vollstationär inkl. Kurzzeitpflege)	57.725,00	55.183,00	54.752,00	Tage
Kapazitätsauslastung Betten	98,00	96,30	95,70	%
Wohneinheiten betreutes Wohnen	97,00	97,00	97,00	Anzahl
Vermietungsstand	96,50	96,00	95,00	%
Mietwohnungen	55,00	55,00	55,00	Anzahl

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	344

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehgeschwacher Einwohner der Stadt Halle.
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff. 1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand :	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	344	65	344	65	344	65	0	0
Umlaufvermögen	185	35	183	35	184	35	2	1
Bilanzsumme	529	100	527	100	528	100	2	0
Passiva								
Eigenkapital	529	100	527	100	528	100	2	0
Bilanzsumme	529	100	527	100	528	100	2	0

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	15	14	22
sonstige betriebliche Aufwendungen	15	18	8
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	3	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			16
Ergebnis nach Steuern	2	-1	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	-1	16
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	5	0	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-3	-1	10

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,35	-0,23	3,03	%
Cash-Flow:	2	-1	16	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	64,99	65,21	65,06	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Ackerfläche	468.950,50	468.950,50	468.950,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m ²

f) Lagebericht

Die Vermögens- und Ertragslage der Stiftung ist stabil und gesichert.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um 2 TEUR auf 529 TEUR durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Im Bereich der Vermögensverwaltung erzielte die Stiftung Einnahmen in Höhe von 17 TEUR.

Diese setzen sich im Wesentlichen aus Pachteinnahmen (15 TEUR) und Zinsen (2 TEUR) zusammen.

Dem stehen Ausgaben in Höhe von 3 TEUR gegenüber.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss aus der Vermögensverwaltung in Höhe von 14 TEUR wurde eine Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO in Höhe von 5 T€ gebildet.

Die Rücklage hat sich damit auf 76 TEUR erhöht.

Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Einnahmen im ideellen Bereich sind im Geschäftsjahr nicht erwirtschaftet worden.

Im ideellen Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von 13 TEUR entstanden.

Im Geschäftsjahr wurde ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 3 TEUR nach Rücklagenbildung erwirtschaftet.

Im Jahr 2017 sind u.a. Mittel in Höhe von 8,9 TEUR gemäß Beschlussfassung vom 16.05.2017 als Zufinanzierung an das Stadtmuseum zum Ausbau des Blindenleitsystems (4,6 TEUR) und als Zufinanzierung an die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb von Gartenmöbeln (4,3 TEUR) verwendet worden.

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Große Nikolaistraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Grundstockvermögen in T€:	6.466

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Direktor:		Birnbaum, Clemens	
Kuratorium:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Dr. Schellenberger, Gunnar	(seit 13.06.2017 stellv. Vorsitzender)
		Dr. Bergner, Annegret	
		Dr. Fox, Jürgen	(seit 30.06.2017)
		Ehrmann, Siegmund	(bis 01.09.2017)
		Froboese, Klaus	
		Möller, Johann Michael	(bis 13.07.2017)
		Quäschning, Bettina	

Fachbeirat:	Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang	
	stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff	
		Hoberg, Uwe	(seit 13.06.2017)
		Kaiser, Angela	
		Köhler, Axel	(bis 24.06.2017)
		Lutz, Florian	(seit 14.09.2017)
		Prof. Dr. Fontana, Eszter	
		Prof. Dr. Ruf, Wolfgang	
		Prof. Schirmer, Ragna	
		Quäschning, Bettina	(bis 24.06.2017)
	Voß, Stefan		
	Ehrenmitglied	Bartoli, Cecilia	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Direktor wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Ausstehende Einlagen	0	0	2.439	18	4.920	31	-2.439	-100
Anlagevermögen	8.434	77	8.535	63	8.575	53	-101	-1
Umlaufvermögen	2.520	23	2.503	19	2.651	16	17	1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	4	0	39	0	-4	-100

Bilanzsumme	10.954	100	13.481	100	16.185	100	-2.527	-19
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	10.410	95	12.972	96	15.655	97	-2.562	-20
Rückstellungen	185	2	173	1	182	1	12	7
Verbindlichkeiten	62	0	68	1	77	0	-6	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	297	3	268	2	271	2	29	11

Bilanzsumme	10.954	100	13.481	100	16.185	100	-2.527	-19
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	107	100	105
Zuschüsse Gesellschafter	2.439	2.480	2.510
sonstige betriebliche Erträge	1.104	1.134	1.143
Personalaufwand	1.199	1.161	1.156
Abschreibungen	249	234	228
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.351	2.538	2.266
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	15	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			108
Ergebnis nach Steuern	-124	-204	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-124	-204	108
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-124	-204	108
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-116,55	-204,41	102,65	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,19	-1,57	0,69	%
Cash-Flow:	125	30	336	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	182	59	66	T€
Personalaufwandsquote:	32,86	94,04	92,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,87	63,22	52,87	%
Eigenkapitalquote:	95,04	96,22	96,73	%
Fremdkapitalquote:	4,96	3,78	3,27	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht**Bericht Jahresabschluss 2017**

(aus dem Tätigkeitsbericht des Direktors der Stiftung Händel-Haus)

Der Jahresabschluss 2017 wurde gemäß § 16 Satz 3 der Satzung vom Direktor unter Einbeziehung eines Steuerberaters (Scholz & Carell Steuerberater und Partner mbB, Herr Detlef Carell) erstellt. Auf Grundlage eines Beschlusses des Kuratoriums auf seiner Sitzung am 13. Juni 2017 (s. Protokoll TOP 7, Beschluss Nr. 8) wird eine freiwillige Prüfung des steuerlichen Jahresabschlusses 2017, bestehend aus den Einnahmen-Ausgaben-Rechnungen, der Vermögensrechnungen und dem Stiftungsbericht durch einen Wirtschaftsprüfer vorgenommen. Bei der Berichterstattung sollen die Grundsätze des IDW PS 740 beachtet werden.

Der vorliegende Jahresabschluss der gemeinnützigen Stiftung dient dem Nachweis, dass ihre tatsächliche Geschäftsführung auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung des steuerbegünstigten Stiftungszwecks gerichtet ist gemäß § 63 AO. Dabei kamen handelsrechtliche Vorgaben zur Geltung unter Beachtung der grundsätzlichen Vorschriften der Abgabenordnung für die ordnungsgemäße Buchführung im Sinne der §§ 145, 146, 147 AO und der Gemeinnützigkeit im Sinne des § 52 AO.

Der Jahresabschluss wurde gemäß der oben genannten Prüfungsschwerpunkte von Herrn Marcus van den Broek (Henschke & Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) geprüft.

Aktiva

Das Aktivvermögen der Stiftung beträgt zum 31.12.2017 € 10,95 Mill. Dies setzt sich im Wesentlichen aus dem laut Satzung nicht veräußerbaren Kunstgut der Stiftung in Höhe von € 6,5 Mill zusammen.

Das Anlagevermögen verzeichnet als Sachanlagen die Gebäude, die 2009 erstellte Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ und die damit in Zusammenhang stehende Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes, die Bauleistungen von Dach und Fassade des Händel-Hauses, die Hofgestaltung, die 2012 neu entstandene Dauerausstellung im W.F.Bach-Haus, das vom Kuratorium beschlossene Projekt zur Errichtung eines Klangstudios als museumspädagogischen Bereich in der Ausstellung des Händel-Hauses, den im Jahr 2016 erfolgten Neubau einer behindertengerechten Toilette im Museumsbereich sowie den Ausbau der Toilettenanlagen im Verwaltungsgebäude. Im besonderen Maße wurden im Jahr 2017 Bauleistungen für den Neubau der Toilettenanlage im Verwaltungsgebäude (#121) erbracht.

Weiteres Vermögen weist die Stiftung in der Büro- und Werkstatttechnik sowie in der EDV-Software auf. In die EDV-Software (# 27) wurden 2017 rund € 9 T investiert.

Durch Ankäufe und Schenkungen von Kunstgütern wuchs der Wert im Vergleich zum Jahr 2016 um € 4,5 T (s. Punkt 8 des vorliegenden Berichts mit den entsprechenden Zuordnungen der Konten).

In die Bürotechnik (#420) wurde im Jahr 2017 € 20 T investiert, wobei als größte Investition der Außenmonitor vor dem Eingang des Händel-Hauses zu erwähnen ist. In die spielbaren Gebrauchsmusikinstrumente (#422) wurde in Höhe von insgesamt € 3,5 T in den Erwerb einer Piano-Kurbelbank und eines Satzes barocker Schraubenpauken investiert, die wiederholt für Konzerte der Händel-Festspiele angefragt werden. Bei den Gebrauchsnoten (#430) handelt es sich um Chor-Notenmaterial, das für das Abschlusskonzert der Händel-Festspiele 2017 in der Galgenbergschlucht verwendet wurde.

Bei den geleisteten Anzahlungen handelt es sich um vertraglich vereinbarte Ratenzahlungen in den Jahren 2016 und 2017 für den vom Kuratorium beschlossenen Nachbau des Ruckers-Cembalo. Die Fertigstellung ist für 2018 planmäßig vorgesehen.

Die Forderungen (#650) hängen u.a. mit der Abgrenzung zum 31.12.2017 zusammen, die in den ersten Monaten 2018 beglichen wurden. Darüber hinaus handelt es sich um Forderungen von Vermietungsleistungen gegenüber drei Ehepaaren, die vor einigen Monaten im Händel-Haus standesamtlich geheiratet und die die Überlassung der Räumlichkeiten nicht bezahlt haben (#650). Entsprechende Mahnungen wurden seitens der Stiftung verschickt. Mittlerweile wurde von einem Ehepaar eine Rechnung bezahlt, mit einem zweiten Ehepaar wurde eine Ratenzahlung vereinbart, ein drittes Ehepaar hat nicht reagiert. Aufgrund dieser Erfahrungen wird die Stiftung in Zukunft ihre Räumlichkeiten für Trauungen nur nach Vorkasse bereitstellen.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen (#1501) handelt es sich um eine Förderratenzahlung der Ostdeutschen Sparkassenstiftung mit Abgrenzung zum 31.12.2017, die mittlerweile bei der Stiftung Händel-Haus eingegangen ist.

Zusätzlich zu den liquiden Finanzmitteln der Stiftung in Höhe von € 2 Mill. kommen Wertpapieranlagen in Höhe von € 400 T. In Konto #917 sind die Anlagen, die gemäß der vom Kuratorium am 29. Juni 2016 beschlossenen Anlagenrichtlinie in folgende Wertpapiere erfolgten:

- Deko-Bank Stufenzins-Anleihe
- Deko-Immobilien Europa
- Deko-Stiftungen Balance
- Deko-Nachhaltigkeits Aktien CF (A)

Bei Erstellung des Wertpapier-Portfolios folgte der Direktor Empfehlungen von Mitarbeitern der Saalesparkasse, die die Anlagenrichtlinie der Stiftung vorliegen hatten. Mit Stichtag 31.12.2017 hatten die Anlagen folgende Werte:

- Deko-Bank Stufenzins-Anleihe: € 151.581,00
- Deko-Immobilien Europa: € 97.362,30
- Deko-Stiftungen Balance: € 99.781,28
- Deko-Nachhaltigkeits Aktien CF (A): € 55.655,73

Ein Report vom 11. Dezember 2017 ist als Anlage 3 dem Bericht beigelegt. Aus diesem ergibt sich eine Performance vom 1. Januar bis 11. Dezember 2017 in Höhe von 2,02%.

Passiva

Die Finanzierungsquelle des Vermögens setzt sich vorrangig aus Eigenkapital zusammen. Das Grundstockvermögen (nicht veräußerbare Kunstgüter) steigt um rund € 4,5 T.

Die Ergebnisrücklagen wurden mit den Jahresabschlüssen vom Kuratorium beschlossen. Eine Liste derjenigen vom Kuratorium beschlossenen Projekte, die aus den Rücklagen der Vorjahre finanziert werden, ist als Anlage 5 beigelegt. Insgesamt ist zu konstatieren, dass bereits € 2,4 Mill. aus der Ergebnisrücklage verwendet wurden. Dabei floss ein Großteil der Mittel in die Investition der Gebäude und Ausstellungen. Eine Thesaurierungsrücklage kann eine Stiftung nur im Jahr ihrer Errichtung und in den zwei Folgejahren bilden. Die Thesaurierungsrücklage wird vollständig zur Finanzierung des Fehlbetrages 2017 verwendet.

Eine Betriebsmittelrücklage wird gemäß § 62, Absatz 1, Nr. 1 AO in Höhe von € 328 T gebildet (#1075). Aus der Betriebsmittelrücklage wurden im Jahr 2017 € 45 T entnommen zur Finanzierung steuerbegünstigter, satzungsgemäßer Zwecke und der vom Kuratorium beschlossenen Projekte (s. Anlage 5). € 19 T wurden eingestellt zur Finanzierung der neuen Sonderausstellung „Fremde Welten“ im Händel-Haus, die bereits 2017 geplant und für die 2017 Aufträge vergeben wurden und deren Zahlung in den ersten drei Monaten des Jahres 2018 erfolgte. Des Weiteren wurden gemäß den gesetzlichen Möglichkeiten für Personal- und Verwaltungskosten der ersten drei Monate des Jahres 2018 € 238 T in die Betriebsmittelrücklage eingestellt.

Die freie Rücklage reduziert sich durch eine Entnahme in Höhe von € 2,4 T für das Grundstockvermögen (#1076).

Die satzungsmäßige Rücklage (# 1155) reduziert sich planmäßig um die vertraglich fixierten Zahlungen der Stadt Halle (Saale) und des Landes Sachsen-Anhalt in das Stiftungsvermögen im Rahmen des Stiftungsgeschäftes. Ferner werden € 112 € zur Finanzierung des Fehlbetrages 2017 entnommen. Der Restbetrag in Höhe von € 212 € wurde der Betriebsmittelrücklage zugeführt, sodass zum 31.12.2017 die satzungsmäßigen Rücklagen auf 0 € reduziert wurden.

Die Rückstellungen erhöhen sich auf € 185 T (#1890 und #1220) und setzen sich wie folgt zusammen (s. Tabelle „Rückstellung 2017“ als Anlage 4):

- Rückzahlungen und Einnahmeausfälle bei Absage der Openair-Veranstaltungen in der Galgenbergschlucht (€ 150.000)
- Kosten des Steuerberaters zur Erstellung des Jahresabschlusses 2017 (€ 2.500)
- Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer 2017 (€ 7.800)
- Leistungsentgelte gemäß § 18 TVöD AT VKA (€ 11.975,33)
- Abschlusszahlung des 2017 beauftragten Relaunch der Homepage (€ 2.300)
- 2017 beauftragte Reperaturbauleistungen für die Händel-Stuben, die bis März 2018 bezahlt werden (€ 10.000)

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (#1340) handelt es sich größtenteils um Rechnungen von Handwerksfirmen im Rahmen von Baumaßnahmen, die zum 31.12.2017 abgegrenzt wurden. Diese wurden mittlerweile von der Stiftung bezahlt.

Die Stiftung hat im Jahr 2017 Gutscheine für den Museumsshop verkauft. Bis zum 31.12.2017 wurden Gutscheine im Wert von € 165,50 noch nicht eingelöst (#1700).

Die sonstigen Verbindlichkeiten (#1803) betreffen Rechnungen aus dem Jahr 2018, deren Leistungserbringung im Jahr 2017 lag. Diese wurden mittlerweile von der Stiftung bezahlt.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten (#1990) enthält Einnahmen für die Händel-Festspiele 2018 (€ 275.253,98) und das Seniorenkolleg 2018 (€ 3.395), die die Stiftung bereits im Jahr 2017 erhalten hat, sowie ein bereits erhaltener Fördermittelbetrag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt für das Dekontaminationsprojekt, der im Jahr 2017 nicht verbraucht wurde (€ 18.170,69).

Einnahmeüberschussrechnung

Die Stiftung erhielt Spenden im ideellen Bereich in Höhe von € 20 T (#2350). Damit verringerte sich das Spendenaufkommen im Vergleich zum Jahr 2016 um € 7 T.

Bei den Erträgen aus Zinsen und Wertpapieren (#4050) sind die Erträge der Wertpapieranlagen der Stiftung, die im Herbst 2016 im Rahmen der Anlagenrichtlinie erfolgte, verzeichnet. Es bleibt weiterhin das weltweit sehr niedrige Zinsniveau zu konstatieren für Anlagen, die mündelsicher oder nur in einer geringen Risikoklasse erfolgen.

Bei den abbeschriebenen Mietforderungen handelt es sich um Forderungen gegen den ehemaligen Mieter der Gastronomie (#4155). Das Amtsgericht Halle eröffnete zum 27.02.2018 das Insolvenzverfahren, weshalb unklar ist, ob und in welcher Höhe die Stiftung ihre Forderungen durchsetzen kann. Über ausstehende Mietzahlungen wurde das Kuratorium auf der letzten Kuratoriumssitzung am 13. Juni 2017 informiert (s. Protokoll TOP 14). Das Kuratorium unterstützte dabei auch das vom Direktor vorgeschlagene, gerichtliche Verfahren. Mit Unterstützung eines Rechtsbeistandes (Rechtsanwalt Christian Philippi) wurde geklagt. Das Landgericht Halle verkündete am 21. August 2017 ein Versäumnisurteil. Die Forderungen der Klägerin Stiftung Händel-Haus wurden für Recht anerkannt und der Beklagte verurteilt, die ausstehenden Mietzahlungen bis Juni 2017 zu bezahlen. Der Betrag wurde anschließend gepfändet und der Stiftung gutgeschrieben. Nach dem Urteil bleiben Forderungen für die Mietzahlungen Juli bis September 2017 in Höhe von € 3.391,95 (Kündigung des Mietverhältnisses zum 30. September 2017) und Ausfallsentschädigungen bis zur endgültigen Räumung der Räumlichkeiten durch den Mieter für die Monate Oktober und November 2017 in Höhe von € 2.261,30 sowie Forderungen aus der Betriebskostenabrechnung 2016 in Höhe von € 4.921,15 als Forderungen stehen, die aufgrund des eröffneten Insolvenzverfahrens abgeschrieben werden. Da der ehemalige Mieter eine weitere Gastronomie in Halle betreibt, bleibt abzuwarten, ob die Stiftung nicht wenigstens einen Teil der Forderungen erhält.

Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (Museum, Forschung, kulturelle Veranstaltungen wie Händel-Festspiele u.a.m.) sind gemäß § 68 AO dem satzungsgemäßen, nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb zugeordnet. Neben Einnahmen im Rahmen eines Vertrages mit der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt (Händel-Festspiele) konnten projektbezogene Fördermittel in Höhe von € 333 T (# 2355) akquiriert werden.

Der Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt ist auf das Projekt „Händel-Festspiele“ zweckgebunden. Der Zuschuss des Landes belief sich vertragsgemäß im Jahr 2017 auf € 511.300 (#2304).

Unter den nicht steuerbaren Einnahmen fällt der Eintrittserlös für die Händel-Festspiele geringer aus als im Jahr 2016 (# 2010). Dennoch handelt es sich um einen der höchsten Einnahmeerlöse seit Stiftungsgründung. Möglicherweise hängt der geringere Einnahmeerlös mit dem im Jahr 2017 parallel stattgefundenen Reformationsjubiläum und Kirchentag unterwegs zusammen, in dessen Zusammenhang auswärtige Gäste aufgrund der geringen Bettenkapazität in Halle abgehalten wurden, nach Halle zu den Händel-Festspielen zu reisen.

Gestiegen sind die Einnahmen bei den Eintrittsgeldern Museum (#2015), wohingegen der Einnahmeerlös für Konzerte im Händel-Haus (#2016) geringfügig sank. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Stiftung in ihren Konzertreihen Musik im Händel-Haus und Focus Bohlenstube seit 2017 deutlich weniger Konzerte durchführt, um hierdurch die vom Kuratorium beschlossene Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer zu finanzieren.

Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird von der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vorgenommen. Die Personalkosten der Stiftung Händel-Haus stiegen im Jahr 2017 auf Basis tarifrechtlicher Steigerungen im Rahmen des TVöD für MitarbeiterInnen, die mit Stiftungsgründung im Rahmen der Betriebsüberleitung zuvor als städtische Angestellte eine Tarifbindung mit dem TVöD besaßen. Ferner partizipierten alle anderen, nicht tarifgebundenen MitarbeiterInnen und der Direktor an der Tarifierhöhung des TVöD.

In die Kunstsammlung der Stiftung (#2520) wurde im Jahr 2017 finanziert (näheres s. Punkt 8 des Berichts).

Die Kostenstelle #2522 verzeichnet den Einnahmeerlös für Veranstaltungen der Theater, Oper und Orchester GmbH, die im Rahmen der Händel-Festspiele 2017 erzielt und an die Theater, Oper und Orchester GmbH abgeführt wurden. Der Ticketverkauf dieser Veranstaltungen wurde von der Stiftung kostenlos durchgeführt. Die Sachkosten (#2530) sind gegenüber dem Jahr 2016 geringfügig gestiegen, wohingegen die Honorare für Künstler (#2550) gegenüber dem Jahr 2016 sanken. Durch Nachverhandlungen konnten in mehreren Fällen günstigere Konditionen ausgehandelt werden, die notwendig waren, weil weniger Spendengelder zur Verfügung standen und weil ein Förderer der Händel-Festspiele sein Engagement deutlich zurückgefahren hat (Ostdeutsche Sparkassenstiftung gemeinsam mit der Saalesparkasse).

Bei den Anwaltskosten (#2564) handelt es sich ausschließlich um Kosten in Zusammenhang mit der Räumungsklage und den gerichtlich festgestellten Mietforderungen gegen den ehemaligen Mieter der Gastronomie.

In Bauleistungen (Werterhaltung Gebäude #2667, Reparaturen Gebäude #2680, Renovierungskosten Depot Barbarastrasse #2668) wurde im Jahr 2017 € 153 T investiert. Beim Konto "Renovierungskosten Barbarastrasse" handelt es sich um Investitionen für den Umbau des von der Stadt angemieteten, zusätzlichen Raumes am Depot der Stiftung Händel-Haus, in dem die Dekontamination von Musikinstrumenten im Rahmen eines Forschungsprojektes durchgeführt werden soll.

Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit sind geringfügig niedriger ausgefallen als im Jahr 2016 (#2540).

Zum Gewinn im ideellen Bereich in Höhe von € 20 T kommen ein Gewinn in der Vermögensverwaltung (€ 15 T), ein Verlust im nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ -200 T) sowie ein Gewinn im steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 38 T) hinzu.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb weist einen Gewinn auf (€ 3,5 T). Hierzu sei folgendes erläutert: In einer im Jahr 2013 durchgeführten Betriebsprüfung durch das Finanzamt Halle über die Jahre 2009 - 2011 wurde zugestanden, dass anteilige Kosten im steuerfreien Zweckbetrieb zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (#2761 und #2762) als Ausgaben für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (#8343 und #8344) zu berücksichtigen sind. Diese betragen im Jahr 2017 rund € 36 T. Aus wirtschaftlicher und auch aus Sicht der Finanzverwaltung zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit ist der Ertrag im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2017 positiv. Ein professionell geführter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, wie er von der Stiftung Händel-Haus betrieben wird, ist für eine gemeinnützige Stiftung eine gute Möglichkeit zur Beschaffung notwendiger zusätzlicher Einnahmen zur Erfüllung ihrer Zwecke.

Ergebnis

Zusammengenommen weist die Stiftung Händel-Haus für das Jahr 2017 ein Stiftungsergebnis in Höhe von € -124.173,36 auf. Damit fällt der Verlust um rund € 60 T niedriger aus, als wie es der vom Kuratorium auf seiner Sitzung am 13. Juni 2017 beschlossene Wirtschaftsplan ausweist (€ -183.700; s. Protokoll TOP 8, Beschluss 18). Liquidität ist vorhanden.

Auf der Kuratoriumssitzung am 30.09.2014 wurde beschlossen, dass diejenigen Projekte, die vom Kuratorium beschlossen wurden und aus Rücklagen finanziert werden, in Form einer Liste dargestellt werden. Aus diesem Grund wird auf eine detaillierte Beschreibung der Projekte verzichtet, sondern die Liste als Anlage 5 dem Bericht beigefügt. In der Vergangenheit beschloss das Kuratorium stets, dass die jeweils genannten Beträge der beschlossenen Projekte nicht mit Beträgen festgeschrieben werden, sondern dass die Finanzierungsbeiträge für die beschlossenen Projekte untereinander variabel gestaltet werden können.

Ergebnisverwendung 2017

Gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus und auf Grundlage der gesetzlichen Regelung der §§ 58 und 62 AO schlägt der Direktor folgende **Verwendung des Stiftungsergebnisses** vor:

- Die Gewinne aus dem ideellen Bereich (€ 20.169,66), der Vermögensverwaltung (€ 14.524,58), dem steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 38.151,87) und des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes (€ 3.557,15) sollen mit dem Verlust im steuerfreien Zweckbetrieb (€ -200.576,62) verrechnet werden.
- Der Restbetrag des Verlustes soll durch Entnahmen aus der Thesauierungsrücklage (€ 11.782,26) und der satzungsmäßigen Rücklage (€ 112.391,10) verrechnet werden.

Stiftungsergebnis		- 124.173,36 €
Entnahme Thesauierungsrücklage	§ 62 Abs. 4 AO	11.782,26 €
Entnahme satzungsmäßige Rücklage	§ 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	112.391,10 €
Stiftungsüberschuss / Stiftungsfehlbetrag		0,00 €

Risiken

Im Kalenderjahr 2017 wurde durch das Finanzamt für den Zeitraum Januar bis März 2015 eine Umsatzsteuersonderprüfung durchgeführt. Dabei wurden Einnahmen von Kartenverkäufen der Händel-Festspiele 2015 erfasst und einige Veranstaltungen dabei gesondert betrachtet. Das Finanzamt geht nicht von einer generellen Steuerbefreiung der Händel-Festspiele aus, u.a. weil eine Gleichstellungsbescheinigung nach UStG konkret für die Händel-Festspiele nicht vorliegt. Diese Bescheinigung wird im Land Sachsen-Anhalt vom Landesverwaltungsamt ausgestellt. Die privatrechtliche Stiftung Händel-Haus nahm Kontakt zum Landesverwaltungsamt auf und beantragte eine entsprechende Gleichstellungsbescheinigung, die vom Landesverwaltungsamt aber abgelehnt wurde mit dem Hinweis, die im Gesetz aufgezählten „gleichartigen Einrichtungen“ enthalte keine Musikfestivals. Den Hinweis der Stiftung, dass die Gleichartigkeit nicht auf die aufgezählten Einrichtungen zu beschränken sei, um diese von der Umsatzsteuer zu befreien, sondern es gehe um die Gleichartigkeit der kulturellen Aufgaben, wies das Landesverwaltungsamt zurück. Dabei legte das Landesverwaltungsamt zu keinem Zeitpunkt dar, welche Kriterien es für die Prüfung der Erfüllung „gleicher kultureller Aufgaben“ zugrunde legt mit Ausnahme der vorgenommenen Auflistung. Nach Ansicht der Stiftung erfüllen jedoch die Händel-Festspiele die „gleichen kulturellen Aufgaben“ wie Theater, Orchester, Kammermusikensembles, Chöre, Museen etc. und verweisen hierbei u.a. auf verschiedene Rechtsprechungen sowie auf einen Beitrag in der Zeitschrift „Deutsches Steuerrecht“ 14 / 2007 von Harald Grams und Christian Schroen, in der der Regelungsumfang des Gleichstellungsbescheides nach § 4 Nr. 20a UStG erörtert wird. Hier wird als Fazit gezogen, dass ein „Gleichstellungsbescheid bezüglich der Erfüllung der ‚...gleichen kulturellen Aufgaben...‘ dort nicht erteilt werden darf, wo es um die kommerzielle Vermarktung von Musik geht“, d.h. wenn die „privatrechtliche Einrichtung auf Kommerz ausgerichtet ist (...). Was bleibt, ist die Bewahrung der Vergangenheitskunst und die Förderung der Gegenwartskunst (durch den Staat), aber nur soweit diese wirtschaftlich nicht bedürftig sind. Eine Abgrenzung ist in der Praxis einfach. Denn wer erwerbswirtschaftlich tätig wird, erhält i.d.R. keine staatlichen Subventionen, was bei den in § 4 Nr. 20a Satz 1 UStG genannten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen aber regelmäßig der Fall ist“. Da die Händel-Festspiele in erheblichem Maße von der Kommune, dem Land Sachsen-Anhalt und für ein Teilprojekt auch vom Bund „staatlich subventioniert“ wird, erfüllen demnach die Händel-Festspiele die „gleichen kulturellen Aufgaben“ wie die umsatzsteuerlich befreiten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen.

Diese Ansicht der Stiftung wird im Übrigen auch von Landesbehörden anderer Bundesländer vertreten, die Gleichstellungsbescheinigungen für Musikfeste ausstellen. Der Stiftung liegen entsprechende Bescheinigungen aus den Bundesländern Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern vor, die sie auch dem Landesverwaltungsamt zur Kenntnisnahme zusandte. Die Einstellung des Landesverwaltungsamtes änderte sich dadurch nicht. Diese steuerrechtliche Ungleichbehandlung könnte Anlass einer Klage seitens der Stiftung beim Finanzgericht sein.

Aufgrund der skizzierten und nicht definierten Rechtsauffassung des Landesverwaltungsamtes erkannte das Finanzamt, wie erwähnt, für die Händel-Festspiele keine generelle Steuerbefreiung an und setzte für einige der geprüften Veranstaltungen der Händel-Festspiele 2015 eine Umsatzsteuerpflicht an. Die Stiftung Händel-Haus hat daraufhin die gesamten Händel-Festspiele nach den Kriterien des Umsatzsteuer-Prüfberichts analysiert und dabei

- 1. eine detaillierte Auflistung zwischen umsatzsteuerpflichtigen und umsatzsteuerfreien Veranstaltungen vorgenommen
- 2. die direkt zu den umsatzsteuerpflichtigen Veranstaltungen zuordbaren Umsatzsteuern als abziehbare Vorsteuern angegeben
- 3. die Allgemerkosten der Händel-Festspiele im Aufteilungsmaßstab nach den Umsätzen (wie dies im Umsatzsteuer-Prüfbericht angegeben war) als abziehbare Vorsteuern angegeben
- 4. die Investitionskosten der Stiftung im Aufteilungsmaßstab nach den Umsätzen Museum bzw. Händel-Festspiele als abziehbare Vorsteuern angegeben

Auf dieser Basis erfolgte eine geänderte Umsatzsteuererklärung für das Jahr 2015 mit einem Erstattungsanspruch in Höhe von € 76.684,13. Eine Entscheidung lag bis zum 31.12.2017 nicht vor

Auf Grundlage der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes und des Finanzamtes im Rahmen der Umsatzsteuerprüfung **hat die Stiftung Händel-Haus einige Fragen dem Finanzamt zur Prüfung gestellt, ohne deren Beantwortung eine finanzielle Planungssicherheit für die Arbeit der Stiftung nicht gegeben ist und dadurch möglicherweise die Durchführung zukünftiger Händel-Festspiele schwer oder gar nicht möglich wäre.**

Das nicht abgeschlossene Verfahren hat der Stiftung nicht nur viel Geld gekostet. Es führt zudem zu einer erheblichen finanziellen Planungsunsicherheit, da im Vorfeld die umsatzsteuerliche Veranlagung einzelner Veranstaltungen der Händel-Festspiele nicht geklärt ist und es somit immer zu Nachforderungen von Umsatzsteuerzahlungen kommen kann. Ferner ist die Planungssicherheit nicht für Veranstaltungen im Händel-Haus gegeben, da das Finanzamt bis zum 31. Dezember 2017 nicht beantwortet hat, warum und mit welcher Begründung ein Konzert mit denselben steuerlichen Voraussetzungen der Musiker im selben Veranstaltungssaal (Kammermusiksaal Händel-Haus) unterschiedlich umsatzsteuerlich behandelt wird. Damit könnten in der Folge auch Veranstaltungen außerhalb der Händel-Festspiele umsatzsteuerpflichtig werden. Ferner ist zum 31. Dezember 2017 nicht geklärt, ob aufgrund einer veränderten Auslegung die Jahresabschlüsse 2016ff. korrigiert werden müssen. Finanzielle Risiken bestehen demnach sowohl rückwirkend als auch auf die Zukunft auswirkend. Sollte zukünftig für die Veranstaltungen aller Händel-Festspiele eine unterschiedliche umsatzsteuerliche Behandlung vorgeschrieben werden, ist der administrative Aufwand hoch und die Stiftung muss darüber nachdenken, die Anzahl der Festspiel-Veranstaltungen deutlich zu reduzieren und mit diesem Geld eine zusätzliche Personalkraft einzustellen. Für die Händel-Festspiele 2018 wurden deshalb kurzfristig die Konzert-Exkursionen aus dem Programm genommen. Weiterhin hofft die Stiftung ohne Rechtsstreit mit den Finanzbehörden, dass das Landesverwaltungsamt einlenkt und wie in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen den Händel-Festspielen attestiert, dass sie die „gleichen kulturellen Aufgaben“ erfüllen wie öffentlich-rechtliche Einrichtungen und gleichgestellte Institutionen wie Theater, Orchester etc.

Ein weiteres finanzielles Risiko besteht in den Forderungen gegenüber dem ehemaligen Mieter der Gastronomie. Obwohl diese gerichtlich als rechtens anerkannt wurden, ist mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 27. Februar 2018 unklar, ob die Stiftung die im Jahresabschluss 2017 aufgestellten zweifelhaften Forderungen erhalten wird. Ferner ist es möglich, dass der bereits im Herbst 2017 gepfändete Betrag in die Insolvenzmasse überführt wird. In diesem Fall müsste die Stiftung im Nachgang Mieteinnahmen verlustbringend abschreiben.

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Rosinski, Stefan	
		Schanne, Stefan	(bis 31.03.2017)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Range, Stefan	
		Dr. Brock, Inés	
		Dr. Hirschinger, Frank	
		Dr. Wend, Detlef	
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
		Dr. Wünscher, Ulrike	

Aufsichtsrat:

Poldrack, Stefan
Schramm, Rudenz

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.07.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	1	4

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		RGJ 2016		2015/2016		Veränderungen 2017 zu RGJ 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	24.350	95	25.446	96	25.800	88	-1.096	-4
Umlaufvermögen	1.310	5	905	3	3.285	11	405	45
Rechnungsabgrenzungsposten	79	0	232	1	360	1	-153	-66

Bilanzsumme	25.739	100	26.583	100	29.445	100	-844	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	21.604	84	22.715	85	22.707	77	-1.111	-5
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.757	7	1.791	7	1.823	6	-34	-2
Rückstellungen	634	3	555	2	865	3	79	14
Verbindlichkeiten	888	3	798	3	942	3	90	11
Rechnungsabgrenzungsposten	856	3	724	3	3.108	11	132	18

Bilanzsumme	25.739	100	26.583	100	29.445	100	-844	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	RGJ 2016	2015/2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.147	1.262	3.571
Zuschüsse Gesellschafter	32.596	13.892	32.164
sonstige betriebliche Erträge	348	86	552
Materialaufwand	3.214	1.162	3.599
Personalaufwand	29.704	12.312	29.613
Abschreibungen	1.430	602	1.437
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.847	1.151	2.751
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-1.114
Ergebnis nach Steuern	-1.104	13	
sonstige Steuern	7	4	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.111	9	-1.121
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.111	9	-1.121

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	RGJ 2016	2015/2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-35,31	0,71	-31,40	%
Eigenkapitalrentabilität:	-4,89	0,04	-4,71	%
Cash-Flow:	319	611	316	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	7	3	8	T€
Personalaufwandsquote:	849,98	912,88	718,3	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.07.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,37	95,44	87,42	%
Eigenkapitalquote:	83,93	85,45	77,11	%
Fremdkapitalquote:	16,07	14,55	22,89	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.07.2016	Angaben in
Besucher	221.651	84.743	272.604	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.054	396	1.345	Anzahl

f) Lagebericht

1. Gründung und Entwicklung

Durch den Beschluss des Stadtrates vom 26. November 2008 sind mit Beginn des Kalenderjahres 2009 die Oper und die Staatskapelle Halle, das Puppentheater und das neue theater Halle sowie das Thalia Theater Halle in der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle zusammengeführt worden. Dies war mit der Zielstellung verbunden, kulturelle und künstlerische Leistungen der Theater und Orchester auf hohem Niveau bei Senkung der Aufwendungen zu erhalten.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft wurde mit Satzungsänderung vom 14. Juni 2016 von einem abweichenden Geschäftsjahr (1. August bis 31. Juli) auf ein dem Kalenderjahr entsprechendes Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember umgestellt. Der Zeitraum vom 1. August 2016 bis zum 31. Dezember 2016 bildete ein Rumpfgeschäftsjahr. Mit dem 31. Dezember 2017 war die Umstellung von der Spielzeit auf das Kalenderjahr als Wirtschaftsjahr vollzogen. Das Geschäftsjahr 2017 war geprägt durch anhaltende Bemühungen, die Liquidität der Gesellschaft zu stabilisieren. Aus diesem Grund wurden die Zuschusszahlungen in Absprache mit der Kämmerei in anderen Tranchen gezahlt, um mögliche Schwankungen bei den Geldeinzahlungen (vor allem in den Sommermonaten) abzufangen.

Nachdem im Herbst 2016 durch intensive Bemühungen die Aufarbeitung der Ursachen für die zunehmenden Liquiditätsschwierigkeiten erfolgt ist, wurde im Geschäftsjahr 2017 das Strukturkonzept 2.0 weiterentwickelt und vollendet. Dieses Konzept gewährleistet die Spielfähigkeit aller Sparten, vor allem der Staatskapelle. Um dieses Ziel zu verwirklichen, müssen die Kernpunkte der Planungen 2019 bis 2023 umgesetzt werden:

- Erhalt von 115 statt 99 Musikern in der Staatskapelle
- Umwidmung der Strukturanpassungsmittel für strukturelle Personalüberhangkosten durch Stadt und Land für 10,89 VZÄ im Chor, Puppentheater und zentralen Bereich
- Abschluss einer tariflichen Sonderregelung für alle 476 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TOO mit einem Einspareffekt von TEUR 1.560
- Erhöhung des Grundzuschusses für die Gesellschaft um TEUR 1.700.

Dieses Konzept wurde vom Aufsichtsrat am 29. August 2017 beschlossen und gelangte am 28. Februar 2018 zur Abstimmung in den Stadtrat. Auch hier fand das Konzept ohne Gegenstimmen Zustimmung und wurde beschlossen. Die Verhandlungen mit dem Land begannen Ende 2017.

Für das Geschäftsjahr 2017 lag der Wirtschaftsplan erst am 30. August 2017 vor, sodass durch die Geschäftsführung strenge Vorgaben hinsichtlich der Kosten vorgenommen wurden. Um den von der Gesellschaft eingestellten Sonderzuschuss der Stadt in Höhe von TEUR 1.696 zu gewährleisten, gab es im Vorfeld diverse Abstimmungstermine mit der Gesellschafterin. Das noch gültige Strukturanpassungskonzept 2014 sah für 2017 keinen Zuschuss zum Liquiditätserhalt vor. Durch die in der Vergangenheit aufgelaufenen Engpässe war dieser Zuschuss jedoch unumgänglich. Durch Beschluss im Stadtrat vom 30. August 2017 wurde dieser Sonderzuschuss genehmigt und eine Deckung aus dem Haushalt der Stadt Halle (Saale) erwirkt. Im Hinblick auf das letzte Geschäftsjahr mit nur fünf Monaten wird auf einen Vorjahresvergleich verzichtet. Bei einem geplanten Jahresverlust von TEUR 1.382 schloss die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2017 mit einem Verlust in Höhe von TEUR 1.111.

2. Leistungsentwicklung

Nachdem im Geschäftsjahr 1. August 2016 bis zum 31. Dezember 2016 die Zahlen des Wirtschaftsplanes angepasst wurden, da sie teilweise nicht realistisch waren, wurde der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 den Gegebenheiten angepasst. Somit sah der Wirtschaftsplan für die TOO GmbH Einnahmen aus Kartenverkäufen und Gastspielen in Höhe von TEUR 2.870 vor. Nach dem Rückgang der Einnahmen in der Oper wurde vor allem hier das Einnahmesoll angepasst.

Mit 31 Neuinszenierungen und den Übernahmen aus vergangenen Spielzeiten wurde im Jahr 2017 wiederum ein ambitioniertes Angebot vorgehalten.

Die reinen Einnahmen und Besucherzahlen aus Kartenverkäufen der einzelnen Sparten vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 im Überblick:

	Einnahmen EUR	Besucher Anzahl	Vorstellungen Anzahl
Oper	1.048.853	62.255	238
Staatskapelle	742.908	61.446	117
Schauspiel	845.055	77.091	501
Puppentheater	254.705	20.859	198
TOO gesamt	2.891.521	221.651	1.054

Außerdem wurden in theaternahen Aktionen folgende Besucher erreicht. Vor allem die Oper um das neue Team von Florian Lutz hat mit vielen Aktionen rund um die Vorstellungen zahlreiche Besucher erreicht.

	Besucher	Anzahl
Puppentheater	936	14
Oper	11.058	212
Schauspiel	6.799	45
Staatskapelle	7.003	16

Spartenübergreifend wurden (Workshops der Theaterpädagogik, Führungen, Eröffnungsprogramm etc.) 25.796 Besucher bei 287 Veranstaltungen gezählt. Durch diese Aktivitäten konnten TEUR 16 erzielt werden.

Die **Oper** startete am 21. Januar 2017 mit der Premiere „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ unter der Regie von Michael von zur Mühlen. Die Inszenierung blieb mit Auslastungen um die 45 % hinter den Erwartungen zurück. Gefördert von der Ernst-von-Siemens Stiftung kam am 5. März 2017 die Uraufführung „Sacrifice“ von Sarah Nemtsov und Dirk Laucke zur Aufführung. Hier lag die Auslastung bei durchschnittlich 71 %. Weitere Premieren waren „Luther – das Kantatenprojekt“ (75 %) im April, das Ballett „Werther“ im April, „Herzog Blaubarts Burg“ im Mai. Die zuletzt genannten Inszenierungen blieben mit 36 % bzw. 32 % unter den Erwartungen. Nach der Spielzeitpause startete die Oper mit der Oper „Fidelio“ unter der Regie von Intendant Florian Lutz in die Spielzeit 2017/2018. Diese Premiere war viel beachtet, jedoch auch umstritten. Vor allem in der überregionalen Presse fand die Inszenierung große Beachtung. Die Auslastung lag durchschnittlich bei 55 %. Ralf Rossa inszenierte mit „Die Kameliendame“ ein Ballett, welches an die Erfolge anderer Ballette anknüpfen konnte. Mit „Die Nachtigall des Zaren“ und „Maria de Buenos Aires“ im November wurden zwei hoch gelobte und umjubelte Inszenierungen zur Premiere gebracht. In der Ulrichskirche wurde die fulminante Tragedia lirica „Anna Bolena“ zur Aufführung gebracht. Die unterjährig angepassten Einnahmen in Höhe von TEUR 1.050 wurden erreicht. Außerdem gelang es der Oper, im Bereich Honorare TEUR 70 einzusparen.

Von den Wiederaufnahmen sorgten vor allem „Jephta“ und „Sosarme“ zu den Händelfestspielen, „Lulu“, „Spring Awakening“, natürlich „Der Nussknacker“ und die auf der wieder aufgebauten Raumbühne stattfindenden Inszenierungen „Der fliegende Holländer“ und „Grooves and Bodies“ dafür, dass die Oper das unterjährig angepasste Erlössoll von TEUR 1.050 nahezu erreichte. Ein Höhepunkt war zweifellos die Verleihung des „Deutschen Theaterpreises“ für die Raumbühne „Heterotopia“ für den Bühnen- und Kostümbildner Sebastian Hannak.

Das Wirtschaftsjahr 2017 des **Schauspiels** erreicht im Plan-Ist-Vergleich nach der Änderung des Erlössolls auf TEUR 880 96 % des Erlössolls und der erwarteten Besucher.

Ursachen der Mindereinnahmen 2017 liegen ausschließlich in strukturellen und finanziellen Bedingungen der Sparte Thalia Theater. Während das neue theater gänzlich Zuwächse verzeichnet, schließt das Thalia Theater mit nur 70 % der Vorjahreseinnahmen (EUR 66.288 weniger) und abzüglich des Kinderstadteffekts mit nur 67 % der geplanten Erlöse ab.

Die durch Mehrausgaben produzierten Großprojekte und Großinszenierungen in 2016 führten zu Mehreinnahmen. Im Wirtschaftsjahr 2017 wurden die finanziellen Budgetvorgaben eingehalten und Großinszenierungen nicht realisiert, die Kinderstadt fand planmäßig nicht statt. Zwar erfolgte deshalb in 2017 eine Steigerung des Kerngeschäfts, eine adäquate Kompensation von Besuchern und Einnahmen ist aber durch das Fehlen einer eigenen Spielstätte mit großer Kapazität nicht möglich (Spielstättenkonflikt mit Thalia Theater). Strukturelle Überlegungen dazu finden bereits statt (Schultheaterwochen, etc.).

Hervorzuheben ist für die Sparte Thalia Theater der außerordentliche künstlerische Erfolg im Jahr 2017. Die Inszenierung »Mein seltsamer Freund Walter« von Sybille Berg in der Regie von Katharina Brankatschk wurde zu den beiden renommierten Kinder- und Jugendtheaterfestivals eingeladen und prämiert („Augenblick Mal! in Berlin und „Wildwechsel“ in Dresden). Die Uraufführung »Djihad Paradise« von Anna Kuschnarowa in der Regie von Ronny Jakubaschk gastierte beim Heidelberger Stückemarkt. Daraus ergab sich für Katharina Brankatschk eine Gast-Regie in Rumänien und Berlin (angefragt) sowie eine Nordeuropa Tour auf Einladung des Goethe Instituts London im Herbst 2018. Im Jahr 2017 kamen im Schauspiel insgesamt 18 Neuinszenierungen zur Premiere. Darunter eine sehr erfolgreiche Koproduktion mit der Oper, „Spring Awakening – Frühlingserwachen“, mit der in 23 Vorstellungen 9.494 junge Besucher erreicht und EUR 124.330 Einnahmen generiert werden konnten, die sich zu 70 und 30 Prozent auf die beiden Sparten verteilen. Die sechs Premieren des Thalia Theaters zielten in 2017 insbesondere auf neue und relevante Stoffe für Kinder zwischen fünf und elf Jahren, so u. a. „Die drei kleinen Schweinchen“, „Wickie und die starken Männer“ im Hof des neuen theaters sowie „Patricks Trick“ und „Robins Glück“ als Einstieg in die Themen Behinderung und Trennung der Eltern. Auch der Thalia Fasching „Kino Kino“ im ehemaligen Thalia Theater verlief gewohnt erfolgreich und erreichte in 16 Vorstellungen über 5.000 Schülerinnen und Schüler. Die Gesamtauslastung des Thalia Theaters lag 2017 bei sehr erfolgreichen 87,7 %.

Das neue theater feierte elf Premieren, darunter große Saalpremieren wie „Die Blechtrommel“, „Angst essen Seele auf“ in der Regie von Matthias Brenner, die in Koproduktion mit der Arabischen Oase entstand sowie „König Lear“ in der Regie von Henriette Hörnigk und besetzt mit Hilmar Eichhorn als König Lear. Insbesondere das Repertoire für die Kammer wurde 2017 stark erweitert; hier feierten „Heisenberg“, „Unterwerfung“, „Gott des Gemetzels“ sehr erfolgreiche Premieren. Die gute Publikumsansprache des neuen theaters zeigt sich in einer guten Gesamtauslastung von 82,6 %.

Im September wurde das neue Schauspielstudio begrüßt. Die Studierenden, drei Frauen und fünf Männer, stiegen sofort sehr erfolgreich in die Proben zu den ersten „Klippenspringern“ und in die Neuinszenierung „Rotkäppchen“, dem Weihnachtsmärchen im Hof, ein.

Zum Repertoire des **Puppentheaters** von elf Inszenierungen kamen im Jahr 2017 drei neue erfolgreiche Inszenierungen: in der ersten Jahreshälfte „Vom Abendland“ (Puschkinhaus) und „Russki Wetscher“ sowie im Herbst „Hamlet“. Ganze acht Inszenierungen schafften eine Auslastung zwischen 95 % und 99,8 %, darunter „Geschichten aus 1001 Nacht“, „1913 – Der Sommer des Jahrhunderts“, „Hamlet“, „Konzert für eine taube Seele“, „Die Liebe in Zeiten der Cholera“ sowie „Fischbrötchen“ für die jungen Zuschauer. Sowohl die Besucherzahl von 20.859 als auch Einnahmen in Höhe von 110 % entsprechen dieser sehr guten Nachfrage. 25 internationale Gastspiele trugen mit 38 % zu den Gesamteinnahmen bei. Die aufwendigen Reisen führten in 19 verschiedene Orte, sechs Länder, darunter z. B. Japan und Estland, und zwei Kontinente. Erneut ist es dem Puppentheater dabei logistisch gelungen, Reisen um die Welt mit einer sehr guten Präsenz in Halle zu verbinden (187 Vorstellungen).

Durch die sehr guten deutschlandweiten und internationalen Beziehungen des Puppentheaters gelang es, projektbezogene Drittmittel in beachtlicher Höhe einzuwerben. So unter anderem im Bereich der allgemeinen Projektförderung der Kulturstiftung des Bundes für das internationale Projekt „Save the Pedestals // Rettet die Sockel“ in Zusammenarbeit mit der Regisseurin Robyn Orlin und der weltweit bekannten Handspring Puppet Company. Zwischen 2017 und 2019 finden Austauschworkshops in Halle und Südafrika, eine Premiere in Halle und ein Gastspiel im „Baxter Theatre“ in Kapstadt/Südafrika statt. Neben weiteren Kooperationen konnte auch ein Projekt mit der Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften erfolgreich in die Wege geleitet werden und startet im April 2018.

Für die **Staatskapelle Halle** war das Geschäftsjahr 2017 überaus erfolgreich. Wie in den Jahren zuvor waren vor allem die „Sinfoniekonzerte“ in der Georg-Friedrich-Händel-Halle ein besonderer Publikumsmagnet und erreichten Auslastungen von 78 %. Die beliebten „Pavillonkonzerte“ waren ebenso gut ausgelastet. Im Jahr 2017 entschloss man sich, mit dieser Reihe in das Steintor-Varieté umzuziehen.

Um Kinder und Jugendliche weiterhin an klassische Musik heranzuführen, gab es weiterhin viele Schülerkonzerte in Halle, Eisleben und Merseburg. Die „Familienkonzerte“ erfreuten sich weiterhin großer Beliebtheit und erreichten Auslastungen von 70 %, ebenso die „Stillkonzerte“ für Kinder ab zwei Jahre.

Die Händel-Pflege durch das Händelfestspielorchester wurde durch die Reihen „Händel zu Hause“ und „Händels Schätze-Musik im Dialog“ fortgeführt. Natürlich ist der Höhepunkt dieser Bemühungen die Teilnahme der Staatskapelle am Klassik Picknick und dem Abschlusskonzert zu den Händelfestspielen. Alle anderen bewährten Reihen wie „Musica Sacra“, „Klassisches Erbe“, die „Kammermusiken“ oder auch die „Galeriekonzerte“ erfreuten sich ungebrochener Beliebtheit und erreichten durchschnittliche Auslastungen zwischen 65 % und 95 %.

Wie in den vergangenen Spielzeiten gab es auch im Jahr 2017 eine rege Gastspieltätigkeit. So war das Orchester unter anderem in Berlin, Weilburg, Roggenburg unterwegs. Außerdem in Sachsen-Anhalt und Sachsen. Hervorzuheben ist natürlich die Einladung der Staatskapelle nach Kolumbien zum „Festival Bogotá es la Rusia Romántica“. Dort spielte die Staatskapelle unter der Leitung des Generalmusikdirektors Josep Caballé-Domenech unter anderem Mussorgskis „Nacht auf dem kalten Berge“ sowie zwei weitere Konzerte. Diese Konzerte wurden von 4.200 Zuhörern gefeiert. Die Budgetvorgaben der Staatskapelle wurden in allen Bereichen eingehalten. Das Erlössoll von TEUR 660 wurde um TEUR 83 überschritten.

3. Ertragslage und personelle Entwicklung

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sah der Wirtschaftsplan der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 3.008 vor. Hierbei ist zu beachten, dass die Neugliederung der Umsatzerlöse nach BilRUG (Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz) zum Planungszeitraum noch nicht erfolgt war. Nach Umgliederung lägen die Umsatzerlöse im Plan bei TEUR 3.103.

Nach der Neugliederung entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung nach BilRUG stellen sich die gesamten Umsatzerlöse wie folgt dar:

Umsatzerlöse Gesamt:	EUR 3.147.083,61
davon Einnahmen Theaterbetrieb:	EUR 2.891.521,16
Sonstige Umsatzerlöse:	EUR 255.562,45

Die einzelnen Sparten erreichten folgende Einnahmen:

	Wirtschaftsplan	Ist per 31.12.2017	Abweichung
Oper	EUR 1.100.000,00	EUR 1.048.852,70	EUR -51.147,30
Staatskapelle	EUR 660.000,00	EUR 742.908,46	EUR 82.908,46
Schauspiel	EUR 900.000,00	EUR 845.055,00	EUR -54.945,00
Puppentheater	EUR 210.000,00	EUR 254.705,00	EUR 44.705,00

Für die Oper wurde der Planansatz unterjährig auf TEUR 1.050 vermindert, für das Schauspiel auf TEUR 880. Somit beträgt die Abweichung in der Oper lediglich TEUR 1 und im Schauspiel TEUR 35.

Die sonstigen Umsatzerlöse betreffen mit TEUR 66 Mieten und Pachten von Geschäftsräumen, mit TEUR 56 periodenfremde Erträge, vor allem die Auflösung der Betriebskostenvorauszahlungen der Mieter, mit TEUR 69 Garderobengebühren und mit TEUR 17 Erlöse aus Inseraten. Außerdem werden hier Einnahmen aus Ticket- und Vorverkaufgebühren sowie Einnahmen aus dem Verkauf von Programmheften und Kostümverleih verbucht.

Neben den Umsatzerlösen waren für das Geschäftsjahr sonstige betriebliche Erträge in Höhe von TEUR 324 geplant, bereinigt nach BilRuG-Umgliederung ergeben sich TEUR 229. Hier standen zum 31. Dezember 2017 TEUR 347 zu Buche.

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen mit TEUR 78 aus der Auflösung des Sonderpostens und mit TEUR 137 Erträge aus Fördergeldern. Hierbei handelt es sich mit TEUR 32 um Fördergelder für die Uraufführung „Sacrifice“ in der Oper, TEUR 20 für das Projekt „Save the pedestals“ des Puppentheaters und sonstige kleinere Projekte. Außerdem die Erstattungen der Mitglieder des Kinder- und Jugendchores für die Stimmbildung in Höhe von TEUR 23.

Im Einzelnen stellen sich die Umsatzerlöse aus dem Theaterbetrieb wie folgt dar:

Sparte	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in EUR	durchschn. Einn. je Besucher
Oper				
Großer Saal	142	47.850	901.660,00	18,84
Operncafé	16	467	4.153,80	8,89
Vermietungen/GSP im Haus	32	7.615	55.817,00	-
Gastspiele	7	3.180	63.000,00	19,81
sonstige Spielstätten	41	3.143	24.221,90	-
theaterpäd., sonst. Besucher	212	11.058	-	-
	450	73.313	1.048.852,70	
neues theater				
Großer Saal	122	22.958	357.015,00	15,55
Kammer	77	7.313	99.091,00	13,55
Hof	32	9.604	100.650,00	10,48
Schaufenster	45	2.319	28.162,00	12,14
Vermietungen/GSP im Haus	52	7.683	40.776,00	-
Gastspiele	2	860	1.200,00	-
Sonst. Spielstätten	29	4.527	63.464,00	14,02
theaterpäd., sonst. Besucher	34	6.451	-	-
	393	61.715	690.358,00	
Thalia Theater				
Saal Oper	10	5.790	60.106,00	10,38
Abstecher	5	832	8.794,00	10,57
Dock	-	-	-	-
Saal nt	8	1.352	9.137,00	6,76
Sonstige Spielstätten	34	8.792	48.484,00	5,51
Kammer	18	1.494	8.823,00	5,91
Schaufenster	67	3.567	19.353,00	5,43
theaterpäd., sonst. Besucher	11	348	-	-
	153	22.175	154.697,00	
Puppentheater				
Dock 1/2	157	13.347	141.227,00	10,58
Gastspiele	25	6.131	97.629,00	15,92
Sonstige Spielstätten	14	1.265	15.237,00	-
theaterpäd., sonst. Besucher	14	936	-	-
Vermietung/GSP im Haus	2	116	612,00	-
	212	21.795	254.705,00	
Staatskapelle				
Halle	79	33.328	483.089,46	14,50
Gastspiele	38	28.118	259.819,00	9,24
theaterpäd., sonst. Besucher	16	7.003	-	-
	133	68.449	742.908,46	
Gesamt	1.341	247.447	2.891.521,16	

Zuschüsse

Der am 30. August 2017 vom Stadtrat beschlossene Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2017 einen Zuschuss von insgesamt TEUR 32.596 vor, der auch so ausgereicht wurde. Er gliedert sich wie folgt auf:

Zuschuss Stadt Halle (Saale)	TEUR 20.698
Zuschuss Land	TEUR 9.054
Zuschuss Dynamisierung Stadt	TEUR 569
Zuschuss Dynamisierung Land	TEUR 569
Zuschuss Liquidität (aus 2016)	TEUR 10
Sonderzuschuss Stadt	TEUR 1.696
Gesamt:	TEUR 32.596

3. Aufwendungen**Personalkosten**

Die Planung der Personalkosten beruht auf einer detaillierten Hochrechnung für alle Bereiche, dabei wurden Tarifsteigerungen in Höhe von 2,5 % berücksichtigt. Außerdem wurden unterjährig Umwidmungen in den Honorarbereich vorgenommen. Bei der Oper wurde dies schon im Wirtschaftsplan berücksichtigt, da unbesetzte Stellen und Gagendifferenzen zum Planungszeitpunkt feststanden. Bei den anderen Sparten erfolgte diese Umwidmung nach Anpassung der Gegebenheiten.

Der Plan-Ist-Vergleich stellt sich demzufolge wie folgt dar:

<u>Bereich/Sparte</u>	<u>Plan</u>	<u>nach Umwidmung</u>	<u>Ist per 31.12.2017</u>	<u>dav. Gäste</u>	<u>Personal-kosten ohne Gäste</u>	<u>Abweichung ohne Gäste</u>
Geschäftsführung	205.062	205.062	198.568		198.568	6.494
Staatskapelle	720.820	720.820				
Musiker	10.665.600	10.665.600				
Staatskapelle gesamt	11.386.420	11.386.420	11.194.919		11.194.919	191.501
Substitute	60.000	60.000	44.606		44.606	15.394
Chor/Musiktheater	4.206.642	3.989.142	4.163.518	345.195	3.818.323	170.819
Ballett	1.099.778	1.099.778	1.035.462		1.035.462	64.316
Oper gesamt	5.306.420	5.088.920	5.198.980		4.853.785	235.135
Schließer/Aushilfen Oper	162.000	162.000	127.201		127.201	34.799
Statisten Oper	30.000	30.000	30.634		30.634	-634
Extrachor	61.000	61.000	44.911		44.911	16.089
Kinder- und Jugendchor	53.000	65.000	47.877		47.877	17.123
Schauspiel	2.348.400	2.260.800	2.454.348	133.487	2.320.861	-60.061
Studio	45.000	45.000	39.216		39.216	5.784
Statisten Schauspiel	17.000	17.000	18.599		18.599	-1.599
Schließer/Aushilfen Schauspiel	85.000	85.000	81.087		81.087	3.913
Aushilfen Fasching	25.000	25.000	19.875		19.875	5.125
Puppentheater	676.941	665.189	694.720	32.476	662.244	2.945
Zentraler Bereich	9.385.008	9.385.008				
Leistungsentgelt	140.000	140.000				
Zentraler Bereich	9.525.008	9.525.008	9.387.281		9.387.281	137.728
Aushilfen Zentraler Bereich	40.000	40.000				40.000
Unfallumlage/ Schwerbehind.	85.000	85.000	62.661		62.661	22.339
Konsolidierung		-200.000				
	30.111.251	29.606.399	29.645.483	511.158	29.134.325	472.075
Rückstellungen						58.525
Gesamt:						29.704.008

Die größten Abweichungen entstanden in der Oper, im Schauspiel, in der Staatskapelle und im zentralen Bereich.

Die Abweichung bei der Staatskapelle resultiert daraus, dass Musiker verstärkt nur noch halbe Stellen besetzen. Bei den anspruchsvollen Gagen ergab sich diese Summe.

Im zentralen Bereich gab es viele Langzeiterkrankungen, vor allem im Bereich der Technik. Dies zeigt auch sehr deutlich, dass in diesem Bereich zunehmend eine Überlastung bestanden hat. Auch der gestiegene Altersdurchschnitt spielt eine erhebliche Rolle.

Im Schauspiel wurden Abfindungen für vorzeitig ausgeschiedene Mitarbeiter gezahlt, die nicht aus den Mitteln des Strukturanpassungsfonds ersetzt werden. Außerdem wurden hier Gästehonorare verbucht, die bei den Honoraren eingeplant waren. Bei den Honoraren ergab sich somit eine Einsparung von TEUR 20.

In der Oper gab es Erkrankungen im Ballett, die durch Honorarkräfte ersetzt wurden. Außerdem ging eine Kollegin in Elternzeit. Das ergab eine Einsparung von TEUR 95. Bei den Tagesgagen im Chor wurden TEUR 27 weniger verbraucht. Außerdem schied ein Mitglied des Chors vorzeitig aus. Dies ergab wiederum eine Ersparnis von TEUR 40. Weiterhin wurden durch Langzeitkranke erhebliche Gelder eingespart.

Honorare

Für Honorare waren im Geschäftsjahr 2017 für die Oper TEUR 841, für das Schauspiel TEUR 450, die Staatskapelle TEUR 320 und für das Puppentheater TEUR 140 geplant. Diese Ansätze wurden unterjährig durch Umwidmungen aus dem Personalkostenbereich (Oper, Schauspiel, Puppentheater) bzw. aus dem Konzertbereich (Staatskapelle) angepasst. Außerdem wurden Fördergelder für Projekte und Uraufführungen akquiriert.

Somit ergaben sich für die Sparten folgende Ergebnisse:

Oper

Wirtschaftsplan

	EUR	841.000,00	
Umwidmung	EUR	228.000,00	unbesetzte Stellen
Umwidmung	EUR	30.000,00	Gagendifferenzen
Umwidmung	EUR	11.500,00	Elternzeit
Fördergeld	EUR	40.000,00	Ernst-von-Siemens-Stiftung
Spende	EUR	2.000,00	Lions Club
Fördergeld	EUR	20.000,00	Kunststiftung (Spring)
Fördergeld	EUR	19.000,00	Lotto Toto Luther
Fördergeld	EUR	3.300,00	Saalesparkasse Luther
Budgetumlage	EUR	- 4.000,00	Sonderreinigungen Café
	EUR	<u>1.190.800,00</u>	

Ist per 31.12.2017

Gäste Lohnsteuerkarte	EUR	345.195,11
Honorare	EUR	753.006,45
Künstlersozialkasse	EUR	30.174,00
Gastspiel im Haus	EUR	<u>14.619,58</u>
	EUR	1.142.995,14

Abweichung	EUR	47.804,86
------------	-----	-----------

Die Kürzung des Honoraretats der Oper konnte durch die vier nicht besetzten Stellen im Sängerbereich (hier wurden die Gehälter umgewidmet) und das Einwerben von Fördergeldern kompensiert werden. Insgesamt ist festzustellen, dass die Oper damit in der Lage war, mit diesen Mitteln ihren hohen künstlerischen Anspruch zu gewährleisten und das Fehlen von vier Sängerstellen abzufedern.

Staatskapelle

Wirtschaftsplan

	EUR	340.000,00	
Umwidmung	EUR	21.011,00	aus Konzertaufwendungen
Budget	EUR	<u>361.011,00</u>	

Ist per 31.12.2017

Dirigate/Solisten	EUR	183.501,00
Musikeraushilfen	EUR	98.039,80
Künstlersozialkasse	EUR	15.846,00
Sonstige	EUR	<u>21.920,94</u>
	EUR	319.307,74

Abweichung	EUR	41.703,26
------------	-----	-----------

Die Staatskapelle hat schon in der Planung versucht, in den Konzertaufwendungen einzusparen, um den Honoraretat aufzustocken. Letztendlich stellte sich heraus, dass dies nicht notwendig war, da weniger Musikeraushilfen als ursprünglich geplant, benötigt wurden. Außerdem konnten Solisten zu günstigeren Konditionen engagiert werden.

Schauspiel

Wirtschaftsplan

	EUR	450.000,00	
Umwidmung	EUR	78.600,00	Gagendifferenzen
Umwidmung	EUR	<u>9.000,00</u>	
Budget		537.600,00	

Ist per 31.12.2017

Gäste Lohnsteuerkarte	EUR	133.487,00
Honorare	EUR	364.642,85
Künstlersozialkasse	EUR	12.512,00
Aufwand Gastspiele	EUR	<u>6.442,65</u>
	EUR	517.084,50

Abweichung	EUR	20.515,50
------------	-----	-----------

Im Schauspiel wurden unterjährig Gelder aus dem Personalkostenbereich umgewidmet. Zum einen schieden Mitarbeiter aus und es gab mehrere Langzeitranke im Schauspiel. Hier mussten Gäste einspringen, um den Vorstellungsbetrieb aufrechtzuerhalten.

Puppentheater

Wirtschaftsplan

	EUR	140.000,00	
Umwidmung	EUR	11.752,00	Gagendifferenzen
Umwidmung	EUR	<u>-16.256,00</u>	auf Puppenbau
Budget	EUR	135.496,00	

Ist per 31.12.2017

Gäste Lohnsteuerkarte	EUR	32.476,00
Honorare	EUR	99.283,67
Künstlersozialkasse	EUR	5.223,00
Gastspiel im Haus	EUR	<u>1.772,25</u>
	EUR	138.754,92

Abweichung	EUR	-3.258,92
------------	-----	-----------

Insgesamt ist festzustellen, dass in allen Sparten die Budgetvorgaben strikt eingehalten worden sind. Die Budgetüberwachungen sind weiterhin intensiviert worden. Alle Sparten sind angehalten, ihre Planung ständig zu konkretisieren und Änderungen sofort anzuzeigen. Im Schauspiel hat sich die Schaffung der Stelle einer künstlerischen Betriebsdirektorin bewährt, da durch kurzfristigere Planung hier eine engmaschige Überwachung notwendig ist. Auch bei den sonstigen Personalausgaben (Schließer, Statisten, Aushilfen etc.) wurden die Vorgaben eingehalten (siehe Plan-Ist-Vergleich) Personalkosten.

Materialaufwand

Neuinszenierungen

Für Neuinszenierungen sah der Wirtschaftsplan insgesamt TEUR 490 vor. Zu diesen Kosten gehören Bühnenbilder, Kostüme, Requisiten, Maske und Puppenbau. Jede einzelne Inszenierung ist bis zum Premierentag komplett durchgeplant.

Die Zahlen stellen sich wie folgt dar:

	Budget	Ist per 31.12.2017
Oper	TEUR 330	TEUR 317
Schauspiel	TEUR 131	TEUR 151
Puppentheater	TEUR 56	TEUR 58

Bei den Planansätzen ist anzumerken, dass in der Oper TEUR 10 vom Schauspielbudget verbraucht wurden, beim Puppentheater erfolgte eine Umwidmung in Höhe von TEUR 16 aus dem Honoraretat.

Die Überziehung im Schauspiel wurde durch Einsparungen in den laufenden Kosten kompensiert.

Laufende Inszenierungskosten

Die laufenden Inszenierungskosten beinhalten Kosten für Kostüme, Technik, Beleuchtung, Ton, Urheberabgaben und sonstige ab Premierendatum. Für die einzelnen Sparten stellen sich die Zahlen wie folgt dar:

Oper

Konto		Budget		Ist per 31.12.2017
Tantiemen	EUR	170.000,00	EUR	101.055,02
GEMA	EUR	10.000,00	EUR	6.946,33
Materialmietgebühr			EUR	3.904,84
Mieten			EUR	1.150,00
	EUR	<u>180.000,00</u>	EUR	<u>113.056,19</u>
lfd. Inszenierungen	EUR	118.000,00	EUR	133.074,00
Werkstätten	EUR	30.000,00	EUR	28.842,83

Schauspiel

Konto		Budget		Ist per 31.12.2017
lfd. Inszenierungen	EUR	99.000,00	EUR	93.029,67
Fördergelder			EUR	-12.400,00
	EUR	<u>99.000,00</u>	EUR	<u>80.629,67</u>
Tantiemen	EUR	130.000,00	EUR	87.057,84

Puppentheater

Konto		Budget		Ist per 31.12.2017
Tantiemen	EUR	23.000,00	EUR	26.158,70
GEMA	EUR	5.000,00	EUR	4.126,83
Mieten Spielstätten	EUR	8.000,00	EUR	4.445,18
Stimmungen	EUR	3.000,00	EUR	2.282,72
	EUR	<u>39.000,00</u>	EUR	<u>37.013,43</u>
Gastspiele außer Haus	EUR	7.000,00	EUR	8.160,10
Projekt Robin Orlyn (gedeckt durch Fördermittel)			EUR	20.000,00
			EUR	8.117,26
lfd. Inszenierungskosten	EUR	33.000,00	EUR	20.940,00

Staatskapelle

Konto		Budget		Ist per 31.12.2017	
Instrumente	EUR	154.249,00	EUR	158.945,72	
Mieten Spielstätten	EUR	145.260,00	EUR	159.614,37	
	EUR	<u>299.509,00</u>	EUR	<u>318.560,09</u>	
Materialmieten	EUR	38.925,00	EUR	27.894,00	
GEMA	EUR	14.000,00	EUR	6.392,12	
Gastspiele außer Haus	EUR	41.102,00	EUR	65.009,87	
Fördergelder			EUR	<u>-25.000,00</u>	
	EUR	<u>94.027,00</u>	EUR	<u>74.295,99</u>	

Abweichungen in den Bereichen Urheberabgaben (Tantiemen, Materialmiete) ergeben sich zwangsläufig durch unterschiedliche Verfahrensweisen der Verlage. Hier kommt es zu Verschiebungen, je nachdem, wie die Verlage die Abrechnung gestalten (prozentual oder Festbetrag). Die Abweichungen bei den laufenden Inszenierungskosten liegen in allen Sparten im üblichen Bereich.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Für sonstige betriebliche Aufwendungen standen im Wirtschaftsplan TEUR 2.579 zur Verfügung. Im Ist stehen TEUR 2.847 zu Buche. Auch im Bereich sonstige betriebliche Aufwendungen wurden unterjährig Umwidmungen zwischen den Bereichen vorgenommen, um an die jeweiligen Gegebenheiten anzupassen. Für Steuern waren im Geschäftsjahr TEUR 7 geplant, verbucht wurden hier TEUR 7.

Die Abweichung von TEUR 268 erklärt sich im Wesentlichen wie folgt:

Bereich	Abweichung	Erläuterung
Instandhaltung	EUR 11.505,66	Havarien im Herbst
Bewachung	EUR 12.959,17	hoher Krankenstand in der Pforte Oper
Reinigung	EUR 27.649,71	erhöhter Bedarf Sonderreinigungen
Betriebskosten	EUR 38.886,82	dementgegen stehen die Einnahmen aus den Vorauszahlungen Betriebskosten der Mieter in Höhe von TEUR 36, als periodenfremder Ertrag gebucht
Abschluss- und Buchführungskosten	EUR 11.105,68	SAP Lizenzen
AVA/Schwerbehinderten-abgabe	EUR 22.158,92	Planung bei den Personalkosten
Forderungsverluste	EUR 20.429,27	
Projekte	EUR 4.259,54	durch Fördergelder gedeckt
Periodenfremder Aufwand	EUR 113.574,44	davon TEUR 87 drohende Nachzahlung SV-Prüfung Aufwand

Bereinigt um die nicht „echten“ Überziehungen Prüfung Rentenversicherung, Betriebskosten, AVA, Forderungsverluste und Projekte läge die Abweichung zum Plan bei TEUR 94.

Bei der Planung für das Geschäftsjahr 2018 sind die zu erwartenden erhöhten Kosten für Bewachung, Reinigung und Instandhaltung berücksichtigt worden.

Der periodenfremde Aufwand betrifft im Wesentlichen folgenden Sachverhalt. In der Betriebsprüfung nach § 28p SGB IV der Deutschen Rentenversicherung Bund im Jahr 2017 für die Jahre 2013 bis 2016 wurde insbesondere die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung der Gästehonorare gerade im Hinblick auf die Kappung der Beiträge zur Sozialversicherung durch die täglichen Beitragsbemessungsgrenzen betrachtet. Es wird davon ausgegangen, dass das Ergebnis der Prüfung eine Nachzahlung von Beiträgen nach sich zieht. Derzeit liegt noch kein Ergebnis der Prüfung vor. Nach interner Berechnung und Einschätzung der Wahrscheinlichkeit einer Nachzahlung wurde eine Rückstellung in Höhe von TEUR 87 gebildet.

	Budgetansatz	Ist per 31.12.2017	Abweichung
	EUR	EUR	EUR
Öffentlichkeitsarbeit	300.000,00	301.506,79	-1.506,79
Instandhaltung/Wartung	345.000,00	356.505,66	-11.505,66
Arbeitsschutz	15.000,00	14.857,86	142,14
Bewachung	135.000,00	147.959,17	-12.959,17
Reinigung	355.000,00	392.234,34	-37.234,34
Betriebskosten	575.000,00	612.708,19	-37.708,19
Mieten	44.000,00	43.223,91	776,09
Leasing	106.000,00	109.474,80	-3.474,80
Fuhrpark	43.000,00	41.883,00	1.117,00
Versicherungen und Beiträge	116.000,00	117.482,16	1.482,16
Hard- und Software	85.000,00	85.645,68	-645,68
Rechts- und Beratungskosten	115.000,00	127.866,45	-12.866,45
Abschluss- und Buchführungs- kosten	120.000,00	130.105,68	-10.105,68
Ticketgebühren	58.000,00	62.244,81	-4.244,81
Porto/Telefon/Bürobedarf	67.000,00	65.995,04	1.004,96
Fortbildung/FSJ/Verwaltung	73.000,00	76.767,83	-3.767,83
Periodenfremde Aufwendungen	27.000,00	113.574,44	-86.574,44
AVA/Schwerbehindertenabgabe		22.068,92	-22.068,92
Forderungsverluste		20.254,27	-20.254,27
Projekte		4.532,00	-4.532,00
	2.579.000,00	2.847.891,00	-268.891,00

4. Abschreibungen

Die Abschreibungen, geplant in Höhe von TEUR 1.441 belaufen sich zum 31. Dezember 2017 auf TEUR 1.430 und liegen damit weiterhin weit über dem Investitionsvolumen.

5. Investitionen

Der Wirtschaftsplan sah für das Jahr 2017 Investitionen von TEUR 350 vor. Durch die finanziell angespannte Situation war das Budget für Investitionen über weite Teile des Jahres gesperrt. Erst nach Beschluss über den Sonderzuschuss konnten Investitionen getätigt werden.

Durch den Förderverein des neuen theaters „Freunde des neuen theaters e.V.“ wurde die LED-Leuchtwand in der Großen Ulrichstraße finanziert.

Im Probenhaus der Staatskapelle in der Gosenstraße wurden im Jahr 2017 diverse Instrumente entwendet. Ein Kontrabass wurde in Wien sichergestellt und der Staatskapelle übergeben. Der Rest der Instrumente wurde durch die Versicherung im Wert von TEUR 40 ersetzt.

Insgesamt wurden folgende Investitionen getätigt.

Ort	Maßnahme	Plan EUR	Ist EUR	Rest EUR
Oper	Sicherheitstechnik	10.000,00	12.391,75	-2.391,75
	Aufzugssteuerung TÜV	20.000,00	3.537,06	16.462,94
	Klimatechnik	15.000,00	14.606,37	393,63
	Rauchklappensteuerung ZH	15.000,00	0,00	15.000,00
	Gastroausstattung	5.000,00	2.315,32	2.684,68
	Maschinen/Geräte/Betriebsausstattung	10.000,00	7.873,12	2.126,88
	Veranstaltungstechnik	25.000,00	22.180,37	2.819,63
	Anlagegegenstände Inszenierungen	25.000,00	7.970,62	17.029,38
	Baumaßnahmen	30.000,00	25.464,79	4.535,21
	Summe	155.000,00	96.339,40	58.660,60
Staatskapelle	Instrumente und Anlagegegenstände	25.000,00	77.584,84	-52.584,84
	Orgel+Bass	40.000,00		40.000,00
	Zuschuss Versicherung	-40.000,00		
	Summe	25.000,00	77.584,84	-12.584,84
Kulturinsel	Dach Casino 3. Etage	30.000,00	29.176,12	823,88
	Aufzugssteuerung Kammer	15.000,00	5.317,85	9.682,15
	Anlagegegenstände Insz.	20.000,00	15.934,71	4.065,29
	Veranstaltungstechnik	24.000,00	38.414,05	-14.414,05
	Projektionstechnik	16.000,00	16.585,03	-585,03
	Transportpodium 2. Bremse TÜV	15.000,00	0,00	15.000,00
	Energieaudit Nachtrag		6.682,58	-6.682,58
	LED-Displays Rundenzeitanzeigen Zuschuss	37.473,83 -37.473,83	40.145,71	-2.671,88
	Summe	120.000,00	152.256,05	5.217,78
Zentraler	EDV-Ersatz Hardware/Software	30.000,00	4.458,81	25.541,19
	Betriebsausstattung	20.000,00	2.534,11	17.465,89
	Summe	50.000,00	6.992,92	43.007,08
	Gesamt	350.000,00	333.173,21	94.300,62

6. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt über ein Anlagevermögen am 31. Juli 2009 in Höhe von TEUR 28.460. Das Anlagevermögen verminderte sich zum 31. Dezember 2017 auf TEUR 24.349, das Stammkapital (TEUR 25) und die Kapitalrücklage (TEUR 27.074) werden in unveränderter Höhe ausgewiesen.

Die flüssigen Mittel belaufen sich am Ende des Jahres 2017 auf TEUR 1.039. Die Liquiditätsverhältnisse haben sich somit leicht verbessert, Liquiditätsreserven bestehen jedoch nicht.

7. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Betrieb kultureller Einrichtungen mit öffentlichem Auftrag ist dauerdefizitär und bedarf einer entsprechenden dauerhaften finanziellen Zuwendung.

Die TOOH hat mit dem Sanierungs- und Strukturpassungskonzept aus dem Jahr 2014 einen schmerzhaften Konsolidierungsprozess begonnen. Jedoch hat sich unterdessen gezeigt, dass die umzusetzenden Maßnahmen in toto das im Theatervertrag formulierte Ziel einer Sicherung des vorhandenen Quantitäts- und Qualitätsstandards gefährden würden. Aus diesem Grund ist die Stadt Halle (Saale) an das Land Sachsen-Anhalt mit der Bitte herangetreten, ursprünglich vereinbarte Parameter einer kritischen Prüfung auf ihre Umsetzbarkeit hin zu unterziehen. Dazu ist eine von Stadt und Land getragene Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die einen gemeinsamen Ergebnisbericht erarbeitet hat. Das abschließende Gespräch zwischen dem Staatsminister und dem Oberbürgermeister der Stadt Halle zu einer Verständigung über den weiteren Fortgang steht aus.

Für die Zukunft bleibt abzuwarten, ob das von der TOOH vorgelegte und vom Stadtrat im Februar 2018 beschlossene Strukturpassungskonzept 2.0 als Grundlage weiteren Wirtschaftens wie geplant und mit Zustimmung des Landes umgesetzt werden kann. Ein wichtiger Punkt für die dauerhafte Sicherung der Liquidität der Gesellschaft ist die nachhaltige Erhöhung des Basiszuschusses um Mio. EUR 1,7 ab 2019. Ein weiteres Kriterium ist die Zahlung der Zuschüsse zur Dynamisierung der Gehälter gemäß Tarif.

Zwischenzeitlich hat der Staatsminister des Landes Sachsen-Anhalt als Vertreter einer der beiden Parteien des Theatervertrages öffentlich darauf hingewiesen, dass eine Verwendung von nicht verbrauchten Strukturmitteln nur unter Zustimmung von Landtagsausschüssen umsetzbar sei. Eine Finanzierung der Unterdeckung in 2018 in Höhe von Mio. EUR 2,075 aus diesem Fonds sehe er negativ.

Sollte sich diese Erkenntnis erhärten, wäre der außerplanmäßige Mittelbedarf für 2018 aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren. Diesbezüglich befindet sich die Gesellschaft zurzeit im Gespräch mit der Stadt. Eine Entscheidung des Stadtrates liegt noch nicht vor, wohl aber die Empfehlung des Wirtschaftsplanes durch den Aufsichtsrat an den Gesellschafter zur Beschlussfassung. Um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft zu sichern, ist mit dem Fachbereich 1 der Stadt vereinbart, den Zuschuss Dezember 2018 in den Juli/August vorzuziehen. Diese Maßnahme wäre hinfällig, sollte die Stadt zeitnah eine Deckung aus dem Haushalt der Stadt Halle erwirken.

Der Tarifabschluss für 2018 liegt deutlich höher als die planmäßige Mittelherstattung im Rahmen der Dynamisierung, nämlich mehr als ein Prozentpunkt. Für das laufende Wirtschaftsjahr bedeutet dies, dass die Differenz ca. TEUR 340 beträgt. Aufgrund der zu erwartenden durchschnittlich hohen Tarifabschlüsse der nächsten Jahre ist eine Anpassung der Hebesätze der Dynamisierungsmittel dringend geboten. Für 2018 sind die Tariffkosten im Rahmen der revidierten Wirtschaftsplanung gesichert.

Ein ebenso wichtiger Schritt zur Konsolidierung wird der Abschluss einer tariflichen Sonderregelung für alle Beschäftigten der TOOH sein, mit dem Ziel, die Arbeitszeit um bis zu 5,6 % abzusenken. Sondierungen mit den Gewerkschaften und dem Ziel, ca. Mio. EUR 1,5 zu konsolidieren, haben stattgefunden. Allerdings wird von den Tarifparteien darauf hingewiesen, dass eine Haustarifvereinbarung nur bei sonstiger sicherer Finanzierung der Gesellschaft während der Laufzeit abgeschlossen werden kann. Solange verbindliche Zusagen von Stadt und Land fehlen, ist daher ein entsprechender Konsolidierungseffekt ab dem 1. Januar 2019 nicht zu erwarten.

Da der bestehende Theatervertrag zum 31. Dezember 2018 ausläuft, soll ein neuer Fördervertrag für die Jahre 2019 bis 2023 verhandelt werden. Sollte dies im Sinne des Strukturpassungskonzeptes 2.0 gelingen, wäre die TOOH für die nächsten fünf Jahre strukturell gefestigt. Sollte dies nicht gelingen, bliebe nur die Möglichkeit, den Mehrbedarf entweder aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren oder aber kurzfristig, also binnen eines Jahres, weitere signifikante Strukturmaßnahmen mit nachhaltigen Folgen für den Betriebszuschnitt umzusetzen.

Aufgrund des enger werdenden Zeitkorridors bis 2019 und der in Kürze anstehenden Spielzeitpause könnte die Gesellschaft aufgrund des Finanzierungsdruckes für 2018 und 2019 bereits im Herbst in die Situation kommen, sehr ernsthafte Maßnahmen zur kurzfristigen Konsolidierung ergreifen zu müssen, um Liquiditätsengpässe im Sinne einer Zahlungsstockung zu vermeiden.

Eine Herausforderung für die nächsten Jahre wird der Erhalt der Bausubstanz in den einzelnen Spielstätten und Gebäuden sein. Allein mit den der TOOH zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln sind größere Ersetzungsmaßnahmen, wie sie mittelfristig notwendig sein werden, nicht zu leisten.

Zoologischer Garten Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Fasanenstraße 5a 06114 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologischer Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Müller, Dennis
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard
		Helmich, Dennis
		Hopfgarten, Klaus
		Müller, Katja
		Sänger, Frank

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	2	2	2

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	19.456	89	20.996	91	22.387	96	-1.540	-7
Umlaufvermögen	2.475	11	2.071	9	916	4	404	20
Rechnungsabgrenzungsposten	50	0	24	0	21	0	26	108
Bilanzsumme	21.981	100	23.091	100	23.324	100	-1.110	-5

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	5.555	25	5.465	24	4.232	18	90	2
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse	6.633	30	7.469	33	8.304	36	-836	-11
Sonderposten für Investitionszuschüsse	9.065	41	9.498	41	9.720	42	-433	-5
Rückstellungen	472	2	325	1	739	3	147	45
Verbindlichkeiten	183	1	264	1	284	1	-81	-31
Rechnungsabgrenzungsposten	73	1	70	0	45	0	3	4
Bilanzsumme	21.981	100	23.091	100	23.324	100	-1.110	-5

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.838	3.164	1.639
sonstige betriebliche Erträge	4.946	5.384	5.653
Materialaufwand	1.009	1.056	994
Personalaufwand	3.435	3.312	3.178
Abschreibungen	1.818	1.841	1.858
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.397	1.095	989
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25	29	27
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			247
Ergebnis nach Steuern	100	1.217	
sonstige Steuern	10	-16	11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	90	1.233	236
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	90	1.233	236

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,16	38,97	14,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,64	29,14	5,92	%
Cash-Flow:	1.908	3.074	2.094	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	86	86	76	T€
Personalaufwandsquote:	44,12	38,74	43,59	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,42	90,83	95,97	%
Eigenkapitalquote:	25,27	23,67	18,14	%
Fremdkapitalquote:	74,73	76,33	81,86	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Besucher	432.200	409.632	328.733	Anzahl
Tierbestand	1.679	1.824	1.976	Anzahl

f) Lagebericht

Auf dem 130 m hohen Reilsberg im Norden von Halle gelegen, blickt der Zoologische Garten in Halle (Saale) seit seiner Gründung im Jahr 1901 auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Eingebettet in die durch den Mediziner Johann Christian Reil im 19. Jahrhundert angelegten Parkanlage, hat sich der Zoo von einer klassischen Menagerie längst in einen international gut vernetzten, wissenschaftlich geführten Zoo entwickelt. Dabei konnte sich der auch liebevoll als Bergzoo bezeichnete Garten trotz seiner vergleichsweise geringen Größe von 9 Hektar als besucherstärkste Kultur- und Freizeiteinrichtung im Großraum Halle (Saale) fest etablieren. Heute zeigt der Zoo mehr als 1.700 Tiere in ca. 250 Arten in überwiegend nach zootechnischen Gesichtspunkten gestalteten, teils durch Neubau entstandenen und teils durch Zusammenlegungen erweiterten Anlagen. Mit dem Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ hat sich der Zoo vorgenommen, seine Anlagen nach Lebensräumen zu gliedern und attraktiv zu gestalten, um sich als eine auch überregional attraktive Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert fest zu etablieren.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Gesellschaft, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH seit dem 1. Januar 1995, dient dem Zweck der Verwaltung des Zoologischen Gartens in Halle (Saale) sowie der Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist in entscheidendem Maße von der wirtschaftlichen Lage der Stadt Halle (Saale), ihrer Bevölkerung sowie der Bevölkerung der umliegenden Landkreise abhängig. Dies liegt einerseits in dem Umstand begründet, dass die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin der Zoologischer Garten Halle GmbH mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von derzeit TEUR 3.055 knapp 40 % des Aufwandes für die Gesellschaft trägt, andererseits die Gesellschaft über die Einnahmen aus Eintrittskarten, Souvenirläden, Parkhaus und Gastronomiepacht, die unmittelbar mit der Kaufkraft der (potentiellen) Besucher im Zusammenhang stehen, weitere 37 % Einnahmen zur Deckung des Aufwandes erwirtschaftet. In diesem Kontext ist in der Vergangenheit bereits mehrfach auf die Zusammenhänge von wirtschaftlicher Entwicklung des räumlichen Umfeldes und der Besucherentwicklung in den Zoologischen Gärten des deutschsprachigen Raumes hingewiesen worden.

Die in den letzten drei Jahren zu verzeichnende Entwicklung beim Reallohnindex findet, ohne die speziellen Faktoren der jeweiligen Einrichtung zu vernachlässigen, auch in den Besucherzahlen und den Finanzergebnissen ihren Niederschlag. Ungeachtet dieser positiven Aussagen ist auch weiterhin davon zu berichten, dass der demografische Wandel der Gesellschaft, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffend, auch in den kulturellen Einrichtungen mehr und mehr bemerkbar sein wird. Insbesondere sinkende Geburten könnten sich nachhaltig verschlechternd auf die Besucherzahlen der Gesellschaft auswirken, denn gerade junge Familien sind die wesentliche Zielgruppe der zoologischen Gärten. Die Steigerung des Anteils der sich im Ruhestand befindenden Bevölkerung – eine andere Zielgruppe für Zoos – wird diesen Effekt wohl auch aufgrund der geringeren Kaufkraft dieser Bevölkerungsgruppe nicht vollständig kompensieren können. Ein positiver Effekt wird durch die wieder steigende Einwohnerzahl in Halle von knapp 3,7 % in den letzten fünf Jahren erwartet, da mehr als 50 % der gelösten Tagestickets und knapp 90 % der gelösten Jahreskarten an Hallenserinnen und Hallenser verkauft werden.

Zur Zukunftssicherung des Zoos als öffentliche, für ein breites Publikum zugängliche Bildungs- und Freizeiteinrichtung, die Wildtiere pflegt, ist es zwingend erforderlich, seine Einrichtungen und Tieranlagen immer wieder zu überprüfen und zu optimieren. Diese Verpflichtung ist nicht nur durch sich ständig verschärfende Haltungsanforderungen notwendig, sondern ist auch der sich verändernden Sichtweise in der Öffentlichkeit für eine zeitgemäße Zootierhaltung geschuldet. Trotz diverser Neubauten und Renovierungen von Tieranlagen sowie Besucher- und Wirtschaftseinrichtungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten besteht weiterhin ein hoher Investitionsbedarf. So liegt der letzte größere Neubau im Tierbereich des Zoos mehr als zehn Jahre zurück. Der Bau neuer Tieranlagen, die regelmäßige Renovierung und Überarbeitung älterer Tieranlagen sowie die kontinuierliche Entwicklung der ebenso wichtigen Infrastrukturen sind daher unumgänglich. So fehlt im Zoologischen Garten Halle nach wie vor eine wetterunabhängige gastronomische Einrichtung mit einer angemessenen Kapazität von mehr als 50 Sitzplätzen sowie einem breiteren gastronomischen Angebot, das der Entwicklung an einer bewussteren Ernährung in der Bevölkerung Rechnung trägt und über das Standardangebot einer Imbissversorgung hinausreicht. Eine solche gastronomische Versorgung gehört mittlerweile zur Standardinfrastruktur in vergleichbaren zoologischen Einrichtungen wie den Zoologischen Gärten in Magdeburg, Erfurt, Dresden und dem direkten Mitbewerber in Leipzig, die alle in den letzten Jahren maßgeblich in ihre gastronomische Infrastruktur investiert haben. Nur durch massive Investitionen in bestehende und neue Tieranlagen sowie der gastronomischen und betrieblichen Infrastruktur kann es gelingen, sich im Wettbewerb im Freizeitmarkt zu behaupten. Stammesbesucher werden diese Anreize dazu motivieren, ihren Bergzoo neu zu entdecken und die Treue zu halten. Zudem können neue Stammesbesucher gewonnen werden. Erste Erfolge in diese Richtung zeigt ein Blick auf die Verkaufsstatistik bei den Jahreskarten. So wurden mit 6.343 verkauften Jahreskarten im Jahr 2017 die Verkaufszahlen im Vergleich zum Jahr 2015 (also vor Veröffentlichung des Zukunftskonzeptes, erster Investitionsmaßnahmen in die Lebensraumthematik und Änderungen in der Marketingstrategie) um 83 % gesteigert – ein sicherer Beleg für den Zuspruch zum Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“. Zusätzlich werden Besucher aus ganz Mitteldeutschland durch solche Investitionsprojekte, aber auch durch flächendeckend beworbene, zoogeeignete Großveranstaltungen wie den in den Sommerferien 2017 durchgeführten „Regenwaldtagen“ mit mehr als 50.000 Besuchern oftmals auch erstmalig im Bergzoo Halle begrüßt. Beide Entwicklungen sind notwendig, um die Besucherzahlen langfristig zu halten und eine weitere Steigerung der Besucherzahlen zu ermöglichen. Investitionen, die die Gesamtattraktivität des Bergzoos erhöhen, sind somit zwingende Voraussetzung, um das Ziel der Stadt Halle (Saale), den Zoo als überregionales Aushängeschild zu etablieren, zu erreichen.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2017 war nach dem Übergangsjahr 2015 und dem „Elefantenjahr“ 2016, das aufgrund der Geburt zweier Elefantenkälber eine besondere Anziehungskraft auf die Besucher hatte, das zweite Jahr, in dem der Geschäftsführer und Zoodirektor, Herr Dr. Dennis Müller, sein Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ weiter entwickeln konnte. Neben einer intensiven Vorbereitung für die erste Entwicklungsphase bei der Umsetzung des Zukunftskonzeptes, die sich überwiegend mit der Umgestaltung des rückwärtigen Einganges an der Seebener Straße beschäftigt, ist es gelungen, die Planung für die Neuerrichtung eines Restaurants auf den Bergterrassen abzuschließen, eine Baugenehmigung hierfür zu erlangen, einen Generalübernehmer für die Realisierung des Vorhabens zu verpflichten und mit dem Abriss des alten Gebäudes auf den Bergterrassen zu beginnen. Angesichts der aktuellen Sättigung des Marktes im Baugewerbe ist dies eine besondere Leistung. Die Fertigstellung des Projektes ist bereits für den 31. August 2018 geplant und damit ebenfalls sehr motiviert. Das zweistöckige Gebäude soll also noch im Jahr 2018 das gastronomische Angebot im Bergzoo komplettieren. Dabei wird die auch in Zukunft sehr wichtig bleibende Imbissversorgung über das Erdgeschoss realisiert werden. Im Obergeschoss, das einladende Ausblicke auf die Stadt Halle verspricht, wird eine Speisesaal mit über 100 Sitzplätzen entstehen. Hier wird ein erweitertes Speiseangebot offeriert, das dem übrigen hohen Niveau im Zoo entspricht. Passend zum Zukunftskonzept präsentiert sich das neue Gebäude in der modernen Interpretation einer alpenländischen Gaststätte.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass das hohe Niveau der umsatzsteuerpflichtigen Umsatzerlöse aus der Verpachtung der Gastronomieflächen aus dem Jahr 2016 mit TEUR 152 (2015: TEUR 160) annähernd gehalten werden konnte und somit weiterhin deutlich über den Erlösen aus den Vorjahren liegt (2015: TEUR 48).

Im Berichtsjahr konnten die Besuchszahlen aus dem Rekordjahr 2016 mit insgesamt 423.200 Besuchen noch einmal leicht übertroffen werden. Dabei fiel der Eintrittskartenerlös mit TEUR 1.671 um TEUR 264 bzw. 14 % geringer als im Vorjahr aus. Dieser scheinbare Widerspruch liegt in einem Wechsel des Nutzungsverhaltens der Besucher begründet. So konnte ab Juli 2016 fortlaufend eine monatliche Steigerung bei den Jahreskartenverkäufen festgestellt werden (siehe auch weiter oben). In Summe wurde dabei – verglichen mit dem Geschäftsjahr 2015 – eine Verkaufssteigerung von 83 % erzielt. Da Jahreskartenbesitzer den Zoo naturgemäß mehrmals im Jahr besuchen (nach dem im Zoologischen Garten Halle seit 1990 angewandten Schlüssel des Verbands der Zoologischen Gärten 20-mal pro Jahr), senken steigende Jahreskartenverkäufe zwangsläufig den durchschnittlichen Besuchserlös. Da die Steigerung der Jahreskartenverkäufe in den zurückliegenden Monaten beachtlich war, wurde dieser Effekt bei den Erlösen aus dem Eintrittskartenverkauf im Berichtsjahr deutlich sichtbar. Die Konstanz bei den Erlösen im Parkhaus und beim Catering in den Jahren 2016 und 2017 zeigen jedoch, dass ein solcher Bewertungsfaktor durchaus gerechtfertigt ist und reale Besuche widerspiegelt.

Geprägt von dieser Entwicklung haben sich die Umsatzerlöse, wie prognostiziert, um TEUR 326 vermindert. Dies beruht neben den um TEUR 264 geringeren Erlösen aus Eintrittskarten auch auf den um TEUR 29 geringeren Verkaufserlösen aus dem Zoo-Shop. Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich um TEUR 437, was hauptsächlich auf einen im Vorjahr hierunter enthaltenen Effekt aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 537 begründet ist. Im Wesentlichen verursacht durch einen Abgang aus Anlagevermögen in Höhe von TEUR 188 erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 302. Resultierend aus diesen Entwicklungen, die mit Ausnahme des Anlagenabgangs im Vorfeld bereits erwartet wurden, liegt das in 2017 wiederum positive Betriebsergebnis von TEUR 125 um TEUR 1.119 unter dem Vorjahreswert. Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 90 und liegt damit unter der Erwartung aus dem Wirtschaftsplan 2017, der einen Jahresgewinn von 260 TEUR geplant hatte. Die Differenz liegt vor allem in dem Abgang von Anlagevermögen in Höhe von 198 TEUR aufgrund des bei Erstellung des Wirtschaftsplanes noch nicht beschlossenen Abrisses des ehemaligen Imbisses auf den Bergterrassen (siehe weiter oben) begründet.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf TEUR 21.981 (Vorjahr: TEUR 23.091). Davon entfallen 88,5 % (Vorjahr: 90,9 %) auf das Anlagevermögen der Gesellschaft. Die liquiden Mittel haben sich um TEUR 361 im Vergleich zum Vorjahr erhöht und erreichen nun einen Anteil von 10,1 % (Vorjahr: 8,1 %) an der Bilanzsumme.

Somit ist das Jahr 2017, vom Geschäftsführer und Zoodirektor Herrn Dr. Dennis Müller verantwortet, von einem positiven Gesamttrend geprägt. Die Besucherzahlen lagen mit 423.200 Gästen wieder im Bereich des hohen Vorjahresniveaus. Gleichzeitig wurde wieder ein positives Betriebsergebnis erreicht, auch wenn hier betont werden muss, dass die jährliche Auflösung eines Sonderpostens in Höhe von 836 TEUR, der im Zuge der Entschuldung der Gesellschaft durch die Gesellschafterin gebildet wurde, weiterhin ergebnisverbessernd ist. Dieser Effekt wirkt letztmalig im Jahr 2025.

Investitionen im Wirtschaftsjahr 2017

Das Jahr 2017 war in seiner Investitionstätigkeit im Wesentlichen durch die bereits erwähnte Planung eines Neubaus zur gastronomischen Versorgung der Besucher auf den Bergterrassen geprägt. Es konnte eine bundesweite Ausschreibung mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb zur Vergabe der Umsetzung an einen Generalübernehmer erfolgreich abgeschlossen werden. Den Zuschlag erhielt die Firma GP Papenburg Hochbau GmbH, die noch im Berichtsjahr mit dem Abriss des Bestandsgebäudes beginnen konnte. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich hierfür auf netto TEUR 2.164 und werden aus den Mitteln der Gesellschaft finanziert. Damit gelingt die Investition ohne Aufnahme eines Darlehens und ohne zusätzlichen Investitionszuschuss durch die Gesellschafterin – eine Premiere für Investitionsvorhaben dieser Größenordnung im Zoologischen Garten Halle. Die Fertigstellung des Restaurants ist für den 31. August 2018 geplant.

Daneben konnten kleinere Umbaumaßnahmen an bestehenden Anlagen im Rahmen der Realisierung des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“ umgesetzt werden. So wurde die ehemalige Pudianlage neu eingerichtet, um zukünftig Erdwölfe zeigen zu können. Ferner wurde Ende des Jahres ein Ersatz für den alten Frontlader der Gesellschaft angeschafft.

Das Gesamtvolumen für Investitionen von TEUR 475 verteilt sich dabei auf die verschiedenen Projekte wie folgt (nur > TEUR 5): Für die Baumaßnahmen um den Neubau der Gastronomie auf den Bergterrassen TEUR 286 (netto), Ersatzanschaffung Frontlader TEUR 63, Fertigstellung der Pandaanlage TEUR 26, Planungen bezüglich des Zukunftskonzeptes TEUR 8, Abschlussarbeiten am Wittekindzaun TEUR 13, Ersatzbeschaffung Funktechnik TEUR 10, Umgestaltung der alten Pudianlage für Erdwölfe TEUR 9, Veterinär-Equipment TEUR 9, Investitionen in die Abfalllogistik TEUR 8, Planungen für die Pudianlage TEUR 6.

Die Gesamtaufwendungen wurden aus dem Investitionszuschuss des Jahres 2017 durch die Stadt Halle in Höhe von TEUR 256, aus einer Spende durch die Saalesparkasse, aus nicht verbrauchten Investitionszuschüssen der Vorjahre sowie aus eigenen Mitteln geleistet.

Personal- und Sozialbereich

Im Rechtsstreit um die gegen den stellvertretenden Direktor der Gesellschaft ausgesprochene Kündigung konnte im Berichtsjahr ein Vergleich vor der Kammer des Arbeitsgerichtes Halle geschlossen werden. Die Abfindung wurde im Jahresabschluss rückgestellt und konnte im Januar des Folgejahres bereits zur Auszahlung gelangen.

Drei leitende MitarbeiterInnen (Technischer Leiter, Leiter Futterküche und Fuhrpark, Inspektorin Tierheim) verließen die Gesellschaft aufgrund ihres Eintritts in den Ruhestand. Daneben verließ die Leiterin der Abteilung Umweltbildung die Gesellschaft aus persönlichen Gründen. Zusammen mit dem Weggang des ehemaligen stellvertretenden Direktors bot sich dadurch die Möglichkeit zur weitreichenden Umstrukturierung der Gesellschaft. Alle Stellen und Funktionen konnten durch Neubesetzung, Zusammenlegungen von Kompetenzfeldern, einer Vereinfachung der Strukturen und einer Abflachung der Firmenhierarchie besetzt werden. Dies findet im zum 31. März 2018 aktualisierten Organigramm der Gesellschaft seinen Ausdruck. Zentrale Merkmale der Umstrukturierung der Gesellschaft sind die Zusammenlegung der beiden Bereiche Marketing und Umweltbildung zum Bereich „Kommunikation“, die Abflachung der Hierarchie im Bereich Zoologie von vormals sieben auf jetzt fünf Ebenen, die Zusammenlegung der Gärtnerei mit der Futterküche und dem Fuhrpark zur Abteilung Zoologistik, dem Wegfall einer eigenen Stelle für Projektsteuerungen sowie der Reduktion der Anzahl der Tierpflegereviere im Zoo von sechs auf jetzt vier Bereiche, so dass diese aufgrund der nun höheren Mitarbeiterzahlen ihre Aufgaben alleinverantwortlich organisieren können. Insgesamt reduziert sich die Zahl der Abteilungen von vormals neun nun auf die Abteilungen „Verwaltung“, „Zoologie“, „Tiermedizin“, „Logistik“, „Technischer Unterhalt“ und „Kommunikation“. Die Abteilungsleiter haben innerhalb ihrer Bereiche weitgehende Befugnisse, die sie dazu befähigen, den Geschäftsführer in ihren jeweiligen Kompetenzfeldern zu vertreten. Auf die explizite Ernennung eines Stellvertreters kann dadurch derzeit verzichtet werden. Dies ist aufgrund weiterer altersbedingter Austritte aus der Gesellschaft zum Beginn des Jahres 2019 zurzeit auch nicht zielführend, muss dann aber nach Besetzung der vakanten Stellen zum Beginn des Jahres 2019 neu bewertet werden. Derzeit ist über die Installation eines Leiters vom Dienst in wöchentlicher Rotation unter den Abteilungsleitern gewährleistet, dass die Gesellschaft jederzeit auf unvorhersehbare Ereignisse reagieren kann. Begleitet wurde diese Umstrukturierung durch eine Kommunikationsberaterin, die die leitenden MitarbeiterInnen auch weiterhin schult, damit diese ihre Aufgaben noch besser erfüllen können. Die freigewordenen Stellen im Bereich Logistik und im Bereich Umweltbildung konnten durch vormals geringfügig beschäftigte MitarbeiterInnen besetzt werden. Aufgrund der durch die Umstrukturierung entstandenen Synergien bzw. dem Wegfall einer eigenen Stelle für Projektsteuerungen konnten zwei Stellen in leitender Position eingespart werden.

In Zusammenarbeit zwischen dem Geschäftsführer der Gesellschaft und dem Betriebsrat wurde für das Jahr 2016 ein Themenkatalog von Aufgaben für die Jahre 2016 und 2017 erarbeitet, mit dessen Hilfe es möglich ist, bisher teilweise fehlende schriftliche Vereinbarungen über Themen wie Suchtprävention, Arbeitszeitregelungen, Urlaubsregelung, Brandschutz, Arbeitsschutz, Gesundheitsprävention und Verbesserung der Integration von schwerbehinderten MitarbeiterInnen zu fixieren und als Handlungsgrundlage zu nutzen. Als Ergebnis dieser Zusammenarbeit konnte unter anderem im Jahr 2016 die Betriebsvereinbarung „Arbeitszeit“ unterzeichnet werden, die bereits die Einführung eines Systems zur digitalen Zeiterfassung beinhaltet. Das System wurde bereits im Jahr 2016 angeschafft und probeweise in Betrieb genommen. Seit dem 1. Januar 2017 werden die Arbeitszeiten fast aller Mitarbeiter (Ausnahmen bilden das Tierheim sowie die geringfügig Beschäftigten) über dieses digitale Zeiterfassungssystem registriert. Nach anfänglichem Anpassungsbedarf läuft das System nun störungs- und weitgehend nachbearbeitungsfrei. Die Akzeptanz bei den MitarbeiterInnen wird durch die Geschäftsführung als hoch eingeschätzt.

Im Jahr 2017 nahmen drei Lehrlinge der Gesellschaft an der Abschlussprüfung zur Ausbildung als ZootierpflegerIn teil und beendeten damit erfolgreich ihre Lehre im Zoo. Es war möglich, eine Absolventin in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Sie besetzt damit im Stellenplan die Stelle einer Mitarbeiterin, die Anfang 2018 in den Altersruhestand ausscheidet. Zudem wurde ein Auszubildender in ein Ausbildungsverhältnis übernommen.

Chancenbericht

Der Zoologische Garten Halle ist auch weiterhin die besucherstärkste Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtung im Großraum Halle (Saale). Vor diesem Hintergrund hatte sich die Gesellschafterin dazu entschlossen, den Bergzoo als überregionales Aushängeschild weiter auszubauen und entsprechend zu bewerben. Dabei soll der Zoo ein zentraler und integrativer Bestandteil im Tourismuskonzept der Stadt werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Geschäftsführung der Gesellschaft das Zukunftskonzept mit dem Titel „Bergzoo 2031“ entwickelt. Unter dem Leitsatz „Tiere erleben, Verständnis schaffen, Begeisterung wecken“ sollen die Tieranlagen nach Lebensräumen auf dem Zoogelände gegliedert und erlebbar gemacht werden.

In einer ersten Entwicklungsphase, die bis zum Jahr 2020 abgeschlossen sein soll, sollen zunächst vordergründige Maßnahmen zur Erreichung dieser Zielsetzung realisiert werden. Der Eingang zur Saale hin soll in seiner Attraktivität deutlich verbessert werden, um die Erschließung des Saaletourismus und damit die Einbindung des Zoos in den Stadttourismus zu ermöglichen. Der Zoo wird an dieser Seite über einen Erlebnisfahrstuhl in einem zweistöckigen Konzept erschlossen. Die erste Ebene soll mit einem spannenden Kletterspielplatz und einer ansprechenden Café-Gastronomie neue Besuchergruppen in den Zoo locken. Über die zweite Ebene gelangt man auf einer Brücke über die großzügig erweiterte Elefantensavanne in den eigentlichen Zoo. Ein besonderes Tiererlebnis, das in dieser Form einmalig in der Zoolandschaft wäre.

Im Berichtsjahr ist es gelungen, für diese Investitionsvorhaben (Neubau Eingangsgebäude an der Seebener Straße, Umbau des Besucherareals im Umgriff des Eingangsgebäudes sowie die Errichtung eines Parkhauses) eine Förderwürdigkeitszusage für die Stadt Halle (Saale) durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt aus den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (sogenannte GRW-Mittel) zu erhalten. Hiernach ist eine Förderung dieser Maßnahme aus GRW-Mitteln nach noch vorzunehmender baufachlicher Prüfung und Konkretisierung der Investition grundsätzlich möglich. Dabei erkennt die Zusage für die Investitionsvorhaben rund um das neue Eingangsgebäude ein besonderes Landesinteresse und beziffert die mögliche Förderquote mit ca. 90 % der Investitionssumme. Damit sind diese Maßnahmen wie in der im Jahr 2016 erstellten Umsetzungsstudie zur 1. Phase „Bergzoo 2031“ finanzierbar und somit realisierbar. Noch im letzten Quartal des Berichtsjahres konnte mit der europaweiten Ausschreibung für die Projektsteuerung der beiden Maßnahmen „Neubau Saaleeingang“ und „Parkhaus“ begonnen werden. Es ist vorgesehen, die Genehmigungsplanung für diese beiden Maßnahmen im ersten Halbjahr 2018 abzuschließen, so dass die Unterlagen zur Prüfung durch den Landesbetrieb „Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt“ im dritten Quartal 2018 eingereicht werden können.

Mit dem Beginn des Neubaus eines Restaurants im alpenländischen Stil auf den Bergterrassen (näheres hierzu unter „Investitionen“), dem ersten Großprojekt seit Veröffentlichung des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“, wurde auch der Startschuss für die Investitionsvorhaben rund um das Konzept gegeben. Auch konnte die Attraktivität des Tierbestandes durch den Einzug neuer Tierarten gesteigert werden. Mit der sukzessiven Umsetzung des Zukunftsprogramms wird sich diese positive Entwicklung weiter verstetigen.

Risiko- und Prognosebericht

Die Kultureinrichtung Zoologischer Garten Halle GmbH ist als anerkannt gemeinnütziger Dienstleister in ihrer weiteren Tätigkeit und Existenz auch künftig von den Zuschüssen der Gesellschafterin abhängig. Sie ist als Non-Profit-Organisation nicht darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen.

Für die Folgejahre werden Einnahmen aus Eintritten von 320.000 bis 335.000 Besuchern geplant. In der Planung für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass nur in geringem Umfang freie liquide Mittel vorliegen, um Mindereinnahmen bei den Eintrittsgeldern oder Mehrausgaben im Aufwand auszugleichen. Zusätzlich ergeben sich noch weitere Risiken aus Pensionszahlungen.

Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert.

Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung könnten nur durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Tierseuche entstehen.

Das in den Betriebsablauf integrierte Risiko-Management-System dient dem Geschäftsführer dazu, Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit und Aufwand rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Der Geschäftsführer informiert die MitarbeiterInnen regelmäßig über die aktuelle Situation auf der Grundlage der monatlich erstellten Einnahmen- und Ausgabenkontrolle.

Auf dem Weg eines quartalsweisen Melde- und Informationssystems an die Beteiligungsmanagementanstalt der Stadt Halle (Saale) werden regelmäßige Risikoabschätzungen vorgenommen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung festgelegt.

Die Geschäftsführung geht in ihrem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2018 von Gesamterträgen auf gleichem Niveau und einem gegenüber 2017 leicht gestiegenen Ergebnis aus, da sich die anstehenden Investitionen noch in der Realisierung befinden und somit nicht fördernd auf die Besuchszahlen auswirken. Ungeachtet dessen hat die Gesellschaft im Frühjahr 2018 eine spektakuläre, sehr erfolgreiche mehrwöchige Abendveranstaltung in Zusammenarbeit mit einem Kooperationspartner, der „Dragon Illumination Arts GmbH“, durchgeführt. Während dieser „Magischen Lichterwelten“ wurden mehr als 300 teilweise lebensgroße, durch 20.000 LED Lichter beleuchtete Laternen in Form von Tier- und Pflanzenmotiven gezeigt. Insgesamt konnten im Februar und März mehr als 93.000 Besucher in den Abendstunden begrüßt werden. Ob sich der Gewinn aus dieser Veranstaltung positiv auf das prognostizierte Betriebsergebnis auswirkt, wird sich im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres 2018 zeigen.

3.8 ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährträgerin:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 130 Absatz 4 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt und für vergleichbare städtische Einrichtungen, insbesondere die Saalesparkasse.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 130 Abs. 4 KVG LSA. Danach hat eine Kommune ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) ist satzungsgemäße Aufgabe der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Vorstand:	Heine, Christian	(seit 01.10.2017)
	Lork, Heinrich	(bis 30.09.2017)

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard	
		Dr. Brock, Inés	
		Geier, Egbert	
		Häder, Denis	(bis 30.09.2017)
		Hintz, Katharina	
		Knöchel, Swen	
		Nagel, Elisabeth	
		Scholtyssek, Andreas	
	Winkler, Yvonne	(seit 01.10.2017)	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	11	11	8

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Vorstände wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	158	27	155	31	149	34	3	2
Umlaufvermögen	414	72	330	67	282	65	84	25
Rechnungsabgrenzungsposten	7	1	8	2	6	1	-1	-13

Bilanzsumme	579	100	493	100	437	100	86	17
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	129	22	111	23	135	31	18	16
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	30	5	29	6	25	6	1	3
Rückstellungen	401	69	343	69	264	60	58	17
Verbindlichkeiten	19	4	10	2	13	3	9	90

Bilanzsumme	579	100	493	100	437	100	86	17
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	995	929	924
Personalaufwand	814	796	746
Abschreibungen	6	6	8
sonstige betriebliche Aufwendungen	152	146	153
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	5	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	/	/	12
Ergebnis nach Steuern	18	-24	/
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	18	-24	12

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	24	-18	20	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	111	103	92	T€
Personalaufwandsquote:	81,82	85,63	80,74	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,12	5,88	5,77	%
Eigenkapitalquote:	22,33	22,53	30,89	%
Fremdkapitalquote:	77,67	77,47	69,11	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2017 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2016 nach KVG LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2016 **im Sinne von § 130 Abs. 2 KVG LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2018 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2016 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2016 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum siebten Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der kommunalrechtlichen Vorschriften soll das Interesse der Bürger/-innen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

In elektronischer Form steht er sowohl auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) als auch auf der Webseite der BMA zum Download uneingeschränkt zur Verfügung.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz ist die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt worden.

Die Bilanzansätze für den Jahresabschluss 2016 der Stadt Halle (Saale) nach Doppik wurden nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Gegenüber dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2015 blieben die Wertansätze nahezu unverändert.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung hat die BMA bereits in Vorjahren entworfen. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Der Stadtrat hat nach jahrelanger und intensiver Beratung dem Kodex schließlich zugestimmt.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

Der Umsetzungsprozess wird begleitet und überwacht. Er verläuft planmäßig. Nachfragen zur Steuerung der Beteiligungen in Anwendung des Kodexes wurden geklärt.

6. Konzeption und Beginn des Aufbaus eines Fundus mit Expertisen von grundsätzlicher Bedeutung

Die **Ziele** bestehen darin, die **Mandatsbetreuung** zu grundsätzlichen (Rechts-)angelegenheiten spartenübergreifend weiter zu optimieren.

Die **Konzeption** umfasst die gesamte Entwicklungsarbeit zum Aufbau des Fundus. Dazu gehören u. a. generelle Vorüberlegungen zur Thematik, die Klassifizierung der Themengebiete und die dazugehörige Verschlagwortung sowie die technische Umsetzung.

7. Absicherung einer Kodex-konformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios

Zielstellungen sind in Umsetzung der Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale), also des „Kodexes“,

- zur **Haushaltsplanung der Stadt**, die Absicherung einer termingerechten Aufstellung und einer zwischen Kernhaushalt und Beteiligungsportfolio spiegelbildlichen Datenbasis und
- zu den **Jahresabschlüssen** der Beteiligungen, zeitnahe Möglichkeiten zur effektiven (Um-)Steuerung zu eröffnen.

Die Ziele eines ordnungsgemäßen **Prozesses** für die Aufstellung und Genehmigung einer **Wirtschaftsplanung 2018** bestehen darin, termingerecht eine spiegelbildliche Planung eines Finanzmittelbedarfes sowohl im städtischen Haushalt als auch in den jeweiligen Beteiligungen zu ermöglichen.

Der **Prozess** der Aufstellung, Prüfung und Feststellung eines **Jahresabschlusses** zielt darauf ab, die aus der Analyse des Jahresabschlusses ersichtlichen Erkenntnisse aus einem abgelaufenen Wirtschaftsjahr (**ex-post-Erkenntnisse**) für die Plausibilisierung einer aktuell zu erstellenden Planung einzusetzen. Die **Beschleunigung** von **Zahlungsflüssen** dient nicht nur der möglichst schnellen Vereinnahmung der Gewinnausschüttungen von Beteiligungen im städtischen Haushalt.

Personalwirtschaftlich soll eine zeitnahe Zahlung von Tantiemen an Führungskräfte einen Anreiz für weitere erfolgreiche Arbeit zum Nutzen des Konzerns Stadt bieten.

8. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Die **Mandatsbetreuung** der Mitglieder in Aufsichtsgremien erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch die schriftliche Kommentierung der vorgelegten Unterlagen nebst Empfehlung zur Beschlussfassung, durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien und durch individuelle Beratungsgespräche.

Eine **aktivere Rolle** nimmt die BMA aufgrund einer Zielvorgabe durch ihren Verwaltungsrat wahr.

Im **Konzern Stadt** wurde eine Effizienzsteigerung durch verstärkte Einmischung, Anteilnahme bzw. Lenkung erreicht, und zwar

- durch die Konzeption eines **Gesamtstädtischen Vergütungskonzeptes** mit der Zielstellung einer in sich konsistenten, transparenten, angemessenen und marktüblichen Alimentation der Geschäftsführer/Vorstände im Beteiligungsportfolio der Stadt,
- durch Unterstützung bei der Konzeption und Gestaltung von Entscheidungsprozessen bei Geschäftsführungs-Angelegenheiten,
- bei der **Zoologischen Garten GmbH** bei der Unterstützung zur Umsetzung personalwirtschaftlicher Maßnahmen und durch einen Systematisierungsvorschlag zur strategischen Neuausrichtung mit seinen konzeptionellen Eckdaten,
- bei der **Stadion Halle Betriebs GmbH** durch die Begleitung der Umsetzung einer Rekommunalisierung der Gesellschaftsanteile,

- bei der **Theater, Oper und Orchester GmbH Halle** durch Unterstützung bei der Einarbeitung des neuen hauptamtlichen Geschäftsführers, Konzeption des Entscheidungsprozesses über die Verlängerung/Nichtverlängerung des Anstellungsvertrages mit dem Generalmusikdirektor sowie bei der historischen Aufbereitung der Rahmenbedingungen zur Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015/2016,
- bei der **Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG)** mit dem Beginn der Umsetzung eines geordneten Generationenwechsels mit Fahrplan, Stellenausschreibung und Anforderungsprofil,
- beim **Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH** durch Unterstützung der Entscheidungsfindung in Geschäftsführungs-Angelegenheiten,
- bei den **Gründerzentren TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH** und die **Bio-Zentrum Halle GmbH** im Hinblick auf die Entwicklung eines Strategiekonzeptes, das strukturiert aus dem Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) abgeleitet wird und
- bei der **Saalesparkasse** mit einer Analyse über ihre Leistungsfähigkeit, mit einem Impuls-Vortrag zu einer Einbindung des Kreditinstitutes in den Konzern Stadt Halle (Saale) und mit der Abstimmung von Lösungsansätzen auf Vorstandsebene.

Außenwirkung über den Konzern Stadt hinaus entfaltete die BMA

- durch die Mitwirkung im **Arbeitskreis Wirtschaft** im Hinblick auf die Entwicklung der gesamtstädtischen Wirtschaftsförderung,
- durch die Erarbeitung und Abstimmung einer Vereinbarung über die **Finanzierung der Stiftung Händel-Haus** mit dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt sowie
- bei der Erweiterung der Mandatsbetreuung für Einrichtungen außerhalb des Portfolios aus dem Anwendungsbereich des Kommunalverfassungsgesetzes (**Stiftung Händel-Haus**).

Lage der Anstalt

Die Erhöhung der **Bilanzsumme** beruht im Wesentlichen auf den verdienten Gehaltsansprüchen des ehemaligen Vorstandes aus seinem Dienstvertrag, was zu einer Erhöhung der Rückstellungen führte. Aufgrund der Teilzeit-Vereinbarung werden die in der Aktivphase erarbeiteten Gehaltskomponenten rätierlich über den gesamten Vertragszeitraum (inkl. Passivphase) ausgezahlt.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und das **Sachanlagevermögen** sind nahezu vollständig abgeschrieben. Investitionen beschränken sich auf den Ersatz von Ausstattungsgegenständen, die in der Gründungsphase angeschafft wurden.

Die **Finanzanlagen** dienen zur Ausfinanzierung der Pensionszusage an den Gründungsvorstand.

Im **Eigenkapital** wirkte sich in den Vorjahren die Thesaurierung von Jahresgewinnen aufgrund nicht verbrauchter städtischer Transferzahlungen aus. Aufgrund des Jahresgewinns 2017 hat sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Investitionen werden aus den Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) finanziert und aufwandswirksam dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen zugeführt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und den Rückstellungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Ertragslage** ist dadurch gekennzeichnet, dass die zur Finanzierung der Anstalt geleisteten städtischen Transferzahlungen im Wirtschaftsjahr 2017 mit 18 TEUR (Vorjahr: Jahresverlust 24 TEUR) nicht vollständig verwendet werden.

Die Planung für das Wirtschaftsjahr 2017 ist von einem Jahresverlust in Höhe von 53 TEUR ausgegangen. Ursache für die Vermeidung des Jahresverlustes ist hauptsächlich das nicht ausgeschöpfte Budget im Bereich der Personalkosten. Arbeitsvertraglich fixierte Zielvorgaben für drei Mitarbeiter/-innen wurden ganzjährig geplant, aber erst unterjährig erreicht.

Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) hat die Anstalt in Höhe von 978 TEUR (Vorjahr: 913 TEUR) erhalten.

Die **Kostenstruktur** ist im Vergleich mit Dienstleistungsunternehmen marktüblich. Die Quote der um den Investitionsanteil bereinigten Sachkosten im Verhältnis zu den Personalkosten beläuft sich auf 18 % (Vorjahr: 17 %).

Der Anstieg der **Personalkosten** beruht im Wesentlichen auf der **individualvertraglichen** Anpassung der Gehälter ab dem 1. Juli 2016 für alle Mitglieder der Belegschaft.

Nach dem vom Verwaltungsrat beschlossenen **Vergütungssystem** wirkt sich die Verlängerung des Anstellungsvertrages mit dem amtierenden Vorstand bei gleichzeitiger Gehaltserhöhung aus.

Zur Erfüllung des **Abstandsgebotes** im Verhältnis zur Vorstands-Vergütung wird die Angleichung der Gehälter auf fünf Jahre ratierlich verteilt.

Darüber hinaus wirkt sich die finanzielle Anerkennung einer berufsspezifischen Personalentwicklung der als Berufsanfänger eingestellten Belegschaftsmitglieder aus.

Nach den im Vorjahr angefallenen Sonderausgaben für die Qualifizierung der als Berufsanfänger eingestellten Mitarbeiter/-innen bewegen sich die übrigen **Sachkosten** entgegen dem Preistrend auf einem stabilen Niveau.

Die **Finanzierung** der Anstalt erfolgt durch Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale).

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2017 ganzjährig gesichert.

Nach den Grundsätzen einer fristenkongruenten Finanzierung dient der **Finanzmittelbestand** zum Stichtag der Erfüllung der vertraglich und betrieblich gebundenen Verpflichtungen im Folgejahr.

Zusammenfassend ergaben sich gegenüber dem Vorjahr in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage keine wesentlichen Veränderungen.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden im Wesentlichen an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2017 im Sinne von § 130 KVG LSA,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2017 in Kurzform,
- Erstellung der Beteiligungs-Reports,
- Public Coporate Governance Kodex - kodexkonforme Anwendung und Umsetzung,
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik,
- Absicherung einer Kodexkonformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios und
- Fortführung der Umsetzung eines Fundus mit Expertisen von grundsätzlicher Bedeutung.

Im folgenden Wirtschaftsjahr plant die Anstalt mit einem **Jahresverlust** in Höhe von 20 TEUR bei Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 1.026 TEUR. Ursachen sind hauptsächlich steigende Personalkosten in Anerkennung der berufsspezifischen Personalentwicklung und infolge der Anpassung an das Vergütungskonzept der Anstalt sowie einmalig zu erwartende Rechts- und (Steuer-)Beratungskosten für die vom Finanzamt Halle (Saale) festgesetzte Umsatzsteuerbarkeit der Transferzahlungen der Stadt an die BMA ab dem 1. Januar 2018. Für den Verlustausgleich soll planungsseitig der Gewinnvortrag der Anstalt verwendet werden.

Risikomanagement

Die BMA hat als Bestandteil ihrer Regelwerke auch ein Qualitäts- und Risikomanagementsystem implementiert.

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert. Insofern wird die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger als wesentliche **Chance** der zukünftigen Entwicklung angesehen.

Gleichzeitig stellt die finanzielle Abhängigkeit von der Gewährträgerin Stadt (Halle) ein **Risiko** für die Anstalt dar.

Bedingt durch die geänderte Rechtsauffassung der Finanzverwaltung hinsichtlich der ertragsteuerlichen und umsatzsteuerlichen Behandlung der BMA ab dem Veranlagungszeitraum 2018 besteht das Risiko eines sich erhöhenden Jahresfehlbetrages sowie der Erhöhung der finanziellen Deckungslücke für das Wirtschaftsjahr 2018, sofern die Aufgabenträgerin die Transferzahlungen des Wirtschaftsjahres 2018 nicht nachträglich um die steuerlichen Mehrbelastungen erhöhen sollte.

Aus personalwirtschaftlicher Sicht besteht ein weiteres Risiko darin, dass eine fachlich geeignete Nachbesetzung bei dem Wechsel eines Belegschaftsmitgliedes zu einem anderen Arbeitgeber im Konzern Stadt Halle (Saale) wegen der Übernahme weiterführender Aufgaben nicht möglich ist.

Die BMA ist nur mit einer für ein qualitativ hochwertiges Beteiligungsmanagement erforderlichen Fachkräfte-Ausstattung in der Lage, die satzungsmäßigen Aufgaben sach- und fristgerecht zu erbringen.

Angesichts fehlender Standard-Ausbildungen an Hochschulen wären wiederum zeitaufwendige und Personal-Ressourcen bindende Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich, bis das neue Belegschaftsmitglied das persönliche Aufgabenspektrum vollständig abbildet.

Vorstand

Der ehemalige Vorstand, Herr Heinrich Lork, war mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 2. Oktober 2015 erneut für den Zeitraum vom 1. Juni 2016 bis zum 30. September 2017 bestellt worden. Seit dem 1. Oktober 2017 befindet sich der ehemalige Vorstand in der passiven Phase seines Anstellungsvertrages, die bis zum 30. September 2020 andauert.

Mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 17. Mai 2017 ist Herr Christian Heine für den Zeitraum vom 1. Oktober 2017 bis zum 30. September 2022 zum Vorstand der Anstalt bestellt worden.

Betriebsprüfungen

Im Wirtschaftsjahr 2017 fanden keine Betriebsprüfungen statt.

Personal

Zum Bilanzstichtag wurden sechs (Vorjahr: sechs) Personen in Vollzeit und drei (Vorjahr: drei) Personen in Teilzeit beschäftigt. Dazu war eine (Vorjahr: eine) Person geringfügig angestellt. Zum Bilanzstichtag des Vorjahres befand sich eine Person in Elternzeit.

Das Vergütungskonzept umfasst auch eine leistungsabhängige Vergütung nach den Grundsätzen der Balanced Score Card.

Mit den vier Dimensionen Finanzen, Prozesse/Projekte, Umfeld und Personal wird ein ausgewogener Steuerungsbogen für pekuniäre Leistungsanreize geboten.

Die Zielvorgaben für die BMA werden zur internen Steuerung auf die einzelnen Mitarbeiter/-innen projiziert.

Personalwirtschaftlich wird der Steuerungsbogen dazu genutzt, über einen wirtschaftlichen Anreiz die Belegschaft zur Fort- und Weiterbildung zu motivieren. Personenspezifisch werden Fach- und Managementkenntnisse vertieft oder erweitert, um die Qualität der Aufgabenerfüllung zu optimieren.

Perspektivisch eröffnen sich dem Personal gleichzeitig weitergehende Positionen im Konzern der Stadt Halle (Saale).

Die **Personalqualifizierung und -entwicklung** der Belegschaftsmitglieder, die nach der Reorganisation der Anstalt im Jahr 2014 eingestellt worden waren, wurde plangemäß fortgeführt.

Alle Personen aus dem Back-Office haben eine IHK-zertifizierte Fortbildung erfolgreich abgeschlossen. Arbeitsvertraglich fixierte Zielvorgaben sind vollständig erfüllt worden.

Die **Anpassung der Gehälter** der Mitarbeiter/-innen erfolgte nach den individualvertraglichen Regelungen auf Basis des vom Verwaltungsrat beschlossenen Vergütungskonzeptes.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Unterstützende Dienstleistungen werden durch eine Steuerberatungsgesellschaft für die Lohnbuchhaltung mit dem Programm „DATEV LODAS Version 10.53“ erbracht. Für die EDV-gestützte Buchhaltung setzt die Anstalt seit dem 1. Dezember 2006 das Programm „Lexware buchhalter plus Version 23“ ein.

Saalesparkasse

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer Sitz
Anschrift:	Rathausstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Träger:	Stadt Halle (Saale) Landkreis Saalekreis

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Saalesparkasse ist ein Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie erbringt ihre Leistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, und die öffentliche Hand unter Berücksichtigung der Markterfordernisse. Sie fördert das Sparen und die allgemeine Vermögensbildung.
- (2) Die Saalesparkasse betreibt die in der nach § 32 Nr. 1 des Sparkassengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA) zu erlassenden Verordnung vorgesehenen Geschäfte. Sparkassenzentralbankgeschäfte, Bauspargeschäfte, Investmentgeschäfte und Versicherungsgeschäfte sollen im Verbund mit den Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben werden.
- (3) Die Saalesparkasse führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Wahrung ihres öffentlichen Auftrages.
- (4) Die Saalesparkasse ist Mitglied des Ostdeutschen Sparkassenverbandes und des Sparkassenbeteiligungsverbandes Sachsen-Anhalt.

(vgl. § 2 SpkG-LSA)

Öffentlicher Zweck:

Die Saalesparkasse ist in ihrem Geschäftsgebiet, das sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis erstreckt, tätig. Aufgaben der finanzwirtschaftlichen Grundversorgung der Bevölkerung, zur Förderung der privaten Eigenvorsorge, der kreditwirtschaftlichen Begleitung mittelständischer Unternehmen, der Sicherung von Wettbewerb und Systemstabilität sowie der Förderung des Gemeinwesens werden wahrgenommen.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Fox, Jürgen Meßmer, Alexander Raszat, Leif	(bis 30.06.2017)
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Bannert, Frank	
	1. stellv. Vorsitzender	Lange, Hendrik	
	2. stellv. Vorsitzender	Wunschinski, Ralf Bartl, Harald	

Verwaltungsrat:

Beyer, Jens
 Bürger, Tino
 Dr. Czikowsky, Halina
 Dr. Papendieck, Michael
 Dr. Wiegand, Bernd (Mitgliedschaft ruhend)
 Ettingshausen, Rüdiger
 Hänsel, Andreas
 Haufe, Andrej
 Helmich, Dennis
 Janka, Wolfgang
 Koehn, Gottfried
 Leibrich, Uwe
 Müller, Thomas (seit 01.01.2017)
 Prinzler, Torsten
 Sachse, Günter
 Schwab, Tobias
 Ulbricht, Guido

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€	T€
Vorstand	1.493	keine Angabe	875
Verwaltungsrat	97	100	99

d) Beteiligungen

unmittelbar	%
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	0,23
Merseburger Innovations- und Technologiezentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung (mitz)	23,37
Ostdeutscher Sparkassenverband	3,72
S-BG Sparkassenbeteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH	18,18
S Direkt-Marketing GmbH & Co. KG	5,90
s-Immobilien-gesellschaft Halle mbH	100,00
Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt	17,77
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	20,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2017		2016		2015		Veränderungen 2017 zu 2016	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Barreserve	309.229	7	78.806	2	53.688	1	230.423	292
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	57.713	1	49.756	1	1.091.083	26	7.957	16
Forderungen an Kunden	2.162.538	49	2.017.776	47	1.878.773	45	144.762	7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	1.477.164	34	1.628.536	38	628.848	15	-151.372	-9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	269.010	6	395.971	9	363.352	9	-126.961	-32
Beteiligungen	28.261	1	28.325	1	27.050	1	-64	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	25	0	25	0	25	0	0	0
Treuhandvermögen	57.462	1	59.679	1	50.296	1	-2.217	-4
Immaterielle Anlagewerte	198	0	236	0	65	0	-38	-16
Sachanlagen	44.451	1	44.191	1	45.935	1	260	1
Sonstige Vermögensgegenstände	11.920	0	12.543	0	15.426	1	-623	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	613	0	461	0	714	0	152	33

Bilanzsumme

4.418.584	100	4.316.305	100	4.155.255	100	102.279	2
------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	185.684	4	286.649	7	344.623	8	-100.965	-35
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.686.256	84	3.534.621	82	3.354.967	81	151.635	4
Treuhandverbindlichkeiten	57.462	1	59.679	1	50.296	1	-2.217	-4
Sonstige Verbindlichkeiten	3.080	0	3.379	0	2.854	0	-299	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	859	0	1.116	0	1.454	0	-257	-23
Rückstellungen	43.449	1	47.133	1	34.772	1	-3.684	-8
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	413	0	440	0	-413	-100
Fonds für allgemeine Bankrisiken	236.800	5	180.400	4	165.000	4	56.400	31
Eigenkapital	204.994	5	202.915	5	200.849	5	2.079	1

Bilanzsumme

4.418.584	100	4.316.305	100	4.155.255	100	102.279	2
------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

Eventualverbindlichkeiten	29.550		37.413		48.470		-7.863	-21
Andere Verpflichtungen	110.633		128.876		142.789		-18.243	-14

¹⁾ Änderung der Bilanzierungsmethode ab dem Jahr 2016 (Wertpapierleihegeschäfte)

bb) GuV

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Zinserträge	78.777	86.579	90.186
Zinsaufwendungen	9.448	10.248	15.002
Laufende Erträge	14.575	13.959	17.886
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	9	0	0
Provisionserträge	35.626	27.513	28.639
Provisionsaufwendungen	1.607	1.709	1.306
Sonstige betriebliche Erträge	6.784	4.479	5.737
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	73.833	81.090	69.543
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	4.783	3.756	3.726
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.802	15.106	7.664
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	396	0	8.554
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	5.448	0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0	0	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	34.037	1.919	7.934
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	70	17
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	56.400	15.400	31.400
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	13.539	12.518	13.170
Steuern vom Einkommen und Ertrag	11.292	10.283	10.940
Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	168	169	170
Jahresüberschuss	2.079	2.066	2.060
Bilanzgewinn	2.079	2.066	2.060

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Rentabilität des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	15,26	4,77	10,07	%
Cash-Flow:	7.258	5.822	14.340	T€
Gesamtleistung ¹⁾ je Mitarbeiter:	197	185	197	T€
Personalaufwandsquote ¹⁾ :	32,20	33,60	31,65	%

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,01	1,02	1,11	%
Quote des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	10,00	8,88	8,80	%
Fremdkapitalquote:	90,00	91,12	91,20	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in
Kundeneinlagen	3.686,3	3.535,0	3.355,4	Mio. €
Spareinlagen	1.155,8	1.146,3	1.126,8	Mio. €
Forderungen an Kunden	2.162,5	2.017,8	1.878,8	Mio. €
Filialen	46	46	48	Anzahl
SB-Filialen	40	39	37	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht der Saalesparkasse 2017

- 1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche**
- 1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 1.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse**
- 2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit
- 2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung
- 2.3 Kreditgeschäft
- 2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute
- 2.5 Anteilsbesitz
- 2.6 Einlagengeschäft
- 2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft
- 2.8 Verbundgeschäft
- 2.9 Vertrieb und Produkte
- 2.10 Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung
- 2.11 Ressourcen
- 3 Vermögenslage der Saalesparkasse**
- 4 Finanzlage der Saalesparkasse**
- 5 Ertragslage der Saalesparkasse**
- 6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse**
- 7 Risikomanagement der Saalesparkasse**
- 7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten
- 7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement
- 7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden
- 7.2.2 Risikomanagementorganisation
- 7.3 Risikobetrachtung im Detail
- 7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken
- 7.3.2 Management der Marktpreisrisiken
- 7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken
- 7.3.4 Management der operationellen Risiken
- 7.3.5 Management der Vertriebsrisiken
- 7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken
- 7.4 Beurteilung der Risikolage
- 8 Prognosebericht**
- 8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 8.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse
- 8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse
- 8.5 Zusammenfassende Würdigung

1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der Aufschwung der Weltwirtschaft gewann im Jahr 2017 weiter an Tempo. Die deutsche Wirtschaft legte im Jahr 2017 erneut gute Wachstumsraten vor. Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes konnte im Gesamtjahr 2017 eine Wachstumsrate in Höhe von 2,2% erreicht werden.

Der private Konsum hat sich 2017 um 2,0% real ausgeweitet und ist somit in annähernd gleichem Tempo wie schon im vorangegangenen Jahr gewachsen. Die weiterhin gute Arbeitsmarktlage bildet dabei die solide Grundlage für das Wachstum, die sich in hoher Arbeitsplatzsicherheit und allmählich auch zunehmend in Lohnsteigerungen niederschlägt.

Auf die Güterpreise haben die stärker ausgelasteten Produktionskapazitäten und zunehmenden Engpässe am Arbeitsmarkt bisher noch nicht durchgeschlagen. Im Jahresdurchschnitt sind die Verbraucherpreise in Deutschland mit einer Steigerungsrate von 1,8% leicht gestiegen.

Die Arbeitslosenquote für Deutschland für das Jahr 2017 ist mit 5,7% gegenüber 6,1% im Vorjahr noch einmal leicht zurückgegangen. Damit wurde der niedrigste Stand Gesamtdeutschlands seit der Wiedervereinigung erreicht. Die Zahl der in Deutschland Erwerbstätigen erhöhte sich im Jahresdurchschnitt nochmals um 1,5% auf knapp 44,3 Millionen. Für Ostdeutschland liegt die Arbeitslosenquote bei 7,6% gegenüber 8,5% im Vorjahr.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die durchschnittliche Arbeitslosenquote in 2017 nochmals leicht auf 8,4% gegenüber 9,6% im Vorjahr. Bezogen auf das Geschäftsgebiet der Saalesparkasse sind die Arbeitslosenquoten der Stadt Halle (Saale) sowie des Saalekreises für 2017 im Vergleich zum Vorjahr ebenso leicht gesunken.

Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung im Geschäftsgebiet insgesamt ist nach wie vor rückläufig. Dies resultiert insbesondere aus der Entwicklung im Saalekreis. Von Seiten des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wird für den Saalekreis bis zum Jahr 2030 ein weiterer wesentlicher Bevölkerungsrückgang prognostiziert, während dessen für die Stadt Halle von einer leicht positiven Entwicklung ausgegangen wird.

1.2 Entwicklung der Finanzbranche

Bei den kurzfristigen Zinsen (3 Monate bis 1 Jahr) bewegten sich die Zinssätze im Verlauf des gesamten Jahres 2017 im negativen Bereich mit einer anhaltenden leichten Aufwärtsbewegung. Im mittelfristigen Laufzeitbereich (5 Jahre) wurde im Jahresverlauf eine Aufwärtsentwicklung des Zinssatzes mit einer Stabilisierung im positiven Bereich verzeichnet. Im langfristigen Bereich (10 Jahre) konnte ebenso eine leichte Aufwärtsbewegung festgestellt werden. Der Unterschied zwischen dem kurz- und dem langfristigen Zinssatz weitete sich im Jahresverlauf aus, zum Jahresende bewegte sich dieser ebenso über dem Niveau des Vorjahres.

Der Verlauf des deutschen Aktienindex DAX war in 2017 sehr volatil mit insgesamt steigender Tendenz. Der deutsche Leitindex erreichte am Jahresende mit einem Stand von 12.918 Punkten ein Jahresplus von 12,5%. An den Devisenmärkten steigerte der Euro im Jahresverlauf seinen Außenwert und konnte im bilateralen Wechselkurs zum Dollar 2017 rund 15 US-Cent gutmachen. Zum Jahreswechsel erreichte der Kurs die Marke von 1,20 US-Dollar/Euro.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen im Jahr 2017 unverändert gelassen, insbesondere die Verzinsung für Guthaben der Geschäftsbanken auf der Einlagefazilität und für Überschussreserven bei der schon seit März 2016 geltenden Negativverzinsung in Höhe von 0,4%. Die Ankaufprogramme von Wertpapieren – hauptsächlich Staatsanleihen, eine Beimischung von Unternehmensanleihen, Covered Bonds und Asset Backed Securities – wurde 2017 fortgesetzt.

Wesentliche Grundlagen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Bankensektor sind die Erweiterungen des Baseler Rahmenwerkes („Basel III“) in Verbindung mit den EU-Richtlinien und EU-Verordnungen, die schärfere Eigenkapitalvorschriften und Liquiditätsanforderungen für alle Institute beinhalten. Die Umsetzung dieser Anforderungen erfolgt auf Basis der Veröffentlichung von Aufsichts-Standards durch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde, wobei sich die Umsetzungsfristen bis ins Jahr 2019 hinein bewegen werden.

Darüber hinaus werden im Rahmen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) erweiterte Anforderungen gestellt („5. MaRisk-Novelle“). Die nach Abschluss der Konsultationsphase überarbeiteten Anforderungen werden nun im Jahr 2018 zur praktischen Umsetzung kommen.

2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die Saalesparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Halle (Saale). Das Geschäftsgebiet erstreckt sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Institutssichernde Einrichtung der Saalesparkasse im Sinne des § 23a Abs. 1 KWG ist der Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse sind das Kreditwesengesetz (KWG), das Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA), die Sparkassenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Satzung der Saalesparkasse.

Die Organe der Saalesparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand (§ 7 SpkG-LSA).

Der Verwaltungsrat hat unter Berücksichtigung der Größe, der internen Organisation sowie der Art, des Umfangs, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte der Saalesparkasse auf die Bildung der Ausschüsse nach § 25d Abs. 8-12 KWG verzichtet. Die gesamten Aufgaben der Ausschüsse werden durch den Verwaltungsrat wahrgenommen. Im Geschäftsjahr 2017 haben acht Sitzungen des Verwaltungsrates stattgefunden.

Die Saalesparkasse hat gemäß § 8 SpkG-LSA einen Kreditausschuss gebildet. Der Kreditausschuss beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach Maßgabe der Geschäftsanweisung und der Sparkassenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten. Kredite, die die im Rahmen der Kreditbewilligungsbefugnis des Vorstandes festgelegten Grenzen überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Kreditausschusses der Saalesparkasse. Im Geschäftsjahr 2017 haben acht Sitzungen des Kreditausschusses stattgefunden.

2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsvolumen der Saalesparkasse (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden und bewegt sich damit leicht über den geplanten Erwartungen. Im Geschäftsjahr 2017 konnten die Planannahmen in den Geschäftsfeldern Kredit- und Einlagengeschäft im Wesentlichen erreicht werden.

Der Zinsüberschuss konnte über den Planwert hinaus zulegen, bewegt sich allerdings deutlich unter dem Vorjahreswert. Das Provisionsergebnis insgesamt konnte die geplanten Ziele überwiegend erreichen, es bewegt sich damit absolut auch wesentlich über dem Vorjahr.

Insgesamt sind wir mit der Geschäftsentwicklung zufrieden.

Für das Jahr 2018 wird erwartet, dass die konjunkturelle Entwicklung sich in einem engen Rahmen bewegt und das Geschäftsumfeld der Saalesparkasse recht stabil ausfallen wird.

2.3 Kreditgeschäft

Der Bestand der Forderungen gegenüber Kunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Der Bestand stieg um 144,8 Mio. EUR auf 2.162,5 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerung von 7,2% gegenüber dem Vorjahr. Damit wurden die Planvorgaben leicht unterschritten.

Der Bestand der Kommunalkredite bewegt sich mit 182,5 Mio. EUR (-9,3%) deutlich unter dem Vorjahreswert, dem gegenüber jedoch in Höhe der geplanten Erwartungen. Das Kreditvolumen an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen konnte um 8,7% (Vorjahr 4,6%) erhöht werden, bewegt sich damit jedoch leicht unter den Erwartungen. Der Bestand von Krediten an Privatpersonen wurde um 10,7% (Vorjahr 11,3%) über die Planvorgaben hinaus leicht ausgeweitet. Im Bereich der Konsumentenkredite erhöhte sich der Bestand leicht um 2,4% (Vorjahr 8,3%). Der Bestand an Schuldscheindarlehen von Unternehmen und öffentlichen Haushalten wurde um 80,2 Mio. EUR bzw. 12,3% gemäß der Erwartungen deutlich ausgeweitet.

Hinsichtlich der Laufzeiten der Ausleihungen war ein Zuwachs bei kurz- bis mittelfristigen Krediten zu verzeichnen (+28,2 Mio. EUR bzw. +9,5%). Ebenso erhöhten sich die langfristigen Ausleihungen im Jahresverlauf um 168,8 Mio. EUR bzw. 9,8%.

Im außerbilanziellen Bereich haben sich die Eventualverbindlichkeiten um 7,9 Mio. EUR auf 29,5 Mio. EUR und die unwiderruflichen Kreditzusagen um 18,2 Mio. EUR auf 110,6 Mio. EUR verringert.

2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute

Die Eigenanlagen in Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich bis Ende 2017 um 270,4 Mio. EUR (-13,0%) auf insgesamt 1.803,9 Mio. EUR und bewegen sich damit unter unseren Planannahmen.

Bei der Position der Forderungen an Kreditinstitute ist gegenüber dem Vorjahr ein leichter Zuwachs um 8,0 Mio. EUR (16,0%) auf 57,7 Mio. EUR zu verzeichnen. Das Anlagevolumen erstreckt sich insbesondere auf inländische Kreditinstitute.

Der Wertpapierbestand (Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) verringerte sich um 278,3 Mio. EUR auf 1.746,2 Mio. EUR. Dies entspricht einer Verringerung um 13,8% gegenüber dem Vorjahr und ist insbesondere auf die Auflösung des Spezialfonds HI-Halle1 zurückzuführen. Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere hat sich gegenüber dem Vorjahr um 25,1 Mio. EUR bzw. 2,7% auf 913,3 Mio. EUR verringert. Das Anlagevolumen des Wertpapierbestandes besteht hauptsächlich aus Schuldverschreibungen inländischer Kreditinstitute, Unternehmensanleihen und Staatsanleihen.

Die Saalesparkasse ist Inhaber von Anteilen an diversen Spezialfonds (Buchwerte: 253,6 Mio. EUR) sowie an einem Publikumsfonds (Buchwert: 8,2 Mio. EUR). Das in Spezialfonds investierte Vermögen hat sich im Jahresverlauf vor allem durch die Auflösung eines Fonds (Buchwert: 185,3 Mio. EUR) stark verringert. Neu aufgelegt wurde ein Fonds zur Beteiligung an Infrastrukturprojekten mit einem Volumen von 50,0 Mio. EUR, welcher sich zurzeit noch im Aufbau befindet. Insgesamt sind damit ca. 80,4% des Fondsvolumens in Immobilien investiert und 19,6% der Anlagen in den Spezialfonds entfallen auf den Bereich Infrastruktur. Bei dem im Bestand befindlichen Publikumsfonds handelt es sich um einen Immobilienfonds.

2.5 Anteilsbesitz

Das originäre Beteiligungsgeschäft erstreckt sich im Wesentlichen auf Verbundbeteiligungen mit strategischer Ausrichtung, deren Volumen sich relativ konstant entwickelte. Der gesamte Anteilsbesitz der Saalesparkasse umfasst Beteiligungen in Höhe von 28,3 Mio. EUR. Die wesentlichen Positionen stellen dabei die Verbundbeteiligungen am Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt in Höhe von 20,7 Mio. EUR sowie am Ostdeutschen Sparkassenverband, dem Interessenvertreter der Sparkassen, mit 6,1 Mio. EUR dar. Maßgeblich bedingt durch die regelmäßigen jährlichen Anpassungen dieser Anteilsquoten an die Durchschnittsbilanzsumme gingen diese beiden Beteiligungsbuchwerte um insgesamt 0,1 Mio. EUR zurück.

Zudem hält die Saalesparkasse mit der seit 1998 bestehenden S-Immobilien-Gesellschaft Halle mbH eine 100%-ige Tochtergesellschaft, deren Geschäftszweck im Erwerb, der Entwicklung, der Vermietung, der Verwaltung und dem Verkauf von Immobilien besteht. Aus dem für die Tochtergesellschaft bestehenden Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrag mit der Saalesparkasse ergibt sich im Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2017 nach der Gewinnabführung an die Saalesparkasse ein ausgeglichenes Ergebnis.

Des Weiteren hält die Saalesparkasse Anteile an Unternehmen (Buchwerte: 7,2 Mio. EUR), die in der Bilanz unter „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen werden. Die Anteile dienen der Diversifizierung der Anlagen der Saalesparkasse und sind in voller Höhe abgerufen. Die Kommanditanteile sind an Unternehmen begeben, die in internationale Gewerbeimmobilien, vorwiegend in Ländern der Euro-Zone, investieren.

Weiteres, als Beteiligung geltendes Hybridkapital, wird unter der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ bilanziert und innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe gehalten.

2.6 Einlagengeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 151,2 Mio. EUR (4,3%) auf 3.686,3 Mio. EUR und übertreffen damit nochmals unsere Planannahmen.

Insgesamt haben sich die Spareinlagen mit einem Zuwachs um 9,5 Mio. EUR oder 0,8% auf 1.155,8 Mio. EUR kaum verändert. Innerhalb der Struktur der Spareinlagen kam es entsprechend unserer Planannahmen nochmals zu einer Verschiebung insbesondere zu Lasten der langfristigen Anlageformen mit Festzins, die sich unter anderem in einem nochmaligen Rückgang des Zuwachssparens um 14,0 Mio. EUR als auch im Bestand des Prämiensparens um 46,5 Mio. EUR widerspiegelte. Dem gegenüber haben sich die normalverzinslichen Spareinlagen einschließlich der Bestände auf den Spar-Plus-Konten um 72,7 Mio. EUR erhöht.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entwickelten sich insgesamt mit +142,1 Mio. EUR wesentlich positiver. Dabei zeichneten sich aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase deutliche Zuwächse in den Beständen der täglich fälligen Verbindlichkeiten ab, die im Jahresverlauf um 143,0 Mio. EUR erneut zulegten und damit unsere Planwerte übertrafen.

Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen Gelder hat sich um 101,0 Mio. EUR bzw. 35,2% auf 185,7 Mio. EUR verringert. Diese Abnahme fiel jedoch geringer aus als geplant.

2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr verringerte sich das Depotvolumen unserer Kunden in bei uns geführten Depots um 7,6 Mio. EUR oder 3,2% auf 229,2 Mio. EUR. Die Anzahl der Fondsdepots von Kunden bei unserem Verbundpartner DekaBank erhöhte sich im Jahr 2017 um 983 Stück auf 27.646 Stück. Darüber hinaus erhöhte sich das Depotvolumen unserer Kunden bei der DekaBank im abgelaufenen Geschäftsjahr um 50,9 Mio. EUR oder 8,2% auf 672,5 Mio. EUR.

2.8 Verbundgeschäft

Im Versicherungs- und Verbundgeschäft zeigt sich ein differenziertes Bild, da nicht in allen Bereichen die geplanten Erwartungen vollumfänglich erreicht werden konnten.

Das Ergebnis im Versicherungsgeschäft der Saalesparkasse zeigte für 2017 im Volumen jedoch eine positive Entwicklung. So lag der vermittelte Jahresbeitrag 2017 für die Lebensversicherungen bei 1,7 Mio. EUR und damit 1,5 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Für Rentenversicherungen erreichte die Saalesparkasse einen Wert von 5,9 Mio. EUR. Der Vorjahreswert wurde um 1,3 Mio. EUR übertroffen. Bei der betrieblichen Altersvorsorge verbesserte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert auf 0,2 Mio. EUR. Bei den Sachversicherungen veränderte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert nur unwesentlich. Dagegen ist für die Krankenversicherung eine deutliche Steigerung festzustellen.

Bei den Bausparverträgen setzte sich die negative Entwicklung des Vorjahres erneut fort. Das in 2017 abgeschlossene Volumen liegt bei 91,5 Mio. EUR und damit um 15,8 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert.

In Bezug auf die vermittelten Objekte im Geschäft mit der LBS Immobilien GmbH konnte das Vorjahresergebnis leicht gesteigert werden. Insgesamt wurden 118 Objekte durch die Handelsvertreter der Saalesparkasse vermittelt. Der durchschnittliche Kaufpreis je Objekt verringerte sich im gleichen Zeitraum geringfügig auf 105,4 TEUR. Die in 2017 erzielten Courtagen aus Kaufobjekten betragen 1,1 Mio. EUR.

2.9 Vertrieb und Produkte

Mehrere unabhängige Tests kamen zu dem Ergebnis, dass die beste Beratung und den besten Service in Halle im Jahr 2017 die Saalesparkasse in ihrem Geschäftsgebiet angeboten hat. Die hervorragende Beratungsqualität wurde durch insgesamt sieben verliehene Auszeichnungen bestätigt. Dazu zählte u. a. der Sieg im Bankentest der Zeitschrift „Die Welt“ in den Kategorien Beratung Privatkunden, Firmenkunden, Private Banking und der Baufinanzierung. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Saalesparkasse mit ihrer ganzheitlichen Finanzkonzeptberatung qualitativ hochwertige Beratung anbietet, bei der die Beratung auf die Bedürfnisse der Kunden mit einem ausgeglichenen Anlageportfolio ausgerichtet ist.

Die anhaltende Niedrigzinsphase begrenzte das Produktangebot der Saalesparkasse für Geldanlagen weiterhin. Neben der anhaltenden Entwicklung zur kurzfristigen Geldanlage, nutzen die Kunden weiterhin die Anlagemöglichkeiten am Kapitalmarkt mittels Investmentfonds, strukturierter Wertpapiere und Angeboten der Öffentlichen Versicherung Sachsen-Anhalt.

Im Bereich der Sichteinlagen erforderte die Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank gegensteuernde Maßnahmen. Seit April 2017 vereinbart die Saalesparkasse ein Verwahrentgelt auf Giro- und Tagesgeldkonten mit gewerblichen Kunden. Als Referenzwert kommt ausschließlich der jeweils aktuelle Satz der EZB-Einlagenfazilität zur Anwendung. Dabei gewähren wir unseren Kunden einen Freibetrag in Höhe von 1,0 Mio. Euro auf ihre Guthaben. Unserer sozialen Verantwortung werden wir gerecht, indem wir unsere Kommunen, Stiftungen und eingetragene Vereine aktuell nicht mit einem Verwahrentgelt belasten.

Im Aktivbereich war der Kundenwunsch ungebrochen, sich die niedrigen Zinsen möglichst lange zu sichern. Ausreichende Möglichkeiten für Immobilienkunden schaffen die Sparkassen-Baufinanzierung mit Zinsbindungsfristen bis 15 Jahre, die Produktangebote der LBS und das hauseigene Forward-Darlehen.

Das Sparen mit der PS-Lotterie erfreute sich unverändert hoher Beliebtheit. Im Jahresverlauf entfielen mehrere Gewinne auf die Kunden der Saalesparkasse. Sie konnten sich beispielsweise über Karibik-Kreuzfahrten, ein E-Bike, zusätzliches Haushaltsgeld und einen Bargewinn in Höhe von 25.000 Euro freuen.

Nach wie vor ist das flächendeckende Filialnetz der wichtigste Vertriebskanal der Saalesparkasse. Deshalb hat die Saalesparkasse im Jahresverlauf das Filialnetz weiter den aktuellen Anforderungen angepasst. Es wurden drei Filialen (Am Gastronom, Lutherbogen und Wettin) und zwei SB-Standorte (Rothenburg und Große Steinstraße in Halle) umfassend modernisiert. Als Ersatz für die Filiale Giebichenstein wurde am 29. Mai 2017 der Neubau Filiale Kröllwitz eingeweiht.

Das sich ändernde Kundenverhalten erfordert eine nahtlose Verzahnung aller Vertriebskanäle und Services mit klarem Fokus auf unsere Kunden. Mit der neuen Anwendung „OSPlus_neo“, die im Jahr 2017 in der Saalesparkasse eingeführt wurde, können alle Kanäle auf die einfachen und am Kundenbedarf ausgerichteten Prozesse zurückgreifen. Die neue Benutzeroberfläche, die anschaulich aufgebaut sowie einfach und intuitiv bedient werden kann, führt nun Kundenberater und Kunde gemeinsam durch die Beratung. Der Kunde wird direkt einbezogen und kann zusehen, welche Informationen von ihm gespeichert werden. Das schafft Vertrauen. Weiterhin kann der Kunde bestimmte Aktionen in der Internetfiliale beginnen und bei Bedarf gemeinsam mit seinem Kundenberater beenden.

In den letzten Jahren wurde das Angebot rund um das Girokonto kontinuierlich ausgebaut, beispielsweise mit Einführung der Wunsch-PIN für Sparkassen-Cards und Kreditkarten, die Weiterentwicklung der ausgezeichneten Sparkassen-Apps, dem Angebot von paydirekt und dem Elektronischen Postfach, das kontaktlose Bezahlen mit girogo oder seit 2017 mit girocard kontaktlos / Kreditkarte kontaktlos. Um dies auch zukünftig zu ermöglichen, wurden zum ersten Mal seit 2008 die Preise im Giroverkehr angepasst. Seitdem konnten die Entgelte trotz steigender Kosten für die Saalesparkasse stabil gehalten werden (bei den Kreditkartenpreisen lag die letzte Anpassung ca. 20 Jahre zurück). Mit der sich an den Kosten orientierenden Preisanpassung bietet die Saalesparkasse auch zukünftig Bankdienstleistungen mit Sicherheit und in ausgezeichneter Qualität.

Parallel hierzu wurde das Leistungsspektrum der Kartenpakete deutlich ausgeweitet. Beispiele dafür sind die kostenfreie Verfügung von Bargeld mit unseren Gold-Kreditkarten am Geldautomaten im Ausland oder die Nutzung eines Shopping- und Reiseportals mit exklusiven Vorteilsangeboten.

Der mediale Vertrieb gewinnt weiter an Bedeutung. Der Anteil der Kunden, die über einen Online-Banking-Zugang verfügen, ist weiter gewachsen. Das elektronische Postfach wird zunehmend zu einem wichtigen Kommunikationskanal.

Die Onlineberatung der Saalesparkasse, die direkt@saalesparkasse, verbindet die persönliche Beratung mit der Flexibilität des Internets und bringt seit März 2017 den Berater online nach Hause zum Kunden – zu erweiterten Beratungszeiten, per Telefon, per Text- oder Videochat und ausschließlich an diesen Technologien interessierten Kundenkreis.

2.10 Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung

Zu den Besonderheiten unseres Geschäftsmodells zählt ein tief in unserem Selbstverständnis verwurzelt Verantwortungsfühl für die Region, in der wir tätig sind, und für die Menschen, die hier leben. Diese Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl ist der Kern des öffentlichen Auftrags der Saalesparkasse. Er prägt unsere Haltung und unser Handeln. Zu diesem Auftrag gehören die finanzwirtschaftliche Grundversorgung der Bevölkerung, die Förderung der privaten Eigenvorsorge, die kreditwirtschaftliche Begleitung mittelständischer Unternehmen, die Sicherung von Wettbewerb und Systemstabilität sowie die Förderung des Gemeinwesens.

Seit nun fast 200 Jahren handelt die Saalesparkasse so mit Augenmaß und Weitblick, setzt auf langfristigen Werterhalt statt auf kurzfristige Gewinnmaximierung.

Stabilität fördert die Saalesparkasse aber auch mit ihrem gesellschaftlichen Förder-Engagement. Dabei ist das Spektrum der Sparkassen-Aktivitäten riesig. So konnten zahlreiche Initiativen für Bildung und Wissenschaft, Soziales, Wirtschaftsförderung, Kultur und Sport mit insgesamt mehr als 3,4 Mio. Euro unterstützt und auf den Weg gebracht werden. Dass wir dabei Wert auf Nachhaltigkeit und Kontinuität legen, zeigen beispielhaft die langjährigen Partnerschaften mit der Carl-Loewe-Gesellschaft in Löbejün, dem Verein Alte Brennerei in Niemberg, dem Europäischen Romanikzentrum und der Burg Querfurt sowie der Stiftung Händelhaus, der Stiftung Moritzburg und dem Zoologischen Garten in Halle.

Im sportlichen Bereich konzentriert sich die Saalesparkasse traditionell auf die Förderung des Nachwuchs- und Breitensports. Zahlreiche Fördervereinbarungen mit Sportvereinen der Region sind ein deutlicher Beleg für die Absicht, die Förderaktivitäten möglichst vielen Menschen zugute kommen zu lassen. Darüber hinaus begleiten wir die unterschiedlichsten sportlichen Events in unserer Region. Ob beim Neujahrslauf in Merseburg, den Lions Benefizläufen, dem Halloren-Pokal im Turmspringen, den Halleschen Werfertagen, den Beachvolleyball-Landesmeisterschaften oder den Motocross-Weltmeisterschaften in Teutschenthal – die Saalesparkasse ist für die Region immer am Start. Natürlich zählt aber auch die Unterstützung von Leuchttürmen aus dem Leistungssportbereich zum Engagement. Hier engagiert sich die Saalesparkasse für den Halleschen Fußballclub e.V., die Eishockeymannschaft „Saale-Bulls“, die Volleyballer des Chemie Volley Mitteldeutschland e.V., die Handballerinnen des SV UNION Halle-Neustadt e.V. sowie die Basketballerinnen des SV Halle Lions e.V.

Eine weitere Säule des breiten gesellschaftlichen Förderengagements stellt die Stiftung der Saalesparkasse dar, die auch im Jahr 2017 Vorhaben anderer gemeinnütziger Initiativen und Vereine förderte, wie zum Beispiel die FUNUS Stiftung und den Halleschen Kunstverein e.V. sowie den Kunstpreis der Stiftung der Saalesparkasse.

2.11 Ressourcen

Zum 31. Dezember 2017 waren in der Saalesparkasse 707 bankspezifisch Beschäftigte tätig. Damit hat sich der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr verringert. Der Bestand an 266 Teilzeitkräften ist gegenüber dem Vorjahr höher. Im Berichtsjahr haben 14 Auszubildende am 1. August 2017 ihre Ausbildung begonnen. Zum Stichtag werden 36 Auszubildende zum/r Bankkaufmann/-frau ausgebildet. 40 Mitarbeiter befinden sich zurzeit in der Arbeitsphase der Altersteilzeit.

Gut ausgebildete und kompetente Mitarbeiter sind der Garant für Kundenzufriedenheit, Sicherung der Marktposition und Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden deshalb im Berichtsjahr 0,5 Mio. EUR aufgewendet.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Investitionen zur Modernisierung und zum Umbau bestehender Bausubstanz sowie zur Erweiterung der Technik und zur Systemunterstützung mit einem Gesamtbetrag von nahezu 1,8 Mio. EUR vorgenommen.

Zur Intensivierung der Betreuungsqualität wird ein besonderes Augenmerk auf die stetige Aktualisierung der Beratungs- und Systemunterstützung in allen unseren Filialen gelegt.

Über das Netz der Kundenselbstbedienungsgeräte, bestehend aus 118 Geldausgabeautomaten, 109 Kontoauszugsdruckern und 18 Überweisungsterminals, wurden im Geschäftsjahr 2017 rund 10,1 Mio. Transaktionen getätigt, wobei an den Geldausgabeautomaten rund 1.004,5 Mio. EUR verfügt wurden.

Um die Saalesparkasse vor dem Hintergrund des aktuellen Zinsniveaus sowie der demographischen Entwicklung weiterhin zukunftsfähig zu machen, werden kontinuierlich Maßnahmen zum Kostenmanagement fortgeführt, um die Verwaltungsaufwendungen in den kommenden Jahren im begrenzten Rahmen zu halten.

3 Vermögenlage der Saalesparkasse

Die Saalesparkasse verfügt über eine solide Kapitalausstattung, die hinreichend Spielraum für die geplanten Geschäftsaktivitäten bietet. Mit der Feststellung des Jahresabschlusses und der Zuführung des Bilanzgewinnes wird die Sicherheitsrücklage 205,0 Mio. EUR (4,6% der Bilanzsumme) betragen.

Insgesamt belaufen sich die Eigenmittel der Saalesparkasse zum Jahresende 2017 unter Berücksichtigung einer Abzugsposition von 0,3 Mio. EUR für immaterielle Anlagegüter auf 383,0 Mio. EUR. Diese bestehen vollständig aus Kernkapital. Neben dem bilanziell ausgewiesenen Eigenkapital verfügt die Saalesparkasse über weitere Eigenkapitalbestandteile. Die Gesamtkapitalquote nach Capital Requirements Regulation (CRR) lag per 31.12.2017 mit 15,1% über dem von der Bankenaufsicht für 2017 vorgeschriebenen Mindestwert. Dabei hat die Saalesparkasse neben den Mindestkapitalanforderungen gemäß CRR (8,0%) auch die von der BaFin angeordneten zusätzlichen Kapitalanforderungen gemäß Supervisory Review and Evaluation Process (2,0%) sowie die Kapitalpufferanforderungen gemäß § 10c KWG (Kapitalerhaltungspuffer) und § 10d KWG (antizyklischer Kapitalpuffer) einzuhalten. Die Mindestanforderung beträgt inklusive des ab 30.09.2017 für die Saalesparkasse individuell festgelegten Supervisory Review and Evaluation Process-Aufschlages und der Kapitalpufferanforderungen für 2017 11,25% und wurde somit eingehalten.

Auch die darüber hinaus mit Schreiben vom 11. Dezember 2017 mitgeteilte aufsichtliche Eigenmittelzielkennziffer zur Abdeckung von Risiken in Stresssituationen in Höhe von 3,75% wurde durch die aktuelle Kapitalausstattung eingehalten.

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 49,0% (Vorjahr 46,7%) der Bilanzsumme (BS) und die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere mit 33,4% (Vorjahr 37,7%) der BS die bedeutendsten Posten dar.

Auf der Passivseite wird die Kapitalstruktur von den Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden) mit 83,4% (Vorjahr 81,9%) der BS dominiert. Darüber hinaus erstrecken sich die Refinanzierungsmittel der Saalesparkasse auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (4,2%), die im Vorjahresvergleich (6,6%) aufgrund eines geringeren Refinanzierungsbedarfes nochmals leicht gesunken sind.

Geschäfte im eigenen Management der Saalesparkasse wurden ausschließlich in Euro getätigt. Zudem wurden im Geschäftsjahr 2017 Geschäfte in Produkten mit derivativem Charakter getätigt. Im Eigenanlagengeschäft wurde ein weiteres Swapgeschäft zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen, eine Sicherungsbeziehung endete planmäßig.

Die Ansätze der Aktiv- und Passivpositionen in der Bilanz entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit den zum Jahresultimo 2017 vorgenommenen Einzelbewertungsmaßnahmen, die auch die Bildung von Rückstellungen beinhalten, ist den erkennbaren Risiken und Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden. Die Saalesparkasse hat ihren Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens werden die Anschaffungskosten bzw. die fortgeführten Buchwerte angesetzt. Die übrigen Vermögensgegenstände sind vorsichtig bewertet. Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag sowie Rückstellungen mit ihrem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere im Wertpapierbestand, bestehen stichtagsbezogen erhebliche Kursreserven sowie saldierte schwebende Gewinne aus Schuldscheindarlehen. Außerdem besteht zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges zusätzlich eine Vorsorge nach § 340f HGB.

Die Kapitalausstattung der Saalesparkasse sehen wir als solide an. Die Vermögenslage ist geordnet.

4 Finanzlage der Saalesparkasse

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Berichtsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geforderte Kennzahl gemäß Liquiditätsverordnung wurde stets eingehalten.

Die zur Erfüllung der Mindestreservebestimmungen vorgeschriebenen Guthaben wurden bei der zuständigen Filiale der Deutschen Bundesbank unterhalten. Die von der Norddeutschen Landesbank (NORD/LB) eingeräumte Kreditlinie wurde dispositionsbedingt teilweise in Anspruch genommen.

Die Finanzlage ist geordnet.

5 Ertragslage der Saalesparkasse

Die nachstehende Ergebnisdarstellung orientiert sich an der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise.

Position	31.12.2017 in Mio. EUR	in % der DBS	in % der DBS LSA*	31.12.2016 in Mio. EUR	in % der DBS	in % der DBS LSA
Zinsüberschuss	81,3	1,88	2,02	87,9	2,07	2,17
Provisionsüberschuss	34,2	0,79	0,75	26,0	0,61	0,70
Sonstige betriebliche Erträge	2,5	0,06	0,04	2,4	0,06	0,04
Verwaltungs- aufwendungen	-69,0	-1,60	-1,67	-72,5	-1,71	-1,78
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2,4	-0,06	-0,03	-2,1	-0,05	-0,03
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern	46,6	1,08	1,11	41,7	0,98	1,10
Bewertungsergebnis	27,6	0,64	-0,01	-4,7	-0,11	-0,25
Neutrales Ergebnis	-4,5	-0,10	-0,01	-9,2	-0,22	-0,10
Ertragsteuern	-11,3	-0,26	-0,33	-10,3	-0,24	-0,29
Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	-56,4	-1,31	-0,69	-15,4	-0,36	-0,39
Jahresüberschuss	2,1	0,05	0,06	2,1	0,05	0,06

* Vergleichszahlen: Auswertung Betriebsvergleich vom 22.02.2018

Abkürzungen: DBS – Durchschnittliche Bilanzsumme
LSA – Land Sachsen-Anhalt

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Der im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 Mio. EUR bzw. um 7,5% geringere Zinsüberschuss ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Saalesparkasse. Der Planwert konnte leicht übertroffen werden, wobei die Abweichung insbesondere auf einen höheren Zinsertrag aus dem Depot A zurückzuführen ist. Gegenüber der ursprünglichen Neugeschäftsplanung konnten höhere Zinsaufschläge sowie höhere Ausschüttungen aus Spezialfonds erzielt werden.

Die im Vergleich zum Vorjahr mit 96,2 Mio. EUR (Vorjahr: 103,1 Mio. EUR) deutlich geringeren Zinserträge liegen insbesondere im wesentlich geringeren Wiederanlagezins bei Depot-A-Geschäften begründet. Die im Vergleich zum Vorjahr mit 9,8 Mio. EUR (Vorjahr: 10,7 Mio. EUR) ebenso verminderten Zinsaufwendungen resultieren überwiegend aus Fälligkeiten höherverzinslicher Kundeneinlagen.

Für die Saalesparkasse ergab sich auf der Grundlage der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) eine gegenüber dem Vorjahr leicht geringere Zinsspanne von 1,88%, die sich damit auch unter dem Landesdurchschnitt der Sparkassen in Sachsen-Anhalt (2,02%) befindet. Aufgrund des gegenüber der Planung höheren Zinsüberschusses bewegt sich die Zinsspanne über dem Planwert.

Der Provisionsüberschuss lag deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Darüber hinaus bewegte er sich auch leicht über dem geplanten Wert (31,8 Mio. EUR). Die größten Ergebnisbeiträge resultieren aus den Entgelten im Privatgiroverkehr und dem Wertpapiergeschäft. Der Provisionsertrag aus den Geschäften mit Privatkunden konnte nach einer Anpassung der Giromodelle im Privatkundengeschäft im Jahr 2017 die geplanten Werte leicht übertreffen. Darüber hinaus führte das Wertpapier-Leihgeschäft zu einem Ergebnis in Höhe von 0,9 Mio. EUR, welches die getroffene Planvorgabe in Höhe von 0,5 Mio. EUR erneut kräftig überschritt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge, die sich wie im Vorjahr insbesondere aus Grundstücks- und Gebäudeerträgen sparkasseneigener Immobilien zusammensetzen, bewegen sich leicht über dem Planwert (2,4 Mio. EUR).

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr vermindert, sie bewegen sich damit durch einen geringeren Sachaufwand leicht unter dem Planwert (71,3 Mio. EUR). Die Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung betragen 43,8 Mio. EUR (1,01% der DBS) und bewegen sich damit leicht unter dem Planungsniveau. Der Sachaufwand liegt bei 25,2 Mio. EUR (0,58% der DBS) und bewegt sich damit leicht unter der Planvorgabe. Verringerungen gegenüber dem Plan sind vor allem in den Bereichen Werbeaufwand, EDV-Aufwand sowie beim Aufwand für Geschäftsräume zu verzeichnen, wobei leichte Erhöhungen insbesondere beim Aufwand für Grundstücke und Gebäude sowie beim Aufwand für Betriebs- und Geschäftsausstattung festzustellen sind.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern hat sich um 4,9 Mio. EUR oder 11,8% gegenüber dem Vorjahresergebnis erhöht. Damit liegt die Saalesparkasse auch deutlich über dem Planwert (39,0 Mio. EUR).

Insgesamt hat sich das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Bruttoertrag (Cost-Income-Ratio) mit 59,7% um 3,8 Prozentpunkte verbessert (Vorjahr 63,5%). Gegenüber dem Planwert ist ebenso eine wesentlich positivere Entwicklung zu verzeichnen (64,7%).

Unter Berücksichtigung der Gewinne und Verluste aufgrund von Fälligkeiten und der Veräußerung von Wertpapieren sowie des Ergebnisses aus der Saldierung von Abschreibungen und Zuschreibungen ergibt sich ein positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von +35,1 Mio. EUR (+0,81% der DBS). Die deutlich positivere Entwicklung gegenüber dem Planwert (-6,9 Mio. EUR) resultiert insbesondere aus der Auflösung eines Spezialfonds.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft bewegt sich mit -1,5 Mio. EUR im negativen Bereich und hat sich damit im Vergleich zum positiven Wert im Vorjahr wesentlich verschlechtert. Der Planwert von in Höhe von -5,0 Mio. EUR wurde jedoch unterschritten.

Das sonstige Bewertungsergebnis (-6,0 Mio. EUR) hat sich gegenüber dem von Sonderfaktoren geprägten Ergebnis im Vorjahr (-11,7 Mio. EUR) verbessert. Aufgrund der erneut erforderlichen Bewertung einer mittelbaren Beteiligung, die über den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt gehalten wird, ist gegenüber dem Planwert für 2017 eine deutlich negativere Entwicklung zu verzeichnen.

Das Bewertungsergebnis insgesamt stellt sich mit +27,6 Mio. EUR positiv dar und hat sich gegenüber dem Niveau des Vorjahres (-4,7 Mio. EUR) stark verbessert. Im Vergleich mit dem leicht negativen Landesdurchschnitt ist das Bewertungsergebnis der Saalesparkasse insgesamt wesentlich positiver.

Das neutrale Ergebnis hat sich mit -4,5 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr (-9,2 Mio. EUR) deutlich verbessert. Grund für diese Entwicklung ist der wesentlich geringere neutrale Aufwand, der im Vorjahr von verschiedenen Sondereffekten gekennzeichnet war.

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,048%.

Zur Stärkung der Kernkapital- und Gesamtkapitalquote (Basel III) wird der Bilanzgewinn in Höhe von 2,1 Mio. EUR mit der Feststellung des Jahresabschlusses der Sicherheitsrücklage zugeführt. Darüber hinaus wird der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB um 56,4 Mio. EUR auf 236,8 Mio. EUR aufgestockt.

6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse

Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Saalesparkasse über eine Ertragskraft, die es ihr erlaubt, das für die weitere Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften.

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr gewährleistet. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind aus der Bilanzstruktur nicht erkennbar.

Insgesamt beurteilen wir die Vermögens- und Finanzlage sowie die Ertragslage im Geschäftsjahr als zufrieden stellend.

7 Risikomanagement der Saalesparkasse

7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten

Geschäfte mit Finanzinstrumenten sind der wesentliche Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse. Die Saalesparkasse erwirbt Kundeneinlagen und Gelder von Kreditinstituten und investiert diese in Vermögenswerte, um entsprechende Margen zu erwirtschaften. In diesem Sinne gibt die Saalesparkasse vorhandene Mittel an Kunden und Kreditinstitute oder investiert in Beteiligungen, in Spezial- und Publikumsfonds sowie in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen öffentlicher Haushalte, aber auch von Kreditinstituten und Unternehmen. Diese Aktivität schließt nicht nur bilanzwirksame Geschäfte ein, sondern auch nicht bilanzwirksame wie Avale, Garantien und Kreditzusagen.

Die Saalesparkasse bevorzugt grundsätzlich den Einsatz von Kassainstrumenten. Zur Sicherung von Einzelgeschäften oder im Rahmen der Absicherung einer größeren Anzahl von Geschäften kann die Saalesparkasse jedoch auch derivative Finanzinstrumente einsetzen. Im Produktkatalog der Saalesparkasse sind dafür Zinsswaps aufgeführt.

Zu Steuerungs- und Sicherungszwecken erfolgte im Geschäftsjahr 2017 der Einsatz von Derivaten in Form von Zinsswaps. Der Abschluss eines weiteren Zinsswapgeschäftes erfolgte zur Reduzierung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch, ein Zinsswapgeschäft wurde fällig. Nähere Angaben sind dem Anhang aus der Übersicht zu den derivativen Finanzgeschäften zu entnehmen.

Geschäfte in Fremdwährung bestehen im Rahmen unserer Anlagen in Spezialfonds.

7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement

7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden

Die nachhaltige Gewährleistung einer stetigen Ertragskraft bei gleichzeitiger Sicherung des Vermögens der Saalesparkasse zur Erfüllung des gesetzten Unternehmenszwecks sind die Grundprinzipien der Geschäftspolitik der Saalesparkasse. Dabei nimmt ein aktives Risikomanagement einen hohen Stellenwert ein.

Das Risikomanagement umfasst Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse und ist Bestandteil der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation der Saalesparkasse. Ziel des Risikomanagements ist die Optimierung des Erfolgs vor dem Hintergrund des eingegangenen Risikos.

In der Saalesparkasse kommt das bewährte strategiebasierte Risikomanagementsystem zur Anwendung, welches im Sinne der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterentwickelt wird. Grundlage bilden dabei eine vom Vorstand formulierte Geschäftsstrategie sowie nachgelagerte Teilrisikostrategien. In der Geschäftsstrategie der Saalesparkasse wurden für das Jahr 2017 folgende quantitative und qualitative strategische Ziele verankert:

Quantitative strategische Ziele:

- Erzielen einer angemessenen Aufwands-Ertrags-Relation
- Erzielen einer angemessenen bilanziellen Eigenkapitalrentabilität vor Steuern
- Gewährleistung einer stabilen Entwicklung der Bilanzsumme
- Bewusstes Eingehen von Risiken unter Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in den steuerungsrelevanten Szenarien bei Einhaltung der Mindestkapitalanforderungen
- Stetige Stärkung des bilanziellen Eigenkapitals durch maximal mögliche Gewinnthesaurierung zur Sicherstellung der regulatorischen Anforderungen erforderlichen Kapitalausstattung
- Halten bzw. Ausbau des Marktanteils im Privatkundenmarkt, Volumenausweitung im Firmenkundenmarkt

Qualitative strategische Ziele:

- Sicherstellung der kreditwirtschaftlichen Versorgung im Geschäftsgebiet
- Qualitätssicherung in Bezug auf Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit
- Ausrichtung der Vertriebsstrukturen und -kanäle an Kundenbedürfnissen und Rentabilität
- Reduzierung der personellen sowie technisch-organisatorischen Ressourcen
- Zusammenarbeit mit Dienstleistungs- und Kooperationspartnern

Die einzelnen Geschäftsfelder werden unabhängig von der Geschäftsverteilung auf die einzelnen Vorstände vom Gesamtvorstand verantwortet. Er legt die Strategien für die betriebswirtschaftliche Steuerung der Saalesparkasse fest. Die Risikostrategie soll dabei gewährleisten, dass die Risiken, die aus den in der Geschäftsstrategie genannten Geschäften resultieren, auch getragen werden können. Im mindestens jährlichen Rhythmus überprüft der Vorstand die Strategien und passt diese gegebenenfalls an. Die Strategien werden dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert. Die Erörterung bezieht sich dabei auch auf mögliche Ursachen im Falle festgestellter Abweichungen von strategischen Zielen. Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 war die Einhaltung der festgelegten strategischen Ziele sichergestellt.

Die Saalesparkasse teilt ihre Bankgeschäftsrisiken in die Risikokategorien Marktpreis-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiko sowie Operationelles Risiko und Strategisches Risiko ein.

Innerhalb dieser Risikokategorien sind als wesentliche Risikoarten des Bankgeschäftes in der Risikostrategie das Zinsspannenrisiko und das Marktpreisrisiko Depot A (einschließlich Zinsänderungsrisiken), das Kreditrisiko und das Adressenrisiko Depot A, das Beteiligungsrisiko, das Operationelle Risiko sowie das Vertriebsrisiko aus dem Dienstleistungsgeschäft definiert und werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit limitiert. Darüber hinaus gilt das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos als wesentliches Risiko. Dieses wird jedoch aufgrund seines Charakters nicht über die Risikotragfähigkeit limitiert. Die Festlegung der wesentlichen Risikoarten erfolgt im Rahmen einer Risikoinventur, die Bestandteil des jährlichen Strategieprozesses zur Unternehmensplanung ist. Die Einführung einer neuen Methodik zur Risikoinventur in 2017 umfasst ab dem Geschäftsjahr 2018 Veränderungen in der Struktur der Risikoarten und –kategorien sowie den Risikodefinitionen mit Überleitung in die Risikotragfähigkeitsrechnung.

Für die Umsetzung der Strategien bei der Durchführung der Geschäfte stellt der Gesamtvorstand den hierarchisch unterstellten Organisationsebenen seine Maßgaben in Rahmenanweisungen für die Geschäftsbereiche Vertrieb, Kreditgeschäft, Beteiligungs- und Handelsgeschäft, Steuerung, Betrieb und Liquiditätsrisiken zur Verfügung.

In der Saalesparkasse wird unter dem Begriff „Risiko“ die Verlust- oder Schadensgefahr definiert, die entsteht, wenn eine erwartete zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar Existenz bedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Vermögens wird nicht als Risiko angesehen. Für das Geschäftsjahr 2018 hat die Saalesparkasse einen Wechsel des Risikobegriffs vorgesehen. Das Risiko wird demnach zukünftig vereinfachend als negative Abweichung von einem Erwartungswert bzw. als negative Abweichung von einem erwarteten Wert definiert.

Zielsetzungen des Managements von Risiken sind deren Identifizierung, die Bewertung, das Reporting, die Steuerung und die Überwachung innerhalb der Saalesparkasse. Dabei können festgestellte Risiken über deren Vermeidung, Reduzierung, Akzeptanz oder den Transfer des Risikos an Dritte gesteuert werden.

Im Vordergrund des Risikomanagements der Saalesparkasse steht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen eines Risikotragfähigkeitskonzeptes. Jährlich sowie anlassbezogen erfolgen die Überprüfung und bei Bedarf die Anpassung der Risikotragfähigkeitskonzeption, der zugrunde liegenden Annahmen und Methoden zur Berücksichtigung der wesentlichen Risikoarten.

Die Risikosteuerung beginnt mit der Feststellung der Risikotragfähigkeit nach handelsrechtlicher Definition im Rahmen der jährlichen, revolvingierenden Unternehmensplanung. Die Saalesparkasse verfolgt mit ihrer Risikotragfähigkeit einen Going-Concern-Ansatz. Dabei wird sichergestellt, dass der Teil der regulatorischen Eigenmittel, der mindestens zur Erfüllung der bankaufsichtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen incl. harter Kapitalanforderung gemäß SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) notwendig ist, nicht zur Risikoabdeckung bereitgestellt wird. Das nach Abzug für Mindesteigenmittel zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial setzt sich daher aus der aufsichtsrechtlich ungebundenen Sicherheitsrücklage, dem aufsichtsrechtlich ungebundenen Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und dem operativen Ergebnis des Planjahres zusammen.

Entsprechend seiner Risikobereitschaft und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen setzt der Gesamtvorstand die Risikodeckungsmasse des Geschäftsjahres fest. Die Deckung von Risiken erfolgt dabei im Planszenario vorrangig über das operative Ergebnis des Planjahres abzüglich des angestrebten Mindestgewinns (bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern). Soweit langfristig eine Stärkung der gesamten Eigenmittel sichergestellt ist, können auch Teile der nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke gebundenen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB angesetzt werden. Im Risikoszenario erfolgt die Deckung von Verlusten neben dem operativen Ergebnis des Planjahres auch aus Teilen der Vorsorgereserven gemäß § 340f, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB sowie der Sicherheitsrücklage, soweit diese Teile nicht für die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen incl. SREP-Kapitalanforderung notwendig sind.

Die Risikodeckungsmasse wird unter Beachtung der strategischen Zielgröße gemäß Risikostrategie, einer Gesamtkapitalkennziffer von mindestens 9,0% zuzüglich der harten Kapitalanforderung gemäß SREP, bereitgestellt.

Aus der bereitgestellten Risikodeckungsmasse werden Teillimite für die in der Risikotragfähigkeitskonzeption definierten Risikoarten abgeleitet. Dabei handelt es sich um Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft und im Eigenanlagengeschäft (Depot A), die Marktpreisrisiken im Depot A und die Zinsspannenrisiken. Des Weiteren werden auch die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft, die operationellen Risiken sowie Beteiligungsrisiken erfasst.

Der Bestand der Risikodeckungsmasse wird in seiner Entwicklung in geregelten Prozessen überwacht. Die Inanspruchnahme der Limite wird regelmäßig durch das Risikocontrolling auf der Grundlage von Szenarioanalysen überprüft, es werden Limitauslastungen gemessen und gegebenenfalls Limite angepasst. Plan- und Risikoszenarien dienen als steuerungsrelevante Szenarien mit dem Ziel der Sicherstellung des Fortbestandes einer geordneten Geschäftstätigkeit. Mit Hilfe von Stresstests wird zusätzlich analysiert, wie sich außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse auf die Portfolien auswirken. Somit ist sichergestellt, dass die Saalesparkasse auch in Extremsituationen über genügend Eigenkapital verfügt, um die Fortführung der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Durch sogenannte inverse Stresstests wird zudem regelmäßig untersucht, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit der Saalesparkasse gefährden könnten.

Für das Jahr 2018 plant die Saalesparkasse einen methodischen Wechsel im System der Risikotragfähigkeitsrechnung. Dieser sieht ausgehend von der Veränderung des Risikobegriffs auch eine geänderte Ermittlung des Risikodeckungspotenzials sowie der betrachteten Szenarien vor. Dabei werden auch die erwarteten Positionen des Bewertungsergebnisses sowie Steuern bereits vom Risikodeckungspotenzial abgezogen. Ein Planszenario existiert aufgrund der Änderungen nicht mehr und es verbleibt das Risikoszenario als zukünftig steuerungsrelevantes Szenario. Darüber hinaus ändert sich der Betrachtungshorizont der Risikotragfähigkeitsbetrachtungen von der bisherigen Betrachtung zum Jahresultimo des laufenden und des Folgejahres hin zu einer vollständig rollierenden Betrachtung mit einem gleich bleibenden Betrachtungshorizont von 12 Monaten.

Ergänzt wird die Risikotragfähigkeitsbetrachtung um eine mehrjährige Kapitalplanungsrechnung, deren Betrachtungszeitraum sich an dem der allgemeinen Planung orientiert. Ziel ist es, langfristigen Bedarf für internes und regulatorisches Kapital frühzeitig zu identifizieren, damit dieser bei der strategischen Ausrichtung berücksichtigt werden kann. Adverse Entwicklungen werden im Kapitalplanungsprozess angemessen berücksichtigt.

Die angemessene Berücksichtigung von Risikokonzentrationen einschließlich Ertragskonzentrationen im Risikomanagementprozess ist u. a. durch Festlegung von Risikotoleranzen in Form von Limit- und Ampelsystemen sichergestellt.

Die auf Gesamtrisikoebene und auf Ebene der einzelnen wesentlichen Risikoarten installierten Limitsysteme fungieren als 3-Farben-Ampelsysteme und geben über festgelegte Warnschwellen frühzeitig Signal für die Notwendigkeit des Eingriffs durch eine aktive Risikosteuerung. Über Limitüberschreitungen sowie sonstige unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen wird ad-hoc berichtet und Handlungsbedarf aufgezeigt.

Mindestens vierteljährlich erfolgt die Berichterstattung über die Ergebnisse der periodenorientierten Risikotragfähigkeitsüberprüfungen, die Auslastung der Limite und die Kapitalplanungsrechnung an den Gesamtvorstand. Diese Berichterstattung wird darüber hinaus dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

7.2.2 Risikomanagementorganisation

Im Zuge der Entwicklung des Risikomanagementsystems wurden die relevanten Risiken ermittelt und die Instrumente zur Identifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Handbuch Unternehmenssteuerung dokumentiert.

Die als wesentlich definierten Risikoarten werden in der Risikotragfähigkeit dargestellt. Eine Ausnahme stellt dabei das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos dar, welches in der Risikotragfähigkeit nicht explizit als eigene Risikoart berücksichtigt wird, da es aufgrund seines Charakters nicht sinnvoll durch Teile des Risikodeckungspotenzials begrenzt werden kann. Umfangreiche Szenarioanalysen sind jedoch im Rahmen des strategischen Liquiditätsrisikomanagements sichergestellt.

Den Aufgabenbereich des zentralen Risikomanagements hat der Gesamtvorstand auf die organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennte Abteilung Gesamtbanksteuerung übertragen.

Die operative Verantwortung für die Adressenrisikosteuerung ist vom Markt organisatorisch getrennt in der Abteilung Kreditmanagement angesiedelt. Das Risikocontrolling wird von der Abteilung Gesamtbanksteuerung wahrgenommen. Für die Steuerung der Beteiligungsrisiken sind grundsätzlich die gleichen Verantwortlichkeiten wie für die Steuerung der Adressenrisiken festgelegt. In die Initiierung von Beteiligungen ist darüber hinaus auch die Abteilung Treasury / Eigenhandel eingebunden.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement wird durch die Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Meldewesen durchgeführt. Die Verantwortung für das strategische Liquiditätsrisikomanagement liegt bei den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Risikocontrolling.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung. Die Verantwortlichkeit für das dezentrale Management operationeller Risiken liegt bei den Führungskräften in den Organisationseinheiten.

Die Steuerung und Überwachung sowohl der Vertriebs- als auch der Marktpreisrisiken wird ebenso durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung verantwortet. Im Bereich der Marktpreisrisikosteuerung der Handelsgeschäfte wird dabei durch die Zuordnung zu dem von Markt und Handel unabhängigen Bereich dem Prinzip der Funktionstrennung nach MaRisk Rechnung getragen.

Den MaRisk entsprechend wurden eine Risikocontrolling-Funktion und eine Compliance-Funktion eingerichtet. Beide Funktionen sind unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt, haben jedoch kein Weisungs- oder Vetorecht. Darüber hinaus werden Kontrollaufgaben durch die Abteilung Interne Revision wahrgenommen.

Die Saalesparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Gesamtbanksteuerung angesiedelt. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Unterstützung der Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie, bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken sowie der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Darüber hinaus ist die Risikocontrolling-Funktion für die Durchführung der Risikoinventur, die damit verbundene Erstellung des Gesamtrisikoprofils, die laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die regelmäßige Risikoberichterstattung und die Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen verantwortlich.

Die Compliance-Funktion ist innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Vorstandsstab installiert. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Identifizierung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens des Instituts führen kann, die Durchführung einer Risikoanalyse, Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie die Ausübung einer Koordinierungs-, Informations- und Kommunikationsfunktion.

Die Abteilung Interne Revision prüft regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Risikomanagementaktivitäten in der Saalesparkasse und berichtet ihre Prüfungsergebnisse sowie Handlungsempfehlungen unmittelbar an den Gesamtvorstand.

7.3 Risikobetrachtung im Detail

7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken

Unter den Adressenausfallrisiken wird in der Saalesparkasse die Gefahr möglicher Verluste infolge des Ausfalls bzw. der Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern verstanden.

Ihrer Geschäftstätigkeit entsprechend ist für die Saalesparkasse das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft, bei den Eigenanlagen einschließlich der Forderungen an Kreditinstitute und der außerbilanziellen Instrumente (Zinsswaps) sowie bei den Beteiligungen inklusive der sonstigen Vermögensgegenstände von größter Bedeutung.

Die Betrachtung der Adressenausfallrisiken umfasst dabei auch die Länderrisiken. In einer weiten Interpretation wird das Länderrisiko als Summe aller Risiken verstanden, die mit der Gewährung grenzüberschreitender Kapitaldienstleistungen entstehen. Das Länderrisiko ist ein auf einzelne Länder bezogenes, durch die Zahlungsunfähigkeit oder fehlende Zahlungsbereitschaft des Landes hervorgerufenes Risiko, das in der Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich vereinbarter Zins- und Tilgungszahlungen von Marktteilnehmern sowie des Wertverfalls von Wertpapieren oder Derivaten des Landes besteht.

Die Länderrisiken, die auf knapp ein Viertel des gesamten Kreditportfolios entfallen, unterliegen einer regelmäßigen Beobachtung der Saalesparkasse. Die Staaten Frankreich und Österreich stellen Größentreiber dar. Der Schwerpunkt der Anlagen mit Länderrisiken liegt in Wertpapieren von Unternehmen, Staatsanleihen und Kreditinstituten.

Das Engagement in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) beläuft sich zum Bilanzstichtag 31.12.2017 auf insgesamt 179,0 Mio. EUR. Hiervon entfallen auf Kreditnehmer mit Sitz in Italien 101,8 Mio. EUR sowie auf Kreditnehmer mit Sitz in Spanien 37,4 Mio. EUR.

Die Steuerung der Adressenrisiken erfolgt über Limite, die einerseits in Form von Risikolimiten aus der Risikotragfähigkeitsrechnung abgeleitet werden. Andererseits werden in den Rahmenanweisungen Kundenkreditgeschäft sowie Beteiligungs- und Handelsgeschäft Limite für die Geschäfte z. B. in Form von Volumenbegrenzungen je Kreditnehmer oder Asset- bzw. Ratingklasse festgelegt, um eine ausgewogene Diversifikation des Portfolios zu erreichen. Darüber hinaus bestehen für Handelsgeschäfte auch Volumen beschränkende Länderlimite.

Grundlage der Risikoermittlung ist u. a. die regelmäßige Risikoklassifizierung des einzelnen Kreditnehmers bzw. Emittenten (ggf. auch der Emission des Wertpapiers), aus der sich die Ausfallwahrscheinlichkeit ableitet. Dabei erfolgt die Risikoklassifizierung über innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelte Ratingverfahren als auch über die Nutzung externer Ratingnoten bekannter Ratingagenturen.

Das Kreditportfolio wird turnusmäßig nach verschiedenen Strukturmerkmalen (z. B. Ratingklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten) differenziert dargestellt und nach sich daraus ableitenden Risiken bzw. Risikokonzentrationen untersucht.

Die Portfoliostruktur des Kundenkreditgeschäftes, des Depot A sowie der Beteiligungen, die ermittelten Risiken sowie die Limitauslastungen werden vierteljährlich überwacht und die Ergebnisse umfangreich an die Verantwortlichen berichtet. In aggregierter Form erhält der Verwaltungsrat vierteljährlich Auskunft.

> Kundenkreditgeschäft

Um Adressenrisiken frühzeitig begegnen zu können, werden in einem Risikofrüherkennungsprozess private und gewerbliche Kreditnehmer, die mit erhöhten Risiken behaftet sind, identifiziert. Daneben erfolgt eine regelmäßige Bonitätsprüfung aller Kreditnehmer im Rahmen einer Risikoklassifizierung. Die Kreditentscheidung wird in Abhängigkeit von der Kredithöhe, der Kreditart, der Risikoklassifizierung (Einsatz von Scoring- und Ratingverfahren) sowie den eingereichten Sicherheiten getroffen.

Die Risikostruktur der Kundenkredite lässt vertretbare Risiken erkennen und wird als unkritisch eingeschätzt. Mit 92,8% ist der höchste Anteil der ungesicherten Kredite der Risikoklasse I mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Insgesamt 3,7% der ungesicherten Kredite entfallen auf die Risikoklasse II mit höheren Risiken, während die auf die Risikoklasse III entfallenden ungesicherten Kreditteile der Ratingnoten 17 und 18 durch eine Risikovorsorge abgeschirmt sind.

Die in den Kreditüberwachungsprozess integrierten Aufgaben führen neben der laufenden Engagementüberwachung zu einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Risikovorsorge. Die erforderliche Risikovorsorge ist Gegenstand der internen Berichterstattung und umfasst den nicht durch Sicherheiten gedeckten ermittelten Kapitalanteil notleidender sowie ggf. erstmalig Wert zu berichtigender Engagements sowie eine unterjährig ermittelte Vorsorge für latente Risiken (Pauschalwertberichtigung).

Die Adressenausfallrisiken einschließlich sich ergebender Konzentrationsrisiken werden unter Anwendung eines Kreditportfoliomodells überwacht. Wesentliche Einflussfaktoren sind dabei die Höhe der Kredite, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Kreditnehmer bzw. Emittenten. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 99,0% für das gesamte Portfolio ermittelt. Das Kundenkreditportfolio zeigt sich dabei sehr gut diversifiziert. Ergänzt werden diese Auswertungen um vierteljährliche Szenarioanalysen unter Einbindung des Kreditportfoliomodells mit dem Ziel der Hochrechnung der erwarteten Risikovorsorge, wobei auch bestehende Risikokonzentrationen aus der Größenklassen- und Sicherheitenstruktur in der Risikoermittlung Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse dieser Analysen fließen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Saalesparkasse sowie in die vierteljährliche Gesamtbankberichterstattung ein.

Entsprechend den Prognosen für das abgelaufene Geschäftsjahr 2017 erforderten die Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft eine moderate Auslastung des in der Risikotragfähigkeit festgelegten Limits.

Für den Prognosezeitraum wird unter Berücksichtigung des geplanten Wachstums im Kreditgeschäft ein höherer Bewertungsbedarf als der Ist-Wert 2017 erwartet. Aufgrund des Methodenwechsels und der Änderung des Risikobegriffs im System der Risikotragfähigkeit wird nur noch das Risikoszenario limitiert. Das für die kommenden 12 Monate festgelegte Limit im Risikoszenario in Höhe von 8 Mio. EUR für Abweichungen vom Erwartungswert wird voraussichtlich eingehalten.

> Depot A/ Eigenanlagen

Im Depot A werden im Rahmen einer Risikofrüherkennung regelmäßig die Ratings sowie die Spreadentwicklung der Asset-Swap-Spreads überwacht. Bei auffälligen Entwicklungen werden die Ursachen analysiert und die Kursentwicklung verstärkt überwacht. Auch die Positionen des Depot A unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsprüfung mittels einer Risikoklassifizierung.

Die Risikostruktur des Eigengeschäfts zeigt mit einem Anteil von 86,5% im Investment-Grade (Ratingklassen 1-5) sowie 3,6% im Speculative Grade (Ratingklassen 6-15) vertretbare Risiken auf.

Die Anwendung des Kreditportfoliomodells auf das Depot A zur Identifizierung von Konzentrationsrisiken zeigt temporär bestehende Größenkonzentrationen in Bezug auf der S-Finanzgruppe zugehörige Kreditnehmer. Die Saalesparkasse ist sich dieser Konzentrationsrisiken bewusst und toleriert diese aufgrund der bestehenden Sicherungsmechanismen im Rahmen der S-Finanzgruppe, die Gewähr für den Fortbestand der Institute bieten.

Das Adressenrisiko im Depot A umfasst Risiken der Emittenten (Herausgeber von Wertpapieren) bzw. Emission (Wertpapier) und Kontrahenten (Vertragspartner bei Wertpapierleihe).

Zur Abbildung der Adressenrisiken auf Einzelkreditnehmerebene wird für jeden Emittenten und Kontrahenten ein Limit eingeräumt. Darüber hinaus werden zur Steuerung des Emittenten- als auch des Kontrahentenrisikos Risikolimits aus der Risikotragfähigkeit für den Adressenausfall abgeleitet. Die Risikoeermittlung erfolgt unter Berücksichtigung der Kurse einschließlich Stückzinsen sowie der Ausfallwahrscheinlichkeiten. In der Ausfallwahrscheinlichkeit spiegeln sich auch Länderrisiken ausgehend von den Länderratings wider, die damit ebenfalls in die Risikoeermittlung einbezogen werden. Die Länderrisiken erstrecken sich dabei nahezu vollständig auf Positionen aus Ländern des EWR sowie der OECD.

Die Limitauslastung des Emittenten- und Kontrahentenrisikos wird täglich berichtet und das Adressenausfallrisiko des Depot A darüber hinaus regelmäßig in der Risikotragfähigkeit dargestellt, die auch im Rahmen von Szenarioanalysen identifizierte Risikokonzentrationen berücksichtigt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind keine Ausfälle aufgetreten.

Das Limit für das Adressenrisiko Depot A, das aus der Risikotragfähigkeit abgeleitet wird, wurde im Plan- und im Risikoszenario eingehalten.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird unter Berücksichtigung der geplanten Neugeschäfte ein über dem Ist-Wert von 2017 liegendes Adressenausfallrisiko erwartet. Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit im Risikoszenario in Höhe von 15 Mio. EUR wird aus heutiger Sicht voraussichtlich eingehalten.

7.3.2 Management der Marktpreisrisiken

Als Marktpreisrisiken werden mögliche Ertragseinbußen verstanden, die sich aus Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen der Zinssätze, Bonitäts spreads und Kurse sowie aus den hieraus resultierenden Preisänderungen der Derivate ergeben. Zusätzliche Marktpreisrisiken liegen in den Positionen, deren Marktgängigkeit begrenzt ist. Das Zinsänderungsrisiko ist ein Teil der Marktpreisrisiken. Es besteht im potenziellen Verlust aufgrund nachteiliger Änderungen der Zinssätze oder Zinsvolatilitäten.

Die Marktpreisrisikosteuerung der Saalesparkasse erfolgt für das Bankbuch durch den Vorstand. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Überwachung der Zinsänderungsrisiken, die aus Fristeninkongruenzen bzw. inkongruentem Zinsanpassungsverhalten von Passivgeschäften gegenüber den Aktivgeschäften entstehen.

Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung am Bewertungs- oder Realisationsstichtag zu Verlusten führen. Das Zinsänderungsrisiko kann sich sowohl in einem niedrigeren Zinsüberschuss (Zinsspannenrisiko) als auch in einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft niederschlagen.

Die Marktpreisrisiken werden sowohl periodisch als auch wertorientiert betrachtet. Steuerungsrelevant ist dabei die periodische Sichtweise. Auf Basis hausindividueller Planungen bzw. Prognosen zur Zins-, Margen- und Bilanzstrukturentwicklung werden mindestens vierteljährlich Simulationen zur Messung, Steuerung und Überwachung des Zinsänderungsrisikos durchgeführt. Für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung haben wir mit Hilfe des Modells der gleitenden Durchschnitte geeignete Annahmen abgeleitet.

Zusätzlich werden in einer nicht steuerungsrelevanten Weise die Zinsänderungsrisiken der Saalesparkasse mit ihrer Auswirkung auf den barwertigen Vermögenswert der Saalesparkasse über den Value-at-Risk quantifiziert. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht besagen, dass Institute die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung von aktuell +200 Basispunkten und -200 Basispunkten auf den Barwert zu überprüfen haben. Die Barwertänderung im Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln ergibt den Zinsrisikokoeffizienten. Institute, die als Ergebnis der Berechnungen einen Zinsrisikokoeffizient größer als 20,0% aufweisen, gelten als Kreditinstitute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Der Zinsrisikokoeffizient der Saalesparkasse lag Ende Dezember 2017 bei 11,9% und damit unterhalb von 20,0%. Der Maximalwert wurde im Juli 2017 mit 18,4% ausgewiesen.

Die Marktpreisrisiken im Depot A und das Zinsspannenrisiko werden von ihrer Ausprägung als bedeutsam angesehen. Zu Beginn des Jahres 2017 bestanden 22 Sicherungsgeschäfte. Im Jahresverlauf wurde ein weiterer Zinsswap als Sicherungsgeschäft abgeschlossen, ein Zinsswap wurde fällig. Bei den zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Swaps wird im Rahmen eines Micro-Hedges das Zinsänderungsrisiko der Anleihen bzw. der Schuldscheindarlehen durch den Abschluss des Zinsswaps abgesichert.

Die für 2017 geplante Zinsspanne konnte trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus auch durch aktive Steuerungsmaßnahmen noch übertroffen werden. Die Duration im Depot A veränderte sich nur geringfügig und liegt damit weiterhin auf dem Niveau des Vorjahres. Für die im Anlagevermögen der Saalesparkasse befindlichen Wertpapiere wird das gemilderte Niederstwertprinzip angewandt.

Die Risikopositionen der Handelsgeschäfte, die damit verbundenen Risiken sowie die realisierten und schwebenden Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) werden handelstäglich für das Anlagebuch, das Handelsbuch und das Gesamt-Depot ermittelt. Die Ergebnisse werden den entsprechenden Risikolimiten gegenübergestellt, wodurch die Limitauslastungen bestimmt werden. Die in den Eigenhandel eingebundenen Bereiche werden täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite, den handelsrechtlichen Gewinn/Verlust sowie die betriebswirtschaftlichen Marktpreisrisiken der Portfolien informiert.

Für die Überwachung der betriebswirtschaftlichen Marktpreisrisiken der Handelsgeschäfte werden in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen (Risikoszenario, Stressszenario) durchgeführt. Die Basis hierfür bilden die verschiedenen Risikoarten (Zinsänderungsrisiko, Spreadrisiko, Aktienkursrisiko, Währungsrisiko, Optionsrisiko), soweit sie im aktuellen Portfolio auftreten können. Ausgehend von der historischen Entwicklung werden mögliche negative Entwicklungen für jeden Risikotreiber statistisch ermittelt und die Auswirkungen auf die Bestände für jedes Teilrisiko separat bestimmt. Die Teilrisiken werden bei der Aggregation summiert.

Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögenspositionen der Handelsgeschäfte der Saalesparkasse. Die Geschäftsführung und die im Eigenhandel verantwortlichen Bereiche werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen umfassend informiert. Die in den Analysen verwendeten Zinsszenarien werden ebenfalls mit ihrer Wirkung auf das Zinsergebnis simuliert. Die Effekte werden als Zinsspannenrisiko quantifiziert. Hierfür werden angemessene Limite vorgehalten.

Die Saalesparkasse lässt einen Teil ihres Wertpapiervermögens im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Die Anlagerichtlinien werden durch die Saalesparkasse vorgegeben und in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Anlageausschusses überprüft. Die primäre Steuerung dieser Fonds obliegt dem Fondsmanagement. Durch die von den Fondsgesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen ist sichergestellt, dass die Fonds in den Risikoüberwachungsprozess eingebunden sind. Des Weiteren werden die Mandate in angemessener Art und Weise von den jeweiligen Fachbereichen begleitet.

Die Risikosituation in Bezug auf Marktpreisrisiken stellt sich zum Bilanzstichtag 31.12.2017 unkritisch dar. Das in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit für Marktpreisrisiken im Depot A und das Limit für das Zinsspannenrisiko wurden eingehalten.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres werden höhere Marktpreisrisiken bezogen auf den Ist-Wert des Berichtsjahres erwartet. Die für die kommenden 12 Monate in der RTF festgelegten Werte im Risikoszenario für das Marktpreisrisiko im Depot A in Höhe von 75,0 Mio. EUR und für das Zinsspannenrisiko in Höhe von 4,0 Mio. EUR für Abweichungen von den Erwartungswerten werden voraussichtlich aus heutiger Sicht eingehalten.

7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken

Mit Fokus auf die Liquidität der Saalesparkasse wird das Liquiditätsrisiko in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Refinanzierungskostenrisiko unterschieden. Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Saalesparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachkommen kann. Dieses Risiko wird schlagend, wenn die Verbindlichkeiten das zur Verfügung stehende Liquiditätspotential übersteigen. Das Refinanzierungskostenrisiko definiert sich über die Gefahr höherer Refinanzierungskosten infolge einer Beschaffung liquider Mittel zu ungünstigeren Konditionen aufgrund schwankender Liquiditätsspreads. Die Notwendigkeit der Mittelbeschaffung besteht dann, wenn infolge einer längerfristigen Verwendung von kurzfristig zur Verfügung stehenden Mitteln (Liquiditätsfristentransformation) die Refinanzierung des Instituts nicht vorbehaltlos sichergestellt ist.

Die Beurteilung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos schließt das Marktliquiditätsrisiko ein. Dieses bezieht sich auf die Liquidität von Produkten und Märkten. Es beschreibt die Gefahr, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Die Saalesparkasse ist als Mitglied der S-Finanzgruppe Teil eines leistungsfähigen Liquiditätsverbundes und verfügt zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen über verschiedene Refinanzierungsquellen. Hauptrefinanzierungsquellen stellen neben den Kundeneinlagen die Landesbanken und die EZB dar. Um den Zugang zur Liquiditätsbeschaffung über die EZB zu gewährleisten, verfügt die Saalesparkasse in ausreichendem Maße über notenbankfähige Sicherheiten. In 2017 war der Zugang zu den Refinanzierungsquellen jederzeit gegeben.

Die Saalesparkasse betreibt zur Erzielung von Erträgen Liquiditätsfristentransformation. Das aus der langfristigen Investition kurzfristig zur Verfügung stehender Mittel resultierende Risiko der Zahlungsunfähigkeit wird im Rahmen des strategischen Liquiditätsrisikomanagements überwacht und begrenzt. Dazu werden vierteljährlich auf der Basis von Liquiditätsbedarfsübersichten die Liquiditätszu- und -abflüsse für einen Gesamtzeitraum von fünf Jahren aggregiert dargestellt. Der Strukturbeitrag aus dem Eigengeschäft bewegte sich zum Stichtag 31.12.2017 in einer Größenordnung von 26,9% des Gesamtertrages aus dem Zinsgeschäft.

Um den zukünftigen Liquiditätsbedarf auch bei einem angespannten Marktumfeld zu analysieren, werden im Rahmen von Szenarioanalysen ausgewählte Ereignisse simuliert, die zu einer Belastung der Liquiditätssituation führen. Dafür werden die Risikofaktoren und die zugehörigen Risikoparameter, die die Liquidität beeinflussen, identifiziert sowie operationalisiert. Im Ergebnis werden die sich im Zeitverlauf ergebenden Zeiträume mit Liquiditätsüber- und -unterdeckung aufgezeigt. Die Limitierung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs erfolgt durch Vorgabe einer strukturellen Mindestliquidität mittels volumenbezogener Limite. Zusätzlich wird im Szenarioansatz eine Reichweite limitiert. Diese definiert den Zeitraum, in dem die Saalesparkasse auch bei Eintritt liquiditätsbelastender Ereignisse unter Heranziehung ihres Liquiditätspotentials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen muss, um zahlungsfähig zu bleiben.

Zur Beurteilung des Risikos der Zahlungsunfähigkeit zieht die Saalesparkasse neben der Auslastung des Volumen- und Reichweitenlimits auch die Höhe der Liquiditätskennziffer der Liquiditätsverordnung (LiqV) sowie die Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR) heran. Die Liquiditätskennziffer, die sich aus dem Verhältnis der innerhalb eines Monats verfügbaren Zahlungsmittel mit den im gleichen Zeitraum bestehenden Zahlungsverpflichtungen ergibt, lag jederzeit über dem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 1,0. Mit dem Wegfall der Meldepflicht im Rahmen der Liquiditätsverordnung ab 01.01.2018 wird die LCR die entscheidende Kennziffer hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen Messung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos. Die LCR, die das Verhältnis an liquider Aktiva zum Gesamtwert der Liquiditätsabflüsse abzüglich der Liquiditätszuflüsse innerhalb einer 30-tägigen Stressphase beschreibt, lag über dem in 2017 geltenden aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 80,0%.

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Jahr 2017 zu jeder Zeit gegeben. Im Rahmen der durchgeführten Szenarioanalysen und Auswertungen ergaben sich keine Hinweise auf einen Liquiditätsengpass. Die institutsspezifisch festgelegten quantitativen Frühwarnmarken, mit deren Hilfe Störungen oder ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass frühzeitig erkannt werden sollen, wurden nicht erreicht. So lag die Auslastung des Volumenlimits in 2017 weit unter der Frühwarnstufe in Höhe von 80,0% und beläuft sich zum Stichtag 31.12.2017 auf 0%. Auch die Reichweite als weiterer Indikator lag deutlich über der Frühwarnmarke von 18 Monaten und beträgt am Jahresultimo 57 Monate. Die Frühwarnstufe für die Liquiditätskennziffer in Höhe von 1,5 wurde ebenfalls nicht unterschritten. Im Jahresverlauf 2017 bewegte sich die Liquiditätskennziffer innerhalb einer Bandbreite von 2,8 bis 3,8 und belief sich per 31.12.2017 auf 2,8. Die seit 01.01.2017 geltende Mindestquote für die LCR gemäß delegierter Verordnung (EU 2015/61) in Höhe von 80,0% wurde eingehalten. Sie bewegte sich an den Meldestichtagen in einer Bandbreite zwischen 142,8% und 223,3% und belief sich zum Jahresultimo 2017 auf 223,3%.

Eine bedeutende strategische Risikoausprägung ist derzeit nicht vorhanden. Der Strukturbeitrag aus dem Eigengeschäft wird sich im Jahr 2018 mit einer Größenordnung von 23,9% leicht unter dem Vorjahresniveau bewegen, so dass auch im Hinblick auf die Zinssituation im Rahmen der Fristentransformation keine Risikoausweitung geplant ist.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird aus der Sicht per 31.12.2017 kein Liquiditätsengpass erwartet. Die Auslastungen der Indikatoren zur Früherkennung eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses liegen alle in unkritischen Bereichen.

7.3.4 Management der operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind die Gefahren von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt die aufsichtsrechtliche Definition operationeller Risiken aus der CRR vollumfänglich ein. Strategische Risiken und Geschäftsrisiken bleiben ausgenommen. Das Reputationsrisiko stellt für die Saalesparkasse ein Folgerisiko operationeller und auch anderer Risiken (z. B. Markt- und Adressenrisiken) dar. Sofern sich Reputationsrisiken auf operationelle Risiken zurückführen lassen, werden sie in die Betrachtung einbezogen. Eine Quantifizierung von Reputationsrisiken ist nicht vorgesehen.

Die Identifikation von Ex-Ante-Risiken erfolgt mittels Risikoinventur. In diesem Zuge werden durch strukturierte Interviews mit den Abteilungsleitern und Gebietsdirektoren Einschätzungen über die Risikosensitivität der durch die Befragten verantworteten Prozesse im Institut gewonnen. Zusätzlich kommt es zur Schätzung von Verlustpotentialen, die sich aus der Eintrittswahrscheinlichkeit von standardisierten und individuellen Risikoszenarien sowie deren qualitativer und quantitativer Bewertung ergeben. Der realistische Maximalverlust für Schäden aus operationellen Risiken beläuft sich per Risikoinventur 2017 auf 2,8 Mio. EUR und fließt im Geschäftsjahr 2017 sowohl in die Ermittlung des Risikopotenzials im Risikoszenario als auch im Stressszenario der periodischen Risikotragfähigkeit ein.

Ex-Post-Risiken können aus der Schadensfall-Datenbank abgeleitet werden. Die Dokumentation der Schadensfälle wird mit Hilfe standardisierter Erfassungssoftware dezentral aufbereitet und dem Zentralen Operationellen Risiko Controlling zur Verfügung gestellt. Dort erfolgt die Auswertung der erfassten Schadensfälle. Die Ergebnisse fließen sowohl in das unterjährige Gesamtrisiko-Reporting als auch in das jährliche Berichtswesen zu operationellen Risiken ein. Gleichzeitig ist der Prozess der Schadensmeldung in das Ad hoc-Berichtssystem integriert. Für das Jahr 2017 wurden 89 Schadensfälle mit einer Bruttoschadenssumme von 1,0 Mio. EUR gemeldet. Die Bruttoschadenssummen bilden die Grundlage zur Ermittlung des Planszenario-Limits in der periodischen Risikotragfähigkeit.

Die innerhalb der Risikoinventur 2017 identifizierten operationellen Risiken haben keine bedeutsame Auswirkung auf die Risikolage der Saalesparkasse. Die Saalesparkasse ist sich der festgestellten Risikokonzentrationen bewusst. Die Konzentrationen resultieren einerseits aus den Einzelschäden der Risikokategorie Externe Einflüsse (Schadenshöhe). Andererseits sind die Konzentrationen (Realistischer Maximalverlust) auf gleichgelagerte externe kriminelle Handlungen zurückzuführen, deren Regulierung ex post mit Sensibilisierungsmaßnahmen beim Kunden sowie Präventionsmaßnahmen (Updates IT-Bereich) einhergehen. Es besteht kein akuter Handlungsbedarf.

Zur Steuerung operationeller Risiken werden verschiedene Maßnahmen eingesetzt, um Schäden vorzubeugen, zu vermeiden oder in ihrer Anzahl bzw. ihrem Schadensausmaß zu begrenzen. Dabei werden die Steuerungsmaßnahmen im Einzelfall unter Kosten- und Nutzenaspekten selektiert.

Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen trägt zur Begrenzung operationeller Risiken bei. Darüber hinaus wird für die Steuerung der operationellen Risiken die Vernetzung verschiedener Prozesse und Informationskanäle genutzt, die beispielsweise dem Bereich des Notfall- und Arbeitsschutzbeauftragten, dem Beauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit sowie den Beauftragten für Compliance (Wertpapierhandelsgesetz) und MaRisk-Compliance zugeordnet werden. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei die Zentrale Stelle ein, die unter anderem mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung betraut ist.

Die Arbeitsabläufe in der Saalesparkasse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Prozesse werden über Organisationsrichtlinien geregelt. Die Konzeption der Notfallplanung ist dafür geeignet, wesentliche Prozesse nach einem Störfall weiterzuführen oder wieder herzustellen.

Die Limitbeanspruchung zum Jahresende 2017 wird als vertretbar eingeschätzt. Die Risikosituation in Bezug auf Operationelle Risiken wird zum Bilanzstichtag 31.12.2017 als unkritisch eingestuft.

Für das steuerungsrelevante Risikoszenario in der Risikotragfähigkeitsrechnung ab 2018 wurde aufgrund der Planungsrechnungen ein Limit für Operationelle Risiken in Höhe von 2,3 Mio. EUR festgelegt. Dies entspricht einem Anteil von 1,9% (Vorjahr 1,7%) über alle limitierten Risikoarten. Die Inanspruchnahme zum Zeitpunkt der Planungsrechnungen beträgt 1,6 Mio. EUR und leitet sich aus dem 95%-Quantilswert gemäß OPRisk-Schätzverfahren (Betrachtungshorizont 12 Monate) ab.

7.3.5 Management der Vertriebsrisiken

Vertriebsrisiken werden in der Saalesparkasse als Unterrisikoart innerhalb des Strategischen Risikos betrachtet. Hierunter wird die Gefahr verstanden, dass es zu unerwarteten Verlusten aufgrund grundsätzlicher Managemententscheidungen zur geschäftspolitischen Positionierung kommt. Dieses Risiko umfasst auch die mangelnde Anpassungsfähigkeit an Veränderungen der Markt- und Umfeldbedingungen als auch deren unerwartete Veränderungen mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage.

Das Vertriebsrisiko bezeichnet in diesem Zusammenhang die Absatzrisiken aufgrund der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Produkte und Dienstleistungen. Durch die aktive marktorientierte Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen wird diesen Risiken entgegen getreten.

Die Entwicklung des Kundengeschäftes wird in der Saalesparkasse wöchentlich bzw. in Verbindung mit dem kalkulierten Kundengeschäftsergebnis monatlich überwacht und an die Verantwortlichen berichtet. Auch im Rahmen der Steuerung der Zinsspanne findet die bilanzwirksame Kundengeschäftsentwicklung Eingang in die quartalsweise Berichterstattung.

Die als wesentlich eingestuften Vertriebsrisiken aus Dienstleistungsgeschäften bezeichnen in der Saalesparkasse die Gefahr, dass es in Folge von Zielverfehlungen zu negativen Ertragsabweichungen beim geplanten Provisionsüberschuss kommt. Damit verbunden sind eine Minderung des GuV-Ergebnisses sowie des Risikodeckungspotenzials und der Risikodeckungsmasse in der Risikotragfähigkeit.

Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft sind in das System der Risikotragfähigkeitsbetrachtung eingebunden und werden dort limitiert. In die Limitanrechnung fließen insbesondere negative Planabweichungen in Bezug auf das Provisionsergebnis ein. Ergänzend werden Szenarioanalysen durchgeführt. Die Konsistenz zur monatlichen Berichterstattung in Bezug auf das Vertriebsergebnis ist sichergestellt.

Die für das Jahr 2017 gesetzten Vertriebsziele im Provisionsgeschäft konnten zwar nicht durchgängig erfüllt werden. Jedoch ergibt sich durch die in 2017 durchgeführte Anpassung der Giropreismodelle ein insgesamt deutlich positiver Effekt auf den Provisionsüberschuss. Die in der Risikotragfähigkeit bereitgestellten Risikodeckungsmassen für Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft werden zum Jahresende 2017 damit nicht beansprucht.

Die Risikosituation in Bezug auf die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft stellt sich zum Bilanzstichtag 31.12.2017 insgesamt unkritisch dar.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird davon ausgegangen, dass sich die Entwicklung des Provisionsüberschusses an den Festlegungen der Vertriebsplanung orientiert. Diese bildet zugleich den Erwartungswert bei der Betrachtung der Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft. Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit im Risikoszenario in Höhe von 7,5 Mio. EUR für Abweichungen vom Erwartungswert wird aus heutiger Sicht voraussichtlich eingehalten.

7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken

Unter den Beteiligungsrisiken wird die Gefahr möglicher Verluste im Beteiligungsportfolio der Saalesparkasse infolge des Ausfalls bzw. der Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern oder infolge des Ausfalls von Erträgen verstanden.

Dabei können sich potenzielle Verluste aus bereitgestelltem Eigenkapital (aufgrund von Dividendenausfall, Teilwertabschreibungen, Veräußerungsverlusten oder Verminderung stiller Reserven), aus Ergebnisabführungsverträgen (Verlustübernahmen) oder aus Haftungsrisiken ergeben.

Neben unmittelbaren Beteiligungen hält die Saalesparkasse auch mittelbar Beteiligungen über den Ostdeutschen Sparkassenverband und den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt, die in das Risikomanagement eingebunden sind.

Die direkt gehaltenen Beteiligungen unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsbewertung mittels einer Risikoklassifizierung. Zur Risikosteuerung werden die Beteiligungsrisiken über die Risikotragfähigkeitskonzeption limitiert. Dabei werden Risiken aus unmittelbar sowie aus mittelbar gehaltenen Beteiligungen berücksichtigt. Der Risikoeermittlung liegen die Höhe der Beteiligungen, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Beteiligungsunternehmen, aber auch Erträge aus Beteiligungen sowie ggf. bereits identifizierte Risiken zu Grunde. Die Höhe der Risiken sowie die Limitauslastung werden vierteljährlich in der Risikotragfähigkeit ermittelt und im Gesamtrisikobericht veröffentlicht.

Innerhalb der Risikostruktur der unmittelbaren Beteiligungen entfallen 66% des Volumens auf die Ratingklassen 1-9 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten. 34% des Beteiligungsvolumens werden als erhöht risikobehaftet klassifiziert.

Die für Beteiligungsrisiken in 2017 vorgesehenen Limite in der Risikotragfähigkeit werden im Planszenario (3,5 Mio. EUR) nicht eingehalten, im Risikoszenario (11,2 Mio. EUR) jedoch eingehalten. Grund für die Überschreitung des Limits im Planszenario sind Bewertungsaufwendungen einer mittelbaren Beteiligung, die über den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt gehalten wird. Für das Folgejahr wird unter Berücksichtigung der bereits vorgenommenen Wertberichtigungen im Vergleich zum Ist-Wert ein geringeres Risiko erwartet. Für 2018 wird in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario ein Limit von 8,2 Mio. EUR veranschlagt.

7.4 Beurteilung der Risikolage

Die Saalesparkasse verfügt über angemessene und bewährte Techniken zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken, die ständig den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, den Änderungen des Marktes, der Entwicklung der Geschäfte sowie der Entwicklung der Saalesparkasse angepasst und kontinuierlich verbessert werden.

Das in der Risikotragfähigkeit angesetzte Risikodeckungspotenzial konnte auch im Jahr 2017 durch die erfolgten Reservezuführungen im Zuge des Jahresabschlusses des Vorjahres gestärkt werden. Diese fielen höher aus als ursprünglich im Rahmen der Planungsrechnungen angenommen.

Im Jahresverlauf wurden die ursprünglich festgelegten Gesamtlime in der Risikotragfähigkeit angepasst. Aufgrund des bankaufsichtlichen Schreibens mit der Information zum institutsindividuellen SREP-Kapitalaufschlag war eine neue, höhere Mindestkapitalquote gemäß Going-Concern-Ansatz zu berücksichtigen. Dies hatte eine deutliche Reduzierung des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials und Reduzierung der Limite im Plan- und Risikoszenario zur Folge.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2017 wurden bei den Risikotragfähigkeitsüberprüfungen der Saalesparkasse die höchsten Risikopotenziale in den steuerungsrelevanten Szenarien bei den Adressenrisiken im Kundenkredit- und Einlagengeschäft, bei den Marktpreisrisiken des Depot A sowie den Beteiligungsrisiken gemessen.

Die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse war in der periodischen Betrachtungsweise im Verlauf des Jahres 2017 jederzeit gegeben. Limitüberschreitungen waren unterjährig nicht zu verzeichnen. Zum Jahresende 2017 ergibt sich jedoch im Bereich des Beteiligungsrisikos aufgrund wiederholter erforderlicher Bewertungsaufwendungen der über den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt gehaltenen indirekten Beteiligungen eine Überschreitung des im Planszenario festgelegten Teillimites.

Insgesamt waren die für die einzelnen Risikoarten in Anspruch genommenen Teile der Risikotragfähigkeitsmasse der Saalesparkasse im Berichtsjahr jedoch auch unter Berücksichtigung der genannten Teillimitüberschreitung zum Jahresende ausreichend und gewährleisteten einen genügenden Spielraum zur Weiterentwicklung des Unternehmens.

Die in der Risikotragfähigkeit festgelegten Gesamtlimite werden zum Bilanzstichtag sowohl im Plan- als auch im Risikoszenario eingehalten. Die Limite im Planszenario (34,5 Mio. EUR) und im Risikoszenario (135,0 Mio. EUR) werden zum 31.12.2017 unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses zu 26,4% bzw. zu 6,8% beansprucht.

Die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse ist demnach gegeben.

Die zum Jahresende letztlich aufgetretenen Bewertungsaufwendungen konnten aus dem operativen Ergebnis des Geschäftsjahres gedeckt werden. Die nachhaltige Einhaltung der Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR war auch unter Berücksichtigung des SREP-Kapitalaufschlages im Jahr 2017 für die Saalesparkasse jederzeit gegeben. Trotz der oben dargestellten Einzellimit-Überschreitung bei Einhaltung des Gesamtlimits wird die Risikosituation der Saalesparkasse zum Ende des Jahres 2017 als vertretbar eingeschätzt.

Aus den im Laufe des Geschäftsjahres 2017 durchgeführten Stresstests ergeben sich die höchsten Risikoausprägungen beim risikoartenbezogenen Stressszenario „Marktpreisrisiko“, welches außergewöhnliche Ereignisse sowohl für Zinsspannen- als auch Marktpreis- inkl. Spreadrisiken des Depot A unterstellt, sowie beim risikoartenübergreifenden Stressszenario „schwerer konjunktureller Abschwung“.

Diese Stresstests zeigen zwar insgesamt bemerkenswerte Risikoausprägungen auf, jedoch ist im Ergebnis einer regelmäßigen kritischen Reflexion der Ergebnisse und der konservativen Szenarioannahmen kein besonderer Handlungsbedarf abzuleiten, so dass die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse auch in extremen Marktsituationen gewährleistet ist. Die bestehenden Risiken werden aktiv beobachtet und in der Risikoausrichtung der Saalesparkasse angemessen berücksichtigt.

Für das Folgejahr ist weiterhin sowohl die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalkennziffern als auch der Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt. Darüber hinaus ergeben sich durch die inzwischen erfolgte Auflösung eines Spezial-AIF und der damit verbundenen Realisierung von Gewinnen sowie Reduzierung von Risiken für das Folgejahr positive Effekte auf die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse.

8 Prognosebericht

8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Prognosen der Forschungsinstitute gehen für 2018 überwiegend von einem fortgesetzten Aufschwung der Weltwirtschaft aus. Allerdings schweben nach wie vor große Risiken über diesem Ausblick. Geopolitische Risiken aus militärischen Konflikten und Terror sind Faktoren großer Unsicherheit. Die hohen Schuldenstände in vielen Ländern könnten zur Belastung und Wachstumsbremse werden. In Europa gehören zu den politischen Störfaktoren der Brexit und die unklaren Perspektiven der institutionellen Weiterentwicklung der EU und des Euroraumes. Die Prognosen stehen unter dem Vorbehalt der bestehenden globalen und gesamtwirtschaftlichen Risiken, wobei die einschlägigen Vorhersagen in ihren Hauptszenarien von keiner größeren Beeinträchtigung der Wirtschaftsentwicklung ausgehen. Die OECD geht von einem Wachstum der Weltproduktion 2018 in Höhe von 3,7% aus.

Auch Deutschland kann seinen Aufschwung im Jahr 2018 voraussichtlich weiter kraftvoll fortsetzen. Der Außenhandel könnte dann erneut einen Beitrag zum Wachstum leisten. Der Hauptantrieb stützt sich jedoch auf die Binnennachfrage. Die gute Beschäftigungslage und die Einkommensentwicklung, anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen, die Abwesenheit von Überkapazitäten und die soliden Staatsfinanzen verleihen der deutschen Wirtschaft eine sehr solide Basis. Sowohl die privaten Konsumausgaben als auch der staatliche Konsum dürften weiter ansteigen. Auch bei den Investitionen dürften überproportionale Steigerungsraten zu erwarten sein. Die Zuwächse 2018 werden sich insbesondere auf die Unternehmensinvestitionen sowie den Wohnungsbau beziehen. Nach Schätzungen der Deutschen Bundesbank wird mit einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 2,5% für das Jahr 2018 gerechnet. Für Ostdeutschland wird seitens des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle im Rahmen der Konjunkturprognose 2017/2018 eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 2,0% prognostiziert.

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt gehen die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe für 2018 von einer weiterhin steigenden Erwerbstätigkeit und von einer weiter leicht rückläufigen Arbeitslosigkeit aus. Für Deutschland wird daher eine Arbeitslosenquote in Höhe von 5,3% in 2018 prognostiziert.

Bei der Preisentwicklung ist 2018 nach den meisten der gängigen Prognosen von ähnlichen Raten wie im Vorjahr auszugehen, wobei sich die Kernrate in der Nähe der Gesamtrate einpendeln dürfte. Bei den Nahrungsmitteln ist eine leicht überdurchschnittliche, bei den Energiepreisen eine leicht unterdurchschnittliche Entwicklung zu erwarten. Nach Einschätzung mehrerer Chefvolkswirte aus der Sparkassenfinanzgruppe wird sich die Preisentwicklung 2018 mit 1,6% weiter unter dem Niveau der Zielmarke der EZB in Höhe von 2,0% bewegen.

8.2 Entwicklung der Finanzbranche

Hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung erwarten wir sowohl für den Geldmarkt als auch für den Kapitalmarkt einen konstanten Verlauf im Jahr 2018 und in den Folgejahren. Im kurz- und mittelfristigen Bereich (3 Monate bis 1 Jahr) werden sich die Zinsen weiter im negativen Bereich bewegen. Im Kapitalmarktbereich verbleiben sowohl der 5-Jahreszins als auch der 10-Jahreszins ebenfalls auf dem leicht positiven Niveau. Der Abstand zwischen dem 3-Monats- und dem 10-Jahreszins wird dabei mit 129 Basispunkten über den Planungszeitraum hinweg weiter beibehalten. Die Phase der Negativzinsen wird in 2018 auch in Abhängigkeit von der künftigen Zinspolitik der EZB voraussichtlich weiter anhalten.

Für 2018 hat sich die europäische Geldpolitik schon weitgehend festgelegt, da das Ankaufprogramm mindestens bis zum September 2018 fortgeführt werden soll. Das monatliche Ankaufvolumen wurde, startend mit dem Januar 2018, jedoch halbiert. Erst nach dem Ende der Netto-Ankäufe wird eine Änderung der Leitzinsen bei der EZB auf der Tagesordnung stehen. Im Laufe des Jahres 2018, wohl spätestens im Sommer, sind Signale zu erwarten, wie es mit dem Ankaufprogramm nach September 2018 weitergeht. Vor diesem Hintergrund bleibt die Frage der Entwicklung der kurzfristigen Geldmarktkonditionen im Euroraum im Jahr 2018 wohl vorerst offen. Angesichts der wieder stärkeren Inflationserwartungen ist anzumerken, dass bei einer vorwegnehmenden Entwicklung an den Kapitalmärkten in den langen Laufzeiten die Zinsstruktur 2018 wieder leicht steiler werden könnte.

Die Leitzinsen werden mit Blick auf die Entwicklungen in 2017 und die bestehenden Herausforderungen in 2018 nach unserer Meinung vorerst nicht wieder angehoben und die EZB wird ihre Niedrigzinspolitik in 2018 weitestgehend beibehalten, um deflationären Entwicklungstendenzen entgegen zu wirken.

8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

Die Saalesparkasse ist weiterhin gut im Markt positioniert. Bezogen auf unser Geschäftsgebiet bilden die vergleichsweise geringe Wirtschaftskraft, der unterdurchschnittliche Anteil des produzierenden Sektors sowie die demografische Entwicklung einen engen Rahmen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse. Während die Stadt Halle (Saale) nach den neuesten Erkenntnissen ihre gegenwärtige Bevölkerungszahl leicht steigern kann, wird es im gesamten Geschäftsgebiet voraussichtlich in den nächsten Jahre zu einem Sinken der Bevölkerungszahl kommen, womit eine Schmälerung des Marktpotenzials bei unverändert bestehendem Wettbewerbsdruck einhergeht. Die demografische Entwicklung bleibt eine wesentliche geschäftspolitische Herausforderung der Zukunft.

Generell sehen wir weiterhin die Stabilität des Geschäftsmodells der Institute der Sparkassenfinanzgruppe und damit auch für das der Saalesparkasse, welches besonders auf die Region und auf Kundennähe ausgelegt ist. Mit unserer soliden Kapitalausstattung und einer stabilen Liquiditäts- sowie Finanzierungsbasis erfüllen wir wichtige Voraussetzungen, um den zukünftigen Anforderungen gewachsen zu sein. Zu diesen gehören die weiterhin noch nicht ausgestandene Finanzkrise im Euroraum in Verbindung mit der Geldpolitik der EZB, die anhaltende Niedrigzinsphase sowie steigende Regulierungsanforderungen.

In Bezug auf das Wettbewerberumfeld sehen wir ein differenziertes Bild. Einzelne Wettbewerber verlagern ihre geschäftspolitischen Schwerpunkte, andere sind gegenüber der Vergangenheit deutlich weniger aktiv, wieder andere drängen mit großer Intensität in bisher von ihnen kaum oder gar nicht besetzte Geschäftsfelder.

Trotz des schwierigen Marktumfeldes, insbesondere durch die weiterhin anhaltende Niedrigzinsphase, wird sich 2018 das Betriebsergebnis vor Bewertung unter dem Niveau des Vorjahres stabilisieren. Auch in den Folgejahren bis zum Ende unseres Prognosehorizontes 2020 erwarten wir auf dem Niveau des Jahres 2018 stabile Betriebsergebnisse und damit weiterhin Möglichkeiten der Stärkung bzw. mindestens Erhaltung des bilanziellen Eigenkapitals. Dies ist Voraussetzung, um durch Kreditausreichung den Unternehmen den ihren Möglichkeiten entsprechenden finanziellen Spielraum zur Verfügung stellen zu können. Zu beachten sind in diesem Zusammenhang zudem die steigenden Eigenkapitalanforderungen an Kreditinstitute.

Das Erreichen der wirtschaftlichen Ziele ist Voraussetzung für die Fortsetzung unseres Engagements bei kulturellen, sozialen und sportlichen Einrichtungen und Projekten.

Die Anforderungen sowohl an die Fach- als auch an die Sozialkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigen stetig an. Die Herausforderungen reichen von der Einführung technischer Neuerungen im Zuge der Digitalisierung über die nachhaltige Sicherung der Beratungsqualität der Saalesparkasse bis hin zum Umgang mit immer schneller werdenden Veränderungsprozessen. Für diese Aufgaben bietet die Saalesparkasse zahlreiche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten wie interne und externe Schulungen, Trainee-Programme sowie Trainings vor Ort am Arbeitsplatz.

Für das Geschäftsjahr 2018 erwarten wir ein fühlbares Wachstum des Geschäftsvolumens. Im Kundenkreditgeschäft ist die Ausweitung des Geschäftes mit Privat- und Unternehmenskunden geplant. Wachstumspotenziale sehen wir insbesondere in Immobilienfinanzierungen sowie gewerblichen Investitionsdarlehen, so dass in 2018 das Kundenkreditgeschäft im Bereich der Privat- und Unternehmenskunden deutlich ausgeweitet werden soll. Dagegen wird ein weiterer Rückgang der Kredite an Kommunen erwartet. Für die Folgejahre gehen wir im Kundenkreditgeschäft von einem jährlichen Wachstum in Höhe von 3,2% in 2019 und 3,4% in 2020 aus.

Aufgrund der Auflösung eines Spezialfonds war zum Ende 2017 ein Rückgang der Eigenanlagen zu verzeichnen. In 2018 sollen die Eigenanlagen durch Investitionen in Anleihen und Schuldscheindarlehen wieder ausgebaut werden. Außerdem ist geplant, das Portfolio an Immobilienfonds zu erweitern.

Für das Jahr 2018 wird mit einem weiteren deutlichen Zuwachs der Kundeneinlagen, insbesondere der Sichteinlagen, gerechnet. Für die Folgejahre gehen wir von einem jährlichen Bestandszuwachs in Höhe von 1,5% aus.

Der Vertrieb wird im Jahr 2018 auf den Ausbau des Kreditgeschäftes mit Privat- und Firmenkunden ausgerichtet sein. Durch eine umfangreiche Neugestaltung der Gebühren konnte der Provisionsertrag im Girobereich gesteigert werden. Gleichzeitig wollen wir den Provisionsertrag aus dem Verbundgeschäft stabilisieren. Dies erfolgt unter enger Zusammenarbeit mit unseren Verbundpartnern, der LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt und der DekaBank.

Den unterschiedlichen Vertriebskanalpräferenzen der Kunden entsprechend verfolgen wir eine konsequente Multikanal-Strategie und implementierten eine den stationären Vertrieb ergänzende digitale Filiale. Über alle Kundengruppen hinweg wollen wir die Qualität und Quantität unserer Beratung und Betreuung weiterhin verbessern. Es gilt deshalb, die bestehenden Betreuungs- und Beratungskonzepte zu verstetigen, um auch zukünftig mit Hilfe der ganzheitlichen, strukturierten und bedarfsorientierten Beratung das Markt führende Kreditinstitut im Geschäftsgebiet zu bleiben.

Im Hinblick auf die prognostizierte Geschäfts- und Zinsentwicklung erwarten wir für das Geschäftsjahr 2018 einen Zinsüberschuss, der sich aufgrund der fortdauernden Niedrigzinsphase deutlich unter dem Niveau des Vorjahres befinden wird. Der starke Rückgang der Zinserträge infolge auslaufender Festzinsbindungen im Kundenkreditgeschäft sowie der Fälligkeit von höherverzinslichen Kupons im Depot A kann dabei nicht vollständig von dem nochmaligen leichten Rückgang der Zinsaufwendungen im Kundeneinlagengeschäft kompensiert werden. In den Folgejahren wird der Zinsüberschuss auf dem nunmehr geringeren Niveau gehalten.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft wird sich im kommenden Jahr 2018 bei Erreichen der Vertriebsziele und der nunmehr vollen Auswirkung der Gebührenanpassung im Girobereich leicht über dem Niveau des Vorjahres bewegen. In den Folgejahren wird der Provisionsüberschuss auf etwa gleichbleibendem Niveau leicht zurückgehen.

Die Entwicklung des Personalaufwandes wird im kommenden Jahr von erwarteten Tarifierhöhungen sowie relativ stabilen Sozialversicherungsbeiträgen beeinflusst. Für das Jahr 2018 werden sich die Personalaufwendungen leicht verringern. Der Sachaufwand wird sich im Jahr 2018 leicht über dem Vorjahreswert bewegen, wobei in vielen Bereichen mit weiteren Kostenreduzierungen gerechnet wird. In den Folgejahren wird sich der Personalaufwand mit leicht steigender Tendenz weiter erhöhen, während dessen sich der Sachaufwand auf gleichbleibendem Niveau stabilisieren wird.

Die Cost-Income-Ratio wird sich in 2018 mit 63,9% geringfügig über dem Niveau des Jahres 2017 bewegen. In den Folgejahren wird mit einer Stabilisierung bzw. einer leichten Erhöhung dieser Kennzahl zu rechnen sein.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird sich nach unseren Planungen für die Jahre 2018 bis 2020 weiter deutlich reduzieren. Insgesamt erwarten wir im Geschäftsjahr 2018 ein gegenüber 2017 wesentlich geringeres Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 39,6 Mio. EUR bzw. 0,9% der DBS. Für die Folgejahre gehen wir bei nunmehr geringerem Zinsüberschuss und stabilem Betriebsergebnis von einer leicht rückläufigen, jedoch auskömmlichen Ertragslage aus.

Aus dem Wertpapiereigengeschäft wird ein aus den Marktprognosen abgeleitetes Bewertungsergebnis von -4,1 Mio. EUR im Jahr 2018 eingeplant. Gleichwohl können weitere Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten und damit eine zusätzliche Belastung des Bewertungsergebnisses nicht ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang ist bereits berücksichtigt, dass die Wertpapiere der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet werden. Für die Folgejahre wird von leicht rückläufigen, jedoch weiter schwankenden Bewertungsergebnissen ausgegangen.

Im Jahr 2018 werden auf der Grundlage einer Simulation ermittelte steigende Bewertungsaufwendungen für das Kundenkreditgeschäft in Höhe von 4,5 Mio. EUR erwartet, die sich im Vergleich mit dem Vorjahreswert deutlich negativer darstellen werden. In den Folgejahren wird der Bewertungsbedarf im Kundenkreditgeschäft auf leicht steigendem Niveau prognostiziert.

Das sonstige Bewertungsergebnis wird sich im Vergleich zum Jahr 2017 wesentlich verbessert zeigen. Auch für die Folgejahre wird von weiter leicht steigenden Bewertungsaufwendungen ausgegangen.

Das für 2018 erwartete Jahresergebnis in Höhe von 2,0 Mio. EUR sowie die weiteren erwarteten Zuführungsmöglichkeiten zum Fonds für allgemeine Bankrisiken sollen zur Stärkung der Eigenmittel genutzt werden. So können langfristig die Einhaltung der erhöhten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen des Baseler Regelwerks und damit auch die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt werden.

Die Ertragslage insgesamt stellt sich über den Planungshorizont hinweg auskömmlich dar, so dass aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar sind.

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse kann aus gegenwärtiger Sicht auch für zukünftige Zeiträume sichergestellt werden. Für eine Beeinträchtigung der künftigen Liquiditätsslage gibt es derzeit keinen Anhaltspunkt.

8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse

Gerade in den Zeiten der noch andauernden Finanzkrise hat sich das solide, langfristig angelegte und am Kunden und auf die Region orientierte Geschäftsmodell der Saalesparkasse als stabil erwiesen. In diesen unsicheren Zeiten dominiert auf der Kundenseite unverändert das Sicherheitsbedürfnis bei den Anlageentscheidungen. Aufgabe der Saalesparkasse bleibt es, dem gewachsenen Vertrauensbonus dauerhaft gerecht zu werden. Nur dann kann es gelingen, dieses Vertrauen als Basis zur Festigung bestehender Kundenverbindungen sowie auch zur Neukundengewinnung zu nutzen.

Insgesamt ist die Vermögenslage geordnet und die Ertragslage zufriedenstellend. Durch ein weiteres Wachstum im Privatkunden- und Unternehmenskundenkreditgeschäft sowie einen nahezu gleichbleibenden Aufwand sehen wir die Chance, die Weichen für eine erfolgreiche, aber gleichzeitig schwierige Zukunft, gestellt zu haben.

Bei Unterstellung einer nach wie vor anhaltenden Niedrigzinsphase resultiert jedoch ein Kapitalanlagedruck durch weiteres Anwachsen der Kundeneinlagen. Damit verbunden wären unvorhersehbare Folgen bei der Weitergabe von Negativzinsen an die Kunden. Die daraus resultierenden Risiken würden die Kundenbeziehungen nachhaltig negativ belasten.

In den aktuellen Planungen gehen wir ferner von einer Stabilisierung der Wirtschaftsaktivitäten aus, wodurch positive Auswirkungen auf die geschäftliche Entwicklung der Saalesparkasse zu erwarten sind. Sollte die europäische Schuldenkrise die deutsche Konjunktur dennoch weiter belasten, werden die avisierten Ertragsziele jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit nur schwer erreicht werden können. In diesem Zusammenhang unterliegen auch die Länderrisiken im Portfolio der Saalesparkasse mit der Entwicklung der Länderratings einer besonderen Beobachtung. Im Wesentlichen entfallen die Auslandsvolumina auf Länder des EWR und der OECD mit Ratingeinstufungen im Investment-Grade und damit geringen Risiken. Chancen können sich aus Ratinghochstufungen und damit geringeren Risiken ergeben, während bei Ratingherabstufungen die Ertragsziele durch steigende Risiken belastet werden könnten.

In der durch die Maßnahmen der EZB geprägten Zinsumgebung fällt auch für uns die Möglichkeit nahezu weg bzw. wird stark beeinträchtigt, aus der sogenannten Fristentransformation Erträge zu erzielen. Die Chancen, das Ergebnis der Saalesparkasse dadurch wieder nennenswert zu verbessern, werden in der Zukunft weiterhin als eher gering eingeschätzt.

Die künftigen Zinsänderungsrisiken werden sowohl von möglichen negativen Entwicklungen des Zinsüberschusses als auch von einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft, insbesondere bei stark steigenden Zinsen, getrieben. Aus der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuches ergibt sich aufgrund der ausreichend bestehenden stillen Reserven im Zinsbuch jedoch aus heutiger Sicht kein Bedarf zur Bildung einer Drohverlustrückstellung.

Im Jahr 2017 hatte die konjunkturelle Lage deutlich geringere Auswirkungen auf das Adressenausfallrisiko der Saalesparkasse als in der Planung angenommen. Unabhängig davon werden wir dem Adressenausfallrisiko weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. Wir gehen davon aus, die sich konstant bzw. vermindert darstellenden Risiken mit den in der Planung aufgenommenen Werten in ausreichendem Umfang berücksichtigt zu haben. Falls es aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage jedoch zu erheblichen Bonitätsverschlechterungen in Verbindung mit unerwarteten Bewertungsaufwendungen kommt, kann dies die Ertragslage der Saalesparkasse zusätzlich negativ beeinträchtigen. Aufgrund der bisher stets vorsichtigen Planannahme konnte in den Vorjahren ein Bewertungsergebnis erzielt werden, welches sich jeweils unter den Planannahmen bewegte. Sollte dieser Fall auch für das Folgejahr eintreten, ist mit weiteren positiven Auswirkungen auf das Betriebsergebnis zu rechnen.

Bei der weiteren Planung wird angestrebt, durch eine Intensivierung der Kundenbindung die Ausrichtung auf den Vertrieb weiter auszubauen. Sollten die im Rahmen der Planung avisierten Ziele im Vertrieb nicht erreicht werden können, so ist auch hier für das Jahr 2018 mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Saalesparkasse insbesondere beim Zins- und Provisionsergebnis zu rechnen.

Die umfangreichen Änderungen und Erweiterungen der regulatorischen Anforderungen haben weiterhin auch wesentlichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Saalesparkasse. Sollte es zukünftig zu weiteren Verschärfungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen kommen, könnten sich diese auch negativ auf die Saalesparkasse sowie auf die gesamte Sparkassenorganisation auswirken.

8.5 Zusammenfassende Würdigung

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen wird sich das Betriebsergebnis vor Bewertung im Geschäftsjahr 2018 unter dem des Jahres 2017 bewegen. Als wesentlicher Faktor, der hier zu Abweichungen führen könnte, wird die Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie die Konjunktorentwicklung gesehen, die sich sowohl auf die Erträge aus den Eigenanlagen als auch in Form gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen auswirken könnte.

Die Erwartungen bezüglich des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft orientieren sich mehr an langfristigen Vergleichswerten. Im Ergebnis wird im Jahr 2018 von einer stärkeren Belastung der Ertragslage durch notwendige Bewertungen insbesondere im Kundenkreditgeschäft ausgegangen.

Generell werden im Geschäftsgebiet noch Potenziale für Zugewinn von Marktanteilen gesehen, sowohl bei bestehenden Kundenverbindungen als auch bei Unternehmen und Personen, die derzeit nicht Kunden der Saalesparkasse sind. Sofern dieses gelingt, wären weitere Ertragsausweitungen die Folge.

Zunehmende Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit hat eine effiziente Marktbearbeitung, die verstärkt auf Kostensenkung und Digitalisierung des Leistungsangebotes setzt. Darüber hinaus wird weiterhin im Gesamtbetrieb durch ein konsequentes Kosten- und Prozessmanagement versucht, Kostensenkungspotenziale zu identifizieren und möglichst auch nachhaltig zu nutzen.

Wir sehen die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse unter Berücksichtigung der von uns vorgenommenen Simulationen in den kommenden Jahren als geordnet an.